

Rechtsextremismus und kollektive Identität

***Eine sozialpsychologische Studie über
,Die Republikaner' und die ,Junge Freiheit'***

**Dissertationsschrift
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Philosophischen Fakultät
der**



**Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel**

**vorgelegt von
Ludger Klein
aus St. Augustin**

Kiel, Januar 2003

Dekan: Prof. Dr. Albert Meier (Kiel)

Erstgutachter: Prof. Dr. Bernd Simon (Kiel)

Zweitgutachter: Prof. Dr. Bert Klandermans (Amsterdam)

Tag der mündlichen Prüfung: 08.05.2003

**Durch die zweite Prodekanin, Prof. Dr. Brigitte Fleischmann,
zum Druck genehmigt am:** 01.08.2003

Persönliches Vorwort

Nach Fertigstellung dieser Arbeit gebührt mein herzlicher Dank all denen, die mich bis zur Ziellinie unterstützt haben.

An erster Stelle möchte ich *Bernd Simon* danken, der, als ich mich längst fernab der Alma mater wähnte, den Impuls für diese Arbeit gab. Über die Jahre begleitete er diese Arbeit mit viel Geduld, Interesse und außergewöhnlicher Kompetenz.

Besonderer Dank gilt auch *Bert Klandermans* dafür, dass er mir als Zweitgutachter zur Verfügung steht. Außerdem hat er mir, als Leiter des europäischen Projektverbundes ‚Rechtsextremisten‘ (gefördert durch die ‚Netherlands Organization for Scientific Research‘/ NWO), einen Kreis liebenswerter und diskursfreudiger Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen und Ländern eröffnet: *Nonna Mayer* (it’s identity!), *Hans De Witte*, *Valerie Lafont*, *Annette Linden*, um nur einige zu nennen.

Nicht vergessen will ich das ‚sozialpsychologische Post-Kolloquium‘ der Universität Kiel: *Claudia Kampmeier*, *Markus Lücken* und *Stefan Stürmer*.

Für Hinweise auf Interviewpartner danke ich *Marc Duhme*, für das Co-Rating *Manuela Zimmer*.

In brüderlicher Verbundenheit verbleibe ich mit *Ansgar Klein*, dem bibliophilen Quell von Anregungen und Zuspruch. *Christa Klein* gilt ein ebenso liebevolles Dankeschön, da ich ohne sie an Ressourcenknappheit gescheitert wäre.

Markus Rohde umarme ich für seine Freundschaft und die technische Unterstützung im Endspurt.

Meinem Freund *Willi Bücher* danke ich für seinen ‚Feuerwehreinsatz‘, als in der ‚heißen Phase‘ der Arbeit der Computer nicht mehr mitmachte.

Für transatlantische Unterstützung Danke an *Eliana Dable De Mello*.

Abschließend möchte ich mich auch bei meinen Interviewpartnern für ihre Gastlichkeit und Gesprächsbereitschaft bedanken.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Rechtsextremismus und kollektive Identität.....	8
2.1 Rechtsextremismus: Begriffsklärung und sozialwissenschaftliche Zugänge.....	9
2.1.1 Rechtsextremismus als kollektives Phänomen.....	12
2.2 Selbst-Kategorisierung und kollektive Identität.....	15
2.2.1 Vorbemerkungen zur Identität.....	16
2.2.2 Die traditionelle Kategorisierungsforschung	19
2.2.3 Ebenen der ‚sozialen Identität‘: Inklusivität und Meta-Kontrast	21
2.2.4 Zur Salienz von Kategorien: Zugänglichkeit, Passung, Akzentuierung und Depersonalisierung.....	25
2.2.5 Bewertungen im sozialen Vergleich.....	29
2.3 Politik und Identität	33
2.3.1 Politisches Engagement und kollektive Identität.....	36
2.3.1.1 Politisierte kollektive Identitäten.....	39
2.3.1.2 Zur Institutionalisierung politisierter kollektiver Identitäten	44
2.4 Fragestellung der Studie	47
3 Rechtsextremismus in Deutschland: Eingrenzung der Stichprobe.....	51
3.1 Rechtsextremismus in Deutschland.....	52
3.1.1 Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990.....	52
3.1.2 Entwicklungen in der DDR	63
3.1.3 Entwicklungen im vereinten Deutschland.....	65
3.1.4 Republikaner und Junge Freiheit	73
3.2 Selbstverortung im politischen Spektrum	76
4 Der methodische Zugang: Das Biographische Interview.....	81
4.1 Der Interviewleitfaden.....	83
4.1.1 Interviewpartnerschaft und behutsame Gesprächsführung.....	88
4.2 Auswahl und Akquisition der Stichprobe.....	90
4.3 Die Analyse des qualitativen Datenmaterials: Vom ‚Zuhören‘ zur Codierung.....	98
5 Ergebnisse 1: Extremismus aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘	105
5.1 Wer sind die Akteure? – Sozialstrukturelle und lebensweltliche Verortung.....	109
5.2 Zur politischen Herkunft der Befragten.....	112
5.2.1 Politische Vorbilder.....	116
5.2.2 Hinweise zur politischen Sozialisation.....	120
5.3 Zugang zu den REP: Aktive Suche nach einem politischen Betätigungsfeld.....	129

5.3.1 Der Zugang der befragten Frauen zu den REP	134
5.3.2 Zugang zu den REP: Resümee	135
5.4 Die JF: ‚Meinungsbildner‘ aus Parteienverdrossenheit?	137
6 Ergebnisse 2: Die Politisierung nationaler Identität	141
6.1 Wahrgenommene gesellschaftliche Missstände.....	143
6.1.1 Strukturelle Missstände.....	144
6.1.2 Kulturelle Missstände: Die Bedrohung nationaler Identität	151
6.1.2.1 ‚Deutschland deine Werte‘: Die nationale Gemeinschaft.....	169
6.1.3 Exkurs: Gesellschaftliche Ächtung.....	179
6.2 Verantwortungszuschreibungen.....	188
6.2.1 Abkehr von den etablierten Parteien.....	190
6.3. Die Einbeziehung der Öffentlichkeit	198
7 Ergebnisse 3: Eine Topographie rechtsextremer Identität	201
7.1 Zur Zugänglichkeit nationaler Rahmungen	212
8 Ergebnisse 4: Die Inkaufnahme von Kosten und Risiken des Engagements.....	217
8.1 Kosten und Risiken	218
8.2 Vorteile und Nutzen	224
8.3 Identitätsgewinne	230
8.3.1 Funktionen und Prozesse rechtsextremer Identität	234
9 Fazit und Ausblick	247
9.1 Darstellung der Ergebnisse	247
9.1.1 Politischer Werdegang und Lebensgeschichte.....	248
9.1.2 Rechtsextreme Identität als politisierte nationale Identität	250
9.1.3 Eine Topographie rechtsextremer Identität.....	253
9.1.4 Kosten-Nutzen Bilanzen	256
9.2 Ausblick	258
Literatur.....	261
Anhang 1: Der Interviewleitfaden	
Anhang 2: ‚Projektiver Test‘: Photos	
Anhang 3: Die ‚Codes‘ und einige praktische Hinweise	

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Die Nummerierung von Tabellen sowie Abbildungen orientiert sich an den Kapiteln, in denen sie zu finden sind

Tabellen

Tab. 3.1.1 Entwicklung des Rechtsextremismus in Westdeutschland bis 1990.....	61
Tab. 4.2 Die Stichprobe.....	94
Fortsetzung Tab. 4.2 Die Stichprobe.....	95
Tab. 7.1: Ursprünge und Verstärker der Zugänglichkeit nationaler Rahmungen	216

Abbildungen

Abb. 2.1: Ebenen der Selbst-Kategorisierung (nach Turner et al. 1987)	22
Abb. 3.1.1: Die ideologische Struktur des rechtsextremen Parteienspektrums in Westdeutschland 1946-1989 (nach Stöss 2000: 48).....	62
Abb. 3.2: Links-Rechts-Skala: Selbstverortungen im politischen Spektrum	78
Abb. 4.1: Der Interviewleitfaden im Überblick.....	86
Abb. 7: Eine Topographie rechtsextremer Identität	203

1 Einleitung

Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen, Mölln (1992) und Solingen (1993) haben traurige Prominenz auf der deutschen Landkarte erfahren: Gewalttaten gegen Ausländer in einem nach 1945 unvorstellbaren Ausmaß rückten den Rechtsextremismus in den Mittelpunkt öffentlichen wie politischen Interesses und sozialwissenschaftlicher Ursachensondierung. Zehn Jahre später ist es – zumindest mit Blick auf die öffentliche Aufmerksamkeit – merkwürdig ruhig geworden.

Erst mit einem Bombenanschlag in Düsseldorf (Juli 2000) – mehrere Zuwanderer wurden verletzt, ein fremdenfeindlicher Hintergrund ist jedoch bis heute nicht eindeutig – bekam das Thema Rechtsextremismus wieder einen zentralen Stellenwert auf der politischen Agenda. Dies führte zum laufenden, Anfang 2001 von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Antrag auf Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) (vgl. Koopmans 2001: 469). Der öffentlichen Empörung über die erneute Bedrohung der Demokratie durch (neo-)nationalsozialistisch motivierte Gewalttäter scheint damit erst einmal Genüge getan.

Tatsächlich kommt auch Ruud Koopmans (2001; vgl. Lynen von Berg/Stender/Roth 2002) zu dem Schluss, dass neonazistische und genuin rechtsextreme Bestrebungen zur Zeit eher ein marginales Problem darstellen, das in den letzten Jahrzehnten nicht bedeutsam zugenommen hat. Allerdings sind nicht nur die meisten als ‚rechtsextremistisch¹ motiviert‘ eingestuften Gewalttaten, sondern ebenso die folgenschwersten, auf eine *fremdenfeindliche* Zielsetzung zurückzuführen: Während die „klassisch rechtsextremistischen“ Aktivitäten vor allem symbolische Aktionen umfassen, „sind bei fremdenfeindlichen Aktionen seit Anfang der neunziger Jahre Dutzende von ansässigen Ausländern und Asylbewerbern getötet und viele Hunderte verletzt worden“ (Koopmans 2001: 473). Zudem ist die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten in Deutschland im westeuropäischen Vergleich hoch (Koopmans, ebd.). Und schließlich findet diese Zielsetzung die Zustimmung einer kompakten Bevölkerungsminderheit (Lynen von Berg et. al 2002).

Die schwerwiegenden Manifestationen fremdenfeindlicher Ausgrenzung sind nunmehr *ein* Anstoß für die vorliegende sozialpsychologische Studie. Im Mittelpunkt der Betrachtungen

¹ In dieser Studie findet – mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand ‚Die Republikaner‘ – das vom Substantiv ‚Rechtsextremismus‘ abgeleitete Adjektiv ‚rechtsextrem‘ den Vorzug gegenüber ‚rechtsextremistisch‘ (vgl. Kap. 2.1, Kap.3.2). Abweichungen finden sich in Zitaten, hier in Bezugnahme auf den Sprachgebrauch des Verfassungsschutzes.

steht aber vor allem die Frage nach den Verästelungen ihrer gesellschaftlichen Wurzeln. Demzufolge sind auch nicht rechtsextreme/fremdenfeindliche Straftäter, sondern vielmehr relativ gut situierte, gebildete und im deutschen Alltagsleben nach wie vor integrierte Mitbürger, die zum Großteil vormals den etablierten Parteien anhängen (vgl. Kap. 5), Gegenstand dieser Interviewstudie: Aktivisten einer rechtsextremen Partei („Die Republikaner“/REP) bzw. Redakteure einer Zeitung im politischen Spektrum der „Neuen Rechten“ (die „Junge Freiheit“/JF). Mit anderen Worten: Das Interesse dieser Studie gilt einem „Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft“.

Zunächst erscheint es an dieser Stelle notwendig zu unterstreichen, dass es sich bei REP und Redakteuren der JF nicht um rechtsextreme Gewalttäter handelt. Das stete Bemühen der REP um Anerkennung als „demokratische Rechtspartei“ (vor allem in Abgrenzung zu NPD und DVU) wird in nachfolgenden Ausführungen mehrmals und dezidiert zum Gegenstand werden. Die JF ist eine Zeitung, deren Redakteure sich selbst weitgehend als „rechts“ einstufen (vgl. Kap. 3.2). Ferner lässt sie sich im politischen Spektrum der Bundesrepublik als Medium einordnen, welches vor allem Autoren der „Neuen Rechten“ sowie aus der „rechten Saalecke“ der Unionsparteien, zuweilen aber auch rechtsextremen Aktivisten (vgl. Kap. 3.1.1, Kap. 3.1.4) ein Forum bietet. Nichtsdestoweniger erscheinen diese Untersuchungsgruppen dem Forschungsinteresse angemessen: Oben skizzierte Gewalttäter machen nur die Spitze des Eisbergs aus. Hierauf deutet nicht nur ein gewisses Verständnis, das ihr fremdenfeindliches Motiv in Teilen der Bevölkerung findet. Darüber hinaus werden diese Täter ja auch irgendwie ideologisch munitioniert. Auffällig ist in diesem Zusammenhang beispielsweise die Ähnlichkeit der von ihnen skandierten oder auf Wände geschmierten Parole „Ausländer raus!“ und einer vermeintlich gemäßigeren, spezifizierten Variante („Kriminelle Ausländer raus!“), die im Wahlkampf der REP 1998 Verwendung fand und für die Partei nach wie vor gültig ist. In diesem Sinne sind sowohl die REP als auch die JF als „Brücken-Organisationen“ zwischen einer „gesellschaftlichen Mitte“ und deren „extremen Auswüchsen“ zu verstehen.

Was nun diese „gesellschaftliche Mitte“ betrifft, so kränkelt deren Wahrnehmung in Bezug auf den Kern des Problems: Mit Blick auf die Verbrechen im Nationalsozialismus neigen „wir Deutsche“ dazu, Rechtsextremismus am Rande der Gesellschaft zu verorten, etwa in Gestalt von „martialischen Glatzköpfen“ oder von „senilen Alt-Nazis“ mit wässrig-kaltem Blick. Solche Stereotypen dienen – auch im Zuge eines weitreichenden gesellschaftlichen Konsenses hinsichtlich der Ächtung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – zuvorderst dem

eigenen Schutz, der Beruhigung des kollektiven Gewissens sowie einem Leben ‚mit der‘ (eigentlich eher ohne die) Bürde der eigenen deutschen Vergangenheit. Letztlich blockiert eine solche Sichtweise jedoch die Aufmerksamkeit für – möglicherweise in der Nachbarschaft – aufkeimende Fremdenfeindlichkeit.

Ähnliches lässt sich auch für die Wissenschaft und den Gebrauch eines normativ hoch aufgeladenen (Rechts-)Extremismusbegriff feststellen: Durch Verlagerung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit an den Rand der Gesellschaft können generell in den Sozialwissenschaften die – wie aufzuzeigen sein wird – oftmals banalen Ursprünge in der ‚Mitte der Gesellschaft‘ aus dem Augenmerk geraten. So finden sich etwa in der Psychologie Tendenzen, rechtsextremen Akteuren individualisierend nahezu pathologische Dispositionen zuzuschreiben.

Vorliegende sozialpsychologische Studie versteht ‚Rechtsextremismus‘ als Komplex von Einstellungen, Wertorientierungen und Handlungsformen, die sich auf unterschiedlichen Dimensionen manifestieren (vgl. Kap. 2): Von besonderem Interesse ist diesbezüglich zusammenfassend ein ausgrenzendes, fremdenfeindliches Moment. Dieses steht offensichtlich in engem Zusammenhang mit dem Bestreben rechtsextremer Akteure, den eigenen, vermeintlich überlegenen Status gegenüber Anderen zu behaupten bzw. wiederherzustellen.

Unter Bezugnahme auf Erklärungsansätze anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen wird ferner deutlich, dass Rechtsextremismus seine Ursachen im gesellschaftlichen, sozialen Kontext hat (Makro-Ebene) (Kap. 2.1). Im Gegensatz zu individualpsychologischen Ansätzen (Mikro-Ebene) betrachtet dieser sozialpsychologische Ansatz daher rechtsextreme Akteure stets in ihrem sozialen, genau genommen in ihrem kollektiven Bezugsrahmen (zum Beispiel als Mitglieder politisch aktiver bzw. meinungsbildender Gruppen) (Meso-Ebene). Aus dieser Perspektive wird ihr (politisches) Handeln weniger als das von Einzelpersonen angesehen, sondern ist vielmehr in Konflikten zwischen sozialen Gruppen von einem geteilten Anliegen bzw. einer kollektiven Identität (Tajfel 1978, 1982, 1982a; Tajfel/Turner 1979, 1986; Turner et al. 1987) der rechtsextremen Eigengruppe geleitet. Demzufolge stellt Rechtsextremismus ein kollektives Phänomen dar (Kap. 2.1.1). Dieser sozialpsychologische Ansatz ist also insofern psychologisch, als dass er den Ursachen von Rechtsextremismus anhand von individuellen kognitiven Prozessen nachspürt (Mikro-Ebene). Er ist insofern sozial, als dass er diese Prozesse stets in den kollektiven, den Gruppenzusammenhang einbettet sieht (Meso-Ebene). Da sich diese Gruppen wiederum im gesellschaftlichen Gesamtkontext (Makro-Ebene) positi-

onieren und diesen Selbstverortungen nachgegangen wird, sei diese Studie durchaus als Versuch verstanden, interdisziplinäre ‚Brückenpeiler‘ in der Rechtsextremismusforschung zu schaffen.

Dementsprechend wird an das sozialpsychologische Instrumentarium zur Erfassung kollektiver Identitäten – der Selbst-Kategorisierungs-Theorie (Turner et al. 1987) (Kap. 2.2) – auch unter Bezugnahme von Identitätskonzepten aus anderen Sozialwissenschaftlichen (Kap. 2.2.1) herangeführt. In einem Exkurs zur traditionellen, sozialpsychologischen Kategorisierungsfor- schung (Kap. 2.2.2), geht es dann um die grundlegenden kognitiven Vergleichsprozesse, in denen Individuen ihre Umwelt in Klassen von ähnlichen Reizen (Kategorien) strukturieren. Kategorien liefern demnach generalisierbare Aussagen über unsere zunehmend komplexe Umwelt und machen diese für uns begreifbar (identifizierbar) und kontrollierbar.

Hierauf aufbauend beschäftigt sich die ‚Selbst-Kategorisierungs-Theorie‘ (Turner et. al 1987) mit Selbstverortungen in der *sozialen* Umwelt: Aus Identifikationen mit und Abgrenzungen von anderen Individuen resultieren sowohl individuelle Identität als auch kollektive Identität (Kap. 2.2.3). Zugrunde gelegt wird von Turner et al. (1987), dass solche Selbstverortungen stets unter Bezugnahme auf Gruppenzugehörigkeiten erfolgen: Das Individuum interpretiert sich in Vergleichen mit Mitgliedern der Eigengruppe, die Eigengruppe mit Mitgliedern von Fremdgruppen. Aus solchen fortdauernden Prozessen von Identifikation und Abgrenzung (‚Wir‘ vs. ‚Ihr‘) ergibt sich letztlich ein hierarchisch strukturiertes System kognitiver Reprä- sentationen (Gruppenzugehörigkeiten), mit dem wir uns unseren Platz in der sozialen Umwelt zuweisen. In welchem situativen Kontext bestimmte Gruppenzugehörigkeiten Relevanz (Salienz) für unsere soziale Wahrnehmung und unser soziales Verhalten erhalten (Kap. 2.2.4) und welche Auswirkungen sie auf die Bewertungen Anderer im sozialen Vergleich haben (Kap. 2.2.5), ist Gegenstand der abschließenden Erörterungen zur Selbst-Kategorisierungs- Theorie.

Nachfolgend geht es um den Transfer dieser theoretischen Grundlagen auf den politischen Untersuchungsgegenstand dieser Studie. Im Anschluss an allgemeinere Vorüberlegungen zu den vielfältigen Verknüpfungen von Identität und Politik (Kap. 2.3) wird – unter Rückgriff auf Konzepte der sozialen Bewegungsforschung – aufgezeigt, unter welchen Bedingungen sich Individuen einer politisch aktiven Gruppe/Organisation anschließen, um sozialen Wandel herbeizuführen (bzw. zu verhindern) (Kap. 2.3.1). Von zentralem Interesse ist hierbei das

Konzept ‚politisierte kollektive Identität‘ (Simon/Klandermans 2001) (Kap. 2.3.1.1): Am Anfang der Politisierung kollektiver Identität steht die von mehreren Individuen geteilte Betroffenheit durch einen gesellschaftlichen Missstand. In einem zweiten Schritt der Politisierung werden von den Betroffenen Verantwortungszuschreibungen bezüglich dieses Missstandes vorgenommen, die den politischen Gegner definieren. Schließlich versuchen beide (kollektiven) Kontrahenten in einem ‚Machtkampf‘ um gesellschaftliche Einflussnahme, eine dritte gesellschaftliche Kraft, im Idealfall die breite Öffentlichkeit, für sich zu gewinnen, um ihr Anliegen durchzusetzen.

Da dieses Konzept ursprünglich im Rahmen der sozialen Bewegungsforschung entwickelt wurde, ist seine Übertragbarkeit auf eine rechtsextreme politische Partei (REP) bzw. auf eine Zeitung im Umfeld der ‚Neuen Rechten‘ (JF) zu diskutieren (Kap. 2.3.1.2): Beide Fälle (REP und JF) sind vor diesem Hintergrund als institutionalisierte politisierte kollektive Identitäten zu begreifen. Dabei erscheinen die Organisationsformen einer Partei und einer Zeitung besonders geeignet, die breite Öffentlichkeit in einem gesellschaftlichen Machtkampf für ihr Anliegen zu gewinnen.

Auf der Grundlage dieser theoretischen Vorüberlegungen wird die Fragestellung dieser Studie konkretisiert (Kap. 2.4). Zusammengefasst geht es um Vorbedingungen und Folgen (kollektiver) rechtsextremer Identität: Wo liegen ihre Ursprünge? Wie sieht sie aus? Welche Auswirkungen hat sie auf das Weltbild der Befragten? Welche Implikationen hat sie für deren soziales Verhalten? Welche Schlüsse lassen sich hieraus in Bezug auf Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ziehen?

Die Eingrenzung der Stichprobe (REP und JF) (Kap. 3) erfordert zunächst eine Sondierung des weiteren Feldes des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland (Kap. 3.1). In diesem Rahmen werden unter Zuhilfenahme vorwiegend politikwissenschaftlicher Studien die drei zyklischen Entwicklungslinien des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990 (Kap. 3.1.1), Entwicklungen in der DDR (Kap. 3.1.2) sowie im vereinten Deutschland (Kap. 3.1.3) nachgezeichnet. Da es in dieser Studie um ‚Die Republikaner‘ und die ‚Junge Freiheit‘ geht, wird dieser Überblick durch aktuellere Informationen zu beiden Organisationen ergänzt (Kap. 3.1.4). Einer Positionierung von REP und JF wird zunächst mithilfe von Selbstverortungen der Befragten im politischen Spektrum auf einer 7-stufigen Links-Rechts-Skala nachgegangen (Kap. 3.2). Der daraus resultierende Eindruck, dass für die Befragten insgesamt die Bezeichnung ‚rechtsextrem‘ angemessen erscheint, wird

für die REP mittels Einstellungsuntersuchungen (Gabriel 1996; Ivaldi 2001) von REP-Wählern auf den Dimensionen ‚Fremdenfeindlichkeit‘ und ‚Unzufriedenheit mit dem demokratischen System‘ erhärtet.

Beim methodischen Zugang dieser Studie handelt es sich um lebensgeschichtliche Interviews (Kap. 4). Die Mitglieder der REP (N=20) sowie die JF-Redakteure (N=4) wurden befragt, wie sie politisch aktiv geworden sind, wie sich ihre derzeitigen Aktivitäten gestalten und wie zufrieden sie mit ihrer Mitgliedschaft/Tätigkeit (REP/JF) sind. Darüber hinaus wurde erfragt, welches für sie persönlich die wichtigsten Ziele und Ideen ihrer jeweiligen Organisation sind. Abrundend wurde versucht auszuloten, welche Identitätsbezüge sie mit ihrer Eigengruppe verbindet.

Die qualitative Analyse der Interviews folgte einem iterativen Verfahren: In gleichsam archäologischer Kleinarbeit ging es darum, Fragmente einer rechtsextremen Identität freizulegen und sie zu einem Ganzen zusammenzufügen. Gegebenenfalls galt es, nach einem anderem Gesamtwerk zu suchen, wenn das Bruchstück in der Hand nicht passen wollte.

Was die Ergebnisse der Studie betrifft so sei folgendes vorweggenommen: Zunächst wird aufgezeigt, dass die Stichprobe Bausteine eines ‚Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft‘ repräsentiert (Kap. 5). Eine Analyse der Interviews unter Nutzung der Schablone ‚politisierte kollektive Identität‘ (Simon/Klandermands 2001) verdeutlicht, wie sich die politische Ideologie und das politische Handeln der Befragten um eine ‚politisierte nationale (deutsche) Identität‘ zentrieren. Infolgedessen stellen die Befragten die ‚Wahrung deutscher Interessen‘ in den Mittelpunkt ihres Wirkens, was zu ausgrenzenden bis fremdenfeindlichen Forderungen führt. Die Verursacher wahrgenommener gesellschaftlicher Missstände werden jedoch weniger in Zuwanderern gesehen, sondern sind aus der Warte der Befragten vielmehr im eigenen Land zu finden (etablierte Parteien, Medien u.a.) (Kap. 6). Einer Topographie rechtsextremer Identität (Kap. 7) veranschaulicht zusammenfassend die Dominanz ‚deutscher Rahmungen‘ in der Weltanschauung der Befragten, also in ihrer kognitiven, hierarchisch strukturierten Repräsentation der sozialen Umwelt. Was ‚deutsche Identität‘ für die Befragten derart relevant (salient) macht, wird in diesem Kontext an den Verknüpfungen ihrer Biographie mit Ereignissen jüngerer deutscher Geschichte nachvollzogen.

Die Kosten-Nutzen-Bilanzen der Befragten in Bezug auf ihr politisches Engagement (Kap. 8) fallen – auch angesichts der damit einhergehenden Risiken aufgrund gesellschaftlicher Ächtung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – überwiegend positiv aus. Auch

hierzu leisten aus einer ‚politisierten deutschen Identität‘ resultierende Gewinne einen erheblichen Beitrag.

Abschließend werden die Ergebnisse dieser Studie zusammengefasst und mit Blick auf Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit diskutiert (Kap. 9).

Hilfreich erscheinen einige formale Vorbemerkungen zur Lektüre der Studie: Im Zuge der Anonymisierung der Befragten (ausführlicher hierzu: Kap. 4.2) wurden sie mit einem Alias bedacht, aus dem ausschließlich das jeweilige Geschlecht hervorgehen sollte. Zitate aus den Interviews werden (anders als solche aus der Fachliteratur; Ausnahmen machen einzelne Hervorhebungen) *kursiviert* hervorgehoben und den Befragten unter Nennung des Alias, der Organisationszugehörigkeit (REP bzw. JF) und des Alters zugeordnet: z.B. Josef (JF, 38). Sinnleere Wörter (oder auch Versprecher, ein Räuspern ohne Aussagekraft etc.) werden durch (...) gekürzt, Sinn schaffende und erläuternde (z.B. auch offensichtlich fehlende) Wörter, Übersetzungsangebote oder Anmerkungen des Autors in [Klammern] ergänzt.

2 Rechtsextremismus und kollektive Identität

Angesichts verschiedenster, durchaus voneinander abweichender Definitionen des Rechtsextremismus in der sozialwissenschaftlichen Literatur (vgl. Mudde 1996) ist zunächst zu klären, was in der vorliegenden Studie unter Rechtsextremismus verstanden wird. Nach einer allgemeineren Begriffsklärung (Kap. 2.1) werden Besonderheiten eines sozialpsychologischen Ansatzes zur Untersuchung dieses Phänomens sowohl unter Bezugnahme auf andere sozialwissenschaftliche Zugänge – etwa zur Wirkung von Ungleichgewichtszuständen (Hofstadter 1964, Lipset 1964) sowie Modernisierungsansätze (Scheuch/Klingemann 1967, Heitmeyer 1987, vgl. Beck 1983) – als auch in Abgrenzung zu individualpsychologischen Erklärungsansätzen (Adorno/Frenkel-Brunswick/Levinson./Sanford 1950, Adorno 1973, Altemeyer 1988, 1996, Sisanius/Pratto 1999) verdeutlicht. Aus dieser Perspektive handelt es sich um ein *kollektives* Phänomen (Kap. 2.1.1), da Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in einer durch Gruppenzugehörigkeiten strukturierten sozialen Umwelt eingebettet sind: Rechtsextreme Akteure handeln nicht als isolierte Individuen. Ihre politische Ideen und ihr politisches Handeln bringen vielmehr zum Ausdruck, wie sie in ein System von Beziehungen zwischen Eigen- und Fremdgruppen eingebunden sind.

Dementsprechend wird einer kollektiven ‚rechtsextremen Identität‘ – also den von den Befragten geteilten Selbstverortungen, die aus Identifikationen mit der Eigengruppe in gleichzeitiger Abgrenzung zu Fremdgruppen resultieren – eine Schlüsselrolle in Bezug auf die Mobilisierung, das fortgesetzte Engagement sowie auf die Ideologie der Befragten zugeschrieben.

Das sozialpsychologische Rüstzeug zur Erschließung einer kollektiven Identität rechtsextremer Akteure liefert in dieser Studie die *Selbst-Kategorisierungs-Theorie*² (Turner/Hogg/Oakes/Reichel/Wetherell 1987; Kap. 2.2), die unter Rückgriff auf ihre Bezüge zur traditionellen Kategorisierungsforschung (Kap. 2.2.2) erläutert wird. Um Eigenheiten einer rechtsextremen Identität nachspüren und aufzeigen zu können, ist in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse, an welchen Bestimmungsgrößen (gemeint sind spezifische Gruppenzugehörigkeiten und mit ihnen einhergehende Bewertungsmaßstäbe; vgl. Kap. 2.2.5) die Befragten das von ihnen geteilte System kognitiver Repräsentationen ihrer sozialen Umwelt verankern. Aufschlussreich sind hierzu unterschiedlich abstrakte und inklusive Ebenen der

² ‚Pflichttrennungen‘ in Begriffen, die z.B. aus ‚Selbst‘ und einem weiteren Wort bestehen (etwa ‚Selbst-Kategorisierung‘, ‚Selbst-Interpretationen‘ etc.), sind aus der deutschsprachigen Fachliteratur übernommen worden. Ansonsten folgt diese Arbeit den Sprachgewohnheiten des Autors (z.B. Selbstverständnis, Selbstverortung, Selbstbild etc.).

Selbst-Kategorisierung: Turner et al. (1987) unterscheiden zumindest drei solcher Ebenen, nämlich eine zur Herstellung individueller Identität, eine zur Erlangung kollektiver Identität sowie eine übergeordnete Ebene, auf der sich ‚menschliche Identität‘ konstituiert (Kap. 2.2.3). Ebenso hilfreich sind die Erörterungen zu den Voraussetzungen, unter denen bestimmte Kategorien (Gruppenzugehörigkeiten) in Selbstwahrnehmung und sozialem Verhalten wirksam („salient“; Kap. 2.2.4) werden.

Der politische Untersuchungsgegenstand der Studie erfordert darüber hinaus eine Spezifizierung dieses sozialpsychologischen Zugangs. Hierzu dient, neben Vorbemerkungen zu den vielfältigen Zusammenhängen von Politik und Identität (Kap. 2.3) sowie zur Bedeutung kollektiver Identität für politisches Engagement (Kap. 2.3.1), das Konzept *politisierten kollektiver Identität* (Simon/Klandermans 2001; Kap. 2.3.1.1). Da dieses Konzept zunächst auf weniger starr organisierte soziale Bewegungen zugeschnitten ist, bedarf es zusätzlicher Überlegungen zur Institutionalisierung politisierter kollektiver Identität (Kap. 2.3.1.2). Hierbei geht es um die Übertragbarkeit des Konzeptes ‚politisierten kollektiver Identität‘ auf den vorliegenden Anwendungsbereich, nämlich auf aktive Mitglieder einer rechten Partei (‚Die Republikaner‘; REP) bzw. auf Redakteure einer Zeitung (‚Junge Freiheit‘; JF), die neben Autoren der ‚Neuen Rechten‘ und vom rechten Flügel der Unionsparteien auch Aktivisten rechtsextremer Organisationen versammelt und somit eine Brückenfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus erfüllt (Pfahl-Traugher 1998; ausführlicher hierzu Kap. 3.1.1, 3.1.4).

Zum Abschluss dieses Kapitels wird die konkrete Fragestellung der Studie zusammengefasst (Kap. 2.4).

2.1 Rechtsextremismus: Begriffsklärung und sozialwissenschaftliche Zugänge

Von der Rechtsextremismusforschung werden unter anderem Aufschlüsse über Hintergründe und Ursachen der Gewalttaten gegen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland erwartet. Stattdessen fällt auf, dass die Rechtsextremismusforschung selbst die Frage nach dem Zusammenhang beider Phänomene – rechtsextreme Ideologie und Gewalttaten – in einem durch politische Motive und unterschiedliche theoretische Standpunkte stark polarisiertem Diskussionsfeld erörtert. Die daraus resultierenden Kontroversen werden bereits an der Begriffswahl deutlich: Wird aus der Warte einer ihre Verfassung schützende ‚wehrhaften Demokratie‘ seit 1974 anstelle von ‚Rechtsradikalismus‘ von ‚Rechtsextremismus‘ gespro-

chen, impliziert dies die Abgrenzung einer gesellschaftlichen Marginalie von einer mutmaßlich liberal-demokratischen Mitte der Gesellschaft. Bereits im Ansatz kann so die Bedeutung der alltäglichen Verbreitung latenter autoritärer und fremdenfeindlicher Einstellungen in der durchschnittlichen Bevölkerung und deren politische Funktionalisierung aus dem Augenmerk geraten.

Auf die Implikationen der gesellschaftlichen Ächtung des Rechtsextremismus verweist beispielsweise Cas Mudde (Mudde 1996): Die von Theoretikern und Forschern weithin akzeptierten normativen Vorgaben, die gerade mit dem Extremismusbegriff einhergehen, verstellen oftmals den sachlichen Blick auf wichtige, vielleicht „banale“ Details eines komplexen Phänomens (zum ‚banalen Nationalismus‘ s. Billig 1995; vgl. auch Mummendey/Simon 1997, Wimmer 2002). In der wissenschaftlichen Literatur finden sich demzufolge auch Empfehlungen, „das Attribut ‚extremistisch‘ für die Beobachtungsgegenstände der Verfassungsschutzbehörden zu reservieren und die Bezeichnung ‚Radikalismus‘ für das wesentlich breitere sozialwissenschaftliche Betätigungsfeld zu verwenden“ (Neugebauer 2000: 16). Wenngleich dieser Vorschlag grundlegende Unterschiede zwischen Aufgaben des Verfassungsschutzes und der Sozialwissenschaften unterstreicht, konnte er sich bislang nicht durchsetzen.

Vorliegende Studie beugt sich im Begriffsgebrauch diesem weitreichenden Konsens. Wie aufzuzeigen sein wird (Kap. 3.2) erscheint für diesen Untersuchungsbereich – Parteigänger der REP und Redakteure der JF – das Adjektiv ‚rechtsextrem‘ angemessen. Dabei soll allerdings keineswegs übersehen werden, dass, legt man das Kriterium eines aufgeklärten Denkens zugrunde, *rechtsextremes* Denken und eine entsprechende Ideologie durchaus in der ‚Mitte der Gesellschaft‘ verankert sein können (s. Kap. 5).

Auch die Diskussion über ‚Rassismus‘, ‚Ausländerfeindlichkeit‘ oder ‚Fremdenfeindlichkeit‘ zeigt an, dass die Begriffswahl für die Problemwahrnehmung bedeutsam ist. Die Bandbreite von Dimensionen der Verschiedenheit (Ethnie, Religion, Kultur), die die Opfer von den Tätergruppen in deren Wahrnehmung unterscheidet, lässt es, so das Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS 1994), sinnvoll erscheinen, in einem umfassenderen Sinn von ‚Fremdenfeindlichkeit‘ zu sprechen. In Übereinstimmung mit Koopmans und Kriesi (1997) wird, vor allem mit Blick auf (nationale) Identitätskonzepte der Akteure, diesem ausgrenzenden Moment gerade in Deutschland eine zentrale, wenn nicht gar konstitutive Bedeutung (Koopmans 2001) für das Phänomen Rechtsextremismus beigemessen.

An dieser Stelle sei in Anlehnung an vorliegende Studien (Merten/Otto 1993, Jaschke 1994, De Witte 1996, Stöss 2000) Stelle Rechtsextremismus als Komplex von Einstellungen, Wertorientierungen und Handlungsformen definiert, die sich auf folgenden Dimensionen manifestieren:

- *Rassismus, Ethnozentrismus, Fremdenfeindlichkeit* gehen von der Ungleichheit der Menschheit aus. Es wird nach ethnischer, kultureller, in der Übersteigerung nach rassischer Homogenität der Völker verlangt. Die eigene Volksgruppe wird hierbei besonders hoch bewertet, fremde Volksgruppen werden ausgegrenzt, benachteiligt, abgewertet. In diesem Spektrum sei hier auch der *Antisemitismus*, die Feindschaft gegenüber Juden, verortet, der speziell Juden als minderwertig und gefährlich – weil unterstelltermaßen weltweit konspirativ – betrachtet.
- *Nationalismus* hat die Bewahrung und Stärkung der eigenen Nation zum Ziel. Der Nationalismus erhebt die Nation selbst zum höchsten Wert und zieht die Abwertung fremder Nationen nach sich (zur ausführlicheren Diskussion s. Kap. 6, Kap. 7).
- *Wohlstandschauvinismus* meint die eher auf sozioökonomische Motive basierende Ausgrenzung fremder Volksgruppen im eigenen Land, indem ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand verwehrt wird.
- *Autoritarismus, Social Dominance Orientation, Dogmatismus*: Die Studien von Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford (1950, Adorno 1973, s. auch Altemeyer 1988, 1996) machten die ‚autoritäre Persönlichkeit‘ als Persönlichkeitsgrundlage des Faschismus (bzw. Nationalsozialismus) aus, die zum Beispiel die Bewertung von Fremdgruppen bestimmt. Die ‚autoritäre Persönlichkeit‘ ist – in Kürze zusammengefasst – durch die Bereitschaft zur Unterwerfung unter Stärkere, Gehorsam gegenüber Mächtigen sowie die wahrgenommene Überlegenheit und Aggressivität gegenüber ‚Schwachen‘ gekennzeichnet. Persönlichkeitsdispositionen zu Dominanz und Unterwerfung sind auch Gegenstand der aktuelleren Konzeptionalisierung „*Social Dominance Orientation*“ (SDO; Sidanius/Pratto 1999). Während Autoritarismus die Unterwerfung unter Autoritäten der Eigengruppe meint, fokussiert SDO individuelle Einstellungen bezüglich hierarchisch strukturierter Beziehungen *zwischen* sozialen Gruppen (ebd.: 74). SDO gründet sich demnach auf die „grundlegende menschliche Neigung, auf Gruppen basierende soziale Hierarchien zu bilden“ (ebd.: 38; Übersetzung L.K.). Rokeach (1960) führte, unabhängig von einer politischen Links-Rechts-Dimension, das theoretische Konstrukt *Dogmatismus* ein. Er unterscheidet dabei zwischen einem offenen und einem geschlossenen kognitiven Orientierungssystem, wobei letzteres auf eine absolute Autorität ausgerichtet ist und sich

durch undifferenzierte negative Einstellungen, ein pessimistisches Weltbild, Angst, die Beschäftigung mit Machtfragen sowie Intoleranz gegenüber anders eingestellten Personen auszeichnet. Neben persönlichkeitspsychologischen Merkmalen der ‚autoritären Persönlichkeit‘ werden in der aktuellen Diskussion um Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft auch autoritäre, hierarchisch strukturierte Sozialisationsbedingungen erörtert, die beispielsweise in gefühlsarmen und distanzierten Beziehungen innerhalb der Familie zutage treten können. So sehen etwa Sidanius und Pratto (1999: 77) die Wurzeln von SDO in Sozialisationserfahrungen, situativen Gegebenheiten und im individuellen Temperament („[...] we suspect that there are at least three major influences: socialization experiences, situational contingencies, and temperament“).

- *Ablehnung liberaler Demokratie*: Wie bereits unter ‚Autoritarismus‘ skizziert, betonen Rechtsextremisten den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum und glauben an die Notwendigkeit einer starken Führung. Rechtsextremismus richtet sich somit gegen den Wertpluralismus liberaler Demokratien. Dies kann mit *Revisionismus*, der Verharmlosung des Nationalsozialismus und des Holocaust, oder sogar mit deren Rechtfertigung einhergehen. Stöss (2000: 26) spricht in diesem Zusammenhang von *Pronazismus*.

Als zentrale Bedrohung für die Gesellschaft wird schließlich die *Gewaltbereitschaft* und *Militanz* gegenüber politischen Gegnern oder mutmaßlichen Verursachern gesellschaftlicher Missstände wahrgenommen, die per definitionem Extremismus ausmacht. So sieht beispielsweise De Witte (1996) auch die militante Opposition gegenüber politischen Gegnern als eine Facette einer Ideologie mit eigener interner Logik.

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, dass Rechtsextremismus als *kollektives* Phänomen zu verstehen ist. Eingebettet in den Kontext sozialer Gruppen, die nach Schaffung und Erhaltung positiv bewerteter kollektiver Identität streben, folgt Rechtsextremismus demnach einer Dynamik von Identifikation mit der (nationalen) Eigengruppe und von Ausgrenzung sowie Abwertung von Fremdgruppen.

2.1.1 Rechtsextremismus als kollektives Phänomen

Zu den klassischen psychologischen – oder psychologisch kompatiblen – Erklärungsansätzen der Rechtsextremismusforschung zählen die bereits oben genannten persönlichkeitspsychologischen Forschungsarbeiten zur ‚autoritären Persönlichkeit‘ (Adorno et al. 1950; Altemeyer

1988, 1996) und zur ‚*Dogmatismustheorie*‘ (Rokeach 1960). Sie messen Sozialisationserfahrungen unter hierarchisch strukturierten Bedingungen – etwa in der Familie – große Bedeutung bei.

Sozialpsychologische Kritiker individualpsychologischer Erklärungsansätze (vgl. Reynolds/Turner/Haslam/Ryan 2001) bezweifeln, ob Vorurteile und Diskriminierung in Begriffen von Persönlichkeitsmerkmalen angemessen zu erklären sind. Solche Ansätze vernachlässigen unmittelbare, aktuelle soziale Kontextbedingungen und Einflussgrößen. Eine ‚kollektive‘ Psychologie beschäftigt sich demgegenüber vielmehr mit dem Zusammenhang zwischen der subjektiven Wahrnehmung sozialstruktureller Faktoren (Statusrelationen zwischen Gruppen) und der Psychologie des Individuums (Reynolds et al. 2001: 428). Das Ausmaß, in dem ein Individuum ‚autoritär‘, ‚dogmatisch‘ oder ‚an sozialer Dominanz orientiert‘ ist, sowie die Beziehung dieser Variablen zu Vorurteil und Diskriminierung variieren als Funktion des *salienten* (bzw. relevanten; zum Salienz-Begriff s. Kap. 2.2.4) Vergleichsrahmens und der Selbst-Kategorisierung des Individuums. So können entsprechende Skalen zu Autoritarismus, Dogmatismus oder SDO anstelle von Persönlichkeitsmerkmalen ebenso Normen, Werte und Ideologien verschiedener gesellschaftlicher Gruppen widerspiegeln (Reynolds et al. 2001: 430).

Weniger Persönlichkeitsmerkmale als vielmehr kognitive Prozesse, vor allem ausgelöst in sozialen Krisensituationen, sieht Gordon W. Allport (1951: 11) als Ursachen für die „Treibjagd auf Sündenböcke“, die Diskriminierung Anderer: „Eine Erscheinung, bei der einige der angriffslustigen Energien einer Person oder einer Gruppe sich auf ein anderes Einzelwesen, eine andere Gruppe oder ein anderes Objekt konzentrieren, wobei die Stärke des Angriffs und des Vorwurfs entweder teilweise oder gänzlich ungerechtfertigt ist“. Dieses Phänomen gründe sich auf die unheilvolle Verbindung anerzogener *Vorurteile* und der Tendenz, andere für jegliche Misere verantwortlich zu machen.

Weitere Erklärungsansätze beschäftigen sich intensiver mit der Zugehörigkeit von Individuen zu Kollektiven, mit der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation und ihren Befindlichkeiten. Hier geht es um die *Wirkung von Ungleichgewichtszuständen* (Winkler 1996). Personen, die ihren gewohnten bzw. gewünschten Status bedroht sehen, neigen dazu, rechtsextreme Bewegungen zu unterstützen und entsprechende Handlungsformen zu wählen. So stellen Hofstadter (1964) und Lipset (1964) die Hypothese („Hofstadter-Lipset-Hypothese“) auf, dass Ungleichgewichtszustände in Form von Statuspolitik als intervenierende

Größe zwischen Umwelteinflüssen und Persönlichkeitsmerkmalen auf der einen und rechts-extremen Verhaltensweisen auf der anderen Seite fungieren³.

In die Sozialpsychologie fanden solche Erwägungen mit dem Konzept der *relativen Deprivation* (Gurr 1979; vgl. Tajfel 1982: 110) Eingang. Relativ bedeutet, dass Deprivation aus Vergleichen zu anderen Personen oder Gruppen resultiert. Anzumerken ist, dass dieser wahrgenommene Mangel sich nicht nur auf materielle Güter beschränken muss, sondern sich ebenso auf einen eher immateriell begründeten (etwa sozialen, kulturellen etc.) Status beziehen kann (ausführlicher hierzu: 2.2.5). Anschlussfähig wäre hier auch die *Frustrations-Aggressions-Hypothese* (Dollard et al. 1939), der zufolge Frustrationserleben – etwa angesichts von als ungerechtfertigt und unveränderbar wahrgenommenen Statusunterschieden – zu aggressivem Verhalten führt.

Modernisierungsansätze (z.B. Scheuch/Klingemann 1967; Heitmeyer 1987; vgl. Beck 1983) vertreten den Standpunkt, dass sich in Modernisierungsphasen die Beziehungen und Bindungen zwischen Individuum und Gesellschaft, die Bezüge zum übergreifenden Normensystem auflösen. Individualisierung, Diversifizierung und die Erosion traditioneller Sozialmilieus gehen mit anomischen Zuständen, Ängsten, Orientierungslosigkeit und Unsicherheit einher.

Alle genannten Ansätze⁴ belegen, dass Rechtsextremismus ein soziales Phänomen ist, dessen Ursachen im gesellschaftlichen Kontext einzuordnen sind: Eine ‚autoritäre Persönlichkeit‘ ist nach Ansicht der Autoren vor allem der familiären Sozialisation zu schulden, Vorurteile werden anerzogen bzw. erlernt. Neben der Familie, der Schule, den Freundeskreisen etc. wird auch der politischen Kultur, den politischen Eliten Einfluss auf unsere Wertorientierungen zugemessen. Zudem ist Rechtsextremismus ein kollektives Phänomen: Da ist die Rede von Ungleichgewichtszuständen und Statuspolitik von Personen, die Kollektiven zugehörig sind, von Beziehungs- und Bindungsverlust in der Moderne.

In sozialpsychologischen Begriffen ausgedrückt ist Rechtsextremismus ein *kollektives Phänomen*, das in den Kontext von sozialen Gruppen oder strukturierter Systeme sozialer Gruppen eingebettet ist. Weder als Mitglieder von Organisationen mit entsprechender politischer Zielsetzung (z.B. Parteien, Zeitungen) noch als Aktivisten ohne jegliche formale Mitgliedschaft handeln Rechtsextremisten als isolierte Individuen. Vielmehr teilen sie spezifische

³ Lipset berücksichtigt in diesem Zusammenhang auch den Einfluss politischer Eliten.

⁴ Einen Überblick über „Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus“ liefert bspw. Winkler (1996).

Ideen und Handlungen mit Gruppen anderer Leute, während sie gleichermaßen in Abgrenzung zu politischen Gegnern ihre Ideen zum Ausdruck bringen und handeln. Dementsprechend spiegeln diese Ideen und Handlungen wider, wie Rechtsextremisten in ein System von Beziehungen zwischen Eigen- und Fremdgruppen eingebunden sind. Diese Ideen und Handlungen tragen außerdem dazu bei, eine rechtsextreme Identität in der sozialen Welt herzustellen und zu untermauern. Aus dieser Perspektive erscheint eine sozialpsychologische Analyse kollektiver Identität des Rechtsextremismus hilfreich, um das Phänomen Rechtsextremismus zu verstehen. Hierzu wird zunächst die Selbst-Kategorisierungs-Theorie (Turner et al. 1987) herangezogen, die im Folgenden unter Bezugnahme auf die traditionelle Kategorisierungsforschung erläutert wird.

2.2 Selbst-Kategorisierung und kollektive Identität

Ein *master problem* (Allport 1962) der Sozialpsychologie besteht darin, das Verhältnis von Individuum und Kollektiv (bzw. Gruppe) zu (er)klären. Denn offensichtlich besteht eine Diskontinuität zwischen dem Erleben und Verhalten des Menschen als Individuum einerseits und dem als Mitglied einer Gruppe andererseits (z.B. Brown/Turner 1981). Simon (1995, 1997, 1999, 2004) konzipiert diesen Wandel in Erleben und Verhalten als Wechsel von individuellen zu kollektiven „Selbst-Interpretationen“⁵, von *individuellem* zu *kollektivem Selbst*, wobei er Selbst-Interpretation im weitesten Sinne als einen kognitiver Klärungsprozess definiert, „mittels dessen ein Mensch sein eigenes Verhalten und Erleben sowie die Reaktionen seiner sozialen Umwelt ihm gegenüber in einen Sinnzusammenhang bringt“ (Simon 1995: 47). Individuelles und kollektives Selbst sind demnach zwei Varianten der Selbst-Interpretation, die neben anderen das aktuelle Selbstverständnis oder „Selbst-Bild“ einer Person - als ‚*working self*‘ oder ‚*phenomenal self*‘ (Sherman/Judd/Park 1989) - bestimmen können (Simon 1995, ebd.).

Gegenstand dieser Arbeit ist vorrangig die Frage nach Selbst-Interpretationen im Sinne einer kollektiven rechtsextremen Identität. Die Begriffe ‚Selbst‘ und ‚Identität‘ werden im Kontext dieser Studie synonym verwendet, soweit Identität als Produkt von kognitiven Prozessen der Selbstverortung in einer durch soziale Gruppen strukturierten Gesellschaft (Selbst-Kategorisierung, s.u.) verstanden wird. Dabei soll der Prozesscharakter von Identität, d.h. ihre grund-

⁵ Den Begriff der „Selbst-Interpretation“ zieht Simon (1995: 54, Anm. 1) denen der „Selbst-Definition“ oder „Selbst-Identifikation“ vor, um die „Flexibilität des Prozesses der kognitiven Begründung eines Selbst-Verständnisses“ zu unterstreichen.

sätzliche Wandelbarkeit über Zeit (etwa durch Lernprozesse) und soziale Kontexte hinweg, nicht übersehen werden.

„Kollektive Identität“ wird in diesem Sinne hier synonym zum sozialpsychologischen Konzept „sozialer Identität“ verwendet. Gegenüber letztgenanntem wird erstgenannter Begriff jedoch angesichts des Umstandes bevorzugt, dass jedwede Identität – also nicht nur die aus Gruppenzugehörigkeit resultierende – in ihrem Wesen „sozial“ ist (vgl. Simon/Klandermans 2001; s.u. Kap. 2.2.3).

Nicht gleichzusetzen ist kollektive Identität allerdings mit dem gleichnamigen soziologischen Konzept. Sie meint demnach die Identität der Person als Mitglied eines Kollektivs, nicht die Identität des Kollektivs an sich. Die kollektive Identität einer Gruppe kann bspw. anhand von Gruppensymbolen, Ritualen, in der Gruppe geteilten Überzeugungen und Werten (z.B. im Falle von Parteien manifestiert in Form von Parteiprogrammen) untersucht werden. Klandermans (1997a: 49) verweist darauf, dass beide Analyse-Zugänge, der (sozial)psychologische und der soziologische, eng miteinander verbunden und letztlich zwei Seiten einer Medaille sind. Er mahnt jedoch, beide Analyse-Ebenen auseinander zu halten.

Nachfolgend sollen die konzeptionellen Grundlagen dieses Zugangs zum Phänomen Rechtsextremismus vertieft werden. Den Anfang macht ein Streiflicht zu sozialwissenschaftlich gängigen Identitäts-Entwürfen, die an die hier verwendete Konzeption von Identität heranführen soll (Kap. 2.2.1). Eine Skizze der traditionellen Kategorisierungsforschung (Kap. 2.2.2) soll die Grundlagen der Selbst-Kategorisierungstheorie verdeutlichen. Anschließend wird letztgenannte detaillierter ausgeführt (2.2.3 – 2.2.5).

2.2.1 Vorbemerkungen zur Identität

Habermas (1976) setzt Identitätsentwicklung mit der Entwicklung des moralischen Urteils in Verbindung. Er differenziert zwischen *Rollenidentität* (entstehend durch Anpassung an gesellschaftliche Rollenerwartungen) und *Ich-Identität* (resultierend aus der kritischen Auseinandersetzung mit Rollenerwartungen). Bezugnehmend auf Mead (1934), der die reflektierte Übernahme der Haltung Anderer in das Selbstbild („me“) von der subjektiven Reaktion des Individuums auf die so angeeigneten gesellschaftlichen Inhalte („I“) unterscheidet, kommt Habermas (1976: 85) zu dem Schluss: „In der Identität des Ich drückt sich das paradoxe Verhältnis aus, dass das Ich als Person überhaupt mit allen anderen Personen gleich, aber als Individuum von allen anderen Individuen verschieden ist“.

Nach Gordon W. Allport (1970: 13-15) ist jedes Verhalten Teil einer persönlichen Einheit (dem „Proprium“), die zugleich vielschichtig ist: „Jeder Mensch ist in gewisser Hinsicht a) gleich allen anderen Menschen (universale Normen), b) gleich einigen anderen Menschen (Gruppen-Normen), c) gleich keinem anderen Menschen (idiosynkratische Normen)“. Dabei – so Allport – gehe Einheit vor Vielschichtigkeit: „Die Organisation des individuellen Lebens ist zuerst, zuletzt und alle Zeit eine primäre Tatsache des menschlichen Lebens“.⁶

Die *Selbst-Kategorisierungstheorie* (Turner et al. 1987: 44) beschäftigt sich mit dem Selbst als Repertoire kognitiver Repräsentationen, die einer Person zur Verfügung stehen, um sich selbst zu interpretieren bzw. zu definieren. Dabei verfügt eine Person über eine Vielzahl von Konzepten des Selbst, die zwar ein kognitives System bilden, jedoch hoch differenziert und, je nach situativem Kontext, vergleichsweise unabhängig funktionieren können. Kognitive Repräsentationen des Selbst werden als *Selbst-Kategorisierungen* in Vergleichen mit Personen und/oder Gruppen verstanden, also als kognitive Strukturierungen des Individuums selbst um eine als identisch (äquivalent, ähnlich, austauschbar) wahrgenommene Klasse von Stimuli („intra-class similarities“) in Abgrenzung zu anderen, davon differierenden Stimuli („inter-class differences“).

Turner et al. (1987: 57) postulieren, dass Individuen dazu neigen, Selbst-Kategorien eher positiv zu bewerten. Zudem besteht ein motivationaler Druck, diesen Status aufrecht zu erhalten. Bereits in den Arbeiten Leon Festingers (1954) und Henri Tajfels (1978, 1982, 1982a; Tajfel/Turner 1979, 1986) wird die Schaffung und Aufrechterhaltung des *Selbstwerts* („self-esteem“) als eine Kraft verstanden, die Personen dazu bringt, sich Gruppen anzuschließen. Während Festinger dabei Identifikationsprozesse zur Validierung eigener Meinungen (im Sinne von Werten, Normen, Zielen etc.) und Fähigkeiten in den Vordergrund stellt, geht es bei Tajfel eher um die individuellen Standortbestimmungen im sozialen Umfeld, die auf wahrgenommenen, (positiv) bewerteten und mit (angenehmen) Emotionen verbundenen Gruppenzugehörigkeiten basieren. Einerseits identifizieren sich Individuen mit der Eigengruppe, andererseits definieren sie sich als Gruppenmitglieder in Abgrenzung von ‚unähnlichen‘ Fremdgruppen. Entsprechend werden Erlangung und Bewahrung eines positiven

⁶ Einen bemerkenswerten Hinweis auf die Bedeutung von Kategorien (als Benennungen) für die Entwicklung des Selbst implizieren Allports Ausführungen zur Entwicklung der *Selbst-Identität* (als Organisation verschiedener Erfahrungen, die durch das Gedächtnis auf ein identisches Subjekt bezogen werden können): Das Erlernen des eigenen Namens sei eine wichtige Voraussetzung dafür, „sich selbst als einen getrennten und wiederkehrenden Bezugspunkt“ zu sehen, also Kontinuität des Selbst zu erleben (113).

Selbstwerts als motivationale Basis der Selbst-Kategorisierung verstanden. Eine negative Selbstbewertung ruft demzufolge psychologische Aktivitäten zur Wiederherstellung eines positiven Selbstwerts hervor. Die ‚Selbst-Kategorisierungs-Theorie‘ legt daher nahe, dass Selbstbewertung oder die Bewertung von Anderen damit zusammenhängen, in welchem Ausmaß ‚ich mich‘ mit dem Objekt der Kategorisierung identifiziere oder nicht identifiziere: „the degree to which they are ‚self‘ or ‚not self‘ at some higher level of abstraction“ (Turner et al. 1987: 59).

Im Mittelpunkt vorliegender Analyse stehen also Prozesse der individuellen Standortbestimmung innerhalb der Gesellschaft durch Identifizierung mit und Abgrenzung von anderen Personen oder Gruppen. Der *Theorie der sozialen Identität* (Tajfel 1978, 1982a, 1982; Tajfel/Turner 1979, 1986) folgend, strukturiert das Individuum sein soziales Umfeld durch Prozesse der *sozialen Kategorisierung* in Eigen- und Fremdgruppen. Tajfel (1982a: 101) definiert soziale Kategorisierung als „Prozess, durch den soziale Objekte oder Ereignisse, die in Bezug auf die Handlungen, Intentionen und das Wertesystem eines Individuums gleichwertig sind, zu Gruppen zusammengefasst werden“.

Soziale Kategorisierung meint also den kognitiven Prozess, in dem wir Personen der Eigengruppe zuordnen, sobald diese hinsichtlich funktional bedeutsamer Aspekte als uns ‚ähnlich‘ betrachtet werden (vgl. auch Festinger 1954), oder sie einer Fremdgruppe zuordnen, sobald sie auf dieser Vergleichsdimension als ‚anders‘ oder von uns verschieden wahrgenommen werden. Indem wir Personen Eigen- und Fremdgruppen zuordnen, kategorisieren wir uns selbst, d.h. was ‚wir‘ sind bzw. nicht sind. Dabei sollte nicht übersehen werden, dass umgekehrt wir selbst ebenso zum Objekt von Kategorisierungen werden.

In seinen grundlegenden Arbeiten konzentrierte sich Tajfel vorrangig auf Intergruppen-Verhalten und Diskriminierung auf der Grundlage von (wahrgenommenen) Gruppenzugehörigkeiten. Die ‚Selbst-Kategorisierungs-Theorie‘ (Turner et al. 1987) – als Weiterentwicklung der ‚Theorie der sozialen Identität‘ – beschäftigt sich demgegenüber genereller mit der Frage, „how individuals are able to act as a group at all“ (ebd.: 43). Der Prozess der Selbst-Kategorisierung bestimmt nicht nur die sich auf Ähnlichkeiten mit Eigengruppenmitgliedern bzw. auf Unterschiede mit Fremdgruppenmitgliedern gründende *kollektive Identität*, sondern ebenso die *individuelle Identität* in ihrer Einzigartigkeit.

Unter gewissen Bedingungen betrachten Personen sich selbst als bestimmten Leuten ähnlich in Abgrenzung zu solchen Leuten, die von erstgenannten differieren. Letztlich ist es dieser

Prozess der Selbst-Kategorisierung, der Individuen veranlasst, sich Gruppen zuzuordnen und somit Gruppen-Verhalten überhaupt erst ermöglicht. Damit dient er der Selbstverortung in einer zunehmend komplexen sozialen Umwelt, der Suche nach unserem jeweiligen ‚Platz in der Welt‘ („place in the world“, Simon 1999).

Im Folgenden werden die theoretischen Grundlagen der vorliegenden Studie erörtert, beginnend mit einer kurzen Einführung in die traditionelle Kategorisierungsforschung.

2.2.2 Die traditionelle Kategorisierungsforschung

Die Dinge in ihrem Wesen – im Sinne ihrer Funktionen und Eigenschaften – benennen zu können (d.h. sie zu identifizieren, zu *kategorisieren*), erleichtert die Orientierung und das Handeln in einer zunehmend komplexer werdenden Umwelt. Der Prozess der Kategorisierung dient als Schutz vor einer nicht mehr zu verarbeitenden Reizvielfalt. Zudem erspart er dem Individuum, Objekte, mit denen es im Alltag konfrontiert wird, auf Eigenschaft und Funktion hin wiederholt zu untersuchen, also erneut Implikationen für den Umgang mit und der Nutzung von ihnen zu erlernen.

Gemäß der traditionellen Kategorisierungsforschung (Bruner 1957) erfolgt die Klassenzuordnung eines Objektes gemäß vier relevanter Kriterien, nämlich (1) aufgrund der kritischen Eigenschaften eines Objektes, (2) der erlaubten Variationsbreite dieser Eigenschaften, (3) der für die Kategorie spezifischen Kombination dieser Eigenschaften sowie (4) ihrer Gewichtung. Anhand dieser Kriterien kann die Klassifizierung eines Objektes überprüft werden: Im Falle einer Fehlkategorisierung kann entweder diese oder aber das ihr zugrundeliegende „Modell der Wirklichkeit“ (also die Kriterien zur Zuordnung eines Objektes) korrigiert werden.

Die Kritik an der traditionellen Kategorisierungsforschung (z.B. Eckes/Six 1984: 3) stellt in Frage, ob ‚natürliche‘ und alltagssprachliche Kategorien durch diese vier Voraussetzungen ausreichend beschrieben werden. Solche Kategorien sind in ihrer internen Struktur dadurch gekennzeichnet, dass sich ihre Mitglieder auf einem Kontinuum der Kategorienmitgliedschaft anordnen lassen. Sie sind also in unterschiedlichem Maße für die Kategorie repräsentativ. Rosch (1973, 1975, 1978; s. Eckes/Six, ebd.) geht demgegenüber von einem *Prototyp* als Repräsentanten einer Kategorie aus, der als kognitiver Bezugspunkt einer Kategorie die Verarbeitung von Informationen über Objekte, Personen und Situationen steuert. Der Prototyp ist als hypothetisches Konstrukt und als Maß der Kategorienzugehörigkeit zu verstehen, da sich die Mitglieder einer natürlichen Kategorie im Ausmaß ihrer Ähnlichkeit mit diesem Reprä-

sentanten – in ihrer *Prototypikalität* – unterscheiden. Dieser Ansatz geht auf die sprachphilosophischen Überlegungen von Wittgenstein (1957) zurück, der mit dem Begriff der „Familienähnlichkeit“ auf die mehr oder minder überlappenden Mengen von Merkmalen einer Kategorie hinweist. Demnach hat jedes Element einer Kategorie zumindest ein Merkmal mit einem oder mehreren Elementen gemeinsam, während nur wenige Merkmale allen Elementen der Kategorie gemeinsam sind. Diese Sichtweise impliziert unscharfe Kategoriengrenzen.

Rosch (1978) unterscheidet eine vertikale und eine horizontale Dimension der Kategorisierung: Die vertikale Dimension, die sich auf die Vergleichbarkeit von Kategorien unterschiedlichen Abstraktionsgrades bezieht, ist durch einen unterschiedlichen Grad an *Inklusivität* gekennzeichnet: je abstrakter eine Kategorie, desto mehr untergeordnete, konkretere Kategorien umfasst sie.

Verdeutlichen kann man dies anhand der biologischen Systematik, mittels welcher ‚Lebewesen‘ unterteilt werden: ‚Tier-‘ bzw. ‚Pflanzenreich‘, ‚Stamm‘, ‚Klasse‘, ‚Ordnung‘, ‚Familie‘, ‚Gattung‘, ‚Art‘. Die abstrakteste Kategorie – ‚Lebewesen‘ – zeichnet sich durch den höchsten Grad an Inklusivität aus, umfasst also alle Mitglieder untergeordneter Kategorien. Die folgenden Kategorien dienen – in oben aufgeführter Reihenfolge – einer zunehmend konkreteren Spezifizierung eines einzelnen Lebewesens.

Auf der horizontalen Dimension, die die interne Struktur einer Kategorie betrifft, fungiert der Prototyp als Repräsentant.

Vor allem *sozialen Kategorien* erweisen sich dementsprechend als schwer falsifizierbar (z.B.: ‚Alle US-Amerikaner sind patriotisch‘). Hinzu kommt, dass soziale Kategorien in der Regel bewertende Prozesse implizieren und diese Kategorien (als Stereotype oder Vorurteile) selbst in wertender Absicht Verwendung finden. Die im Zusammenhang mit Kategorien einmal gewählten „Evaluierungen“ (vgl. auch Kap. 2.2.5, Kap. 6.1.2.1) sind relativ zeitstabil (Schäfer/Six 1978). Und, wie Tajfel (1982a: 49) bemerkt: „Verglichen mit physikalischen Kategorien ist zur Bestätigung dieser Urteile weniger Information nötig, aber zur Entkräftung erheblich mehr, da sie anscheinend problemlos zu dem passen, was allgemein als soziale ‚Realität‘ angesehen wird“. Eine Entkräftung solcher (Vor-)Urteile ist um so schwieriger, je enger sie mit dem Wertesystem einer Person verknüpft sind, da die an der Vorurteilsbildung beteiligten kognitiven Prozesse der Auswahl, Akzentuierung und Interpretation von Informationen dieses Wertesystem schützen (z.B. G. W. Allport 1954).

2.2.3 Ebenen der ‚sozialen Identität‘: Inklusivität und Meta-Kontrast

Unter Bezugnahme auf Rosch (1978) gehen Turner et al. (1987: 45) davon aus, dass Selbst-Kategorisierungen auf verschiedenen Abstraktionsebenen eines hierarchischen Systems von Klassifikationen vorgenommen werden. Diese Ebenen zeichnen sich durch einen unterschiedlichen Grad an *Klassen-Inklusivität* aus, d.h. je abstrakter eine Selbst-Kategorie, desto höher ihre Inklusivität. Ausgenommen der Kategorie auf der obersten Abstraktionsebene wird jede Kategorie von einer Kategorie höherer Inklusivität umfasst, ohne für diese erschöpfend zu sein. Zumindest drei Abstraktionsebenen der Selbst-Kategorisierung sind für die *soziale Identität* von Bedeutung:

- (1) die übergeordnete Ebene („superordinate level“), auf der sich die ‚menschlichen Identität‘ („human self“) in Abgrenzung zu anderen Lebensformen konstituiert;
- (2) eine Zwischenebene („intermediate level“) basierend auf sozialen Ähnlichkeiten und Unterschieden, die eine Person aufgrund ihrer Mitgliedschaft in bestimmten sozialen Gruppen in Abgrenzung zu anderen sozialen Gruppen definiert;
- (3) eine untergeordnete Ebene der individuellen Selbst-Kategorisierung („subordinate level of self-categorization“), basierend auf Differenzierungen zwischen sich selbst als einzigartigem Individuum und anderen Mitgliedern der Eigengruppe, die ‚mich‘ als spezifische individuelle Person definieren.

Auf diesen Ebenen konstituiert sich demnach (1) die *menschliche Identität* in Vergleichen zwischen den Lebensformen, (2) die *kollektive Identität* in Vergleichen zwischen sozialen Gruppen innerhalb der Spezies Mensch („intergroup“, „intra-species“) und (3) die *individuelle Identität* in Vergleichen zwischen Personen innerhalb der Eigengruppe („interpersonal“, „intragroup“).

Einige Bemerkungen erscheinen zur Vermeidung von Missverständnissen angebracht:

Diese drei Ebenen decken ungefähr die Spannbreite verschiedener Niveaus der Selbst-Kategorisierung ab, wie sie in der sozialpsychologischen Betrachtung der sozialen Wirklichkeit zutage treten können. So sind nach oben hin durchaus noch inklusivere Ebenen denkbar: Eine ‚menschliche Identität‘ impliziert etwa eine Abgrenzung zu anderen ‚Lebewesen‘. Zudem sind zwischen individueller und menschlicher Identität eine Vielzahl kollektiver Identitäten vorstellbar, die sich auf unterschiedlich inklusive Gruppenzugehörigkeiten begründen: zum Beispiel eine lokale Identität (etwa als Bonner), eine regionale Identität (als Rheinländer), eine nationale Identität (als Deutscher), eine kontinentale Identität (als Europäer), eine übergreifende religiös-kulturelle Identität (Abendland vs. Morgenland) etc. Um bei entsprechend

geographischen Begriffen zu verharren, wäre demzufolge mit einer globalen Identität die menschliche Identität (oder auch die Identität als Lebewesen) gemeint.

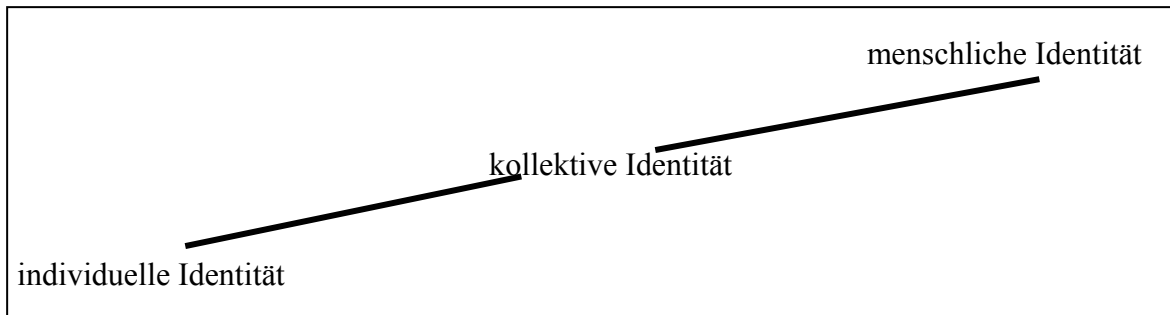


Abb. 2.1: Ebenen der Selbst-Kategorisierung (nach Turner et al. 1987)

Turner et al. (1987: 46) betonen, dass alle Abstraktionsebenen der Selbst-Kategorisierung mit Blick auf ihren Inhalt, Ursprung und ihre Funktion gleichermaßen ‚sozial‘ sind. Außerdem spielen individuelle Selbst-Kategorisierungen keine hervorgehobene Rolle, sondern sind ebenso *eine* Komponente des Selbst, wie Tajfel (1982a: 102) dies für kollektive, also auf Gruppenzugehörigkeiten begründete Kategorisierungen aufzeigt (vgl. Kap. 2.2.5).

Eine weitere grundlegende Annahme der Selbst-Kategorisierungs-Theorie ist, dass Gruppen (bzw. Personen als Gruppenmitglieder) in Begriffen der nächst höheren, inklusiveren Gruppe oder Kategorie verglichen und bewertet werden, die beide umfasst (Turner et al. 1987: 46; vgl. auch Simon/Klandermans 2001: 323). So werden etwa Bewohner von ‚Ehrenfeld‘ und von ‚Deutz‘ (beides Stadtteile von Köln) hinsichtlich solcher Merkmale verglichen, die ‚Kölner‘ generell kennzeichnen (z.B. ‚gesellig‘, ‚humorvoll‘). Entsprechend würden ‚Kölner‘ im Vergleich mit anderen Großstädtern in Deutschland (‚Berliner‘, ‚Hamburger‘, ‚Münchener‘ etc.) unter Bezugnahme auf Merkmale verglichen und bewertet, die für ‚Deutsche‘ allgemein charakteristisch sind (z.B. ‚fleißig‘). Freilich wäre auch alternativ denkbar, dass sich deutsche Großstädter im Zuge ihres kosmopolitischen Selbstverständnisses ebenso mit ‚New Yorkern‘, ‚Madrilenen‘ oder anderen Einwohnern von Großstädten außerhalb Deutschlands vergleichen. Hiermit sei darauf hingewiesen, dass die hierarchische Struktur von Ebenen der Selbst-Kategorisierung nicht notwendigerweise simpel ist, sondern sich durchaus komplexer gestalten kann.

Ferner wird hier auch deutlich, dass Kategorisierung und Vergleich einander bedingen: Die Einteilung von Reizen in Klassen (also die Zuordnung von Personen zu Gruppen) setzt einen Vergleich auf wahrgenommenen Ähnlichkeits- und Unterschiedsdimensionen voraus.

Kategorisierung folgt dabei dem *Prinzip des Meta-Kontrasts* („principle of meta-contrast“, ebd.). In Abhängigkeit vom Referenzrahmen – also einer endlichen Anzahl psychologisch signifikanter Reize, die eine Situation bereitstellt – wird ein Satz von Reizen um so wahrscheinlicher als ‚identisch‘ klassifiziert, je geringer auf der relevanten Vergleichsdimension die Unterschiede zwischen Vertretern dieser Kategorie („intra-class differences“) im Gegensatz zu Unterschieden zu Vertretern anderer Kategorien („inter-class differences“) erachtet werden. Das *Meta-Kontrast-Verhältnis* („meta-contrast ratio“) ist definiert als das Verhältnis der durchschnittlichen Differenz, die zwischen Mitgliedern einer (der Selbst-) Kategorie und jenen *anderer* Kategorien wahrgenommen wird („the mean inter-category difference“), zur durchschnittlichen Differenz, die zwischen Mitgliedern innerhalb erstgenannter Kategorie wahrgenommen wird („the mean intra-category difference“; 47). *Intra-Klassen-Ähnlichkeiten* und *Inter-Klassen-Unterschiede* sind demnach nicht voneinander unabhängig, sondern Aspekte des selben Meta-Kontrasts. Ähnlichkeiten sind daher als ‚relativ‘ in Abhängigkeit vom situativen Bezugsrahmen und vom daraus resultierenden Angebot an (salienten) Kontrasten zu betrachten. Die Vergleichbarkeit unterschiedlicher Reize wird durch deren Kategorisierung als ‚identisch‘ auf einem höheren Abstraktionsniveau („higher level identity“) begründet. Diese impliziten Vergleiche dienen als ‚externaler Standard‘ der Klassifizierung. Hierbei werden Merkmale in Begriffen der Kategorie verglichen, die ein Mindestmaß an Abstraktion aufweist und alle Merkmale umfasst (Turner et al. 1987: 48).

Nicht nur Ähnlichkeits-Zuordnungen, sondern auch wahrgenommene Unterschiede implizieren eine ‚Ähnlichkeit höherer Ebene‘. Nehmen wir zur Veranschaulichung aus vorliegender Studie zwei Zitate von ‚Republikanern‘, zunächst Britta (REP, 44):

„Man kann ja nur so einfache Beispiele nehmen. Man nimmt Amerika, Olympia, Atlanta... Die haben doch einen wahnsinnigen Nationalstolz, die Amerikaner. Kaum ein anderes Land ist so nationalbewusst wie die Amis, ja? Und das wird auch überhaupt nicht übel genommen. Die können ihre Fähnchen überall schwenken, egal bei welchen Veranstaltungen. Machen Sie das mal mit Deutschen. Das ist doch unmöglich.“

Britta recurriert hiermit auf die Unterschiede hinsichtlich dessen, was Angehörigen anderer Nationen im Gegensatz zu ‚Deutschen‘ gestattet ist. Ihr zufolge werden „Nationalstolz“ oder „Patriotismus“ (Britta: 7) keiner Nation, nicht einmal den ihrer Meinung nach vergleichsweise zur Übertreibung neigenden US-Amerikanern, verwehrt. Wenn Britta also Deutschland mit den USA vergleicht (an anderer Stelle zieht sie stattdessen Frankreich zum Vergleich

heran), geschieht dies zumindest im abstrakteren Bezugsrahmen der ‚westlichen Welt‘, vermutlich auch auf einer entsprechend ‚national‘ und ‚westlich‘ definierten, übergeordneten Ebene der Selbst-Kategorisierung.

Albert (REP, 28) verdeutlicht anhand seines Erlebens der Fußballweltmeisterschaft, was die REP von anderen deutschen Parteien unterscheidet:

„Ich habe auf einmal so viele Verbündete gesehen, ich habe auf einmal Leute gesehen... Ich fand das immer toll bei den kleinsten Staaten, wie inbrünstig da die jungen Leute oder überhaupt die Menschen da die Nationalhymnen mitsangen; junge hübsche Frauen mit den Nationalfarben bemalt und einer nationalen Begeisterung, aus voller Inbrunst die Nationalhymne gesungen. Das ist keine Aggressivität, das ist Ausdruck von Liebe. Das ist Ausdruck von Zusammengehörigkeit. Das ist Hinwendung. Das ist etwas ganz Tolles. Und das ist nichts Aggressives und nichts Böses. (...) Dafür, das zu erhalten, dafür stehen die Republikaner meines Erachtens wie keine andere Partei in Deutschland.“

Alberts Strukturierung seiner sozialen Umwelt legt nahe, dass ‚Republikaner‘ die ‚prototypischen Deutschen‘ darstellen, während andere Parteien den nationalen Aspekt vernachlässigen. Infolgedessen nimmt Albert Bezug darauf, dass „*Begeisterung*“ für und „*Hinwendung*“ zur Nation etwas darstellen, was einer – zumindest von ihm gemutmaßten – ‚menschlichen Identität‘ (als inklusivere Selbst-Kategorisierungsebene), nämlich dem „*Ausdruck von Liebe [und] Zusammengehörigkeit*“ entspricht.

Hier wird deutlich, dass solche wahrgenommenen Ähnlichkeiten höherer Ordnung in sozialen Vergleichen in der Regel normativ – als Soll-Ähnlichkeiten (vgl. Kap. 2.2.5) – wirksam werden und stark vom Kontext abhängig sind. Zudem wird Ähnlichkeit hier in einen dynamischen Bezugsrahmen eingeordnet, demzufolge sie „...von einem sich verändernden Muster sozialer Beziehungen, Kontexte, Einflüsse, Ideologien, Überzeugungen und Einstellungen in einer sich kontinuierlich verändernden sozialen Umwelt abhängt“ (Tajfel 1982a: 117).

Für alle Selbstvergleiche mit ‚Anderen‘ gilt also, dass sie eine Kategorisierung von ‚Anderen‘ als Teil einer Selbst-Kategorie auf höherem Abstraktionsniveau voraussetzen. Umgekehrt basieren individuelle Selbst-Kategorisierungen auf Vergleichen mit Mitgliedern der Eigengruppe, Kategorisierungen von Eigen- und Fremdgruppe auf Vergleichen mit ‚anderen Menschen‘ und Kategorisierungen des ‚menschlichen Selbst‘ auf Vergleichen mit anderen ‚Lebensformen‘ (Turner et al. 1987: 48f).

Um zu verdeutlichen, wann welche Selbst-Kategorisierungs-Ebene aktiviert und wirksam wird, soll im Folgenden der Begriff der ‚Salienz‘ geklärt werden.

2.2.4 Zur Salienz von Kategorien: Zugänglichkeit, Passung, Akzentuierung und Depersonalisierung

Je nach Konfrontation mit unterschiedlichen Fremdgruppen und deren besonderen Normen werden verschiedene kollektive Identitäten wirksam. Der Begriff der ‚Salienz‘ bezieht sich darauf, unter welchen Bedingungen bestimmte ‚Eigengruppen-Fremdgruppen-Kategorien‘ für Selbstwahrnehmung und Verhalten Relevanz erlangen.

Laut Turner et al. (1987: 54) definiert sich die Salienz einer sozialen Kategorie als Funktion der Wechselwirkung zwischen *relativer Zugänglichkeit* („relative accessibility“) dieser Kategorisierung und *Passung* („fit“) von Reiz-Input und Kategorien-Spezifikationen.

In Übereinstimmung mit Bruner (1957) wird Zugänglichkeit als ‚Bereitschaft‘ („readiness“) verstanden, mit der ein Reiz-Input und seine Eigenheiten in Begriffen einer Kategorie definiert werden. Je zugänglicher eine Kategorie ist, um so geringerer Input wird benötigt, sie als relevant heranzuziehen, und um so weiter wird die Bandbreite an Merkmalen sein, die bezüglich dieser Kategorie als passend zugeordnet werden. Die Zugänglichkeit einer Kategorie wird durch Lernerfahrungen über die ‚redundante Struktur von Situationen‘ sowie von aktuellen persönlichen Motiven bestimmt. Der Grad der Internalisierung von und der Identifizierung mit einer Gruppenzugehörigkeit sowie deren Zentralität und wertende Bedeutung in der Selbst-Interpretation sind ebenfalls wichtige Bestimmungsgrößen der Zugänglichkeit von Kategorien.

Passung meint den Grad der (wahrgenommenen) Übereinstimmung einer realen Situation mit den Kriterien, die eine Kategorie ausmachen. Oakes (1983; zit. nach Turner et al. 1987; vgl. Oakes/Haslam/Turner 1994) definiert und misst ‚fit‘ als Ausmaß der Korrelation von wahrgenommenen Unterschieden oder Ähnlichkeiten zwischen Personen (bzw. deren sozialem Verhalten) mit bestimmten Klassifikationen. Angesichts diverser Möglichkeiten, die selben Personen (und ihr Verhalten) in einer Situation zu kategorisieren, wird die Kategorie salient, die mit dem größten Meta-Kontrast-Verhältnis assoziiert wird. Passung hat außerdem auch einen normativen Gehalt, d.h. Gruppenzugehörigkeiten werden spezifische Verhaltensvorgaben zugeordnet: ‚Republikaner‘ zum Beispiel verhalten sich nicht nur anders als ‚Antifa-Aktivist:innen‘, sondern ihr Verhalten unterscheidet sich von dem letztgenannter in einer bestimmten, als

angemessen einzuordnenden politischen Richtung. Dementsprechend beschränkt Oakes (1983; zit. Nach Turner et al. 1987; vgl. Oakes/Haslam/Turner 1994) das Konzept ‚fit‘ auf das Ausmaß der Korrelation zwischen sozialem Verhalten und Gruppenmitgliedschaft *in einer normativ konsistenten Richtung*.

Zusammenfassend ist die Salienz einer spezifischen kollektiven Identität also eine Funktion von Personen-Variablen (Zugänglichkeit) und Kontext-Variablen (Passung) (Oakes/Haslam/Turner 1994; Simon/Klandermans 2001).

Welche Auswirkungen hat nun die Salienz von Selbst-Kategorisierungen im Rahmen der hierarchischen Strukturierung des Selbst?

Die Salienz der jeweiligen Selbst-Kategorisierungs-Ebenen variiert mit dem Bezugsrahmen: Selbst-Kategorisierungen werden auf einer Abstraktionsebene niedriger wirksam als die Selbst-Kategorie, in deren Begrifflichkeiten sie verglichen werden. Wenn also Vergleiche auf Mitglieder der Eigengruppe beschränkt sind, wird das individuelle Selbst salient. Entsprechend wird das kollektive Selbst wirksam, wenn Vergleiche sowohl Eigengruppen- als auch Fremdgruppenmitglieder als Repräsentanten der *human self*-Kategorie (bzw. alternativer inklusiverer Kategorien) umfassen (Turner et al. 1987: 48f).

Ferner führt die Salienz einer Selbst-Kategorisierung im sozialen Vergleich einerseits zu einer *Akzentuierung* der Wahrnehmung von Intra-Klassen-Ähnlichkeiten und einer Nivellierung der Wahrnehmung von Intra-Klassen-Unterschieden, andererseits zu einer Akzentuierung von Inter-Klassen-Unterschieden und einer Nivellierung von Inter-Klassen-Ähnlichkeiten. Hieraus resultiert ein „funktionaler Antagonismus“ (49) zwischen der salienten Selbst-Kategorisierungsebene und anderen Ebenen des Selbst: Ist eine Ebene aktiviert, entstehen hierdurch Intra-Klassen-Ähnlichkeiten und Inter-Klassen-Unterschiede, die Intra-Klassen-Unterschiede (die aus Vergleichen auf niedrigerem Abstraktionsniveau resultieren könnten) und Inter-Klassen-Ähnlichkeiten (aus Vergleichen auf inklusiveren Ebenen) reduzieren bzw. verhindern.

Einfacher ausgedrückt: In Situationen, in denen ‚wir‘ uns in Begriffen der Zugehörigkeit unserer Eigengruppe interpretieren (kollektives Identität), neigen ‚wir‘ dazu, Unterschiede zwischen ‚uns‘ zu vernachlässigen und ‚unsere‘ Gemeinsamkeiten hervorzuheben. Gleichzeitig tendieren ‚wir‘ auf dieser kollektiven Ebene dazu, Mitglieder der Fremdgruppe verstärkt als ‚andersartig‘ wahrzunehmen und ‚ihre‘ Gemeinsamkeiten mit ‚uns‘ auf einer inklusiveren

Ebene der Selbst-Kategorisierung (etwa der zur Herstellung ‚menschlicher Identität‘) zu vernachlässigen. In der Konsequenz wird das ‚Wir‘ in Abgrenzung zum ‚Ihr‘ klar konturiert. Entsprechend werde ‚ich‘ mich auf der Ebene individueller Identität in Vergleichen mit Eigengruppenmitgliedern von diesen abgrenzen, d.h. Unterschiede akzentuieren, und gleichzeitig die Gemeinsamkeiten in der Gruppe, die die kollektive Identität bestimmen, in den Hintergrund rücken (‚Ich‘ vs. ‚Du‘).

Generell besteht also ein inverses Verhältnis zwischen der Salienz individueller und kollektiver Ebene der Selbst-Kategorisierung. Die soziale Selbstwahrnehmung variiert auf einem Kontinuum, das sich von der Wahrnehmung als einzigartige Person (maximale intrapersonale Identität und maximaler Unterschied zwischen Selbst und Eigengruppenmitgliedern) zur Wahrnehmung des Selbst in Begriffen der Eigengruppenmitgliedschaft (maximale Ähnlichkeit mit Mitgliedern der eigenen, maximaler Unterschied mit solchen der Fremdgruppe) erstreckt (Turner et al. 1987: 49). Auf der Mitte dieses Kontinuums sieht das Individuum sich als moderat verschieden von Eigengruppenmitgliedern, die ihrerseits als moderat verschieden von Fremdgruppenmitgliedern wahrgenommen werden. Hier lässt sich vermutlich in der Regel unsere Selbstwahrnehmung im Alltag verorten – vorausgesetzt, dass dieser sich nicht durch anhaltende interpersonale oder intergruppale Konflikte auszeichnet, sondern eher von sozialen Routinen bestimmt wird. Individuelle und kollektive Selbst-Kategorisierung schließen sich hierbei keineswegs aus. Sie werden vielmehr meistens simultan wirksam, auch wenn ihre Wahrnehmungs-Effekte in umgekehrter Beziehung zueinander stehen.

Depersonalisierung meint hierbei den Prozess der Selbst-Kategorisierung, in dem die Selbstwahrnehmung als austauschbares Mitglied einer sozialen Kategorie die Wahrnehmung als einzigartige Persönlichkeit in den Hintergrund drängt. Depersonalisierung liegt allen Gruppen-Phänomenen (Ethnozentrismus, Gruppenzusammenhalt, Kooperation, Solidarität und Altruismus innerhalb der Eigengruppe, kollektivem Handeln, geteilten Normen, sozialer Stereotypisierung etc.) zugrunde. Turner et al. (1987: 50f) betonen, dass sie nicht mit dem Verlust des individuellen Selbst oder mit der Regression in eine primitivere, unbewusstere Form von Identität gleichzusetzen ist. Depersonalisierung meint vielmehr eine Prioritätenverschiebung des Selbst von der individuellen zu einer kollektiven – abstrakteren und damit inklusiveren – Ebene. Da sie somit soziales Verhalten in Begriffen historisch und kulturell entwickelter Ähnlichkeiten und Unterschiede im gesellschaftlichen Kontext überhaupt erst ermöglicht, kann Depersonalisierung durchaus auch als Identitätsgewinn verstanden werden. Die Identifi-

zierung einer Person mit den anderen Mitgliedern der Eigengruppe führt dazu, dass die mit der Gruppenmitgliedschaft assoziierten Bedürfnisse, Ziele und Motive als identische (austauschbare), geteilte Interessen wahrgenommen werden (65). Demzufolge steigern Faktoren, die die Salienz geteilter Gruppenzugehörigkeit verstärken, den Grad an Kooperation innerhalb der Eigengruppe sowie den Wettbewerb mit anderen Gruppen, während Faktoren, die eine personalisierte, individualisierte Wahrnehmung von Eigengruppen-Beziehungen fördern, der Kooperation abträglich sind und den interpersonalen Wettbewerb steigern (66). Hieraus folgt, dass eher Prozesse der *Individualisierung* als solche der Depersonalisierung den Grad an Kooperation vermindern.

Psychologische Gruppenbildung findet also in dem Ausmaß statt, in dem sich zwei oder mehr Personen selbst in Begriffen geteilter Eigen- und Fremdgruppen-Kategorisierungen wahrnehmen und definieren. Dabei neigt jegliche Ansammlung von Individuen um so eher dazu, sich als Gruppe zu kategorisieren, je geringer die Salienz subjektiv wahrgenommener Unterschiede untereinander im Vergleich zu den Unterschieden zu Anderen ist (51). Demzufolge sind Faktoren wie wahrgenommene Ähnlichkeit zwischen Individuum und Anderen in Bezug auf Einstellungen und Werte, bloße Nähe und sozialer Kontakt, ein geteiltes Schicksal, gemeinsame Ergebnisse bei der Lösung von Gruppenaufgaben, das geteilte Erleben von Bedrohung sowie ein gemeinsamer Gegner bzw. Feind grundlegende Bestimmungsgrößen des Gruppenzusammenhalts. Dieser Zusammenhalt, auch in Form von Solidarität und wechselseitigem Akzeptieren der Gruppenmitglieder, wird durch Konflikte zwischen Gruppen sowie durch (wahrgenommene) Unterschiede zwischen Eigen- und Fremdgruppe verstärkt.

Besonders in Experimenten zum ‚Paradigma minimaler Gruppen‘ („minimal group paradigm“) wird deutlich, wie wenig es zur Gruppenbildung bedarf. Hier wird gezeigt, dass bereits die Einführung sozialer Kategorien (etwa die Aufteilung der Probanden in Bach- oder Beethoven-Liebhaber) ausreicht, Gruppen-Effekte zu erzielen. Allerdings ist anzuzweifeln, inwieweit in solchen Experimenten das Ausmaß von über den experimentellen Kontext hinausgehenden sozialen Beziehungen zwischen den Probanden kontrolliert werden kann.⁷

2.2.5 Bewertungen im sozialen Vergleich

Selbstbewertung und die Bewertung Anderer unterscheiden sich nicht grundsätzlich. Davon ausgehend, dass (1) die Schaffung und Aufrechterhaltung positiv bewerteter Selbst-Katego-

⁷ Zur Kritik am ‚minimal group paradigm‘ sei zum Beispiel auf Schiffmann/ Wicklund (1988) verwiesen.

rien die motivationale Grundlage der Selbst-Kategorisierung darstellen und (2) Bewertungen von Selbst und Anderen im sozialen Vergleich erfolgen, der sich auf sie als Mitglieder der nächst inklusiveren, relevanten Selbst-Kategorie bezieht, werden Personen um so positiver bewertet, je mehr sie als prototypisch für die Selbst-Kategorie wahrgenommen werden, in deren Begrifflichkeiten sie verglichen werden (Turner et al. 1987: 57). Diese prototypische Instanz einer positiv bewerteten Selbst-Kategorie ist das *ideale Selbst* („ideal self“) und dient als Maßstab des sozialen Vergleichs.

Die Bevorzugung anderer Personen, bzw. die Anziehung zwischen Personen („interpersonal attraction“), ist daher eine direkte Funktion ihrer wahrgenommenen Ähnlichkeit mit dem idealen Selbst. Eine Kategorisierungs-Ebene höher wird eine Person um so positiver bewertet, je eher sie dem idealen Mitglied einer positiv veranschlagten Gruppe entspricht („group cohesion“, definiert als wechselseitige Bevorzugung von Eigengruppenmitgliedern). Und eine soziale Gruppe wird schließlich um so positiver bewertet, je eher sie als prototypisches Ideal ‚menschlicher Identität‘ wahrgenommen wird („ethnocentrism“⁸). Schließlich lässt auch die Kategorisierungsebene zur Herstellung ‚menschlicher Identität‘ und das ihr zugeordnete Wertesystem ‚Menschlichkeit‘ Bewertungsspielraum: ‚Tierrechtler‘ nehmen zum Beispiel auf ein abstrakteres Wertesystem Bezug, wenn sie eine andere Lebensform als ‚gleichberechtigt‘ neben den Menschen stellen. Auch die Diskussion um die universelle Gültigkeit von ‚Menschenrechten‘ verdeutlicht diesen Spielraum (z.B. die Debatte um die Todesstrafe in den USA, gilt doch gerade dieses Land als Vorreiter der ‚zivilisierten demokratischen Welt‘), da sich ihre Protagonisten offensichtlich auf unterschiedliche Ideale beziehen.

Das von Turner et al. (1987) herangezogene Beispiel von mindestens drei für die ‚soziale Identität‘ relevanten Ebenen der Selbst-Kategorisierung (s.o., Kap. 2.2.3) verweist also keineswegs auf ein normatives Konzept, sondern dient alleine der Beschreibung kognitiver Prozesse der Selbstverortung: Die übergeordnete Ebene ‚menschlicher Identität‘ ist zunächst eine Voraussetzung für die Vergleichbarkeit von Gruppen. Darüber hinaus werden von dieser Ebene im sozialen Vergleich auch Soll-Ähnlichkeiten abgeleitet, etwa in Form von Ansprüchen auf Gleichheit angesichts eines als illegitim wahrgenommenen Statusgefälles zwischen Gruppen. Die mit dieser übergeordneten Gruppenzugehörigkeit in Verbindung gebrachten Werte und Normen sind allerdings keinesfalls deren gleichsam ‚naturegegebene‘ Eigenheiten, sondern resultieren vielmehr aus Kategorisierungs- und Aushandlungsprozessen in und zwischen den involvierten Gruppen, also auf untergeordneten Ebenen.

⁸ Ethnozentrismus wird von Turner et al. (1987) keineswegs abwertend verstanden (etwa im Sinne o.g. Dimensionen des Rechtsextremismus), sondern eher als kollektives Äquivalent zum individuellen Selbst-Wert.

Resultieren wahrgenommen Übereinstimmungen mit dem jeweiligen prototypischen Ideal in positiven Bewertungen, führen umgekehrt wahrgenommene Abweichungen davon zu negativen Bewertungen. So kann ein Selbstvergleich mit anderen Eigengruppenmitgliedern in Begriffen der positiv bewerteten Eigengruppe durchaus unvorteilhaft ausgehen, die Eigengruppe im Vergleich mit der Fremdgruppe in Begriffen der ‚Menschlichkeit‘ negativer abschneiden etc.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Wir bevorzugen (mögen) Personen und Gruppen, die positive Kategorien repräsentieren oder weniger repräsentativ für negative Kategorien sind. Der Ausgang sozialer Vergleiche wird also stets durch die Bewertung von Prototypen der relevanten Kategorie bestimmt. Mit anderen Worten: Die Bevorzugung von spezifischen Individuen (das individuelle Selbst eingeschlossen) oder von sozialen Gruppen ist von der wahrgenommenen Prototypikalität ihres sozialen Verhaltens abhängig, die aus Vergleichen auf der nächst inklusiveren Selbst-Kategorisierungsebene resultiert (*relative Prototypikalität*; 60f). So variiert die Bevorzugung eines Individuums („personal attraction“) mit dem durch die Eigengruppenmitgliedschaft vorgegebenen Bezugsrahmen, mit den definierenden Dimensionen dieser Mitgliedschaft, die zum Vergleich herangezogen werden, und mit den spezifischen Anderen, mit denen das Individuum verglichen wird (60). Dementsprechend hängt die Bevorzugung der Eigengruppe als Ganzes („ethnocentrism“) von der wahrgenommenen Prototypikalität der Eigengruppe im Vergleich zu relevanten Fremdgruppen ab. Hierzu wird die bewertete übergeordnete Selbst-Kategorie – das ‚menschliche Selbst‘, bzw. daraus resultierende Vorstellungen bezüglich ‚Menschlichkeit‘ – herangezogen. Die Attraktivität der Eigengruppe variiert dabei mit der übergeordneten Selbst-Kategorie, die den Referenzrahmen des Gruppenvergleichs liefert, mit den spezifischen Dimensionen, die im Intergruppen-Vergleich zur Anwendung kommen, sowie mit den spezifischen Fremdgruppen, mit denen die Eigengruppe verglichen wird (Turner et al. 1987: 61).

Tajfel (1978, 1982, 1982a) geht in der ‚Theorie sozialer Identität‘ davon aus, dass die Attraktivität einer positiv bewerteten Gruppe die Funktion ihrer *positiven Distinktheit* („positive distinctiveness“) im Vergleich zu anderen Gruppen ist. Positive Distinktheit entspricht der relativen Prototypikalität der Eigengruppe auf den bewertenden Dimensionen des Intergruppen-Vergleichs. Der positive Selbstwert, den es grundsätzlich zu schaffen und zu erhalten gilt, ist eine Funktion der relativen Prototypikalität. Der ‚Selbst-Kategorisierungs-Theorie‘ (Turner et al. 1987) folgend besteht auf allen Abstraktionsebenen der Selbst-Kategorisierung eine Tendenz, positive Distinktheit des Selbst zu erlangen und zu festigen. Solche positiv bewer-

teten Unterschiede (Besonderheiten) resultieren aus Vergleichen zwischen dem Individuum selbst mit anderen Eigengruppenmitgliedern, in denen Unterschiede innerhalb der Eigengruppe den Bezugsrahmen bereitstellen, und aus Vergleichen zwischen der Eigengruppe und Fremdgruppe, wobei Unterschiede zwischen ‚Menschen‘ als Referenzrahmen herangezogen werden.

Dass positive Distinktheit mit *relativem Status* gleichzusetzen ist, sei an einem zentralen Werk von Bourdieu (1984) veranschaulicht: Bourdieu beschreibt die Praxis *sozialer* und *kultureller Distinktionen*, durch die identitätsbezogener Kontrast – „der feine Unterschied“ – hergestellt wird. Soziale Gruppen zeichnen sich demnach beispielsweise durch unterschiedliche Lebensstile, kulturelle Präferenzen sowie sozioökonomische Statusunterschiede aus. Die vielfältigen Möglichkeiten zur Distinktion stehen in enger Beziehung zueinander. So ist etwa der Lebensstil einer Gruppe Ausdruck der kollektiven Auseinandersetzung mit sozioökonomischen, politischen Kontextvariablen und damit meist auch eine Frage des Geldes oder der Bildung. Soziale Vergleiche zielen auf die Herstellung und Erhaltung eines positiv bewerteten Status (z.B. Selbstwert im Sinne von Respekt, Anerkennung) ab. Für die kollektive Kategorisierungsebene zeigt Tajfel (1982a: 115f) auf, dass wahrgenommene Statusrelationen zwischen sozialen Gruppen Intergruppenverhalten bestimmen. Status ist hier in umfassender Bedeutung zu verstehen, etwa als Macht, soziale Einflussmöglichkeiten, Zugang zu Ressourcen (z.B. Arbeitsplätze, Bildung), Handlungsspielräume etc. Dieser weiter gefassten Bedeutung von Status entspricht auch das Konzept *relativer Deprivation* (Gurr 1979), also dem in Vergleich zu anderen Personen oder Gruppen wahrgenommenen Mangel an Status bzw. dessen wahrgenommene Bedrohung. Aggressives Intergruppenverhalten resultiert demnach vor allem aus Vergleichen zwischen Eigen- und Fremdgruppe, die zu der Wahrnehmung eines als ungerecht und instabil angesehenen Statusgefälles zwischen diesen Gruppen führen. Das Bedürfnis nach einem positiven, klaren Bild der eigenen Gruppe bedingt also bei wahrgenommener Illegitimität und Instabilität der Statusrelationen zu anderen Gruppen Protest. Für Statusunterschiede, die als stabil und gerechtfertigt wahrgenommen werden, trifft hingegen die Ähnlichkeitsannahme Festingers (1954) zu.

Es sei daran erinnert, dass *Intra-Klassen-Ähnlichkeiten* und *Inter-Klassen-Unterschiede* Aspekte des selben Meta-Kontrasts sind. Wie bereits oben dargestellt, beziehen sich Selbstkategorisierungen auf eine ‚Identität höherer Ebene‘, die auch durch im sozialen Vergleich wahrgenommene Unterschiede impliziert wird (Turner et al. 1987: 48).

Blicken wir beispielsweise auf die 40jährige Koexistenz zweier deutscher Staaten (1949-1989). Wenngleich sich Bürger der DDR (als soziale Gruppe) in dieser Zeitspanne im Dienste einer positiven Bewertung der Eigengruppe im Status mit anderen Ostblock-Staaten hätten vergleichen können (denn denen war die DDR sozioökonomisch weitgehend überlegen), so waren soziale Vergleiche aufgrund deutscher Geschichte, bestehender Familienbande, (eingeschränktem) Zugang zu westdeutschem Fernsehen etc. eher auf Bürger der Bundesrepublik ausgerichtet. Jedenfalls bestanden stets Soll-Ähnlichkeiten im gesamtdeutschen Rahmen. Die Stabilität deutsch-deutscher Statusrelationen wurde durch das SED-Regime zu dieser Zeit durch repressive und restriktive Maßnahmen aufrecht erhalten (z.B. durch die Mauer, eingeschränkte Reisefreiheit, durch einschlägige Propaganda etc.). Es wäre müßig, an dieser Stelle aufzuzeigen, mit welchen psychologischen Strategien die aus dem deutsch-deutschen Statusgefälle resultierende Dissonanz seitens der DDR-Bürger reduziert wurde. Und abgesehen davon, inwieweit in diesem Zeitraum Statusunterschiede auf beiden Seiten als legitim oder illegitim wahrgenommen wurden, wurden sie Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zunehmend als instabil und illegitim betrachtet. Gerade die in der DDR eingeschränkte Reisefreiheit – als sehr offensichtliche Restriktion *sozialer Mobilität* (Tajfel; s. 2.3.1) – wurde zu einem Leitmotiv der Bürgerrechtsbewegung in der DDR. Als mit dem Fall der Mauer 1989 der Slogan der Bürgerrechtsbewegung ‚Wir sind das Volk‘ (als Ausdruck von Demokratisierungsforderungen an das SED-Regime) zunehmend durch die leicht veränderte Variante ‚Wir sind *ein* Volk‘ ersetzt wurde, verdeutlichte dies, dass bereits vorher implizierte – und in der sozialen Wirklichkeit durchaus relevante – Soll-Ähnlichkeiten zwischen DDR- und Bundesbürgern nun auch mit de facto bestehenden Legitimitätsansprüchen im Vergleich von Ost- und West-Deutschen verknüpft wurden.

Mit anderen Worten: Die geteilte Gruppenmitgliedschaft (hier: ‚Deutsche‘) auf inklusiverer Ebene sichert nicht nur die Vergleichbarkeit von Eigengruppe und Fremdgruppe (auf niedrigerem Abstraktionsniveau: ‚DDR-Bürger‘ vs. ‚BRD-Bürger‘ bzw. ‚Ost-Deutsche‘ vs. ‚West-Deutsche‘), sondern impliziert zudem einen Anspruch auf Gleichbehandlung beider Gruppen. Infolgedessen wird Ungleichheit auch als Ungerechtigkeit wahrgenommen, zumindest solange keine ‚Mythen‘ („legitimizing myths“) oder Ideologien zur Legitimierung von Statusrelationen bemüht werden (Simon/Klandermans 2001: 325).

In diesem Zusammenhang ergänzend weist Tajfel (1982a: 116f) außerdem darauf hin, dass alleine die Wahrnehmung einer ungerechtfertigten (als illegitim und instabil wahrgenommenen) Statusrelation die „Anerkennung oder Entdeckung neuer tatsächlicher oder potentieller Ähnlichkeiten“ implizieren kann, wo zuvor keine bestanden haben müssen.

Für die Bevorzugung von spezifischen Personen – also die Ebene individueller Selbst-Kategorisierungen – gilt (Turner et al. 1987: 62), dass mit zunehmender Salienz von Kategorisierungen in Eigen- und Fremdgruppe Eigengruppenmitglieder immer weniger den relativen Status von Individuen innerhalb der Gruppe repräsentieren. Vielmehr werden Individuen der Eigengruppe dann eher zur Veranschlagung des relativen Status der Eigengruppe im Vergleich mit der Fremdgruppe herangezogen. Die Autoren erklären auf diese Weise, inwiefern „personal attraction“ und „group cohesion“ unterschiedliche Formen der Attraktivität darstellen, die innerhalb einer sozialen Gruppe nebeneinander bestehen. Denn Interpersonale Anziehung/Bevorzugung und Gruppenzusammenhalt stehen insofern in einer umgekehrten Beziehung zueinander, als dass die Wahrnehmung und Bewertung von Eigengruppenmitgliedern – in Begriffen ihrer individuellen Unterschiede – der gegenseitigen Anziehung auf der Grundlage wechselseitiger Wahrnehmung der Identität als Gruppenmitglieder entgegenwirkt (und umgekehrt). Dies bedeutet aber nicht, dass spezifische Individuen mit wechselndem Bezugsrahmen unterschiedlich bewertet werden. Ein Wechsel vom Intragruppen- zum Intergruppen-Rahmen betrifft hingegen vor allem Mitglieder mit relativ niedrigem Status in Gruppen mit vergleichsweise hohem Status, bzw. Mitglieder mit hohem Status in Gruppen mit niedrigem Status.

Aus der Warte der Selbst-Kategorisierungs-Theorie kann also festgestellt werden, dass die Neigung zu bzw. die Bevorzugung von Anderen im weitesten Sinne (nicht aber Attraktivität als Persönlichkeitsmerkmal) als Folge von Gruppenbildung und nicht als deren Voraussetzung zu betrachten ist. Der psychologische Bezugsrahmen besteht demnach aus kognitiven Prozessen der Wahrnehmung und Identifizierung von Selbst und Anderen.

Im Folgenden soll nunmehr das sozialpsychologische Instrumentarium zur Erschließung kollektiver Identität für den politischen Anwendungsbereich der Studie – eine von Mitgliedern der REP und Redakteuren der JF geteilte rechtsextreme Identität – spezifiziert werden. Einleitend werden zuerst die vielfältigen Zusammenhängen zwischen Politik und Identität skizziert.

2.3 Politik und Identität

Im politischen Feld spielen Identitäten in mehrfacher Hinsicht eine Rolle. Politik entsteht im Spannungsfeld zwischen a) Parteien, b) Verwaltung und Administration (Regierung, Behör-

den etc.), c) Verbänden (z.B. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände), d) zivilgesellschaftlichen Akteuren (z.B. Bürgerinitiativen, Nicht-Regierungsorganisationen, aber auch soziale Bewegungen als ‚Netzwerke von Netzwerken‘). Diese Größen im politischen Feld setzen sich aus einer Vielzahl von Individuen und Gruppen mit spezifischer Identität zusammen.

Darüber hinaus vollzieht sich Politik gerade in Demokratien vor einem Publikum und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit. Und um die Zustimmung der Bürger(innen) (zum Beispiel als Wähler oder etwa zur Unterstützung von politischem Protest) zu gewinnen, wird in zunehmendem Maße analysiert, *wo* – um an die ‚place in the world‘-Metapher (Simon 1999) zu erinnern – sie abzuholen sind, welche Erwartungen, Sorgen und Ängste sie umtreibt, wie sie für die eigenen Interessen zu mobilisieren sind.

In „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ verweisen Berger und Luckmann (1969: 185) auf die Wechselwirkung von Gesellschaftsstrukturen und Identität:

„Die gesellschaftlichen Prozesse durch die sie [die Identität; L.K.] geformt und bewahrt wird, sind durch die Gesellschaftsstruktur determiniert. Umgekehrt reagiert Identität, die durch das Zusammenwirken von Organismus, individuellem Bewusstsein und Gesellschaftsstruktur produziert wird, auf die vorhandene Struktur, bewahrt sie, verändert sie oder formt sie sogar neu. Gesellschaft hat Geschichte, in deren Verlauf eine spezifische Identität entsteht. Diese Geschichte machen jedoch Menschen mit spezifischer Identität“.

Aus der Perspektive sozialer Selbst-Kategorisierung kann man diese konstruktivistische Feststellung zuspitzen: Was wir identifizieren, beim Namen nennen (können), existiert in der sozialen Wirklichkeit. Die so konstruierte Wirklichkeit hat wiederum Auswirkungen darauf, wie wir die Dinge wahrnehmen und kategorisieren, wie wir uns in dieser Wirklichkeit zurechtfinden und verhalten.

Der alltagssprachliche Gebrauch einfacher Benennungen sozialer Gruppen, auch über deren explizite Verwendung an Stammtischen hinaus, transportiert und vervielfältigt in Kommunikation (oftmals mit Emotionen verknüpfte) Bewertungen und politische Bedeutungen. ‚Neutrale‘ Kategorien gibt es in diesem Kontext nicht wirklich: Werden Personen (die eigene eingeschlossen) etwa in Begriffen ihrer Nationalität kategorisiert, geschieht dies auf der Grundlage eigener Erfahrungen mit Geschichte, dem aktuellen Status der jeweiligen Nation und nicht zuletzt mit Mitgliedern dieser Kategorie. Dass hiermit in der Regel Bewertungen einhergehen, wird am Beispiel ‚Deutschland‘ und ‚die Deutschen‘ besonders deutlich. Diesbe-

zöglich spielen – nicht nur in der Außenwahrnehmung – etwa der Nationalsozialismus, der Holocaust wie auch die ‚Wiedervereinigung‘ eine Rolle.

Die Moderne ist durch die Auflösung traditioneller Bindungen an Familie und sozial-moralische Milieus gekennzeichnet. Den damit einhergehenden Verlust von Orientierung und Sicherheit in der individuellen Selbstverortung – wie ihn auch Beck (1983) zum Gegenstand seiner ‚Individualisierungsthese‘ macht – gilt es unter Bedingungen zunehmender Wahlfreiheiten und eines kulturellen Pluralismus zu kompensieren. Vor diesem Hintergrund erlangt die soziale Konstruktion kollektiver Identitäten aus sozialwissenschaftlicher wie auch aus politischer Perspektive besonderes Interesse.

In Kenntnis von Selbst-Kategorisierungs-Prozessen im sozialen Kontext erscheinen beispielsweise so genannte ‚Identitätspolitiken‘ („politics of identity“) – die Mobilisierung zum Beispiel ethnischer, religiöser, nationaler etc. Identitäten – in einem anderen Licht: Die mit essentialistischen Identitätskonzepten verknüpften Emotionen sind offensichtlich aus der Warte des Machtkalküls ungleich einfacher zu mobilisieren als Rationalität. Am Beispiel des ehemaligen Jugoslawiens zeigt etwa Rüb (1999) auf, zu welchen erschreckenden Folgen – etwa dem oftmals euphemistisch als ‚ethnische Säuberung‘ beschriebenen Genozid – die „Politisierung von Ethnizität“ führen kann. Die Ethnisierung von Konflikten, so Rüb, stellt für politische Eliten eine attraktive Option dar, da Ethnizität intensive Emotionen berührt und die Verbindung hochgradig emotionaler Kontexte mit Machtinteressen ermöglicht.

Nichtsdestoweniger kann der Gebrauch allgemeiner Identitätskategorien nicht außer Kraft gesetzt werden, oder wie Calhoun (1994: 19) feststellt: „We cannot stop thinking at least partially in categories – and therefore in at least something rather like an essentialist manner“. Außerdem sind, wie oben aufgezeigt, kollektive Kategorisierungen grundlegend für Gruppen- und damit für soziales Verhalten. So wird kollektiver Identität auch eine konstitutive Rolle als ‚soziales Bindemittel‘ *sozialer Bewegungen* (sowohl der ‚neuen sozialen Bewegungen‘ als auch rechtsextremer Bewegungen; vgl. Forschungsjournal NSB 1994, 1995) zugeschrieben.

Die folgenden Darstellungen konzentrieren sich auf die konstitutive Funktion, die kollektive Identität für politische kollektive Akteure (Parteien, soziale Bewegungen, Initiativen etc.) hat, also für soziale Gruppen, die sozialen Wandel herbeizuführen oder zu verhindern beabsichtigen. Zur Herleitung einer sozialpsychologischen Analyse politisierter kollektiver Identitäten

wird zunächst auf Grundlagen der – vor allem sozialpsychologischen – Bewegungsforschung eingegangen.

2.3.1 Politisches Engagement und kollektive Identität

Diesen Ausführungen seien einige Bemerkungen vorangestellt: Bewegungsförmige Elemente lassen sich im rechtsextremen Spektrum eher im Umfeld der ‚Nationaldemokratischen Partei Deutschlands‘ (NPD) bzw. deren Jugendorganisation ‚Junge Nationaldemokraten‘ (JN), in der Neonazi-Szene und im Bereich rechtsextremer Skinhead-Subkultur – vor allem in den neuen Bundesländern – aufzeigen (Pfeiffer 2000; vgl. Kap. 3, Kap. 3.1.3). Demgegenüber bezieht sich die vorliegende Studie vorwiegend auf Mitglieder der Partei ‚Die Republikaner‘. Parteien sind aber per definitionem aufgrund ihres institutionellen Charakters nicht mehr ‚sozial bewegt‘, da sie sich weder durch „geringe Rollenspezifikation“, noch durch „variable Organisations- und Aktionsformen“ auszeichnen (s.u. die Definition von Raschke 1985).

Für die Untersuchungsgruppe aus der Redaktion der ‚JF‘ sieht dies freilich anders aus: Die wöchentlich erscheinende Zeitung kann durchaus als Medium innerhalb eines Bewegungsnetzwerkes von Rechts eingestuft werden, das prominente Autoren dieses Netzwerks versammelt und zur Verbreitung einer Ideologie beiträgt, die für die ‚Neue Rechte‘ kennzeichnend ist (ausführlicher s. Kap. 3.2).

Das sozialwissenschaftliche Instrumentarium der Bewegungsforschung erscheint unter anderem zur Erhellung des gesellschaftlichen Kontextes der Studie hilfreich. Es ist aufzuzeigen, wann und warum sich Personen politisch engagierten Gruppen – ob nun beispielsweise einer sozialen Bewegung, anderen politisch relevanten Organisationen wie der JF oder aber einer Partei wie den REP – anschließen, bzw. wie sie zur Herbeiführung (oder Verhinderung) sozialen Wandels mobilisiert werden können. Diesbezüglich sind Erkenntnisse der Bewegungsforschung auf den Anwendungsbereich der vorliegenden Studie übertragbar. Außerdem wird hier auch auf (vor allem sozialpsychologische) Arbeiten zu sozialen Bewegungen rekuriert, um die Konzeption *politisierten kollektiver Identitäten* (Simon/Klandermans 2001) nachzuzeichnen, die im Rahmen dieser Studie Verwendung findet.

Individuen, die einer benachteiligten – also im relativen Status unterlegenen – Gruppe angehören, haben verschiedene Möglichkeiten, diesen Missstand zu beheben: Zum Einen können sie einer individuellen Strategie sozialer Mobilität folgen, indem sie von der benachteiligten

Gruppe in eine andere Gruppe mit höherem Status wechseln. Dieser Wechsel kann physisch oder zumindest psychologisch vollzogen werden. Zum Anderen können Individuen zu der Einsicht gelangen, dass sie diese unvoreilhaften Bedingungen nicht auf sich selbst gestellt, sondern nur mit der Eigengruppe als Ganzes verändern können. Dies zieht die wahrgenommene Notwendigkeit einer kollektiven Strategie des sozialen Wandels nach sich (Tajfel 1982a, vgl. Simon/Loewy/Stürmer et al. 1998: 646).

Der ‚Theorie der sozialen Identität‘ (Tajfel 1978, 1982a, 1982; Tajfel/ Turner 1979, 1986) zufolge konstituiert sich eine soziale Bewegung durch „die Anstrengungen einer großen Zahl von Personen, die sich selbst als Gruppe definieren und von anderen auch so definiert werden, kollektiv ein Problem zu lösen, das ihnen ihrer Ansicht nach gemeinsam ist und das aus ihren Beziehungen zu anderen Gruppen resultiert“ (Tajfel 1982a: 89).

Entscheidend ist hierbei, dass einem Engagement in sozialen Bewegungen kollektive Identifizierungsprozesse, also Selbst-Kategorisierungen in Begriffen der Gruppenzugehörigkeit zugrunde liegen (Turner et al. 1987; vgl. Simon/Loewy/Stürmer et al. 1998: 647).

An diese sozialpsychologische Definition sozialer Bewegungen ist die folgende Definition aus dem Bereich der politischen Soziologie durchaus anschlussfähig: Nach Raschke (1985: 77) handelt es sich bei sozialen Bewegungen um „...einen mobilisierenden kollektiven Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“.

Simon (1995: 46) unterstreicht, dass die Träger sozialer Bewegungen demnach weniger als Individuen, sondern vielmehr als Gruppenmitglieder handeln. Eine umfassende Theorie sozialer Bewegungen bedarf demnach der „Aufklärung des psychologischen Prozesses, der der Transformation von individuellen zu gruppalen Erlebens- und Verhaltensweisen (bzw. umgekehrt) zugrunde liegt“. Nach Simon ist die Zentrierung individueller Selbst-Interpretationen – also der Deutungen einer Person des eigenen Erlebens, Verhaltens und der Reaktionen der Umwelt ihr gegenüber – um einen kollektiv geteilten „*Selbst-Aspekt*“ (Linville 1985, 1987) grundlegend für die Entstehung sozialer Bewegungen. Dabei kann jeder Selbst-Aspekt als geteilt erlebt werden, hat damit also das Potential, Gruppenmitgliedschaft zu begründen. Anhänger einer sozialen Bewegung interpretieren sich und ihre als problematisch wahrgenommene Situation demnach „vorrangig im Lichte eines sozial geteilten Selbst-Aspekts. (...) Das kollektive Selbst überwiegt also gegenüber dem individuellen Selbst“ (Simon 1995: 49). Seinen kognitiven Ausdruck findet das kollektive Selbst in der Anerkennung bewegungsspe-

zifischer Ideologien oder kollektiver Deutungsmuster, so genannter ‚Rahmungen‘ („frames“). Neidhardt und Rucht (1993: 308) unterscheiden diesbezüglich „identity frames“, die der Stabilisierung der Gruppenidentität dienen, „diagnostic frames“, die zur Erkennung und Erklärung geteilter Problemlagen herangezogen werden, sowie „agency frames“ zur Strategieentwicklung.

Klandermans (1997: 22 ff) untersucht, unter welchen Bedingungen sich Individuen sozialen Bewegungen anschließen. Er unterscheidet vier Schritte, die zur Partizipation an sozialen Bewegungen führen: 1) Zuerst muss eine soziale Bewegung Sympathien in Teilen der Bevölkerung erlangen, um ein Mobilisierungspotential zu schaffen. Dieses Potential definiert gleichzeitig die Grenzen einer erfolgreichen Mobilisierungskampagne. 2) Um dieses Potential zu mobilisieren, benötigt eine soziale Bewegung Rekrutierungs-Netzwerke. Je ausgedehnter dieses Netzwerk ist und je enger dessen Verbindungen zu anderen Organisationen und Netzwerken sind, desto größer ist die Anzahl von Leuten, die Ziel der Mobilisierung werden können. 3) Um zur Partizipation zu motivieren, muss eine soziale Bewegung in der Lage sein, wahrgenommene Kosten und Nutzen der Partizipation zu beeinflussen, also Kosten des Engagements zu minimieren und den Nutzen des Engagements hervorzuheben. 4) Da Partizipationsbereitschaft noch nicht mit tatsächlicher Teilnahme gleichzusetzen ist, müssen sowohl die Motivation potentieller Bewegungsteilnehmer aufrechterhalten und verstärkt als auch Hindernisse beseitigt werden, die der Partizipation im Wege stehen. Wenngleich Klandermans (1997: 25) auf die bedeutende Rolle hinweist, die hierbei „significant others“ – also etwa der Freundeskreis – spielen, bezieht er sich in seiner „Social Psychology of Protest“ eher am Rande (41) auf die Funktion kollektiver Identität bei der Mobilisierung, Stabilisierung und strategischen Ausrichtung sozialer Bewegungen. Die Anschlussfähigkeit seiner Konzeption zum Konzept kollektiver Identität wird allerdings deutlich, wenn er sich auf ‚kollektive Handlungsrahmen‘ („collective action frames“) bezieht: Gamson (1992: 7) versteht unter einem kollektiven Handlungsrahmen ein bewegungsspezifisches Muster handlungsorientierter Überzeugungen und Meinungen „that inspire and legitimate social movement activities and campaigns“, also geteilte Überzeugungen, die kollektives Handeln sinnvoll erscheinen lassen. Gamson unterscheidet drei Komponenten eines kollektiven Handlungsrahmens: 1) einen Sinn für Ungerechtigkeit, 2) ein Identitäts-Element sowie 3) strategische Handlungsorientierung („agency“⁹).

⁹ *Agency* wird hier in Anlehnung an Neidhardt/ Rucht (1993) als ‚(strategische) Handlungsorientierung‘ übersetzt. Die Autoren verwenden in Bezug auf den angelsächsischen Fachterminus *agency frames* den Begriff „Strategieprogramme sozialer Bewegungen“ (S. 308).

Im Konzept ‚politisierte kollektive Identitäten‘ von Simon und Klandermans (2001) kommt die fruchtbare Synthese einer an Anknüpfungspunkten zur Allgemeinen Soziologie (etwa der Bewegungsforschung) orientierten und einer vor allem auf Selbst-Kategorisierungsprozesse, die genuin dem Individuum zuzuordnen sind, Bezug nehmenden Sozialpsychologie zum Tragen.

2.3.1.1 Politisierte kollektive Identitäten

Das Modell ‚politisierte kollektive Identität‘ entwickeln Simon und Klandermans (2001) entlang dreier konzeptioneller Triaden: Die erste Triade setzt sich aus *kollektiver Identität*, einem *Machtkampf* („power struggle“) zwischen Gruppen und dem weiteren *gesellschaftlichen Kontext* dieses Machtkampfes zusammen. In der zweiten Triade werden drei idealtypische Prozesse aufgezeigt, die zur Politisierung kollektiver Identitäten führen: die *Wahrnehmung geteilter Missstände* („awareness of grievances“), die *Identifizierung der für diese Missstände verantwortlichen sozialen Gruppe* („adversarial attributions“) und der Versuch, die Gesellschaft oder ihre Repräsentanten für das eigene, kollektive Anliegen in diesem Konflikt zu gewinnen, also die *Einbeziehung der Gesellschaft* („involving society at large“). Diese Sequenz gipfelt schließlich in einer *Triangulation* („triangulation“) von Eigengruppe, Fremdgruppe (hier explizit als Gegner) und Gesellschaft (Öffentlichkeit).

Welchen Nutzen politisch engagierte Individuen auch jenseits der unmittelbaren Erreichung gemeinsamer Ziele aus einer politisierten kollektiven Identität ziehen können, verdeutlichen Simon und Klandermans (ebd.) – auf der Grundlage der Selbst-Kategorisierungs-Theorie – mit der Unterscheidung von fünf *Identitäts-Funktionen*, die mit psychologischen Bedürfnissen in Beziehung stehen, nämlich:

- 1) Zugehörigkeit („belongingness“) meint die Selbstverortung, die eigene Platzierung in der sozialen Welt;
- 2) Distinktheit („distinctiveness“) bezieht sich darauf, dass dieser Platz in der sozialen Welt sich einzigartig unterscheidet in Abgrenzung von solchen, die durch Fremdgruppen definiert werden;
- 3) Respekt („respect“), den man zumindest von ‚sich ähnlichen Anderen‘ erwartet (als notwendige Bedingung zur Schaffung und Aufrechterhaltung des Selbstwerts);

4) Verstehen: kollektive Identität stellt ferner eine sinnstiftende Perspektive bereit, aus der die soziale Welt interpretiert und verstanden werden kann („understanding (or meaning)“), und
5) Handlungsorientierung („agency“): Während Identität grundsätzlich auch Einheit als Konsistenz von Handeln/Verhalten und Meinungen/Überzeugungen bedeutet, signalisiert eine kollektive Identität soziale Unterstützung und Solidarität seitens der Eigengruppenmitglieder. Und schließlich ist die Eigengruppe als kollektiver Akteur stärker als das Individuum.

Diese Unterscheidung wird in vorliegender Studie zur Bestimmung von *Identitätsgewinnen* herangezogen, die mit kollektiven Identifikationen einhergehen und denen verschiedene *Identitäts-Prozesse* (ausführlicher vgl. Kap. 8.3) dienen.

Zunächst treibt eine politisch engagierte Gruppe jedoch die Aussicht darauf an, gemeinsam Einfluss auf gesellschaftliche Gegebenheiten nehmen zu können, also sozialen Wandel herbeizuführen oder zu verhindern. In einem *Machtkampf* („struggle for power“) sozialer Gruppen geht es aus sozialpsychologischer Warte demnach vor allem um Ergebniskontrolle („outcome control“), die mit der Fähigkeit der Beeinflussung Anderer einhergehen kann. Dementsprechend verfügt eine Person in dem Ausmaß über Macht, in der sie Konsequenzen ihres eigenen und des Verhaltens Anderer kontrollieren kann.

Veranschaulichend sei hier auf sozialpsychologische Konzepte verwiesen, die sich mit der Strukturierung der sozialen Umwelt nach Ursache-Wirkungs-Regeln beschäftigen: Attributionstheorien (z.B. Heider 1958), die Theorie kognitiver Schemata (Kelley 1967), aber auch das Konzept ‚erlernter Hilflosigkeit‘ (Seligman 1975) oder das der ‚Kontrollillusion‘ (Langer 1975) lassen auf ein grundlegendes psychologisches Bedürfnis nach Kontrollierbarkeit sozialer Situationen schließen. Eine anhaltend wahrgenommene Unbeeinflussbarkeit von Verhaltenskonsequenzen bedeutet für das Selbst den Verlust der Kontinuität und beeinträchtigt den Selbstwert.

Die Macht einer sozialen Gruppe besteht demzufolge in dem Ausmaß, in dem sie das eigene und das Schicksal von Fremdgruppen kontrollieren kann. In der Regel sind Machtverhältnisse zwischen sozialen Gruppen asymmetrisch, was oftmals zu Konflikten zwischen Gruppen führt. Weniger mächtige Gruppen werden mit ihrem relativen Status unzufrieden sein und eine Neuverteilung spezifischer Verhaltensergebnisse sowie eine Restrukturierung der Machtverhältnisse zwischen Eigen- und überlegener Fremdgruppe anstreben. Dies geschieht

gerade dann, wenn die Machstrukturen als unklar, instabil (und illegitim) erachtet werden. Darüber hinaus hat Macht nicht nur einen instrumentellen, sondern auch einen psychologischen Wert: Mächtigere Gruppen erfreuen sich größeren Respekts und werden als effizientere soziale Akteure wahrgenommen als Gruppen mit geringerer Macht. Daraus folgt, dass die Identitäts-Funktionen Respekt und Handlungsorientierung zusätzlich zur Intensivierung des Machtkampfes zwischen Gruppen beitragen.

Machtkämpfe zwischen Gruppen und deren unmittelbare Protagonisten sind ferner in einen *gesellschaftlichen Kontext* eingebettet. Das hat zum Einen zur Folge, dass solche Gruppenkonflikte auch Auswirkungen auf die übergeordneten Machtstrukturen des inklusiveren sozialen Kontextes haben. Zum Anderen sind solche Konflikte nicht nur auf zwei opponierende Gruppen beschränkt, also bipolar. Sie beziehen vielmehr auch andere gesellschaftliche Gruppen mit ein. Hierauf begründet sich der zumindest tripolare („triangulated“) Ansatz der Autoren: Die offensichtlichen Protagonisten solcher Auseinandersetzungen (etwa Eliten oder Autoritäten vs. Minderheiten, soziale Bewegungen vs. Gegenbewegungen) versuchen stets, die Öffentlichkeit (oder deren Repräsentanten) oder andere gesellschaftlichen Autoritäten (z.B. Regierungen) für ihre jeweiligen Interessen zu gewinnen. Dabei werden beide opponierenden Gruppen versuchen, diese dritte gesellschaftliche Entität davon zu überzeugen, dass ihre jeweiligen Interessen mit denen der inklusiveren Allgemeinheit verträglich, wenn nicht gar identisch sind.

Simon und Klandermans begründen dieses ‚Dreiecks-Modell‘ auf Erkenntnisse aus der Minderheiten-Forschung sowie auf die Selbst-Kategorisierungs-Theorie. Zentral für diesen Ansatz sind die Annahmen der letztgenannten, dass 1) Selbst-Repräsentationen auf unterschiedlich abstrakten und inklusiven Ebenen hergestellt werden können, und dass 2) Vergleiche und Bewertungen von Gruppen in Begriffen der nächst inklusiveren Kategorie vollzogen werden, die beide Gruppen umfasst. Konflikte zwischen Eigen- und Fremdgruppe rekurren also stets auf die gemeinsame, übergeordnete gesellschaftliche Eigengruppe.

Politisierte kollektive Identität definieren Simon und Klandermans (2001: 323) als eine Form kollektiver Identität, die der expliziten Motivation von Gruppenmitgliedern unterliegt, sich in solchen Machtkämpfen zu engagieren. Kollektive Identität kann generell politische Auswirkungen haben, die durchaus auch übergeordnete Machtstrukturen betreffen können, ohne dass dies ihren Trägern bewusst, geschweige denn von ihnen beabsichtigt ist. Eine politisierte kol-

lektive Identität zeichnet sich demgegenüber dadurch aus, dass sich ihre Träger (Gruppenmitglieder) intendiert im Machtkampf engagieren, aufmerksam und selbstbewusst als Kollektiv (oder dessen Repräsentanten) im Wissen um die gesellschaftliche Arena der Auseinandersetzung agieren: „To borrow from Marxian terminology, it is politicized collective identity that turns ‚a group of itself‘ (‚Klasse an sich‘) into ‚a group of and for itself‘ (‚Klasse an und für sich‘) in the political arena (...)“ (ebd.).

Die Politisierung kollektiver Identität entfaltet sich in einer Abfolge von drei idealtypischen Prozessen: Zunächst wird das Bewusstsein und die Wahrnehmung geteilter Missstände („awareness of shared grievances“) vorausgesetzt. Die Autoren unterscheiden in Anlehnung an Klandermans (1997) vier verschiedene Formen geteilter Missstände: 1) illegitime Ungleichheit (z.B. das anhaltende sozioökonomische Gefälle von West- nach Ost-Deutschland aus der Warte der Ost-Deutschen), 2) unvermittelt auferlegte Missstände (z.B. der Konkurs eines Betriebs aus der Warte der Arbeitnehmer), 3) die Verletzung von Prinzipien (z.B. Abtreibung aus der Warte von Abtreibungs-Gegnern) sowie 4) bedrohte Privilegien (z.B. das Ende der Apartheid aus der Warte rassistischer Weißer in Südafrika). Die kollektive Identität an sich fördert das geteilte Erleben, schärft die Wahrnehmung solcher Missstände insofern, als dass sie zur Homogenisierung innerhalb der Eigengruppe beiträgt und Selbst-Kategorisierungen auf der kollektiven Ebene zu einer Deutung von Erfahrungen im Sinne der Gemeinsamkeit – als ‚unsere‘ Erfahrungen – beitragen. Vor allem wenn die Missstände die Eigengruppe, nicht aber andere Gruppen betreffen, wird kollektive Identität ihrerseits in Begriffen von Intergruppen-Differenzierungen gestärkt.

Zur Politisierung einer Gruppe bedarf es jedoch ferner externer Gegner, die für die missliche Lage der Gruppe verantwortlich gemacht werden können. Diese auf einen Gegner – eine Fremdgruppe – gerichteten Verantwortlichkeitszuschreibungen („adversarial attributions“) und kollektive Identität bedingen und verstärken einander: Kollektive Identität fördert Stereotypisierungen. Da Stereotypen einfache Erklärungen für komplexe soziale Ereignisse liefern, eignen sie sich generell als Attributionen im Gruppenkontext und speziell für Verantwortlichkeitszuschreibungen in Begriffen von ‚wir als Opfer‘ vs. ‚sie als Täter‘. Umgekehrt wird kollektive Identität in Form von Eigen- und Fremdgruppen-Differenzierungen gestärkt, wenn ein externer Gegner ausgemacht wird.

Ist der gemeinsame Gegner identifiziert, richtet die betroffene Gruppe Forderungen an ihn, die Missstände zu beheben. Handelt der Gegner entsprechend dieser Forderungen, kommt es zu keiner Politisierung kollektiver Identität. Weist er diese Forderungen allerdings zurück und die Gruppe gibt nicht auf, so ist die Verschärfung der Konfrontation die Folge. Die kollektive Identität der betroffenen Gruppe wird nun in dem Ausmaß politisiert, in dem die Gruppenmitglieder versuchen, diese Konfrontation in einen umfassenderen Machtkampf zu überführen. Dies geschieht, indem die Gruppe die Gesellschaft allgemein dazu drängt, entweder für die Eigengruppe oder für den Gegner Position zu nehmen. Dies impliziert, dass die Gruppenmitglieder die eigene Identität als Bestandteil (i.S. von Kategorienmitglied) dieser übergeordneten, inklusiveren Kategorie ‚Gesellschaft‘ begreifen, woraus sie ihren berechtigten Anspruch auf gesellschaftliche Unterstützung ableiten. Erst mit der Triangulation des Machtkampfes, also der Einbeziehung der Gesellschaft allgemein (bzw. von Repräsentanten derselben) als dritte Partei, ist die Politisierung kollektiver Identität abgeschlossen.

Simon und Klandermans verstehen politisierte kollektive Identität in ihren Konsequenzen als eine *Intensivierung* kollektiver Identität: Wie aufgezeigt haben die Prozesse der Politisierung Rückwirkungen auf die kollektive Identität und verstärken sie. Insofern ist politisierte kollektive Identität auch bestens dazu geeignet, kollektive Identitäts-Funktionen (Zugehörigkeit, Distinktheit, Respekt, Verstehen, Handlungsorientierung) zu erfüllen. Gerade Verstehen und Handlungsorientierung sind psychologische Funktionen, denen politisierte kollektive Identität besonders gerecht wird, da Politisierung das Nachdenken über die soziale Welt sowie das Handeln in ihr fördert.

Auf der Stufe der „adversarial attributions“ wird das kollektive Selbstverständnis in Beziehung zu anderen Gruppen geschärft. Hier erhält auch das geteilte Schicksal der Gruppe Bedeutung in Begriffen von Erklärungen und Ideologien: „The growing awareness of shared grievances and a clearer idea of who or what is responsible for these grievances reflect a distinct cognitive elaboration of one’s worldview providing group members with a meaningful perspective on the social world and their place in it“ (Simon/Klandermans 2001: 327).

Die Funktion Handlungsorientierung wird im aktiven Kampf der Gruppenmitglieder um Herbeiführung (oder Verhinderung) sozialen Wandels bedient. Selbst im Falle eines Scheiterns im triangulierten Machtkampf hat die Gruppe die Gesellschaft oder ihre Repräsentanten dazu gezwungen, Stellung zu beziehen, was ihr zumindest die Anerkennung

als sozialer Akteur einbringt. Das Selbstverständnis der Gruppenmitglieder wird wiederum in diesem Machtkampf insofern weiterentwickelt, als dass sie – im Extremfall als ‚Helden‘ oder ‚Märtyrer‘ – auf gesellschaftliche und historische Prozesse einwirken können.

Auf der Verhaltensebene impliziert politisierte kollektive Identität eine kognitive Restrukturierung der sozialen Umwelt: Diese wird nunmehr nicht ausschließlich durch Konfrontationen zwischen Eigen- und Fremdgruppe definiert. Vielmehr werden neben den Gegnern auch (potentielle) Verbündete berücksichtigt, was sich auf die Strategie-Entwicklung auswirkt. Politisierte kollektive Identität motiviert demzufolge nicht nur das gegen einen Gegner gerichtete kollektive Handeln, sondern ebenso das Werben um eine dritte Partei als Verbündeten. Kollektives Handeln, das augenscheinlich gegen einen Opponenten gerichtet ist, kann oftmals nur sinnvoll aus dieser Perspektive gedeutet werden, nämlich als intendiertes indirektes Werben um einen Verbündeten. Darüber hinaus können Reaktionen des Gegners im Rahmen der eigenen Strategie gezielt provoziert werden, um eine dritte Partei zum Einschreiten zu bewegen.

Bevor die Fragestellung dieser Untersuchung formuliert wird, soll abschließend der Prozess der Politisierung kollektiver Identitäten in konkreterem Zuschnitt auf die vorliegende Studie veranschaulicht werden, um an den Untersuchungsgegenstand – *institutionalisierte* kollektive Identitäten von Mitgliedern der Partei ‚Die Republikaner‘ und Redakteuren der Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘ – heranzuführen.

2.3.1.2 Zur Institutionalisierung politisierter kollektiver Identitäten

Mit ‚Republikanern‘ und Redakteuren der JF handelt es sich bei der Stichprobe dieser Studie um politisch engagierte Personen, die nicht mehr im ‚politischen Aufbruch‘ befindlichen Gruppen (als politische Akteure) angehören. Diese Gruppen haben demgegenüber inzwischen einige Jahre der Organisierung und Institutionalisierung – seit 1983 die REP bzw. seit 1986 die JF – hinter sich. Es erscheint daher sinnvoll, einige Annahmen bezüglich der Institutionalisierung politisierter kollektiver Identitäten zu formulieren.

Hierzu wird ein von Simon und Klandermans (2001: 326) entliehenes, dem vorliegenden Untersuchungsgegenstand entsprechend leicht variiertes Beispiel herangezogen, das den Prozess der Politisierung kollektiver Identität veranschaulicht: Einige konservative Deutsche

sehen ihre Werte und Prinzipien als absolute Wahrheiten durch Einwanderung in Fragen gestellt. Die auf ihre Nationalität fußenden Ansprüche (Privilegien) – z.B. auf Arbeit, soziale Sicherheit – werden als, durch einen zunehmenden Zustrom von Ausländern, gefährdet angesehen. Die Bedrohung ihrer kulturellen Hegemonie erleben sie als geteilten Missetand. Die Verantwortung für diesen Missetand wird den Ausländern als Träger einer fremden, mit der eigenen inkompatiblen Kultur zugeschrieben. Daher fordert diese konservative Gruppierung, dass sich diese Einwanderer ‚unserer‘ Kultur anzupassen haben oder von ‚uns‘ fern bleiben sollen. In diese Konfrontation wird schließlich die Öffentlichkeit durch eine Unterschriften-sammlung für eine Petition einbezogen, die eine gesetzliche Verbürgung gleicher Rechte für Immigranten verhindern soll.

Um ein solches Anliegen kann sich, wie im Falle der REP, eine politische Partei konstituieren (gruppieren), die entsprechenden Forderungen werden programmatisch. So heißt es im Parteiprogramm der REP von 1993 (22) unter „Ausländerpolitik“:

„Soweit einer Beendigung der Masseneinwanderung völkervertragsrechtliche Bestimmungen entgegenstehen, sind diese auf ihre Aufrechterhaltung hin zu prüfen. In der Erkenntnis, dass Deutschland weder ein Einwanderungsland sein kann noch ein Vielvölkerstaat oder eine sog. Multikulturelle Gesellschaft werden darf, fordern wir REPUBLIKANER die sofortige Beendigung der Masseneinwanderung nach Deutschland.“ Daraus leitet die Partei Forderungen nach „Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimat“, verstärkten Grenzkontrollen, „Beibehaltung des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer“, „Begrenzung des Familiennachzugs“, „örtliche Zuzugssperren in Kommunen mit besonders hohem Ausländeranteil“, Ausweisung in Folge schwerer oder wiederholter Straftaten.

Ferner heißt es (23):

„Unsere Grundsätze lauten:

- Kein Ausländerwahlrecht! Mitbestimmen kann nur derjenige, welcher die politischen Strukturen und demokratischen Grundsätze in unserem Staat kennt und dazu bereit ist, auch die Pflicht eines deutschen Staatsbürgers zu übernehmen.
- Voraussetzung für eine Einbürgerung muss weiterhin eine eindeutige Hinwendung zur deutschen Nation sein. Einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung lehnen wir ab.
- Keine doppelte Staatsbürgerschaft! Wer deutscher Staatsbürger werden will, muss sich ohne Vorbehalte zu Deutschland bekennen.
- Ausländer verlieren ihr Aufenthaltsrecht, wenn sie länger als ein Jahr Sozialhilfe in Anspruch nehmen.“

Gerade im Fall der ‚Republikaner‘ wird deutlich, dass sich politische Parteien auch in Folge von als geteilt wahrgenommenen Missständen und der gemeinsamen Zuschreibung der Verantwortung auf einen Gegner konstituieren können, um mit den spezifischen, institutionellen Mitteln zur Einflussnahme die Gesellschaft in einen Machtkampf einzubeziehen. Dies geschieht vor allem im Wahlkampf und in Wahlen, wenn Wählerstimmen die Position der Partei legitimieren und politisch durchsetzbar machen sollen. In diesem Sinne können politische Parteien als spezifische Institutionalisierungsform politisierter kollektiver Identität verstanden werden. Darüber hinaus können sie jederzeit – ob in der Rolle des ‚Gegners‘, der des ‚Opfers‘ oder als Fürsprecher einer der beiden Seiten – Akteur eines wie oben angedeuteten Machtkampfes sein.

Die Institutionalisierung politisierter kollektiver Identitäten (etwa durch Statuten, Manifeste, Satzungen, Programme oder durch die Einrichtung von Büros, Organisationszentralen etc.) kann freilich sowohl in unterschiedlichem Grad erfolgen als auch die unterschiedlichsten Formen annehmen (zum Beispiel als soziale Bewegungen, Bewegungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Nicht-Regierungsorganisationen etc.). In der Regel erfolgt sie dann, wenn als geteilt wahrgenommene Bedrohungen des relativen Status zudem als anhaltend (oder gar zunehmend) wahrgenommen werden (zum Beispiel die Fortsetzung kriegerischer Konflikte, die fortdauernde Missachtung von Menschenrechten, Umweltverschmutzung etc.).

In den Interviews mit den Befragten der JF wurde beispielsweise deutlich, dass sich deren politisches Engagement vor allem gegen das als ‚links-liberal‘ eingestufte Monopol der Medien, die damit einhergehende Tabuisierung ‚konservativer bzw. ‚rechter‘ Themen (als „shared grievances“) richtet. So verortet etwa Gero (JF, 29) die ‚Junge Freiheit‘ im Vergleich und in komplementärer Abgrenzung zur *taz*. Zu bemerken ist auch, dass drei der vier Befragten die journalistische Form der gesellschaftlichen Einflussnahme (also der Meinungsbildung und -verbreitung) der parteipolitischen, mit der sie zumindest eher enttäuschende Erfahrungen machten, vorziehen. Was den REP und der JF allerdings unter anderem gemein ist, ist die geteilte Wahrnehmung der Ächtung durch eine vermeintlich von links-liberalen (bis radikaler libertären) Gegnern oder von gemäßigeren Konkurrenten – vor allem den etablierten Parteien – beeinflusste Öffentlichkeit.

2.4 Fragestellung der Studie

Die vorliegende Studie beschäftigt sich nun damit, wie rechtsextreme kollektive Identität entsteht, wie sie konstituiert ist und welche Implikationen sie im sozialen Kontext hat.

Die qualitative Datenanalyse (vgl. Kap. 4) konzentriert sich zunächst auf die Ursprünge eines rechtsextremen Einstellungspotentials der Befragten und folgt damit auch der Infragestellung des Extremismusbegriffs. Vereinfacht lautet die Frage dieses ersten Analyseschrittes: Wer sind die Akteure? Dahinter verbirgt sich das Anliegen, die Befragten sowohl auf einer sozialstrukturellen und lebensweltlichen Dimension als auch auf der politischen Dimension im gesellschaftlichen Kontext zu verorten. Legt der Extremismusbegriff nahe, dass es sich bei Rechtsextremismus eher um ein Phänomen am Rande unserer Gesellschaft handelt, so soll ein Blick auf den jeweiligen sozialen Status (Bildung, Beruf, Lebensstil etc.) sowie auf die politische Herkunft (Sozialisation, frühere Parteinähe bzw. Parteizugehörigkeit, politische Affinitäten jenseits des rechtsextremen Lagers) der Befragten die Arbeitshypothese stützen, dass die Wurzeln von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bis in die ‚Mitte der Gesellschaft‘ reichen. Gerade vor diesem Hintergrund ist von Interesse, wie vor allem die Befragten REP-Mitglieder Zugang zur Partei gefunden haben (Kap.5).

Was demgegenüber auch in dieser Studie als ‚extrem‘ angesehen wird, ist eine Ideologie, die die Ausgrenzung von Anderen, von ‚Fremden‘ zur politischen Programmatik erhebt und sich offensichtlich darauf gründet, einem Prinzip von Ungleichheit zwischen den Menschen zu folgen. Aus sozialpsychologischer Warte ist demnach das zentrale Ziel dieser Studie, eine rechtsextreme Identität nachzuzeichnen, die nicht nur als ‚soziales Bindemittel‘ innerhalb der REP bzw. der JF dient, sondern von der darüber hinaus angenommen wird, dass sie sowohl die politische Ideologie als auch das politische Handeln aller Befragten in einem durch Gruppen strukturierten sozialen Kontext anleitet.

Zuerst ist hierzu der Frage nachzugehen, wie eine solche rechtsextreme Identität aussieht, wie sich Mitglieder der REP und Redakteure der JF im weiteren gesellschaftlichen Rahmen selbst platzieren. Dabei sind nicht nur Identitätsbezüge zur jeweils eigenen Organisation (REP bzw. JF), sondern vor allem inklusivere Gruppenzugehörigkeiten von Interesse, die beide Untersuchungsgruppen umfassen. Zugrunde gelegt wird hierbei die Annahme der Selbst-Kategorisierungstheorie (Turner et al. 1987), dass kognitive Repräsentationen des Selbst auf verschiedenen Abstraktionsebenen unterschiedlicher Inklusivität hierarchisch strukturiert sind. Das

fremdenfeindliche Moment des Rechtsextremismus wirft vor diesem Hintergrund die Frage auf, auf welcher Ebene rechtsextremer Identität die Ausgrenzung und Abwertung wirksam und das ‚Fremde‘, das nicht zur Eigengruppe Zugehörige definiert wird. Hinweise aus der Rechtsextremismusforschung (z.B. Koopmans/Kriesi 1997, Koopmanns 2001; vgl auch die in Kap. 2.1 aufgeführten Dimensionen des Rechtsextremismus) sowie ein erster Eindruck nach Durchführung aller Interviews legen die Vermutung nahe, dass die nationale Ebene der Selbst-Kategorisierung von konstitutiver Bedeutung für eine von allen Befragten geteilte rechtsextreme Identität ist Dies ist anhand der qualitativen Daten zu belegen.

Entsprechend erörtert Kap. 6 die ‚Politisierung nationaler Identität‘. Hier ist unter Zuhilfenahme des Konzepts ‚politisierte kollektiver Identität‘ (Simon/Klandermans 2001) aufzuzeigen, dass sich die von den Befragten wahrgenommenen gesellschaftlichen Missstände generell in einer wahrgenommenen Bedrohung ‚Deutschlands‘ (z.B. als Wohlfahrtsstaat und in wirtschaftlicher Hinsicht), spezieller in einer Bedrohung national gerahmter kultureller Identität zusammenfassen lassen (Kap. 6.1 – Kap. 6.1.2). Ein weiteres Ziel dieses Vorgehens ist es, ein mit dieser nationalen Identität einhergehendes, von allen Befragten geteiltes Wertesystem nachzuzeichnen, welches zu erhalten oder wiederherzustellen zum übergeordneten, gemeinsamen Ziel der Befragten wird (Kap. 6.1.2.1).

Richtete sich die vorangegangene Fragestellung auf die Eingrenzung der vertikalen Dimension hierarchisch strukturierter Repräsentationen der Befragten, so wird auch der Frage nach der horizontalen Struktur eines rechtsextremen Kategoriensystems mit Hilfe des Konzepts ‚politisierte kollektiver Identitäten‘ nachgegangen: Simon und Klandermans (2001) nehmen an, dass – über die Wahrnehmung geteilter Missstände hinaus – zur Politisierung kollektiver Identitäten Zuschreibungen erforderlich sind, die die für die Missstände Verantwortlichen bestimmen. Dieser Prozess definiert den oder die Gegner in der politischen Auseinandersetzung um Macht und Einflussnahme und fördert so eine schärfere Konturierung der sozialen Umwelt in Begriffen von Eigen- und Fremdgruppen-Differenzierungen. Von einer Analyse der durch die Befragten vorgenommenen Verantwortungszuschreibungen wird demnach Aufschluss darüber erwartet, von welchen Gruppen sich die Befragten als Gegner explizit abgrenzen (Kap. 6.2) und warum sie ihr politisches Betätigungsfeld (REP bzw. JF) jenseits einer mutmaßlichen ‚politischen Mitte‘, also der etablierten Parteien gesucht haben (Kap. 6.2.1).

Anschließend werden die Erkenntnisse zu kollektiven Selbstverortungen der Befragten in einer ‚Topographie rechtsextremer Identität‘ (Kap. 7) in Anlehnung an das Modell verschiedener Ebenen der Selbst-Kategorisierung (Turner et al. 1987) gebündelt: Hier wird nicht nur zusammengefasst, in welchem hierarchisch strukturierten System von unterschiedlich inklusiven Eigengruppen (zum Beispiel auch mit Blick auf ‚Verbündete‘) und Fremdgruppen (vor allem ‚Gegner‘) sich die Befragten platzieren, sondern ebenso diskutiert, welche Implikationen eine rechtsextreme Identität auf die Ideologie und die politische Praxis der Befragten hat. Zudem wird, in Bezugnahme auf die Darlegungen zu politischer Herkunft und Sozialisation in Kap. 5, untersucht, wie eine kollektive rechtsextreme Identität zustande kommt und wirksam (salient) wird. Da es sich bei den Interviews um biographisch orientierte Befragungen handelt (vgl. 4.1), sind von den Befragten Informationen über Sozialisations-Erfahrungen und biographische Bedingungen zu erwarten, die die Zugänglichkeit („accessibility“) zu der für den Rechtsextremismus zentralen, konstitutiven (genaugenommen der nationalen) Kategorisierungs-Ebene fördern. Diese Bedingungen sind nachzuzeichnen (Kap. 7.1).

Eine Auswirkung einer geteilten rechtsextremen Identität wird darin vermutet, dass sie die Befragten an ihre jeweilige Eigengruppe bindet und ihr Engagement motiviert. Besonders angesichts der gesellschaftlichen Ächtung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, deren Folgen sich einige Befragte selbst ausgesetzt sehen und die von allen Befragten wahrgenommen wird, stellt sich die Frage, warum sie ihr politisches Engagement dennoch fortsetzen; zumal die interviewten REP-Mitglieder für ihre Tätigkeit bestenfalls finanziell entschädigt, nicht aber bezahlt werden. Zum Abschluss der qualitativen Datenanalyse werden dementsprechend die Kosten-Nutzen-Bilanzen der Befragten bezüglich ihres jeweiligen Engagements erörtert (Kap. 8).

In knappen Worten beschäftigt sich vorliegende Studie mit den Antezedenzen und Konsequenzen rechtsextreme Identität. Demnach ist von Interesse: Wo liegen die Ursprünge rechtsextremer Identität, wie kommt sie zustande? Wie sieht die von den Befragten geteilte Identität aus? Welche Auswirkungen hat sie sowohl auf die kognitive Strukturierung der sozialen Umwelt (das Wertesystem, die Ideologie) als auch auf das soziale Verhalten der Befragten? Und schließlich ist zu fragen, welche Schlüsse sich aus vorliegenden Ergebnissen in Bezug auf Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ziehen lassen.

Zunächst wird jedoch die jüngere Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland skizziert sowie eine kurze aktuelle Bestandsaufnahme vorgenommen.

3 Rechtsextremismus in Deutschland: Eingrenzung der Stichprobe

Die nachfolgende Skizze der Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland¹⁰ fußt weitgehend auf politikwissenschaftliche Studien. Daher sei zunächst erläutert, welchen Zweck sie im Rahmen dieser sozialpsychologischen Studie erfüllt:

Eine Beschreibung des weiteren Feldes dient der Eingrenzung und Spezifizierung des Untersuchungsgegenstandes. So erscheinen diese Ausführungen auch unerlässlich, um die Auswahl der Stichprobe, auf die sich vorliegende Studie bezieht, nachvollziehen zu können. Auf Interviewpartner aus den neuen Bundesländern wurde beispielsweise verzichtet, da sich die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Rechtsextremismus und dessen Erscheinungsbild in West- und Ostdeutschland nach wie vor erheblich voneinander unterscheiden (s. Kap. 3.1.2, Kap. 3.1.3). Eine Verquickung derart unterschiedlicher Einflussgrößen hätte den Rahmen dieser Studie gesprengt. Andererseits bestand anfangs durchaus ein Interesse daran, auch Bewegungs-Segmente im rechtsextremen Spektrum (vgl. Kap. 3.1.3) abzudecken. Und gerade in Ostdeutschland ist der Rechtsextremismus mittlerweile – nicht zuletzt aufgrund der Mobilisierungsbemühungen der ‚Nationaldemokratischen Partei Deutschlands‘ (NPD) beziehungsweise deren Jugendorganisation (‚Junge Nationaldemokraten‘/JN) – ungleich bewegungsförmiger organisiert als in den alten Bundesländern. Diesbezüglich gestaltete sich jedoch die Akquisition vor allem von Mitgliedern der NPD bzw. der JN selbstregulierend (vgl. Kap. 4.2).

Die Sondierung des organisierten Rechtsextremismus in Deutschlands und die Skizze seiner Entwicklung sollen – neben dieser wissenschaftlichen Verortung des Untersuchungsgegenstandes – ebenso zum besseren Verständnis der Selbstpositionierungen von Mitgliedern der Partei ‚Die Republikaner‘ (REP) sowie Redakteuren der ‚Jungen Freiheit‘ (JF) beitragen, die schließlich in der zu erschließenden Topographie rechtsextremer Identität (Kap. 7) zusammengefasst werden. In allen Interviews spielt nämlich sowohl die individuelle Selbstverortung im weiteren politischen Spektrum als auch oftmals spezieller der Vergleich der jeweiligen eigenen Organisation mit anderen Organisationen im ‚rechten Lager‘ – häufig in Form von Abgrenzungen, aber hin und wieder auch unter Bezugnahme auf geteilte Ziele – eine

¹⁰ Eine vollständige Chronik mit allen rechtsextremer Organisationen/Parteien würde an dieser Stelle zu weit führen. Ausführlichere Darstellungen des organisierten Rechtsextremismus nach 1945 bieten bspw. Armin Pfahl-Traughber (2000) und Richard Stöss (2000). Eine weitere aufschlussreiche und übersichtliche ‚Chronologie des Rechtsradikalismus‘ in der Bundesrepublik von 1946-1983 liefert bspw. auch Ino Arndt (1984).

Rolle. Dabei erfolgt die politische Positionierung sowie allgemeiner die Selbst-Kategorisierung der Befragten im Rahmen der biographischen Interviews stets unter Bezugnahme auf historische und politische Ereignisse, ohne deren Kenntnis für Außenstehende einige Aspekte unklar blieben.

3.1 Rechtsextremismus in Deutschland

Im Folgenden werden zunächst die zyklischen Entwicklungslinien des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990 nachgezeichnet (Kap. 3.1.1). Dem schließt sich eine kurze Skizze zum Rechtsextremismus in der DDR (Kap. 3.1.2) sowie eine Bestandsaufnahme im vereinten Deutschland (Kap. 3.1.3) an. Abgerundet wird dieses Unterkapitel mit aktualisierten, ergänzenden Informationen zu den jeweiligen Organisationen, denen die Befragten zuzurechnen sind: ‚Die Republikaner‘ und die Junge Freiheit (Kap. 3.1.4).

3.1.1 Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990

Verschiedene Rechtsextremismusforscher (z.B. Winkler/Schumann 1998, Stöss 2000) stimmen darin überein, dass sich der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1990 in drei Zyklen entwickelte, die sich jeweils durch den Anstieg und den darauffolgenden Rückgang von Mitgliedern rechtsextremer Organisationen bzw. von Wählern rechtsextremer Parteien kennzeichnen lassen. Richard Stöss (2000: 46ff) spricht in diesem Zusammenhang von politischen Konjunkturen, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg in folgenden drei Erfolgswellen niederschlugen:

1945-1965: Vor allem der „Integrationskraft des politischen Systems“ sowie der „ökonomischen Prosperität“ schreibt es Stöss (2000: 47) zu, dass rechtsextreme Parteien und Organisationen nach 1945 nicht auf die in Folge von Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und der Teilung Deutschlands befürchtete Resonanz in der Bevölkerung stießen. Dennoch gewann bei der ersten Bundestagswahl (1949) ein der „Alten Rechten“ zuzuordnendes Bündnis aus der niedersächsischen ‚Deutschen *Rechtspartei*‘ und der ‚Deutschen Konservativen Partei‘ (DRP-DKP) 500.000 Stimmen (10,5%) und somit fünf Mandate, eines davon für Adolf von Thadden, dem späteren Vorsitzenden der ‚Deutschen *Reichspartei*‘ (ebenfalls DRP) und 1964 Gründer der ‚Nationaldemokratischen Partei Deutschlands‘ (NPD). Als sich die Neonazis im selben Jahr von der DRP trennten, um sich in der ‚Sozialistischen Reichspartei‘ (SRP;

gegründet 1946) zu reorganisieren¹¹, konnte diese 1951 Wahlerfolge in Bremen (7,7%, acht Mandate) und Niedersachsen (11%, 16 Mandate) verbuchen. Nichtsdestoweniger blieb die übrige DRP nach dem Verbot der SRP (1952)¹² die größte rechtsextreme Partei in Deutschland. In Süddeutschland wurde 1949 die der „Neuen Rechten“ zuzurechnende ‚Deutsche Gemeinschaft‘ (DG) gegründet, die 1950 mit Hilfe der Vertriebenenverbände immerhin insgesamt 22 Mandate in Bayern und Baden-Württemberg erreichte. Auch wenn die DRP in den 50er-Jahren noch insgesamt zehn Landtagsabgeordnete (1951, 1955 in Niedersachsen, 1959 in Rheinland-Pfalz) stellte, versank der organisierte Rechtsextremismus bis 1953 weitgehend in der politischen Bedeutungslosigkeit. So blieben auch in den 60er-Jahren Reorganisationsversuche, etwa die ‚Deutsche Freiheits-Partei‘ (DFP) oder die ‚Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher‘ (AUD), erfolglos. Alleine die Sammlungsbemühungen von Adolf von Thadden brachten einem Bündnis von DRP, DG und dem ‚Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten‘ (BHE) in Bremen 1963 5,2% der Wählerstimmen und somit vier Sitze in der Bürgerschaft. Am 28.11.1964 wurde in Bremen die NPD gegründet, die unter anderem Mitglieder der ‚Deutschen Partei‘ (DP), des BHE und der hessischen ‚Deutschnationalen Volkspartei‘ (DNVP) versammelte.

1966-1982: Das Zusammenfallen einer wirtschaftlichen Krise und eines erheblichen staatlichen Finanzdefizits (1966/67) sowie der Mangel an Opposition im Dreiparteiensystem der ‚Großen Koalition‘ von CDU/CSU und SPD (1966-1969) begünstigten den Aufstieg der NPD. Die sich in der Opposition zunehmend Links orientierende F.D.P. verlor ihre Bindekraft hinsichtlich des nationalliberalen Bürgertums, während die CDU/CSU an der Seite der vermeintlich „Moskauhörigen“ SPD an Glaubwürdigkeit für die bundesdeutsche Rechte verlor (Stöss 2000: 50). Zudem gruppierte sich eine „außerparlamentarische, radikaldemokratische und weitgehend sozialistische Bewegung“ (ebd.) am linken Rand des politischen Spektrums. Ende 1966 konnte die NPD das entstandene Vakuum am rechten Rand nutzen und Wahlerfolge in Hessen (7,9%, 8 Mandate) und Bayern (7,4%, 15 Mandate) erzielen. Die

¹¹ Der zweite Vorsitzende der SRP wurde Otto Ernst Rehmer, ein heute noch aktiver Nazi.

¹² In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kam das Verbot einer rechtsextremen Partei bislang nur in diesem Fall zur Anwendung. Das aufwendige Verfahren setzt einen entsprechenden Antrag durch Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht voraus und basiert auf Art.21, Abs. 2 des Grundgesetzes. Demnach sind solche Parteien verfassungswidrig, „die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“. Dieses rechtsstaatliche Mittel kommt selten zur Anwendung, da das Verfahren sich auch zur öffentlichkeitswirksamen Inszenierung der betreffenden Partei wenden kann und der Ausgang des Prozesses ungewiss ist. Hinzu kommt das taktische Kalkül, dass legale Parteien politisch einfacher zu bekämpfen sind, wohingegen ein Verbot zur Radikalisierung der Mitglieder und ihrer Reorganisation im militanten Untergrund führen kann (vgl. Jaschke 2000: 316 ff.). Dem Bundesverfassungsgericht liegt derzeit ein Antrag zum Verbot der NPD vor.

Erfolgsserie der NPD gipfelte schließlich 1968 in Baden-Württemberg (9,8%, 12 Mandate). „Insgesamt fielen der Partei in sieben Landesparlamenten 61 Landtagssitze sowie etwa 600 Wahlämter auf kommunaler und regionaler Ebene zu“ (Stöss 2000: 51). In den Zusammenhang mit antisemitischen Ausschreitungen gebracht, drohte der Partei zu dieser Zeit ein Verbot. Als 1969 die Bundestagswahl zur sozialliberalen Koalition führte, positionierte sich die CDU/CSU allerdings derart konservativ in der Opposition, dass der NPD die Wählerbasis verloren ging (ca. 4/5 der NPD-Wählerschaft fanden nunmehr in der CDU/CSU eine aussichtsreichere Alternative) und die Partei zerfiel. Mit 4,3% – also 1,4 Millionen Wählern – hatte die NPD den Einzug in den Bundestag verpasst. Mit dieser Wahlniederlage kamen die internen Konflikte der NPD in vollem Ausmaß zum Tragen. Vor allem angesichts der Ostpolitik der Regierung Brandt ging es um die angemessenen Taktik gegen den ‚Ausverkauf Deutschlands‘ und eine entsprechende Taktik.

Für die Ostpolitik sei hier exemplarisch auf den ‚Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen‘ verwiesen, der am 07.12.1970 unterzeichnet (vgl. Bingen 1992: 542) und mit Willy Brandts ‚Kniefall in Warschau‘, der auch im Interview mit Florian (REP, 59) Erwähnung findet, vor einem Mahnmal für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs symbolisch besiegelt wurde. Sowohl von den Heimatvertriebenen als auch von den ‚großdeutschen Phantasien‘ nachhängenden Revisionisten wurde dieser Akt als Affront betrachtet. Es war auch Willy Brandt, der in seiner Regierungserklärung vom 28.10.1969 erstmalig von „zwei Staaten in Deutschland“ sprach, wenngleich diese niemals füreinander Ausland sein könnten. Die Bundesregierung könne jedoch nicht im Namen Gesamtdeutschlands, sondern nur für die Bundesrepublik sprechen (Noack 1992: 370).

Ein „aktionistischer Flügel“ (Stöss 2000: 51) befürwortete auch illegale Methoden und legte damit den Grundstein für neonazistische, rechtsterroristische Gruppen, die in den 70er-Jahren und den frühen 80er-Jahren durch Terrorakte auf sich aufmerksam machten¹³: etwa die 1977 gegründete ‚Aktionsfront Nationaler Sozialisten‘ (ANS; Michael Kühnen; Verbot 1983), die ‚Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit‘ (VSBD/PdA; Friedhelm Busse; Verbot 1982), die ‚Deutschen Aktionsgruppen‘ (DA; Manfred Roeder) und die ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘ (nach ihrem Leiter, Karl Heinz Hoffmann, benannt; Verbot 1980). 1982 bildete sich die ‚Hepp-Kexel-Gruppe‘, die nach Ottfried Hepp – einem ehemaligen Angehörigen der im Libanon nach Zerschlagung der ‚Wehrsportgruppe Hoffman‘ ent-

¹³ Ausführlicher hierzu Pfahl-Traughber (2000: 83ff).

standenen ‚Wehrsportgruppe Ausland‘ – und Walther Kexel – einem ehemaligen Mitglied der VSBD/PdA – benannt war. Sie proklamierte einen ‚Abschied vom Hitlerismus‘ und trat für einen am Vorbild der Gebrüder Strasser orientierten ‚antiimperialistischen Befreiungskampf‘ ein. Diese recht eigenständige, in der Neonazi-Szene allerdings auf wenig Akzeptanz stoßende Programmatik und der hohe Grad an konspirativ organisiertem Vorgehen markierten den bisherigen Höhepunkt des Rechtsterrorismus. Die Gruppierung finanzierte sich durch Banküberfälle und verübte Autobomben-Anschläge auf Angehörige der US-amerikanischen Streitkräfte. 1983 wurde der Großteil der Aktivisten der ‚Hepp-Kexel-Gruppe‘ von der Polizei verhaftet.

Im Zusammenhang mit dem Zerfall der NPD ist ebenfalls die Entstehung eines intellektuellen, eher linken Flügels (Stöss 2000: 51) zu sehen. Hier standen Versuche einer ideologischen und strategischen Neuformulierung unter Bezugnahme auf nationalrevolutionäre Denker der Weimarer Republik – wie etwa Ernst Jünger oder Ernst Niekisch – sowie auf Ideen des ‚Neuen Nationalismus‘ der 50er-Jahre im Mittelpunkt des Interesses. So bildeten sich zu Beginn der 70er-Jahre im Umfeld von Zeitschriften wie ‚Fragmente‘ oder ‚Junges Forum‘ Arbeitskreise, die sich nicht mehr ausschließlich an einseitig traditionellen nationalistischen und völkischen Auffassungen orientierten (Pfahl-Traughber 2000: 80f). Die Diskurse kreisten vielmehr um Schlagworte wie ‚Befreiungsnationalismus‘, ‚Ethnopluralismus‘ und ‚Sozialismus‘, rekurrerten formal auf die der politischen Linken und zielten eher auf eine geistige Vormachtstellung als auf praktische Politik. Diese Entwicklung brachte dann Organisationen wie die ‚Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation‘, die ‚Sache des Volkes‘ oder die ‚Solidaristische Volksbewegung‘ hervor. Diverse nationalrevolutionäre Gruppierungen versuchten auch, sich in der Ökologiebewegung zu etablieren. Die weitgehend erfolglose ‚Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher‘ (später ‚Partei des Lebensschutzes‘) zum Beispiel schloss sich dann 1980 den Grünen an.

Etwa zeitgleich gewann das Vorbild der französischen ‚Nouvelle Droite‘ an Einfluss, die sich an den Theorien der Jungkonservativen in der Weimarer Republik – beispielsweise an Edgar Julius Jung, Arthur Moeller und Carl Schmitt – orientierte (Pfahl-Traughber 2000: 81). So kommentiert zum Beispiel die JF-Autorin Jutta Volz-Winckler¹⁴ bevölkerungspolitische Fragen unter Bezugnahme auf Alain de Benoist, selbst oftmals Gastautor der JF und derzeit (z.B. JF, Nr. 22/02, Mai 2002) unter ‚Ständige Mitarbeit‘ im Impressum geführt, wie folgt:

¹⁴ (JF, Nr. 38/16, September 1994: 2; zit. nach Pfahl-Traughber 1998: 207)

„Alain de Benoist und seine Freunde konzipierten [...] das realitätsgerechte Modell der ‚Differenz‘ als Gemeinschaft kulturell authentischer Völker und Nationen.“

Ideologischen Einfluss auf die Neue Rechte hatten auch die italienischen ‚Nonkonformisten‘ wie etwa Robert Michels, Vilfredo Pareto und Gaetano Mosca, die als Sympathisanten oder/und Wegbereiter des italienischen Faschismus gelten (Pfahl-Traughber, ebd.).

Um 1980 entstand das ‚Thule-Seminar‘, das im rechtsextremen ‚Grabert-Verlag‘ verschiedene programmatische Schriften publizierte. Konnte dieses Projekt auch auf Dauer keine Breitenwirkung erzielen, so war die Wiederentdeckung der Ideen einer ‚Konservativen Revolution‘¹⁵ folgenreicher. Zeitschriften wie ‚Criticon‘ oder der JF (gegründet 1986; s.u.) schreibt Armin Pfahl-Traughber (2000: 81) die „Erosion der Abgrenzung zwischen demokratisch-konservativen und extremistisch-rechten Intellektuellen auf publizistischer Ebene“ zu. In dieser „Brückenfunktion (...) zwischen (nicht-neonationalsozialistischem) Rechtsextremismus und dem Konservativismus um den rechten Flügel der Unionsparteien“ sieht Pfahl-Traughber (1998: 210) auch die politische Strategie der JF-Redaktion. Nichtsdestoweniger konnte die Neue Rechte in Deutschland längst nicht in dem Ausmaß reüssieren wie ihr französisches Vorbild.

Ein aus dem Niedergang der NPD hervorgehender nationalkonservativer Flügel strebte schließlich ein gemeinsames Vorgehen gegen die sozialliberale Reformpolitik mit dem rechten Lager der CDU/CSU an. Hieraus entstand 1971 die zunächst überparteiliche ‚Deutsche Volkunion e.V.‘ (DVU; Gerhard Frey).

1983-1990: Da der Aufschwung des Rechtsextremismus zu Beginn bzw. Mitte der 80er-Jahre durch Faktoren begünstigt wurde, die alle westeuropäischen Staaten betrafen, spricht Stöss (2000: 52) nunmehr von einem „europäischen Phänomen“. In diesem Kontext wären zum Beispiel sozialer Wandel, Massenarbeitslosigkeit, Einsparungen in Sozialhaushalten, Wertewandel, wachsendes Umweltbewusstsein, steigende Partizipationsansprüche, Transformationsprozesse in Osteuropa, Migration und Asylproblematik sowie der Bedeutungsverlust der Nationalstaaten im Rahmen zunehmender Globalisierung zu nennen. Die SPD verweigerte sich einer von der F.D.P. geforderten neoliberalen ‚Wende‘ (insbesondere den einschneidenden Sparmaßnahmen in der Sozialpolitik), so dass am 1.10.1982 die sozialliberale Koalition mit dem von der F.D.P. gestützten Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt ein Ende fand. Zum neuen Kanzler wurde Helmut Kohl (CDU) gewählt, der bis Oktober 1998

¹⁵ Zur ‚Konservativen Revolution‘ sowie zur ‚Neuen Rechten‘ vgl. auch ausführlicher Pfahl-Traughber 1998; Lenk/Meuter/Otten 1997; Klönne 1996.

an der Spitze einer Koalition von CDU/CSU und F.D.P. Regierungschef blieb. In den vorangegangenen 13 Jahren der Opposition konnte die CDU/CSU sich als politische Heimat aller Rechten in Abgrenzung zur ‚sozialistischen‘ Regierungspolitik etablieren und damit der NPD die Wähler entziehen. Allerdings förderte die Verheißung einer „konsequent neokonservativen Politik“ (Stöss 2000:53) den rechtsextremen Widerstand gegen die legitime Regierung, revanchistische und ausländerfeindliche Ressentiments sowie eine Bagatellisierung des Rechtsextremismus. Als die CDU/CSU nun an die Regierung kam, klagten die während der Opposition unter ihrer Mithilfe entstandenen neokonservativen Zirkel den Vollzug der versprochenen ‚geistig-moralischen Wende‘ ein, als da wären „Entstaatlichung und Entbürokratisierung, Revitalisierung der bürgerlichen Familie, Überwindung der durch die sozialliberale Ära angeblich bewirkten sozialistisch-nihilistischen ‚Kulturrevolution‘, Rehabilitierung von Traditionen und historisch bewährten Werten und Tugenden und schließlich Wiederherstellung des nationalen Selbstbewusstseins der Deutschen“ (ebd.). Zusammenfassend war die CDU/CSU also daran beteiligt, ein politisches Klima zu schaffen, in dem sich der Rechtsextremismus wieder entfalten konnte. So deutete sich bereits in der Europawahl 1984 ein Wiederaufleben der NPD an (0,8%, 198.633 Stimmen).

Zeichnete sich der organisierte Rechtsextremismus bis dahin eher durch Desintegrationstendenzen, also dadurch aus, dass sich vor allem rechtsextreme Parteien untereinander anfeindeten, so kam es 1986 um so überraschender erstmals zu kooperativen Absprachen zwischen der DVU und der NPD. Infolgedessen räumte die NPD erstmalig das Feld, als Dr. Gerhard Frey, Vorsitzender der DVU und finanzstarker Verleger aus München (u.a. die ‚Deutsche Nationalzeitung‘, der ‚Deutsche Anzeiger‘, die ‚Deutsche Wochenzeitung‘) die ‚Deutsche Volksunion - Liste D (DVU)‘ 1987 ins Rennen um die Wahl zur Bremer Bürgerschaft schickte. Der Wahlkampf der DVU wurde von München aus gesteuert, ohne dass es eine öffentliche Veranstaltung gegeben hätte. Für die äußerst aufwendige Propaganda standen der DVU jedoch mit 2 Millionen DM mehr Geld zur Verfügung, als CDU und SPD zusammen für den Bremer Wahlkampf aufbringen konnten. Schließlich erzielte die DVU ein Bürgerschaftsmandat in Bremen und stellte zwei weitere DVU-Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven. Nach diesem Erfolg wurde die Absprache zwischen DVU und NPD ergänzt: Die Wahl in Schleswig-Holstein (1988) sowie die Bundestagswahl 1990 sollten der NPD vorbehalten sein, während die DVU zur Europawahl 1989 (1,6%) antreten sollte. Zusammenfassend brachte die DVU in diese Kooperation finanzielle Mittel und über den Verlag von Frey Wahlkampfmaterial ein, während die NPD mit der DVU mangelnden Aktivisten und Organi-

sationsstrukturen aushalf. Da diese Zusammenarbeit schließlich nur wenig Erfolge zeitigte, beendete sie Frey 1990.

Von den „Desintegrationstendenzen am rechten Rand des Parteiensystems“ (Stöss 2000: 56) profitierten letztlich aber weder DVU noch NPD, sondern vielmehr ‚Die Republikaner‘ (REP). Als Reaktion auf den von Franz Josef Strauß eingefädelten Milliardenkredit für die DDR, der ohne erkennbare Gegenleistung gewährt wurde, sowie „aus Protest gegen das Gebaren des damaligen Ministerpräsidenten und [CSU-] Vorsitzenden“ (Pfahl-Traughber 2000: 89), verließen 1983 die früheren Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Eckhard Voigt die CSU, um die REP zu gründen. Neben Handlos und Voigt ergänzte Franz Schönhuber die REP-Führungstroika. Anzumerken ist, dass Schönhuber zunächst der SPD nahe stand, sich dann aber der CSU anschloss. Mit der Sendung ‚Jetzt red’ i’ im Bayerischen Rundfunk hatte Schönhuber eine gewisse Popularität erlangt. Aufgrund öffentlicher Proteste gegen sein Buch über die Waffen-SS (‚Ich war dabei’) wurde er jedoch vom Sender 1981¹⁶ entlassen. Die ‚Marschrichtung’ der Partei war zwischen den Dreien von Beginn an heftig umstritten; interne Streitereien sollen laut Presseberichten auch schon mal handgreiflich ausgetragen worden sein (vgl. Stöss 2000: 58) und wurden durch „persönliche Animositäten“ (Pfahl-Traughber 2000: 89) verschärft. Während Handlos und Voigt bundesweit eine rechtskonservative Alternative zu CDU/CSU und dem rechten Spektrum der F.D.P. anbieten wollten, setzte Schönhuber auf eine modernisierte rechtsextreme Sammlungspartei nach dem Muster des französischen ‚Front National’ (FN). 1985 gipfelte dieser Konflikt im Ausscheiden von Handlos und Voigt, während Schönhuber Handlos als REP-Vorsitzenden ablöste und viele frühere Mitglieder anderer rechtsextremer Organisationen auf führenden Positionen einsetzte. Nichtsdestoweniger versuchte Schönhuber in der Folgezeit, das Image der REP vom Neonazismus abzugrenzen, indem er der potentiellen Wählerschaft gegenüber „das Bild einer demokratischen, konservativen, modernen und seriösen Partei vermittelte“ (Pfahl-Traughber 2000: 89). Solchen taktischen Erwägungen folgte auch die programmatische Abgrenzung von anderen rechtsextremen Parteien (etwa von DVU und NPD) durch ‚Entschärfung’ des Parteiprogramms von 1987 in den Jahren 1990 und 1993. Pfahl-Traughber (ebd.) spricht in diesem Zusammenhang allerdings von einer ausschließlich „verbalen Revision“, da auch Äußerungen führender REP-Funktionäre den Fortbestand rechtsextremer Grundpositionen belegten.

¹⁶ Die Entlassung Schönhubers vom Bayerischen Rundfunk datiert Stöss (2000: 59) in Abweichung zu Pfahl-Traughber (2000: 89) auf 1982.

Bei der Berliner Wahl am 29.1.1989 erzielten die REP mit 7,5% der Zweitstimmen einen beachtlichen Erfolg und stellten elf Mandate im Abgeordnetenhaus sowie 36 in den Bezirksverordnetenversammlungen. Dieser Erfolg führte bundesweit zu einer verstärkten Resonanz. Bei der nachfolgenden Europawahl am 18.6.1989 stimmten 2.008.629 Bundesbürger(innen) (7,1%) für die REP, die damit sechs Abgeordnete im Europäischen Parlament stellten. Dies war das höchste Resultat, das eine rechtsextreme Partei in der Geschichte Westdeutschlands bis heute bundesweit jemals erreichte¹⁷. Um die Erfolgsserie der REP zu veranschaulichen, hier einige Beispiele: 1990 scheiterte der Einzug der Partei in den Bayerischen Landtag nur knapp (4,9%; 538.615 Stimmen). In Baden-Württemberg zogen 1992 die REP dann mit 15 Mandaten (10,9%; 539.014 Stimmen) in den Landtag ein und konnten sich noch 1996 mit 9,1% (14 Mandate) behaupten.

Währenddessen fasste die DVU vor allem in den nördlichen Bundesländern Fuß (1991 6,2% in Bremen, 1992 6,3% in Schleswig-Holstein), konnte diese Erfolge aber später (1995, 1999 in Bremen, 1996 in Schleswig-Holstein) nicht wiederholen und scheiterte 1997 in Hamburg knapp (4,9%) an der ‚Fünf-Prozent-Hürde‘.

Allerdings war auch für die ‚Republikaner‘ mit dem Erfolg in der Europawahl 1989 bereits der Höhepunkt ihres Aufstiegs erreicht. Die Konflikte zwischen rechtsextremen und eher nationalkonservativen Kräften innerhalb der Partei verschärften sich und führten zu Austritten und Abspaltungen. Schließlich bremste die deutsche Einheit den kometenhaften Aufstieg der Partei abrupt. Stöss (2000: 43) führt dies darauf zurück, dass der Rechtsextremismus generell mit der ‚Wiedervereinigung‘ seines Zentralthemas – der ‚nationalen Frage‘ – verlustig gegangen war.¹⁸ So erhielten NPD und REP zusammen in der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 nur 2,4% der Zweitstimmen (West: 2,6%; Ost: 1,6%). Als Schönhuber sich dann entgegen der Abgrenzungsbeschlüsse der REP gegenüber NPD und DVU (1990 in Ruhstorf; s. auch 3.1.3) anschickte, mit dem DVU-Vorsitzenden Frey zu paktieren, führte dies 1994 zu seiner Ablösung durch Dr. Rolf Schlierer. Schönhuber verließ die Partei, betätigt sich seitdem weiterhin als Kolumnist und Autor und war beispielsweise 1998 Spitzenkandidat der DVU in der Wahl zum Europäischen Parlament. Gemeinsam mit Horst Mahler – einem NPD-Aktiven und ehemaligen RAF-Mitglied – verfasste er 2000 das Buch ‚Schluss mit dem deutschen Selbsthass. Plädoyers für ein anderes Deutschland‘.

¹⁷ Bei dieser Europawahl 1989 konnte die DVU 444.921 Stimmen (1,6%) erreichen, haben also insgesamt annähernd 2,5 Millionen der Westdeutschen (2.453.550; das entspricht 8,7%) für eine rechtsextreme Partei votiert.

¹⁸ In vorliegender Studie wird allerdings aufzuzeigen sein, dass im Kreise der befragten REP-Mitglieder wie auch im Fall der befragten JF-Redakteure die ‚Nation‘ sowohl hinsichtlich identitätsbezogener als auch ideologischer Stellungnahmen nach wie vor eine zentrale Rolle spielt.

Schlierer, der bis dahin als Schönhubers ‚Kronprinz‘ dessen Linie mitgetragen hatte, verstärkte die Anstrengungen der Partei, sich in der Öffentlichkeit vom Erscheinungsbild der DVU und der NPD und deren unseriösem, antidemokratischem Image abzusetzen. Pfahl-Traughber (2000:90) bewertet diese Bemühungen jedoch ebenfalls als weniger inhaltlich denn taktisch begründet, zumal DVU und REP als Konkurrenten um die Vormachtsposition im rechtsextremen Parteienspektrum gelten. Allerdings sei in diesem Zusammenhang die Einschätzung der REP-Mitglieder durch den Verfassungsschutzbericht (2000: 26, 28)¹⁹ hervorgehoben: Wenngleich viele Mitglieder der Partei eine „mangelnde Distanz zu Rechtsextremisten erkennen“ ließen, könne „nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitglieder der REP rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen“.

Auch die Neonazi-Szene versuchte, das oben skizzierte günstige Klima der 80er-Jahre zu nutzen. Mit dem fortschreitenden Zerfall der NPD seit 1969 hatten sich in diesem Bereich verschiedene Gruppen gebildet. Eine zentrale Rolle hinsichtlich Ideologie, Strategie und Organisation spielte die 1977 gegründete ANS unter Michael Kühnen. Kühnen war Ende der 60er-Jahre bereits in der NPD und bei den ‚Jungen Nationaldemokraten‘ (JN) aktiv und wurde 1977 wegen rechtsextremen Aktivitäten als Leutnant aus der Bundeswehr unehrenhaft entlassen. Die ANS bestand zwar nur aus wenigen Dutzend Aktivisten, erzielte allerdings durch provokative Auftritte eine beträchtliche Medienaufmerksamkeit (vgl. Pfahl-Traughber 2000: 82). Infolgedessen entstanden in verschiedenen Bundesländern weitere ‚ANS-Gaue‘, die durch spektakuläre Auftritte in der Öffentlichkeit von sich reden machten. Als Kühnen 1983 die ANS mit einer ‚Wehrsportgruppe‘ zur ‚Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten‘ (ANS/NA) zusammenführte, reagierte das Bundesinnenministerium noch im selben Jahr mit einem Verbot.²⁰ 1985 wurde Kühnen zu drei Jahren Haft verurteilt. Seine ideologischen Vorgaben orientierten sich am Nationalsozialismus des SA-Chefs Ernst Röhm, seine Anhänger verstanden sich demzufolge als ‚Sozialrevolutionäre‘. Bereits während der Haft Kühnens infiltrierten seine Anhänger die 1978 von Martin Pape in Stuttgart gegründete ‚Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei‘ (FAP), die über den Parteistatus verfügte. Die Neonazis sahen hierin die Chance, ein Verbot zu erschweren. Aus taktischen Erwägungen trat daher

¹⁹ Quelle des Verfassungsschutzberichts 2000: www.bmi.bund.de/publikationen/in_spezialpublikationen.html oder www.verfassungsschutz.de

²⁰ Im Gegensatz zum Parteienverbot (s.o.) liegt das Vereinsverbot im Ermessen des Bundesinnenministers, wenn eine Vereinigung bundesweit tätig ist, und kann von den zuständigen Landesinnenministern (bzw. Senatoren) verfügt werden, wenn sie nur in einem Bundesland aktiv ist. Das Vereinsverbot basiert auf Art. 9, Abs. 2 GG, wonach Vereinigungen verboten sind, „deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten“. Vereinsverbote sind seit den 50er-Jahren wiederholt ausgesprochen worden (vgl. Jaschke 2000: 316f.).

auch Kühnen der Partei offiziell nicht bei²¹. Hatte die FAP 1985 ca. 300 Mitglieder, so wuchs sie durch den Zulauf von Neonazis bis 1987 auf ca. 500 Mitglieder an. 1988 setzten sich auf einem Parteitag jedoch die Kühnen-Gegner durch. Anlass war Kühnens Homosexualität, die nicht so recht ins Selbstbild der Neonazis passen wollte. Vermutlich lagen die eigentlichen Gründe jedoch in szeneeinternen Machtkämpfen. So wurde der 1983 unter anderem wegen Sprengstoffbesitzes verurteilte Friedhelm Busse (ehemals DRP, NPD, VSBD-Chef) neuer FAP-Chef. Die Kühnen-Anhänger gründeten infolgedessen die ‚Nationale Sammlung‘ (NS), die jedoch 1989 als Nachfolgeorganisation der ANS/NA verboten wurde. Da die Neonazis auf solche Verbote mit der Gründung von Nachfolgeorganisationen zu reagieren pflegen, organisierte auch Kühnen noch im selben Jahr seine Gefolgschaft in der ‚Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front‘ (GdNF). Diese spielte, wie die FAP, bei der Organisation der Neonazis in der DDR und später in den neuen Bundesländern eine große Rolle.

Die folgenden beiden Abbildungen (Tab 3.1.1, Abb. 3.1.1) fassen die wesentlichen Entwicklungslinien des organisierten Rechtsextremismus in Westdeutschland von 1945-1990 zusammen.

Tab. 3.1.1: Entwicklung des Rechtsextremismus in Westdeutschland bis 1990

Phase	Organisationen/Parteien	Rahmenbedingungen
1945-1965	DRP-DKP, SRP, DRP, DG, DFP, AUD, (NPD)	Integrationskraft des politischen Systems, ökonomische Prosperität*
1966-1982	NPD (Zerfall 1969), militante Neonazis, FAP, AUD, NR-Gruppierungen, DVU (e.V.)	ökonomische Krise, Staatsdefizit, ‚Große Koalition‘, Defizite in der Integrationskraft des politischen Systems, APO/’68er, Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition
1983-1990	REP, DVU (Liste D), , FAP, JN/NPD, militante Neonazis	europäisches Phänomen: Massenarbeitslosigkeit, Kürzung der Sozialausgaben, Transformationsprozesse in Osteuropa, Migration, Globalisierung etc. betreffen alle westeuropäische Staaten; konservativ-liberale Koalition: Ausbleiben der ‚geistig-moralischen Wende‘

Legende: Die Tabelle fasst die von Stöss (2000: 46ff.) nachgezeichnete Entwicklung des Rechtsextremismus in drei Phasen zusammen. Die Kürzel der Organisationen/Parteien sind in der Legende der folgenden Abb. 3.1.1 erläutert. Unter Rahmenbedingungen sind – in Anlehnung an Stöss (ebd.) – schlagwortartig und exemplarisch die gesellschaftlichen Bedingungen aufgezählt, die die Konjunktur rechtsextremer Strömungen förderten (* bzw. für 1945-1965 hemmten).

²¹ Nichtsdestoweniger wurde 1994 der Parteistatus der FAP vom Bundesverfassungsgericht in Frage gestellt; es folgte das Verbot nach Art.9, Abs. 2 GG.

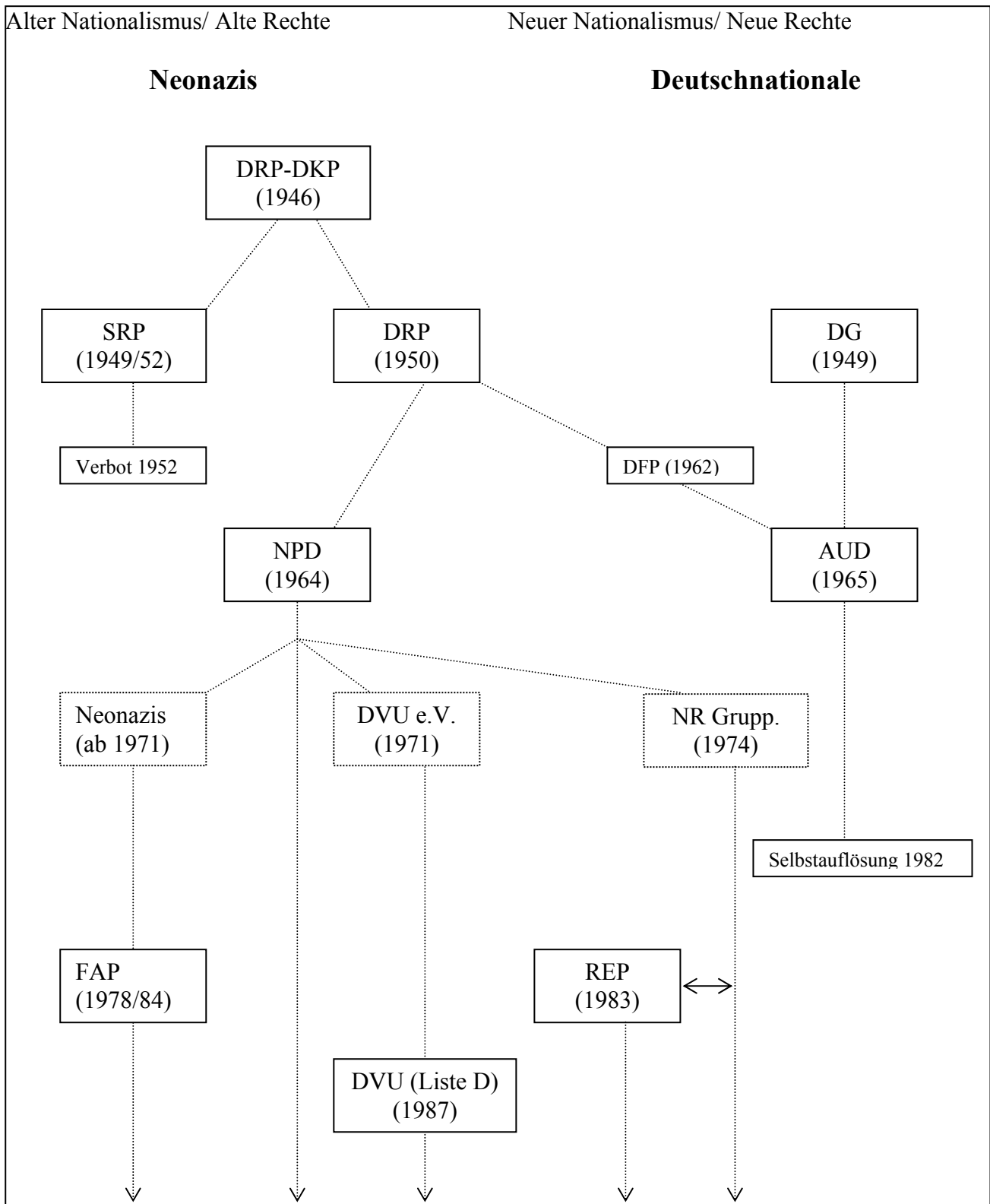


Abb. 3.1.1: Die ideologische Struktur des rechtsextremen Parteienspektrums in Westdeutschland 1946-1989 (nach Stöss 2000: 48)

Legende: DRP-DKP = Deutsche Rechtspartei-Deutsche Konservative Partei, SRP = Sozialistische Reichspartei, DRP = Deutsche Reichspartei, DG = Deutsche Gemeinschaft, DFP = Deutsche Freiheitspartei, NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands (JN = Junge Nationaldemokraten), AUD = Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, DVU = Deutsche Volkunion (Liste Deutschland), NR Grupp. = Nationalrevolutionäre Gruppierungen, FAP = Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, REP = Die Republikaner; die Graphik wurde weitestgehend von Stöss (2000: 48) übernommen.

3.1.2 Entwicklungen in der DDR

Vorweggenommen sei mit Blick auf die Stichprobe vorliegender Studie, dass auf Interviewpartner aus den fünf neuen Bundesländern verzichtet wurde. Dies ist unter anderem auch dem speziellen Entwicklungsverlauf von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Strömungen in der DDR beziehungsweise – nach der Vereinigung beider deutscher Staaten – in den neuen Bundesländern geschuldet (ausführlicher hierzu s. Kap. 3.1.3).

Kann man auch für die etablierte Wissenschaft in der Bundesrepublik problematische Standpunkte im Umgang mit dem Nationalsozialismus aufzeigen²² und die Bagatellisierung rechtsextremer Bestrebungen nach 1945 gerade während der 16jährigen Regierungszeit (1982-1998) der konservativ-liberalen Koalition kritisieren, so fand eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihren Folgeerscheinungen in der DDR erst gar nicht statt. Gemäß der Verfassung der DDR (Artikel 6) hat „[d]ie Deutsche Demokratische Republik [...] getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet“ (zit. nach Stöss 2000: 61).

Mit dem gesellschaftlichen und sozioökonomischen Umbruch zwischen 1945 und 1949/52, diese Phase wurde in der DDR auch als ‚antifaschistisch-demokratische Ordnung‘ bezeichnet, galten die Ursachen von Faschismus und Antisemitismus als überwunden. So zahlte die DDR weder Wiedergutmachung an Israel noch sah sie sich in Folge deutscher Verbrechen in der Verantwortung. Der ‚antifaschistische Staat‘ grenzte sich mit diesem Selbstverständnis auch vom westlichen ‚Klassenfeind‘ ab. Der Begriff des ‚Rechtsextremismus‘ wurde mit dem ‚monopolkapitalistische Klassenwesen‘ gleichgesetzt, seine Manifestationen im eigenen Staat verheimlicht oder verharmlost. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die DDR an sich ein ‚autoritärer, nationalistischer und ethnozentristischer Staat‘ (Stöss 2000: 69) war. Den damals vorherrschenden Grundwerten (‚Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Gerechtigkeit, Solidarität, Kollektivität‘; Stöss 2000, ebd.) kann demnach bis heute Einfluss auf die politische Kultur in den neuen Bundesländern zugeschrieben werden (s. Kap. 3.1.3).

Im Kontrast zur antifaschistischen Staatsdoktrin gibt eine von der ‚Gauck-Behörde‘ ausgewertete Deliktkartei über neonazistische Umtriebe bei der NVA und der Staatsicherheit Auf-

²² Als Beispiel sei auf die revisionistische Position des Historikers Ernst Nolte im so genannten ‚Historikerstreit‘ verwiesen (vgl. ‚Der Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München: Piper, 1987).

schluss darüber, dass selbst Offiziere Hitlers Geburtstag feierten, Nazi-Parolen grölten, sich ‚Judenwitze‘ erzählten und die Verbrechen der Wehrmacht verherrlichten. Seit den 60er-Jahren aktenkundige rechtsextreme Einstellungen von Jugendlichen nannte das Ministerium für Staatssicherheit „dekadent-amoralische Auffassungen“, die dem zersetzenden Einfluss der BRD zugeschrieben wurden (Stöss 2000: 62f).

Rückblickend war auch die DDR in den 70er- und 80er-Jahren mit den Problemen des sozialen Wandels, des Wertewandels und der Individualisierung konfrontiert. Die Regierung gab jedoch auch angesichts offensichtlicher Veränderungen in Osteuropa dem Reformdruck nicht nach. Infolgedessen sank das Ansehen des sozialistischen Systems gerade bei den Jugendlichen und westliche Jugendkulturen gewannen auch in der DDR an Bedeutung. So entwickelten sich etwa gegen Ende der 70er-Jahre Jugendkulturen aufgrund der Repression durch das SED-Regime unter hohem Risiko im Untergrund, was den Zusammenhalt förderte und – einhergehend mit einer sehr hohen Gewaltbereitschaft – zu gehobenem Ansehen bei den rechtsextremen Weggefährten im Westen Deutschlands beitrug. In rechtsextremen Parolen kam aber eher der im Tabubruch geäußerte Protest gegen die ‚antifaschistische‘ Doktrin des Regimes als eine Identifikation mit dem Nationalsozialismus zum Ausdruck.

Anfang der 80er-Jahre gewannen rechtsextreme und nationalistische Strömungen vor allem im Kreise jugendlicher Fußballfans an Einfluss, erste Skin-Gruppen²³ entstanden. Aus dem Anhang des von der Stasi geförderte BFC-Dynamo (Berlin) gingen bspw. zahlreiche Führungspersonlichkeiten des Ost-Berliner Rechtsextremismus hervor. Rechtsextreme ‚Skins‘, ‚Faschos‘ und ‚Nazi-Popper‘ wurden Mitte der 80er-Jahre immer zahlreicher. 1987 war ein Anstieg rechtsextremer Gewalttaten zu verzeichnen. Schlagzeilen machte zum Beispiel am 17. Oktober 1987 der Überfall von 30 Skinheads auf ein Punkkonzert in der Berliner Zionskirche. Unterstützt von mehreren Skinheads aus West-Berlin skandierten sie antisemitische sowie Nazi-Parolen und schlugen mehrere Besucher zusammen. Verurteilungen und Inhaftierungen nahmen zu, förderten aber schließlich die Vernetzung des Rechtsextremismus. Denn für die Verurteilten war das Gefängnis die ‚Akademie‘, wo man Gleichgesinnte traf und teilweise auch eine Schulung durch inhaftierte ‚Alt-Nazis‘ erfuhr; fatalerweise war es im DDR-Strafvollzug nämlich Usus, rechtsextreme Straftäter von anderen Inhaftierten fernzu-

²³ Anzumerken ist, dass nicht jeder kahlköpfige Jugendliche in martialisch anmutendem Outfit einer rechtsextremen und/oder gewaltbereiten Gruppierung zuzurechnen ist. In dieser im englischen Arbeitermilieu entstandenen Subkultur grenzen sich zum Beispiel so genannte ‚Red Skins‘ ausdrücklich von ihren vermeintlichen Weggefährten aus dem rechtsextremen Lager ab. Unter dem Kürzel ‚S.H.A.R.P.‘ formieren sich ‚Skinheads against racial prejudices‘ (ausführlicher zur Skinhead-Szene s. Klaus Farin 1996, 1997).

halten und gemeinsam zu isolieren. Nach der Maueröffnung (November 1989) nutzen die derart Geschulten ihre Erfahrungen prompt zum Aufbau rechtsextremer Organisationen.

3.1.3 Entwicklungen im vereinten Deutschland

Die speziellen Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern skizziert Stöss (2000: 65ff.) unter Bezugnahme auf den ‚Sozialreport 1998‘ des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg. Hierin werden seit 1990 drei Phasen des ‚subjektiven Empfindens der Bürger aus den neuen Bundesländern‘ (zit. nach Stöss, ebd.) unterschieden: Zu Beginn richteten die Bürger hohe Erwartungen auf rasche Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse, etwa bezüglich Konsum, Reisen und politischer Partizipation. Um 1991/1992 führten Erfahrungen sozialer Verunsicherung und der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt allerdings zur Ernüchterung der anfänglichen Euphorie. Eine zweite Phase – 1992 bis 1995 – ist durch eine Stabilisierung der Lebensverhältnisse, durch einen Wandel der Wertestrukturen in Abgrenzung von westlichen sowie durch verlangsamte Angleichungsprozesse an den Westen der Republik gekennzeichnet. In einer dritten Phase entwickelte sich zunehmend eine kritische Haltung gegenüber denen durch die Vereinigung hervorgebrachten gesellschaftlichen Veränderungen. Zum Ausdruck kommt sie etwa in der so genannten ‚Ostalgie‘, die sich auf die progressivsten Errungenschaften innerhalb der DDR kurz vor dem Ende ihrer staatlichen Existenz bezieht. Wird zum Beispiel ein Verlust an Solidarität und Kollektivität beklagt, so spiegelt sich hierin vor allem die wahrgenommene Zunahme sozialer Probleme (etwa Arbeitslosigkeit, Gewalt/Kriminalität, Sozialabbau; vgl. Stöss 2000: 66) wider, ohne dass mehrheitsfähige Vorstellungen zu deren Bewältigung entwickelt werden. Ihren Niederschlag fand die steigende Unzufriedenheit mit der sozioökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland in den Bundestagswahlen 1994 und 1998: Die konservativ-liberale Regierungs-Koalition wurde für die Missachtung der von der ostdeutschen Bevölkerung wahrgenommenen ‚Gerechtigkeitslücke‘ (Stöss 2000: 67) abgestraft: Zwischen 1990 und 1998 verloren CDU und F.D.P. zusammen 25% der Zweitstimmen, während SPD, PDS und rechtsextreme Parteien in diesem Zeitraum Stimmengewinne verzeichnen konnten. So erhielten DVU, NPD und REP 1998 insgesamt 5% der Zweitstimmen; in Westdeutschland waren es zum Vergleich 2,9%.

Stöss (2000: 68) unterstreicht jedoch, dass sich die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland nicht ausschließlich auf sozioökonomische Faktoren reduzieren lassen. Er fasst stattdessen „vier Komplexe“ zusammen:

- der erwünschte, in seinen konkreten Auswirkungen für das Individuum aber nicht abzusehende Systemwechsel vom Sozialismus zum Kapitalismus, vom Stalinismus zur Demokratie;
- die Entwicklung der inneren Einheit Deutschlands, die die Erwartungen enttäuschte und „daher in einen handfesten Ost-West-Gegensatz mündete“;
- sozialer Wandel, die technologische Modernisierung der Produktionsprozesse sowie die wirtschaftliche und politische Globalisierung, die mit der Einheit Deutschlands zur zusätzlichen Belastung für die neuen Bundesländer wurden;
- durch die deutsche Einheit verursachte Brüche in individuellen Biographien; konkreter sind dies „...Sozialisationsverläufe, Lebenserfahrungen, Lernprozesse, Wertorientierungen, politische Einstellungen und Verhaltensweisen (...), die mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht kompatibel sind und Abwehrreaktionen stimulieren“ (Stöss, ebd.).

Stöss (2000: 70) resümiert, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland sowohl als Folge der DDR-Gesellschaft als auch als Produkt des Systemswechsels betrachtet werden muss. Hinzu kommt, dass die in Westdeutschland seit 1983 reüssierenden rechtsextremen Parteien und Organisationen, wiewgleich sie zunächst durch die Ereignisse in der DDR 1989/1990 überrascht und gebremst wurden, bereits mit Öffnung der Mauer die Gunst der Stunde zu verstärkten Mobilisierungsversuchen in Ostdeutschland zu nutzen suchte. Unmittelbar nach der Maueröffnung verteilten Vertreter aller rechtsextremen Organisationen bei den ‚Montagsdemonstrationen‘ Flugblätter. Dabei waren die REP besonders aktiv. Generell versuchte die Partei offenbar, sich als erste gesamtdeutsche Partei zu etablieren und organisatorische Strukturen in der DDR aufzubauen. So ließ bereits im Sommer 1990 der stellvertretende Bundesvorsitzende, Gert Feldmayer, verlauten, es lägen bereits 3.000 bis 4.000 Mitgliedsanträge aus der DDR vor (Stöss 2000: 71). Die REP scheiterten allerdings mit dem Vorhaben, an der Volkskammerwahl im März 1990 teilzunehmen, da das Parlament im Februar ein Betätigungsverbot aussprach und dem damaligen Vorsitzenden Schönhuber mehrmals die Einreise verwehrte. Ab August 1990 konnte die politische Arbeit jedoch fortgesetzt werden; die REP

bereiteten sich auf die Wahlen für die fünf neuen Landtage in „Mitteldeutschland“ – so auch der Sprachgebrauch in mehreren der vorliegenden Interviews – vor.

Frühzeitige Versuche der NPD, mit der ‚National-Demokratischen Partei Deutschlands‘ (NDPD) in der DDR zu kooperieren, schlugen fehl. Daraufhin gründete man zunächst am 18. Januar 1990 (119. Jahrestag der Bismarckschen Reichsgründung) die ‚Mitteldeutschen Nationaldemokraten‘ (MND), die sich im August in NPD umbenannten und auf dem Parteitag am 07. Oktober 1990 in Erfurt mit der West-NPD fusionierten (Stöss 2000: 72).

Im Gegensatz hierzu gründete die DVU ihren ersten Landesverband in Ostdeutschland erst 1991 in Berlin-Brandenburg und nahm erstmalig 1998 an Wahlen in den neuen Bundesländern teil.

Sowohl bei den Landtagswahlen 1990 als auch bei der Bundestagswahl im Dezember des selben Jahres konnten NPD und REP jedoch keine Erfolge verbuchen. Sie schnitten in Ostdeutschland sogar schlechter ab als in Westdeutschland. Überhaupt schätzten DVU, NPD und REP die Stimmungslage in Ostdeutschland nach der ‚Wiedervereinigung‘ völlig falsch ein, indem sie ihre Taktik weiterhin auf die aus ihrer Warte nach wie vor offene ‚nationale Frage‘ ausrichteten. So fanden ihre nationalistischen, revisionistischen und fremdenfeindlichen Parolen nicht die von ihnen erhoffte Resonanz. Entsprechend resümiert Stöss (2000: 74): „Die völkerrechtliche Anerkennung der deutschen Ostgrenzen wurde als Preis der deutschen Einheit akzeptiert“.

Auch in Westdeutschland konnten die rechtsextremen Parteien nicht an ihre Erfolge der späten 80er-Jahre anknüpfen. In allen drei Parteien gewannen daher die Stimmen für eine ‚vereinigte Rechte‘ an Gewicht. Ein Versuch des REP-Funktionärs Harald Neubauer (Landesvorsitzender in Bayern, Bundespressesprecher, Abgeordneter des Europaparlaments; vormals war der ehemalige Frey-Mitarbeiter bereits in der NPD und der DVU aktiv), eine Zusammenarbeit mit DVU und NPD zu initiieren, wurde von Schönhuber auf dem Parteitag von Ruhstorf bei Passau (Juli 1990) durch einen ‚Unvereinbarkeitsbeschluss‘ abgeblockt, Mitstreiter von Neubauer aus der Partei gedrängt.

Letztgenannte gründeten daraufhin gemeinsam mit führenden NPD-Funktionären, unter anderem mit deren damaligem Vorsitzenden Mußgnug, am 18. Januar 1991 (120. Jahrestag der Reichsgründung) die ‚Deutsche Allianz – Vereinigte Rechte‘, die als Basis für eine Sammlungspartei gedacht war. Aufgrund der Klage eines großen deutschen Versicherungskonzerns erfolgte deren Umbenennung in ‚Deutsche Liga für Volk und Heimat‘ (DLVH), die sich im Oktober 1991 als Partei konstituierte. Aber auch beim Großteil der NPD-Mitglieder stießen

die Kooperationsbestrebungen Mußnugs auf heftigen Widerstand, eine Zusammenarbeit mit den „systemtreuen“ REP und dem „Geschäftemacher“ Frey (Stöss 2000: 77) erschien unakzeptabel. Infolgedessen trat Mußnug bereits im Dezember 1990 als Parteivorsitzender zurück.

Obwohl die DLVH durch Übertritte von Mandatsträgern aus DVU und REP zeitweise in den Landesparlamenten von Bremen (1991-1993) und Schleswig Holstein (1993-1996) sowie im Kölner Stadtrat (1991-1993) vertreten war, scheiterte die DLVH in ihren Sammlungsbestrebungen. Infolgedessen beschloss der Bundesvorstand im April 1996, die DLVH als Verein fortzuführen.

Auf dem NPD-Bundesparteitag im Juni 1991 kam es dann wiederum zu heftigen Konflikten zwischen beiden Lagern innerhalb der NPD. Aus diesen Auseinandersetzungen ging schließlich Günter Deckert, ehemals Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) und nationalrevolutionär ausgerichteter Initiator der NPD-Überfremdungskampagne Ende der 70er-Jahre, als neuer Parteivorsitzender hervor. Deckert versuchte fortan, Wähler und Mitglieder mit zwei Themenschwerpunkten zu mobilisieren: Ausländer/Asyl und Geschichtsrevisionismus. Zum Einen war ihm damit kein Erfolg beschieden, zum Anderen führte seine Revisionismuskampagne zu seiner Verurteilung wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) und Aufstachelung zum Rassenhass (§ 131 StGB) zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung.

Solche von Minderheiten vorangetriebene Versuche, Konkurrenz und Zwist im rechtsextremen Parteienspektrum zu überbrücken und das Potential zu bündeln, wiederholten sich. Aber sowohl die Absprachen von Frey und Schönhuber 1994 als auch die Kooperationsversuche zwischen NPD und DVU, die 1991 in der Gründung der DLVH gipfelten, scheiterten schließlich am jeweiligen parteiinternen, von der Mehrheit getragenen Widerstand. Im September 1994 machte der NPD-Vorsitzende Deckert der DVU und den REP ein Bündnisangebot, im November des selben Jahres empfahl der Bundesvorstand der DLVH, „Runde Tische der deutschen Rechten“ einzurichten (Stöss 2000: 107). Bereits Mitte 1994 war die Initiative der Leipziger NPD, gemeinsame Gespräche mit Vertretern von DVU, REP, DLVH, FAP und der Wiking-Jugend²⁴ zu organisieren vor allem beim REP-Vorsitzenden Schlierer auf Ablehnung gestoßen. Dennoch war dessen Festhalten an der Abgrenzung von anderen rechtsextremen Parteien entsprechend des Unvereinbarkeitsbeschlusses von Ruhstorf gerade in Ostdeutschland nicht unumstritten, der Rückhalt für die Position Schönhubers nach wie vor groß. So versammelten sich am 01.06.1995 auf Einladung des Vorsitzenden der REP-Thüringen, Wolfgang Kleindienst, Vertreter von NPD, DVU und DLVH am „1. Runden Tisch“ in Eise-

²⁴ Die Wiking-Jugend, die an die sich bündische Strömungen einverleibende Traditionen der NSDAP bzw. der Hitler-Jugend anknüpfte, bestand seit 1952 und wurde 1994 verboten.

nach, was zur Formulierung einer gemeinsamen Erklärung, dem „Eisenacher Signal“ (Stöss, ebd.), führte. Am 18.06.1995 reagierte der REP-Bundesvorstand, indem er sich von „Runden Tischen“ allgemein und speziell vom „Eisenacher Signal“ distanzierte und Abweichlern disziplinarische Maßnahmen androhte. Im November verließ Kleindienst die Partei im Streit. Dennoch setzten sich die parteiinternen Querelen fort und schwächten die REP erheblich. Es kam zu Aus- und Übertritten. 1997 schloss sich etwa der gesamte Kreisverband Wartburgkreis der NPD an. In Sachsen-Anhalt ernannte man 1997 Schönhuber zum Ehrenmitglied auf Lebenszeit. Die DVU hielt sich eher abseits solcher Entwicklungen, da man die Abgrenzungstendenz der REP kannte und der Vorbehalte gegenüber Frey innerhalb der NPD gewahr war.

Es lässt sich also feststellen, dass die Zerstrittenheit der „Wahlparteien des Alten Nationalismus“ (Stöss 2000: 70f.) in Ost- und Westdeutschland *eine* Ursache ihres ausbleibenden Erfolgs ist. Darüber hinaus wurde allerdings die bundesweite Konjunktur mobilisierungswirksamer Themen weitgehend von den etablierten Parteien und insbesondere von der Bundesregierung bestimmt. Zunehmenden Zuspruch erfuhren rechtsextreme Parteien beispielsweise im Verlauf der ‚Asyl-Debatte‘, welche die Wahlkampftauglichkeit des Themas ‚Ausländer/Asyl‘ förderte. Diese Debatte fand im Sommer 1993 mit dem vom Bundestag verabschiedeten – und durchaus umstrittenen – Asylkompromiss ihr Ende. In darauffolgenden Umfragen ist eine deutliche Abnahme des Zuspruchs rechtsextremer Parteien zu verzeichnen, das Thema ‚Arbeitslosigkeit‘ rückte wieder in den Mittelpunkt des Interesses.

Zu beachten ist in diesem Kontext auch die Verlaufskurve zu- und abnehmenden Zuspruchs rechtsextremer Parteien im Ost-West-Vergleich (Stöss 2000: 81f.): Von Frühjahr 1992 bis Herbst 1994 ist anfangs festzustellen, dass die rechtsextremen Parteien in Westdeutschland mehr Zustimmung erfuhren als in Ostdeutschland. Diese Ost-West-Differenz wird bis 1994 – bei generell abnehmendem Zuspruch – geringer, um bis 1998 in eine Umkehr der Kräfteverhältnisse in West- und Ostdeutschland zu münden.

Ferner ist festzuhalten, dass zum Einen sich der Erfolg der drei Wahlparteien nach der ‚Wiedervereinigung‘ in der gesamten Bundesrepublik in Grenzen hielt, zum Anderen ihr Erfolg und Misserfolg in Ostdeutschland im starken Maße mit ihrer jeweiligen Verfassung im Westen zusammenhängen. Bei der Bundestagswahl 1990 erzielten rechtsextreme Parteien zusammen (‚Die Deutschen Demokraten‘/DDD, NPD, REP) bundesweit 2,4%, bei der Europawahl 1994 (NPD und REP) 4,1%, bei der Bundestagswahl im selben Jahr (REP) 1,9%, 1998 (DVU,

NPD, REP) 3,3% – in Ostdeutschland allerdings 5% – und in der Europawahl 1999 bundesweit insgesamt 2,1% (Stöss 2000: 75). Ihr bestes Wahlergebnis überhaupt in Ostdeutschland erreichten die REP bei den Europawahlen 1994 mit 3,5% in Sachsen. Was die Organisationsstärke betrifft, so sanken die Mitgliederzahlen der Republikaner in den neuen Bundesländern von angeblich 3.000 im Jahr 1992 bis 1999 auf 900 Mitglieder. Alleine die DVU konnte bei Landtagswahlen 1998 in Sachsen-Anhalt mit 16 Abgeordneten (12,9%) und 1999 in Brandenburg mit fünf Abgeordneten (5,3%) in Parlamente der neuen Bundesländer einziehen. Von 1992 bis 1997 waren auch hier die Mitgliederzahlen von angeblich 3.000 auf 480 geschrumpft, stiegen nach dem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt allerdings bis 1999 wieder auf 2.000 (Stöss 2000: 105f.). Bezüglich der Mitgliederstärke dominierte die NPD 1999 in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen, die DVU in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, während Mitte der 90er-Jahre die REP noch in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Oberhand hatten.

Im Unterschied zu DVU und REP weisen die Restrukturierungs- und Sammlungsversuche der NPD im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 bemerkenswerte Besonderheiten auf. Während der Inhaftierung Deckerts (1995) hatte sich Udo Voigt bereits an die Spitze der Partei gearbeitet und wurde im März 1996 von einer knappen Mehrheit zum Bundesvorsitzenden gewählt. Voigt verabschiedete sich von der Revisionismus-Kampagne und machte die soziale Frage in ethnisierte Form zum zentralen Thema: ‚Arbeit zuerst für Deutsche‘ (Pfeiffer 2000: 111). Im Selbstverständnis eines Vorreiters des heterogenen ‚Nationalen Widerstands‘ setzte Voigt die Bemühungen fort, das ‚Nationale Lager‘ zu einen und setzte außerdem in verstärktem Maße auf die JN, um über diese, autonome neonazistische Gruppen – so genannte ‚Freie Kameradschaften‘ – und Teile der rechtsextremen Skinhead-Subkultur zu integrieren. Diese Bemühungen trugen vor allem in Ostdeutschland Früchte. So befindet sich zum Beispiel der mitgliederschwächste Landesverband der NPD in Sachsen.

Als Reaktion auf die zahlreichen staatlichen Verbote²⁵ neonazistischer Organisationen, hatten sich rechtsautonome Kameradschaften als informell organisierte Gruppen dem staatlichen Eingriff zu entziehen gesucht. Besonders in Ostdeutschland entstanden Kameradschaften

²⁵ Stöss (2000: 96f.) verweist auf folgende Verbote rechtsextremer Organisationen: Nationalistische Front (27.11.1992, Bund), Deutsche Alternative (10.12.1992, Bund), Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven (21.12.1992, Niedersachsen), Nationale Offensive (22.12.1992, Bund), Nationaler Block (11.6.1993, Bayern), Heimattreue Vereinigung Deutschlands (14.7.1993, Baden-Württemberg), Freundeskreis Freiheit für Deutschland (2.9.1993, Nordrhein-Westfalen), Wiking-Jugend (11.10.1994, Bund), Nationale Liste (24.2.1995, Hamburg), Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (24.2.1995, Bund), Direkte Aktion/Mitteldeutschland (5.5.1995, Brandenburg), Heide-Heim e.V./Hamburg (11.2.1998, Niedersachsen), Heideheim e.V./Buchholz (11.2.1998, Niedersachsen), Hamburger Sturm (11.8.2000, Hamburg) und Blood & Honour, Division Deutschland einschließlich deren Jugendorganisation White Youth (14.9.2000, Bund).

(ausführlicher hierzu: vgl. Stöss 2000: 94ff.), wenngleich ihre Mitgliederzahlen im Vergleich zu den ‚Wahlparteien des Alten Nationalismus‘ bedeutungslos blieben. Die Attraktivität der Kameradschaften führt Stöss (2000: 95) zum Einen auf ihre „weithin am linken, ‚proletarischen‘ Flügel der NSDAP“ orientierten Programmatik zurück, die „soziale mit rassistischen Forderungen verknüpfte“. Zum Anderen entsprach ihre bewegungsförmige Organisationsstruktur dem eher subkulturellen Charakter der rechtsextremen Jugendszene in Ostdeutschland. Die direkte Aktion (vor allem öffentlichkeitswirksamer Protest auf der Straße) und die Schaffung ‚(national) befreiter Zonen‘ stehen im Mittelpunkt ihrer Strategie.

Ein bewegungswissenschaftlicher Zugang zu solchen Entwicklungen ist nicht unumstritten und wird kontrovers diskutiert (vgl. Jaschke 1992, Forschungsjournal NSB 1994, Koopmans/Rucht 1996). Allerdings zeigt Thomas Pfeiffer (2000) am Beispiel der Mobilisierung der NPD zur Maikundgebung 1998 am Leipziger Völkerschlachtdenkmal auf, wie sich die NPD als „Bewegungspartei“ und „tragende Kraft des deutschen Rechtsextremismus zurückmeldet“ (ebd.: 111). Dabei zielen die Mobilisierungsversuche, bei denen die aktionistisch ausgerichtete JN eine tragende Rolle spielt, auf die 1998 etwa 6.000 Mitglieder der NPD, die rechtsautonomen Kameradschaften (als Bewegungsunternehmer, Basisaktivisten und Unterstützer) sowie auf die Öffentlichkeit am Rande und außerhalb der Bewegung (Pfeiffer 2000: 116). Zum Einsatz kommen hierbei nahezu alle zur Verfügung stehenden Medientypen, neben Flugblättern vor allem auch Informationstechnologien wie das ‚Nationale Info-Telefon‘, über das aktuelle Informationen zu Veranstaltungen und beispielsweise deren kurzfristige Verlegung abgefragt werden können, sowie das Internet.²⁶

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die Entwicklungsverläufe des Rechtsextremismus in West- und Ostdeutschland in verschiedener Hinsicht voneinander unterscheiden: Die Versuche der Wahlparteien, sich nach dem Fall der Mauer in Ostdeutschland zu etablieren, waren anfangs nur partiell erfolgreich. Entsprechende Institutionalisierungsprozesse sind jedoch noch nicht abgeschlossen, die Parteien gewinnen seit Ende der 90er-Jahre an Gewicht. Dennoch ist der ostdeutsche Rechtsextremismus vor allem im jugend- und subkulturellen Milieu verwurzelt und verdankt seine Erfolge nicht zuletzt dem duldsameren, wenn nicht toleranteren oder gar sympathisierenden Umfeld, sowie seiner dezentralen, bewegungsähnlichen Organisationsstruktur. So witterte die Neonazi-Szene aus Westdeutschland ebenfalls mit der deutschen Einheit Morgenluft und verlegte den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in den Osten der Republik (so zum Beispiel in Westdeutschland einschlägig bekannte Aktivisten wie

²⁶ Laut NRW-Innenministerium (taz, 5.4.2002: 2) hat sich die Zahl rechtsextremer Internetseiten mit 1.300 gegenüber 1999 vervierfacht.

Michael Kühnen, der im April 1991 an den Folgen der Immunschwäche AIDS starb, Christian Worch, der als Kühnens Nachfolger gilt, Thomas Wulff, Steffen Hupka). Auch die Bundesgeschäftsstelle der – für Mobilisierungsversuche und Integrationsbestrebungen die in diesem Bereich immer bedeutsamere – JN unter dem Bundesvorsitzenden Sascha Roßmüller zog von Köln nach Riesa (Sachsen) um. Roßmüllers Kontakte zur Neonaziszene sind ebenfalls aktenkundig (vgl. Verfassungsschutzbericht 2000).

Während in Westdeutschland die gesellschaftliche Ächtung größer ist, sind Gegenmobilisierungen, wie etwa ‚Bündnisse gegen Rechts‘²⁷ und die militantere ‚autonome Antifa‘, in Ostdeutschland entscheidend rudimentärer ausgeprägt. Gerade die ‚autonome Antifa‘, selbst Objekt von Beobachtungen durch den Verfassungsschutz, erhöht das Risiko des individuellen Engagements in einer rechtsextremen Organisation beträchtlich. Die ‚autonome Antifa‘ führt beispielsweise Listen rechtsextremer Aktivisten und ist über deren Aktivitäten und ihre Vernetzung untereinander bestens informiert. Auch von den Interviewpartnern in dieser Studie wird oftmals von Antifa-Aktionen berichtet (s. Kap. 5.3.1).

Diese Unterschiede in West- und Ostdeutschland haben zu der Entscheidung beigetragen, sich mit vorliegender Studie auf Interviewpartner in Westdeutschland zu beschränken, um ein Mindestmaß an Vergleichbarkeit und Homogenität innerhalb der Stichprobe zu gewährleisten. Vor allem um nicht möglicherweise als Mitwisser in illegale Aktivitäten verstrickt zu werden und somit in ein Dilemma zwischen Kriminalität und der selbstaufgelegten wissenschaftlichen Verschwiegenheit zu geraten (s. 4.2), wurden ebenso aktive Neonazis aus der Akquisition ausgeschlossen. Letztlich kapriziert sich diese Studie also auf westdeutsche Partei-Aktivisten – im Gegensatz zu ungleich schwerer zu akquirierenden Wählern oder Sympathisanten – der REP und Redakteure der JF. Es wird aufzuzeigen sein, dass Mitglieder dieser beiden Organisationen nicht nur in ihrer Entwicklungsgeschichte personelle und ideologische Berührungspunkte aufweisen, sondern zum großen Teil (zumindest zum Zeitpunkt der Untersuchung) die Nähe zum nationalkonservativen, bürgerlichen Spektrum teilen. Wie schließlich auszuführen sein wird, wird hierin eine Gefahr des Rechtsextremismus gesehen, nämlich seine aus sozialpsychologischer Warte bedeutsamen Wurzeln in der ‚Mitte der Gesellschaft‘.

Es folgen abschließend aktualisierende und ergänzende Informationen zu REP und JF.

²⁷ An gewaltfreien Kampagnen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – oftmals auch unter der Bezeichnung ‚Antifa‘ organisiert - in Westdeutschland sind oftmals Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, studentische Hochschulvertretungen sowie andere Organisationen und Verbände beteiligt.

3.1.4 Republikaner und Junge Freiheit

Abgesehen von den Wahlerfolgen der REP – besonders 1989 – konnten sie in direkter Konkurrenz zur DVU keine größere Zustimmung erlangen. Und hinsichtlich der Mitgliederzahlen gerieten die REP im Vergleich zur DVU auch bundesweit ins Hintertreffen: Hatten die REP 1990 noch 23.000 Mitglieder, so sank diese Zahl nach eigenen Angaben bis 1999 auf 16.000 (bzw. 14.000 laut Verfassungsschutzbericht 1999), bis 2000 auf 15.000 (bzw. 13.000 laut Verfassungsschutzbericht 2000) und bis 2001 auf etwa 11.500 Mitglieder²⁸. Die Mitgliederzahl der DVU belief sich demgegenüber 1999 und 2000 konstant auf geschätzte 17.000 Mitglieder (Verfassungsschutzbericht 2000). Anzumerken ist hier allerdings auch, dass es sich bei DVU-Mitgliedern im Gegensatz zu REP-Mitgliedern in der Regel um weniger engagierte Parteigänger handelt, deren Aktivitäten sich weitgehend auf die Lektüre der von Gerhard Frey publizierten Produkte beschränkt, und die Partei vorrangig dessen Geschäftsinteressen zu dienen scheint (vgl. Pfahl-Traughber 2000: 86; Stöss 2000: 85f.). Auch Struktur und Organisation der DVU sind im Vergleich zu den REP rudimentärer ausgebildet. Als beispielsweise 1987 aus dem Verein DVU die Partei DVU wurde, übernahm die Partei sämtliche Vereinsmitglieder, sofern diese sich nicht dagegen verwehrten. 1987 entstand immerhin *vor* der Kandidatur zur Bremer Bürgerschaft ein Landesverband der DVU, weitere Landesverbände wurden erst nach entsprechenden Wahlerfolgen gegründet. DVU-Kandidaten werden außerdem in der Regel nicht durch Parteigremien nominiert, sondern von der Münchener Zentrale eingesetzt. Von hier aus wird die jeweilige Landespolitik „finanziert, gelenkt und konzipiert“ (Pfahl-Taughber 2000: 86).

Im Gegensatz hierzu erscheinen REP-Mitglieder engagierter. Die Partei verfügt über differenziertere, regional unterschiedlich stark ausgeprägte Parteistrukturen, etwa in Baden-Württemberg, Bayern oder in Berlin, dem Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Partei.

Den bisherigen Tiefpunkt ihrer Karriere mussten die REP bei der Landtagswahl im März 2001 in Baden-Württemberg hinnehmen: Stellten sie hier seit 1992 15 (bzw. seit 1996 14) Landtagsabgeordnete, so scheiterten sie in dieser ‚Hochburg‘ nunmehr mit 4,4% (198.534 Stimmen)²⁹. Überdies scheint sich die Partei wieder einmal mit inneren Querelen das Wasser selbst abzugraben. Als „politische Selbstentlebung auf Rechtsaußen“ betitelt der General-

²⁸ Quelle: Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt gem. Ziff. 21 des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 30. März 2001 (Drs. 14/5456): 6.

²⁹ Quelle: www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Landesdaten/LtW_land2001.asp

Anzeiger (19.02.2002: 3) den Konflikt zwischen dem Bundesvorsitzenden Schlierer und dem Baden-Württemberger Landesvorsitzenden Christian Käs. Während Schlierer eher für den moderaten Kurs in der Außendarstellung der Partei steht, hat Käs den Ruf eines ‚Hardliners‘. Aufgrund einer Finanzaffäre (für 70.000 € fehlen Belege), für die Käs verantwortlich gemacht wurde, hat der Bundesvorstand den Landesvorsitzenden abgesetzt. Käs kontert seine angeblich mit Lügen (zum Beispiel in der Partei kursierende Gerüchte über seine V-Mann-Tätigkeit) und kriminellen Mitteln betriebene Demontage damit, dass Schlierer – ebenfalls Baden-Württemberger – die Zerschlagung der Partei in Kauf nehme. Da Baden-Württemberg als stärkster Landesverband von grundlegender Bedeutung für die Bundespartei ist, Schlierer und Käs bislang als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2002 galten, scheint die Talsohle also noch nicht erreicht. Zudem ließ der Bundeskoordinator der 2001 vom Hamburger Innen senator Ronald Schill gegründeten ‚Schill-Partei‘, Peter Paul Müller, verlauten, dass diese den Aufbau „eigener Strukturen“ (General-Anzeiger; ebd.) in Baden-Württemberg plant. Hieraus kann den REP bereits für die Bundestagswahl 2002 Konkurrenz erwachsen.

Zur ‚Jungen Freiheit‘ sind folgende Informationen zu ergänzen: Das aus einer Schülerzeitung erwachsene Zeitungs-Projekt sollte ursprünglich (ab 1986) Publikationsorgan einer Jugendorganisation der ‚Freiheitlichen Volkspartei‘ werden. Diese wurde 1985 von Franz Handlos gegründet, nachdem er im Streit mit Schönhuber die REP verlassen hatte. Die Partei blieb jedoch erfolglos, so dass der Chefredakteur Dieter Stein und seine damaligen Mitstreiter 1987 wieder austraten. Die damals noch zweimonatlich erscheinende JF wurde infolgedessen offiziell parteiunabhängig. 1990 gründeten dann zehn Redakteure in Freiburg eine GmbH, der Chefredakteur wurde nun auch zum Geschäftsführer. Inzwischen hat die JF ihren Sitz in Berlin und erscheint wöchentlich. Nach eigenen Angaben³⁰ hat die JF eine Druckauflage von 35.000, eine verkaufte Auflage von 21.000 Exemplaren und „weltweit“ 11.000 Abonnenten. Als Autoren und Interviewpartner versammelt sie sowohl konservative Demokraten als auch Rechtsextremisten, wenngleich sich nur eine geringe Anzahl der Erstgenannten hierfür zur Verfügung stellt (vgl. Verfassungsschutzbericht 2000: 101f). Im publizistischen Bereich versucht die JF jedenfalls in Deutschland, eine ideologisch-integrative Schlüsselposition innerhalb der ‚Neuen Rechten‘ und den so genannten rechtspopulistischen Strömungen in Europa einzunehmen. So betitelt etwa Carl Gustaf Ströhm den Aufmacher der JF vom 24.05.2002 (Nr.22/02: 1) mit „Die Wende in Europa“ und feiert unter anderem die in den zurückliegenden Wahlen erfolgreichen Le Pen, Fortuyn, Berlusconi und Haider als „Vor-Reformatoren“

³⁰ Quelle: www.jungefreiheit.de

und Wegbereiter der „geistig-moralische[n] Wende“, auf die seit Helmut Kohls Tagen Konservative vergeblich hoffen.“ Weder bei den Wählern Jean Marie Le Pens noch bei denen Pim Fortuyns handele es sich um Extremisten, sondern um Durchschnittsbürger, die „mit Entsetzen [sehen], dass die überbordende Zuwanderung von zum Teil schwer integrierbaren (und oft nicht integrationswilligen) Ausländern das soziale Gleichgewicht, die innere Sicherheit und das eigene nationale ‚Identitätsgefühl‘ zu kippen droht.“ Die JF kann hinsichtlich solcher Positionen und dem ihr zur Verfügung stehenden Stab europäischer Autoren (zum Beispiel Alain de Benoist) als Meinungsbilder und Lieferant ideologischer Ressourcen der europäischen Rechten gesehen werden.

Vorweggenommen sei, dass sich aus den Interviews mit JF-Redakteuren recht heterogene politische Positionen erschließen lassen, die verschiedene Facetten innerhalb des rechts-intellektuellen Spektrums widerspiegeln. Als ‚gemeinsamer Nenner‘ kann das geteilte Interesse an der ‚nationalen Frage‘ angesehen werden. In ihren lebensgeschichtlichen Darlegungen gibt es jedoch vielfältige Ursprünge des jeweiligen individuellen Engagements, etwa eine Sozialisation im Sinne ‚preußischer Tugenden‘ und im Rahmen kirchlicher (evangelischer) Jugendarbeit, eine Karriere in verschiedenen Parteien (u.a. bei den REP und zwischenzeitlich bei der DLVH), die schließlich in eine Prioritätenverschiebung von parteipolitischem zu publizistischen Aktivitäten mündet, oder beispielsweise auch eine ‚nationalrevolutionäre‘, u.a. durch ‚Neue Rechte‘ und ‚Solidaristen‘ geprägte Vorgeschichte, die zu einer Selbstverortung im eher linken politischen Spektrum führt.

Schließlich ist zu konstatieren, dass – mit Blick sowohl auf die jeweilige politische Sozialisation und Herkunft mehrerer Befragter als auch auf die Entstehungsgeschichte und den Ursprung der Partei – inhaltliche Berührungspunkte der REP zu den etablierten Parteien (insbesondere zu konservativ-bürgerlichen Positionen) auffällig sind, wenngleich die eigenen Positionen vor allem in Abgrenzung zu den Versäumnissen der 16jährigen liberal-konservativen Regierungspolitik hinsichtlich der ‚deutschen Frage‘ definiert wird. Ähnlich kann die „Brückenfunktion“ der JF zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus eingeordnet werden. Diesbezüglich unterscheiden sich REP und JF von vielen anderen Parteien und Organisationen im amorphen Feld des deutschen Rechtsextremismus.

Eine exaktere Einordnung der Untersuchungsgruppen im ‚rechtsextremen Spektrum‘ ist auch das Ziel des folgenden Kapitels. Hierbei werden vor allem die Interviewpartner selbst zu Rate gezogen.

3.2 Selbstverortung im politischen Spektrum

Um zu klären, ob es sich bei den Befragten um ‚rechtsextreme Akteure‘ handelt, beziehungsweise wo die Untersuchungsgruppe politisch zu verorten ist, sollen abschließend die Befragten selbst zu Wort kommen. Immerhin stellt auch der Verfassungsschutz (2000: 28) fest, dass man von rechtsextremen Zielen und Aktivitäten nicht bei allen Mitgliedern der REP ausgehen kann. Auch auf unterschiedliche ideologische Facetten im Kreise der befragten JF-Redakteure wurde bereits hingewiesen. Ferner wundert es nicht, wenn sich kein Interviewpartner selbst mit dieser ausgesprochen normativ aufgeladenen und negativ besetzten Bezeichnung benennen würde. So sagt etwa Klaus (REP, 48):

„In den Medien wird ja auch immer durcheinandergeschmissen. ‚Radikal‘, das ist ja nichts Falsches. Ich bin mal früher linksradikal gewesen, heute bin ich nach deren Definition rechtsradikal, obwohl ich mich anders verstehe. (...) Aber die werfen ja ‚radikal‘ und ‚extremistisch‘ durcheinander. ‚Radikal‘ ist eine Art und Weise, etwas zu sehen und darzustellen, und zwar von der Wurzel her eben irgendwie immer etwas zu erneuern oder eben anders zu sehen als der Mainstream. ‚Extremistisch‘ ist die Methode, es zu verwirklichen.(...) Man kann ja durchaus radikal und gleichzeitig beispielsweise Demokrat sein. Und in einer Demokratie ist es sogar wichtig, dass radikale Kräfte mal die verkrusteten Strukturen ein bisschen aufrütteln.“

Generell scheint es aus der Warte der Befragten, die eigene Position aufzuwerten, wenn man unter Inkaufnahme aller Risiken, also der öffentlichen Meinung und der gesellschaftlichen Ächtung zum Trotz, für die eigenen patriotischen und nationalen Ideale einsteht. Dass dies nicht immer mit einem gängigen Links-Rechts-Schema in Einklang zu bringen ist, kommt auch in folgender Aussage Jakobs (REP, 63) zum Ausdruck:

„Wenn man soziale Patrioten sagt, dann ist man ein linker Patriot. Und wenn man ein nationaler [Patriot ist], dann ist man ein Rechter, also ist man links und rechts. Was ich vielleicht nicht so mag, ist die Mitte (...) [D]as hängt auch mit dem Christlichen [zusammen]: ‚Nicht heiß, nicht kalt, (...) dann spei‘ ich sie aus.‘“

Auch hier wird deutlich, dass besonders Wert darauf gelegt wird, überhaupt eine Meinung zu vertreten, wobei mit der ‚Mitte‘ eher politische Gleichgültigkeit und Konturlosigkeit in negativ bewertender Weise gleichgesetzt wird. Ferner wird hier deutlich, dass sich viele der

Befragten gegen eine Einordnung ihrer Person in Begriffen von ‚links‘ und ‚rechts‘ sträuben, oder wie Horst (JF, 34) im Zusammenhang mit der Einschätzung der politischen Positionierung einiger Freunde jenseits des von ihm vertretenen Standpunkts ausführt:

„Auch davon gibt es allerdings zumindest ein, zwei Ausnahmen, die allerdings so sein müssen und die ich sehr zu schätzen weiß und wo ich sehr betrübt wäre, wenn die mal nicht mehr wären. (...) Also sicherlich keine sozusagen strammen Linken, wenn man das mit diesen gesäßgeographischen Begriffen belegen will, aber zumindest Leute, die sich nicht als rechts, möglicherweise nicht mal als konservativ definieren würden, sondern die selbst sich in so ‚ner diffusen politischen Mitte einordnen würden.“

Um zu skizzieren, wie die Befragten als Vertreter ihrer Organisation deren jeweilige politische Position im politischen Spektrum einschätzen, sei hier auf zwei weitere Zitate verwiesen. Als Armin (REP, 32) das von den Republikanern repräsentierte politische Spektrum beschreibt, führt er auf folgende Nachfrage aus:

Interviewer: *„Noch eine Nachfrage: Sie hatten gerade gesagt, es gäbe innerhalb der Partei einen liberalen Flügel, einen rechten Flügel und sogar einen kleineren linken. Sie würden sich eher dem rechten zuordnen?“*

Armin: *„Ja. Ja. Ich habe etwas gegen das Wort ‚rechts‘. Wir sind national-konservativ. Das – denke ich mal – entspricht unserer Einstellung besser. Der rechte Flügel an sich ist sich trotz alledem einig in der Ablehnung von Terrorismus, von Gewalt, von diesen Brandgeschichten in Solingen und all diesen Sachen. Diese Ablehnung, da sind wir uns alle einig. Sind uns aber trotzdem so klar in der Formulierung, dass wir sagen, dass ich es dem deutschen Steuerzahler nicht zumuten kann, einen arbeitslosen Ausländer unbeschränkt in Deutschland weiter durchzufüttern. Oder ‚arbeitslosen‘ ist falsch, weil er hat ja immerhin in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt, sondern einen Sozialhilfeempfänger. Einen Sozialhilfeempfänger in Deutschland bis in alle Ewigkeit durchzufüttern. Das – denke ich mal – das ist so das äußerst Rechte, das sich so bei uns formuliert, wenn wir denn das Wort ‚rechts‘ verwenden: national-konservativ, dass wir im Großen und Ganzen an traditionelle Werte glauben: Ordnung, Pünktlichkeit, Fleiß, Disziplin.“*

Und zur JF sagt Gero (JF, 29): *„Die JF hat sich nie so ausdrücklich (...) mit dem Begriff ‚rechte Zeitschrift‘ oder Zeitung titulierte, sondern was wir eher versucht haben, eher auch so wieder zu beleben oder den Begriff zu besetzen ist ‚konservativ‘. (...) Obwohl, wenn eben mit*

den Begriffen ‚links‘ und ‚rechts‘ operiert wird, hab‘ ich nichts dagegen, dass man sagt: Okay, die JF ist ‚ne rechte Zeitung oder so.‘“

Bestandteil des Interviews war außerdem die Selbstverortung im politischen Spektrum auf einer 7-stufigen Links-Rechts-Skala. Dazu wurde den Befragten etwa im letzten Drittel des Interviews ein Stift und eine einfache Skala vorgelegt, ohne sie durch zusätzliche Instruktionen einzuengen. Das heißt, auch Mehrfachmarkierungen sowie solche außerhalb der vorgegebenen Kästchen waren möglich. Entgegen der weitverbreiteten Skepsis gegenüber derart „ge-säßgeographischen“ (Horst, JF, 34; s.o.) Kategorien verweigerte sich kein Interviewpartner dieser Aufgabe. Die Ergebnisse werden in folgendem Schaubild zusammengefasst. Dabei sind die von den Befragten gemachten Kreuze möglichst exakt übertragen und bedeutend erscheinende Kommentare in den Anmerkungen zur Abbildung vermerkt worden.

	Links			Rechts			
Hermann ¹⁾ (Ex-Neonazi)	0	0	0	0	0	0	0
Richard (REP)	0	0	0	0	0	X	0
August (REP)	0	0	0	0	0	X	0
Klaus (REP) ²⁾	0	0	0	0	X	X	0
Fritz (REP)	0	0	0	0	0	0	X
Michael (REP)	0	0	0	0	X	0	0
Angela (REP)	0	0	0	0	0	X	0
Armin (REP) ³⁾	0	0	0	0	0	X	0
Bernhard (REP)	0	0	0	0	X	0	0
Karl (REP)	0	0	0	0	0	X	0
Franz (REP) ⁴⁾	0	0	0	0	X	0	X
Beate (REP)	0	0	0	0	X	0	0
Jakob (REP) ⁵⁾	X	0	0	0	0	0	X
Britta (REP)	0	0	0	0	0	X	0
Claudia (REP)	0	0	0	0	X	0	0
Heinrich (REP)	0	0	0	0	0	X	0
Eduard (REP) ⁶⁾	0	0	X	0	0	0	X
Ute (REP)	0	0	0	0	0	X	0
Florian (REP)	0	0	0	0	0	0	X
Albert (REP) ⁷⁾	0	X	0	0	0	0	0
Silke (REP)	0	0	0	0	X	0	0
Josef (JF)	0	0	0	0	0	X	0
Horst (JF) ⁸⁾	0	0	0	0	0	X	0
Hans (JF) ⁹⁾	0	0	X	0	0	0	0
Gero (JF) ¹⁰⁾	0	X	0	0	0	0	X

Abb. 3.2: Links-Rechts-Skala: Selbstverortungen im politischen Spektrum

Anmerkungen: 1) Der ‚Aussteiger‘ Hermann positioniert sich ausdrücklich außerhalb gängiger Standards. 2) Zunächst machte Klaus sein Kreuz weiter rechts. Nach kurzem Nachdenken besann er sich jedoch und rückte näher zur Mitte, da seiner Auffassung nach die Positionen rechts der Konkurrenz von DVU und NPD vorbehalten sind. 3) Mit Blick auf ausschließlich seinen ‚nationalen‘ Standpunkt hätte Armin sein Kreuz rechts außen gemacht. 4) Franz unterscheidet mit den beiden Kreuzen einerseits (links) wie er sich selbst sieht, andererseits (rechts) die von Anderen gemutmaßte Einschätzung seiner Position. 5) Jakob erklärt das Kreuz links mit seiner christlich-sozialen Position. 6) Ähnlich

unterscheidet Eduard sein soziales Engagement (links) von seinem nationalen Standpunkt. 7) Albert orientiert sich in seiner Selbstverortung am ‚patriotischen Sozialdemokraten‘ Kurt Schumacher. 8) Horst bezeichnet sich als ‚rechtsnational‘. 9) Hans bezeichnet sich als ‚Linksnationalist‘ und ‚nationaler Anarchist‘. 10) Gero widmet sein kleineres Kreuz links Richard Scheringer, der sich in Festungshaft vom Nationalisten zum Kommunisten wandelte (vgl. Kap. 5.2.1 Politische Vorbilder).

Auch im Wissen um die gesellschaftliche Ächtung (die Unterscheidung zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung kommt zum Beispiel in der Antwort von Franz – REP, 41 – zum Ausdruck) und selbst, wenn man den Faktor ‚soziale Erwünschtheit‘ ihrer Reaktionen in Betracht zieht³¹, platzieren sich 19 von 25 Interviewpartnern uneingeschränkt rechts von der Mitte, neun Personen uneingeschränkt auf den beiden letzten Feldern im rechten Spektrum. Insgesamt 14 Personen machen dies mit relativierenden Zusatzmarkierungen. Was die Positionierung der ‚nationalen Frage‘ im politischen Spektrum betrifft, so herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass diese ebenso weit ‚rechts‘ zu verorten ist, wie die ‚soziale Frage‘ links zu finden ist. Auf die Risiken einer Ethnisierung der sozialen Frage wird im Verlauf dieser Studie noch näher eingegangen.

Aus dem ‚rechten Rahmen‘ scheinen Hans (JF, 36) und Albert (REP, 28) zu fallen. Im Fall von Hans erklärt sich diese Links-Positionierung mit denen in seiner Biographie auffälligen nationalrevolutionären und solidaristischen Wurzeln, die sich an Strategien der 68er-Revolution orientierten (vgl. Kap. 3.1.1: Phase 1966-1982). Nach dem Interview mit Albert stellte sich heraus, dass er Hans kennt und sich von dessen politischem Standpunkt durchaus beeindruckt zeigte. Diese beiden Beispiele verweisen zwar auf Unstimmigkeiten zwischen den Fremdverortungen durch die Wissenschaft und den Selbstverortungen der untersuchten Akteure. Nichtsdestoweniger stimmt die Hervorhebung der Bedeutung eines ‚nationalen‘ bzw. ‚patriotischen‘ Standpunkts beider Befragten mit der Arbeitshypothese vorliegender Studie überein, dass das nationale Moment eine konstitutive Rolle in Bezug auf eine rechtsextreme Identität spielt.

Auffällig sind auch Jakobs (REP, 63) extreme Positionierungen auf beiden Enden der Skala, die offensichtlich seinem Widerwillen gegen das politische Mittelmaß entspringen (s.o. Jakobs Zitat in diesem Unterkapitel).

Anzumerken ist ferner, dass in drei Interviews mit Republikanern bei dieser Aufgabe das Feld rechts außen der NPD und der DVU vorbehalten wurde, die Selbstverortung also auch in expliziter Abgrenzung von diesen Parteien erfolgte.

³¹ Im Falle von Gero (JF, 29) bspw. kann man demgegenüber allerdings auch die intendierte Provokation nicht ausschließen.

Hermann (Ex-FAP, 24), der Aussteiger aus der Neonazi-Szene, fungierte eher als Probegänger für die Untersuchung sowie als Informationsquelle zur Erschließung des Feldes. Er kann – geläutert und infolgedessen politikmüde, wie er sich darstellt – in diesem Kontext vernachlässigt werden.

Zusammenfassend ist also festzustellen, dass sich die Selbstverortungen der Interviewpartner zu einem großen Teil (16) – zumindest eingeschränkt – auf oder an (s. Richard, August und Britta) den beiden rechten Endpunkten der Skala versammeln. Aus dieser Perspektive erscheint demnach die Bezeichnung ‚rechtsextrem‘ zur Bezeichnung der politischen Positionen der Befragten angemessen.

Diese Einschätzung deckt sich hinsichtlich der REP auch mit empirischen Einstellungsuntersuchungen: So attestiert Oscar W. Gabriel (1996: 354f.) den REP-Wählern auf der Grundlage von Eurobarometer-Umfragen (1988-1992) „vorhandene antidemokratische Ordnungsvorstellungen“ (im Vergleich zu „stark“ oder „irrelevant“ ausgeprägten Einstellungen dieser Art) sowie „relevante Ausländerfeindlichkeit“ (im Vergleich zu „irrelevant“). Mit Blick auf andere rechtsextreme Parteien in Westeuropa „nehmen die Wähler des Vlaams Blok [Belgien]³², der Republikaner/NPD, des FN [Front National, Frankreich] und der Fortschrittspartei [Dänemark] auf der Ethnozentrismus-Achse erwartungsgemäß die Extremposition ein“ (Gabriel 1996: 355).

Ivaldis (2001) regressionsanalytische Studie, die auf dem Eurobarometer von 1997 fußt, kommt zu einem vergleichbaren Resultat: Ihm zufolge besteht das zentrale Motiv von REP-Wählern in einer Kombination aus Fremdenfeindlichkeit und Unzufriedenheit mit dem demokratischen System. Diese Befunde verdeutlichen, was den Unterschied zwischen ‚moderaten rechten Wählern‘ und den Wählern ‚rechtsextremer Parteien‘ ausmacht.

Das folgende Kapitel widmet sich der Methode dieser Studie. Dabei wird zunächst auf qualitative Interviews allgemein und dann auf die Entwicklung des hier zur Anwendung kommenden Leitfadens für die lebensgeschichtlich orientierten Interviews eingegangen.

³² Ergänzende, in [...] gesetzte Informationen von L.K.

4 Der methodische Zugang: Das Biographische Interview

Ein sozialpsychologischer Zugang zum Phänomen ‚Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit‘ unterscheidet sich wesentlich sowohl von soziologischen als auch von individualpsychologischen Ansätzen.

Während Soziologen vorrangig strukturelle Bedingungen fokussieren, die entsprechende Einstellungen und Verhaltensweisen in Teilen der Gesellschaft begünstigen und Möglichkeiten wie auch Grenzen der Mobilisierung bestimmen, ist aus sozialpsychologischer Perspektive vor allem die individuelle Wahrnehmung solcher Einflussgrößen, die darauf fußende soziale Konstruktion geteilter Überzeugungen sowie deren Umsetzung in soziales Handeln von Interesse. Liefert uns die Soziologie eher aus einer gesellschaftsstrukturellen Draufsicht (*Makro- und Meso-Ebene* der Analyse) einen Überblick über das Phänomen, seine strukturellen Verankerungen und Ursachen, ist aus psychologischer Perspektive das Individuum der Schlüssel zu Erkenntnissen darüber, warum Einzelne rechtsextreme Positionen einnehmen und sich – den gesellschaftlichen Kosten zum Trotz – in entsprechenden Gruppen engagieren. Der empirische Zugang zu den dieser Studie zugrundeliegenden Daten ist demnach das Individuum, liegt also auf der *Mikro-Ebene* der Analyse, das zu untersuchende Phänomen, die kollektive, von den Befragten geteilte Identität, auf der *Meso-Ebene*.

Demgegenüber vernachlässigen individualpsychologische Ansätze den Zusammenhang zwischen der Psychologie des Individuums und der subjektiven Wahrnehmung sozialstruktureller Faktoren (s. Kap. 2.1.1). In Abgrenzung hierzu steht nicht die Erfassung quasi-dispositionaler Komponenten im Mittelpunkt des Interesses, sondern die Schaffung von Zugängen zu Prozessen der Identitätsbildung in Abhängigkeit von Gruppenzugehörigkeiten, ihrem sozialen (und hier auch historischen und politischen) Kontext und zu den schließlich daraus resultierenden Besonderheiten einer ‚rechtsextremen Identität‘.

Der sozialpsychologische Ansatz ist also insofern ‚psychologisch‘, als dass er sich dem Individuum und seinen kognitiven Strukturierungsprozessen der sozialen Umwelt widmet (*Mikro-Ebene*). Er ist insofern ‚sozial‘, als dass diese Prozesse einerseits durch die Gruppenzugehörigkeit(en) der Einzelnen beeinflusst werden, andererseits innerhalb der Gruppe zu Ergebnissen (Produkten) führen, die von verschiedenen Individuen geteilt werden und somit zum Wesen und zum Fortbestand dieser Gruppe beitragen (*Meso-Ebene*), durch die unsere soziale Umwelt wiederum Struktur erlangt.

Zusammenfassend kann diese Studie demzufolge auch als Versuch verstanden werden, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Brückenschlag zwischen wissenschaftlichen

Disziplinen, vor allem zwischen Psychologie und Soziologie bzw. Politikwissenschaften zu begreifen. Denn Politik wird von Individuen gestaltet, die in Abhängigkeit ihrer Gruppenbezüge handeln. Besonders deutlich wird dies, sobald die Zusammenhänge zwischen rechtsextremer Ideologie und rechtsextremer Identität beleuchtet werden (s. Kap. 6): Soziologie und Politikwissenschaften fokussieren ideologische Aspekte, indem sie Programme, Manifeste, Flugblätter etc. oder zum Beispiel die veröffentlichten Stellungnahmen offizieller Repräsentanten rechtsextremer Organisationen untersuchen. Im Gegensatz zu solchen kulturellen Spuren politischer Akteure widmet sich dieser sozialpsychologische Ansatz ideologischen Aspekten als internalisierten Bausteinen einer kollektiven Identität, die erst im individuellen, lebensgeschichtlichen Kontext von Mitgliedern rechtsextremer Organisationen Bedeutung und Wertigkeit erlangen.

Freilich startet dieser sozialpsychologische Beitrag zur theoretischen Konzeption ‚rechtsextremer Identität‘ nicht ‚bei Null‘, sondern bedient sich in verschiedener Hinsicht bereits vorliegender Erkenntnisse diverser sozialwissenschaftlicher Disziplinen:

Zum Einen rekuriert die Fragestellung zu einer ‚rechtsextremen Identität‘ von vorne herein auf die sozialpsychologische Konzeption kollektiver Identität, wie sie Henri Tajfel (1978, 1982, 1982a; Tajfel & Turner 1979, 1986) sowie John C. Turner und Mitarbeiter (1987) bereitstellen (s. Kap. 2.2). Zum Anderen geben die vor allem in Soziologie und Politikwissenschaften gewonnenen Erkenntnisse zur Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland (s. Kap. 3) Hinweise auf die involvierten Gruppierungen, die maßgebenden Personen im fokussierten Umfeld und die daraus resultierende organisatorische Struktur dieses Umfelds sowie auf eine rechtsextreme ideologische Programmatik. Schließlich sind Ergebnisse der Bewegungsforschung sowie Erkenntnisse zur Mobilisierung politischen Engagements – etwa im Sinne der Politisierung kollektiver Identität (s. Kap. 2.3.) – sowohl bei der Erstellung des halbstrukturierten Interviewleitfadens (Kap. 4.1) als auch bei der Interpretation der vorliegenden qualitativen Daten (Kap. 5 bis Kap. 9) dienlich.

Dem Unterfangen dieser Studie erscheint ein qualitatives, „iteratives“ (Rubin/Rubin 1995:46f.) Interviewdesign am angemessensten, das auf verdichtete Beschreibungen abzielt, die einem ersten Schritt in Richtung einer „grounded theory“ (Glaser/Strauss 1967, Strauss/Corbin 1996, Strauss 1991, Breuer 1996) ‚rechtsextremer Identität‘, gleichsam als Elemente eines konzeptionellen Basisbausatzes hierzu, dienlich sein können. Zusammenfas-

send beschreiben Rubin/Rubin (1995: 4) diesen explorativen, hypothesengenerierenden Prozess wie folgt:

„Researchers put together the information they find from qualitative interviews to form explanations and theories that are grounded in the details, evidence, and examples of the interviews“.

An anderer Stelle erläutern Rubin und Rubin (1995: 46f.), dass mit jedem neuen Interview, jeder zusätzlichen Information ein Modell des untersuchten Phänomens deutlicher und überzeugender wird. Hierbei wird zunächst damit begonnen, viele spezifische Themen und Ideen der Befragten zu sammeln, ihre Anzahl daraufhin einzugrenzen, um sie schließlich in einem theoretischen Rahmen zusammenzuführen. Dieses „iterative Design“ (Rubin/Rubin 1995, ebd.) findet mit dem Punkt der ‚theoretischen Sättigung‘ („theoretical saturation“, Glaser/Strauss 1967) seinen Abschluss, d.h. sobald jede weitere aus den Interviews gewonnene Information (Themen, Ideen etc.) die „grounded theory“ nicht in Frage stellt, sondern vielmehr eine überschaubare Anzahl integrierender Themen stützt.

Im Folgenden wird zunächst das Untersuchungsinstrument, ein halbstrukturierter Interviewleitfaden zur Gewinnung lebensgeschichtlicher Daten, vorgestellt und erläutert.

4.1 Der Interviewleitfaden

Die Grundlage des Interviewleitfadens bildete eine im Rahmen des europäischen Projektverbundes „Rechtsextremisten“ (Leitung Prof. Bert Klandermans/ Freie Universität Amsterdam; gefördert durch die ‚Netherlands Organization for Scientific Research‘/ NWO) maßgeblich von Rosario Jabardo Montero, Valerie Lafont, Annette Linden und mir entwickelte Vorlage, die für die vorliegende Untersuchung adaptiert wurde. Dabei fand vor allem ein spezifischer Zuschnitt des Leitfadens auf den Schwerpunkt ‚Identität‘ Berücksichtigung. Anzumerken ist, dass auch hierbei die Forschungsinteressen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen – vor allem der Politikwissenschaften und der Sozialpsychologie – berücksichtigt wurden. Demzufolge ist der Interviewleitfaden durch allgemeinere Forschungsfragen gekennzeichnet, die beide Perspektiven mit qualitativem Datenmaterial bedienen können.

Entscheidend ist der biographische Ansatz der Studie: Ziel der Datenerhebung ist der Zugang zu lebensgeschichtlichen Informationen darüber,

- wie die einzelnen Befragten aktive Mitglieder (bzw. im Falle der JF Mitarbeiter) in der jeweiligen Organisation/Partei geworden sind (*Mitglied werden*: Was hat sie veranlasst, sich politisch zu engagieren? Wo liegen die Beweggründe für ein organisiertes Engagement bei REP bzw. JF? Wurden sie für ihr Engagement geworben („rekrutiert“), und wenn ja wodurch bzw. durch wen?);
- wie sich das jeweilige Engagement gestaltet und wie zufrieden die Einzelnen in ihrer Partei bzw. Redaktion sind (*Mitglied sein*: Wie sieht ihr Repertoire an Aktivitäten aus? Wie gestaltet sich ihre Beziehung zu Partei- bzw. Arbeitskollegen?);
- warum sie ihr politisches Engagement auch angesichts der gesellschaftlichen Ächtung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und der damit einhergehenden Risiken fortsetzen, also wie eine subjektive Abwägung von Kosten und Nutzen des individuellen und gemeinsamen Engagements ausfällt (*Mitglied bleiben*: Welche Konsequenzen zieht das Engagement für die Einzelnen affektiv und evaluativ nach sich? Resultieren aus ihrem Engagement berufliche, soziale oder andere Vor- und Nachteile? Haben die Befragten jemals in Betracht gezogen, die Partei bzw. die Zeitung zu verlassen?);
- wie ihre jeweiligen Ideen und Ziele aussehen (aus sozialpsychologischer Perspektive interessieren hier weniger Parteiprogramme oder Statute, sondern vielmehr die jeweils persönliche Sichtweise in Bezug auf diese *Ideen und Ziele*: Wie haben sich die jeweiligen Standpunkte im biographischen Rückblick entwickelt, wer oder was hat dazu beigetragen? Wer sind die subjektiv wahrgenommenen politischen Gegner, wer die Verbündeten?);
- was das individuelle Engagement und die Mitgliedschaft in einer politisch aktiven Organisation für die Einzelnen persönlich bedeutet. Dieser fünfte Abschnitt des Interviews zielt – zur Ergänzung des Vorangegangenen – direkt auf selbstreflektorische Stellungnahmen dazu ab, welchen Anteil das politische Engagement an individuellen und in der jeweiligen Eigengruppe geteilten Selbstinterpretationen oder Selbstdefinitionen, also an individueller und kollektiver *Identität* der Einzelnen hat.

Zusammenfassend bilden diese fünf Blöcke des Interviewleitfadens (Mitglied werden, Mitglied sein, Mitglied bleiben, Ideen und Ziele, Identität) einen Orientierungsrahmen für den Interviewer, welchen grundlegenden Informationen nachzugehen ist. Dabei handelt es sich bei

dem Erhebungsinstrument tatsächlich nur um einen Leitfaden: Im Idealfall beginnt der Befragte auf die einleitende Frage (Mitglied werden: „Sie sind Mitglied bei den Republikanern: Können Sie mir sagen, wie Sie Mitglied in dieser Partei/ geworden sind?“) zu erzählen, um im weiteren Verlauf des Interviews behutsam an darüber hinausgehende und konkretere Fragestellungen herangeführt zu werden. Entsprechende ‚einführende Fragen‘ (EF) stehen am Anfang aller fünf Abschnitte und werden beim Ausbleiben erwünschter Informationen durch ‚zusätzliche Fragen‘ (ZF) ergänzt. Das folgende Schaubild (Abb. 4.1) gibt einen Überblick über diese Leitfragen des Interviews (zum gesamten Interviewleitfaden s. Anhang 1³³).

Ergänzt werden die Fragen im Leitfaden durch ‚optionale Fragen‘ sowie durch Stichworte (so genannte „probes“; vgl. Rubin/Rubin 1995: 148ff.). Während Zusatzfragen und optionale Fragen die Funktion von „follow-up questions“ (Rubin/Rubin 1995: 150ff.) erfüllen, also in Nachfragen zum besseren Verständnis und zur konkreteren Eingrenzung des Gesagten beitragen können, sind ‚probes‘ dem Interviewer in mehrfacher Hinsicht hilfreich: Zunächst zeigen sie ihm an, wie konkret, detailliert und deutlich einzelne Punkte zu behandeln sind. In diesem Sinne dienen sie als eine Art ‚Check-Liste‘, die dem Interviewer die Kontrolle darüber ermöglicht, welche Fragen noch offen sind und welche nicht. Ferner können sie in speziellen Nachfragen – etwa als Zusammenfassung oder Bekräftigung des Gesagten – als Stichworte für den Befragten herhalten.

Solche ‚probes‘ sind für den Abschnitt ‚Mitglied werden‘ beispielsweise (ausführlicher s. Anhang 1):

„persönliche Kontakte und/oder Einflüsse (Familie, Freunde, Schulkameraden, Arbeitskollegen, Eltern, Milieu etc.), situativer Zusammenhang (Schule, Arbeit, Freizeitaktivitäten), kritische Lebensereignisse, kritische politische Ereignisse, Leseerfahrungen (Hinweise aus den Medien)“.

Dabei ist es oftmals ebenso sinnvoll, vom Befragten gleichsam ‚en passant‘ eingeworfene Stichwörter aufzugreifen und durch Nachfragen zu vertiefen.

³³ Bei dem im Anhang befindlichen Exemplar des Interviewleitfadens handelt es sich um die Version für Interviewpartner, die den Republikanern angehören. Hiermit wurden auch die Interviews mit JF-Redakteuren durchgeführt, indem im Wesentlichen jeweils nur ‚Republikaner‘ durch ‚Junge Freiheit‘, ‚Mitgliedschaft‘ durch ‚Mitarbeit‘ und ‚Partei‘ durch ‚Zeitung‘ ersetzt wurde.

Mitglied werden:

EF: Sie sind Mitglied bei den Republikanern: Können Sie mir sagen, wie Sie Mitglied in dieser Partei geworden sind?

ZF: Wann wurden Sie Ihrer Einschätzung nach politisch interessiert (bewusst, aktiv) und wie geschah das?

Können Sie sich daran erinnern, was Sie empfunden haben, als Sie sich dieser Partei anschlossen?

Mitglied sein:

EF: Können Sie mir genauer beschreiben, welche Tätigkeiten Sie in dieser Partei ausüben?

ZF: Wie zufrieden sind Sie in der Partei?

Können Sie mir etwas über die Leute erzählen, mit denen Sie innerhalb der Partei die Zeit verbringen?

Können Sie mir etwas über Ihre Freunde erzählen? (Sind diese eher innerhalb oder eher außerhalb der Partei zu verorten?)

Mitglied bleiben:

EF: Können Sie mir aus Ihrer gegenwärtigen Perspektive aufzählen, welche Vorteile und Nachteile Ihre Mitgliedschaft in der Partei mit sich bringt? Was schätzen Sie an der Partei am meisten, was am wenigsten?

ZF: Wenn Sie Vor- und Nachteile Ihrer Mitgliedschaft gegeneinander abwägen, wie sähe dann die Bilanz aus?

Haben Sie das Gefühl, das Ihre Mitgliedschaft irgendetwas in Ihrem Leben zum Besseren oder Schlechteren verändert hat?

Können Sie mir sagen, ob sie jemals in Betracht gezogen haben, die Partei zu verlassen? Wenn Sie sie verlassen würden, was würden Sie verlieren und was würden Sie gewinnen?

Ideen und Ziele:

EF: Welche Ideen und Ziele Ihrer Partei sind für Sie persönlich die wichtigsten?

ZF: Wie kam es dazu, dass Sie diese Ideen und Ziele angenommen haben und teilen?

Haben Sie immer in dieser Weise gedacht?

Wenn zukünftig in dieser Gesellschaft etwas geändert werden könnte, was würden sie am liebsten geändert wissen?

Was denken Sie über die politische Situation in Deutschland?

Was würden Sie sagen: Wer ist in Deutschland auf Ihrer Seite und wer ist gegen Sie?

(zur Abrundung) Identität:

EF: Jetzt haben wir bereits eine ganze Weile vorrangig über die äußeren Aspekte Ihrer Mitgliedschaft gesprochen. Mit den folgenden Fragen wollen wir uns nun eher Ihrem inneren Erleben und Ihren Gefühlen im Zusammenhang mit Ihrer Mitgliedschaft bei den Republikanern zuwenden: Könnten Sie nun zusammenfassend schildern, was die Mitgliedschaft in dieser Partei für Sie ganz persönlich bedeutet?

ZF: Jeder Mensch definiert sich doch aus den sozialen Zusammenhängen heraus, in denen er seinen Alltag bestreitet: Da gibt es die Familie, die Ehe oder andere Lebensgemeinschaften, den Kreis der Arbeitskollegen, den Freundeskreis die Einfluss darauf haben, wie man sich selbst sieht und versteht. Welchen Einfluss hat Ihrer Auffassung nach Ihre Mitgliedschaft bei den Republikanern darauf, wie Sie sich selbst sehen? Könnten Sie das näher erläutern?

Abb. 4.1: Der Interviewleitfaden im Überblick

Einführende (EF) und zusätzliche Fragen (ZF) aus den fünf Hauptabschnitten des Interviews.

Den fünf inhaltlichen Kernabschnitten des Interviews folgen ein eher projektiver, assoziativer ‚Test‘ mithilfe von Photos (bzw. Bilder) und die Erhebung sowohl politischer als auch soziodemographischer Variablen.

Im ‚projektiven Test‘ – oftmals auch als Auflockerung des Vorhergehenden präsentiert – wurden den Befragten vier Bilder zu ‚aktuellen Fragen der Gegenwart‘ vorgelegt, zu denen gesagt werden sollte, was dem Betrachter dabei (spontan) ‚in den Sinn kommt‘. Bei den Bildern handelte es sich um die Flagge der europäischen Union (gelbe Sterne auf blauem Grund), den Aufmarsch uniformierter Truppen (vermutlich das Bild einer Parade zu Beginn des letzten Jahrhunderts), einen Friedhof mit Davidstern (der Davidstern steht im Vordergrund, während im Hintergrund ausschließlich christliche, mit Kreuzen versehene Gräber zu sehen sind) sowie um eine mit betenden Moslems gefüllte Straße (die Bilder sind als Anhang 2 beigelegt). So plump die wenig verborgenen Hinweise auf den ersten Blick auch erscheinen mögen, so hilfreich waren diese Photos, in der Regel abrundende Kommentare zu den Themen ‚Europa‘, ‚Militär‘ und ‚Krieg‘, ‚Judentum‘ (und ‚Krieg‘) sowie zu religiösen und kulturellen Differenzen zwischen Morgen- und Abendland, Christentum und Islam und zu der wahrgenommenen Bedrohung durch letztgenannten zu erhalten. Wie in Kap. 6.1.2 aufzuzeigen sein wird, regte besonders das ‚Islam-Photo‘ auch einige solche Befragte zu ausgrenzenden Äußerungen gegenüber ‚Fremdgruppen‘ an, die sich zuvor diesbezüglich eher bedeckt gehalten hatten. Bezüglich dieser Aufgabe gab es generell keinen offenen Widerwillen seitens der Befragten, wohl aber einige (nicht eindeutig zu bewertende) Fälle, in denen eine Antwort ausgelassen wurde oder vergleichsweise spärlich ausfiel (z.B. ‚Dazu fällt mir nichts ein‘, ‚Das sagt mir gar nichts‘ o.ä.).

Die politischen Fragen richteten sich auf das jeweilige Votum in der letzten Bundestagswahl, auf die Partei, die der Befragte niemals wählen würde und auf aktive Mitgliedschaften in anderen gesellschaftlich engagierten Organisationen (Kirche, Verbände, Vereine etc.). Die Frage nach der am meisten und der am wenigsten respektierten politischen Persönlichkeit (der Gegenwart) sollte Aufschluss über politische Vor- bzw. ‚Feindbilder‘ geben. Ergänzt wurde dieser Teil ‚politische Variablen‘ durch die bereits oben (Kap. 3.2) vorgestellte siebenstufige Links-Rechts-Skala zur Selbstverortung im politischen Spektrum.

Die folgenden soziodemographischen Fragen (etwa nach Beruf, Erziehung/Bildung, Eltern, Geschwistern, Lebensgemeinschaft, Familie, Religion u.a.) bildeten in der Regel zwar das eher routinemäßige Finale der Befragung, konnten allerdings in wenigen Fällen neue Infor-

mationen hervorbringen, die ein intensiveres Nachfassen erforderlich machten. So offenbarte sich beispielsweise erst in diesem Teil, dass 11 von 24 Befragten (bei zwei Befragten ohne Konfessionsangehörigkeit) aus der Kirche ausgetreten sind, sieben davon aufgrund ihrer Missbilligung politischer Positionen bzw. Kampagnen der Kirchen (vgl. Kap. 6.1.3: gesellschaftliche Ächtung).

Am Ende des Interviews wurde den Befragten nochmals ausdrücklich Raum dafür gelassen, aus ihrer Warte im Interview eventuell zu kurz gekommene oder gar übergangene Punkte nochmals auszuführen und einen abschließenden Kommentar bzw. eine abschließende Stellungnahme abzugeben.

4.1.1 Interviewpartnerschaft und behutsame Gesprächsführung

An biographische Daten zu gelangen, stellt an den Interviewer, den Befragten und an den Kontext des Interviews besondere Anforderungen. Eine Voraussetzung für den Erhalt solcher persönlichen Auskünfte ist, den Befragten ausreichend Raum für ihre Darstellungen zu gewähren. Ist der Befragte erst einmal bereit, aus seiner Lebensgeschichte zu ‚erzählen‘, folgt für den Interviewer hieraus, möglichst flexibel mit dem Ablauf des Interviews umzugehen und den Gegenüber erst einmal gewähren zu lassen. Schließlich ist zunächst davon auszugehen, dass ein möglichst frei erzählender Befragter von sich aus Bedeutsamkeiten und Gewichtungen markieren kann. Ein ‚sklavisches‘ Festhalten am Leitfaden kann in einem solchen Prozess durchaus kontraproduktiv sein, indem es Unaufmerksamkeit vermittelt oder gar sinnentleert erscheint. Letzteres wird beispielsweise in der einführenden Frage zum Abschnitt ‚Identität‘ deutlich (s.o.): Bis zu diesem Punkt des Interviews sollten im Falle eines im Mindestmaß aufmerksamen Interviewers (mit sozialpsychologischem Forschungsinteresse) bereits mehrere Aspekte des „inneren Erlebens“ und der „Gefühle im Zusammenhang mit (der) Mitgliedschaft“ des Befragten angesprochen worden sein. Um zu diesem fortgeschrittenen Zeitpunkt des Interviews Näheres und Neues über die Bedeutung des politischen Engagements für die individuelle Selbstverortung zu erfahren, erschien es daher ratsam, betreffs Inhalt und/oder Form dieser Nachfrage zu improvisieren.

Generell sind die Herstellung einer „conversational partnerships“ zwischen Befragtem und Interviewer und Techniken der „guided conversation“ grundlegend, um an persönliche Informationen zu gelangen. Anderenorts (etwa Rubin/Rubin 1995: 93ff.) sind Vorkehrungen und

Techniken zur Erreichung dieses Ziels eingehend beschrieben. Hier sein in Kürze nur darauf hingewiesen, dass so sorgfältig wie möglich vom ‚unverfänglichen‘ äußeren Auftreten des Interviewers bis hin zu seiner Glaubwürdigkeit (z.B. bezüglich des Sprachgebrauchs, der wissenschaftlichen Seriosität des Anliegens etc.) darauf geachtet wurde, potentielle Stolpersteine zu vermeiden. Ebenso wurde versucht, die Gesprächskompetenz der Befragten zu unterstreichen. Dies geschah in der Regel mit dem Hinweis darauf, dass gerade die persönliche Bedeutung politischen Engagements von Interesse sei, in diesem Zusammenhang also nur der jeweilige Befragte ‚Experte‘ sein kann und ist. Im Laufe eines Interviews helfen auch bestätigende Gesten und Kommentare oder zusammenfassende Einwürfe (etwa in der Form: „Habe ich sie richtig verstanden, dass...?“), dem Befragten gegenüber sowohl Aufmerksamkeit als auch das ernsthafte Interesse am Gesagten zu signalisieren.

Wie wichtig es ist, dem Gegenüber das Gefühl zu vermitteln, sich in einer vertrauensvollen und sicheren ‚Gesprächssituation‘ zu befinden, wird gerade dann deutlich, wenn sensible Fragen (etwa über Tabu-Themen, kritische Lebensereignisse etc.) zu unerwartet emotionalen Reaktionen führen. Dies passierte beispielsweise im Falle einer Befragten, die angesichts des vorgelegten Photos vom Friedhof (s.o.) daran erinnert wurde, dass ihr Vater im Zweiten Weltkrieg als Soldat zu Tode kam, und sich, schließlich schluchzend, über die ihrer Meinung nach verunglimpfende öffentliche Auseinandersetzung zur Rolle der Wehrmacht im Nationalsozialismus³⁴ ereiferte.

In solchen Situationen obliegt es dem Interviewer, den Gesprächspartner zu beruhigen und für die Wiederherstellung eines Mindestmaßes an wahrgenommener Sicherheit zu sorgen. Hilfreich sein kann etwa der schlichte Wechsel zum nächsten, vermeintlich unverfänglicherem Thema. Möglich ist auch – in meinem Fall etwa unter Rückgriff auf den Erfahrungsschatz aus der eigenen Familiengeschichte –, die jeweilige Betroffenheit zu teilen und dem Befragten seinerseits Fragen an den Interviewer zu ähnlichen Ereignissen zu ermöglichen.

Welche Maßnahmen zur Herstellung einer möglichst vertrauensvollen Beziehung zwischen Interviewer und Befragtem bereits während der Akquisition der Stichprobe sowie in der Auswahl des Interview-Ortes ergriffen werden können und wurden, wird im folgenden Abschnitt

³⁴ In mehreren Interviews thematisierten die Befragten die damals in Deutschland wandernde ‚Wehrmachtsausstellung‘, die zu einer kontroversen Diskussion in den Medien führte. Diese Debatte wurde auch durch das Wiederaufleben des Tucholsky-Zitates „Soldaten sind Mörder“ angeheizt, welches z.B. die Evangelische Kirche in Berlin in jener Zeit zum Anlass einer Anti-Kriegs-Kampagne nahm. So erregte sich auch o.g. Interviewpartnerin über die Infamie der Initiatoren („linke Lümmel“) solcher Kampagnen.

deutlich. Ebenso wird hier aufzuzeigen sein, dass auch verbindliche Absprachen über die konkrete Art und Weise des diskreten Umgangs mit persönlichen Daten hilfreich waren.

4.2 Auswahl und Akquisition der Stichprobe

Die Akquisition von Interviewpartnern begann im Sommer 1996. Als besonders hilfreich erwies sich hierbei ein Schreiben von Bernd Simon, damals noch Privatdozent an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, in dem mir die universitäre Anbindung im Rahmen einer Promotion bescheinigt und um Mitarbeit in einer Studie zu „politischem Engagement“ gebeten wurde. Diese Beschreibung der Forschungsabsicht war dem Umstand geschuldet, dass die Angefragten vermutlich nicht kooperationsbereit gewesen wären, wenn sie als ‚Rechtsextremisten‘ angesprochen worden wären. Eingangs zahlreicher Interviews wurden die Befragten auf Nachfrage allerdings darüber aufgeklärt, dass sich die Studie auf Parteien und Gruppierungen im „so genannten rechten politischen Spektrum“ beschränkt. Das Schreiben diente vor allem aber dem Zweck, die Seriosität der wissenschaftlichen Studie zu belegen. Ein nicht zu unterschätzendes Problem ist nämlich das Misstrauen vieler Befragter gegenüber derartigen Anfragen, da diese Befragten bereits einschlägige Erfahrungen mit ‚linken Journalisten‘ oder Personen im Dienste des Verfassungsschutzes gemacht hatten. Beteuerungen, nicht im Dienste des Verfassungsschutzes zu stehen, gehörten demzufolge auch häufig zu den Standards bei der ersten mündlichen Kontaktaufnahme. Und schließlich wurde in dem Schreiben darum gebeten, Rückmeldungen und/oder Rückfragen an die Universitätsadresse von Bernd Simon zu richten, was ebenfalls dem Schutz meiner Privatsphäre dienen sollte. Hiervon machten jedoch weder die Angefragten generell noch die späteren Befragten Gebrauch. Vertrauensschaffende Maßnahmen erforderten schließlich doch Transparenz bezüglich meiner Person und Herkunft, im Falle der befragten ‚Republikaner‘ und der JF-Redakteure wurde letztlich also auf wechselseitige Offenheit gesetzt.

Ursprünglich waren die Ziele betreffs des durch die Stichprobe abzudeckenden Spektrums jedoch weiter gesteckt. Geplant war zum Beispiel eine Stichprobenzusammensetzung, die auch Mitglieder der DVU (Deutsche Volkunion) und der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) bzw. der Jungen Nationaldemokraten (JN) berücksichtigt. Während der Akquisitions-Bemühungen zur vorliegenden Studie erhärtete sich jedoch der Eindruck, dass es sich bei der DVU um eine ‚Pseudo-Partei‘ handelt: Telefonische Anfragen nach Interviewpartnern endeten bestenfalls in der einseitigen Kommunikation mit Anrufbeantwortern und

blieben – wie auch postalische Anfragen – unbeantwortet. Grundsätzlich scheint die Partei den Kontakt mit Journalisten und/oder Wissenschaftlern zu meiden.

Interviews mit potentiellen Straftätern – vor allem aus der Neonazi-Szene, deren Kontakte zur JN bereits skizziert wurden – sollten von vorne herein ausgeschlossen werden. Zum Einen bestand hier das Risiko, durch Mitwisserschaft selbst in Konflikt mit dem Gesetz sowie mit der selbstaufgelegten Diskretion gegenüber Befragten zu geraten. Zum Anderen erschien eine unmittelbare Gefährdung sowohl für die eigene Person als auch für nicht an der Studie beteiligte Angehörige seitens dieser Zielgruppe nicht ausgeschlossen. Nichtsdestoweniger wurde versucht, Befragte aus dem Kreis der JN zu gewinnen, um auch die bewegungsförmigeren Segmente des deutschen Rechtsextremismus im Blick zu haben. Entsprechenden Anfragen begegnete man jedoch mit der Aufforderung, eine private Adresse und Telefonnummer anzugeben. Hierauf wurde von mir nicht eingegangen. Ferner verwies mich mein erster Befragter, ein ehemaliger Neonazi in führender Position in diversen Organisationen (Hermann, 24), an Szene-Prominenz (wie zum Beispiel Christian Worch), deren Gesprächsbereitschaft er hoch einschätzte. Dieser Weg wurde aufgrund der Mutmaßung nicht eingeschlagen, dass solche Interviewpartner inzwischen in unerwünschtem Maße betreffs ihrer Selbstdarstellung professionalisiert sind und dem Anliegen (sozial)psychologischer Interviews nicht mehr gerecht werden können.

Überhaupt gestaltete sich der Zugang zu Interviewpartnern anfangs recht schwierig. Ausgangspunkt waren zunächst informelle Gespräche mit der Bonner Antifa sowie Kandidatenlisten der zurückliegenden Kommunalwahlen in NRW und die Kontaktaufnahme zu den entsprechenden Personen. Ersteres führte zu dem Interview mit dem bereits erwähnten Ex-Neonazi, letzteres Vorgehen war bis auf einen Befragten („Richard“) jedoch nicht ergiebig.

Ein Kollege von der Universität Münster vermittelte dann einige Adressen von REP-Mitgliedern, die er im Rahmen seiner Studien im Umfeld Münsters und im Ruhrgebiet recherchiert hatte. Einer der beiden Befragten, deren Zusage zur Kooperation auf diesem Weg erreicht wurde (Klaus, REP, 48), verwies mich zum Ende des Interviews an Angela (REP, 35). Nach jedem Interview erkundigte ich mich nämlich nach weiteren potentiellen Gesprächspartnern aus dem Bekanntenkreis.

Angela verdankte ich schließlich den Durchbruch innerhalb der REP: Sie empfahl mich vor allem Mitstreiterinnen, die ihr in Berlin bekannt waren, und verschaffte mir einen Gastausweis für den Bundesparteitag der Republikaner 1997 in Dietmannsried (Allgäu), wo ich weitere Interviewpartner gewinnen konnte. Schließlich entschloss ich mich dann auch zur Akqui-

sition über Landes- und Bundesgeschäftsstellen, was im Fall der Republikaner zu weiteren Zusagen führte.

Da sich die Stichprobe zunächst auf die REP zu beschränken schien, war ein Kriterium der Auswahl, möglichst verteilt über Westdeutschland Mitglieder aus den am besten organisierten Landesverbänden – vor allem Baden-Württemberg, Bayern und Berlin – beziehungsweise im Umfeld der Bundesgeschäftsstelle (Berlin) zu erreichen. Viele hiervon konnten sowohl nach oben angedeutetem Schneeball-Prinzip gewonnen werden, weitere auf dem Parteitag 1997. In Baden-Württemberg wurde direkt das Büro des Parteivorsitzenden Schlierer angefragt, was zu zwei Interviews führte. Die Verabredung zu einem weiteren Interview in diesem Bundesland erfolgte auf den Hinweis eines zu jener Zeit in Tübingen lebenden Freundes.

Zusammenfassend führte dieses Vorgehen entgegen der ursprünglichen Absicht zu Gesprächspartnern, die zum Zeitpunkt der Interviews in der Regel nicht nur Mitglieder, sondern zugleich Funktionsträger der REP in mehr oder minder bedeutenden Positionen der Partei waren. Wie bereits angedeutet ist allerdings generell ein Großteil der REP-Mitglieder aktiv in die Parteiarbeit involviert, was angesichts der vergleichsweise überschaubaren Mitgliederzahl auch nicht verwundert.

Bereits während des Interviews mit Klaus (REP, 48) wurde ich auf die JF aufmerksam: Für Klaus repräsentierte das von Roland Bubik – ehemaliger JF-Redakteur – herausgegebene Buch ‚Wir ’89er – Wer wir sind und was wir wollen‘ treffend seine eigene politische Position. Das Spiel mit der gekippten 68 verweist nicht nur auf die politische Abgrenzung zu der Studentenrevolte Ende der 60er-Jahre, sondern deutet auch auf eine jüngere Generation im rechts-konservativen Spektrum hin, die sich in diesem Band vorstellt. Außerdem berichtete Klaus von einem Berlin-Aufenthalt, während dem er Mitarbeiter der JF kennen- und schätzen lernte. Um in dieser Studie auch weitere Facetten des ‚rechten Spektrums‘ zu berücksichtigen – in diesem Fall die JF als Medium im rechten Netzwerk, als ideologische Schnittstelle zwischen Konservativen, der Neuen Rechten und rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Organisationen – wurde unter der Redaktionsadresse der JF zunächst telefonisch, dann nochmals schriftlich mit dem beigelegten Schreiben der Universität Münster um Mitarbeit gebeten. Diese Anfrage führte auf recht unkompliziertem Weg zur Kooperationsbereitschaft von vier Redakteuren.

Was das Misstrauen der Befragten gegenüber den Anfragen betrifft, so wurde diesem auch mit der Zusicherung der Anonymisierung der Interviews begegnet. Auf dieses Angebot gab es sehr unterschiedliche Reaktionen: Während ein kleinerer Teil der Befragten äußerte, sie stünden zu ihrer politischen Position und hätten auch gegen eine namentliche Publikation ihrer Meinung nichts einzuwenden, fragte die Mehrheit nochmals nach, wie eine diskrete Präsentation der Interviewergebnisse gewährleistet würde. Daher gilt letztlich für alle Gesprächspartner ein Anonymisierungs-Standard, der sich wie folgt gestaltet:

- jedem Gesprächspartner wird ein erfundener, nur das Geschlecht widerspiegelnder Name zugeordnet;
- auf konkretere als die nachfolgenden Angaben sowohl zu der jeweiligen Position in der Partei („niedrig“ für einfache Mitglieder, „mittel“ für Kreisvorsitz oder exekutive Tätigkeiten auf Landes- oder Bundesebene, „hoch“ für leitende Funktionen auf Landes- und Bundesebene; vgl. die Legende zu Tab. 4.2) als auch zur Art der Ausbildung wird verzichtet;
- im Falle von Wohnorten außerhalb größerer Städte wird die Wohnumgebung nur adjektivisch (z.B. ländlich) umschrieben.

Um eine vertraute und entspannte Gesprächsatmosphäre zu schaffen, war außerdem geplant, die Interviews bei den Befragten zuhause zu führen. Allerdings war dies bei Einigen nicht erwünscht, bei Anderen aus praktischen Gründen nicht möglich. Demzufolge fanden einige Interviews bei den Befragten im Büro (im Falle der beiden Angestellten des Stuttgarter Landtages und eines JF-Redakteurs also an ihrem Arbeitsplatz, ansonsten in der REP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin), andere in Restaurants oder Cafes statt. In einem Fall – Britta (REP, 44) – ergab es sich sogar, dass ich das Interview bei mir zuhause führte.

Nachfolgende Abbildung gibt Auskunft über Alter und Geschlecht, Ort der Befragung, Organisationszugehörigkeit und Position innerhalb der Organisation, über den jeweiligen Bildungsabschluss, Beruf und Wohnort der Befragten.

Tab. 4.2: Die Stichprobe

Alter Alias Ort der Befragung	Organisation	Position innerhalb der Organisation	Schulabschluss/ Ausbildung	Beruf	Bundesland/ (Wohnort/ Umfeld)
24 Hermann Cafe	Ex-FAP, Ex- Wiking Jugend, Thule-Netz, ANTI-ANTIFA	ehemals hoch (Aussteiger!)	Mittlere Reife	Schüler (macht Abitur)	NRW, Bonn
49 Richard zu Hause	Republikaner	mittel	Hauptschule	Kiosk-Besitzer	NRW, (Kleinstadt bei Bonn)
40 August zu Hause	Republikaner	niedrig	Abitur abgebrochenes Studium	Handlungs- reisender	NRW, bei Münster (ländlich)
48 Klaus zu Hause	Republikaner	mittel	Fachabitur, kaufmännische Lehre	Bankangestellter	NRW, bei Münster (ländlich)
32 Fritz Büro	Republikaner (Mitarbeiter der Fraktion, kein Mitglied)	mittel	Universität	Angestellter im Landtag	Baden- Württemberg, Stuttgart
41 Michael Büro	Republikaner	mittel bis hoch	Universität	Angestellter im Landtag	Baden- Württemberg, Tübingen
35 Angela zu Hause	Republikaner	hoch	Fachoberschule/ 2 Jahre Handelslehre	Angestellte im Verlag	NRW, bei Münster (ländlich)
32 Armin Restaurant	Republikaner	mittel	Abitur; zusätzliche Fachausbildung	Angestellter in einer Computer- Beratung	NRW, Duisburg
22 Bernhard Restaurant	Republikaner	mittel	Mittlere Reife (plant Abitur und Studium)	Angestellter	Bayern, Aschaffenburg
26 Karl Restaurant	Republikaner	mittel	Abitur (Universität)	Student	Bayern, Aschaffenburg
41 Franz zu Hause	Republikaner	hoch	Universität	Unternehmens- berater	Bayern, München
58 Beate zu Hause	Republikaner	hoch	Fachabitur praktische Betriebswirtin/	Kaufmännische Angestellte in gehobener Position	Bayern, Aschaffenburg
63 Jakob zu Hause	Republikaner	hoch	Mittlere Reife; Akademie für Führungskräfte	Kaufmann	Baden- Württemberg, Tübingen
44 Britta beim Interviewer	Republikaner	hoch	Universität	Architektin	Rheinland Pfalz (ländlich)
51 Claudia Büro	Republikaner	hoch	Mittlere Reife/ Verwaltungslehre	Angestellte im öffentlichen Dienst	Berlin

Fortsetzung **Tab. 4.2: Die Stichprobe**

78 Heinrich zu Hause	Republikaner	mittel bis hoch	Universität	Arzt	Berlin
50 Eduard Büro	Republikaner	hoch	Abitur	Techniker (arbeitslos)	Berlin
63 Ute zu Hause	Republikaner	mittel bis hoch	Volksschule (9. Klasse)	Hausfrau (Buchhalterin im Ruhestand)	Berlin
59 Florian zu Hause	Republikaner	mittel bis hoch	Volksschule (9. Klasse)/ Lehre	Gärtner im Ruhestand	Berlin
28 Albert Büro	Republikaner	hoch	Hauptschule (Abbruch Gymnasium)	Bankangestellter	Berlin
56 Silke Büro	Republikaner	hoch	Universität	Apothekerin	Berlin
38 Josef Restaurant	Junge Freiheit	hoch	Universität	Redakteur	Berlin
34 Horst Restaurant	Junge Freiheit	hoch	Fachabitur (abgebrochenes Studium)	Redakteur	Berlin
36 Hans Restaurant	Junge Freiheit	hoch	abgebrochenes Studium	Redakteur	Berlin
29 Gero Büro	Junge Freiheit	hoch	Abitur	Redakteur	Berlin

Legende: Die Angaben zur Position innerhalb der jeweiligen Organisation (vgl. auch 5.3) in der dritten Spalte beruhen – neben konkreteren Angaben zum individuellen Aufgaben-, Verantwortungs- und Einflussbereich – vor allem auf folgender Veranschlagung: Republikaner, die nur einen einfachen Mitgliedsstatus aufweisen und auch auf der Ebene von Kreisverbänden keine leitende Funktion innehaben, nehmen eine ‚niedrige‘ Position ein. Leitende Funktionen auf Kreisebene oder ausschließlich exekutive Tätigkeiten auf Landes- oder Bundesebene werden als ‚mittel‘ eingestuft. Leitende Funktionen im Landes- oder Bundesverband werden als ‚hohe‘ Position innerhalb der Partei eingestuft. Für die Redakteure der JF wurde infolge der Anonymisierung der Daten auf differenziertere Angaben und hierarchische Abstufungen – z.B. im Falle von Ressortleitern – verzichtet. Hier ist davon auszugehen, dass alle vier Befragten gleichermaßen hohen Einfluss auf das Produkt ihrer Tätigkeit und die Inhalte der JF haben.

Zu den jeweiligen Positionen der Befragten REP in ihrer Partei sei folgendes ergänzt: In der Regel haben die Befragten mindestens zwei, oftmals mehr Funktionen auf verschiedenen Ebenen. Fast alle sind im Laufe ihrer Laufbahn beispielsweise als Delegierte auf Landes- und Bundesparteitag unterwegs gewesen.

Um das Repertoire der Aktivitäten der Befragten REP zu veranschaulichen, sollen einige spezifische Betätigungsfelder Erwähnung finden. Innerhalb der Partei gibt es beispielsweise eine mobile Einsatzgruppe für den Wahlkampf, wegen der dem Partei-Logo entsprechenden Blü-

tenfarbe ‚Kornblume‘ genannt, die vor Wahlen in der gesamten Bundesrepublik, vor allem aber in den fünf neuen Bundesländern, aktiv wird. ‚Kornblume‘ organisierte beispielsweise auch in Kooperation mit dem ‚Front National‘ eine Demonstration gegen die EU und den Euro an der deutsch-französischen Grenze. Zu erwähnen ist auch das parteieigene Schiedsgericht, welches vorrangig über die Einhaltung der Parteiräson wacht: Das Schiedsgericht schlichtet zum Beispiel parteiinterne Konflikte mit Abweichlern vom Abgrenzungsbeschluss gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien oder befindet über deren Mitgliedschaft, so denn ein Ausschlussverfahren in Gang gesetzt wurde.

Die Aktivitäten der einzelnen Befragten umfassen selbst in gehobener Position beinahe das gesamte Repertoire: vom Plakatieren über die Anwesenheit an Info-Ständen, der Beantwortung von Anfragen sowie des Versandes von Informationsmaterial, das Erstellen von Diskussionspapieren für Parteitreffen und Arbeitskreise sowie das Halten von Vorträgen bis hin zur Einflussnahme auf Programm und Beschlussvorlagen der Partei.

Das Durchschnittsalter der Stichprobe liegt zur Zeit der Befragung bei 43,08 Jahren und umfasst eine Altersspanne von 22 bis 78 Jahren.

Der Anteil der befragten Frauen (6/25) ist für die REP relativ hoch. Dass es sich bei den REP eher um eine ‚Männerpartei‘ handelt, unterstreicht das Ergebnis der Landtagswahlen 1992 in Baden-Württemberg: 66% der Wähler waren – bei einem Wahlergebnis von 10,9% – männlichen Geschlechts (vgl. Falter 1994). Bei diesen Wahlen konnten die REP allerdings 8,5% aller wahlbeteiligten Frauen für sich gewinnen (Birsl 1996).

Über den Anteil weiblicher REP-Mitglieder liegen hingegen keine konkreten Angaben vor. Birgit Rommelspacher (2000: 199f.) bestätigt immerhin, dass Frauen „im rechten Spektrum deutlich weniger sichtbar als Männer“ sind. Andererseits gebe es keine allzu großen geschlechtspezifischen Unterschiede in der Anfälligkeit für rechtsextreme Ideen bzw. im *Ausmaß* rechter Einstellungen. Was die *Inhalte* rechtsextremer Einstellungen betrifft, so sieht dies – etwa in Bezug auf Gewalt – anders aus: Mädchen und Frauen „fühlen sich insgesamt bedrohter, haben z.B. mehr Angst vor Kriminalität und sexueller Bedrohung sowie vor gesellschaftlicher Anomie“. In Abhängigkeit vom Geschlecht differierende Einstellungsmuster lassen demnach auf unterschiedliche Motivlagen schließen.

Ursula Birsl (1996: 49) kommt angesichts eines geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Zugangs zur Politik und Umgangs mit Gewalt zu dem Schluss, das Geschlecht in der Rechtsextremismusforschung „als soziale Strukturkategorie zu begreifen und ihm (...) einen ebenso zentralen Stellenwert einzuräumen wie der sozialen Herkunft oder dem Bildungsniveau“.

Auch wenn die Datenbasis vorliegender Studie zu schmal ist, um aussagekräftige Ergebnisse zum Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus zu erbringen, war die Akquisition der Stichprobe auch von dem Bemühen geleitet, diesen Aspekt nicht unbeachtet zu lassen. Berücksichtigung findet er schließlich dennoch mit Blick auf die in Kap. 5.3.1 skizzierten Auffälligkeiten, die sich hinsichtlich des Zugangs der sechs befragten Frauen zur Partei ergaben. Zu einer der Datenbasis entsprechenden Vorsicht in der Bewertung dieser Ergebnisse sei an dieser Stelle ausdrücklich geraten.

Gerade für diese Studie ist noch der Hinweis von Birsl (1996: 50) darauf von Interesse, dass es (bei Jugendlichen) auf der Einstellungsdimension ‚Nationale Identität und Nationalismus‘ keine gravierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt.

Zur Stichprobe sei abschließend auf Kap. 5 verwiesen, das sich – unter größtmöglicher Wahrung der Anonymität der Befragten – eingehender mit der sozialstrukturellen (Bildung, Beruf) und lebensweltlichen Verortung sowie mit dem politischen Werdegang (auch in Bezug auf Vorbilder und Sozialisation) der Befragten befasst.

Die Interviews wurden im Zeitraum von Januar 1997 bis August 1998 ausschließlich von mir durchgeführt. Dass sich die Datenerhebung so lange hinzog, ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen: Zwischen Mai 1997 und September 1997 (d.h. dem Interview mit ‚Angela‘) blieb zunächst der Erfolg der Akquisitionsbemühungen aus. Im Zeitraum der ersten zehn Interviews wurde zudem im iterativen Vorgehen dieser Studie (s. 4.3) eine konzeptionelle Phase notwendig: Eine erste Sichtung der zu jener Zeit vorliegenden Interviews ließ es sinnvoll erscheinen, das detaillierte Datenmaterial auf Kernkonzepte bezüglich einer ‚rechtsextremen Identität‘ zu interpretieren. So war zum Beispiel die zentrale Bedeutung ‚nationaler Identität‘ für die kognitive Strukturierung der sozialen Umwelt durch die Befragten im Voraus nicht absehbar. Ebenso denkbar waren zum Beispiel ethnische, rassistische oder antisemitische Kategorisierungen als Kern einer ausgrenzenden, fremdenfeindlichen Ideologie. Damit soll keineswegs behauptet werden, dass letztgenannte Aspekte überhaupt keine Rolle spielen: Wenn sie zutage treten, zentrieren sie sich jedoch um die nationale Gruppenzugehörigkeit der Befragten. Zudem erwiesen sich anfangs generell auf Identitäts-Konzepte bezogene Erhebungsstrategien als unzureichend: Die Befragten verstanden entsprechende Fragen oftmals nicht oder sträubten sich gegen solche, die eher aus theoretischen Konzepten abgeleitet waren (‚Wer denkt denn so?’). Es galt also, sowohl augenscheinlich zentralen Fragen gezielter nachzugehen als auch, vor allem hinsichtlich der direkt auf Identität bezogenen Fragen des Inter-

views, eine dem Sprachgebrauch der Befragten näher liegende Interviewtechnik zu entwickeln. Eine vergleichbare Phase gab es dann nochmals im Frühjahr und im frühen Sommer 1998: In dieser Zeit wurden dem Konzept ‚rechtsextremer Identität‘ und ihrer ‚Topographie‘ schärfere Konturen verliehen. Dennoch scheinen letztlich explizite Selbstreflexionen im Sinne der Selbst-Kategorisierungstheorie (Turner et al. 1987) bei den Befragten eine viel geringere Rolle zu spielen als erhofft.

Im Folgenden werden die verschiedenen Schritte der Auswertung des qualitativen Datenmaterials aufgezeigt und erläutert.

4.3 Die Analyse des qualitativen Datenmaterials: Vom ‚Zuhören‘ zur Codierung

Bei einem iterativen Vorgehen zur Konzeption einer „grounded theory“, respektive zur Erschließung grundlegender Elemente einer solchen, beginnt die Datenanalyse bereits mit der Durchführung des ersten Interviews³⁵, also mit der aufmerksamen Erfassung der Daten. Scheinbar nebensächliche, banale Informationen können im Laufe dieses Untersuchungsprozesses eine zentrale Bedeutung für ein Konzept ‚rechtsextremer Identität‘ erlangen. Beziehen sich die Befragten zum Beispiel vor der expliziten Einführung einer nationalen Rahmung durch entsprechende Fragen (in den zusätzlichen Fragen zu ‚Ideen und Zielen‘; s.o.) auf Deutschland, kann das auf den ersten Blick belanglos erscheinen. In einem gemeinsamen Training zur Codierung von Interviews im Rahmen des Projektes „Rechtsextremisten“ (s.o.), an dem Kolleginnen und Kollegen beteiligt waren, die in anderen europäischen Ländern vergleichbare Untersuchungen durchführten, fiel etwa auf, dass das niederländische Team in einem ersten Durchgang über scheinbar nebenbei getätigte Äußerungen zu den ‚Niederlanden‘ (‚niederländisch‘, ‚holländisch‘ etc.) hinwegsehen.

Generell ist der erste Schritt zum Ziel die Beherrschung – im Sinne einer möglichst exakten Kenntnis und eines umfassenden Verständnisses – des qualitativen Datenmaterials. In dieser Untersuchung wurde dies durch mindestens vier Schritte gewährleistet: die Befragungen, die schriftliche Erfassung der Interviews (Transskription), die Anfertigung von Zusammenfassungen jedes Interviews und die Analyse der Daten. Alle vier Schritte lagen in einer Hand. Im internen Sprachgebrauch zwischen Bernd Simon und mir war daher auch häufig die Rede

³⁵ Zum ersten Interview mit Hermann (Ex-FAP, 24) ist grundsätzlich anzumerken, dass es vor allem zur Justierung des Interviewleitfadens diente: Sind die Fragen verständlich? Zielen sie tatsächlich auf die Informationen ab, die zu erlangen damit beabsichtigt war?

davon, mich mit den Daten zu ‚imprägnieren‘: Diese Formulierung verweist nicht nur auf die eingehende Erfassung der Daten, sondern deutet ebenso auf den iterativen, dreistufigen Untersuchungsprozess, also die zunächst vorgenommene Herausarbeitung von Besonderheiten, die anschließende Herstellung von konsistenten Zusammenhängen innerhalb jedes einzelnen Interviews und die abschließende, darauf gründende Suche nach geteilten Mustern über die gesamte Stichprobe (s.u.).

Die Interviews wurden mit einem handlichen Recorder und kleinen, am Revers der Beteiligten geklammerten Mikrofonen aufgezeichnet. Die kleinen Mikros sind nicht besonders hinderlich oder lästig und gerieten im Verlauf der Interviews meistens sehr bald in Vergessenheit. Verwendet wurden 90-Minuten-Kassetten, die automatisch durchliefen. Der einzige Nachteil hierbei ist, dass beim Seitenwechsel auch bedeutsame Gesprächsfragmente verloren gehen können. Außerdem kann der zum Ende einer Kassette anstehende Kassettenwechsel ablenken.

Die durchschnittliche Dauer der Interviews beträgt 93,6 Minuten, wobei das mit Klaus (REP, 48) am zeitaufwendigsten war (200 Minuten), die sechs kürzesten – nicht aber unbedingt unergiebigsten – Interviews etwa eine Stunde in Anspruch nahmen. Die Ton-Aufzeichnungen der Interviews wurden später von mir nochmals kontrolliert³⁶ und mindestens einmal angehört, um einen ersten Gesamteindruck zu gewinnen.

Was die Transskription betrifft, so umfasst ein Interview durchschnittlich 29 Seiten (zwischen 16 und 80, bei 25 Interviews insgesamt 730 Seiten).³⁷ Da dies eine ausgesprochen ungenaue Angabe zum Umfang der Niederschriften darstellt, wurden mit der Textverarbeitung auch die einzelnen Wörter gezählt: Demnach beläuft sich der durchschnittliche Umfang der Interviews auf 12.420 Wörter (zwischen 5.988 und 27.578; insgesamt 310.518).

In der Regel wurden während des Interviews besondere Ereignisse (etwa Telefonate, das Auftauchen eines Familienangehörigen, eines Partei- oder Redaktionskollegen u.a.) oder auffällige Rahmenbedingungen (wie die mit dem politischen Engagement Einzelner zusammenhängenden Unterbrechungen vor allem in der Bundesgeschäftsstelle der REP in Berlin oder im Stuttgarter Landtag) notiert oder in direktem Anschluss an jedes Interview aus der aktuellen Erinnerung ergänzt. Solche Auffälligkeiten wurden in der Niederschrift des Interviews an

³⁶ In einem Fall war die zweite Kassettenseite nicht gestartet, was eine telefonische Ergänzung des Datenmaterials erforderlich machte. Die ergänzte Niederschrift ließ ich der Befragten nochmals zukommen, um mir die sachliche Richtigkeit bestätigen zu lassen.

³⁷ Times New Roman, Schriftgrad 12, einfacher Zeilenabstand, Ränder: oben, links und rechts jeweils 2,5 cm, unten 2 cm.

entsprechender Stelle eingefügt oder gingen auch in die jeweilige Einleitung eines Interviews ein. Diese Einleitungen umfassen ferner Informationen zur Akquisition des Befragten (Wie wurde er angesprochen? Wer hat den Befragten vermittelt?), zum Wohnumfeld, wenn das Interview beim Gesprächspartner zuhause stattfand, und zur Interviewsituation (Wo fand es statt? Wie war die Atmosphäre?)³⁸.

Festgehalten wurden auch emotionale Äußerungen (lachen, weinen, etc.) oder auch allgemeiner die nur aus der konkreten Interviewsituation erschließbare Amüsiertheit oder Ironie des Gesprächspartners. Etwa nach der zehnten Niederschrift entschloss ich mich dazu, etwa das Räuspern des Befragten, ein Husten sowie in der Alltagssprache gängige ‚Füllwörter‘ bzw. ‚Fülllaute‘ („Äh“, „Ehm“ etc.) nicht zu erfassen, soweit sie keinen eindeutigen Aufschluss über besondere Reaktionen (zum Beispiel auf sensible Fragen) geben.

Zu betonen ist, dass die Niederschriften der Interviews nicht nur einen Datentransfer auf ein anderes Medium darstellten, sondern zum Einen zur Auffrischung, ja zum Wiedererleben der Interviews beitrugen, zum Anderen, während dieser ansonsten geistig nicht besonders herausfordernden Fleißarbeit, auch erstmals die Gelegenheit bestand, den Informationen innewohnende Zusammenhänge aufzuspüren.

Nach der Anfertigung der Niederschriften wurde ferner für jedes Interview eine Zusammenfassung (zwischen 8 und 18 Seiten) geschrieben, die einleitend die demographischen Angaben und dann – angereichert mit Schlüssel-Zitaten – Antworten und Reaktionen in den verschiedenen Abschnitten eines Interviews (s. 4.2) verdichtet. Hierbei wurde jedes Interview auf die zugrundeliegenden impliziten Konzepte der Befragten hin gelesen und interpretiert. Zunächst wurde individuellen und inhaltlichen Auffälligkeiten (zum Beispiel mit Blick auf einflussreiche Personen im Leben des Befragten, Werte und Idee, Selbstverständnis etc.) nachgegangen, um sie dann in den vom Befragten präsentierten lebensgeschichtlichen Zusammenhang zu bringen. Da es sich vorwiegend um retrospektive, lebensgeschichtliche Daten handelt, wird davon ausgegangen, dass diese vom Befragten in Einklang mit den – zumindest zum Zeitpunkt des Interviews – vorherrschenden und bevorzugten Vorstellungen über sich selbst gebracht wurden.

³⁸ Bei den Befragten zuhause kam ich oftmals in den Genuss ihrer Gastlichkeit, d.h. häufig wurden Tee oder Kaffee serviert, manchmal Kekse gereicht. Vor allem wurde dadurch der Einstieg in das Interview erheblich erleichtert, da sich bei dieser Gelegenheit beide Seiten einen ersten Eindruck voneinander machen konnten.

Die folgenden Auswertungsschritte erfolgten in der Regel am schriftlichen Datenmaterial. Manchmal konnte es jedoch auch als notwendig erachtet werden, Unklarheiten mithilfe des Tonmaterials auszuräumen. Die zu einem frühen Zeitpunkt des Prozesses angefertigten Zusammenfassungen erwiesen sich im späteren Verlauf der Studie aufgrund von Revisionen der Codierung und neuen konzeptionellen Erkenntnissen gerade mit Blick auf eine kollektive ‚rechtsextreme Identität‘ oftmals als unpräzise und lückenhaft, so dass auf die Original-Niederschriften zurückgegriffen werden musste.

Nach dieser ausführlichen Bearbeitung der einzelnen Interviews, wurde nach Standpunkten und Ideen/Zielen gesucht, die alle oder mehrere Befragte teilen (kollektive Konzepte). Es wurde also beispielsweise untersucht, ob sich andere Befragte in ähnlicher Weise bezüglich ihrer Ideale präsentieren und ob es diesbezüglich etwa Gemeinsamkeiten in den Berichten über die jeweilige Sozialisation gibt. Hierzu ein kurzes Beispiel:

Joseph (JF, 38) ist ein gebildeter, eloquenter Interviewpartner. Im Laufe des Interviews stellt sich heraus, dass er Geschichte studiert hat. Ferner wird deutlich, dass er sowohl auf die preußischen Wurzeln seiner Familie rekurriert als auch mit einem gewissen Stolz von entsprechenden Traditionen und Karrieren (etwa Vorfahren als Offiziere im Dienste unterschiedlichster Armeen) erzählt. Auch wenn Joseph selbst gewiss kein Militarist ist, sieht er seine Werte und eigenen Ziele und Ideale in dieser Tradition preußischer Tugenden (Liberalismus und Toleranz einerseits, Disziplin und Ordnung andererseits) verwurzelt. Diese Grundstruktur von Josephs Idealen wurde in der Sozialisation durch Familie und Ausbildung geprägt und gefördert. So wurde er etwa Mitglied in der selben Burschenschaft, der sowohl bereits sein Großvater als auch sein Vater angehörten. Letztgenannter spielte in der politischen Sozialisation von Josef eine zentrale Rolle, wenngleich er dessen Engagement bei der JF anfangs recht kritisch gegenüberstand. Auch der situative Rahmen von Josefs Politisierung, die er in die Zeit seines Engagements in der Evangelischen Kirche datiert, ist mit dem Preußentum konsistent: Hier geriet er im Rahmen eines DDR-Besuches in Konflikt mit politisch ‚linken‘ Kollegen, die dort eine nicaraguanische Revolutions-Version des ‚Vater unser‘ vortrugen. Zusammenfassend ist das Preußentum, verkörpert durch die Familie und insbesondere den Vater, also der Schlüssel zum Verständnis von Josephs Selbstverortung. In der gesamten Untersuchungsgruppe wird Joseph damit zum Prototypen für eine Gruppe von fünf Befragten (1 JF/ 4 REP), die sich ideologisch auf preußische Traditionen und/oder die ideengeschichtlichen Ursprünge des Nationalismus und Liberalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beziehen, wie sie auch heute noch in vielen Burschenschaften vertreten werden. Mit allen

Befragten teilt Josef die ‚nationale Rahmung‘ (s. Kap. 6) seines politischen Engagements: Er wurde gerade auch angesichts der als illegitim wahrgenommenen deutschen Teilung und des ‚Unrechtsregimes‘ in der DDR politisch aktiv.

Als weiteres Beispiel für den dialektischen Prozess, anfangs unüberschaubar anmutende Details in übergeordneten Konzepten zu bündeln, die wiederum dem vorliegenden Datenmaterial standhalten müssen, sei auf Albert (REP, 28) verwiesen. Während des Interviews spiegelt seine Art sich auszudrücken – auch im nonverbalen, gestischen Bereich – zunächst scheinbar ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein, eine beinahe altkluge Überlegtheit bis hin zu einer gewissen Überheblichkeit wider. So bezieht er sich auffällig häufig auf große Denker und Dichter (z.B. auf Johann Gottfried Herder, Ulrich von Hutten, Saint-Exupéry, Dante), zitiert solche wiederholt. Aufmerken lässt erstmals sein Hinweis darauf, dass er nie einen Rhetorikkurs besucht habe, Freunde ihm ein „*wunderbar falsches Deutsch*“ attestierten und er letztlich gar nicht so viele Freunde habe, da er bereits in der Schulzeit ein Einzelgänger gewesen sei. Erst im soziodemographischen Teil des Interviews gibt er zu verstehen, dass er „*nichts Größeres*“ als den Hauptschulabschluss vorzuweisen habe. Im Streit mit seinem Vater verließ er damals den familiären Betrieb und brach das Gymnasium ab, um auf eigenen Beinen zu stehen. Ungeachtet, welche Rolle hierbei der familiäre Zusammenhang gespielt haben mag: Was also zunächst als Koketterie erscheint, erweist sich vor diesem Hintergrund als Handikap, genauer als Minderwertigkeitsgefühl. In diesem Kontext erhält Alberts Bericht über ein Erfolgserlebnis im Rahmen seiner Tätigkeit für die REP ein anderes (subjektives) Gewicht: In einer Wahl-Veranstaltung steht er neben Repräsentanten anderer Parteien „*ungefähr 100 Schüler[n]*“ Rede und Antwort. Eingangs aufgeregt und nervös genießt er zum Ende der Veranstaltung das „*tolle Gefühl*“, „*Zuspruch*“ und „*Applaus*“ zu erhalten. Ganz offensichtlich war dieses Erlebnis für Alberts Selbstwert förderlich. Alberts Beispiel lenkt das Augenmerk der Studie damit auch auf einen aus dem Engagement bei den REP resultierenden möglichen Nutzen (zu Kosten und Nutzen des Engagements der Befragten vgl. Kap. 8), der in seiner Bedeutung für die Befragten nur aus deren biographischem Kontext zu erschließen ist.

Vergleichbar hiermit sind zum Beispiel Ute (REP, 63) und Florian (REP, 59), wieweil das Ehepaar unter einem anderen Handikap leidet: Beide sind aufgrund körperlicher Versehrtheit Frührentner. Ute kontrastiert ihre Behinderung unmittelbar mit der Anerkennung, dem Respekt den sie innerhalb der Partei erfährt. Florian – „*zwangsweise Rentner durch Krankheit*“ – füllt die Partei „*mit Arbeit, mit Zuversicht und auch mit Freude*“ aus und gibt ihm

„Halt“. Auf eine ähnliche, nur aus ihrer Lebensgeschichte zu erschließende Motivlage wird im Fall von Beate (REP, 58) später (s. Kap. 8.2) eingegangen.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur Codierung der Interviews: Vom Forschungsinteresse geleitet – also entsprechend des Interviewleitfadens – interessierten Aussagen dazu 1) wie und warum jemand sich bei den REP oder in der JF engagiert, 2) wie sich dieses Engagement im Einzelnen gestaltet, 3) welche Anreize das jeweilige Engagement – gerade auch entgegen der damit verbundenen sozialen Nachteile bzw. Kosten – fortdauern lassen, 4) wie sich Ideen und Ziele – als Inhalte einer ‚rechtsextremen Identität‘ – gestalten und 5) ob explizite Identifizierungen oder Selbst-Interpretationen im Zusammenhang mit dem politischen Einsatz der Befragten zutage treten und zum Tragen kommen. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei den Bestimmungsgrößen einer ‚Topographie rechtsextremer Identität‘ (Kap.7) gewidmet. Die hierfür grundlegenden, unterschiedlich abstrakten Ebenen der Identität wurden aus den Interviews selbst erschlossen und umfassen 1) integrative Rahmungen (Deutschland, Nation) vs. Ausgrenzungen (etwa gegenüber Ausländern oder als Differenzierungen zwischen Christentum/Abendland und Islam/Morgenland), 2) politische Gegner/ Konkurrenten vs. potentielle oder tatsächliche Verbündete, 3) Differenzierungen innerhalb der jeweiligen Eigengruppe (etwa als ideologische Untergruppen innerhalb der Partei bzw. der JF) sowie – für den Untersuchungsgegenstand relevante – Angaben zu 4) Selbstverortungen in Familien- und Bekanntenkreis, gegebenenfalls Überschneidungen zum Kollegenkreis bei den REP oder in der JF.

Anhand von fünf zufällig ausgesuchten Interviews wurden die Codes in einem Co-Rating mit einer Psychologie-Studentin aus Kiel überprüft. Für diese Studentin war die Lektüre der ‚Selbst-Kategorisierungstheorie‘ (Turner et al. 1987) sowie das Konzept ‚politisierte kollektive Identität‘ (Simon/Klandermans 2001) Voraussetzung, bevor sie sich in Bezug auf die Codierung einem zweitägigen Training unterzog.

Angesichts einiger aus dem Co-Rating resultierender Unstimmigkeiten in der Interpretation der Interviews wurde deutlich, dass das Verständnis der politisierten Selbstverortungen der Befragten ein Wissen über historische und politische Ereignisse in Deutschland sowie über die darin involvierten Personen und deren politische Orientierung voraussetzt: Es reicht zum Beispiel nicht aus, den Namen Franz-Josef Strauß zu kennen, um die bloße Erwähnung einer ‚Enttäuschung‘ über dessen Politik im Verlauf eines Interviews sowie die damit einhergehende Selbstpositionierung der Befragten einordnen zu können. Vielmehr erfordert dies ein

Basiswissen über sein Wirken (etwa über den von ihm initiierten ‚Milliarden-Kredit‘ an die DDR und über seine damals dominante Position innerhalb der CSU), um sowohl die Gründung der REP als auch die Standortbestimmung der Partei (und ihrer Mitglieder) in einer national-konservativen Nische ‚rechts‘ von der CSU nachvollziehen zu können. Da sich die Befragten nahezu ausnahmslos im Rahmen ihrer ‚oral-history‘ des eigenen politischen Engagements in einem entsprechenden Rahmen verorten, bleiben ohne derartige Kenntnisse konkrete ideelle wie identitäre Bezüge unklar. Außerdem wurden in dem Co-Rating einige Äußerungen aus den Interviews unterschiedlich interpretiert, weil das größere Kontextwissen (etwa Eindrücke aus der unmittelbaren Befragung, Zusatzinformationen am Rande der Interviews) des Interviewers (auch als derjenige, der die Interviews niedergeschrieben und zusammengefasst hat) manchmal andere Deutungen nahe legte. Auch wenn sich dieses Co-Rating aufgrund des Umfangs der Codes sowie der Interviews einer statistischen Überprüfung der Reliabilität entzog, wurden mehrdeutige und/oder missverständliche (im Co-Rating strittige) sowie überflüssige Codes gestrichen, das daraus resultierende Analyseinstrument dementsprechend geschärft. Die schließlich der Datenanalyse zugrundeliegenden Codes sind im Anhang (Anhang 3) beigefügt.

Anfangs wurde damit begonnen, die Daten mittels ‚Atlas.ti‘ – einer Software zur Analyse qualitativer Daten – zu kategorisieren/codieren. Nach mehrfachen Revisionen der Codes und daraus resultierenden Umstellungen wurde diese Möglichkeit jedoch verworfen. Die Datenanalyse und Konzeptableitung erfolgte also ‚handverlesen‘.

Die nächsten Kapitel umfassen die Darstellung und die Diskussion der Ergebnisse der Untersuchung. Im folgenden Kapitel wird zunächst erörtert, wie die Befragten im weiteren gesellschaftlichen Kontext sozialstrukturell und lebensweltlich zu verorten sind und welche Informationen aus den Interviews zum politischen Werdegang der Befragten zu erschließen sind.

5 Ergebnisse 1: Extremismus aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘

Der Extremismusbegriff an sich impliziert eine Verortung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am Rande unserer Gesellschaft. Aus (sozial)psychologischer Warte erfüllt diese Sichtweise insofern auch eine Schutzfunktion, als dass ihr zufolge Rechtsextremismus als möglichst abwegige Erscheinung fernab von ‚uns‘ vermeintlich redlichen Demokraten auszumachen ist. Entsprechend ist die öffentliche Wahrnehmung rechtsextremer Akteure häufig von Klischees und Vorurteilen geleitet: Werden diese Akteure etwa vorwiegend in mit Springerstiefeln bewehrten Skinheads oder in, inzwischen an Zahl abnehmenden, greisen Alt-Nazis ausgemacht, so verleihen ‚wir‘ dem Rechtsextremismus dadurch auch ein ‚uns‘ möglichst unähnliches Gesicht und platzieren ihn damit beispielsweise in einer anderen Altersklasse (einer Jugendkultur) bzw. in einer anderen, zurückliegenden Zeit (der des Nationalsozialismus). Ein antizipiertes Ergebnis dieser Studie besteht allerdings gerade darin, dass die Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auch gegenwärtig in die *Mitte unserer Gesellschaft* reichen.

Freilich ist hierbei zunächst zu klären, was unter der ‚Mitte der Gesellschaft‘ zu verstehen ist. Mit Blick auf sozialstrukturelle Zuordnungskriterien – Bildung, Beruf, Einkommen (bzw. Besitz) – lässt sich zumindest der Eindruck erhärten, dass die Befragten eher der *Mittelschicht* zuzurechnen sind. Wie Heiko Geiling und Michael Vester (1991: 240) ausführen, sind Klassen- und Schichttheorien allerdings hinsichtlich einer feineren Differenzierung vertikaler und horizontaler gesellschaftlicher Unterschiede unzureichend, in den Sozialwissenschaften daher obsolet. Zur Eruierung und Unterscheidung gesellschaftlicher Mobilisierungspotentiale zieht zum Beispiel die Bewegungsforschung (vgl. Forschungsjournal NSB 1990) infolgedessen neben sozialstrukturellen Daten auch solche zum Lebensstil heran. In diesem von Pierre Bourdieu begründeten Ansatz fließen Informationen zu „sozialen Positionen“ und „sozialen Lagen“, „Lebensstilen“ sowie zum „Habitus“ in einer Bestimmung *sozialer Milieus* (Bourdieu 1982; Geiling/Vester 1991) zusammen. Soziale Milieus sind demnach subkulturelle Einheiten innerhalb der Gesellschaft, in denen sich Personen zusammenfassen lassen, die ähnliche Lebensauffassungen und Lebensweisen aufweisen. Aus dieser Perspektive wird eine ‚Mitte der Gesellschaft‘ grundsätzlich vage, da sich vielfältige und differenziertere Milieus quer durch die Gesellschaft ziehen. Geiling und Vester (1991: 242) skizzieren drei Definitionskriterien sozialer Milieus, die in der SINUS-Lebensweltanalyse (o.J.) zur Anwendung kamen: „*Wertorientierungen* (Lebensziele, materielle Werte, postmaterielle Werte, Vorstellungen von

Glück), *Alltagsbewusstsein* (Arbeits- und Freizeitmotive, Einstellungen zu Familie und Partnerschaft, Zukunftsvorstellungen, Lebensstile), *Sozialer Status* (Schulbildung, Beruf, Einkommen)³⁹.

Die vorliegenden Daten liefern für eine genauere Analyse, welchen Milieus die Befragten zuzuordnen sind, unzureichenden Aufschluss. Eine ‚Lebensweltanalyse‘ würde auch den Rahmen dieser Studie sprengen. Dennoch seien einige vorsichtige Vermutungen hinsichtlich der sich in vorliegender Stichprobe widerspiegelnden sozialen Positionen und Lagen angestellt (Kap. 5.1). Immerhin können hierzu auch deutlichere Hinweise auf Wertorientierungen – vor allem in Form ideologischer Konzepte und Ziele (ausführlicher hierzu Kap. 6.1.2.1) – und auf sozialen Status – in Form von Informationen über Bildungsstufe und Beruf der Befragten – herangezogen werden. Hinzu kommen die unmittelbaren Eindrücke, die im Rahmen der Befragung von zehn Republikaner (Richard, August, Klaus, Angela, Franz, Beate, Jakob, Heinrich, Ute und Florian) bei ihnen zuhause gewonnen werden konnten, sowie im Rahmen der Interviews erhaltene Indikatoren auf Lebensstil und Habitus.

Vorweggenommen sei, dass mit Blick auf ihr „Kapitalvolumen“ – sowohl hinsichtlich „kulturellen Kapitals“ (vereinfacht: Bildung) als auch „ökonomischen Kapitals“ (vereinfacht: Einkommen, Besitz) (vgl. Bourdieu 1982, Geiling/Vester 1991) – die Befragten aus dieser Perspektive jedenfalls weitestgehend als sozialstrukturell und lebensweltlich wohl integrierte Mitglieder unserer Gesellschaft betrachtet werden können, die ausschließlich durch ihre als abweichend wahrgenommene öffentliche Selbstpositionierung im rechtsextremen politischen Spektrum denen einer politischen Mitte zugeordneten Normen widersprechen. Hervorgehoben werden muss in diesem Zusammenhang allerdings ausdrücklich, dass die Befragten der vorliegenden Stichprobe nicht das gesamte, vielgestaltige Feld rechtsextremer Akteure repräsentieren. Bei rechtsextremen Gewalt- und Straftätern handelt es sich beispielsweise eher um jugendliche (zwischen 15 und 24 Jahren) Männer (tatverdächtige Frauen machen nur etwa 5% aus), die sich noch in Schule oder Ausbildung befinden oder arbeitslos (der Anteil der Arbeitslosen beträgt 21,4%) sind und vorwiegend dem Arbeitermilieu oder Kleinbürgertum entstammen (Willems 1996)⁴⁰. Die Befragten sind demgegenüber weitgehend einflussreiche Funktionsträger einer Partei bzw. Redakteure mit einem Durchschnittsalter von 43,08 Jahren (22 bis 78 Jahre alt), die – bis auf einen Arbeitslosen, einen Studenten und zwei Rentner – berufstätig sind. Formaler Bildungsabschluss und sozialer Status (zu Bildung und Hinweise

³⁹ Zur ausführlicheren Illustration verschiedener Milieus s. auch das Editorial zum Themenheft ‚Strukturwandel und neue soziale Milieus‘ des Forschungsjournals NSB von Bärbel Clemens (in: Forschungsjournal NSB 1990, Jg. 3, Heft 3, 22-32).

⁴⁰ Die hier stark verkürzten – und damit vereinfachten – Angaben zu Täterstrukturen und sozialen Milieus sind einem Beitrag von Helmut Willems über „Kollektive Gewalt gegen Fremde“ (1996: 37f.) entnommen.

auf Milieus s.u.) sind für die Mehrzahl der Befragten höher einzustufen, ihre familiäre Herkunft ist eher in wohlbehüteten Elternhäusern auszumachen.

Ein zweiter, vom sozialstrukturellen wie lebensweltlichen nicht unabhängiger Zugang zur ‚Mitte der Gesellschaft‘ erschließt sich aus politischer Perspektive. Tatsächlich ist es ja gerade diese imaginäre Mitte unserer Gesellschaft, um welche die großen ‚Volksparteien‘ buhlen und die sie, durchaus unter Rückgriff auf lebensweltliche Bezüge potentieller Wähler, in ihren Kampagnen neu zu definieren versuchen (vgl. zum Beispiel den 1998 von der SPD ins Feld geführten Begriff der „neuen Mitte“, das SPD-Plakat zur Bundestagswahl 2002 „Der Kanzler der Mitte“ oder die FDP – seinerzeit abgrenzend zu der von den ‚Volksparteien‘ okkupierten Mitte – mit ihrem, inzwischen ad acta gelegten, Slogan: „Die Partei der Besserverdienenden“). Dabei zielen PR-Agenturen und Politik-Berater mit ihrem Verständnis der Mitte offensichtlich zunächst auf die Mehrheitsfähigkeit ihres Klientels durch die Stimmen unterschiedlichster Wählergruppen ab. Der Verfassungsschutz definiert die ‚politische Mitte‘ allerdings durch die ‚freiheitliche demokratische Grundordnung‘ des Grundgesetzes, die auch den Extremismus-Begriff einer ‚wehrhaften Demokratie‘ bestimmt.

Schaut man sich die politische Herkunft der Befragten jedoch genauer an (Kap. 5.2), so kann ihr rechtsextremes Engagement weder als unmittelbares familiäres, extremistisches Erbe betrachtet werden, die Generation der Eltern zeigt vielmehr Affinitäten zu den etablierten Parteien (Kap. 5.2.2), noch sind alle Befragten von vorne herein am rechten Rand des Parteienspektrums aktiv. Dies wirft die Frage auf, wie sie politisiert wurden, um sich schließlich für ein Engagement bei den REP oder in der JF zu entscheiden. Hierbei ist von besonderem Interesse, welche Ereignisse dazu führten, dass aus ihrer Warte die etablierten Parteien an Integrationskraft und Attraktivität einbüßten (Kap. 6.2.1) und die Befragten stattdessen einen Standpunkt nahe dem rechten Rand des politischen Spektrums vorzogen.

Ein dritter Zugang zur ‚Mitte der Gesellschaft‘ eröffnet sich aus sozialpsychologischer Perspektive über die sozialen Kategorisierungsprozesse, die einer rechtsextremen Identität zugrunde liegen und ihr Form und Inhalt verleihen. Wie aufzuzeigen sein wird (Kap. 6), handelt es sich bei der für das gemeinsame Engagement vorliegender Stichprobe entscheidenden, von den Befragten geteilten *nationalen Rahmung* der sozialen Umwelt um eine gesellschaftlich wenig hinterfragte, in alltäglichen Routinen stets aufs Neue reproduzierte Kategorie (Billig 1995; vgl. Wimmer 2002). Mit anderen Worten: Eine kollektive Identität, wie sie anhand dieser Studie nachgezeichnet werden soll, ist den Identitätsbezügen, die vorrangig von

Repräsentanten der Unionsparteien, aber auch von Sozialdemokraten im Wettstreit um Wählerstimmen immer wieder bemüht und heraufbeschworen werden, gar nicht so fern, wie ‚wir‘ es gerne wahrnehmen würden (vgl. Kap.6 bis Kap.9).

Im Einzelnen gestaltet sich dieses fünfte Kapitel wie folgt: Zunächst wird der Frage nachgegangen, wie die in dieser Studie befragten Akteure von REP und JF in Bezug auf sozialstrukturelle (Bildung, Beruf) sowie lebensweltliche Aspekte in der Gesellschaft zu verorten sind (Kap. 5.1).

Der zweite Abschnitt (Kap. 5.2) befasst sich dann auf der politischen Dimension mit dem Werdegang der Befragten. Zunächst wird dokumentiert, dass ein Großteil der Befragten im Laufe ihrer Lebensgeschichte den etablierten bzw. allgemein als demokratisch anerkannten Parteien anhängen, zum kleineren Teil in diesen sogar als Mitglieder aktiv waren. Dieser Eindruck einer gewissen Nähe zur politischen Mitte der Gesellschaft wird durch die von den Befragten erfragten ‚respektierten Persönlichkeiten des politischen Lebens‘ bzw. ihre politischen Vorbilder erhärtet (Kap. 5.2.1). Anschließend wird auch anhand von Sozialisationsbedingungen (Eltern, Familie, Lehrer, Freundeskreis; Kap. 5.2.2) aufgezeigt, dass weniger ein radikalisiertes Umfeld, wohl aber die Vermittlung konservativer, traditionsbezogener und nationaler Elemente auf dem Weg der Akteure zu ihrem gegenwärtigen politischen Engagement eine Rolle spielten.

Und schließlich wird – zunächst, ohne dezidiert auf die jeweiligen Motive (hierzu s. Kap. 6.1.2.1, Kap. 8) einzugehen – nachgezeichnet, wie die Befragten, nach einer Abkehr von der ‚etablierten politischen Mitte‘ (Kap. 6.2.1), auf der aktiven Suche nach einem neuen Betätigungsfeld Zugang (Kap. 5.3) zu einer Partei ‚jenseits dieser Mitte‘ gefunden haben. Bei den Redakteuren der JF handelt es sich diesbezüglich um einen etwas anders gearteten Prozess, vor allem da sie in der Redaktion berufstätig sind: In Bezug auf diese Gruppe ist vielmehr zu skizzieren, dass die Befragten – zumindest mittlerweile – einer Tätigkeit im Rahmen einer Partei ein rechts-nationales Engagement im medialen Bereich politischer Meinungsbildung vorziehen (Kap. 5.3.4).

Wie bereits erwähnt, fällt das erste Interview mit dem Ex-Neonazi ‚Hermann‘ in vielerlei Hinsicht derart aus dem Rahmen, dass es bei der folgenden Darstellung und Analyse der

Ergebnisse nicht berücksichtigt wird. Die relevante Stichprobengröße beläuft sich demnach auf 24 Befragte, von denen vier der JF, zwanzig den REP zuzurechnen sind.

5.1 Wer sind die Akteure? – Sozialstrukturelle und lebensweltliche Verortung

Unmittelbar aus den Interviews können zumindest aus Angaben zum jeweiligen Bildungsabschluss Rückschlüsse auf den sozialen Status der Befragten gezogen werden. Für die Gesamtstichprobe ist dabei augenfällig, dass 13 von 24 Befragten Abitur (6) oder darüber hinaus einen Universitätsabschluss (7) als höchsten erreichten Bildungsabschluss angeben. Von den sechs Befragten mit Abitur haben zwei ein Universitätsstudium abgebrochen, während Karl (REP, 26) zum Zeitpunkt des Interviews Student war.

Bernhard (REP, 22) hatte zum Zeitpunkt des Interviews die Mittlere Reife und stand kurz vor der Einberufung zur Bundeswehr, plante allerdings für die darauffolgende Zeit, sein Abitur nachzuholen und zu studieren.

Vier weitere Befragte geben als zuletzt erreichten Bildungsabschluss das Fachabitur an. Von diesen vier absolvierten drei danach eine praktische Ausbildung, während Horst (JF, 34) das anschließende Studium abbrach.

Die übrigen sechs Befragten erlangten einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss (9. Klasse) oder die ‚Mittlere Reife‘ (Realschule). Hiervon absolvierten fünf hiernach eine praktische Zusatzausbildung, die vereinfachend einer Lehre gleichgesetzt werden kann. Albert (REP, 28) ‚schmiss‘ das Gymnasium (s. Kap. 4.3), um schließlich Bankangestellter zu werden. Ute (REP, 63) wurde in der Nachkriegszeit durch berufliche Praxis zur Buchhalterin ausgebildet. Ihr Ehemann Florian (REP, 59) machte eine Gärtnerlehre. Jakob (REP, 63) besuchte nach der Mittleren Reife und einer Lehre schließlich auch die Akademie für Führungskräfte. Claudia (REP, 51) absolvierte eine Verwaltungslehre.

Nicht unterschlagen werden soll in Bezug auf diese letztgenannte Gruppe, dass auch seitens der Befragten der eigene soziale Status mit der Frage nach dem zuletzt erreichten Bildungsabschluss reflektiert wird. Besonders deutlich wird dies bei Jakob (REP, 63), der hierzu folgendes ausführt:

„Ich war sehr früh [in der Arbeitswelt], habe mein ganzes Wissen auf dem zweiten Bildungsweg (...) nach der Volksschule gemacht. Ich bin zuerst in die Lehre, das waren sechs Kinder und der übliche Weg. Und die Hälfte der Familie ist, wenn man so will, Nicht-Akademiker, und die zweite Hälfte der Familie – das kann man genau an den Jahren festmachen, wo die

Familien anfangen, wieder Geld zu verdienen – die (...) haben dann unter anderem Doktorwürden und so weiter. Macht mir nichts aus. (...) Vom Talent, Qualität her hatte ich wahrscheinlich mehr wie die anderen; natürlich, manchmal [hatte ich] gewisse Probleme: Ich bin, würde ich sagen, ein Halbgebildeter, im echten Sinne des Wortes, nicht im negativen. Man macht ja jeden gleich fertig, der nicht alles weiß. Dabei meine ich schon oder ich weiß auch, dass die Anderen auch nicht alles wissen [lacht]“.

Richard (REP, 49) berichtet beispielsweise mit Bedauern davon, wie er sich um die Aufnahmeprüfung für das Gymnasium gedrückt hatte. Dabei lässt er nicht unerwähnt, dass sein Schulfreund, den er zur Aufnahmeprüfung begleiten sollte, heute Arzt ist.⁴¹

Nichtsdestoweniger kann das Bildungsniveau innerhalb der Stichprobe insgesamt als relativ hoch veranschlagt werden. Anzumerken ist hierzu zweierlei: Zum Einen zeichneten sich die Redakteure der JF nicht nur durch eine ihrem Berufsstand entsprechende Eloquenz aus, sondern untermauerten ihre Standpunkte mit bemerkenswertem Wissen über historische und politische Ereignisse. Auch in einigen Lebensläufen findet dieses ausgeprägte Interesse an historischen und politischen Ereignissen seinen Niederschlag. So weisen bspw. von den REP zwei Befragte ein abgeschlossenes Geschichtsstudium vor (in einem Fall mit Nebenfach Politikwissenschaften), während sich innerhalb der JF ebenfalls ein Historiker und ein weiterer JF-Redakteur ausmachen lassen, der – neben Politikwissenschaften, Soziologie, und Völkerkunde – auch Geschichte studiert hatte, bevor er das Studium abbrach. Andere Befragte – etwa Franz (REP, 41) und Karl (REP, 26) – weisen ausdrücklich auf die Bedeutung ihres Interesses an Geschichte für den eigenen politischen Werdegang hin. In Vorausschau auf die Erörterungen zu rechtsextremer Identität (Kap. 6) ist zum Anderen zu ergänzen, dass lebensgeschichtlichen Bezüge zur deutschen Geschichte als *eine* notwendige Voraussetzung der von allen Befragten geteilten ‚nationalen Rahmung‘ betrachtet werden. Begründen sich diese Bezüge zum Beispiel auf das eigene Erleben als ‚Kriegsteilnehmer‘, ‚Nachkriegs-Kind‘, ‚Heimatvertriebener‘ oder die der ‚deutschen Teilung‘ etc. (ausführlicher s. Kap. 5.7), beziehungsweise auf solche durch Familie und Freundeskreis vermittelte Erfahrungen, so ist an dieser Stelle bemerkenswert, welche Rolle sie bei den o.g. vier Befragten auch in der jeweiligen Auswahl des Bildungsweges spielten.

⁴¹ Erinnert sei hier wiederum an Albert (REP, 28; vgl. Kap. 4.3), dessen Schulabbruch seinem Selbstwert offenbar abträglich ist.

Darüber hinaus ist die Affinität zur Geschichte grundsätzlich ein Hinweis darauf, wie sich Individuen auf der Zeitdimension im Kontext von Kultur und Traditionen verorten und bestrebt sind, ihren eigenen Ursprüngen nachzuspüren (,Warum bin ich, wer ich bin?‘, bzw. ,Warum sind wir, wer wir sind?’). Hierin manifestiert sich ferner das Bedürfnis, der eigenen Identität Kontinuität zu verleihen.

Weitere Hinweise auf soziale Lagen und Positionen ließen sich aus den jeweiligen Berufen der Befragten sowie aus – auch am Rande der Interviews gewonnenen – Informationen über ihren jeweiligen Besitz und Lebensstil ableiten. Dass von den 24 Befragten dreizehn angestellt (zuzüglich zwei Ruheständlern) und sieben selbständig sind, einer arbeitslos ist und ein weiterer zur Zeit des Interviews studierte, gibt freilich wenig Aufschluss auf den (relativen) sozialen Status der Befragten, da das jeweilige Einkommen nicht erfragt wurde. Aussagekräftiger sind hierzu vor allem die Notizen zur jeweiligen Wohnsituation, die im Rahmen der zehn Interviews gemacht wurden, welche bei den Befragten zuhause durchgeführt wurden (vgl. auch Tab. 4.2). Dabei lassen sich im Falle von August (REP, 40: Handlungsreisender), Klaus (REP, 48: Bankangestellter), Angela (REP, 35: Verlagsangestellte), Beate (REP, 58: Kaufmännische Angestellte in gehobener Position), Jakob (REP, 63: Kaufmann) und Heinrich (REP, 78: Doktor med.) durchaus Rückschlüsse auf einen gewissen Wohlstand ziehen. Diese sechs Befragten wohnen alle in, teilweise recht stattlichen, Eigenheimen in der Peripherie von Stadtzentren, im ‚Grünen‘. Ähnliches lässt sich von Britta (REP, 44: Architektin) vermuten, die außerdem von Geschäftsgesprächen auf dem Golf- und dem Tennisplatz berichtet, von Claudia (REP, 51: Angestellte im öffentlichen Dienst), deren Ehemann anderenorts eine führende Rolle in der Partei spielt, sowie im Fall von Silke (REP, 56: Apothekerin), die sich selbst eher im Bildungs-Bürgertum verortet.

Ohne eine exakte Zuordnung der Befragten zu spezifischen Milieus belegen zu können⁴², weisen also die vorliegenden Daten darauf hin, dass sich die sozialen Lagen und Lebensstile der Befragten quer durch unsere Gesellschaft ziehen. In Übereinstimmung mit anderen Studien widerspricht dieses Ergebnis der Annahme einer milieubedingten Disposition zum Rechtsextremismus. Peter Loos (1996) kommt beispielsweise zu dem Resultat, dass sich die Deutungsmuster von Anhängern der Republikaner nur geringfügig von jenen der Nichtanhänger dieser Partei unterscheiden. Allerdings ist hervorzuheben, welche konkreten Zuordnungen

⁴² Unterschieden werden das ‚technokratisch-liberale‘, das ‚konservativ-gehobene‘, das ‚alternativ-linke‘, das ‚hedonistische‘, das ‚aufstiegsorientierte‘, das ‚kleinbürgerliche‘ Milieu sowie das ‚traditionelle‘ und das ‚traditionslose Arbeitermilieu‘ (vgl. Geiling/Vester 1991; Forschungsjournal NSB 1990, Jg. 3, Heft 3, 22-32).

der Befragten dieser Studie zu sozialen Milieus auf jeden Fall auszuschließen sind: Mit Blick auf die Wertorientierungen der Befragten (vgl. Kap. 6.1.2.1) erfolgt eine explizite Abgrenzung von der oberflächlichen Verspieltheit des „hedonistischen“ sowie eine klare Distanzierung zu politischen Positionen des „alternativ-linken Milieus“. Eine Ausnahme stellt hier Hans (JF, 36) dar, dem nicht nur an kultureller Vielfalt liegt, sondern der sich zudem im alternativ-linken Milieu immer wohler gefühlt hat als in einem rechten subkulturellen Kontext:

„(R)echte Kultur‘ oder so was ist ja sowieso sehr fragwürdig, was es da so gibt. Eigentlich eher so, [dass ich] mich in diesem linken Umfeld, in dieser alternativen Szene immer sehr wohl gefühlt hab‘. Und dass eigentlich immer gerade so im Umfeld der Anti-AKW-Bewegung oder Umweltbewegung, Friedensbewegung da auch alles, was rechts ist, ist oftmals sehr dumpf irgendwie: [mit] Liedermachern, die so aufgesetzt politisch sein wollen und rechts, kann ich also sehr wenig mit anfangen.“

Um doch nochmals den Schichtbegriff veranschaulichend zu bemühen, lassen sich die Befragten größtenteils der Mittelschicht, zum kleineren Teil der oberen Mittelschicht zuordnen. Keinesfalls handelt es sich aus sozialstruktureller wie lebensweltlicher Perspektive bei den Befragten jedoch um Personen ‚am Rande unserer Gesellschaft‘.

5.2 Zur politischen Herkunft der Befragten

Auch die politische Herkunft der Befragten – das heißt, ihr politisches Engagement bzw. ihre politische Orientierung vor ihrem Eintritt in die Partei– will in den meisten Fällen nicht so recht in die gängigen Schubladen von ‚Radikalismus‘ oder ‚Extremismus‘ passen. Informationen hierzu liefern vor allem die explizit erfragten Berichte zu ihrem jeweiligen politischen Werdegang.

So betont etwa Richard (REP, 49), immer „rechts“ und „konservativ“ gewählt zu haben, meint damit aber zunächst seine damalige Affinität zur CDU/CSU. Ein Franz Josef Strauß mit bundesweitem Einfluss wäre seinen politischen Vorstellungen entgegengekommen. In Bezug auf einen ehemaligen NPD-Funktionär (Karl Denkewitz), dessen Position und Engagement Richard sehr respektierte, bedauert er allerdings auch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der REP (vgl. Kap. 3.1.1, Phase 1983-1990).

August (REP, 40) ist vor allem ‚ökologisch‘ motiviert, hat sich daher für die GRÜNEN interessiert und war zeitweise ÖDP⁴³-Mitglied.

⁴³ ‚Ökologisch Demokratische Partei‘, eine konservative Abspaltung aus dem Umfeld der Grünen.

Klaus (REP, 48) war einst bei den JUSOS aktiv und später SPD-Mitglied. Diese verließ er in den frühen 70er-Jahren in Reaktion auf die ‚Wienand-Affäre‘⁴⁴.

Franz (REP, 41) hatte seinerzeit als CSU-Anhänger im „linken“ Niedersachsen (zunächst in der SU – Schüler-Union –, später als CDU/CSU-Mitglied) eine Ausnahmeposition im Kreis der Mitschüler.

Beates (REP, 58) Ehemann, der inzwischen verstorben ist, war zunächst CDU-Mitglied und in der CDA (Christlich-Demokratische Arbeiterschaft) aktiv, bevor er zu den REP der Gründungszeit zählte. Von da an war sie an seiner Seite aktiv, zuvor aber eher der CDU zugetan.

Britta (REP, 44) berichtet davon, dass sie während ihres Studiums mit den GRÜNEN sympathisierte, weil diese mit ihrem ökologischen Schwerpunkt und ihrem damals basisdemokratischen Ansatz vertraten, wofür sonst keine Partei stand.

Heinrich (REP, 78) war bis zu seinem Parteiausschluss – er hatte zum Tod von Oberst Rudel explizit Position für diesen bezogen – aktives CDU-Mitglied.

Eduard (REP, 50) war zuvor ebenfalls CDU-Mitglied und in der CDA engagiert.

Von den zwanzig befragten REP waren also immerhin fünf zuvor Mitglied in anderen Parteien (CDU/CSU: 3, SPD: 1, ÖDP: 1).

Von den übrigen 15, deren aktives Engagement eigentlich erst mit ihrer Mitgliedschaft bei den REP beginnt (vgl. auch 5.3.1), weisen insgesamt neun auf ihre frühere Nähe – sei es im Sinne von Sympathien oder von Wahlverhalten – zu etablierten Parteien hin (CDU/CSU: 6, SPD: 2, GRÜNE: 4, FDP: 2; Mehrfachnennungen – etwa von einstigen Wechselwählern – möglich). Ein REP hatte sogar bei den letzten Kommunalwahlen für PDS und GRÜNE votiert, die ansonsten für den politischen Gegner der REP schlechthin stehen (vgl. Kap. 6).

Auch die politische Entwicklungen der übrigen sieben befragten REP, von denen keine Aussagen zu früheren Partei-Präferenzen vorliegen, sind aufschlussreich:

So war Fritz (REP⁴⁵, 32) bereits zu Studienzeiten im RHV (Hochschulorganisation der REP) und als Mitglied im national-konservativen Witiko-Bund (Gesinnungsgemeinschaft der Sudetendeutschen Landsmannschaft) aktiv. Wie Michael (REP, 41) spielte in diesem Fall auch die Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft (der selben, der auch der Parteivorsitzende Schlierer angehört) eine erhebliche Rolle in der politischen Sozialisation.

⁴⁴ Auf den damals von Rainer Barzel (CDU) initiierten Misstrauensantrag gegen Willy Brandt hin, flossen über den damaligen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Karl Wienand, Gelder an Abgeordnete der Opposition, um sich deren Stimmen zu erkaufen.

⁴⁵ Anzumerken ist, dass Fritz zum Zeitpunkt des Interviews zwar im Stuttgarter Landtag für die REP-Fraktion arbeitete, jedoch kein Partei-Mitglied war.

Angela (REP, 35) wurde durch ein Flugblatt der DVU angeregt, sich politisch näher zu informieren. Nachdem sie allerdings von deren „*fremdenfeindlicher*“ Position und Unseriosität abgeschreckt wurde, suchten sie und ihr Ehemann ein Betätigungsfeld bei den REP.

Als Armin (REP, 32) von einem Auslandsaufenthalt nach Deutschland zurückkehrt, findet er bei den REP seine politische Heimat. Armin hatte seine Jugend an einer österreichischen Schule verbracht und sich bereits währenddessen über politische Entwicklungen in Deutschland auf dem Laufenden gehalten. Neben einer gewissen Affinität zu den GRÜNEN gab schließlich ein Werbespot der REP den Ausschlag für sein späteres Engagement.

Bernhard (REP, 22) zeigt zwar Sympathien für die Position eines Franz Josef Strauß, wird aber erst durch den Freundeskreis zu politischer Aktivität bei den REP animiert.

Karl (REP, 26) hatte schon vor seiner REP-Mitgliedschaft an von den ‚Jungen Nationaldemokraten‘ (JN; Jugendorganisation der NPD, s.o.) organisierten Protestaktionen teilgenommen.

Florian (REP, 59) hatte wohl immer schon eine Affinität zu rechtsextremen Wahlparteien, fand aber offensichtlich erst mit den REP – gemeinsam mit seiner Frau Ute (63) – ein öffentlich vertretbares Betätigungsfeld.

Bezüglich anderer rechtsextremer Wahlparteien (vor allem NPD, DVU) widersprechen neben Florian übrigens nur Richard (REP, 49; s.o.), Heinrich (REP, 78) und Karl (REP, 26) dem Duktus der Abgrenzungsbeschlüsse ihrer Partei: Sowohl Heinrich als auch Karl bedauern, dass sich die Rechte in wechselseitiger Zerstrittenheit selbst lähmt. Karl billigt der NPD explizit einen berechtigten Platz im Parteienspektrum zu. Seine Lektüre von Informationsmaterial der NPD kommentiert er folgendermaßen:

„Es ist mir schon zuviel Aggressivität drin (...). Das ist zum Beispiel auch Aggressivität, die sich jetzt auch gegen Leute richtet, wie uns jetzt zum Beispiel, wie die Republikaner. Also ich denke schon, dass die NPD eine gewisse Berechtigung hat, wo beide Seiten (...) sich halt irgendwie tolerieren müssen.“

Was die Redakteure der JF betrifft, so ist zunächst hervorzuheben, dass sie generell eine gewisse Parteienverdrossenheit aufweisen und ihre publizistische Tätigkeit als sinnvollere Alternative des politischen Engagements betrachten. Doch bringen drei von vier JF-Redakteuren gewisse Sympathien für die REP – etwa in Form ihrer letzten Stimmabgabe bei Wahlen (2) – zum Ausdruck, wenngleich sie sich durchweg von der Partei während der Schönhuber-Ära distanzieren. Erst mit dem Führungswechsel innerhalb der REP – von Schönhuber zu Schlierer – werden die REP aus ihrer Warte wieder annehmbar.

Josef (JF, 38) – dessen soziale Aktivitäten in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) ihren Anfang nahmen – zeigte darüber hinaus auch eine gewisse Affinität zu CDU und F.D.P. Allerdings wurde ihm *„immer schon nahegelegt, FDP kann man eigentlich nicht wählen, weil die sind keine gute Wahl für einen Christen. Die CDU - äh - passt mir eigentlich seit langer Zeit auch nicht mehr. Mit den Republikanern kann ich eigentlich nichts anfangen.“*

Die politische Karriere von Horst (JF, 34) reicht weit zurück: Er war bereits in seiner Jugend in der Jungen Union (JU), später im RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) aktiv und wurde schließlich CDU-Mitglied. Von 1989-1991 war er REP-Mitglied, dann – aufgrund der Querelen mit Schönhuber – kurzzeitig in der ‚Deutschen Liga für Volk und Heimat‘ (DLVH) aktiv. Im Interview distanziert er sich aber von deren extremistischen Positionen. Ein im wahrsten Sinne des Wortes ‚einschneidendes‘ Erlebnis und entscheidend für seine Abkehr vom parteipolitischen Engagement war ein Messer-Attentat in einem Berliner Restaurant, dem ein politischer Weggefährte zum Opfer fiel, während Horst selbst schwer verletzt wurde. Bereits als Schüler interessierte sich Gero (JF, 29) für *„nationalneutralistische“* Ansätze zur Ermöglichung der deutschen Einheit, stellte im Unterricht unbequeme Fragen und betätigte sich schließlich in der JU. Später hatte Gero gute Kontakte zu Handlos, einem der REP-Gründer, und sympathisierte kurzzeitig mit der von Handlos nach seinem Austritt aus der Partei gegründeten ‚Freiheitlichen Volkspartei‘, die sich allerdings bald darauf als *„absolute Pleite“* – so Gero – erwies. Fortan sah Gero seine Betätigungsfeld im publizistischen Bereich. Geradezu schillernd in ihren Eigenheiten ist die politische Entwicklung von Hans (JF, 36): Als Pfadfinder bezog er sich bereits auf die Ideale der Wandervögel, sein politisches Engagement war daher vor allem stets ökologisch geprägt. Nicht zuletzt seine Erfahrungen als Zollbeamter an der innerdeutschen Grenze machten auch für ihn die deutsche Frage, die deutsche Teilung und den ‚Unrechtsstaat DDR‘ zu zentralen Themen seines politischen Standpunktes. Infolgedessen unterstützte er bspw. die Initiative ‚Freiheit für Matthias Barth‘ – einem damals in der DDR inhaftierten Fluchthelfer. Zeitweise suchte er Kontakt zu ökologisch aktiven Kreisen innerhalb der NPD, später ebenso – im Rahmen verschiedener Protestaktionen – zu vielen *„linken Organisationen“*. So kooperierte er unter anderem auch mit Aktivisten des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) in Aktionen gegen das Atomkraftwerk Brockdorf oder gegen den ‚Nato-Doppelbeschluss‘. Unter dem Einfluss der ‚Neuen Rechten‘, von ‚Nationalrevolutionären‘ und ‚Solidaristen‘ (vgl. auch Kap. 3.1.1, die Phase 1966-1982) betätigte er sich zeitweise in einem *„genossenschaftlich“* organisierten Zeitschriften-Projekt (‚Wir selbst‘). Sein politisches Engagement ist, wenngleich durch die zeitaufwendige Tätigkeit bei der JF gebremst, nach wie vor vielfältig, seine Sozialisation im

Kontext sozialer Bewegungen sowie sein Selbstverständnis als „*Linksnationalist*“, „*nationaler Anarchist*“, Regionalist und Basisdemokrat (u.a. ist er Mitglied in der ‚Initiative für mehr Demokratie‘) im Rahmen der Stichprobe auffallend.

5.2.1 Politische Vorbilder

Vor dem Hintergrund des etablierten politischen Spektrums können auch die Aussagen der Befragten dazu, welche politischen Persönlichkeit(en) der Gegenwart sie am meisten „bewundern“, nicht durchweg als ‚extrem‘ bewertet werden.

Die entsprechende Frage, die im Rahmen ‚politischer Variablen‘ erhoben wurde, stieß in dieser Formulierung oftmals auf Widerstreben. Nach angebotenen Alternativvorschlägen⁴⁶ wurde sie aber nur von vier Befragten nicht beantwortet. Um den Gesprächspartnern keine allzu großen Beschränkungen aufzuerlegen, wurden auch inzwischen verstorbene Personen des politischen Lebens im weitesten Sinne akzeptiert, also sowohl der Begriff „Gegenwart“ als auch der Begriff „politische Persönlichkeit“ großzügig gefasst.

Am häufigsten wird Gerhard Schröder (SPD) genannt (6 Nennungen), wobei festzuhalten ist, dass er sich zum Zeitpunkt der Interviews noch in der Opposition zur konservativ-liberalen Regierung unter Helmut Kohl befand. Findet Schröder vor allem wegen der Kombination der ihm unterstellten Wirtschaftskompetenz und seiner sozialen Programmatik Anklang, so nennt zum Beispiel Jakob (REP, 63) ihn und John F. Kennedy aufgrund ihres Charismas in einem Atemzug. Jakob sieht aber Vorbilder zunächst durch Albert Schweizer und Bert Brecht repräsentiert, während seine persönliche Liste durch James Dean („wegen seiner *Trotzhaltung*“) abgerundet wird.

Am zweithäufigsten werden neben dem REP-Vorsitzende Rolf Schlierer (3), dieser allerdings ausschließlich von befragten Republikanern, Ludwig Erhard (CDU; 3) als vermeintliches Sinnbild deutscher Prosperität („Wirtschaftswunder“) und Kurt Schumacher (SPD; 3), dessen sozialer wie „*patriotischer*“ bzw. „*nationaler*“ Einsatz nachhaltigen Eindruck hinterlassen hat, genannt. Albert (REP, 28) stellt letzteren in eine Reihe mit Ernst Reuter, Fritz Erler (beide SPD) und Jakob Kaiser (CDU), alles Nachkriegs-Politiker, die sich um die Wiederherstellung eines nationalen Selbstwertgefühls bemühten. Freilich beklagen alle auf Kurt Schumacher rekurrierenden Befragten, dass die heutige SPD mit der Partei seiner Zeit – oder auch mit der SPD Willy Brandts (2 Nennungen) – nicht mehr vergleichbar wäre.

⁴⁶ In der Regel wurde nachgefragt: „Welche politische Persönlichkeit der Gegenwart respektieren Sie am meisten oder hat für Sie so etwas wie eine Vorbildfunktion?“.

Helmut Kohl scheint eher für den ‚Ausverkauf deutscher Interessen‘ zu stehen, wird in diesem Kontext daher nur zweimal erwähnt. Ebenso hat Franz Josef Strauß seinen einstigen Kredit bei den Befragten im Zuge des Milliarden-Kredits an die DDR verspielt, wird hier nunmehr einmal genannt. Vor allem dem rechten Flügel der Unionsparteien zuzuordnen sind folgende Politiker, die für Recht und Ordnung oder/und nationale Interessen eintreten: Heinrich Lummer (CDU, ehemals Innensenator in Berlin; 2 Nennungen), Edmund Stoiber (CSU; 2), Peter Gauweiler (CSU; 1), Alfred Dregger (CDU; 1) und Wolfgang Schäuble (CDU; 1). Ergänzt wird die Liste von Unions-Politikern durch Eberhard Diepgen (CDU; 1) und Kurt Biedenkopf (CDU; 1).

Aus Kreisen der Sozialdemokraten findet Regine Hildebrand für ihren couragierten Einsatz Eduards (REP, 50) Anerkennung, auch wenn sie in der falschen Partei sei.

Innerhalb der F.D.P. stoßen zum Zeitpunkt des Interviews ebenfalls Vertreter des rechten Lagers auf Anklang: Heiner Kappel, Alexander von Stahl und Martin Brunner (ehemals FDP, dann Mitbegründer des ‚Bund Freier Bürger‘/BFB) bekommen von Klaus (REP, 48) politische Nähe zu seiner Position bescheinigt. Er nennt darüber hinaus auch den Historiker Arnulf Bähring sowie den Verleger Josef Siedler. Es liegt nahe, dass Publizisten wie Matthias Walgen oder Axel Springer von einem JF-Redakteur (Horst, 34) zitiert werden, Axel Springers Einsatz für die deutsche Einheit aber auch bei Albert (REP, 28) Anerkennung findet. Horst rekurriert darüber hinaus auch auf Carl Schmitt, Kritiker der Weimarer Republik und somit ein Vordenker der ‚Neuen Rechten‘ (vgl. Kap. 3.1.1, Phase 1966-1982).

Auch ausländische Politiker hinterlassen bei den Befragten vereinzelt einen positiven Eindruck: So kann Britta (REP, 44) Bewunderung ausschließlich für Nelson Mandela empfinden, Jakob (REP, 63) ergänzt seine Liste neben John F. Kennedy um Gandhi, Michael (REP, 41) war von François Mitterands Rede zur deutschen Wiedervereinigung beeindruckt, während Albert (REP, 28) Louis Farrakhan (Nation of Islam) als „*brillanten Rhetoriker*“ verehrt.

Neben Alberts Respektsbezeugung gegenüber Jean Marie Le Pen (Front National) findet aus anderen europäischen Parteien der Rechten nur noch Jörg Haider (FPÖ) Richards (REP, 49) Anerkennung. Fritz (REP, 32) nennt neben dem Schriftsteller Alexander Solschenyzin, vermutlich als Opfer und Dissidenten der Sowjetunion, auch den Ex-General Aleksandr Lebed, der bereits Boris Jelzin auf der nationalistischen Spur zu überholen suchte, inzwischen jedoch infolge eines Flugzeugabsturzes der russischen Geschichte angehört. Lebeds politisches Bekenntnis findet auch bei Richard (REP, 49) anerkennende Erwähnung:

„*Der Lebed sagt zum Beispiel(...) - also das find' ich gut: ‚Ich bin ein Halbdemokrat.‘ (...) Man kann ja auch sehr vieles zerreden, indem man in Fachausschüssen, in Hauptausschüssen*

und dann noch in Unterausschüssen und dann hier auf Bundesebene kommt dann der Bundestag und, und, und. (...) Dieser aufgeblähte Apparat, der ist ein bisschen groß.“

Als ‚Größen der Geschichte‘ sieht der für historische Biographien begeisterte Franz (REP, 41) nach Alexander dem Großen und Kaiserin Elisabeth („Sissi“) auch Franco:

„Also, er wird ja verteufelt (...). Aber vielleicht war er auch persönlich ein sehr unangenehmer Mensch, ich weiß es nicht(...). Nur er hat zum Beispiel 40 Jahre lang einem Land, das '36 wirklich am Boden war, das ärmste Land Europas war, und zerrissen war durch Linke und Rechte, hat er immerhin 40 Jahre lang, langsam aber sicher zu einigermaßen ruhigen prosperierenden Verhältnissen geführt. Und was seine größte Leistung auch war: Er hat den Übergang geschafft. Also wie man so bei Tito gesehen hat, den man ja in der Linkspresse immer so bewundert hat: Unser Tito, unser Tito, ja? Der hat ein Chaos hinterlassen.“

Ergänzt sei diese Aufzählung um Josefs (JF, 38) Vorbilder aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, nämlich Dietrich Bonhoeffer und Jörg von Wartenburg. Während diese Widerständler evangelische bzw. preußische Wurzeln verkörpern, ist für Hans (JF, 36) Harro Schulze-Boysen (Mitglied der kommunistischen Widerstandsorganisation ‚Rote Kapelle‘) ein vorbildhaftes Beispiel deutscher Geschichte. Interessant anzumerken, dass eben dieser Schulze-Boysen für Heinrich (REP, 78) den Inbegriff des ‚Vaterlandsverrätters‘ darstellt:

„Ich halte es für ein schlimmes Verbrechen, wenn man wegen seiner Anti-Hitler-Anschauung Kameraden geopfert hat. Zum Beispiel dieser Schulze-Boysen, ich weiß nicht ob sie den kennen, von der (...) Roten Kapelle. Ich meine, der hat doch durch seine Spionage bewirkt, dass Tausende und Abertausende von deutschen Soldaten in sowjetische Hinterhalte geraten sind, Hunderttausende gefallen sind aufgrund seiner Spionagetätigkeiten. Und das halte ich für unerträglich, wenn man seine Ideale auf Kosten anderer, auf Blutopfer anderer umsetzt (...). Sicherlich gibt es Menschen, die sagen, ist unvermeidlich. Ich halte es für unerträglich. Ich meine (...) solche Leute wie der von Stauffenberg schweben mir als Ideal vor. Die haben ihr Leben riskiert, die haben keinen anderen umgebracht, sondern die wollten entweder Hitler umbringen oder ihr Leben [geben]. Das war also eine korrekte Tat. Aber alles andere, was auf Kosten anderer geht, der Widerstand auf Kosten anderer, die halte ich für höchst verdammenswert, das finde ich eine bodenlose Gemeinheit. Das sind richtige Verräter. Es ist für mich auch unerträglich, dass der Schulze-Boysen da, dass der so hängt da in der Ausstellung ‚Widerstand‘ in der Bendlerstraße im ehemaligen Kriegsministerium, angeblich sollen die da jetzt auch hängen. Das halte ich für unerträglich, muss ich sagen. Die haben da über-

haupt nichts mit zu tun.. Die haben die deutschen Kameraden ans Messer geliefert. Mag sein, ganz klar, aus welcher Anschauung heraus: Die haben auch für Stalin gekämpft. Wer für Stalin war, wieso war der besser als die Hitlerleute?."

Albert (REP, 24) merkt im Laufe des Interviews sowohl zu Kurt Schumacher als auch zu von Stauffenberg an, dass beide heute wohl als Rechtsextremisten gelten würden. Solche Nennungen – wie auch etwa die von Ludwig Erhardt – können übrigens auch als gleichsam ‚nostalgische‘ Bezugnahmen auf Prototypen eines ‚besseren‘ Deutschlands in früheren Zeiten gedeutet werden.

Abschließend sei ergänzt, dass Geros (JF, 29) kleineres Kreuz nahe dem linken Rand der ‚Links-Rechts-Skala‘ (s. Abb. 3.2) dem Einfluss von Richard Scheringer auf Geros politische Position geschuldet ist: Scheringer, in der Weimarer Republik noch Nationalist, wandelte sich in der Festungshaft zum Kommunisten.

Auf den ersten Blick scheint dieses bunte Allerlei respektierter Persönlichkeiten oder Vorbilder – etwa in seiner Bandbreite von Regine Hildebrand bis Franz Josef Strauß, von Bert Brecht bis Carl Schmitt oder von Mahatma Gandhi bis General Lebed – recht unübersichtlich und vieldeutig. Zusammenfassend lässt sich allerdings folgendes feststellen:

13 von 24 Befragten zollen ihren Respekt deutschen Politikern, die den großen etablierten Parteien angehören (bzw. angehörten), während zwei weitere international angesehene Politiker (Mandela und Mitterand) mit ihrem vorbildhaften Engagement hervorheben.

Vor allem Unions- und F.D.P.-Politiker des konservativen Flügels, die nicht selten als ‚Hardliner‘ in Bezug auf innere Sicherheit oder Zuwanderung gelten (bzw. galten) – z.B. Strauß, Dregger, Gauweiler, Lummer oder von Stahl, Brunner als ausgemachter EU-Kritiker und Kappel – sowie Sozialdemokraten, die aufgrund ihres nationalen bzw. patriotischen Engagements Anerkennung finden – z.B. Kurt Schumacher – weisen auch auf ideologische Präferenzen der Befragten hin (ausführlicher hierzu Kap. 6).

Bestärkt wird der Eindruck, dass es den Befragten zuallererst um deutsche Interessen geht, durch die Nennung solcher Politiker, die sich um deutsche Wirtschaftskraft verdient machen bzw. gemacht haben, wie Ludwig Erhardt, aber auch die Gerhard Schröder unterstellte Wirtschaftskompetenz.

Ideologische Differenzen und Feinheiten innerhalb der Stichprobe werden in diesem Zusammenhang beispielsweise im Spannungsfeld von Schulze-Boysen (Hinweis auf Affinitäten zu einer eher linken Position) vs. von Stauffenberg (Hinweis auf eine traditionell-konservative

Position) angedeutet, wobei auch hier der gemeinsame Nenner im Widerstand gegen den Nationalsozialismus zugunsten Deutschlands zu finden ist.

Explizite Hinweise auf Vorlieben für extremere ‚rechte‘, ‚nationalistische‘ Positionen finden sich – neben den drei Nennungen des eigenen Parteivorsitzenden Schlierers durch Richard (49), August (40) und Claudia (51) – ansonsten nur bei Richard (REP, 49: Haider, Karl Denkwitz, Lebed), Fritz (REP, 32: Lebed), Franz (REP, 41: Franco) und bei Albert (REP, 28: Le Pen, hier im Kontrast zu Farrakhan), also bei fünf befragten REP, während vor allem in der JF Affinitäten zur ‚Neuen Rechten‘ (vgl. Horst, 34: Schmitt, Gero, 29: Scheringer sowie die oben skizzierte politische Vorgeschichte von Hans, dem 36jährigen ‚nationalen Anarchisten‘) auszumachen sind.

5.2.2 Hinweise zur politischen Sozialisation

Im Idealfall könnte man von den Befragten im Rahmen von lebensgeschichtlichen Interviews Aussagen darüber erwarten, wie beispielsweise Elternhaus und/oder Lehrer auf die eigene politische Position eingewirkt haben. Die Angaben zur politischen Sozialisation der Befragten sind jedoch etwas spärlich ausgefallen. Immerhin wurden die Gesprächspartner auch nach politischen Aktivitäten der Eltern gefragt. Folgende Hinweise auf die politische Sozialisation der Befragten lassen sich zusammenfassen:

Mit Blick auf seine Partei-Aktivitäten ist der einzige auszumachende ‚Extremist‘ der Vater von Hans (JF, 36), der als NPD-Funktionär aktiv war. Allerdings missbilligt dieser das zeitweise Interesse seines Sohnes für die Partei, weil er ihn mit 14 bzw. 15 Jahren zu jung für politisches Engagement hält. Jedenfalls wird sowohl der Anstoß für Hans' politisches Interesse als auch eine gewisse Vorselektion entsprechender Informationsquellen nicht zuletzt vom Vater bestimmt, wie folgendes Zitat belegt.

„Also interessiert im Prinzip vielleicht so mit 14, 15. Also war immer eigentlich so das Wichtigste zum Beispiel Nachrichtensendungen oder Zeitungen. Ich hab' also eigentlich sehr früh angefangen, Zeitungen zu lesen, auf eine ganz komische Art [amüsiert]. Und zwar weil mein Vater immer mehrere Zeitungen gelesen hat und dann immer sich wichtige Artikel angestrichen hat. Und ich hab' ihm die Sachen immer ausgeschnitten und darüber dann eigentlich angefangen zu lesen, was er angestrichen hat oder was ich sonst sehr interessant fand. Dadurch [habe ich mich] eigentlich (...) mit ja mit 15, 16 so ein bisschen umguckt, und was gibt's da und was...? Also von da an [habe ich] eigentlich sehr früh (...) versucht, [mich] zu engagieren.“

Ansonsten überwiegen Hinweise auf eine Sozialisation in „konservativen“ Familien, wobei dies in der Regel eine Sozialisationen im Sinne einer nationalen, deutschen Rahmung impliziert:

August (REP, 40) berichtet von einer in seiner Familie überwiegenden Affinität zur CDU. Sowohl Fritz (REP, 32) als auch Michael (REP, 41) verweisen auf das Vertriebenen-Schicksal ihrer Eltern, Michael bezeichnet sie als „nationalbewusst“. Sein Vater war bis in die 70er-Jahre CDU-Mitglied, später F.D.P.-Wähler, während seine Mutter „aus Opposition“ SPD wählte:

„Und wir haben oft miteinander gesprochen über Politik. Ich hab’ mich aber auch schon immer dafür interessiert, weil ich schon in der Volksschule Geschichte als Hobby betrieben habe, wenn man so will. Ich hab’ also gerne Geschichtsbücher gelesen und historische Romane und, und, und. (...) Dann unterhält man sich halt.“

Zur politischen Reserviertheit seiner Eltern merkt Fritz an:

Interviewer: *„Gibt es spezifische politische Orientierungen der Eltern? Waren Ihre Eltern beispielsweise einer politischen Partei oder Bewegung anhängig?“*

Fritz: *„Nee, das ist diese Generation, die Kinder waren bei Kriegsende. Die waren eigentlich eher gebrannt.“*

Bei Armin (REP, 32) kann man ebenfalls nur aus dem Zusammenhang des Interviews schließen, dass die ‚politisch interessierten‘ Eltern einen eher konservativen Standpunkt vertraten, ihren Kindern explizit jedoch ebenso politisch „alle Freiheiten ließen“.

Der Vater von Franz (REP, 41) sah sich stets in der Tradition preußischer Offiziere:

„Seine Einstellung war eigentlich: Ein Offizier tritt keiner politischen Partei bei. Und eine Armee ist immer im vorpolitischen Raum. Also er hat es sowieso verurteilt, dass Offiziere (...) gerade in den 70er-Jahren SPD-Generäle dann hochkamen, die also nur aufgrund ihres Parteibuches Karriere gemacht haben, weil er gesagt hat: Ein Offizier ist wie ein Beamter. Der steht zum Staat, aber nicht zu irgendeiner Partei. Also so gesehen, parteipolitisch habe ich da keine Vorbilder gehabt.“

Eine parteipolitische Abgrenzung des Vaters zur SPD scheint aufgrund dieser Aussage naheliegend. Und an anderer Stelle findet sich auch eine konkretere Beschreibung, welchen Einfluss sein Vater auf Franz hatte:

Interviewer: *„Aber allgemein politisch wurde auch diskutiert?“*

Franz: *„Ja, mit meinem Vater, mit meinem Vater. Das ist klar. Gut, der war natürlich konservativ, auch rechts eingestellt, national eingestellt. Das stimmt. (...) Aber komischerweise habe ich nie so eine Antihaltung aufgebaut, wie manche, die natürlich dann genau das Gegenteil*

von dem wollen, was der Vater will, irgendwo. Wir haben uns zwar in vielen Dingen nicht verstanden, aber politisch waren wir irgendwie komischerweise einer Meinung. Aber nicht, dass er mich jetzt gedrängt hätte, oder versucht hätte zu indoktrinieren, sondern das kam von ganz alleine.“

Beate (REP, 58) beschreibt ihre Eltern als „politisch uninteressiert“. Bevor sie durch die langjährige Tätigkeit ihres Ehemanns in einer „der größten Ausländerbehörden, die Deutschland überhaupt hat“, einen Blick „hinter die Kulissen“ werfen konnte, reagierte sie noch folgendermaßen auf eine Äußerung ihres Vaters:

„Als mein Vater anfänglich noch sagte (...): ‚Also ihr werdet noch erleben, was es mit der Ausländerpolitik auf sich hat und was das noch für Auswirkungen haben wird‘, da habe ich ihn damals beschimpft, habe gesagt: ‚Du Nazi‘.“

An anderer Stelle verweist sie übrigens darauf, dass sie auf ihre Fragen nach der politischen Position der Eltern während des Nationalsozialismus keine Antwort bekommt. Worauf auch immer dies hindeuten mag: Im Zentrum *ihrer* politischen Interesses stehen schließlich Zugzugsbegrenzungen und scharfe Kontrollen in der Bearbeitung von Asylanträgen.

Jakob (REP, 63) äußert sich dezidiert über die unkritische, autoritätsgläubige Position seiner Eltern während des Nationalsozialismus. Bewusst ist er sich jedoch vielmehr über die von ihnen vermittelten Werte, die väterlicherseits schwäbisch-christlich, mütterlicherseits durch die Traditionen einer rheinischen Fabrikantenfamilie geprägt sind:

„Aber meine Eltern haben mir dadurch ein Vorbild gegeben, dass sie – ja – durch ihr Verhalten gezeigt haben, sie rechten nicht. (...) Sie haben schon mal gesagt, man hat gehofft, dass das Dritte Reich in diesem Europa, damaligen Europa, eine Besserung darstellt. Und da sind ja auch sehr viele gescheite Leute mitgegangen am Anfang. Das ist ja nicht so, dass da alle (...) Widerständler waren (...). Das waren wenig(e) aufgeklärte, gescheite Leute, oder wenn sie Juden waren oder wenn sie sehr katholisch waren, wurden sie durch das Elternhaus gewarnt, weil da Tabus gebrochen wurden in allen Formen, im menschlichen Bereich. (...) Meine Eltern gehören sicher nicht zu denen, die da heldenhaft dagegen waren. Die hatten ja einen gewissen Autoritätsglauben oder Obrigkeits-Denke. (...) Und die beiden, dieser Vater aus diesem engen christlichen Haus, und die Mutter aus einer rheinländischen Textilfamilie, haben eine Familie aufgezogen, in der sie uns beigebracht haben, was Toleranz ist, und Freiheit. Aber dass das nur geht mit Ordnung, Disziplin und Rücksichtnahme. Das ist die Erziehung. Insofern sage ich schon, ich bin keineswegs mit dem einverstanden, was mein Vater für

sich als gültig ansah. Aber ich würde nie auf die Idee kommen, das zu verunglimpfen. Weil die Haltung ist mir wichtiger als die Gesinnung.“

Darüber hinaus spielte ebenfalls ein Lehrer und Priester mit konservativ-christlichem Horizont und einem Hang zur Folklore in der Erziehung Jakobs eine entscheidende Rolle.

Ähnliches beschreibt auch Richard (REP, 49), der sich an die Vorlieben seines Dorfschullehrers für Volkslieder und dessen Heimatverbundenheit erinnert:

„Ich habe also meinen Vater sehr früh verloren, Anfang der 50er Jahre. Meine Mutter war unpolitisch. Und ich bin vielleicht von der Schule her geprägt worden. Ich bin in so einer ein-klassigen Dorfschule die ersten vier Jahre groß geworden. Und das war ein sehr wanderfreudiger und geselliger Mensch. Der hatte also auch die alten Volkslieder noch bei. Vielleicht hat mich das noch ein bisschen geprägt und das ist dann so bei geblieben.“

Britta (REP, 44) stammt nach eigenen Angaben aus einem „erkonservativen“ Haushalt mit Affinität zur CDU. Ihr Vater missbilligt jedoch Brittas Engagement bei den REP.

Heinrich (REP, 78) weiß vom preußisch geprägten Elternhaus folgendes zu erzählen:

„Na also meine Mutter war sehr national (...), richtig national, aber eben national-konservativ, bieder - nicht wahr - ohne jegliche extremistische Tendenzen natürlich. Meine Mutter, damals für Frauen war Politik sowieso schon was Besonderes. Mein Vater war etwas zurückhaltender, war auch liberal national, würde ich sagen, war ein Liberalnationaler. Aber für meine Mutter war es immer der Traum, dass ich mal als Offizier des Wachregiments hier durch Berlin marschieren würde. Das war der Traum meiner Mutter, ja?“

An anderer Stelle bestätigt er, dass seine Mutter prägend für seine eigene politische Position war, während sein Bruder eher in die Richtung des Vaters tendierte.

Eduard (REP, 50) kann die politische Orientierung seines Vaters nicht einschätzen, da dieser bereits verstarb, als Eduard noch ein Kind war. Seine Mutter könne er auch keiner Partei zuordnen, würde sie heute aber „eher konservativ“ einzuschätzen. Eine gewisse Vorbildfunktion hatte wohl aber sein Großvater mütterlicherseits, der wohl in der Erziehung von Eduard eine Art Vaterersatz war:

„Ich werde also fuchsteufelswild, wenn ich also von jungen Türken und von türkischen Gemeinden hier heute höre: ‚Wir haben Deutschland aufgebaut‘. Weil ich weiß, wer Deutschland aufgebaut hat; das war mein Großvater gewesen. Und der hat dafür also bis zu

seinem 86. Lebensjahr geschuftet und wenig von seinem Leben gehabt. Also der war schon ein sehr alter Mann gewesen, als damals GRÖFAZ⁴⁷ ran kam, also der Hitler. Der war also da schon für die Wehrmacht zu alt gewesen, hat dann also nach dem Krieg noch weiter aufgebaut. Der war Maurer gewesen, und der hat also wirklich Blutblasen an den Händen gehabt. Unsere alten Leute haben Deutschland aufgebaut. Und da werde ich also fuchsteufelswild, wenn dann also jemand, der Ende der 50er Anfang der 60er Jahre das erst Mal hierher kam, wo also eigentlich unsere (Wirtschaft) so boomte, dass (...) wir Arbeitskräfte hereinholen mussten, um also die Nachfrage an Produkten zu realisieren. Dass diese Personengruppen dann jetzt auch noch (sagen): ‚Wir haben doch Deutschland aufgebaut, wir haben doch das Wirtschaftswunder geschaffen‘. Das ist nicht der Fall. Und da fange ich an, mich fürchterlich zu ärgern.“

Ute (REP, 63) weiß wenig über die politische Orientierung ihrer Eltern, hatte erst wenige Tage vor dem Interview im Rahmen eines Besuches bei ihrer 91-jährigen Mutter nachgefragt, ob die Eltern jemals Mitglied der NSDAP waren. Die Mutter verneinte. An anderer Stelle berichtet sie über folgende Aussage ihrer Mutter:

„Meine Mutter wohnte in Kreuzberg, und die hat das Alles also viel früher kommen sehen, so wie es also jetzt (ist), und mein Bruder auch. Die kamen eben aus dem Bezirk, der ja jetzt ein Brennpunkt ist. Und meine Mutter sagte immer, als es dann los ging mit der Familienzusammenführung und so weiter: ‚Du wirst sehen, (...) die werden wir nicht mehr los‘. Es hieß ja eigentlich immer Gastarbeiter. Und Gastarbeiter bedeutet für mich, man geht wieder nach einer gewissen Zeit nach Hause. Und dann ging es los mit den, mit der Familienzusammenführung.“

Alberts (REP, 28) Vater ist aktives CDU-Mitglied. Albert erinnert sich noch sehr dezidiert an die Reaktion seines Vaters, als er ihm gegenüber zum Ausdruck brachte, welche Faszination das ‚Dritte Reich‘ – genauer: Uniformen und national(istisch)e Ideologie – auf ihn ausübten:

„Und da habe ich auch mal meinen Vater angesprochen und habe zu ihm gesagt: ‚Du, eigentlich das Dritte Reich, überleg‘ doch mal, das war doch nicht schlecht so, mit den Uniformen und so, und die Jugendlichen, die hatten was. Und, na ja gut, das Andere, das waren halt so Auswüchse und so. Aber ansonsten war das doch eigentlich eine tolle Sache irgendwie von der Idee her‘. Und da hat er damals so gesagt: ‚Also pass mal auf, wenn das sein würde, musst du dir vorstellen, wir stehen auf der anderen Seite. Wir sind die, die in die Synagoge

⁴⁷ GRÖFAZ ironisch für ‚größter Feldherr aller Zeiten‘.

gehen'. Und mein Vater ist Unternehmer hier in Berlin. Das ist ein Erzkonservativer. Also der ist bestimmt kein Linker. Mir hat er das eigentlich verdeutlicht, als Jugendlicher, als Kind, wo ich einfach mal so eine Frage gestellt habe. Und er hat es mir recht gebündelt und hat gesagt: ‚Pass mal auf, wenn das jetzt so sein würde, was du sagst, und es würde kommen, die Geschäfte‘ – mein Vater hat mehrere Gaststätten gehabt damals in Berlin (...) – ‚die würden uns die Scheiben alle einschmeißen. Du würdest in der Schule geschlagen werden. Ich könnte dir gar nicht helfen. Keiner würde dir helfen. Du würdest ganz alleine sein. Niemand würde dir helfen. Du könntest auf der Straße zusammengeschlagen werden und ein Polizist würde dir nicht helfen. (...) Wir müssten uns zurückziehen, und alles das, was wir haben, würden sie uns nehmen. Das ist da passiert. Das ist keine Idee, das ist der Horror‘. Und er hat mir das sehr emotionell verdeutlicht, und das ist damals eigentlich bei mir dann auch hängen geblieben. Und da dachte ich, es muss ja noch mehr geben (...). Dass das nichts ist, und da hat man sich ja halt auch intensiv mit beschäftigt, was in den Konzentrationslagern geschehen ist und so. (...) Also da war ich, gerade weil ich immer so emotionell bin, also da war mir schlecht, wo ich das mitbekommen habe.“

Nicht ohne Stolz berichtet Albert ferner von einer Großtante, die eine exponierte Rolle sowohl im Widerstand als auch später in der SPD spielte.

Aus einem „eher konservativen“ Elternhaus stammt auch Silke (REP, 56):

„Nee, ich war grundsätzlich eigentlich immer konservativ gestimmt, eigentlich mehr so CDU-nah. Ich kannte das über die Zeitschriften, die bei uns im Elternhaus abonniert waren, waren eben eher konservative Zeitungen. Unsere Lehrer haben uns auch nicht anders geprägt. Die haben... Wir sind ja noch mit den klassischen Idealen groß geworden (amüsiert), die ja heute nicht mehr viel zählen. Deshalb können die (Leute heute) eigentlich die Klassiker gar nicht(...) verwenden, die Ideale der Klassiker sind ja überholt.“

Bernhard (REP, 22) spricht von einer gewissen politischen Gleichgültigkeit seiner Eltern, nimmt aber an, dass sie früher die „etablierten Parteien“ wählten. In seinem Fall scheint das Engagement des Sohnes inzwischen aber auch Einfluss auf das Wahlverhalten der Eltern genommen zu haben.

Karl (REP, 26) weiß ebenso nichts über eine Parteizugehörigkeit seiner Eltern, vermutet aber, „dass sie jetzt durch meine Arbeit wahrscheinlich auch meine Richtung wählen werden“.

Hier ist bemerkenswert, dass seine Mutter Ende der 60er-Jahre auf Demonstration gegen den Vietnam-Krieg aktiv war.

Klaus (REP, 48) weist auf die sozialdemokratischen Traditionen in seiner Familie hin. So sei etwa sein Großvater ein erklärter Gegner der Nationalsozialisten, dabei aber immer auch patriotisch gewesen.

Für Claudias (REP, 51) Vater, einem SPD-Mitglied, gab es „*keine andere Partei*“.

Florian (REP, 59) wurde durch die Vertreibung aus Pommern als 6jähriger von seinen Eltern getrennt. Über Einflussgrößen in seiner politischen Sozialisation liegen keine weiteren Angaben vor. Auch das Interview mit Angela (REP, 35) gibt diesbezüglich keinen weiteren Aufschluss.

Zu den JF-Redakteuren ist neben Hans (s. eingangs dieses Abschnitts) folgendes zu ergänzen: Josefs (JF, 38) Vater, der kurz vor dem Interview verstorben war, war aktives CDU-Mitglied. Politisch geschult wurde Josef bereits als junger Schüler, indem er an einer Korrespondenz zwischen seinem Vater und dessen Bruder im Auswärtigen Amt teilhatte, die sich vor allem um Bleistiftnotizen von Beiden in wechselseitig zugesandten politischen Büchern drehten. Politisch wegweisend war auch ein eingehaarter Onkel, ein inzwischen konvertierter „*tschechoslowakischer Jude*“, dessen Eltern im Konzentrationslager Theresienstadt umgebracht wurden. Dieser Onkel überlebte als Einziger aus der Familie den Holocaust, flüchtete vor dem Einmarsch der Deutschen nach London, um später für die britische Wochenschau die Befreiung der Konzentrationslager zu filmen. Als Kommunist kehrte er in die Tschechoslowakei zurück, wo er 1968 mit dem Einmarsch der Russen den zweiten Verlust seiner Heimat erlebte. Zeit seines Lebens blieb er Sozialist und trug, nach Josefs eigenem Bekunden, in zahlreichen Gesprächen über seine Erfahrungen entscheidend zur politischen Meinungsbildung von Josef bei. In seiner Studienzeit hatte Josef auch Kontakt zum MSB Spartacus – der Studierendendenkmalorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) – sowie zur Züricher Hausbesetzerzene, war allerdings dort „*sehr bald*“ vom „*sehr aggressive(n) Ton abgestoßen, der dort herrschte. Das war ein Ton, der Andersdenkende einfach zu Vieh degradiert hat.*“ Als Josef seine Tätigkeit bei der JF aufnahm, pflegte sein Vater ihn dezidiert – anhand seiner Artikel – zu kritisieren. Auf positivere Resonanz und Interesse stößt Josef bei seiner Mutter. Im Vordergrund seiner Sozialisation stehen jedoch preußische Werte

und Traditionen, die einer parteipolitischen sowie kulturellen Vielfalt im Kreis der Verwandtschaft nicht zu widersprechen scheint:

„Da meine Familie eben auch zu über der Hälfte traditionell im Ausland lebt – (...) meine Vorfahren haben also von Schweden bis Portugal in allen Armeen Europas gedient – sind wir eigentlich immer eine relativ – na, ich will nicht das heutige Wort 'multikulturell' gebrauchen, weil mir das nicht passt, jedenfalls so, wie es ausgesprochen wird –, aber wir waren eigentlich anderen Kulturen gegenüber immer sehr aufgeschlossen.“

Horst (36) kommt aus einem „völlig unpolitischen Elternhaus“. Sein Vater verstarb, als Horst noch sehr jung war. Seine Mutter war über lange Jahre SPD-Wählerin und verehrte Willy Brandt. In jüngerer Zeit wählt sie jedoch, nicht zuletzt aufgrund des zeitweiligen parteipolitischen Engagements ihres Sohnes, „rechts“.

In Geros (29) Familie gehörten politische Diskussionen zum Alltag. Der Vater war zeitweise in der SPD aktiv, über die „modische“, dem „Mainstream“ folgende Affinität einiger Geschwister zum links-alternativen Milieu (Grüne) spöttelt er ein wenig. Der Beruf des Vaters (Militärhistoriker) sowie Besuche der Familie an der „Interzonengrenze“ in den 70er-Jahren sprechen allerdings dafür, dass Gero sich frühzeitig ‚national‘ orientierte:

„Und unsere Eltern haben uns gezeigt eben dann oder erklärt, was es bedeutet, diese Grenze, oder auch uns versucht irgendwie begreifbar zu machen, was diese Grenze bedeutet. Zum Teil hat man ja auch Verwandte auf der anderen Seite. Und wir haben auf jeden Fall so ein kleines bisschen Bewusstsein dafür gekriegt, dass das nicht Normalzustand ist, in dem wir leben, und dass das Land irgendwie zerrissen ist. Ich erinnere mich an so Fragen: Ja, welches Land ist größer, Italien oder Deutschland? Und da hab' ich die Wetterkarte oder irgend so 'ne Karte in der Tagesschau gesehen, so mit 10 oder so. Und da hab' ich gemeint, ja, Italien ist ja größer als Deutschland. Nein, Deutschland ist größer als Italien. Ja warum? Weil eben auch (die) DDR mit dazugehört. Also irgendwie hatte ich dafür Interesse bekommen. Und dann hab' ich (mich) (...) irgendwann mit 13, 14 dafür interessiert, irgendwas zu machen.“

Zusammengefasst sind sich also zumindest Klaus (REP,48), Josef (JF, 38), Hans (JF, 36), Gero (JF, 29), Franz (REP, 41), Jakob (REP, 63), Heinrich (REP, 78) sowie Albert (REP, 28) und Silke (REP, 56) rückblickend eines direkten Einflusses ihrer Eltern (bzw. eines Elternteils) auf ihre eigene Sicht der Welt und ihre Ideale *bewusst*. Dieser Einfluss beschränkt sich in der Regel nicht auf einen bloßen Anstoß für das generelle politische Interesse der Befrag-

ten, sondern besteht auch in der Vermittlung grundlegender ideologischer Elemente für deren gegenwärtige politische Position: Hervorzuheben sind hier vor allem eine konservative Grundhaltung sowie die Orientierung auf die ‚deutsche Frage‘, auf die Nation. Das bedeutet allerdings keineswegs Deckungsgleichheit bezüglich parteipolitischer Affinitäten zwischen den Befragten und ihren Eltern, wenn auch etwa im Fall von Heinrichs Mutter und Hans’ Vater zeitweise eine entsprechende Nähe zu vermuten wäre. Richard (REP, 49), Jakob (REP, 63) und andeutungsweise auch Silke (REP, 56) verweisen zudem auf den Einfluss von Lehrern, während bei Horst (JF, 34; einstmals REP), Bernhard (REP, 22) und Karl (REP, 26) schließlich der Freundeskreis den entscheidenden Anstoß zum Parteibeitritt gab.

Interessant ist auch der gemeinsame politische Werdegang in Ehen bzw. Lebenspartnerschaften, wie er ausnahmslos bei allen befragten Frauen deutlich wird: Die Lebenspartner/Ehemänner von Angela (REP, 35), Beate (REP, 58), Britta (REP, 44), Claudia (REP, 51), Ute (REP, 63) und Silke (REP, 56) sind alle ebenfalls aktive REP. Dies ist andersrum nicht festzustellen, die Ehefrauen/Lebenspartnerinnen der männlichen Befragten sind längst nicht alle in der Partei aktiv. In einzelnen Fällen – etwa von Klaus (REP, 48) und Franz (REP, 41) – kann sogar ein Rückzug der Ehefrauen aus dem politischen Engagement bei den REP und eine gewisse Belastung der Ehe durch entsprechende Aktivitäten des Ehemanns festgestellt werden.

Grundsätzlich werden also konservative, traditionsorientierte und nationale Erziehungsinhalte sehr viel häufiger lebensweltlich in Familienalltag und unter Bezugnahme auf die Familiengeschichte transportiert als durch explizite, parteipolitisch-programmatische Vorgaben.

Wie dieses Kapitel verdeutlicht, wussten die meisten Befragten ein gewisses Ausmaß an konservativen und nationalen Werten in etablierten Parteien, vor allem in den Unions-Parteien, zumindest zeitweise gut aufgehoben. Wie die etablierten Parteien aus der Warte der Befragten ihrer Integrationskraft verlustig gingen und welche Faktoren schließlich zu einer Abkehr von der ‚politischen Mitte der Gesellschaft‘ führte, wird in Kap. 6.2.1 an einigen Beispielen nachgezeichnet. Der folgende Abschnitt beschäftigt sich eher deskriptiv damit, wie erste Kontakte zu den REP bzw. zur JF zustande kamen und den Befragten schließlich der Zugang zu diesen Organisationen eröffnet wurde. Dabei ist zu unterstreichen, dass eine politisierte Identität (Kap. 6.) in der Regel bereits vor dem jeweiligen Beitritt ausgebildet war, die Befragten sich auf dieser Grundlage auf die aktive Suche nach einem angemessenen Betätigungsfeld machten.

5.3 Zugang zu den REP: Aktive Suche nach einem politischen Betätigungsfeld

Zum besseren Verständnis des Folgenden erscheint ein Rückgriff auf die von Klandermans (1997: 22 ff.) unterschiedenen vier Schritte in Richtung politischer Partizipation hilfreich, auch wenn er sich hiermit auf ‚soziale Bewegungen‘ bezieht. Er unterscheidet

- 1) Sympathien mit der Bewegung,
- 2) zum Ziel von Mobilisierungsversuchen werden,
- 3) die Motivation zur Teilnahme an politischen Aktivitäten und
- 4) schließlich die aktive Partizipation.

Bislang hat dieses Kapitel nachgezeichnet, wie die Befragten zu potentiellen Sympathisanten der REP wurden. Von besonderer Bedeutung sind dabei die in der Sozialisation vermittelten national-konservativen Inhalte, die offensichtlich mit dem programmatischen Angebot der Partei korrespondieren, sowie die zunehmende Enttäuschung über Politikangebote etablierter Parteien (s. Kap. 6.2.1). Dieser Abschnitt soll nun aufzeigen, wie die Befragten von Werbemaßnahmen der REP⁴⁸ (bzw. anderer rechtsextremer Wahlparteien) erreicht wurden und worin für sie die Attraktivität bestand, die letztlich zum Beitritt führte.

Aus psychologischer Perspektive handelt es sich, wie bereits angedeutet, keineswegs um einen passiven Schritt zum politischen Engagement, wenn die Befragten ‚zum Ziel von Mobilisierungsversuchen werden‘: Zuvor politisierte Selbstverortungen der Befragten bestimmen die Bereitschaft der Befragten, Informationen wahr- und anzunehmen, die schließlich für das eigene Handeln relevant sind. Dies impliziert beispielsweise Prozesse der Selektion wahrgenommener Informationen. Die meisten Befragten orientierten sich also auf der aktiven Suche nach einem angemessenen politischen Betätigungsfeld auf dem Markt politischer Angebote, um sich schließlich bei den REP zu bedienen.

Aufschlussreich ist bereits ein Blick auf das Datum des Parteibeitrittes der Befragten: Zehn von zwanzig befragten REP (sowie Horst, 34, von der JF) sind im Zeitraum zwischen Ende 1988 und 1990 Mitglied der REP geworden⁴⁹. Wie bereits in Kap. 3.1.1 (Phase 1983-1990) skizziert, fallen in diesen Zeitraum die größten Wahlerfolge der REP: Im Januar 1989 erziel-

⁴⁸ Da es sich bei der JF weder um eine Partei noch um eine Bewegungsorganisation im eigentlichen Sinne handelt, treten die Redakteure der Zeitung in diesem Kontext zunächst in den Hintergrund. Erinnert sei allerdings daran, dass auch die politische Karriere von Horst (JF, 34) im rechtsextremen Spektrum nach Abkehr von der CDU ebenfalls bei den REP begann. Der JF wird abschließend ein gesonderter Abschnitt (Kap. 5.4) gewidmet.

⁴⁹ Zwei der Befragten gehören vom Beitrittsdatum her gesehen zu den REP der ‚ersten Stunde‘ (1983), ein weiterer wurde 1987 Mitglied, die übrigen im Zeitraum von 1991 bis 1996.

ten die REP 7,5% der Zweitstimmen in den Wahlen zum Berliner Senat, im darauffolgenden Juni erreichten sie in der Europawahl bundesweit 7,1%. Eine daraus resultierende große Medienaufmerksamkeit hat vermutlich zumindest ebenso werbewirksam zur öffentlichen Resonanz dieser Partei am rechten Rand des politischen Spektrums beigetragen, wie die Werbemaßnahmen der REP. In anderen Worten: Wer auch immer im Vorfeld dieser Erfolge mit zentralen Punkten des Parteiprogramms sympathisierte, witterte nun ‚Morgenluft‘.

Richard (REP, 49) spricht beispielsweise von der *„Euphorie nach Berlin“*, während Albert (REP, 28) zu diesem Zeitpunkt durchaus auch die nachfolgenden Probleme innerhalb der Partei registriert. Er schließt sich infolgedessen erst 1992 der Partei an:

„Ich habe dann die Partei drei Jahre lang beobachtet. Es gab ja da Auseinandersetzungen. Das war ja am Anfang auch ein bisschen viel des Guten. Der Erfolg war ja den Leuten, die ihn damals erhalten haben, ja – förmlich über den Kopf gewachsen. Die sind ja damit nicht zurecht gekommen. Deswegen gab es auch diese Streitigkeiten und Austritte und Ausschlussverfahren.“

Albert weist hiermit darauf hin, dass die REP sich bezüglich der Strategie nicht einig werden konnten, wie dieser Erfolg zu konsolidieren sei: Die ungewohnt hohe Medienaufmerksamkeit legte einerseits nahe, das zur Öffentlichkeit geöffnete Fenster weiter aufzustoßen, indem man der gesellschaftlichen Ächtung (vgl. Kap. 6.1.3) auch durch programmatische Mäßigung entgegenwirkte, also zur Hoffähigkeit der Partei beitrug. Andere Kräfte innerhalb der Partei wirkten genau dieser strategischen Variante entgegen, da sie die Zeit dafür gekommen sahen, mit markigen, radikaleren Parolen auf Wählerfang zu gehen.

Nichtsdestoweniger ist auch anhand der Stichprobe ein mit diesen Wahlerfolgen einhergehender Mobilisierungsschub zugunsten der REP nachzuzeichnen. Wie etwa Angela (REP, 35) berichtet, wurden ihr Ehemann und sie erst dadurch auf eine bis dahin unbekannte Partei aufmerksam. Die Beiden waren bereits 1988 durch eine Postwurfsendung der DVU hellhörig geworden:

„Ich weiß jetzt nicht mehr, um was es im Einzelnen ging. Es waren so zehn Fragen, die zu beantworten waren, oder auch fünfzehn. Und da hab' ich gedacht, Mensch, das könnte ja was sein. Also die Fragen kann ich alle mit 'Ja' beantworten oder auch mit 'Nein', ich weiß nicht mehr, wie die Fragen waren. (...) Jeder bekam diese Postwurfsendung, meine Schwiegermutter und wir - und da hab' ich gedacht: ‚Mensch, wir müssen das alle zurückschicken, das muss 'nen ziemlich hohen Rücklauf haben. Ich kannte die DVU nicht und ich kannte auch nicht die Inhalte, ich kannte die Partei überhaupt nicht. Und dann hab' ich die Partei angeschrieben, sie möchten mir bitte Parteiprogramm schicken, Informationsmaterial, und ich

könnte mir vorstellen, dass ich mich engagieren wollte. Dann hab' ich von der DVU – na ja [schmunzelnd] - das bekommen, was die DVU verschickt, nämlich nur ausländerfeindliche Parolen, (...) also das war vom Inhalt her absolut enttäuschend. Ich hab' dann zu meinem Mann gesagt: ‚Also was ich hier für Material bekommen hab‘, das kann man gleich in die Tonne schmeißen.‘ Das haben wir dann auch mehr oder weniger gemacht. Dann ist das erst mal wieder im Sande verlaufen.“

Die den Wahlkampf flankierenden Werbemaßnahmen der REP erreichten ebenso ihre Zielgruppe und fanden Anklang. Besonders hervorzuheben ist hierbei ein mit Ennio Morricones ‚Spiel mir das Lied vom Tod‘ unterlegter, vermutlich in Kreuzberg gedrehter TV-Werbespot, der das bunte Treiben von Türken, Punks, Obdachlosen und Anderen dem kulturellen Niedergang Deutschlands gleichsetzt und mit nationalistisch ausgrenzenden Slogans kommentiert.⁵⁰ Der positive Eindruck, den dieser Spot hinterlassen hat, findet bei Ute (REP, 63), ihrem Ehemann Florian (REP, 59) sowie bei Albert (REP, 28) Erwähnung, der ihn als *„sehr gelungen (...), sehr dramatisch, sehr kraftvoll, ein bisschen vielleicht zu heftig“* beschreibt.

Bereits Mitte der 80er-Jahre sah Armin (REP, 32) während eines Aufenthalts in Österreich einen anderen REP-Werbespot im deutschen Fernsehen, der ihn erstmalig auf die Partei aufmerksam machte:

„(...) mit ganz prägnanten Aussagen, (...) drei Personen, seriös gekleidet, (die) sich gut artikuliert haben“.

Bei insgesamt 10 Befragten finden auf die Frage, ob sie sich daran erinnern können, wann und wie sie auf die REP erstmalig aufmerksam wurden, Fernsehwerbung, Postwurfsendungen und Plakate ausdrücklich Erwähnung.

Nicht zu unterschätzen ist auch das öffentlichkeitswirksame Auftreten von Franz Schönhuber, der seinerzeit als charismatischer Vorsitzender der Partei für einen regen Zulauf sorgte. Für Jakob (REP, 63) und Michael (REP, 41) war das Erleben eines seiner Auftritte für den Beitritt zur Partei mitentscheidend. Was Michaels *„spontanen“* Beitritt zu den REP mit anderen Studienkollegen, die ebenso Schönhubers Rede in Heidelberg verfolgten, auslöste, begründet er inhaltlich wie folgt:

„Schönhuber hat es zwar nicht so direkt gesagt, aber er hat eben rüber gebracht, dass der Nationalstaat wichtig ist, dass der Nationalstaat eine Grundvoraussetzung für Demokratie ist.“

⁵⁰ Der Werbespot ist auszugsweise in der empfehlenswerten, dreiteiligen ARD-Fernsehdokumentation *„Nach Hitler – Radikale Rechte rüsten auf“* wiedergegeben, die im Juni 2001 sowohl im ARD als auch auf Phoenix ausgestrahlt wurde.

Äh - Und das ist der Grund gewesen, warum ich mich dieser Partei angeschlossen hab', weil das ja genau die anderen Parteien nicht so thematisiert haben.“

Ein weiterer Auftritt Schönhubers in München, der zu Jakobs Empörung angesichts der „*Bra-chialgewalt*“ protestierender „*Chaoten*“ nur unter Polizeischutz stattfinden konnte, regte ihn an, sich mit „*Schönhubers Büchern*“ zu befassen.

Auch für Franz (REP, 41) spielte auf der Suche nach einem neuen politischen Betätigungsfeld – in Folge der Enttäuschung durch den ‚Milliardenkredit‘ – Schönhuber eine Rolle. Seine Schilderung verdeutlicht das Zusammenwirken von Medien, Wahlwerbung und der Werbe-wirksamkeit Schönhubers:

„Gut, ich hatte mal in der Zeitung gelesen, da hat's eine Partei gegeben, die sich gegründet hat, die Republikaner, von einem Schönhuber, der Moderator war: ‚Jetzt red‘ I!‘⁵¹. Den kannte ich auch vom Hörensagen. (...) Also das war mir ein Begriff. Mehr wusste ich nicht von den Republikanern. Und dann, Anfang '89 irgendwie, habe ich Leute kennen gelernt. Und dann habe ich Plakatständer plötzlich von den Republikanern gesehen und so. Und dann bin ich neugierig geworden. Und dann habe ich mir das Buch vom Schönhuber gekauft: ‚Ich war dabei‘. Weil das ja so verhetzt war, dass das so rechtsextrem sei. Wobei ich mir denke, was soll das? Das Buch ist ja nun gar nichts, das ist weder rechts noch links. Das beschreibt halt eine persönliche Lebensgeschichte eines Mannes, wie er den Zweiten Weltkrieg erlebt hat, mehr nicht. Und dann bin ich neugierig geworden. Und dann bin ich in die Parteizentrale, hab' ich nachgeschaut, wo die ist, im Telefonbuch.“

Als Franz hier lapidar anmerkte, dass er zudem 1989 „*Leute kennen gelernt*“ habe, versäumte der Interviewer in diesem Fall nachzufragen, wer da im Einzelnen welche Rolle spielte. In verschiedenen anderen Interviews wird deutlicher, von welcher Bedeutung persönliche Kontakte für den Zugang zu den REP sind. Klaus (REP, 48) zum Beispiel suchte nach seiner Abkehr von der SPD Anschluss an einen „*wertkonservativen Diskussionszirkel*“ (vgl. Kap. 3.1.1, Phase 1983-1990), der zweimal jährlich in Wildbad bei Rothenburg ob der Tauber zusammenfand. Hier trifft er auf einen REP-Funktionär, über den er berichtet:

„Und, ja, ich wusste allerdings nicht, dass er Republikaner ist. Wir haben uns über verschie-dene Sachen unterhalten. Manches gefiel mir nicht, was er sagte, manches erschien mir sehr vernünftig. Hatten aber im wesentlichen doch eine Linie. Und dann (...) ergab sich das so, dass ich durch diesen Kontakt dann (...) die Partei angeschrieben (habe), hab' auch dann an einer Sitzung, an einem Treffen teilgenommen.“

Alberts (REP, 28) anfängliche Vorbehalte, der Partei beizutreten, werden schließlich durch den Kontakt zu einem ehemaligen SPD-Mitglied und REP-Funktionär ausgeräumt.

Auch der Freundes- oder Bekanntenkreis hat in zwei Fällen explizit einen Einfluss auf den Beitritt zu den REP gehabt. Bernhard (REP, 22) führen Schulfreunde an den von der Republikanischen Jugend veranstalteten Stammtisch. Übrigens findet Karl (REP, 26), den Bernhard als Interviewpartner vermittelt hatte, nach einem Erstkontakt auf einer Informationsveranstaltung der REP ebenfalls über diesen Stammtisch zur Partei. Bei Beiden gleicht die Suche nach einem politischen Betätigungsfeld einem Einkaufsbummel auf dem Markt politischer Angebote. So berichtet Bernhard:

„Und nachdem ich dann auch Informationen von anderen politischen Organisationen angefordert hatte – also das ging von ganz weit rechts bis ganz weit links, also sprich von NPD, FAP gab es damals noch, so von der PDS –, habe ich (...) mir die Programme; angeschaut nach den Punkten, die ich für mich relevant (...) gehalten habe. Und – ja – das Ende vom Lied war, dass ich dann – einmal durch die Programme, einmal durch die Freundschaft (...) – hier gelandet bin.“

Karl hatte sich im Vorfeld seines Parteibeitritts nicht nur auf Protestaktionen der NPD bzw. der JN umgetan. Er führt als Beispiele wegberreitender Lektüre die ‚Junge Freiheit‘, ‚Nation Europa‘ (eine Veröffentlichung der von Alfred Mechttersheimer ins Leben gerufenen ‚Deutschlandbewegung‘) sowie die ‚Deutsche Stimme‘ (NPD) an.

Bei Horst (JF, 34; von 1989-1991 REP-Mitglied und Autor der Parteizeitung) waren es politische Weggefährten aus Unions-Kreisen, die ihm den Zugang zu den REP öffneten:

Interviewer: *„Und wie sind Sie dann zu den Republikanern gekommen? Gab es da irgendwelche persönlichen Kontakte?“*

Horst: *„Ja, die waren sogar ausschlaggebend. Also ich hab’ das zwar schon auch vorher verfolgt, das Wenige was da schon seinerzeit in der Presse berichtet worden ist über die Republikaner. (...) Aber da (haben) eine ganze Reihe von Junge Union-Mitgliedern bereits 1987/88 (...) die Partei verlassen und sind zu den Republikanern gewechselt. Und diese persönlichen Kontakte sind auch danach, nach deren Parteiwechsel nie abgebrochen. Es gab dann auf so ‘ner persönlichen Ebene immer wieder mal Gelegenheit, sich zu treffen, zu sprechen miteinander und auch Informationen über die Republikaner eben aus erster Hand zu beziehen statt über die Medien. Und ich hab’ dann aber wie gesagt noch zwei Jahre gebraucht, bis ich dann sozusagen, wenn man so will, ja - die Zivilcourage aufgebracht habe,*

⁵¹ Zu der zeitweise von Schönhuber moderierten Sendung im Bayerischen Rundfunk vgl. Kap. 3.1.1, Phase 1983-1990.

äh - so eine etablierte Partei wie die Union zu verlassen und zu den Republikanern zu gehen.“

5.3.1 Der Zugang der befragten Frauen zu den REP

Wie bereits erwähnt (s. Kap. 4.2), erscheint die Datenbasis dieser Studie nicht ausreichend dafür, Aussagen über geschlechtsspezifische Unterschiede im rechtsextremen Spektrum zu belegen. Dennoch sei an dieser Stelle auf Auffälligkeiten hinsichtlich des Zugangs der befragten Frauen hingewiesen. Bereits in Kap. 5.2.2 wurde darauf hingewiesen, dass im Falle aller befragten Frauen das eigene Engagement bei den REP mit dem des Lebenspartners einhergeht. Zu ergänzen ist hierzu, dass diesbezüglich in fünf von sechs Fällen die Ehefrau zumindest zeitlich dem Ehemann folgte. Silke (REP, 56) beschreibt diese Entwicklung wie folgt:

„Also das war kurz vor den Wahlen '89, wo man ganz allgemein sich für Parteien interessiert hat. Und dann hat mein Mann aus der Stadt mal Flugblattmaterial mitgebracht von den Republikanern. Und da haben wir uns damit auseinandergesetzt und haben gesagt: ‚Ja, also das ist, das ist eigentlich das, was wir auch denken‘. Und dann hat mein Mann durch Zufall mit jemandem Kontakt bekommen. Und dann hat der mich mal zu einer Kreisverbandsveranstaltung mit eingeladen. Und dann habe ich also dann im Kreisverband dann langsam mitgemacht.“

Auf eine Nachfrage nach dem vorangegangenen politischen Engagement der Ehepartner ergänzt sie: *„Also ich würde mal sagen, er war politisch sicher aktiver, weil er die DDR verlassen hatte.“*

Ute (REP, 63) eröffnet ihre Darlegungen zum Beginn ihres politischen Engagements unter Bezugnahme auf oben erwähnten Werbespot („Spiel mir das Lied vom Tod“):

„Und ich habe den natürlich gar nicht so interpretiert, wie er nachher so gesendet, also wie er so von den anderen angesehen wurde. Für mich war das in dem Moment klar, das ist meine Partei. Also schlagartig, ja? Auch bei meinem Mann war das so. Wir wussten also all die Jahre schon nicht mehr, was wir eigentlich wählen sollten. Wählen sind wir immer gegangen. Und nachdem wir das gesehen haben, dass da eine Partei existiert, die alle diese Dinge, die wir als Missstände ansehen, dass die die aufgreifen, haben wir gesagt, das ist unsere. Und wir haben dann auch selbstverständlich gleich die Republikaner gewählt. Und mein Mann ist dann auch gleich eingetreten, sagen wir mal im Februar nach der Januarwahl. Und

als sich dann hier die Kreisverbände gegründet haben, bin ich als Ehefrau mitgegangen, weil ich das ja auch eigentlich wollte, und bin dann auch gleich eingetreten.“

Bei Angela (REP, 35) ist ausnahmsweise nicht nur eine gewisse Gleichzeitigkeit in aufkeimendem Interesse und letztlich resultierendem Engagement festzustellen. Ihr Verhalten in Bezug auf den während des Interviews zeitweise anwesenden Ehemann lässt grundsätzlich auf ein gewisses Durchsetzungsvermögen Angelas und wenigstens auf eine kommunikative Gleichstellung der Ehepartner schließen.

Wenn Beate (REP, 58) ihren Gatten bereits auf die ersten REP-Veranstaltungen begleitete, ist aus dem Gesamtkontext des Interviews zu schließen, dass er zuvor bereits als CDU-Funktionär aktiv war und sie ihm nunmehr folgte.

Und auch wenn Claudia (REP, 51) auf ihre Selbständigkeit in der politischen Entscheidungsfindung pocht (s. Kap. 4.2), so ist nicht zu übersehen, dass ihr der Zugang zur Partei auch maßgeblich durch den Ehemann bereitet wurde:

„Er hatte sich, wie gesagt, das Parteiprogramm ja besorgt gehabt seiner Zeit, und ich hatte es fleißig mit studiert. Aber ich war noch damals noch nicht so weit, weil ich mir dachte, ich kenne diese Partei nicht und das Parteiprogramm alleine macht es auch nicht für mich. Ich muss mich da erst mal noch länger informieren. Und das tat ich halt eben auch. Und so bin ich zu der Meinung gekommen, in diese Partei kannst du eintreten, da wirst du eventuell noch etwas verändern können“.

Ähnlich vorsichtig nähert sich auch Britta (REP, 44) der Partei. Sie beharrt ebenso auf (politische) Unabhängigkeit von ihrem schon vorher den REP angehörenden Lebenspartner. Den „sympathischen“ und „engagierten“ Kreisvorsitzenden, der sie schließlich zu einem privaten Treffen Gleichgesinnter einlädt und später in die Parteiarbeit einbindet, lernt sie allerdings am gemeinsamen Wohnort kennen, vermutlich also mittelbar über den durch den Lebensgefährten erschlossenen Bekanntenkreis.

5.3.2 Zugang zu den REP: Resümee

Es kann also festgehalten werden, dass sich die verschiedenen Zugänge zum Engagement bei den REP hinsichtlich der Frage, *wie* Interessenten und Sympathisanten zur Parteilergreifung und letztlich zur aktiven Teilnahme bewegt werden, vermutlich nicht wesentlich von Mobili-

sierungsprozessen im Falle anderer Parteien unterscheiden⁵²: Werbemaßnahmen wie Postwurfsendungen, Flugblätter oder Fernsehwerbung der Partei im Vorfeld von Wahlen erregten ebenso die Aufmerksamkeit der Befragten wie die Lektüre von mit den grundlegenden Positionen der REP konsistenter Literatur. Nicht zu unterschätzen ist auch die Medienpräsenz der REP nach Wahlerfolgen, die sowohl zur öffentlich wahrgenommenen Salonfähigkeit der Partei als auch zur Steigerung der wahrgenommenen Durchsetzungskraft ihrer Ziele beiträgt. Schließlich übte auch eine Führungspersönlichkeit wie Franz Schönhuber eine gewisse Anziehungskraft auf potentielle Interessenten aus.

Persönliche Kontakte zu Parteigängern und Funktionsträgern der REP sind von besonderer Bedeutung, da diese helfen, die Hürde der gesellschaftlichen Ächtung (Kap. 6.1.3) zu überwinden. In fünf Fällen der sechs befragten Frauen besteht ein entsprechender Zugang über den Ehepartner, im Falle von Horst (JF, 34) und Bernhard (REP, 22) über die politischen Weggefährten aus vorangegangenen Zusammenhängen bzw. über Freunde. Die Bekanntschaft mit REP-Repräsentanten im Vorfeld der Partei (zum Beispiel im Rahmen des „*wertkonservativen Diskussionszirkels*“, von dem Klaus (REP, 48) berichtet, oder auch der Einfluss eines REP-Funktionärs auf Alberts (REP, 28)) vermag ebenso oftmals letzte Vorbehalte gegenüber einem Parteieintritt auszuräumen.

Nur im Fall von Karl (REP, 26), der von der Teilnahme an rechtsextremen, von der JN organisierten Protestaktionen vor seiner REP-Mitgliedschaft berichtet, verweist dies auch auf den Mobilisierungskontext einer rechtsextremen Jugendkultur, während Hans (JF, 36) entsprechende subkulturelle Zusammenhänge zwar bekannt sind, ihn jedoch eher abgeschreckt als angezogen haben (s.o. Kap. 5.1).

Wie aufzuzeigen sein wird (Kap. 6.2.1), ist es gerade die in der Abkehr von den etablierten Parteien begründete Umorientierung im politischen Spektrum, die für einen zeitweise regen Zulauf der REP sorgte. Dass die Frage danach, *wie* die Befragten zum Ziel von Mobilisierungsversuchen und schließlich zum Parteibeitritt bewegt wurden, nicht losgelöst davon zu betrachten ist, *was* sie schließlich zum Beitritt bewegte, machen auch die Berichte über die Auftritte von Schönhuber deutlich: Nicht nur seine markigen nationalistischen Parolen, auch der gegen seine Position gerichtete, als ungerechtfertigt und ‚chaotisch‘ wahrgenommene Protest, der solche Veranstaltungen in der Regel flankierte (vgl. Jakobs [REP, 63] Kommen-

⁵² Freilich ist nach Bekunden der Befragten ein Unterschied zu den etablierten Parteien in den ungleich geringeren Finanzmitteln der REP zu sehen.

tar) trug in einigen Fällen dazu bei, sich zum Beitritt in einer Partei zu entschließen, die für in der übrigen Gesellschaft nicht nur vernachlässigte, sondern gar geächtete Inhalte steht.

Hervorgehoben sei auch nochmals, dass – zumindest aus der Warte der Befragten – nicht die Rede von einer ‚passiven‘ Rekrutierung sein kann. August (REP, 40) reagiert beispielsweise regelrecht pikiert, als ein entsprechender Begriff in einer Interviewfrage Verwendung findet, und erläutert:

„Ich bin eigentlich dankbar für jede politische Information, die mich erreicht. Ich möchte auch meinen politischen Horizont erweitern. Ich will ja Information. Je mehr Information ich hab' um so eindeutiger kann ich politisch Position beziehen; um so eindeutiger kann ich sagen, das und das ist richtig und das und das muss man vertreten und diese oder jene Politik muss man machen. Wenn es eine gute Politik sein soll. Und da helfen mitunter auch Flugblätter, vor allem auch Flugblätter der Republikaner. Denn leider ist aktuell keine andere Partei in der Lage, entsprechend Flugblätter zu verfassen, die zum Beispiel, was ich gerade schon angesprochen hab', auf die Problematik Ökologie, Zuwanderung und dergleichen eingehen. Die Republikaner sind die einzige Partei, die dieses Thema, dieses - ich sag' jetzt mal - brisante Thema anfassen. Und ich war wirklich dankbar dafür. Also das hat mit Locken und dergleichen überhaupt nichts zu tun. Ich denke eher, dass so bei mir der geistige Boden schon vorbereitet gewesen ist und dass es dann halt nur noch zu einem Schlüsselerlebnis bedurfte, um dann entsprechend den Kontakt aufnehmen zu können.“

Und Horst (JF, 34) merkt zum Einfluss des Freundeskreises auf sein erstmaliges politisches Engagement in der CDU/CSU an:

„Erst durch mich sind dann auch Freunde von mir, Schulfreunde - äh, ja so in Führungszeichen ‚politisiert‘ worden, indem ich denen halt erzählt habe: ‘Ich hab’ mich da und da gemeldet, hab’ mir das und das schicken lassen. Schau dir das doch auch mal an.’“

Diese Zitate bestätigen nicht nur Klandermans (1997: 22ff.) Auffassung, dass Mobilisierungsversuche nur dann erfolgversprechend sind, wenn ihre Adressaten mit entsprechenden Inhalten und Zielen sympathisieren. Sie verdeutlichen ferner die in der Stichprobe vorherrschende aktive Suche der Befragten nach einem angemessenen Betätigungsfeld.

5.4 Die JF: ‚Meinungsbildner‘ aus Parteienverdrossenheit?

Zum Abschluss dieses Kapitels noch einige Bemerkungen zur JF, da sich, wie bereits angedeutet, die Aufnahme einer Tätigkeit als Redakteur vom Zugang zu einer Partei unterscheidet: Eine durchaus politische Zeitung ist immer noch in völlig anderer Weise aktiv als eine Partei. So sehen die befragten JF-Redakteure ausdrücklich in ihrer Tätigkeit als ‚Meinungsbildner‘ die sinnvollere Alternative zum parteipolitischen Engagement, das Gero (JF, 29) und Horst (JF, 34) inzwischen ad acta gelegt haben. Josef (JF, 38) und Hans (JF, 36) blicken zwar auch auf eine längere Geschichte politischer Aktivitäten zurück, die in der politischen Kultur ihrer Familien verwurzelt ist, jedoch nie als Partei-Mitglieder. Damit einhergehend gibt es zwar bei allen Befragten innerhalb der JF ein gemeinsames nationales Engagement, davon abgesehen aber kein einheitliches politische Programm.

Ein sehr viel naheliegender Unterschied besteht allerdings darin, dass die befragten REP nebenberuflich für die Partei tätig sind, während die JF-Redakteure mit ihrer Tätigkeit auch ihren Broterwerb bestreiten. Demzufolge müsste der Zugang zur JF eher in Begriffen von ‚Bewerbungen‘ beschrieben werden.

Die JF ist den Befragten bereits ein Begriff aus der Zeit ihres vorangegangenen politischen Engagements. Horst (JF, 34) lernt sie während seiner Zeit als REP (1989) kennen, schreibt kurz darauf für die JF als freier Autor und wird später dann Redakteur.

Im Fall von Josef (JF, 38) tragen beispielsweise die während seiner Studienzeit wahrgenommenen ‚Gewaltandrohungen‘ der ‚autonomen Antifa‘ auf Kioske, welche die JF vertreiben, zu einer klareren Selbstpositionierung im rechts-konservativen Spektrum und zu ersten Artikeln in der JF bei:

„Ich habe die Zeitung noch gar nicht lange vorher gekannt, eigentlich, weil sie an den Kiosken damals schon kaum vertreten war, weil die autonome ANTIFA insbesondere in Göttingen diese Dinge sehr stark unterbunden hat, indem sie den Kioskbesitzern mit Gewalt gedroht hat. Mich haben bestimmte Dinge einfach auf die Palme gebracht, schlichtweg. Ich bin eigentlich gar kein Mensch, der sich nun ständig irgendwo querulantorisch betätigen muss. Aber es gab einfach bestimmte Dinge, die mich auf die Palme gebracht haben. Dinge, die damit zu tun hatten, dass man eine bestimmte Meinung vertreten durfte und eine andere nicht; öffentlich, meine ich. (...) Und da ich eigentlich sehr (...) zum Widerspruch leisten neige, habe ich mir bestimmte Dinge einfach nicht gefallen lassen. Habe mir dann mehr oder weniger zunächst mal die Wut von der Seele geschrieben über bestimmte Dinge; das mehr oder weniger auch in

Glossen oder in witzigen Sachen. Und – äh - ja, dann ist irgendwann hier eine Stelle in Berlin frei geworden (...). Und meine Sachen müssen also dem Chefredakteur wohl so gut gefallen haben, das er irgendwann mal mich angerufen hat und hat gesagt: ‚Können sie nicht nach Berlin kommen?‘“.⁵³

Der Chefredakteur, Dieter Stein, spielt die maßgebliche Rolle sowohl bezüglich des Zugangs zur JF als auch mit Blick auf die Integration recht unterschiedlicher Standpunkte innerhalb der Redaktion. Hans (JF, 36) ist bereits länger mit ihm befreundet, hatte auch in den Anfängen der JF bereits ausgeholfen. Daher wird er schließlich von ihm als Mitarbeiter regelrecht „umworben“.

Der zurückliegende Zugang von Horst (JF, 34) zu den REP wurde zuvor bereits dokumentiert. Gero (JF, 29) suchte, enttäuscht von der Deutschlandpolitik der Union, seinerzeit aktiv den Kontakt zu Handlos und dessen ‚Freiheitlicher Volkspartei‘. In dessen Umfeld wird er dann auch auf die Zeitschrift ‚Criticon‘ aufmerksam:

„Und dann hab’ ich mir eben Probeexemplare geordert von den Zeitschriften, die da inseriert haben, und bin darüber dann auch an andere rechte oder konservative Zeitschriften rangekommen.“

Bald darauf verabschiedet er sich aus der Parteipolitik und wird publizistisch tätig.

Überhaupt ist bei allen vier JF-Redakteuren die aktive Suche nach einem Betätigungsfeld, das dem eigenen, selbständig entwickelten Wertehorizont angemessenen erscheint, besonders auffällig. Gerade in den ereignisreichen politischen Karrieren von Hans (JF, 36) und Horst (JF, 34) wird deutlich, dass ein regelrechtes Bedürfnis nach politischer Betätigung eine rege Umtriebigkeit in verschiedenen Zusammenhängen zur Folge hatte.

Mit diesem Kapitel wurde aufgezeigt, dass es sich bei den Befragten vorliegender Stichprobe zum Großteil um relativ wohl situierte, gebildete Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland handelt, die sich und die in ihrer Sozialisation angenommenen bzw. entwickelten konservativen, traditionsorientierten und nationalen Werte zeitweise bei den etablierten ‚Volksparteien‘ Deutschlands, vor allem im Lager der Unions-Parteien, gut aufgehoben sahen. Als letzteres nicht mehr zutraf (vgl. Kap. 6.2.1) , machten sich die Befragten auf die aktive Suche nach einem neuen politischen Betätigungsfeld.

⁵³ Auf die ambivalenten, nicht intendierten Folgen gesellschaftlicher Ächtung ist später (Kap. 8.3) noch einzugehen. Mit dem Beispiel Josefs wird bereits angedeutet, dass diese Ächtung unter bestimmten Voraussetzungen durchaus zur Mobilisierung beitragen können.

Im folgenden Kapitel geht es um die Politisierung einer von allen Befragten geteilten Identität und um damit einhergehende Wertvorstellungen und Ziele. Damit wird auch dezidiert auf die jeweiligen Beweggründe der Befragten eingegangen, sich den REP anzuschließen (bzw. Redakteur der JF zu werden).

6 Ergebnisse 2: Die Politisierung nationaler Identität

Im Unterschied zu anderen kollektiven Identitäten, die in der Regel wenig politische Relevanz aufweisen (zum Beispiel die von ‚Rheinländern‘, von ‚Weintrinkern‘ etc.)⁵⁴, handelt es sich bei einer ‚rechtsextremen Identität‘ um eine ihrem Wesen nach politisierte kollektive Identität. Unter Zuhilfenahme des Konzeptes ‚politisierter kollektiver Identität‘ (Simon/Klandermans 2001; s. Kap. 2.3.1.1) ist demnach spezifizierbar, wie diese ‚rechtsextreme Identität‘ aussieht.

Zu diesem Zweck wird zunächst der Frage nachgegangen, welche gesellschaftlichen Missstände von den Befragten wahrgenommen werden („awareness of shared grievances“). Besonders auffällig ist hierbei, dass die wahrgenommenen Missstände sich vor allem auf die Bedrohung solcher Ansprüche und Privilegien beziehen, die die Befragten aus ihrem ‚Deutsch-Sein‘, also aus ihrer nationalen Identität ableiten. Für den Geltungsbereich dieser Studie wird infolgedessen zunächst von der Arbeitshypothese ausgegangen, dass sich eine ‚rechtsextreme Identität‘ als *politierte nationale Identität* konstituiert.

Ferner ist zu eruieren, welche gesellschaftlichen Gruppen für diese Missstände verantwortlich gemacht werden („adversarial attributions“). Durch diesen Prozess der Verantwortungszuschreibung erhält die von den Befragten wahrgenommene soziale Umwelt ihre Strukturierung in Eigengruppe und Fremdgruppen: Die Eigengruppe definiert sich in Abgrenzung zu Letzgenannten, die sowohl als Verursacher von Missständen – und demzufolge als politischer Gegner – als auch als Konkurrenten im Wettbewerb um gesellschaftlichen Einfluss ausgemacht werden. Dabei wird unter anderem deutlich, dass Verantwortungszuschreibungen an die etablierten Parteien, an ‚die Regierenden‘ zur Abkehr von diesen sowie zum Engagement in politischen Gruppierungen (REP, JF) am rechten Rand des politischen Spektrums führen. Denn Parteien (REP) wie Medien (JF) stellen Organisationsformen dar, die sich in solchen Auseinandersetzungen besonders dazu eignen, die Öffentlichkeit einzubeziehen und für den eigenen Standpunkt zu gewinnen („triangulation“: „involving society at large“).

Dieses vorerst abstrakte Konzept politisierter nationaler Identität gilt es in diesem Kapitel mit Inhalt zu füllen und begreifbar zu machen.

⁵⁴ Nicht übersehen werden soll hierbei, dass auch solche kollektiven Identitäten durchaus politisiert werden können. In Zeiten französischer Besatzung des Rheinlands hielten zum Beispiel Uniformen als satirische Brechung Einzug in den rheinischen Karneval und gaben dem Protest auf diese Weise eher humoristischen Ausdruck. ‚Weintrinker‘ können angesichts von Weinpanschereien etwa durch Boykott zur wirtschaftspolitischen Einflussgröße werden und ebenso zur Reform von gesetzlichen Qualitätsvorgaben sowie zur Verschärfung staatlicher Kontrollen beitragen.

Informationen zur Politisierung der Befragten ergaben sich bereits aus der einleitenden Frage danach, wie jemand Mitglied bei den REP bzw. Mitarbeiter der JF geworden ist. Ging es hier jedoch noch eher um Einflussgrößen im Sozialisationskontext (Familie, Freundeskreis, Schule etc.), so wurden diese Informationen vor allem im dritten Abschnitt des Interviews – ‚Mitglied bleiben‘ – durch die Beschreibungen erlebter Folgen der gesellschaftlichen Ächtung (Kap. 6.1.3) um Angaben zu wahrgenommenen Missständen und entsprechenden Verantwortungszuschreibungen ergänzt, bevor sie im vierten Abschnitt zu ‚Ideen und Zielen‘ sowie auf die ausdrückliche Frage nach gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen spezifiziert werden mussten. Bedeutung erlangt diese Vorbemerkung insofern, als dass erst in diesem vierten Abschnitt des Interviews mit der Frage nach ‚gesellschaftlichen Änderungen‘ und mit einer möglichen Nachfrage zur ‚politischen Situation in Deutschland‘ ein nationaler bzw. nationalstaatlicher Rahmen für Antwortmöglichkeiten vorgegeben werden konnte (zum Interviewleitfaden vgl. Abb. 4.1). Dies erübrigte sich allerdings in der Regel. Spätestens mit der Frage „Welche Ideen und Ziele Ihrer Partei sind für Sie persönlich die wichtigsten?“ lässt sich die über die Gesamtstichprobe zur Bestimmung des eigenen Standpunktes wirksame und bedeutsame nationale Kategorisierung nachzeichnen. So verblüffte ausschließlich Armin (REP, 32) dadurch, dass er eine direkte und explizite⁵⁵ Bezugnahme auf die Bedeutung Deutschlands für seine Ideen und Ziele im Laufe seiner Ausführungen vermissen ließ. Auf eine entsprechende Nachfrage merkt er dann jedoch an:

„Ich habe nicht daran gedacht, weil das doch einer der wesentlichen Leitfäden ist, der sich durch unsere Politik durchzieht. Das heißt, wenn ich sage, wir müssen dieses soziale Gefüge reparieren, wieder herstellen, uns bewusster um die Personen, um die Menschen kümmern, die Individuen an sich, dann bezieht sich das meinem Verständnis nach in erster Linie nur [auf] Deutsche. Und die Umgebung des Auslandes oder der Rest der Welt ist mir in dem Sinne zweitrangig. Ich lehne diese Personen alle nicht ab. Sie sind mir, wenn es um meine Probleme geht, nur egal. Ich hasse sie nicht. Das tue ich keinen. Ich habe auch gegen keinen eine Abneigung. Ich habe gegen keinen Afrikaner eine Abneigung, gegen keinen Südamerikaner, gegen keinen Chinesen. Sie sind mir in dem Augenblick nur egal. (...) Dieser rote Faden in diesem ganzen Tun, im ganzen Wirken ist Deutschland in dem Sinne, was es eben für die deutsche Bevölkerung bedeutet.“

⁵⁵ Zuvor kritisiert Armin immerhin auch das gegenwärtig vorherrschende Verständnis deutscher Geschichte (vgl. 6.1.2).

Die ‚nationale Rahmung‘ des politischen Engagements der Befragten ist also keineswegs durch die Erhebungsmethode induziert, sondern wird als grundlegend für die politische Selbstverortung *aller* Befragten von diesen selbst offengelegt. Kennzeichnend für die aus einer nationalen Identität abgeleiteten politischen Ansprüche und Forderungen ist ihr exklusives, ausgrenzendes Wesen denen gegenüber, die keine Deutschen sind (oder nicht als solche wahrgenommen werden⁵⁶) (vgl. Wimmer 2002). Infolgedessen sehen die Befragten auch das, was sie unter Deutschland verstehen, vor allem durch – aus ihrer Warte ungezügelt – Zuwanderung bedroht.

6.1 Wahrgenommene gesellschaftliche Missstände

Um ‚nationale Identität‘ besser verstehen zu können, macht es hinsichtlich der von den Befragten wahrgenommenen Missstände Sinn, zumindest analytisch zwischen *strukturellen* und *kulturellen Missständen* zu unterscheiden. Wie bereits in Kap. 5 mit den Darlegungen zu Sozialstruktur und sozialen Milieus veranschaulicht, ist diese Differenzierung aus soziologischer Warte nicht unproblematisch, der Zusammenhang zwischen Struktur und Kultur unübersehbar. Aus sozialpsychologischer Perspektive jedoch finden sich kulturelle Ausformungen eher *zwischen* strukturellen Vorgaben, ‚in den Köpfen‘ – und für die Identitätsforschung nicht zuletzt auch ‚in den Herzen‘ – ihrer Träger wieder. Entsprechend erhalten Strukturen, respektive die sie belebenden sozialen Gruppen, ihre Bedeutung sowie ihre allgemeingültige Aussagekraft in Kategorisierungsprozessen und Merkmalszuschreibungen auf kollektivem Abstraktionsniveau, also in der Bestimmung dessen, wer und was *wir* sind bzw. in Abgrenzung zu *ihnen* nicht sind (vgl. Turner et al. 1987).

Die als ‚strukturell‘ zusammengefassten Missstände beziehen sich demnach auf Folgen von Prozessen, die eher von gesellschaftlichen Institutionen (z.B. Ministerien, Krankenkassen etc.) sowie staatlicher Gesetzgebung bestimmt werden und in ‚harten Zahlen‘ (z.B. Arbeitslosenquoten, Obdachlosenzahlen, Kriminalitätsraten, der Höhe finanzieller Zuwendungen des Wohlfahrtsstaates, Wirtschaftswachstum; s.u.) veranschlagt und objektiviert werden können. ‚Kulturelle Missstände‘ beziehen sich demgegenüber auf ein von den Befragten geteiltes Wertesystem, das aus kollektiven Prozessen der Wahrnehmung, Kategorisierung und Deutung der sozialen Umwelt resultiert und umgekehrt die Mitgestaltung dieser sozialen Umwelt an-

⁵⁶ Vgl. etwa die angeführten Zitate von Armin (REP, 32; s. Kap. 3.2) zu Einsparungen von Sozialhilfeleistungen an Ausländer sowie im Folgenden (Kap. 6.1.1) von Ute (REP, 63) zu deren Vorstellungen über die ‚Rückführung‘ krimineller Ausländer und von Kriegsflüchtlingen. Beide haben offensichtlich Probleme damit, trennscharfe Kriterien (hier: Leistung bzw. formale Staatsbürgerschaft) zur Unterscheidung zwischen ‚Deutschen‘ und ‚Nicht-Deutschen‘ zu formulieren.

leitet. Um diese Unterscheidung mit einer ‚Computer-Metapher‘ zu verdeutlichen, wäre die Struktur eher mit der ‚Hardware‘, die Kultur eher mit der ‚Software‘ gesellschaftlicher Prozessen vergleichbar. Nachfolgende Erörterungen rücken also die Wechselwirkungen von Struktur und Kultur in den Hintergrund, um eine klarere Fokussierung der Identitätsbezüge, die für die Programmatik der Befragten grundlegend und kennzeichnend sind, zu ermöglichen: Wie aufzuzeigen sein wird, werden zwar auch strukturelle Missstände von den Befragten oftmals anhand alltäglicher, lebensweltlicher Erfahrungen belegt. Die Wahrnehmung und Deutung struktureller Missstände folgt jedoch einem übergeordneten Prinzip, das Differenzierungen zwischen sozialen Gruppen Sinn verleiht und dessen Konturen sich besonders deutlich aus der erlebten Bedrohung ‚deutscher Kultur‘ erschließen: der Behauptung ‚deutscher Identität‘.

6.1.1 Strukturelle Missstände

Als strukturelle Missstände finden sich in den Interviews vor allem soziale Missstände, wie die wahrgenommene Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, der Abbau von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in Gesundheits- und Sozialwesen (z.B. Renten), außerdem die abnehmende Wirtschaftskraft sowie eine Bedrohung der inneren Sicherheit durch wachsende Kriminalitätsraten wieder.

Von marginaler Bedeutung ist – gemessen an der Häufigkeit der Nennungen (3) – die wahrgenommene Bedrohung der Umwelt, die hier dennoch Erwähnung finden soll: Eine recht eigene Position vertritt hierzu August (REP, 40), der einen Zusammenhang zwischen Zuwanderung (Bevölkerungsdichte) und ökologischen Problemen herstellt. Auch Klaus (REP, 48)⁵⁷ weist darauf hin, dass Umweltschutz im Programm der REP, wenngleich aus seiner Warte etwas unscharf formuliert, Berücksichtigung findet:

„Ein guter Patriot muss auch ein Umweltschützer sein, sag’ ich mir. Denn wir wollen ja schließlich noch einige Zeit hier leben - und unsere Kinder und Enkel.“

Und der in bündischen Traditionen (‚Wandervögel‘, Pfadfinder) sozialisierte Hans (JF, 36) war, wie bereits erwähnt, unter anderem in der links-alternativ geprägten Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegung groß geworden.

⁵⁷ Klaus wohnt in der selben Region wie August und wurde nach diesem befragt. Er zeigt sich etwas verwundert darüber, dass August in der irrigen Annahme lebe, die REP würden sich gegen ein regionales Flughafen-Projekt aussprechen.

Auffallend ist in diesem Zusammenhang jedenfalls die Problematisierung von Zuwanderung mit Blick auf Bevölkerungsdichte – etwa bei Klaus und Britta (REP, 44; s.u. ihr Zitat zum „Schmelztiegel“ Frankfurt/M.) –, die in einer ‚renovierten‘, ausgrenzenden Variante an das Argument vom ‚Volk ohne Boden‘ erinnert.

Grundsätzlich wird eine Beziehung zwischen strukturellen Missständen und Zuwanderung hergestellt; nur Michael (REP, 41) und Hans (JF, 36) (beide Belege finden sich im Folgenden wieder) beziehen Ausländer in ihre Vorstellungen einer besseren Gesellschaft explizit und allgemeiner mit ein. Dabei illustrieren die Befragten die wahrgenommenen Defizite oftmals anhand eigener alltäglicher Erfahrungen. Besonders häufig findet man solche Querverweise bei den befragten Berlinern, die sich mit den ihres Erachtens vordringlichen Problemen in Deutschland tagtäglich konfrontiert sehen. So äußert sich etwa Albert (REP, 28) wie folgt zu „sozialer Gerechtigkeit“ und Arbeitslosigkeit:

„Denn nur die Nation kann soziale Gerechtigkeit verwirklichen. (...) Man kann es praktisch sehen: Ich gehe jeden Tag am Potsdamer Platz vorbei und sehe, das sind nette Menschen, aber sie nehmen nun mal anderen die Arbeitsplätze weg; ausländische Bauarbeiter, die für ein paar Mark da arbeiten. Der deutsche Bauarbeiter bleibt Zuhause. Das Tarifgebiet wird auch durch die Nation geschützt, durch die Grenzen. Man kann bürokratisch darauf antworten mit so einem Entsendegesetz, wie es passiert ist. Aber das Entsendegesetz ist ein Scheiß, das ist Makulatur, weil es keinerlei Bedeutung hat. [Werden] (a)lle nach dem Entsendegesetz bezahlt, bleiben die deutschen Bauarbeiter doch zuhause. Unser Tarifgebiet, unser Tarifepich franst an den Seiten aus, (...) weil wir nicht mehr die Nation festigen wollen.“

Hinsichtlich des Gesundheitswesens stößt nicht nur bei Angela (REP, 35) auf Unverständnis, dass etwa Familienangehörige von türkischen Arbeitnehmern in Deutschland in deren Heimatland auf Kosten „unserer“ Krankenkassen medizinische Versorgung erfahren. Mit dem selben Argument illustriert Eduard (REP, 50) seine Darlegungen zu Missständen in Sozial- und Gesundheitswesen:

„Und wenn ich in meinem Staat genug für die Menschen getan habe, oder wenn es denen – für meine Begriffe, das ist natürlich immer relativ – sozial abgesichert gut geht, dann kann ich mich anfangen, um andere zu kümmern. Aber wenn ich also heute schon alten Leuten sagen muss: ‚Ja, wofür braucht ihr Zähne, wenn ihr eh nichts zu beißen habt?‘, dann kann ich nicht sagen, dass es unserem Staat gut geht. Wenn sich also verschiedentlich ältere Leute, aber auch junge Leute medizinische Leistungen nicht mehr leisten können, weil sie unserem Staat weg gekürzt worden sind, weil wir irgendwo das Geld nicht haben, dann frage ich mich:

„Wo bleibt das Geld?‘. Wenn ich gleichzeitig höre, dass Gelder der Krankenversicherung in die Türkei überwiesen werden, weil Arbeitnehmer, die hier arbeiten, deren Familienmitglieder automatisch die Kosten der Krankenversorgung in der Türkei übernommen werden von unseren Krankenkassen, dann frage ich mich, irgendwas stimmt in dem Staat nicht mehr“.

Armins (REP, 32) Vorschläge, wo im Sozialwesen Gelder einzusparen seien, wurden bereits an anderer Stelle zitiert (s. Kap. 3.2). Seine Forderung, ausländische *„Sozialhilfeempfänger in Deutschland“* nicht *„bis in alle Ewigkeit durchzufüttern“*, impliziert ein leistungsbezogenes Kriterium für die Zugehörigkeit zum Sozialstaat.

Und *„illegale Ausländer“* (Bernhard, REP, 22) – also Verfolgte, die eigentlich gar nicht wirklich verfolgt seien – würden das deutsche Sozialsystem durch *„Erschwindelung von Sozialhilfe“* (Ute, REP, 63) belasten, etwa indem Flüchtlinge sich vor der Einwanderung ihrer Pässe entledigten oder indem ein Asylrecht ausgenutzt werde, das zu viel Spielraum liefere. Beate (REP, 58) komplettiert diesen Aspekt wie folgt:

„Humanität hin und her: Helfen, wo wirklich Not ist! Aber ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, dass jemand, der also in aller Seelenruhe mit seinen Papieren die Zollkontrollen an einem Flughafen durchlaufen kann, obwohl jeder weiß, wie genau und gründlich dort geprüft wird, der kann nicht politisch verfolgt sein.“

Wahrgenommene Bedrohungen der Inneren Sicherheit rekurrieren häufig auch auf den Alltag in der Großstadt. Claudia (REP, 51) berichtet von ihrem früheren Wohnsitz in Berlin, wo *„ältere Frauen“* und *„Obdachlose“* von *„Randgruppen“* angegriffen werden; gemeint sind vor allem Ausländer. Aufgrund dieser wahrgenommenen Bedrohung fahre sie ihre 19jährige Tochter – übrigens ebenfalls ein REP-Mitglied – auch heute noch zu Veranstaltungen innerhalb der Stadt und hole sie wieder ab. Ebenso moniert Britta (REP, 44) ein mangelndes *„Rechtsbewusstsein“* und veranschaulicht dies anhand ihrer Erfahrungen in der Main-Metropole Frankfurt:

„Man muss mal die Bevölkerungsdichte auf den Quadratkilometer rechnen. Im Gegensatz zu allen anderen Ländern ist das bei uns die höchste. Das hängt alles damit zusammen. Und – ich meine – ich arbeite in Frankfurt. Und da kann ich ja nun ein Lied davon singen, wenn man in Frankfurt arbeitet. Denn das ist ja nun der Schmelztiegel in Deutschland, wo erst mal alles ankommt, ja, und sich alles verteilt. Außer Berlin jetzt als Metropole ist Frankfurt – weil es auch zentral gelegen ist, durch den Flughafen und alles mögliche – der Nabel Deutsch-

lands, wo sich alles zuerst mal trifft und irgendwo organisiert werden muss oder auch nicht organisiert werden muss. Und da sieht man, was dann dabei rauskommt, ja? Das ist das, was ich als aller Erstes [für notwendig erachte], dass ein Rechtsbewusstsein da ist. (...) Ein Rechtsbewusstsein insofern, dass ich also nicht hingehere und heute werden die Täter als Opfer dargestellt.“

Größere Länder wie Frankreich, die aufgrund ihrer Kolonialzeit vergleichbare Konflikte mit Zuwanderern kennen würden, ignorierten in ihrem Nationalbewusstsein schließlich auch EU-Verträge, indem sie sich durch restriktivere Grenzkontrollen absicherten.

Gerade bei den befragten REP wird in Entsprechung zum Parteiprogramm verschiedene Male die Forderung laut *„kriminelle Ausländer raus!“*, da diese, so beispielsweise Richard (REP, 49) *„an der Spitze der Kriminalstatistik“* stünden. Auch Heinrich (REP, 78) ist *„strikt dagegen (...) dass Deutschland ein Einwanderungsland ist“*, da *„Kriminalitäts- und Ausländerfrage“* schließlich miteinander zusammenhängen. Britta (REP, 44) zufolge diene der Islam (vgl. Kap. 6.1.2: das Photo ‚betende Moslems‘) oftmals als *„Kriminalitätsalibi“*.

Nicht unterschlagen werden soll in diesem Zusammenhang die Stellungnahme Utes (REP, 63), deren Kategoriensystem sich in Bezug auf Kriterien der Zugehörigkeit zur nationalen Eigengruppe angesichts eines externen Interviewers offensichtlich ein wenig verheddert, bevor sie auch mittel- bis langfristig eine ‚Rückführung‘ von Kriegsflüchtlingen einfordert. Auf die Frage nach den Zielen und Ideen, die ihr persönlich am wichtigsten sind, antwortet sie:

„Eigentlich im Grunde genommen unser Wahlslogan, den wir jetzt haben, dass man kriminelle Ausländer als aller Erstes erst mal abschieben müsste, sofern sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Weil dann sind sie ja auch wiederum keine Ausländer mehr, nicht? Muss man ja auch mal so sehen. Also kriminelle Ausländer raus. Ich würde das also auch noch erweitern auf abgelehnte Asylbewerber und eben auch langsam die Kriegsflüchtlinge. Das sind also auch Dinge, die wir befürworten. Und eben auch, dass Arbeit zunächst einmal für Deutsche da sein müsste. Bei soviel Millionen Arbeitslosen finde ich das richtig. Das, und dafür stehe ich auch.“

Manchmal rücken ‚Recht und Ordnung‘ im Verständnis der Befragten in die Nähe kultureller Missstände (vgl. hierzu auch den Bericht von Klaus (REP, 48), wie seine Großmutter zum zweiten Mal ihre Heimat verloren habe; Kap.6.1.2). So sieht beispielsweise Florian (REP, 59)

in den von „*jugendlichen Sprayern*“ beschmierten Fassaden im Berliner Stadtviertel, wo er zuhause ist, Symptome des allgemeinen kulturellen Verfalls. Wenn er mit ansehe, wie Eigentumsrechte Anderer verletzt werden, während die SPD auch noch einen Treffpunkt für die jungen Künstler finanziere, „*dann ist man doch recht angesäuert*“. Immerhin, so Florian, sei dieses Haus ja inzwischen geschlossen:

„Und Gott sei Dank werden die jetzt auch verfolgt hier in Berlin (...), werden dann zur Rechenschaft gezogen mit Saubermachen oder mit einer Geldstrafe, die Jugendlichen.“

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Werbespot der REP zur Bundestagswahl 1998, der mit ‚Spiel mir das Lied vom Tod‘ einen kulturellen Abgesang in Beziehung zu Bildern von Ausländern, Punks, Obdachlosen und verfallenden Stadtteilen Berlins setzte und damit bei einigen Befragten großen Anklang fand (vgl. Kap. 5.3).

Wie strukturelle Probleme allgemein zu bewältigen seien, formuliert Angela (REP, 35) folgendermaßen:

„Also ich möchte schon, dass sich mehr für das eigene Volk auch eingesetzt wird in unserem Land, dass mehr Geld ausgegeben wird - sag' ich mal - für die eigenen Menschen und weniger Geld (...) für Dinge ausgegeben wird, die vielleicht erst mal zurückgestellt werden müssten.“

Einzusparen seien Gelder ihrer Auffassung nach zum Beispiel im Rahmen der EU, der UNO oder der NATO, also im Zusammenhang der Einbindung der Bundesrepublik in internationale Verpflichtungen, um sie für vordringlichere Probleme im eigenen Land aufzuwenden.

Zu Europa mussten sich die Befragten im Rahmen der vorgelegten vier Bilder (vgl. Kap. 4.1) äußern, da eines davon die Europaflagge zeigte. Die Kommentare aller 24 Befragten waren zwar nicht alle grundsätzlich ablehnend gegenüber europäischer Kooperation, jedoch durchweg kritisch. Auf Ablehnung stießen zum Beispiel die Opferung „*der D-Mark auf dem Altar Europas*“ (Gero, JF, 29) und die finanziell tragende Rolle, die Deutschland als „*Zahlmeister*“ (Beate, REP, 58) in der Europäischen Union spiele.

Deutsche Interessen zuerst zu vertreten, ist demnach der Grundtenor politischer Forderungen. So bilanziert Richard (REP, 49):

„Zuerst die deutschen Interessen vertreten, ohne jetzt den langjährigen [aus dem Ausland stammenden] Mitbürger hier vor den Kopf zu stoßen. Aber ich kann nicht neue Zuzugsgeneh-

migungen erteilen und neue Arbeitserlaubnisse aussprechen, wenn ich hier doch nicht weiß, wie es weitergehen soll.“

Und später ergänzt er:

„Unsere Partei hat das Interesse der einheimischen Bevölkerung zu wahren. Das ist wohl das oberste Anliegen, dass wir sagen: So, wir müssen für unsere Mitbürger doch etwas mehr tun als (...) für Asylanten oder Scheinasylanten.. Es sind ja nun erwiesenermaßen doch von denen, die hier Asylbewerber sind, nur ein Bruchteil, was anerkannt ist oder anerkannt wird. Die meisten kommen ja.... Heute hab' ich noch im Spiegel gelesen, dass wir also (...) an der Spitze stehen in der Welt, was die Aufnahme von Flüchtlingen anbetrifft. In der Welt!“

Vereinfachend lassen sich Lösungsvorschläge zu strukturellen Missständen vorerst – das heißt, ohne an dieser Stelle entsprechende Verantwortungszuschreibungen (Kap. 6.2) und daraus resultierende politische Auseinandersetzungen zu berücksichtigen – wie folgt zusammenfassen:

- mehr Geld für ‚Deutsche‘, weniger für ‚Nicht-Deutsche‘ ausgeben;
- Ressourcen in Kooperationszusammenhängen, die jenseits des unmittelbaren nationalen Interesses (EU, NATO, UNO) ausgemacht werden, einsparen;
- Begrenzung der Zuwanderung oder gar ein ‚Zuwanderungsstop‘ sowie Rückführung von Ausländern bzw. Ausweisung von „kriminellen“ und „illegalen Ausländern“.

Zuwanderungsbegrenzungen und Rückführungsquoten werden auch als probate Mittel zur Bewahrung nationaler (deutscher) Kultur (Kap. 6.1.2) angesehen. Hervorzuheben ist, dass aus der Warte der Befragten ‚Zuwanderung‘ selbst zum Missstand, zur ‚nationalen Bedrohung‘ wird. Wie radikal und weitreichend die Positionen der Befragten in diesem Punkt letztlich sind, kann nur gemutmaßt werden. Zu bedenken ist schließlich auch, dass die REP grundsätzlich um öffentliche Anerkennung als demokratische Partei ringen, sich jedoch gerade mit dem Vorwurf der ‚Ausländerfeindlichkeit‘ auseinandersetzen müssen. Insofern ist die Metapher des ‚Kreide fressenden Wolfes‘, also eine gemäßigte Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit aus strategischem Kalkül, nicht aus der Luft gegriffen (vgl. Pfahl-Traughber 2000: 89; s. auch Kap. 3.1.1, Phase 1983-1990). Folgerichtig kann ein Interviewer von außen bei noch so ausgefeilter Befragungstechnik Effekte sozialer Erwünschtheit nicht völlig ausschließen.

Das folgende Beispiel von Klaus (REP, 48) spiegelt das Bewusstsein der Problematik solcher Positionen bei gleichzeitiger Inkaufnahme von „Einzelhärten“ am Beispiel kurdischer Flüchtlinge wider:

„Ich habe volles Verständnis für einen Kurden, der aus dem Osten der Türkei weg gemusst hat, irgendwo im Westen der Türkei aber nicht bleiben konnte, deswegen nach Deutschland gegangen ist, weil er irgendwo hier vielleicht schon Verwandtschaft hat, und jetzt hier nicht nur ist, sondern auch Asyl beantragt hat, gibt's ja auch; so - und der jetzt aber, weil ihm gesagt wird: ‚Nee, also nach unseren Erfahrungen können Kurden in den Nichtkrisengebieten durchaus in der Türkei leben, und du musst wieder zurück‘, dass der natürlich (...) unter Umständen ein sehr hartes Schicksal hat. Aber das ist nun mal (...) die Position, die irgendwo rechtsstaatlicher Entscheidung bedarf, und wenn die gefällt worden ist, gilt die. Dass es da Einzelhärten gibt, damit muss nun mal das System leben.“

‚Rückführungsquoten statt Einwanderungsquoten‘ fordert auch Albert (REP, 24). Während in den o.g. Zitaten von Armin (REP, 32) und Ute (REP, 63) die Zugehörigkeit zur Nation von Leistungskriterien bzw. von der formalen Staatsbürgerschaft abhängig gemacht wird, ist für Albert ein ‚Bekenntnis zur Nation‘ grundlegend. Damit einhergehend stoßen auch die ‚Doppelte Staatsbürgerschaft‘ bzw. im folgenden Zitat ein ‚leichtfertiger‘ Umgang mit der Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft auf Ablehnung:

„Wir brauchen keine Einwanderungsquoten, sondern wir brauchen Rückführungsquoten. Und das muss human und entsprechend unser christlich abendländischen Tradition erfolgen, es darf keinen Rückfall in die Barbarei geben. Sie sind gekommen wegen Geld, und ein Großteil wird auch wieder gehen wegen Geld. Ich möchte mehr eine Fluktuation bei den Ausländern. Ich möchte, ähnlich wie in der Schweiz halt auch, so ein Rotationsprinzip haben, wo auch mal andere Länder kommen. Und die Staatsbürgerschaft möchte ich als, würde ich förmlich als was Heiliges ansehen. Staatsbürger sollte nur der werden, der sich auch zum Staat bekennt. Es soll kein formaler Akt sein. Nur weil jemand hier geboren ist, (...) ist er lange noch kein Deutscher. Der muss sich hier zu dieser Gemeinschaft bekennen. Nicht zur Gesellschaft, ich betone Gemeinschaft, weil das ein geschlossenerer Begriff ist. Er muss, man muss die innere Hinwendung zum Deutschen Staatswesen und zum deutschen Volk – ich formuliere das genau so – sehen bei ihm, und dann sagt man auch: Okay, du kannst zu uns. Du willst zu uns gehören, du sollst zu uns gehören, du bist ab heute einer von uns. Das entspricht – ich bin auch noch überzeugter Protestant – auch meinem christlichen Verständnis, dass man so mit einem Menschen umgeht.“

Die Nation wird nicht nur von Albert zur ‚Glaubensfrage‘ erhoben. Ein ähnlich religiöses Motiv findet sich auch im Interview mit dem Katholiken Jakob (REP, 63):

„Und für mich ist wirklich jedes Volk ein Gottesgedanke.“

Dies wirft die Frage auf, wie sich dieser ‚Glaube‘ im Einzelnen gestaltet bzw. um welches ‚Heiligtum‘ sich die Gemeinde versammelt. Da allerdings längst nicht bei allen Befragten von religiös geprägten Selbstverortungen ausgegangen werden kann, richtet sich das Augenmerk der Analyse allgemeiner auf Sinn- und Identitätsbezüge, welche die Befragten in ihrem Engagement umtreiben. Bereits in den vorangegangenen Zitaten tritt der einer identitätspolitischen Programmatik (vgl. Kap. 2.3) zugrundeliegende Differenzierungsprozess zwischen ‚Deutschen‘ und ‚Ausländern‘ zutage. Eine sozialpsychologische Arbeit zu ‚Rechtsextremismus und kollektiver Identität‘ hätte allerdings keinen Erkenntnisgewinn, wenn sie sich nicht näher damit befassen würde, woran sich solche Kategorisierungsprozesse festmachen, die schließlich zur Ausgrenzung führen und Zuwanderung aus der Warte der Befragten grundsätzlich zu einer Bedrohung machen.

Insofern berühren wahrgenommene strukturelle Missstände nur die Oberfläche des Phänomens, während zum Beispiel grundsätzlichere Stellungnahmen zur Bedrohung der eigenen Kultur aufschlussreicher erscheinen. Mit anderen Worten stellt sich demnach die Frage, welche Bedeutung und welcher Wert von den Befragten Deutschland beigemessen werden bzw. wie ‚deutsche Werte‘ aus ihrer Perspektive aussehen. Dieser Frage wird zunächst mit folgender Analyse wahrgenommener kultureller Missstände nachgegangen.

6.1.2 Kulturelle Missstände: Die Bedrohung nationaler Identität

Einleitend sei unter Bezugnahme auf die Ideengeschichte des Nationalismus⁵⁸ sowie auf die sozialpsychologische Studie von Daniel Katz (1965) zum Nationalismus skizziert, worauf sich das Augenmerk dieses Unterkapitels konzentriert.

Im Unterschied zu strukturellen Missständen, die sich eher am *Nationalstaat* und dessen Institutionen festmachen lassen, nimmt die Wahrnehmung kultureller Missstände zumindest implizit Bezug auf das Konzept der *Kulturnation*. Bereits Johann Gottfried Herder (1744-1803), den beispielsweise Albert (REP, 28) zitiert, stellt Sprache und Kultur in den Mittelpunkt menschlicher Selbstverortung. Im italienischen „Risorgimento-Nationalismus“⁵⁹ gelten

⁵⁸ Eine ausführlichere Darstellung zur Ideengeschichte des Nationalismus findet sich bei Göhler/Klein 1991: 611ff.

⁵⁹ Risorgimento heißt ‚Wiedererstehung‘.

Sprache und Geschichtsbewusstsein „als herausragende Betätigungsfelder, von denen aus das nationale Erwachen der europäischen Völker angestoßen wird. Die Nationalsprache und –literatur werden zum Gegenstand wissenschaftlicher Vereinigungen, Institute und Akademien. Die von ihnen editierten Grammatiken, Wörterbücher und Textsammlungen fördern die Ausbildung nationaler Hochsprachen, während die Historiker die Grundsteine der jeweiligen Nationalgeschichten legen“ (Göhler/Klein 1991: 614).

Nach Katz (1965: 70ff.) handelt es sich bei *kultureller Identität* um eine Ideologievariante des Nationalismus, die sich auf die Werte des „Volkscharakters“, auf das kulturelle Erbe, die Sprache sowie auf die von einem Großteil der Bürger geteilte Lebensart bezieht. Ein „Gemeinschaftsgefühl von Landsleuten“ werde „(i)n seiner extremen Übersteigerung (...) oft zum Ethnozentrismus oder Rassismus. (...) Wenn ein Nationalstaat existiert, geht dieser (...) sehr schnell dazu über, die Staatsideologie mit der kulturellen Ideologie des Volkes zu verbinden“. Allgemeiner versteht Katz (ebd.) Nationalismus als Ideologie des Systems und meint damit „die Summe von Werten und Vorstellungen, die einer Gemeinschaft als kohärentes Muster zu Grunde liegen“.

Sprache, Geschichte, Lebensart sowie Werte und Religion (s.u. die Ausführungen zum Photo ‚betende Moslems‘) einer sozialen Gruppe sind demnach grundlegende Komponenten einer kulturellen Identität.

Wenn Horst (JF, 34) sein Engagement explizit auf sein Anliegen gründet, zum Erhalt ‚nationaler Identität‘ beizutragen, bezieht er sich in seiner Argumentation auf eben solche Elemente, die er durch die ‚multikulturelle Gesellschaft‘ bedroht sieht:

„Ich drücke es mal andersrum aus, positiv aus. Mein Anliegen ist so ein Stück beizutragen zur Identitätswahrung, und zwar sowohl meiner persönlichen als auch der des Volkes, dem ich angehöre, also der Deutschen in dem Fall. Und da stell’ ich zum Teil schon fest, dass diese Identität enorm bedroht ist, durch die Entwicklungen hin zu einer multikulturellen Gesellschaft. Weil sich eben Identität ausdrückt für mich in kulturellen Bezügen und in Sprache natürlich. Und durch ‘ne zunehmende Internationalisierung oder Multikulturalisierung denke ich schon, dass damit ein Stück weit diese Identität bedroht ist. Und da mitzuwirken, zumindest eben publizistisch, dass es dazu nicht kommt oder jedenfalls nicht in dem Maß kommt, wie es befürchtet wird von mir, das ist auch ein Anliegen. Das hat auch was mit Geschichte zu tun. Also ich hab’ als Deutscher keine gemeinsamen geschichtlichen Wurzeln mit jemanden, der aus - ich weiß nicht - aus dem Nahen Osten kommt oder aus dem weiteren Osten oder so. Ich hab’ mit denen wirklich sozusagen nichts gemeinsam, was unter dem Stichwort ‚Identität‘ sich zusammenfassen ließe. Ich kann mich mit denen nicht verständigen der Sprache wegen,

der unterschiedlichen. Ich kann mich nicht gemeinsam zurückerinnern an eben kulturelle Wurzeln. Da hat er andere als ich. Ich kann mich nicht an geschichtliche Wurzeln zurückerinnern, da hat sein Land, sein Volk andere als mein Volk, mein Land. In dem Moment aber, wo er in der Mehrheit ist gegenüber mir - das heißt jetzt natürlich nicht mit Gewalt oder so, ja? -, in dem Moment ist meine Identität, die meiner Gruppe, meines Volkes (...) bedroht. Und das ist das, was mich umtreibt, was mich früher parteipolitisch umgetrieben hat und was mich heute eben in anderer Form umtreibt.“

Reflexionen über ‚nationale Identität‘ sind in dieser Ausdrücklichkeit und Ausführlichkeit in den Interviews seltener zu finden. Zudem ist nicht bei allen Befragten eine entsprechende ideengeschichtliche Vorbildung vorauszusetzen, wenngleich das geschichtliche Wissen bei vielen Befragten auffallend ausgeprägt ist (vgl. Kap. 5.1). So begründet etwa Heinrich (REP, 78) seine Forderung nach Begrenzung von Einwanderung (s.o.) in sehr viel allgemeinerer Bezugnahme auf die deutsche Kultur:

„Und dass ich sage, die deutsche Kultur liebe ich, die anderen Kulturen achte ich. Aber die deutsche Kultur liebe ich, und ich halte es für gut, wenn die deutsche Kultur mit anderen Kulturen Berührungspunkte hat. Durch die Berührungspunkte mit anderen Kulturen entwickelt sich eine Kultur weiter, hat die Geschichte gezeigt. Aber auf keinen Fall darf dadurch unsere Kultur untergehen oder verwässert werden, nicht wahr; Berührungspunkte, aber nicht verwässern“.

In diesem Sinne sind auch die durch die Photoserie (hier: Europaflagge; vgl. Kap. 4.1) hervorgerufenen Bemerkungen zur Europäischen Union (s. auch Kap. 6.1.1) zu sehen: Hier steht die wahrgenommene Preisgabe nationaler Souveränität und Eigenheiten im Mittelpunkt der Kritik. Demgegenüber dominieren Forderungen nach einem „*Europa der Vaterländer*“ bzw. einem „*Europa der Nationen*“, das sich klar von einem „*multikulturellen*“ Staatenverbund wie den USA unterscheidet.

Nicht gänzlich unerwartet weicht die Auffassung von Hans (JF, 36), dessen im Rahmen der Stichprobe eher ungewöhnliche Vorlieben für das links-alternative Milieu bereits angesprochen wurden, vom Grundtenor der anderen Befragten ab: Bemerkenswert ist hier wiederum die ihm eigene Sympathie für die ‚multikulturelle Gesellschaft‘ vor dem Hintergrund des Erhalts spezifischer Identitäten. Damit impliziert er eine Vorstellung von kultureller Integration, die Ausländern neben der ansonsten geforderten Anpassung an eine deutsche Kultur immerhin auch den Erhalt kultureller Eigenheiten zugesteht. So merkt er beispielsweise in

Bezug auf die Position eines deutschen Mitbürgers türkischer Abstammung, also hier aus dessen Warte, an:

„Wenn ich jetzt hier als deutscher Staatsbürger lebe, dann hab’ ich mich gewissen, gewissen kulturellen Normen hier anzupassen, ohne das ich meine ganze Identität aufgebe.“

Indes hat auch in seiner Terminologie das Prinzip der Wahrung kultureller Eigenheiten Bestand:

„Und deswegen konnte ich auch immer Sympathie haben eben für jeden, für jedes Volk, was um seine Selbstbestimmung kämpft. Ob ich jetzt mit den Mitteln übereinstimme im Einzelnen, aber an sich, mit dem Anliegen derer konnte ich immer große Sympathien [empfinden]. Und deswegen auch ‘ne Verbindung, eben weil ich jetzt auf Folklore eben [hingewiesen habe], immer ‘ne starke Verbindung zu eben auch ausländischer Folklore, weil das eben auch (...) etwas Volkliches ist. Ich sag’ immer ‚Volkliches‘ und unterscheide das von völkisch. Völkisch ist ja etwas mit Abstammung und Rasse und solchen Geschichten. Kann ich überhaupt nichts abgewinnen.“

Interviewer: *„Das ist also eher ein kultureller Aspekt?“*

„Ja. Also das Volkliche, (...) Völker, die ihre Kultur erhalten und pflegen, das ist mir also sehr sympathisch, weil ich das eben für mich eben selbst hier auch (beanspruche). Und (das) kann ich also sehr gut nachempfinden.“

Bernhard (REP, 22) begründet sein Engagement damit, etwas für seine „Heimat“ tun zu wollen und füllt dieses Konzept wie folgt:

„Es ist der Ort, wo ich lebe, wo ich wohne, wo ich geboren bin, wo ich aufgewachsen bin; und von daher diese Heimatverbundenheit. (...) Ich bin schon stolz auf meine Heimat, sag’ ich mal, gerade in Anbetracht auf die Sachen, die wir bis jetzt geleistet haben, die die Menschen in dem Land bis jetzt geleistet haben. Das fängt ja irgendwann im frühen Mittelalter an, und das geht bis heute. Ich meine, das sind Sachen, mit denen habe ich eigentlich nichts mehr zu tun. Aber es ist halt einfach eine Verbundenheit, dass ich sagen kann: Meine Vorfahren (...), die genauso hier wohnen, die haben das geschafft. Andere Nationen haben das einfach nicht geschafft.“

Diese Ausführungen ähneln in Bezug auf Geschichte und Kultur denen von Horst (JF, 34; s.o.). Vergleicht man die Begriffe ‚Nation‘ und ‚Heimat‘, ist letztgenanntes Konzept mit Blick auf die räumliche Dimension von Identitätsbezügen konkreter, durch lebensweltlichere Bezüge gekennzeichnet und impliziert ein hohes Maß an Vertrautheit, das zum Beispiel darin seinen Niederschlag findet, ‚sich heimisch zu fühlen‘. Auch wenn der Begriff ‚Heimat‘ in der

Geschichte seiner Verwendung häufig gerade zur Stützung ausgrenzend nationalistischer Bewegungen missbraucht wurde (vgl. ‚Blut und Boden‘, der Heimatfilm als NS-Propagandafilm etc.), ist er an sich nicht unbedingt mit nationalen bzw. nationalistischen Rahmungen gleichzusetzen, kann seine Bedeutung beispielsweise eher in regionalen Zusammenhängen zugewiesen bekommen⁶⁰. Bei Bernhard (REP, 22) finden beide Begriffe allerdings offensichtlich eine synonyme Verwendung. Dies bringt auch Ute (REP, 63) zum Ausdruck:

„Und habe eigentlich auch immer nur an meine Heimat gedacht, also an mein Land sozusagen. Ich eben noch patriotisch oder was, also ohne ‚Sieg Heil‘ oder so was, nicht? Sondern ich will einfach eben, dass Deutschland die Heimat der Deutschen bleibt, überwiegend zumindest.“

In dem folgenden Beispiel beschreibt Klaus (REP, 48), wie seine Großmutter nach ihrer Vertreibung aus Breslau ein zweites Mal ihre Heimat verliert. Dabei wird deutlich, dass sich die wahrgenommene Bedrohung der Heimat durch fremde, ausländische Kulturen oftmals an ausgesprochen profanen, lebensweltlichen Kriterien festmacht. Wie bereits in Kap. 6.1.1 angedeutet, kommt auch in dieser Darstellung der fließende Übergang von strukturellen zu kulturellen Missständen zum Ausdruck. Bemerkenswert ist dabei das implizite Wertesystem von Klaus, das die Vertrautheit von Heimat offenbar an grundlegende Vorstellungen darüber koppelt, wie sowohl Ordnung und Sauberkeit als auch Gemeinschaft (vgl. Kap. 6.1.2.1) aussehen sollte:

„In Salzgitter hat sie dann in einer Wohnung ab 1951 (...) gewohnt mit Leuten drum 'rum, die teilweise auch aus Ostpreußen, Oberschlesien und sonst wo kamen. Und (...) irgendwann sind die Leute alle älter geworden und irgendwann alle weggestorben. Und kaum wurden die Wohnungen leer, wurden sie also durch Pakistani, Türken, Marokkaner besetzt. Diese vorher blitzsaubere und geordnete Wohngegend veränderte sich natürlich. (...) Also um die Blocks waren immer feine, schmale Streifen von Gärten, die sehr schön gepflegt und angelegt waren. Na ja, das alles veränderte sich in sehr negativer Weise. Meine Oma hat sehr darunter gelitten, weil das also da nicht mehr zu regeln war, wer stellt wann die Mülleimer raus und wer hat Putzwoche im Hausflur und wer gießt die Blumen auf der Zwischentage und weiß der Himmel?. Klappte ja alles nicht mehr.“

Schließlich zog sie in ein Altersheim um, da ihre alltägliche Versorgung fernab der Familie nicht mehr gewährleistet werden konnte. Auch wenn sie dort noch sechs Jahre lebte, kommentiert Klaus abschließend:

⁶⁰ Kontroverse Diskussionen zum Begriff Heimat sowie zahlreiche Materialien zum Thema versammeln Will Cremer und Ansgar Klein (Hg.) (1991).

„Aber diese Frau hat also mit dieser Veränderung ihrer Umwelt und ihrer Mitbewohnerschaft wirklich ihre Heimat das zweite Mal verloren.“

Besonders ergiebig für die wahrgenommene Bedrohung der eigenen Kultur sind die Kommentare zu dem vorgelegten Photo ‚betender Moslems‘. Das Bild zeigt eine Straße, die mit zum Gebet knienden Moslems angefüllt ist. Waren die Befragten bis zu diesem ‚projektiven Test‘ – der Serie von vier Photos (vgl. Kap. 4.1; Anhang 2) – mit gegenüber Fremden ab- bzw. ausgrenzenden Stellungnahmen sparsamer, so offenbarten sich hier doch eindeutigere exklusive Positionen.

Grundsätzlich sind die Aussagen von 23 Befragten ambivalent. Nachdem in den ersten zehn Interviews durch das Photo vorwiegend verdächtig verhaltene Reaktionen ausgelöst wurden, schloss sich in den folgenden Interviews an eine erste Stellungnahme die Nachfrage an: „Wenn so etwas in Deutschland (bzw. in Berlin etc.) stattfinden würde, was würden Sie davon halten?“.

Auf eine durchweg positive Bewertung stößt das Bild nur bei August (REP, 40), dem allerdings keine entsprechende Zusatzfrage gestellt wurde:

„Und insgesamt ist das, wenn ein Volk mit entsprechender Kultur gewachsen ist, aufgewachsen ist und so weiter, sicherlich einer hervorragende Sache. Kann ich nur begrüßen. Ich finde es äußerst begrüßenswert, wenn solche - ich sag's mal - Emotionen, Gegebenheiten, Anbetungen und so weiter dargeboten werden, wenn Entsprechendes getätigt wird, wenn entsprechende Kultur gepflegt wird, wenn der entsprechende Glaube gepflegt wird, wenn einfach die Voraussetzungen beibehalten werden, um entsprechend kulturelle und religiöse Bereiche aufrecht zu erhalten.“

Immerhin leiten weitere 15 Befragte ihre Kommentare zumindest mit verständnisvollen Bemerkungen ein. Da ist die Rede von Religionsfreiheit, über das Akzeptieren bis hin zum Respektieren anderer Religionen. Florians (REP, 59) Bewertung, die unter die o.g. 15 subsumiert wird, lässt allerdings eher auf eine grundlegende Skepsis schließen:

„Ja, eine andere Glaubensrichtung, wie ich [sie] habe, und die einfach zu akzeptieren ist, die zwar auch in unserem Lande stattfindet, aber die in dem Land, wo die Leute eigentlich herkommen, unbedingt zu akzeptieren ist. Denn die kennen ja nichts anderes. Die Christen, die hier sind, die bewegen sich anders, sehen anders aus, wenn sie in der Kirche sitzen.“

Deutet Florian hier zunächst nur ein gewisses Befremden angesichts des Photos an und beschränkt er „akzeptieren“ auf islamische Länder, so wird sein Standpunkt in seiner Antwort (s.u.) auf die Zusatzfrage eindeutiger.

Für Josef (JF, 38) spiegelt sich in dem Bild eine gewisse Ordnung in der Besinnung außerhalb alltäglicher Routinen wider:

„Das heißt es muss sich um Menschen handeln, die ganz normal in ihrem Alltag eben aus ihren Häusern herausgetreten sind und sich zusammengeschlossen haben; offensichtlich auch in einer sehr ordentlichen Reihe, also in Reihe und Glied. Das heißt sie bücken sich nicht irgendwie in einem wirren Durcheinander, sondern das Ganze hat offensichtlich seine Ordnung. Das ist, was ich positiv [damit] verbinde.“

Ähnlich argumentiert Jakob (REP, 63), dem zunächst positiv eine „Gemeinschaft“ auffällt, die ihre Ordnung durch die Anerkennung einer „Autorität (...) über dem Menschen“ erfährt:

„Das ist ja die Religion, dass man über sich jemanden akzeptiert, oder eine Kraft akzeptiert.“

Und Albert (REP, 28) äußert sich wie folgt:

„Wie gesagt, wenn ich mal davon ausgehe, dass das nicht bei uns ist, dann muss ich sagen, finde ich das schön. Ich finde es gut, dass diese Leute eine Erklärung für ihr Dasein gefunden haben in der Religion. Es ist nicht meine Religion, es ist nicht meine Erklärung des Daseins. Äh – Aber ich habe große Achtung vor jedem Mensch, der sich das Recht heute noch rausnimmt, auch an Dinge zu glauben, die er nicht sieht, die er eben sonst nicht erfahren kann. Glauben heißt nicht Wissen. Die wissen auch nicht, ob es Allah gibt. Also ich finde es toll, dass der Mensch glaubt, das es noch eine Welt gibt, die er nicht – trotz aller Hightech, trotz allen Wissens – nicht erreichen kann, sondern nur durch Seele und Herz.“

Horst (JF, 34) beginnt zwar angesichts der „Menschenmengen“ mit zögerlichen Bedenken gegen die mit der „Islamisierung“ und dem „Fundamentalismus“ einhergehenden Probleme, unterstreicht dann jedoch die positiven Aspekte:

„Also ich find zum Beispiel eher positiv, dass Moslems in ihrem Glauben auch leben, weil es etwas gibt, was zu ihrer kulturellen, religiösen, kulturell-religiösen Geschichte gehört, zu ihren Wurzeln als Mensch gehört. Und - äh - weil es eben das ist, was hierzulande, auch wenn es mich hier selber nicht betrifft, aber was ich hier als, als Mangel empfinde.“

Ähnlich zeigt sich Gero (JF, 29) von einer „Religiosität“ beeindruckt, „die uns hier natürlich völlig abhanden gekommen ist“.

Silke (REP,56) hat zunächst ein „*gewisses Verständnis*“ für eine in ihrer Religion verwurzelten Kultur. Im Vergleich dazu sei hierzulande inzwischen Alles „*aus den Fugen*“ geraten, selbst die 10 Gebote hätten keine Gültigkeit mehr.

Und Hans (JF, 36) unterstreicht:

„Eine, sagen wir mal, (...) Rückbindung an die eigene Religion finde ich ausgesprochen wichtig und gut in dem Sinne auch, weil das eben zur Identität - gerade hier im besonderen Falle – (...) dazugehört. Also wenn ein Volk, sag’ ich mal, auf seine eigenen Wurzeln sich besinnt, find’ ich das ausgesprochen akzeptabel.“

Demnach vergegenwärtigen sich einige Befragte angesichts des Bildes den Werteverfall im eigenen Land bzw. Kulturkreis, „*die Abkehr hierzulande vom Glauben*“ (Horst, JF, 34) und bringen infolgedessen Völkern, die nach wie vor in ihrem Glauben verwurzelt sind, Achtung entgegen.

Bei den anderen 8 Befragten fällt das Urteil von vorne herein negativer aus⁶¹. Ohne dass Ute (REP, 63) eine entsprechende Nachfrage gestellt wird, ist ihr erster Kommentar:

„Also nicht bei uns in Deutschland. Das ist alles.“

Interviewer: *„Das ist alles?“*

Ute: *„Ja. (...) Also sagen wir mal, sieh jetzt, wer jetzt hier ist von den Ausländern und wer also jetzt diese Religion hat, die kann man ihnen auch nicht verbieten. Aber ich möchte natürlich nicht, dass es zu weit Oberhand nimmt. Also ganz verbieten oder so, sollte man das nicht, also überhaupt nicht verbieten, für die, die da sind. Aber ich lehne es an sich ab bei uns.“*

Armin (REP, 32) empfindet beim Betrachten des Bildes „*Ohnmacht und Wut*“. Er empört sich darüber, dass aus einer „*altehrwürdigen*“ Kultureinrichtung im Ruhrgebiet ein islamisches Ausbildungszentrum gemacht werden soll und verwehrt sich strikt gegen den lautsprecherverstärkten Gebetsruf des Muezzin:

„Dass die ihren Glauben hier ausüben, das ist uns so was von egal. Sollen sie glücklich werden damit“.

⁶¹ An dieser Stelle sei in Erinnerung gerufen, dass das letzte Interview am 29.08.1998, also mehr als drei Jahre vor dem 11.09.2001, durchgeführt wurde. Die Polarisierungen zwischen Christentum und Islam, zwischen abendländischer und morgenländischer Kultur könnten demzufolge derzeit durchaus radikaler ausfallen.

Auch Richard (REP, 49) und Angela (REP, 35) haben Einwände gegen Moscheen und den Gebetsruf vom Minarett. So erklärt Richard:

„Im Gegenzug wird ja uns nicht gestattet, äh - in diesen Ländern unseren Glauben so auszuführen. Ich meine, ich gehöre keiner Kirche mehr an. Aber trotzdem bin ich christlich erzogen. Und meine Kinder werden christlich erzogen, sind auch getauft. Und uns wird ja nicht gestattet zum Beispiel in Saudi-Arabien da 'ne Kirche aufzubauen oder das Kreuz öffentlich zu tragen. (...) Gut, für diese Länder ist das symptomatisch. Gehen Sie nach Saudi-Arabien oder nach Indien oder nach weiß ich wohin, wo die Mehrheit (...) dieser Religionsgemeinschaften leben. Da ist das normal. Aber ich würde es erschreckend finden, wenn das hier irgendwann in Deutschland so der Fall wäre. Da ist also die Toleranzgrenze überschritten.“

Claudias (REP, 51) spontane Reaktion auf das vorgelegte Photo lautet:

„Oh Gott, was ist denn das? Grausam, grauenvoll. Diese Menschen, die knien da nieder. Finde ich auch nicht gut, gefällt mir nicht. (...) So was muss es nicht geben.“

Sie würde sich das im entsprechenden Land gerne ansehen, gesteht allen Religionen auch Freiheit ein, sagt aber – mit der Vorstellung konfrontiert, diese Szene würde sich in Berlin zutragen:

„Würde ich fürchterlich finden. Dann würde ich sagen: ‚Also um Gottes Willen, Herr Präsident Soundso (ironisch), geben sie uns Kreuzberg zurück!‘. Also ich finde, so sollte es eigentlich nicht sein in unserem Land. Das würde ich nicht so gut finden, weil ich mir sage jetzt, wenn wir da in die Türkei oder je nachdem in welches Land wir gingen, und würden dann – weiß ich nicht – da eine Kirche erbauen wollen oder... Also das würde mir nicht so zusagen. So dürfte es in diesem Land eben nicht aussehen bei uns, ja?“

Wie bereits angedeutet, fallen auf eine solche Zusatzfrage hin allgemein die geäußerten Bedenken klarer aus. Eine Variante von Claudias Antwort liefert beispielsweise Florian (REP, 59):

„Ja, dann würde ich ein vollkommenes Versagen der derzeitigen Regierung sagen und könnte das nicht akzeptieren in meinem Land, das muss ich da auch sagen. (...) Das fällt mir sehr schwer, dass in dem bisherigen Kreis zu viele Fremde – nun sind es ja in Berlin 186 verschiedene Nationen – versuchen, die eigene Identität zu zerstören. Und irgendwie ist das hier nicht zu sehen, sondern es ist vielleicht so, dass es, dass es also eine Übermacht schon ausdrückt hier, soweit sind wir schon. Das möchte ich zu dem Bild sagen.“

Heinrich (REP, 78) antwortet auf die Nachfrage:

„Das würde ich als eine Bedrohung meiner Kultur ansehen dann.“

Silkes (REP, 56) Ergänzung zu ihrem eingangs geäußerten Verständnis hinsichtlich eines in seiner Religion verwurzelten Volkes (s.o.) legt im Vergleich zwischen Islam und Christentum gar das befürchtete Aussterben des eigenen Volkes nahe:

„Wenn ich mit 37 denke: ‚Na ja, vielleicht wäre es doch ganz schön, Mutter zu sein‘, das ist keine Einstellung, wie eigentlich ein Volk, eine Kultur überhaupt die Menschheit überleben könnte. Und deshalb werden wir immer weniger werden. Der Glaube wird sowieso nicht da sein, um als Bollwerk dagegen zu sein. Das ist also ganz klar, dass die das, dass die mehr und mehr Einfluss gewinnen werden, weil die Menschen sich doch noch danach sehnen, nach einem Wertesystem, das sie als gut empfinden.“

Und wenn Beate (REP, 58) den Islam als *„rabiaste Religion überhaupt“* bezeichnet, so teilt ein Großteil der Befragten zumindest Zweifel an der Friedfertigkeit von Fundamentalisten und gemahnt an das expansive Moment des Islams. So stellt etwa Josef (JF, 38) fest:

„Ich habe ja den Koran gelesen, und bin über die vier verschiedenen sunnitischen Rechtsschulen des Islam einigermaßen im Bilde; dass das keine [lacht] Religion ist, die - ich möchte mal sagen - prinzipiell von der Basis her nur auf friedlichen Dialog ausgerichtet ist.“

Das Fremde (vgl. Graumann 1997), das in dem Photo zum Ausdruck kommt und in wesentlichen Zügen mit dem christlichen Kulturkreis inkompatibel erscheint, wird in Kombination mit der wahrgenommenen *„Menge betender Moslems“* (Fritz, REP, 32), den mit betenden Menschen gefüllten Straßenzügen, die Michael (REP, 41) an *„Aufmärsche“* erinnern, den *„Menschenmassen“* (Armin, REP, 32) zu einer Bedrohung der eigenen Kultur. So zeige etwa das von Hans (JF, 36) und Klaus (REP, 48) herangezogene Beispiel Algeriens, wie intolerant gegenüber Intellektuellen und fremdenfeindlich der islamische Fundamentalismus sei. Das Beispiel des Iran (Hans, JF, 36) belege zudem die Probleme der Vereinbarkeit zweier unterschiedlicher Kulturkreise:

„Oder ich meine, im Iran ist das ja das Gleiche gewesen unter dem Schah. Wenn man meint, man muss in einem islamischen Staat eine westliche Gesellschaft installieren, und das bedeutet halt Entwurzelung.“

Fundamentalistische bzw. radikal-islamische Züge werden dem Islam von vielen Befragten (13) zugeschrieben: Dort habe es schließlich in der Geschichte weder Aufklärung noch Säkularisierung gegeben, die hier einer unheilvollen Verquickung von Religion und Politik entgegenwirke. Aufgrund dieser wesentlichen Unterschiede zwischen Abend- und Morgenland rückt zumindest in Bezug auf Deutschland – das heißt der Nachfrage entsprechend: hier vor Ort – die wahrgenommene Bedrohung durch den Islam in den Mittelpunkt der Kommentare. Daher wird die Anpassung islamischer Mitbürger an ‚unser‘ Wertesystem gefordert. So merkt Bernhard (REP, 22) an:

„Dann sag‘ ich mir, das sind Gäste, und wenn ich irgendwo zu Gast bin, sollte ich mich auch so verhalten. (...) Dann sollen die das irgendwo in einem größeren Raum machen, da habe ich nichts dagegen.“

Vergleichbar ist der Kommentar Angelas (REP, 35):

„Ich denke, wenn die hier sind, dann sollten sie sich auch an unsere Sitten anpassen und sie respektieren.“

Etwas differenzierter problematisiert Klaus (REP, 48) Verständigungsprobleme zwischen den Kulturen:

„Das Problem beim Islam ist ja, eine Demokratie funktioniert nur dann, wenn die, die in der Demokratie leben, auch die gleichen Grundwerte vertreten. Wenn die Grundwerte unterschiedlich sind, dann kann der eine über ‚Ja‘ und ‚Nein‘ in seinem Wertesystem entscheiden. Und wenn der andere dann auch über ‚Ja‘ und ‚Nein‘ in seinem entscheiden soll, ist das also ganz schwierig überein zu kriegen. Und man redet nicht mehr über die gleiche Sache, wenn man sich streitet. Da kommen auch die Sprachprobleme noch dazu und der erklärte Unwille, sich nicht zu integrieren. Das ist gesellschaftlicher Sprengstoff.“

Und Gero (JF, 29) ergänzt seine grundsätzlichen Bedenken gegenüber einer „Majorisierung“ der Ausländer um wesentliche Barrieren, die einer kulturellen Integration entgegenstehen:

„Das ist halt einfach ‘ne Frage, ob das die Gesellschaft verkraftet. Nachdem es eine geschichtlich gewachsene, also jetzt nicht ‘ne biologische oder genetische Homogenisierung gibt, sondern eben eine geschichtliche Einheit, kulturelle Einheit, die ja schließlich blutig bezahlt worden ist in mehreren Kriegen, vor allem auch Bürgerkriegen, das ist ja das Schlimmste. Ist ja hart erkämpft worden. Ich würde sagen die Standards, die Verfassung, auch die innere Ordnung, die wir in Deutschland haben, das Rechtsverständnis, die Normen, die sind ja nicht vom Himmel gefallen, sondern in Jahrhunderten blutig bezahlt worden, ja?“

Das heißt, man kann eben niemandem vorwerfen, der hier zugewandert ist, dass er hier (...) nicht dieses kollektive Gedächtnis mit übernimmt. Es dauert natürlich. Sicher identifizieren sich recht schnell zugezogene Ausländer wohl grob mit dem Rechtssystem und mit, was wohl dem Staat am wichtigsten ist, mit dem Steuersystem, vielleicht mit der Straßenverkehrsordnung und so weiter. Aber der Aspekt, der an sich auch in der öffentlichen Diskussion immer so 'ne riesen Rolle spielt, natürlich geschichtliche Erinnerungen - ja?, Verantwortung für Geschichte, ja wie soll die denn jemand - äh... Er kann sich vielleicht, wird er verbal, wenn man ihn fragt, äußern vielleicht ein gewisses Bewusstsein. Aber das ist bestimmt ein Problem, was auf uns noch massiv zukommt.

Ein eher internes nationales Problem stellt für die Befragten der vorherrschende und ihrer Ansicht nach verquere Umgang mit der deutschen Geschichte dar. Für Selbst-Kategorisierungen in nationalen Begriffen spielt dieser eine zentrale Rolle, da eine positiv bewertete nationale Identität auch einer Rekonstruktion in historischer Kontinuität bedarf. Aus dem gängigen Geschichtsverständnis resultieren jedoch aus der Warte der Befragten ein mangelndes Selbstbewusstsein bzw. Defizite im Selbstwert der ‚Deutschen‘.

So kritisiert etwa Armin (REP, 32) die Geschichtsauffassung der „*extrem liberalen Positionen in der Bildungspolitik*“ und beklagt: „*Dass deutsche Geschichte (...) sich auf die Zeit von '33 bis '45 reduziert. Dahinter gab es nichts, davor gab es nichts.*“

Eine ‚Monopolisierung‘ von Deutungen deutscher Geschichte konstatiert Josef (JF, 38): „*Das, was ursprünglich eigentlich wichtig ist: Geschichte ist für mich – ein Ablauf der Dinge, (...) in dem sowohl gute und (...) schöne Dinge vorkommen, wie eben auch Dinge, die, ja, die man am liebsten vergessen möchte. (...) Ja, aber alles gehört eben zur Geschichte, und man muss sich eben an alles erinnern. Und damals hat man sich eben nur an die Sachen erinnert, die schön sind, die großartigen Dinge von Otto dem Großen über Bismarck und was weiß ich. (...) Die Deutungsweise der Geschichte wird - ja, wie soll man das ausdrücken? - monopolisiert. Das heißt, es wird eine bestimmte Deutung, (...) im Sinne von Habermas' ‚Erkenntnis und Interesse‘ eben nur noch ein bestimmtes Erkenntnisinteresse zugelassen, nämlich, ich möchte mal sagen, ein linkes. (...). Es [gibt] keine verschiedenen, moralisch zulässige Erkenntnisinteressen mehr.*“

August (REP, 40) verweist auf eine Geschichtsverfälschung durch deutsche Medien. Er bezieht sich dabei konkret auf die Geschichtsreihe ‚Hitlers Helfer‘ im ZDF, die unter Leitung von Guido Knopp im Zeitraum der Interviews ausgestrahlt wurde und seiner Auffassung nach Geschichte reißerisch überzeichnet und einseitig darstellt (zu Verantwortungszuschreibungen s. Kap. 6.2). Die deutsche Geschichtsschreibung werde nach wie vor durch die Siegermächte bestimmt, in England unter Verschluss gehaltene „Akten“ sollten zur Aufklärung des Nationalsozialismus beitragen:

„Aber bitte schön objektiv und nicht einseitig; einseitig in dem Sinne, dass es dann immer wieder heißt: ‚Ihr bösen Deutschen, ihr alten Nazis. Welche Rechtfertigung habt ihr denn überhaupt, euch politisch zu äußern‘ und dergleichen. Und ich denke, wenn jemand wirklich Interesse hat, zu erfahren, der sich bisher nicht für Politik interessiert hat, aus welchem Grunde die Geschichte entsprechend einseitig dargestellt wird, dann bitte ich doch, man sollte den englischen Bürger doch fragen, den englischen Politiker doch fragen, aus welchem Grunde das denn gemacht wird.“

Ähnlich argumentiert Karl (REP, 26):

„Ich denke ganz einfach, dass das, was man bis jetzt als Vergangenheitsbewältigung betreibt, also alleine der Schulunterricht, den ich genossen habe oder der jetzt noch vertreten wird, (...) ist ja doch tendenziell in die eine Richtung, also weiter links gerichtet. (...) Ja, dass auf der einen Seite immer Verbrechen von uns hingestellt worden sind (...), das halt so undifferenziert betrachtet wird zum Beispiel, was wir verbrochen haben, im Gegensatz dazu teilweise das, was andere verbrochen haben, dann unter den Tisch fällt. Dass es nicht darum geht, jetzt irgendwie über andere Nationen drüber zu heben, also nicht im Sinne von nationalistisch, sondern das würden wir halt national sehen. Das ist ja der Unterschied: Nationalistisch ist ja wieder etwas, was zur Übertreibung neigt, und... (...) Ja, dass halt mehr Wahrheit ans Licht kommt.“

In einzelnen Fällen offenbaren sich in Bezug auf die deutsche Vergangenheitsbewältigung Standpunkte, die zumindest in die Nähe revisionistischer Positionen reichen. In der vorliegenden Stichprobe wird zum Beispiel der Holocaust zwar nie geleugnet, die Unterbindung von Forschung über sein Ausmaß aber beispielsweise von Heinrich (REP, 78) kritisiert:

„Ich brauche ja jetzt nur daran zu zweifeln, dass in Auschwitz so das alles abgelaufen ist, wie die Juden es schildern, dann werden sie ja verhaftet, werden sie ja ins Gefängnis gesteckt. Das ist nach meiner Meinung ein untragbarer Zustand. Man muss doch über alle Dinge (...)

diskutieren können. Dass es verboten ist, in Auschwitz zu forschen, dass keiner... Da hat doch mal ein Ingenieur vom Max-Planck-Institut (...) mal Versuche gemacht (...) wegen des Gases da in Auschwitz. Der ist entlassen worden aus dem Max-Planck-Institut, weil der gewagt hat, da Analysen zu machen. Also so was ist doch untragbar, in meinen Augen jedenfalls. Das ist doch keine Geschichtsforschung. Und wie wacklig das steht, kann man ja auch erleben: Nach dem Kriege war da ein Stein, da stand drauf, hier sind vier Millionen Juden ermordet worden. Der Stein ist ja nach zwanzig Jahren weggeräumt worden. (...) Ich war nicht da, aber ich habe gehört, jetzt soll ein Stein da sein: Hier sind 700.000 Leute ermordet worden. Jeder einzelne Mensch, der ermordet wurde, ist einer zuviel, darüber gibt es keinen Zweifel. Aber für die Geschichte ist es natürlich ein Unterschied, ob vier Millionen ermordet worden sind in Auschwitz oder eine Millionen oder 700.000. So ist meine Meinung. Also ich sehe nicht ein, warum man der Deutschen Unrecht noch vergrößern soll.“

Beide Argumente – also unter Verschluss gehaltene Archive sowie die Tabuisierung wissenschaftlicher Forschung, die das Ausmaß des Massenmordes in Frage stellen wollen – werden auch, wie im folgenden Zitat von Beate (REP, 58), herangezogen, um die Richtigkeit gängiger Geschichtsauffassungen anzuzweifeln:

„Und warum kann ich die Archive nicht öffnen, solange es noch Zeitzeugen gibt, die sagen: Ja, so war es oder so war es nicht? Warum muss ich warten bis zum Jahr 2040, bis niemand mehr lebt? Also das sind alles Dinge, die ich nicht in Zusammenhang bringe. Und deswegen möchte ich mich auch eigentlich bewusst mit dieser Zeit nicht befassen, weil ich mir sage, ich kann sie nicht beurteilen. Es gibt niemanden, der mir die Wahrheit darüber sagen kann. Es ist sicherlich vieles passiert, was nicht sein durfte, und jedes Menschenleben ist eines zuviel. Aber jetzt andererseits Leute, auch ernsthafte Wissenschaftler, die versuchen, die Vergangenheit zu erforschen, einfach dann zu diskriminieren, unter Strafe zu stellen oder die Forschungsarbeiten zu verbieten, das beweist doch, die können auf irgendwas stoßen, was man uns bisher anders eingeredet (hat) (...). Denn sonst brauche ich es nicht zu verbieten. Und das sind Dinge, die bringe ich nicht in Zusammenhang.“

Hier kommt zudem eine Auffassung zum Tragen, die tiefenpsychologisch in den Bereich der Verdrängung gerückt werden könnte: Während einerseits im ‚Hier und Jetzt‘ für ein ‚gesundes‘ Nationalbewusstsein (s.u.) eingetreten wird, sollte sich andererseits nicht mit einer Vergangenheit auseinandergesetzt werden, die sowieso nicht mit Gewissheit beurteilt werden könne. So kommt Angela (REP, 35) zu einem ähnlichen Schluss, wie Beate (REP, 58) an

anderer Stelle in vergleichbarem Wortlaut⁶², und sagt in Abgrenzung zur DVU, die ausdrücklich revisionistische Programmpunkte vertritt:

„Wir beschäftigen uns ja mit den Problemen, die heute da sind. Ich sag’ mal, wenn wir uns heute Gedanken machen über Familienpolitik oder (...) wenn’s hier um die Steuerreform geht oder dass wir da zu Punkten Stellung nehmen, das unterscheidet uns ganz klar jetzt mal von der DVU, die sich nur mit der Vergangenheit beschäftigt und (...) mit der Zeit von ’33 bis ’45 letztlich ihre Nationalzeitung da aufmacht. Das ist für mich kein Thema.“

Und wenn der Historiker Fritz (REP, 32) über „Vertreibung“ und „Landraub“ feststellt, dass es sich hierbei um eine „in der deutschen Geschichte (...) einmalige Katastrophe“ handele, stellt sich die Frage, wie oder ob er überhaupt den Holocaust in diesem Kontext einordnet. Denn sein Kommentar zum später präsentierten ‚Friedhofsbild‘ mit Kreuzen und Davidstern (vgl. Kap. 4.1) beschränkt sich nach längerer Überlegung auf Folgendes:

„Ja, da es sich um Kreuze und jüdische Sterne nebeneinander handelt, muss es wohl eine Art Opferfriedhof sein. [...] Ja, was soll einem dazu einfallen? Dass man Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu beklagen und ihrer zu gedenken hat, dass man aber weder die einen noch die anderen Opfer ignorieren sollte bei diesem Gedenken.“

Für Heinrich (REP, 78) ist die Vertreibung Deutscher zum Ende des Zweiten Weltkrieges auch die Argumentationsgrundlage, an die EU-Aufnahme von Polen und Tschechien die Bedingung der Wiedergutmachung zu knüpfen:

„Ich bin auch dagegen, dass Polen und die Tschechei in die EU aufgenommen [werden], ehe sie sich nicht bereit erklärt haben, den Schaden wieder gut zu machen, den sie den Vertriebenen zugefügt haben.“

Wie er oder Fritz (s.o.) sich dies im Einzelnen vorstellen, bleibt unklar. Ob die deutschen Ostgrenzen beispielsweise in den Augen der Befragten anerkannt werden, stellt wiederum ein bei ihnen verbreiteter Sprachgebrauch in Frage: Wenn die Rede von den fünf neuen Bundesländern ist, wird oftmals (REP: 5; JF: 1) von „Mitteldeutschland“ gesprochen, die dortigen Mitbürger werden als „Mitteldeutsche“ bezeichnet. Dies hat insofern revisionistische Implikationen, als dass es die Frage danach aufwirft, wo ‚Ostdeutschland‘ liegt.

Ein kurzes Zwischenresümee an dieser Stelle soll hervorheben, dass aus der deutschen Geschichte resultierende Brüche im Nationalbewusstsein als Misstand erlebt werden. Dar-

⁶² Beate: *„Ich bin der Meinung, also wir müssen Probleme [gemeint sind wohl die Lösungen] für die Gegenwart finden, wir müssen die Weichen für die Zukunft stellen, und dann können vielleicht später irgendwelche Historiker mal die Vergangenheit aufrollen. Aber auf keinen Fall ist das Sache einer Partei.“*

über, wie dieses Defizit im Einzelnen zu beheben ist, gehen die Meinungen auseinander. Die von den Befragten gemachten Vorschläge reichen vom Zurechtrücken verzerrter Geschichtsauffassungen⁶³ bis hin zum Ausblenden einer Vergangenheit, die in der Gegenwart nicht länger eine Bürde darstellen sollte.

So argumentiert etwa Klaus (REP,48):

„Ich sehe nicht ein, warum meine Kinder noch für irgendwelche Lasten zahlen sollen, die damit begründet werden, dass wir den Krieg verloren haben.“

Und an anderer Stelle ergänzt er:

„Und das ist dieser deutsche Selbsthass. Und (...) dieser Hang dazu, die eigenen negativen Dinge ganz besonders negativ wahrzunehmen und im vorausseilenden Gehorsam quasi gegenüber – was weiß ich – Auslandspresse oder allen möglichen Kritikern, die Kritik an den deutschen Zuständen besonders harsch zu formulieren.“

Jakob (REP, 63) berichtet davon, dass sich seine Ehefrau beim Einkauf nicht traute, ein ausländisches Kind, das sie beim Ladendiebstahl beobachtete, daraufhin anzusprechen. Bei jedem anderen (deutschen) Kind, so Jakob, wäre sie eingeschritten. Jakob bedauert einerseits, dass die Bezeichnung ‚Ausländer‘ beinahe zum Schimpfwort geworden, andererseits ein ehrlicher, offener Umgang mit Ausländern auf gleicher Augenhöhe angesichts vorherrschender Tabuisierungen nahezu unmöglich geworden sei. Er schließt:

„Ich möchte wirklich den Blochschen [gemeint ist der Philosoph Ernst Bloch] aufrechten Gang auch für einen Nationalen gehen. Wenn ich dann Fehler mache, wenn ich einen ungerecht behandle, wenn ich jemanden unmenschlich hier in eine Ecke stoße, egal auf welcher Ebene, dann muss man mir das sagen. Und dann kann ich darüber nachdenken. Vielleicht mache ich mal so einen Fehler oder Andere. Aber dieses ständige Gewürm, muss ich fast sagen, in den Medien. Und jeden Tag, und ‚Ausländerfeinde‘, und was die Deutschen nicht alles für schlechte Charaktere wären. So wird dieses Volk zur Zeit zu einem miesen Haufen.“

Entsprechend begründete Forderungen in Bezug auf die ‚Gesundung‘ nationaler Identität – also etwa in dem Sinne, Nationalbewusstsein ausleben zu dürfen – werden durch Britta (REP, 44) verdeutlicht. Aufgrund der deutschen Vergangenheit würden sich Repräsentanten Deutschlands – sie führt einen Besuch des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog in

⁶³ Eine Vertiefung der Art und Weise, wie deutsche Geschichte ‚zurechtgerückt‘ wird, würde hier zu weit führen. Aus sozialpsychologischer Perspektive könnten für detailliertere Erklärungsansätze etwa dissonanztheoretische Überlegungen (Festinger 1957) dienlich sein. Aufgrund des hohen Wertes, der von den Befragten deutscher Gegenwart und Zukunft beigemessen wird, ist vor diesem Hintergrund zum Beispiel eine – wie auch immer geartete – Aufwertung deutscher Vergangenheit naheliegend.

„Südwesafrika“ als Beispiel an – überall im Ausland „schuldbeladen“ anbieten, könnten „aufgrund dieser Tatsachen anscheinend den Kopf nicht hochhalten“. Infolgedessen befürchtet sie, „dass die Welt mittlerweile über diese Nation lacht“ und vertritt stattdessen folgenden Standpunkt:

„Die wichtigsten Ziele und Ideen. (...): Also zuerst mal, (...) mein Vaterland zu vertreten, zu verteidigen; zu verteidigen insofern, also als Deutscher meine Nationalität, mein Nationalbewusstsein, meinen Patriotismus zeigen zu dürfen und den auch ausleben zu dürfen. Das ist für mich zuerst mal Nummer 1. (...) Also ich möchte auch (...) im Ausland mein Land so vertreten, wie mir das passt. Das heißt auch mit Fähnchen oder mit dem Nationalstolz, den möchte ich zeigen. Und ich möchte auch irgendwo, was mir am Herzen liegt ist also, dass wir als Deutsche auch Zivilcourage zeigen dürfen, die wir ja überhaupt nicht mehr haben. Das ist etwas, was total verloren gegangen ist, weil das, das ist etwas, das hat man nicht mehr. (...) Jede andere Nation darf das haben.“

Bereits in Kap. 2.2.3 wurden ähnliche Zitate von Britta und Albert (REP, 28) herangezogen, um vor dem Hintergrund der Selbst-Kategorisierungs-Theorie (Turner et al. 1987) zu veranschaulichen, dass Ansprüche auf ein ‚gesundes‘ Nationalbewusstsein aus einer übergeordneteren, inklusiveren Kategorisierung abgeleitet und legitimiert werden. Wie in Kap. 7 aufzuzeigen sein wird, steht der nationalen Abgrenzung gegenüber dem Ausland offensichtlich immerhin eine Bezugnahme auf internationale, gleichsam völkerrechtlich abgeleitete Grundlagen nationaler Souveränität und Eigenheit gegenüber. Dabei konzentrieren sich die Vergleiche allerdings auf westliche Nationen.

In diesem Zusammenhang ist die Rede von „Nationalstolz“ und „Patriotismus“, die für das eigene Land geschwenkten „Fähnchen“ (Britta, REP, 44), „Nationalfarben“ und „Nationalhymnen“ werden zum Ausdruck von „Liebe“, von „Hinwendung“ (Albert, REP, 28) und – gemäß Ernst Bloch – plädiert Jakob (REP, 63) für den „aufrechten Gang auch für einen Nationalen“ als Sinnbild für Selbstbewusstsein wie Selbstverantwortlichkeit.

Vor diesem Hintergrund bekommt, wie Geros (JF, 29) Ausführungen andeuten, auch die publizistische Tätigkeit in der JF unter anderem eine nahezu therapeutische Ausrichtung:

„Am wichtigsten ist mir schon, auch in dem Zusammenhang, so ‘ne - ich bring es mal auf den Begriff ‚Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst‘. Der Mechtersheimer [Alfred Mechtersheimer, Deutschlandbewegung] bringt ja immer den Begriff ‚innerer Frieden‘ (...), dass es auch so einen geschichtlichen oder (...) kollektiv-mentalenen Ausgleich gibt bei den Deutschen.“

Ich würde sagen, wir sind ein hoch neurotisches Volk. (...) Es reicht ja, wenn einer uns nur anpiekst, gerade im Zusammenhang mit auch jetzt außenpolitischen Themen, der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt. Dass die deutsche Öffentlichkeit, die Intellektuellen, die politische Klasse eben hoch neurotisch, hysterisch reagieren. Man meint dauernd, wir müssten Musterschüler sein, wir müssen dauernd unser angeblich vor allen Dingen negatives geschichtliches Bild konterkarieren. Wir sind nicht souverän, nicht im allgemeinen Sinne, aber auch nicht im staatlichen, politischen Sinne. Das hoffe ich halt, dass das irgendwann gelingt, dass die Deutschen 'ne normale Figur wieder abgeben, als Einzelpersonen natürlich und auch vor allen Dingen als Volk und Staat. Nicht irgendwie 'ne Sonderrolle; ich würde sagen, wir spielen jetzt 'ne Sonderrolle. Es ist ja eben auch typisch: Die Deutschen wollen immer Sonderrollen spielen. Einmal wollen sie die größten Kerle sein aller Zeiten in so einem übersteigerten chauvinistischen Sinne und dann, jetzt im Moment eben, (...) wollen wir die moralisch Besten sein, die friedlichsten, wir machen die humanste Entwicklungspolitik, was auch immer. Wir drücken die ganze Welt eben mit unserer moralischen Hybris. (...). Man sieht ja bei vielen, dass die regelrecht stolz drauf sind oder fast schon, dass wir angeblich die größten Verbrechen aller Zeiten begangen haben sollen, ja? Das zeigt, dass wir fast schon wieder ein auserwähltes Volk sind, ja? Auserwähltes Volk in dem Sinne, dass wir nun allen rund um die Erde Vorschriften machen können, was eben wirklich verantwortungsvolle Außenpolitik ist, was wirklich verantwortliche Friedenspolitik ist, was auch immer. Weil wir ja dieses harte Schicksal durchlitten haben und diese mächtige Verantwortung auf uns lastet, diese Verantwortung Verbrechen im Dritten Reich. Also das ist richtig so ein Januskopf, den die Deutschen haben, ja? Eigentlich wieder so 'ne Selbstüberschätzung.“

Weitaus weniger konkrete Berücksichtigung als die deutsche Geschichte sowie spezifische Werthorizonte findet in den Interviews der Erhalt deutscher Sprache. Eher kurios mutet beispielsweise ein indirekter Hinweis hierauf von Armin (REP, 32) an, verwendet er doch den weniger geläufigen Begriff „Handfernsprecher“ anstelle des eigentlich nur in Deutschland gebräuchlichen Pseudo-Anglizismus ‚Handy‘. Für Beate (REP, 58) ist die deutsche Sprache Bestandteil ihres „natürlichen Nationalempfindens“:

„Ich muss sagen, also schon als junger Mensch, obwohl ich (...) politisch überhaupt nicht aktiv war (...), hatte ich offensichtlich immer ein gewisses Nationalempfinden, dass ich seinerzeit, wenn ich so auf dem Tanzboden war und es hat irgend jemand Englisch oder Französisch mit mir gesprochen, obwohl ich beide Sprachen in der Schule gelernt habe, habe ich damals schon immer gesagt: ‚Du bist in Deutschland, red‘ Deutsch mit mir‘. Und das hat mir

aber auch keiner beigebracht. Das war einfach mein natürliches Empfinden. Und aus dem Grunde finde ich eben, dass Vieles, was hier im Land läuft, unseren deutschen Interessen zuwiderläuft.“

Und wenn Silke (REP, 56) beklagt, dass die „Klassiker“, mit denen sie aufgewachsen ist, heutzutage keine Gültigkeit mehr haben, meint sie damit sowohl deutsche Literatur als auch die damit übermittelten „klassischen Ideale“. Nun stellt sich die Frage, was die Befragten dem wahrgenommenen Werteverfall entgegenzusetzen haben. Nachdem bislang anhand der erlebten Bedrohungen ihrer Kultur eher ein ‚Negativ‘ ihrer politisierten nationalen Identität nachgezeichnet wurde, widmet sich der folgende Abschnitt eher dem ‚Positiv‘ ihrer Wertvorstellungen, das sie im Kontrast hierzu entwickeln. Mit anderen Worten: Welche Werte werden von den Befragten hochgehalten, in welche Vorstellungen einer idealen Gesellschaft, die sie den wahrgenommenen Missständen alternativ gegenüberstellen, fließen diese ein?

6.1.2.1 ‚Deutschland deine Werte‘: Die nationale Gemeinschaft

Im vorangegangenen Abschnitt wurde vor allem im Zusammenhang mit den Kommentaren zum ‚Moslem-Photo‘ deutlich, dass mehrere Befragte gerade im Vergleich mit der religiösen Verwurzelung der Menschen im Orient eine religiöse Entwurzelung hierzulande sowie generell ein Werteverfall beklagen. Ähnliche Auffassungen werden jedoch bereits vor dem Einsatz dieses projektiven Hilfsmittels von einigen Befragten geäußert. Armin (REP, 32) beispielsweise setzt seine Kritik am einseitigen Geschichtsverständnis sowie an Verfehlungen im „extrem liberalen“ Bildungswesen (s. o.) wie folgt fort:

„Der Verfall (...) ganz einfach von Normen. Oder auch die Akzeptanz (...) von immer weiter ausufernden Richtungen, die einfach kritiklos akzeptiert werden, da man meint, der gute Mann müsse sich jetzt in dieser Art und Weise selbst verwirklichen, um dieses Kunstwort [gemeint ist seine ‚Selbstverwirklichung‘] zu finden. Als ob er [‚der gute Mann‘] nicht schon wirklich genug wäre. Die mangelnde Bereitschaft zum Beispiel, konsequent – jetzt zum Beispiel die sehr aktuelle Diskussion – gegen Triebtäter vorzugehen; in dem Zusammenhang dieser liberale Strafvollzug. Das sind für mich alles derartig anarchistisch liberale Werte, die für meine [Vorstellungen] und der, wahrscheinlich der meisten Republikaner empfundenen Staatsgefüge nicht zusammenpassen. Und der Gegenpol dazu wäre sicherlich in einem gewissen Umfang Disziplin auch, Leistungsbereitschaft. Das sind Punkte. Eine umfassende Bildung. Da sehe ich ganz große Defizite“.

Demgegenüber müsse ein „*Bewusstseinswandel*“ hin zu „*traditionell konservativen*“ beziehungsweise zu „*national konservativen*“ Werten erfolgen. Neben Disziplin und Leistungsbereitschaft („*Fleiß*“) zählt er hierzu Ordnung und Pünktlichkeit. Dass er dieses Anliegen bei den REP gut vertreten findet, drückt er wie folgt aus:

„Das manifestiert sich in einer gewissen Art und Weise auch darin, dass im Großen und Ganzen unsere Mitglieder doch wirtschaftlich sehr erfolgreich sind.“

Traditionelle Werte definiert auch Britta (REP, 44) im Zusammenhang der von ihr aufgezeigten Brüche im Nationalbewusstsein und in der daraus resultierenden Selbstdarstellung Deutschlands im Ausland:

„Das heißt, wir stehen eigentlich als dummes Volk da, obwohl wir ja mal eine ganze Zeit lang eben diesen Wert hatten: fleißig, zuverlässig. In dem Falle lassen wir uns aber so verarschen auf gut Deutsch. Und keiner sagt was. Die machen das Spielchen alle schön mit.“

Explizit in christlichen Traditionen verankert Jakob (REP, 63) seinen Wertehorizont:

„Ja, christliche Grundtugenden sind das schon. Das steht so hart in der Bibel, (...) die feste Autorität sind diese alten Schriften; nicht in der Form von Buchstabenglauben, sondern von den Grundhaltungen her. Also man lügt nicht, man spricht nicht schlecht über einen anderen. Wenn jemand fällt, hebt man ihn auf. Wenn einer schwach ist, muss der Starke helfen. Aber nicht, dass der Schwache das zum Zwang macht gegenüber dem Starken, das steht auch darin. Und diese Sachen sind wahrscheinlich im Gefühl drin. Dass man sich nur wohl fühlt, wenn man auch im Kopf mitgehen kann. Also wenn man sagt, das, was ich jetzt tue, ist etwas von dem, was ich eigentlich mir wünsche: Das gute Auskommen mit meinem Nachbarn, dass ich meinen Beitrag leiste.“

Aus dieser Warte verortet er sich auf der ‚Links-Rechts-Skala‘ (vgl. Abb. 3.2) sowohl im äußersten linken Bereich, was sein christlich-soziales Engagement repräsentiert, als auch im rechten Extrem, womit er auf seinen Einsatz für die Nation verweist. Eine vergleichbare normative Grundlage – soziales Engagement im nationalen Rahmen - kommt auch bei Fritz (REP, 32; s.u.) zum Ausdruck, wenn er das „*sozialpatriotische Gedankengut*“ in den Mittelpunkt seines Wertesystems stellt.

Und Josef (JF, 38), ein nach wie vor aktiver Protestant, beruft sich auf preußische Tugenden, die er in Verbindung mit christlichen Werten setzt:

„Und habe gesehen, ich möchte mal sagen, wie sich bestimmte Dinge auch fortsetzen in der Familientradition, bestimmte Sichtweisen. (...) Ich möchte mal sagen, die preußischen Farben sind schwarz-weiß, das heißt die größten denkbaren Unterschiede, die miteinander vereint werden, aber eben auch klar getrennt und als Trennstrich sichtbar sind. Und das bedeutet: (...) ‚Mensch, es ist dir gesagt, was gut ist. Du weißt, (...) was gut ist und was böse. Das hat Gott dir gesagt. Und du musst jetzt nur noch danach handeln.‘ Und das heißt, diesen Unterschied herauszufinden, ist gar nicht so schwierig. Du bist jemand, der zusätzlich noch aus einer alten Tradition kommt und der einen Ruf zu verteidigen hat und der immer anständig leben muss nach dem alten preußischen Lied ‚Üb' immer Treu' und Redlichkeit'.“

Heinrich (REP, 78) sieht seine Wertvorstellungen ebenso in preußischer Tradition verwurzelt: *„Mein Vater fühlte sich sehr als Preuße und, ich glaube meine Mutter auch. Das war auch interessant das Preußentum: Pflichterfüllung (...), Ehrlichkeit, Fleiß, ja also so preußische Tugend, die hielt mein Vater sehr, sehr hoch.“*

Angesichts des Photos ‚betende Moslems‘ – also im induzierten Vergleich zwischen Abendland und Morgenland bzw. zwischen Christentum und Islam – sind Bezugnahmen der Befragten auf eine christlich geprägte Kultur und deren Werte zwar verbreitet. Wie bereits angedeutet, ist jedoch nicht davon auszugehen, dass solche Werte ohne Manipulation des Vergleichskontexts, also auf einer Basisebene der Kategorisierung, bei allen Befragten gleichermaßen präsent und wirksam (salient) sind. Wie aufzuzeigen sein wird, sind die Wertvorstellungen der Befragten eher weltlicher Natur, beziehen sich vor allem auf die Nation und werden letztlich aus deren Traditionen und Geschichte abgeleitet. Dass diese Geschichte auch aus der Warte der Befragten nicht gänzlich losgelöst von ihrer Einbettung in einen christlichen Kulturkreis betrachtet wird, die oben zitierten preußischen Tugenden beispielsweise auch protestantisch geprägt sind, steht außer Frage. Im Vordergrund der für die Stichprobe charakteristischen kollektiven Identität steht allerdings ein an der Nation, an Deutschland verankertes Wertesystem, weniger ein christliches⁶⁴.

So formuliert etwa Horst (JF, 34):

„Also, um mal ein Beispiel zu nennen, ist mir daran gelegen, mit und durch meine Tätigkeit dazu beizutragen, dass das, was ich als nationales Element bezeichne, (...) eben wieder stärker zur Geltung kommt. (...) Die Rückbesinnung, wenn man so will, auf bestimmte Tugenden,

⁶⁴ Anzumerken ist hierzu auch, dass 11 von 24 Befragten vorwiegend aufgrund ihrer Kritik an politischen Einmischungen durch die Kirchen aus diesen ausgetreten sind, weitere, in ihnen verbliebene Befragte sich diesbezüglich ebenfalls kritisch äußern (vgl. Kap. 6.2.2).

von denen ich glaube, dass wir sie verloren haben, aber denke, dass es gut wäre, sie wieder zurück zu gewinnen.“

Interviewer.: *„Und welche wären das beispielsweise?“*

„Die Verschleuderung oder das Nicht-Beachten dessen, was es so an kulturellen Werten, ob es jetzt im Bereich Literatur, Musik, sonstige Künste. Was es da alles gab, dass das heute so gering geachtet wird, dass heute so wenig Leute sich darauf berufen, das hoch halten, ehren. Ich selbst kann ja nichts dafür, dass die Deutschen eine Vielzahl von kulturellen Leistungen in ihrer Geschichte hervorgebracht haben. Das ist auch nicht mein Verdienst. Deswegen ist es auch immer blöd zu sagen, man ist stolz darauf, auf etwas, was man selbst ja gar nicht bewirkt hat. Aber dass es bewahrt wird, weil es da ist, weil ich nun mal zufälligerweise in diesem Land geboren worden bin und diesem Volk angehöre, mich darauf zurück zu besinnen, dass es eben Vorfahren von mir vermocht haben, kulturelle Werte zu schaffen, die ja Weltgeltung erlangt haben, weit über Deutschland hinaus. Sich daran zu erinnern, das lebendig zu erhalten, bestimmte Traditionsstränge (...) fortzuentwickeln oder zu beachten bei dem, was man heute tut oder nicht tut, das erscheint mir schon wichtig und eine lohnenswerte Aufgabe zu sein. Dann natürlich alle Fragen, die zu tun haben im Zusammenhang mit dem, was so mit 'multikultureller Gesellschaft' zusammenhängt, ja?“

In dieser Synthese verschiedener kultureller Errungenschaften wird ‚Deutschland‘ selbst zum Wert. Franz (REP, 41) führt entsprechend aus:

„Und das ist die Grundidee, von der man dann alles Politische ableiten kann, dass ich sage, für mich hat die Nation Deutschland einen Wert; aber nicht weil ich sage ‚Deutschland, Deutschland über Alles‘, wie vielleicht dieser übersteigerte Chauvinismus. Dass ich sage: Es ist einfach so, wie wenn man eine Familie ist, auch wenn ich vielleicht meinen Onkel, meine Tante nicht mag, persönlich. Ich mag vielleicht einen Türken viel lieber persönlich als einen anderen Deutschen. Aber trotzdem, weil wir halt in einer Familie, in einem Staat leben, haben wir naturgemäß gemeinsame Interessen. Und wer hat das gesagt? Ich weiß es nicht mehr: ‚Völker haben keine Freunde, Völker haben halt Interessen‘.“

Mit „naturgemäß“ weist Franz auf die nahezu essentialistische Grundlegung des hohen Stellenwertes Deutschlands hin. Auch Silke (REP, 56) erhebt Deutschland bzw. ihre ‚Heimat‘ zu einem „der wichtigsten Güter überhaupt“:

„Egal, ob ich nun die Deutschen mag oder nicht, aber sie sind mein Volk, ich bin an sie gewöhnt, ich kann sie einschätzen, sie sind mir vertraut, sie sind mein Kulturkreis und ich möchte den eigentlich erhalten. Und ich möchte ihn auch meinen Kindern erhalten: ein

friedliches Land, wo man ein Recht hat zu sein; und nicht, wo man Auseinandersetzungen irgendwann hat, weil einen andere verdrängen oder weil man plötzlich in einer fremden Umgebung, in fremder Kultur ist. Ich will nicht ausweichen müssen, weil die Anderen nachdrängen. (...) Ich halte die Heimat für eins der wichtigsten Güter überhaupt, und das sollten die Deutschen eigentlich ganz besonders schätzen, weil wir ja sehr viel verloren haben."

Interessant ist hierbei die auffällige Parallele zu Franz (REP, 41), der in der ‚deutschen Familie‘ „Onkel“ und „Tante“ nicht notwendigerweise mögen muss, um sich mit ihr zu identifizieren. Diese Aussagen stimmen mit der von Turner et al. (1987) getroffenen Unterscheidung zwischen ‚Gruppenzusammenhalt‘ (als Attraktivität der Eigengruppe) und ‚persönlicher Attraktivität‘ überein (vgl. Kap. 2.2.5).

Eine ähnlich essentialistische Lesart wie bei Franz (REP, 41) findet sich wiederum auch bei Albert (REP, 22), wenn er seine Forderung nach „Hinwendung“ und einem „Bekenntnis zur Nation“ grundlegender unter Bezugnahme auf einen Text von Prof. Bernhard Willms („Die deutschen Fragen der Welt von morgen“) erläutert:

„Und es gibt keine Alternative zur Nation, wie es auch keine Alternative zum Menschsein gibt. (...) Die Nation ist für mich nicht das Abfallprodukt oder das Überbleibsel vom Dritten Reich, das sind Gehirnblähungen linker Phantasten und Spinner. Nation bedeutet für mich Raum für Demokratie, Raum für Solidarität, Raum für Rechtsstaatlichkeit, Raum für Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.“

Neben den klaren Identitätsbezügen zur Nation, die hier zum Ausdruck kommen, erhebt Albert die Nation zum – wie seine im Vorangegangenen herangezogenen Äußerungen belegen – geheiligten, politischen Prinzip (vgl. Wimmer 2002): Nur im nationalen Rahmen ließen sich Demokratie, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit verwirklichen. Einen vergleichbaren, wenn gleich säkulareren Wert veranschlagt Michael (REP, 41) für die Nation (s. Kap. 5.3). Ähnlich äußert sich auch Fritz (REP,32):

„Ja, besonders wichtig ist eigentlich das, was man umschreibt mit dem sozialpatriotischen Gedankengut. Das heißt, dass man eben zugrundelegt, dass Demokratie, dass die Herrschaft des politisch bewussten Volkes und auch die soziale Solidarität nur möglich ist im Rahmen des Nationalstaats. Das ist etwas, was mir in allen anderen Parteien - zwar in Abstufungen, aber bei allen anderen Parteien zu kurz kommt. Also ich halte den Nationalstaat für die Vor-

aussetzung der Demokratie und für die Voraussetzung des Sozialstaats. Und insofern sind die Republikaner die einzige Partei, die meinem politischen Weltbild in etwa entsprechen.“

Die „Solidarität“ des „politisch bewussten Volkes“ ist ein zentrales Motiv des politischen Bemühens der Befragten. Um sein Verständnis von ‚Solidarität‘ genauer zu verstehen, frage ich nach, ob Fritz hier einen normativen Gemeinschaftsbegriff dem gängigeren Gesellschaftsbegriff gegenüberstellt. Hierauf antwortet er:

„Ja, was heißt eigentlich Gemeinschaftsbegriff? Im Grunde genommen muss man eigentlich nur die Verfassung wörtlich nehmen, nicht? Die Verfassung dokumentiert die politischen Rechte und Pflichten - äh - des Staatsbürgers. Und der Staatsbürger wiederum der definiert sich durch seine Zugehörigkeit zum deutschen Volk, wie man auch im Grundgesetz nachlesen kann. Ich weiß jetzt nicht [verlegenes Lächeln]... Das ist natürlich keine rein ethnische Bestimmung. Selbstverständlich ist (...) die deutsche Nation auch offen für Einbürgerungen. Ist sie immer gewesen. Man darf jetzt aber nicht die Grenze zwischen dem Bürger und dem Gast bis ins Allerletzte verwischen, denn daraus entsteht dann (...) diese Mentalität der Beliebigkeit oder Gleichgültigkeit auch gegenüber den Angelegenheiten des Gemeinwesens. Also ich würde mir da wünschen, dass das staatsbürgerliche Empfinden aufgewertet wird; dass man sich als Bürger eines Gemeinwesens begreift und nicht als Individuum mit Ansprüchen gegenüber einem sozialen Überbau.“

Diese Solidarität kommt also nur den Angehörigen dieses Gemeinwesens zugute. Wie bereits angesprochen, ist aber gerade die Zugehörigkeit zur Nation für REP wie JF-Redakteure ein sensibles Thema: Mit der Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft solle nicht leichtfertig umgegangen werden, Zugehörigkeit setze ein Bekenntnis zur Nation sowie eine Anpassung an kulturelle Gepflogenheiten im weiteren Sinne voraus.

Gemeinschaft und Solidarität bilden auch den Kern des Nationenkonzepts in den folgenden Zitaten. Karl (REP, 26) rückt etwa in das normative Zentrum seiner Bemühungen:

„Das Bewusstsein der Leute, (...) dass sie in einer Gemeinschaft leben, dass jeder in einer gewissen Weise auf den anderen angewiesen ist. Also ich sehe es halt so, dass nationales Denken nichts Verwerfliches ist. Also das ist im Prinzip das Denken in Gemeinschaften, also (...) dass wir halt eine Solidarität sind, ja?“

Und Horst (JF, 34) argumentiert:

„Beispielsweise, um es mit Begriffen zu belegen, auch die Solidarität. Mich ärgert zum Beispiel, dass man heute nicht mehr von Gemeinschaft spricht, sondern von Gesellschaft. Und man spricht eben nicht mehr davon oder man hat nicht nur den Begriff Gesellschaft anstelle dieses Begriffs Gemeinschaft gesetzt, sondern man lebt auch nicht mehr gemeinschaftlich, sondern man lebt gesellschaftlich. Das ist aber ein Unterschied. Das hat viel zu tun mit, um es negativ auszudrücken, mit irgendeiner Form von Ellbogenmentalität, (...) von ‚jeder ist sich selbst der Nächste‘ und ähnliches. Und da das Rad wieder zurück zu drehen, wäre ein Anliegen oder ist ein Anliegen, an dem mitzuwirken mir gelegen ist.“

Deutlich wird hierin auch, dass Werte wie Leistung (vgl. oben Armin, REP, 32) und Fleiß (vgl. oben Britta, REP, 44 und Heinrich, REP, 78) diesem nationalen Gemeinschaftsprinzip untergeordnet werden, das heißt – entgegen einer Ellenbogengesellschaft – sind solche Tugenden in Ausrichtung auf das nationale Gemeinwesen wünschenswert. In seinen Grundzügen ähnelt eine solche Gesellschaftskonzeption dem Kommunitarismus⁶⁵ in völkisch-nationaler (vgl. Klein/Leif 1995) Ausprägung: Dem Schutz individueller Handlungsspielräume und Freiheiten im ‚Liberalismus‘ steht die Kritik an individualistischen Konzepten gegenüber, die die soziale und politische Integration gefährden. Und anstelle einer Suche nach posttraditionellen Grundlagen von Gemeinschaft rekurrieren die Befragten auf eine Stärkung traditioneller Grundlagen von Gemeinschaft. So gerät bei den Befragten neben der Ellenbogengesellschaft auch die Spaßgesellschaft und der ihr zugrundeliegende Hedonismus in Kreuzfeuer der Kritik.

Michael (REP, 41) führt zum Beispiel aus, welchem Werteverfall in dieser Gesellschaft beizukommen ist:

„Was am wichtigsten ist – in meinen Augen – ist in dieser Spaß- und Fungesellschaft, wie wir sie haben, dass man den Menschen ein bisschen mehr Ernst beibringt, dass man ihnen wieder mehr Werte vermittelt. Das sind eigentlich die Grundlagen, die Grundlagen dafür, dass unsere Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet, dass unsere Gesellschaft auch in Zukunft solidarisch sein muss. (...) Gerade im Moment sehen wir ja immer mehr, dass die Solidarität zwischen den Menschen immer weniger wird. Das sind also die Dinge, die mich am meisten bewegen: Solidarität, nationale Solidarität. Da schließ‘ ich auch die Ausländer, die hier leben, schließ‘ ich durchaus mit ein. Das ist eigentlich das Wichtigste.“

⁶⁵ Zum Kommunitarismus vgl. Forschungsjournal NSB 1995a: Kommunitarismus und praktische Politik.

Klaus (REP, 48) bilanziert

„Na ja, was wir im Augenblick haben, ist ja so eine sehr hedonistische Gesellschaft, die also sehr am Genuss und am Kurzweiligen und am kurzfristigen Erfolg orientiert ist. (...) Wenn wir da nicht irgendwo die Kurve kriegen, dann werden wir große Schwierigkeiten kriegen, weil eben die Probleme des nächsten Jahrhunderts dieses Level, das wir jetzt erreicht haben, einfach nicht mehr zubilligen werden. Das heißt, es wird sicherlich Gesellschaftsschichten geben, die das fröhlich weitermachen. Aber die, die da nicht zugehören, werden immer mehr werden.“

Solidarität und Gemeinschaft rücken aus dieser Perspektive ins Zentrum einer von den Befragten geteilten Vorstellung von Nation. Im Gegensatz zu „anarchistisch-liberalen“ (Armin, REP, 32) Werten, ideengeschichtlich also der Behauptung individueller Freiheiten und Rechte, treten aus dieser Warte national-konservative Aspekte in den Vordergrund. So stellt beispielsweise Klaus (REP, 48) den Rechten (Freiheiten) des Individuums dessen gesellschaftliche Pflichten gegenüber:

„So diese berühmte ‚geistig-moralische Wende‘ – das klingt ja ganz toll. Eine Wende, das sind 180 Grad, die werden wir nicht hinkriegen. Aber wir werden sicherlich eine Weichenstellung irgendwo anstreben. Und diese Weichenstellung, die ist - wie gesagt - wertkonservativ. Es gibt Werte, die eben eine Gesellschaft lebenswert machen. Und zu den Rechten, die ein freier Bürger hat, gehören eben auch genauso die Pflichten dazu. Und die Ausgewogenheit, darin liegt die eigentliche Freiheit, gestalten zu können. Denn auch indem ich Pflichten übernehme, gestalte ich ja.“

In diese Vorstellungen vom „Dienst an der Gemeinschaft“ – und Karl (REP, 26) bezeichnet bewusst so seine Zeit bei der Bundeswehr, in der er sich auch grundsätzlich politisch zu orientieren begann – passt offenbar durchaus auch eine Forderung nach mehr politischen Partizipationsmöglichkeiten. Dies veranschaulicht das Zitat von Hans (JF, 36):

„Und das ist vielleicht auch so, dass ich, einfach weil ich national bin, dem Volk vertraue, mehr als mancher Bundestagsabgeordneter oder dass ich einfach sag’, wenn in bestimmten Fragen eine Mehrheit für etwas vorhanden ist, und selbst, wenn sie eben mir nicht entspricht, wenn sie eben mir nicht entspricht, aber eben, wenn eben das Volk eine gewisse Ansicht hat, und ich kann ja mich dann engagieren, also unabhängig von meinem eigenen politischen Standpunkt, dass ich eben sag’: Mehr Demokratie statt weniger.“

Angesichts Silkes (REP, 56) Position, die in ihrem nachfolgenden Zitat zum Ausdruck kommt, stellt sich jedoch die Frage, ob mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten nicht vielmehr der Hintergedanke verbunden ist, vor allem nationalen Interessen mehr Rückhalt im Volk zu verleihen. So sollte „*die Herrschaft des politisch bewussten Volkes*“ (Fritz, REP, 32; s.o.) wohl vorrangig auf die Wahrung ‚ureigenster‘ Interesse ausgerichtet sein. Interessant ist auch wiederum Silkes (REP, 56) implizite Abgrenzung zum Individualismus, die in ihrer Fragestellung zutage tritt, warum ein Volk, in dem individuelle Emanzipation so viel zähle, nicht in der Lage sei, sich kollektiv zu emanzipieren:

„Ich meine, dass die Souveränität gesichert sein muss. Und (...) mehr und mehr verschwindet das. Einerseits wird es mehr und mehr nach Europa verlagert, und in anderer Hinsicht wird es bestimmt von wirtschaftlichen Interessen. Man hat nicht mehr das Gefühl, dass man mit seiner Wahlentscheidung noch überhaupt durchgreift. Man fühlt sich deshalb politisch hilflos. Und das ist eigentlich ein Zustand, der unwürdig ist für ein Volk. Und der wird auf Dauer sicher nicht zu einer positiven Entwicklung führen. Entweder die Leute ziehen sich zurück, (...) identifizieren sich überhaupt nicht mehr mit dem Staatswesen oder aber sie werden derart unzufrieden, die, die es nicht ertragen können, so dass es dann irgendwann wieder auseinanderfällt; unter viel schlechteren Bedingungen vermutlich, als wir es jetzt hatten. Insofern ist mein Ansinnen eigentlich, das aufzuhalten. Ich verstehe es auch gar nicht: Im Individualbereich haben sie soviel Sinn für Emanzipation. Es ist eine wichtige Geschichte, Emanzipation, ich halte es für unbedingt erforderlich, dass die Völker emanzipiert bleiben; dass sie es werden und dass sie es bleiben. Nur so ist eigentlich ein Frieden zu rechtfertigen.“

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass Nation als Rahmen verstanden wird, in dem das Füreinander und das Miteinander – eben die Gemeinschaft – oberste Priorität hat. Individualismus wird demgegenüber eher als Missstand wahrgenommen: Er fördere ein egoistisches Nebeneinander und zersetze die kulturellen Grundlagen der Nation. Eingefordert werden dabei durchaus auch erweiterte politische Partizipationsmöglichkeiten für die Mitglieder dieser Gemeinschaft. Die Frage nach den eingeforderten Voraussetzungen einer solchen Mitgliedschaft verdeutlicht allerdings den exklusiven Charakter eines solchen Konzepts: Bis auf die oben angeführte Auffassung Michaels (REP, 41), der als Einziger ausdrücklich auch in Deutschland lebende Ausländer in sein Verständnis von Solidarität einbezieht, gilt es vor allem, die Nation gegen Bedrohungen von außen zu schützen. Wer nicht zur Gemeinschaft zählt, soll bei der Verteilung ihrer Vorzüge außen vor bleiben. Vor

diesem Hintergrund wird die Forderung nach mehr politischer Partizipation eher zu einer Forderung nach einer verstärkt national-konservativen Interessenvertretung.

Bevor die Verantwortungszuschreibungen der Befragten hinsichtlich oben aufgeführter gesellschaftlicher Missstände erörtert werden (Kap. 6.2), sei ein Exkurs zur ‚gesellschaftlichen Ächtung‘ von REP und JF gestattet, der in zweierlei Hinsicht von der durch das Konzept ‚politisierter kollektiver Identität‘ (Simon/Klandermans 2001) vorgegebenen Struktur dieses Kapitels abweicht:

Zum Einen ist in den Darstellungen der Befragten solcher Ächtungs-Erfahrungen schwer zwischen der Wahrnehmung dieses ‚Missstandes‘ und den Verortungen der dafür Verantwortlichen zu trennen, die jeweiligen Betroffenheiten implizieren immer auch unmittelbar die jeweiligen Verursacher. Mit Blick hierauf sei folgender Abschnitt als Überleitung von ‚wahrgenommenen gesellschaftlichen Missständen‘ zu den entsprechenden ‚Verantwortungszuschreibungen‘ verstanden.

Zum Anderen kann bezüglich des wahrgenommenen ‚Missstandes Ächtung‘ die Frage nach der Reihenfolge von Ursache und Wirkung gestellt werden: Ist die ‚gesellschaftliche Ächtung‘ ein von den Befragten wahrgenommener Missstand, der dazu beiträgt, sich den REP anzuschließen bzw. in der JF tätig zu werden? Für die JF gibt es einen Beleg (Josef, JF, 38), dass gerade die Ächtung der Zeitung unter anderem den Anstoss dazu gab, ‚nun erst recht‘ für die Zeitung tätig zu werden. Und Gero (JF, 29) begründet sogar das Anliegen der JF damit, einem vermeintlich links-liberalen Meinungsmonopol entgegenzutreten und damit den von anderen Medien vernachlässigten Themen zu einer breiteren Öffentlichkeit zu verhelfen. Auch Britta (REP, 44) gibt rückblickend im Zusammenhang mit ihrem Beitritt zu den REP zu verstehen, dass sie zu mehr öffentlicher Akzeptanz einer Partei beitragen wolle, die aus ihrer Warte keineswegs anstößige Ziele verfolgt. Auf der anderen Seite scheinen gerade aus der Perspektive der befragten REP zunächst die oben aufgeführten strukturellen und kulturellen Missstände zu der wahrgenommenen Notwendigkeit geführt zu haben, sie durch kollektives Handeln zu beheben. Vor dem Hintergrund der Parteigeschichte wird gesellschaftliche Ächtung somit eher zur Folge als zur Ursache des gemeinsamen Engagements. Wie sich aus folgenden Darlegungen erschließen lässt, ist in der sozialen Wirklichkeit der Befragten Beides zutreffend: Schließlich wird in nahezu in allen Interviews mit den befragten REP das Ringen um öffentliche Anerkennung als ‚demokratische Rechtspartei‘ und die Überwindung gesellschaftlicher Ächtung zum gemeinsamen Ziel. In diesem Sinne kann ‚gesellschaftliche Ächtung‘ als ‚Missstand zweiter Ordnung‘ begriffen werden.

Eine letzte Vorbemerkung: Da die Verwendung des Stigmabegriffs in der Rechtsextremismusforschung das Risiko eines Statuswechsels birgt, wenn etwa aus Gewalttätern ‚Opfer‘ werden (vgl. Heiland/Lüdemann 1996), plädiert Stallberg (1996) für den Begriff der ‚Ächtung‘. Diesem Sprachgebrauch schließt sich vorliegende Studie an.

6.1.3 Exkurs: Gesellschaftliche Ächtung

Gravierend sind aus der Sicht der Befragten die verschiedenartigen Folgen, die für sie aus der gesellschaftlichen Ächtung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit resultieren. Für entsprechende Berichte und Klagen nehmen sich die Befragten grundsätzlich mehr Zeit. Zunächst ist der im öffentlichen Leben unausgesprochen gültige „Kontakt- und Kooperationsbann“ (Wiesendahl 1994; zit. nach Stallberg 1996⁶⁶) zu nennen, der REP wie JF-Redakteure gleichermaßen betrifft.

Silke (REP, 56) beschreibt allgemeiner, mit welchen Problemen sie als REP zu tun hat:

„Das Menschliche nach außen ist überhaupt nichts, das ist völlig unzufriedenstellend, sagen wir mal so. Also das ist gar nicht befriedigend, weil (...) wir da eben blockiert werden.“

Weitere 14 REP beziehen sich gezielter auf ‚verzerrte Darstellungen‘ von Parteiaktivitäten und Boykott durch die Medien. Heinrich (REP, 78) erklärt beispielsweise:

„Es wird ja soviel Mist gemacht, und die Ziele der Republikaner sind ja an und für sich gut. Bloß der Ruf der Partei ist eben von den Medien so schlecht gemacht, dass man sich eben oft schämt, für die Partei einzutreten. Aber am wenigsten mögen es meine Kinder.“

Nicht nur Heinrich verweist hiermit auf Folgen gesellschaftlicher Ächtung im privaten und familiären Bereich. Bei fünf weiteren Befragten hatte die REP-Mitgliedschaft Auswirkungen auf den Freundeskreis, einer weiß von Querelen mit seinen sozialdemokratisch orientierten Schwiegereltern zu erzählen.

Illustrierend sei hier Gero (JF, 29) zitiert:

„Ich hatte auf jeden Fall immer (...) einige Leute, die auch links waren, auf jeden Fall, wo wir uns akzeptiert haben. Es wurde nur heißer die Sache dann während Mölln, Solingen, als dann auch über die Zeitung so geschrieben wurde, die wäre intellektueller Wegbereiter solcher Gewalttaten oder so was. Da wurde es eben zunehmend ungemütlicher. Also wo dann Leute wie auf pawlowschen Reflex dann eben auf Distanz gegangen sind, manche. Ehm - Und

⁶⁶ ohne Literaturangabe

da war ich wirklich dann auch perplex, wie Leute dann eben, nur weil irgend jemand was über einen behauptet, dann (...), wie sie einen persönlich kennen, ausblenden, ja?“

Was die Medien betrifft, so ist zum Beispiel die Rede von der „*Schweigespirale*“ (Armin, 32), von „*Informations-Quarantäne*“ (Fritz, REP, 32) oder der als linkslastig wahrgenommenen „*Systempresse*“ (Florian, REP, 59). Kurz vor der letzten Interviewstaffel in Berlin (August 1998) hatte dort eine Wahlkampfveranstaltung der REP stattgefunden, auf der auch der Parteivorsitzende Schlierer redete. Erzählen einige Befragte auch einerseits beinahe euphorisch von ihrer Teilnahme an dieser Veranstaltung, beklagen sie andererseits, dass nur die *taz* einen kurzen Bericht darüber veröffentlichte.

Vor allem Befragte in gehobeneren Positionen innerhalb der Partei sowie die beiden Fraktions-Mitarbeiter im Stuttgarter Landtag (Fritz und Michael) haben einen Überblick über die rege Erstellung von Presseerklärungen und die daraufhin ausbleibende Medienresonanz.

Albert (REP, 28) berichtet von persönlichen Erfahrungen mit einem Journalisten, dem er ein Interview gegeben hatte:

„Und wenn ich dann zum Beispiel auf so einen Journalisten [treffe] und halt offen rede, und er bringt von mir nachher nur – ja – Sachen, die ich am Rande erwähnt habe, so im persönlichen Gespräch, nicht im Interview, und er bringt das, dann ist das hundsgemein. Und ich habe keine Möglichkeit, mich dagegen zu wehren, weil ich habe es ja gesagt. Ich habe gedacht, ich habe einen normalen Menschen vor mir. Aber der hat nicht sich mit mir unterhalten wollen, sondern der hat gewartet, dass ich was Falsches sage. Und das wollte er bringen. Er wollte nicht informieren, er wollte was Falsches bringen, was Schlechtes bringen“.

Bernhard (REP, 22) und Karl (REP, 26) beschreiben ihre Unzufriedenheit mit der Lokalpresse: Wenn überhaupt von den REP berichtet werde, hieße es immer die „*rechtsextremen Republikaner*“. Die Darstellungen seien grundsätzlich für die Partei unvoreteilhaft verzerrt. Entsprechende Presseerklärungen der REP würden ignoriert, Leserbriefe von bekannten REP-Mitgliedern werden inzwischen gar nicht mehr abgedruckt. Zudem schwelt nach wie vor ein Streit zwischen den REP und der Lokalzeitung um die Veröffentlichung einer Wahlkampfanzeige, die entgegen der Vereinbarungen an unprominenterer Stelle abgedruckt worden war.

Kooperations- und Kontaktbann betreffen die JF-Redakteure vor allem dann, wenn es gilt, Interviewpartner aus anderen Parteien zu akquirieren. Mit wenigen Ausnahmen (etwa CDU-Politiker wie Heinrich Lummer oder das Interview des ehemaligen Grünen und kurzzeitigen nordrhein-westfälischen FDP-Neuling Karsli, welches die Antisemitismus-Debatte im Sommer 2002 schürte) verweigern sich die Angefragten. Hans (JF, 36) erzählt etwa:

„Also beispielsweise, (...) ich hätte ausgesprochen gerne ein Interview gemacht mit dem André Brie von der PDS. Ich hab’ mit dem telefoniert auch. Ich hatte vorher mit seiner Sekretärin gesprochen. Sie hat es ihm angekündigt. Und ich muss sagen, ich find’ das auch gut, sie hatte mich dann auch, obwohl sie schon wusste, wer dran ist, durchgestellt. Und er hat’s mir persönlich halt gesagt, dass er eben, eben davon absehen möchte, mit uns irgendwie was zu tun, weil sie ihm schon seinen Auftritt - er hatte da einen Auftritt bei ‘ner Burschenschaft - den haben sie ihm schon um die Ohren gehauen.“

Ähnliche Erfahrungen machen die REP, sobald sie mit Kollegen anderer Parteien in Parlamenten, sei es nun auf kommunaler oder Landesebene, zu tun haben. Fritz (REP, 32) verleiht außerdem seinem Befremden darüber Ausdruck, dass Mitglieder anderer Parteien ihm im Stuttgarter Landtag den Gruß verweigern.

Eduard (REP, 50) prangert an, dass der Berliner Senat auf den Antrag der REP, sich im Wahlkampf Schulklassen vorzustellen, was Repräsentanten aller anderen Parteien im Rahmen ‚Politischer Weltkunde‘ zugestanden wird, nicht reagiert.

Versuche der etablierten Parteien, die REP zu blockieren und aus dem Politikbereich auszugrenzen, werden durch gezielte Maßnahmen gegen einzelne REP-Mitglieder ergänzt. So sieht Richard (REP, 49) sich im Stadtrat seitens der SPD Repressionen ausgesetzt:

„Am unsachlichsten und am unfairsten waren natürlich die Sozialdemokraten, die wirklich unter die Gürtellinie gingen; auch versucht haben, uns geschäftlich zu schaden: Anfragen im Rat nach meinen Öffnungszeiten im Laden, nach (...) dem Verkehrsaufkommen.. Im Rat, wohl gemerkt, versucht haben (...), mich persönlich fertig zu machen, nicht politisch, sondern persönlich uns die Existenz zu nehmen. Das fand’ ich immer sehr unfair.“

Als Jakob (REP, 63), aus seiner Warte im Zuge einer christlich motivierten Rehabilitationsmaßnahme, ein ehemaliges Mitglied der Wiking-Jugend zum Plakatieren für die REP mitnimmt, wird dies publik und führt schließlich zu seiner Zurückstufung innerhalb der Parteienhierarchie.

Seitens des Verfassungsschutzes sieht man sich nicht nur persönlich Nachforschungen ausgesetzt. Fünf Befragte sprechen von einer ‚Infiltration‘ der Partei durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Einzelne Fälle von enttarnten Mitarbeitern, die als ‚agent provocateur‘ im Partei Umfeld tätig waren, werden in Presserklärungen der Partei mit wenig Erfolg zur eigenen Rechtfertigung angeprangert.

Die JF steht übrigens derzeit auch unter Beobachtung des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen.

Auch andere politische Akteure richten sich gegen Repräsentanten der REP. Beate (REP, 58) sah sich auf einer Informationsveranstaltung des Jugendrings Beschimpfungen durch einen Gewerkschafter ausgesetzt:

„Und die haben letztens eine Veranstaltung gehabt, und da bin ich als Volksfeind Nummer 1, weil ich die Republikaner vertrete, namentlich genannt worden. Das weiß ich, es waren ein paar Leute von uns dort. Aber Bedrohung in dem Sinne empfinde ich nicht. Ich meine, wir haben hier einen sehr engagierten linken Gewerkschaftssekretär, der mich auch schon ‚Nazijule‘ genannt hat und so. Aber das ist für mich eigentlich ein armer Irrer, der nicht bis 3 zählen kann.“

Klaus (REP, 48) und Eduard (REP, 50) mussten aufgrund ihres Engagements ihren Abschied aus der Gewerkschaft nehmen. Albert (REP, 28) befürchtet im Kontext des während der Interviews laufenden Wahlkampfes ähnliches (vgl. Kap. 8.1).

Richard (REP, 49) berichtet von einer REP-Parteigängerin, die vom Kirchenvorstand ihrer Gemeinde mit der Unvereinbarkeit von REP und Kirche konfrontiert gedrängt wird, sich für eine Alternative zu entscheiden. Sie entscheidet sich für die Partei (s.u.). Auch Jakob (REP, 63) wurde vor ein aus seiner Warte inquisitorisches Tribunal von Theologen zitiert, wo er Stellung zu seinem Engagement für die REP nehmen soll. Jakob, der selbst wie ein alttestamentarischer Patriarch anmutet, setzt sich durch:

„Und die haben mich dann gefragt, wieso man eben auf deutsche Interessen stehen kann – das ist für die, wie wenn man in der Kirche flucht. Sag‘ ich: ‚Wenn doch soviel Unrecht in diesem Namen passiert ist‘. Und dann habe ich denen gesagt (amüsiert), (...) und seither haben sie mich in der Kirche gelassen: ‚Dann müssten ja alle aus der Kirche austreten. Was meinen sie – Küsse das Kreuz, oder Kopf ab! – was im Mittelalter und wie viel Unrecht ist passiert im Namen der Kirche‘. Und ich würde ihnen doch nicht raten, aus der Kirche zu ge-“

hen, sondern sie haben genug Grund, da drin zu bleiben. Und versuchen sie (...) mal, [an] mich zu denken: Ich habe keinen Grund, mich als Deutscher zu verabschieden.“

Die im abschließenden Teil des Interviews gestellte Frage nach der Religionszugehörigkeit der Befragten ist auch für die von den Kirchen wahrgenommene und kritisierte politische Rolle aufschlussreich. Insgesamt sind 11 von 24 Befragten aus der Kirche ausgetreten, während zwei keiner Konfession angehören. Sieben davon geben ausdrücklich ihre Missbilligung der politischen Einmischung durch die Kirche als Grund dafür an. Von diesen sieben wiederum unterstreichen drei Befragten, dass ihnen dieser Schritt nicht leicht gefallen ist. Ute (REP, 63) und Florian (REP, 59) empören sich beispielsweise über die mit dem Tucholsky-Zitat ‚Soldaten sind Mörder‘ geführte Kampagne, die auch von der Evangelischen Kirche mitgetragen wurde. Florian zieht dazu folgendes Fazit:

„Aber trotzdem, die Kirche hat in der Politik nichts zu suchen, muss ich sagen. Viele Erfahrungen zeigen das auch, Pfarrer Albertz hier in Berlin in den 68er Jahren, waren doch ganz schöne schlimme Finger, muss ich sagen; weltfremd, wenn Leute aus der Kirche Politik machen. Das ist so meine Meinung.“

Die Begründung von August (REP, 40) sticht hierbei etwas hervor, da seine Ehefrau und er die Bevölkerungspolitik der katholischen Kirche durch die Ächtung der Pille nicht mehr mittragen wollten. Und auch Beate (REP, 58) deutet mehrere Gründe an (*„Das heißt also das, was die Kirchen – sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche – in letzter Zeit verkörpern, das ist nicht das, was ich unter Christentum verstehe.“*), verweist aber konkret ausschließlich darauf, den Schutz des ungeborenen Lebens in der evangelischen Kirche nicht mehr vertreten zu sehen.

Während sich Michael (REP, 41) generell nicht mehr durch die Kirche vertreten fühlt, bleiben von den übrigen vier Kirchenaustritten drei ohne ausdrückliche Begründung, einer erfolgte aus steuerrechtlichen Erwägungen.

Eduard (REP, 50) und Gero (JF, 29) gehen aufgrund der politischen Einmischung durch die Kirche auf Distanz zu ihr, bleiben aber Mitglieder. Geros mit jedem Kirchgang zunehmende Frustration gleiche der in einem *„politischen Seminar“*.

Und wenn schließlich Albert (REP, 28) in der evangelischen Kirche nach *„fundamentaleren“*, *„nationalen“* Gruppierungen sucht, unterstreicht dies auch die in der Stichprobe vorherrschende Abgrenzung von als links dominiert wahrgenommenen Strömungen innerhalb der Kirchen.

Neben Ächtungs-Erfahrungen durch Medien, staatliche Institutionen, andere Parteien, Gewerkschaften und durch die Kirchen wird von einigen Befragten auch von Kosten im Berufsleben berichtet, die ihr Engagement mit sich bringt. In einigen Interviews ist die Rede davon, dass REP-Mitglieder auf Druck ihrer Arbeitgeber aus der Partei austreten mussten. Angela (REP, 35) erzählt, wie das Engagement ihres Ehemanns für die REP zu dessen Strafversetzung und einem Karrierebruch führte. Beate (REP, 58) stößt mit Informationsmaterial über die REP auf unliebsame Resonanz bei ihrem Vorgesetzten:

„Und ich musste unbedingt seine Frau kennen lernen und bin mit meinem Mann dort gewesen. Anfänglich fand er das Alles hoch interessant, vor allen Dingen weil mein Mann auf der Ausländerbehörde tätig war. Und an dem Abend hat er dann noch gesagt, also ich soll ihm doch mal Informationsmaterial mitbringen. Und das habe ich auch gemacht. Und eine Woche später schmiss er mir die über den Schreibtisch und sagt: ‚Deutschland hat schon so viel überstanden, Deutschland wird auch die Ausländerwelle überstehen‘. Damit war für ihn das Thema erledigt. Und als ich dann später darüber nachgedacht habe, was die Ursache dafür war, da bin ich eigentlich mehr oder weniger darauf gekommen, dass es an der Ehefrau gelegen hat. Die war im Kirchenrat, und da hat ihr Verschiedenes eben nicht gefallen. Und das hat mir anfänglich schon zu schaffen gemacht. Ich habe mich dann versetzen lassen von diesem Vorgesetzten, weil er mir eben alle möglichen Dinge versprochen hat, (...) wo ich merkte, die wird er dann doch nicht mehr halten.“

Britta (REP, 44) führt den Verlust einer Anstellung auf ihre Tätigkeit bei den REP zurück, ist inzwischen aber selbständig. Eduard (REP, 50), der zum Zeitpunkt des Interviews arbeitslos ist, erklärt das Scheitern verschiedener Bewerbungen mit seiner stadtbekanntem REP-Mitgliedschaft. Claudia (REP, 51) muss sich auf Betreiben einer Kollegin den Fragen ihres Vorgesetzten stellen, weiß ihn aber von ihrer Trennung von privatem Engagement und beruflichem Einsatz zu überzeugen. Albert (REP, 29) und Karl (REP, 26) befürchten berufliche Konsequenzen aus ihrer Tätigkeit in der Partei. Wie letzterer anmerkt:

„Ein Nachteil kann schon sein, fällt mir jetzt gerade ein, (...) dadurch, dass halt in der restlichen Bevölkerung das Ansehen ziemlich miserabel ist, dass der Eine oder Andere sich halt doch sich mein Gesicht merkt oder irgendwie mal meinen Namen aufschnappt oder so und dass mir dadurch auch berufliche Nachteile entstehen.“

Und auch Horst (JF, 34) war einst bei einer anderen Zeitung tätig, in der es angesichts seiner Vergangenheit bei den REP zu einer Art „*inquisitorischem Tribunal*“ kam. Horst sollte den REP abschwören und eine entsprechende Erklärung für Dritte niederschreiben. Nachdem er sich dem verweigerte, sprachen zwei Kollegen nicht mehr mit ihm, während andere ihm auch durchaus Sympathie signalisierten.

Zwei der Befragten aus der JF sehen aufgrund ihrer politischen Laufbahn die Möglichkeiten ihrer beruflichen Karriere eingeschränkt.

Auch bei Auftritten in der Öffentlichkeit, etwa an Info-Ständen, bei Unterschriftaktionen oder auf Parteitreffen, wurden einige der Befragten REP zum Ziel von harscher Kritik und Beschimpfungen: Bemerkungen wie „*wir wollen keine Nazis*“ oder „*euch müsste man in die Gaskammern schicken*“ sind nur zwei Beispiele.

Eine besondere Bedrohung wird schließlich in der Antifa allgemein, vor allem aber in der autonomen Antifa gesehen. Erstgenannte gilt hier als Sammelbegriff für die von verschiedensten gesellschaftlichen Gruppierungen (etwa Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen, Parteien, Studierende etc.) getragenen Kampagnen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die vor allem appellierenden Charakter haben. Letztere ist in der Wahl ihrer Mittel weitaus militanter und der links-autonomen Szene zuzurechnen. Gerade auf Parteitagen erleben die Befragten Gegendemonstrationen, die sich für gewöhnlich aus allen genannten Gruppierungen zusammensetzen. Besonders gefürchtet wird dabei der als ‚gewaltbereit‘ und „*chaotisch*“ wahrgenommene ‚schwarze Block‘ der Linksautonomen. Aus diesem Grund wurde beispielsweise der Bundesparteitag der REP 1997 ins abgelegene Allgäu nach Dietmannsried verlegt, der Veranstaltungsort erst kurz zuvor intern bekannt gegeben. Tatsächlich war Dietmannsried Gegendemonstranten keine Reise wert.

In Richards (REP, 49) Kreis organisierte ein Geschäftsmann eine ‚Kampagne gegen Rechts‘. Infolgedessen – so Richard – wurde sein Kiosk zum Ziel von Anschlägen (eingeworfene Scheiben, Buttersäure). Schüler aus der nahe gelegenen Schule trugen Lederjacken mit der Aufschrift: ‚*Kauf nicht bei REP!*‘, was Richard mit Kampagnen der Nationalsozialisten gegen Juden vergleicht. Tatsächlich habe er zeitweise erhebliche Geschäftseinbußen hinnehmen müssen. Sowohl Richard als auch Klaus (REP, 48) wissen außerdem von gegen sie gerichtete Parolen an Hauswänden zu berichten.

Beate (REP,58) berichtet von obszönen Telefonanrufen. Angela (REP, 35) und Albert (REP, 29) wurden zum Ziel telefonischer Drohungen, woraufhin Albert sich eine Geheimnummer

zulegte. Er fürchtet sich auch vor physischen Attacken. Überhaupt geht es ihm zum Zeitpunkt des Interviews aufgrund des „*Drucks von außen (...) verdammt schlecht, emotionell, seelisch*“.

In Berlin macht die Antifa, so Florian (REP, 59), beispielsweise auch Photos von REP, um sie dann in deren Nachbarschaft mit entsprechenden Hinweisen zu verteilen.

Klaus (REP, 48) wird beim Plakatieren von einem „*ausländischen Antifa*“ niedergeschlagen, der später dafür auch strafrechtlich belangt wird. Besonders schmerzen ihn jedoch die Repressionen, denen seine Kinder in der Schule ausgesetzt sind: „*Wie viele Juden hat Dein Vater heute vergast?*“.

Auch August (REP, 40) erzählt von der in dieser Region besonders berüchtigten „*türkischen Antifa*“. Außerdem erzählt er von einem Zusammenstoß mit einem Mitbürger, den er dem Umfeld der CDU zurechnet. Nachdem dieser von sich gibt, dass jeder Republikaner in der Gemeinde „*kalt gemacht*“ werde, notiert sich August Ort, Zeit und mögliche Zeugen des Geschehens.

Silke (REP, 56) erlebte handfestere Auseinandersetzungen mit der Antifa bei einer Unterschriftenaktion der REP mit. Sie ist froh, dass Frauen bei solchen Gelegenheiten nicht in „*vorderster Front*“ stehen.

Armin (REP, 32) erinnert sich daran, wie die Antifa ein Restaurant zerstörte, in dem eine REP-Veranstaltung stattfinden sollte. Weitere Befragte weisen darauf hin, wie schwierig es überhaupt ist, Veranstaltungsorte für die REP zu bekommen.

Vor dem Holzhaus Jakobs (REP, 63) wurden nachts drei Autos in Brand gesetzt, während er und seine Familie drinnen schliefen. Abgesehen von dem erheblichem Sachschaden kamen sie glimpflich davon.

Horst (JF, 34) wird während seiner Zeit bei der DLVH (Deutsche Liga für Volk und Heimat; vgl. Kap. 3.1.3) bei einem Messerattentat schwer verletzt, ein Gleichgesinnter kommt dabei ums Leben. Die JF und einige ihrer Redakteure waren auch schon verschiedenen Repressionen und Anschlägen ausgesetzt, etwa einem Brandanschlag auf die Druckerei. Zum Zeitpunkt des Interviews scheint man allerdings „*aus der Schusslinie*“ der Antifa gekommen zu sein. Solche Ereignisse datiert Hans (JF, 36) zum Beispiel vor seine Zeit bei der JF zurück. Nichtsdestoweniger weiß Horst (JF, 34) von bestimmten Berliner Vierteln und Kultureinrichtungen, die er aufgrund zu erwartender Risiken tunlichst meiden würde. Was Anfeindungen allgemeiner angeht, bemerkt Josef (JF, 38):

„Und man muss – und es ist leider so – sich einen Panzer zulegen, an dem viele Anfeindungen zunächst einfach auch mal abprallen.“

Mit der vorangegangenen Darstellung wahrgenommener Ächtung und erlebter oder vom Hörensagen bekannter Repressionen soll weder angezweifelt werden, dass sich eine Gesellschaft auch repressiver Mitteln gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bedienen muss, noch soll an dieser Stelle eine Diskussion über die Angemessenheit solcher Übergriffe auf REP und JF-Redakteure eröffnet werden, die einen Straftatbestand erfüllen. Aus der Warte der Befragten sind diese Ausführungen zunächst insofern aufschlussreich, als dass dieser wahrgenommene Misstand sowie entsprechende Verantwortungszuschreibungen auch dazu führen, sich im Engagement für nationale Interessen an den Rand der Gesellschaft gedrückt zu sehen. Die wahrgenommene Gegnerschaft im Kampf um öffentlichen Einfluss wird damit zahlreicher: Nicht nur die etablierten Parteien, die ‚deutsche Interessen‘ verrieten (vgl. Kap. 6.2.1) und zudem im Falle der REP einen ‚national-konservativen‘ Konkurrenten mit als unlauter bewerteten Mitteln aus dem Politikbereich drängen wollten, sondern ebenso Medien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Kirchen und eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppierungen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden somit zu Verursachern gesellschaftlicher Missstände. So steht etwa August (REP, 40) mit seiner Auffassung nicht allein, wenn er sagt: *„Im Grunde genommen, so wie sich das Parteienspektrum jetzt darstellt, ist jede politische Partei ein Gegner.“*

Die Zahl potentieller Verbündeter wird aus dieser Perspektive gering: Abgesehen von anderen rechtsextremen Parteien, die jedoch von der Mehrheit der Befragten eher als unseriöse Konkurrenten eingestuft werden, von Einzelpersonen aus anderen Parteien, mit denen man sich in bestimmten Sachfragen verständigen könne, sowie von mutmaßlichen Sympathisanten in der Öffentlichkeit, die allerdings durch den Medien-Bann von einer aktiven Teilnahme an der Parteiarbeit abgeschreckt würden, sehen sich vor allem die REP mit ihrem nationalen Anliegen daher als ‚Einzelkämpfer‘ innerhalb der Gesellschaft.

Nicht zu übersehen ist demnach die Einbeziehung gesellschaftlicher Ächtung in die Kosten-Nutzen-Bilanzen der Befragten bezüglich ihres Engagements (s. Kap. 8.1, Kap. 8.3). Zum Einen stellt sie eine nicht unerhebliche Hürde dar, sich überhaupt bei den REP bzw. in der JF zu betätigen. Hier stellt sich die Frage, warum sich die Befragten dennoch engagieren. Zum Anderen weisen die Ergebnisse der Interviews auch auf unbeabsichtigte Folgen gesellschaftli-

cher Ächtung hin: Sie löst innerhalb der Eigengruppe eine gewisse Trotzreaktion aus, fördert damit den Zusammenhalt und trägt schließlich zu Identitätsgewinnen bei. Diesen Aspekten widmet sich Kap. 8.3 ausführlicher.

6.2 Verantwortungszuschreibungen

Nach den vorangegangenen Darlegungen zu wahrgenommenen strukturellen und kulturellen Missständen (Kap. 6.1.1, Kap. 6.1.2), aber ebenso nach der Skizze des diesen alternativ gegenübergestellten nationalen Gemeinschaftskonzeptes (Kap. 6.1.2.1), läge nun die Vermutung da, dass die Verursacher von gesellschaftlichen Problemen in ‚Ausländern‘ ausgemacht werden. Doch auch wenn ‚Ausländer‘ in vielerlei Hinsicht als Bedrohung der Nation und ihrer kulturellen Eigenheiten wahrgenommen werden, ist diese Folgerung kurzschlüssig. Wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, sind die Verursacher gesellschaftlicher Missstände im eigenen Land zu finden.

So werden für den kulturelle Niedergang, den Werteverfall und den derzeit vorherrschenden, negativ bewerteten Zeitgeist vor allem die ‚68er‘ verantwortlich gemacht.

Albert (REP, 28) erklärt hierzu:

„Aber ansonsten, das ist das, was die Partei wirklich unterscheidet, wirklich elementar unterscheidet, dass sie ohne diesen aufgekochten Brei, Frauen hinterher, wirklich auch den Zusammenhang zwischen Familie, Frau, Kinder bekommen und Staat, dass das alles in einer gewissen Verbindung steht, formuliert und daraus ein politisches Programm gestaltet. Das ist ganz wichtig, das ist ganz wichtig. Und vor allen Dingen, dass sie die Leute wieder auf den Teppich holen, nicht diese links-pädagogische Welle, die es damals mal gab so durch die '68er-Bewegung hinein getragen, gerade in die Geisteswissenschaften. (...) Das war halt so, das war so eine Zeit, wo vieles halt in Frage gestellt worden ist (...): Der Muff von tausend Jahren unter den Talaren. Das war ja auch nicht ganz unberechtigt, bloß man (...) beging Tabubrecherei, aber hat nicht gefragt, ob das Tabu richtig oder falsch war. Man hat es lediglich in Frage gestellt. Das ist ja so ganz lustig, aber das ist intellektuell unredlich meines Erachtens. Es wurde trotzdem gemacht. Jetzt haben wir einen gewissen Scherbenhaufen.“

Entsprechend formuliert Josef (REP, 38) seine Vorstellungen einer Rückbesinnung auf grundlegende Werte:

„Zunächst mal möchte ich sozusagen (...) die negativen Auswirkungen dieser '68er-Revolution (...) entweder zurückdrängen oder in positive Bahnen lenken. Denn - wie gesagt - ich

halte nicht Alles, was '68 geschehen ist, für schrecklich. Einige Dinge waren notwendig, andere sind sehr gefährlich. (...) Was mir vorschwebt ist eigentlich ein Land, das sich - möchte mal sagen - wieder nach... Na ja, also das ist ein bisschen schwierig jetzt in wenige Worte zu fassen: Was sich (...) ethisch (...) nicht in Millionen verschiedene Richtungen weiterentwickelt, sondern durchaus auch staatlicherseits Vorgaben akzeptiert, was wir zur Zeit nicht haben.“

Können sowohl Albert als auch Josef den '68ern zumindest einige positive Aspekte abgewinnen, grenzt sich Horst (JF, 34) ihnen gegenüber eindeutiger ab:

„Also für die Missstände im kulturellen, mentalen Bereich, sag' ich mal, was so die Auflösung der Gesellschaft betrifft, das was ich beschrieben habe mit dem Zerfall in Partikularinteressen, das haben - denke ich - eben relativ eindeutig zu verschulden eben die '68er.“

Daraus folgert er:

„Also die Inkarnation des politischen Gegners (...) ist halt das, was man so mit den Alt-'68ern bezeichnet.“

Heutzutage seien diese in der Beamtenschaft (insbesondere als Lehrer, die auch von anderen Befragten veranschaulichend genannt werden), in den Medien und auch in politischen Positionen wiederzufinden. Auch wenn Hans (JF, 36) Affinitäten zum links-alternativen Milieu aufweist und Klaus (REP, 48) unter Bezugnahme auf *„unsere politische Entwicklung von links nach rechts“*⁶⁷ ehr amüsiert auf den modischen Chic des sozialistischen Habitus in vergangener Zeit verweist (*„Da kommt eben auch meine Zeit so rüber als Schüler, wo wir uns einen roten Anstrich gegeben haben, so in Che Guevara-Pose mit Gauloises im Mundwinkel.“*), überwiegt in der Stichprobe eine Abgrenzung von den 68ern in kultureller, vor allem aber in politischer Hinsicht. Auch heute noch leide die Politik in Deutschland an dem Bruch mit Traditionen, der im Zuge der Studentenrevolte vollzogen wurde. Franz (REP, 41) drückt dies so aus:

„Und deswegen, diese Grundidee von mir ist, dieses ‚Friede, Freude, Eierkuchen‘ der Linken, die ganze Weltverbrüderung, Sozialismus, und jeder Mensch ist zu jedem Menschen sein Bruder, auch diese urchristliche Lehre ist für mich unreal. Mensch ist nun mal so strukturiert, dass er in Gruppen lebt und für Gruppen kämpft: ein Mal für sich, ein Mal für seine Familie, für seine Gemeinde, für den Staat. Und deswegen, die Grundidee dieser ganzen politischen Richtung ist eben, dass man, also dass die etablierten Parteien oder die Linken den Nationalstaat völlig negieren und sagen: Das ist eine Auflösungssache, das spielt keine Rolle mehr,

⁶⁷ Mit „unserer“ meint er durchaus auch ihm bekannte JF-Redakteure, von denen er im Zusammenhang des von Roland Bubik (1996) herausgegeben und bereits erwähnten Bandes ‚Wir '89er‘ erzählt.

wir müssen jetzt global denken und so weiter. Und ich sage, das ist eine verhängnisvolle Entwicklung.“

In Kap. 5 wurde aufgezeigt, dass ein Großteil der Befragten einst dem Umfeld der etablierten Parteien zuzurechnen war. Dass gerade die wahrgenommene Bedrohung der Nation und darauf folgende Verantwortungszuschreibungen an die Altparteien zu einer Abkehr von diesen führte, soll im Folgenden dokumentiert werden.

6.2.1 Abkehr von den etablierten Parteien

Der wahrgenommene ‚Ausverkauf deutscher Interessen‘ durch die konservativ-liberale Regierung unter Helmut Kohl ist das zentrale Motiv, das zur Abkehr von den etablierten Parteien führte. Horst (JF, 34; ehemals REP) beschreibt ausführlicher, was auch Andere Ende der 80er-Jahre dazu veranlasste, den Unionsparteien den Rücken zu kehren und eine parteipolitische Alternative zu suchen:

„Das war dann in der zweiten Hälfte der ‘80er Jahre, als hier in Berlin nach meinem Eindruck und dem Eindruck der Leute, mit denen ich politisch zusammen tätig gewesen bin, sich die Berliner CDU jetzt auch inhaltlich wandelte, (...) Positionen vertreten hat, derentwegen ich eben gerade nicht in die CDU gegangen bin. Und ab etwa 1987 - kann man sagen - da kann ich Ihnen drei, vier Dinge nennen: das war ‘87 der Honecker-Besuch im September; ‘87 war die Diskussion darüber, ob Diepgen dem Bürgermeister von Ost-Berlin in Ost-Berlin einen Besuch abstatten sollte oder nicht. Wo ich eben der Auffassung war, dass (man) mit den Herren von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl nicht reden dürfe; zumindest eben nicht auf so einer Ebene, sondern auf einer offiziellen staatsmännischen Ebene. Dann gab’s die Diskussion hier in Berlin um ein Denkmal für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ob das da am Landwehrkanal, also an der Stätte, wo sie zu Tode gekommen sind, (...) errichtet werden soll für die beiden oder nicht. (...) Eigentlich vor allen Dingen aber eben die Deutschlandpolitik, das war immer so mein Beweggrund, weshalb ich zum Beispiel überhaupt in die CDU gegangen bin. Weil ich damals eben noch glaubte, dass die CDU für die Einheit Deutschlands, für die Überwindung der Teilung stehen würde. (...) Auch zum Beispiel nach dem Milliardenkredit, den Franz-Josef Strauß einfädelt ‘87 - bin ich (...) ziemlich enttäuscht gewesen, dass ausgerechnet nun mein Vorbild, mein Idol, wenn man so will, dessentwegen ich überhaupt begonnen habe, mich für Politik zu interessieren, (...) mit den Machthabern hinter dem Eisernen Vorhang paktiert und gemeinsame Geschäfte machte (...).“

Ausdrücklich auf den ‚Milliardenkredit‘ beziehen sich auch Franz (REP, 41), Beate (REP, 58) und Gero (JF, 29). Wie im Folgenden aufzuzeigen sein wird, manifestierte sich der ‚Ausverkauf deutscher Interessen‘ allerdings vielgestaltiger.

Die Anmerkungen von Horst zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verweisen ferner auf den oftmals mit der Wahrnehmung des ‚Unrecht-Regimes DDR‘ einhergehenden Antikommunismus, der auch bei Eduard (REP, 50), Heinrich (REP, 78) und Florian (REP, 59) deutlichen Ausdruck findet, bei einigen weiteren Befragten zumindest angedeutet wird.

Wie bereits erwähnt (s. Kap. 5.2) kann man in Florians (REP, 59) Fall keine früheren Affinitäten zu den etablierten Parteien nachzeichnen, weshalb hier auch schlecht von einer ‚Abkehr‘ von diesen gesprochen werden kann. Jedenfalls disqualifiziert sich die ‚Deutschlandpolitik‘ der Regierenden für Florian bereits sehr viel früher, genau genommen im Rahmen der Ostverträge (vgl. Kap. 3.1.1, Phase 1966-1982):

„Dass hier also auch Leute herrschen, eine so genannte ‚Connection‘, wenn man das so sagen darf. Die bestimmt eigentlich, was die deutsche Bundesregierung macht, unter welchem Kanzler auch immer. Ich denke da an Brandt/Scheel ’68 mit dem Kniefall in Warschau⁶⁸ vor dem Denkmal. Und also es gibt so Sachen, die haften sich doch einem ein und die verstärken eigentlich nur die Sache, wenn man so ein bisschen auch interessiert ist und weiß, wie es gehandhabt wird, dass also kleinere Gruppen, Parteien mundtot gemacht werden, dann muss man einfach irgendwas machen.“

Im Verlauf des Interviews wird deutlich, dass Florian unter „*Connection*“ tatsächlich eine jüdisch-kommunistische Weltverschwörung versteht (s.u.).

Gängiger sind allerdings Bezugnahmen der Befragten auf jüngere Ereignisse. Jakob (REP, 63) sah beispielsweise im Gegensatz zu Florian in der Entspannungspolitik Willy Brandts durchaus eine Chance, überhaupt wieder eine Grundlage für deutschlandpolitische Gespräche mit der Sowjetunion zu schaffen. Allerdings war die DDR-Regierung aus seiner Perspektive aufgrund des Unrechtregimes nie ein legitimer Verhandlungspartner. Zudem äußert Jakob später die Auffassung, die Wiedervereinigung habe nie auf der „*Agenda der Regierung Kohl*“ gestanden.

⁶⁸ Brandts ‚Kniefall von Warschau‘ datiert auf den 07.12.1970.

Dass die SPD seinerzeit sogar für die Anerkennung der DDR plädierte, machte sie für Josef (JF, 38) inakzeptabel:

„Die SPD, die haben durchaus Leute, die mir gefallen, aber das sind eben nicht sehr viele. Und ich habe der SPD ganz am Anfang meiner Schülerzeit durchaus sehr nahe gestanden, hab' mich aber von dieser Partei in dem Moment abgewandt, als ich gesehen habe - lange vor der Wende -, dass das eben deutschlandpolitisch, sprich Anerkennung der DDR, (...) das fand ich sehr schäbig, wie die SPD sich damals verhalten hat.“

Albert (REP, 28) berichtet über seine Enttäuschungen, als er auf seiner aktiven Suche nach einem angemessenen Betätigungsfeld auf CDU- wie auch SPD-Veranstaltungen mit seinem *„Bekennnis zur Einheit der Nation“* nicht nur kein Gehör fand:

„Die Frage der Deutschen Einheit war für mich eigentlich Dreh- und Angelpunkt politischer Auseinandersetzung, politischer Anschauung. Und der Knackpunkt war eigentlich der, dass ich – wie gesagt, mein Vater war in der CDU – das auf CDU-Veranstaltungen angesprochen habe. Und da kam es mir doch recht klebrig vor die Argumentation, eine ‚sowohl als auch‘, und ‚man muss mal sehen‘. (...) Bei der SPD brauchte ich gar nichts darüber zu erwähnen. Da war ich auch auf einer Veranstaltung in Tempelhof, und musste mich da beschimpfen lassen als ‚Gestriger‘ und ‚Blinder‘ und weiß der Geier was. Das war alles vor der Wiedervereinigung. Jetzt würden sie – da bin ich sicher – anders reden. Und nachher hat es ja jeder gemacht: (...) die SPD, weil sie hat Entspannung gemacht, und dann die F.D.P., weil sie Hans-Dietrich Genscher hatte, und Kohl, der hat das auch gemacht. Ja, nachher haben das alle gemacht.“

Als SPD-Mitglied setzte sich Klaus (REP, 48) insbesondere im Arbeitskreis ‚Ideologie der Volkspartei‘ für die deutsche Einheit ein, weshalb man dort über ihn witzelte: *„Also ich weiß gar nicht, was dieser Genosse (Klaus) für ein Jungsozialist ist. Ja, das ist eigentlich eher so ein nationaler Sozialist“*. Sein Austritt aus der SPD erfolgte dann schließlich in den 70er-Jahren als Reaktion auf die ‚Wienand-Affäre‘ (s.o., Kap. 5.2).

Silke (REP, 56) wird nicht zuletzt auch durch den Wandel ihres Ehemanns, der aus der DDR in die Bundesrepublik geflohen war, beeinflusst:

„Er hatte sich ja mit der DDR auseinandergesetzt und ist mit Freunden dann über die Ostsee geflohen. Und der hatte also die Bundesrepublik dann, weil er eben politisch wach war, schon immer anders beobachtet, aber immer sehr ‚pro‘ eigentlich. Die Entwicklung hat er eigentlich sehr positiv gesehen. Und das fing dann erst langsam, dass er dann auch nachdenklicher

wurde, je mehr wir uns damit beschäftigten. Das fing eigentlich alles so '88/'89 an, als man eine Wahlentscheidung treffen musste. (...) Das größte Problem war ja für ihn auch, (...) dass plötzlich die Wiedervereinigung, die ja festgeschrieben ist im Grundgesetz, in der Präambel eigentlich, dass das plötzlich gar nicht mehr auf der Tagesordnung stand, und als wir es vertraten, als eine Form von Revisionismus gesehen wurde. Das war ja (...) für uns so erschreckend. Wir haben immer gedacht, das sind alles Sachen, für die man eintreten kann. Für die trat man aber gar nicht mehr ein, ganz im Gegenteil. Als diese Fluchtbewegung aus der DDR begann, trat ja Oskar Lafontaine sogar dafür ein, die Staatsangehörigkeit der DDR anzuerkennen, damit die einen Asylantrag stellen müssen. Also solche Entwicklungen musste man dann beobachten, die uns natürlich aufs höchste empört haben, wo wir aber gesehen haben, dass hier eine völlig andere Richtung lief, als wir gedacht haben.“

Aber nicht nur im Vorfeld der Wiedervereinigung, sondern gerade auch mit ihr hatten sich viele Befragte mehr versprochen. Auch diese Erwartungen wurden enttäuscht, wie die Äußerung von Klaus (REP, 48) belegt:

„Dann dieses Pfeifkonzert am 10. November vor dem Schöneberger Rathaus, das von der linken Berliner Szene da organisiert worden war. Das waren also Dinge, die ich also als absolut unpassend, als einfach grotesk empfunden habe. Und ich hab' mit einem Kollegen, der bei uns in der Niederlassung in London arbeitet, (...) gesprochen. Sagt der: 'Was ist eigentlich bei euch in Deutschland los? Das ist ja unfassbar, was da abläuft.' Das (...) hat eigentlich bestätigt, was ich auch so empfunden habe. Na ja, und irgendwie das Gefühl, es muss was passieren, ich muss was machen. (...) Der Einigungsvertrag war ja auch (...) sehr seltsam zustande gekommen. Die Aussage von Helmut Kohl, also 'Das wird nichts kosten' und 'In fünf Jahren wird es vielen besser, aber keinem schlechter gehen'. Was ich so erwartet hatte, war so eine Churchillsche Rede, 'Blut, Schweiß und Tränen'. Was ich mir so vorgestellt hatte war - was weiß ich, Aufruf an alle Teile der Wirtschaft und (...) an alle Universitäten, den Lehrbetrieb einzustellen und ein Semester sich mal intensiv Gedanken darüber zu machen, wie man diese Einheit hinkriegt.“

Franz (REP, 41) stellt ebenso den von Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“, die im Wahlkampf 1998 auch ein Flugblatt der REP in Frage stellt, „20 Prozent Arbeitslosigkeit ... in Mitteldeutschland“ gegenüber.

In der Radikalität seiner Äußerungen ist wiederum Florian (REP, 59) der Ausreißer innerhalb der Stichprobe. Er erwartete von der Wiedervereinigung gar den Sturz der „Connection“, dieser verschwörerischen Verbindung von Juden und Kommunisten:

„Dazu ist alles zu fest etabliert, aber irgendwann, denke ich mal, dass es eine Revolution geben wird, um ganz ehrlich zu sein. Die hätte ich eigentlich '89 schon erwartet. So dass ich da auch (...) mitgemischt hätte, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich hätte also nicht Zuhause gesessen und hätte mir es bequem gemacht, sondern hätte versucht, wenn ein Ansatz da gewesen wäre, dass sich was im Lande ändert. Aber Sie sehen ja, wie weit wir jetzt schon wieder sind.“

Verfehlungen der ‚Regierenden‘ kommen auch konkreter in Bezug auf die Zuwanderungs- und Asylpolitik sowie die Europapolitik der Bundesrepublik zum Ausdruck. So sieht sich etwa Ute (REP, 63) durch die Regierungspolitik der Früchte des Wiederaufbaus, an dem sie selbst beteiligt war, beraubt:

„Also irgendwie war eigentlich immer alles in Butter, nicht? (...) Es war für mich auch alles so selbstverständlich, dass es so läuft, und auch dass so bei Adenauer. Also (...) Politiker, die haben ja auch einen Amtseid geschworen, ja?: also ‚Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und den Wohlstand zu mehren‘. Dass die das also selbstverständlich dann auch machen, das war für mich eigentlich gar keine Frage. Bis ich langsam angefangen habe, mich zu fragen: Was machen die denn eigentlich? Das kann doch wohl nicht sein; also als diese ganzen Asylbewerberzahlen immer mehr anstiegen. Und immer erzählen sie einem nur, das muss so sein und wir können dagegen nichts machen. (...) Und die könnte man ja auch akzeptieren – ja?. Aber was ist mit den Anderen? Und die schmeißen ihre Pässe [weg] und dann können sie halt nicht mehr abgeschoben werden; oder die Vietnamesen, die Zigarettenschmuggler, oder was auch immer.“

Auf das selbe Argument, Verfehlungen der Regierenden in Bezug auf ihren Amtseid, gründet sich die Kritik von Franz (REP, 41) an der Europapolitik der Regierung:

„Man muss Verträge machen, dass wir nicht mehr 30 Milliarden Überschuss zahlen an die EU, sondern nur wie Frankreich 800 Millionen, ja? Dann wären über 29 Milliarden wieder da, um irgendwelche Konjunkturprogramme hier anzukurbeln und wieder Arbeitsplätze im Inland zu schaffen. Also da frage ich mich halt – und das habe ich bis heute nicht verstanden oder nachvollziehen können -, warum Kohl oder diese Regierung so eine Politik macht. Ich meine, sie schwören ja praktisch bei der Vereidigung, also der Amtseid heißt, glaube ich: ‚Den Schaden vom deutschen Volk zu nehmen und dessen Wohlergehen zu mehren‘. Aber sie machen eine Politik, die diesem Eid eigentlich widerspricht. Und ich bin noch nicht dahinter gestiegen, warum? Wird Kohl erpresst von irgend jemandem? Manche behaupten, da würde

eine mysteriöse Mafia im Hintergrund sein, eine Welt-Loge(...). Also das ist ja dummes Zeug, und man kann es ja nicht beweisen oder so. Aber ich weiß nicht, warum Kohl diese Politik macht. Es ist ja offensichtlich eine Politik, die den eigenen Menschen, die ihn ja auch gewählt haben, die ja Vertrauen in ihn gesetzt haben, nicht zu nutze ist, zumindest nicht der breiten Masse. Er ist ja nicht von den Portugiesen gewählt worden, oder den Südtalienern, ja? (...) Aber er will ja von diesen Menschen, in diesem Land wiedergewählt werden. Und er hat eigentlich bis jetzt immer das Vertrauen gehabt.“

Grundsätzlich kann man bei nahezu allen Befragten davon ausgehen, dass ein Euro-Skeptizismus, sowohl in bezug auf die gleichnamige Währung, als auch auf ein Europa, in dessen Rahmen nationale Eigenheiten verschwinden, vorherrscht. So sagt etwa Heinrich (REP, 78) im Zusammenhang der im Rahmen der Bilderserie präsentierten Europaflagge:

„Na ja, ich bin entsetzt über den Euro, erstens weil wir wohl das einzige Land sind mit dem Euro, wo das Volk keine Abstimmung bekommen hat, also das Volk nicht gefragt worden ist. Dass der Euro also gegen den Willen des Volkes eingeführt wird, halte ich für völlig undemokratisch. Und zweitens halte ich es auch wirtschaftlich für ganz schlecht – (...) mit eigentlich allen unabhängigen Sachverständigen, ich bin ja kein Fachmann. Aber ich brauche nur irgendeinen (...) von der Regierung unabhängigen Sachverständigen zu fragen. Die sagen alle, es sei eine Katastrophe. Unsere wunderbare D-Mark wird abgelöst durch eine (...) Währung, die über kurz oder lang weich werden wird; das ist unausweichlich. Und weil das auch völlig, wie die Geschichte ja gezeigt hat, völlig unreal, das hat es noch niemals gegeben in der Geschichte, dass Staaten es geglückt ist, zuerst eine gemeinsame Währung zu machen und dann eine politische Einheit herbeizuführen. Es muss umgekehrt sein, wie damals beim Deutschen Reich, 1871: Erst die politische Einheit, und erst mehrere Jahre später ist damals die Reichsmark entstanden. Umgekehrt gibt es zahlreiche Beispiele bei den arabischen Ländern und jetzt in Südamerika, die sind alle schief gelaufen. Fachleute sagen ja auch, der Euro wird auch eines Tages wieder platzen. Das finde ich also ganz schlecht.“

Verstärkt wird der Eindruck des Missbrauchs politischer Macht wider dem ‚Wohle des deutschen Volkes‘ durch den wahrgenommenen Ämterschacher und Korruption. So berichtet etwa Claudia (REP, 51) von ihren Erfahrungen aus der Behörde, in der sie tätig ist:

„Und eben gerade diese Ungerechtigkeiten, die dort vorherrschend sind und waren, es kommt dort bei uns nicht auf Können an, auf Fach- und Sachkompetenz, es kommt lediglich, hauptsächlich auch [darauf] an, (...) welches Parteibuch man zeitweilig in der Tasche hat. Und das

war für mich eigentlich ein Argument vieler Argumente, die mich dazu bewogen haben, mir das Parteiprogramm der Republikaner einfach mal zu besorgen, und mich dort schlau zu machen, das heißt, mich inhaltlich mit dieser Partei zu befassen.“

Ähnlich argumentiert Klaus (REP, 48):

„Überall, ob das Flughafenverwaltung ist oder InterRegio-Geschäftskooperation mit den Niederlanden und so weiter, das geht alles nach Parteibuch. Ja? Es gibt kaum einen Posten - Leiter der Stadtwerke oder was, ja da ist das Parteibuch entscheidend. Und dann wird geguckt, passt das auch einigermaßen mit der Qualifikation. Das sind Ungeheuerlichkeiten, was da passiert.“

Dass die gesellschaftlichen Missstände zunächst den regierenden bzw. etablierten Parteien zugeschrieben werden, ist grundlegend für eine Abkehr von diesen. In einzelnen Fällen lässt sich ergänzend auch aufzeigen, wie sehr viel konkreter derartige Verantwortungszuschreibungen an die Politik aus dem eigenen Schicksal erwachsen können. So berichtet etwa Richard (REP, 49) aus der Zeit nach der Trennung von seiner ersten Ehefrau:

„Ich war lange Zeit allein erziehender Vater. (...) Ich hab' einen Betrieb gehabt in Wahn. Den musste ich aufgeben. Und da war ich noch nicht Mitglied der Partei. Aber ich habe dann die Behördengänge machen müssen. Ich war auch beim Sozialamt. Ich war Sozialhilfeempfänger gewesen, musste alles verkaufen. Und dann sah ich ja damals schon auch die Flure voll von, von Sozialhilfeempfängern, die nicht der deutschen Sprache mächtig waren. Da klappte alles viel leichter. Gut, da kann man jetzt sagen, da ist ein bisschen Neid oder ein bisschen Missgunst, dass ich sage... Mein Sohn war damals 3 Jahre alt, die Jutta (Name anonymisiert, L.K.) war 4. Und da gehen sie mal als Mann hin und versuchen sie mal die Kinder durchs Leben zu bringen, bevor ich meine jetzige Frau kennen lernte. Und (...) so geht es nicht weiter. Und es wurde mir keine Hilfe zuteil. Ich musste erst mal alles veräußern. Und wie das aufgebraucht war, da bekam ich Hilfe; und dann als Bittsteller und als Almosenempfänger, und das als Deutscher.“

Abschließend sei an Heinrichs (REP, 78) Fall erinnert, dessen ‚Abkehr‘ von der CDU sich weniger auf seine eigene Entscheidung gründete. Nach seinem Eintreten für den damals verstorbenen Oberst Rudel war ihm ein Parteiaustritt aus der CDU nahe gelegt wurde. Das Ausmaß der damit einhergehenden Enttäuschung veranschaulicht folgendes Zitat:

„Ich bin ja auch aus der CDU durch eine Disziplinarmaßnahme heraus gedrängt worden, weil ich damals für den Oberst Rudel, als der starb, bin ich eingetreten als ehemaliger Soldat

und wollte den auch ehren. Und das war damals in der CDU nicht opportun. Und da hatte ich also Ärger. Und dann habe ich gesagt: Gut, dann trete ich aus. Aber über den Geist, was für ein Geist da herrschte. Da wurde mir gesagt – das war vor einer Wahl, weiß nicht vor welcher Wahl das war: ‚Ihr Eintreten da für den Oberst Rudel, das schadet uns. Und sie würden der Partei nützen, wenn sie austreten jetzt vor der Wahl. Aber nach der Wahl nehmen wir sie dann sofort wieder auf‘. Ich muss sagen, das fand ich schon eine Schweinerei, einem so was zuzumuten.“

Zusammengefasst werden den etablierten Parteien Verfehlungen zugeschrieben, die dem ‚Wohle des deutschen Volkes‘ zuwiderlaufen. So stießen die Ostverträge der sozial-liberalen Koalition ebenso auf Missbilligung wie die einer Entspannungspolitik mit dem Ostblock dienlichen Maßnahmen unter konservativ-liberaler Regierungsverantwortung (6 Nennungen), nicht zuletzt der ‚Milliardenkredit‘ von Franz Josef Strauß an die DDR. Hierzu ist anzumerken, dass zur ‚deutsch-deutschen Politik‘ im Interview keine explizite Frage gestellt wurde. Die angeführten Nennungen erfolgten in der selbstgenerierten Rekonstruktion des politischen Werdeganges der Befragten. Eine weitergehende Übereinstimmung innerhalb der Stichprobe ist daher eher wahrscheinlich als auszuschließen. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, dass sich die Wahrnehmung der DDR als ‚Unrechts-Regime‘ ausdrücklich bei insgesamt 13 Befragten findet.

Ähnlich verhält es sich mit dem Votum zur ‚deutschen Einheit‘, auch dieses wurde nicht explizit erfragt. Da die jüngere deutsche Geschichte zum Zeitpunkt der Interviews eine entsprechende programmatische Zielsetzung überholt hatte, kann nur im Rückblick der Befragten auf ihre politischen Entwicklung bei 13 von ihnen auf die zentrale Rolle geschlossen werden, welche die ‚Wiedervereinigung‘ vor 1989/90 auf ihrer politischen Agenda spielte.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass eine Grundvoraussetzung für die Bereitschaft, sich bei den REP bzw. in der JF zu engagieren, in der Abkehr von den etablierten Parteien besteht. Diese erfolgt im Wesentlichen als Reaktion auf wahrgenommene Versäumnisse und Fehler in der Deutschlandpolitik (auch nach Vollzug der Einheit), in der Zuwanderungs-, Asyl- bzw. ‚Ausländerpolitik‘ (20 Nennungen) sowie in der Europapolitik (24 Nennungen) und gründet sich letztlich auf eine Kategorisierung der sozialen Umwelt in nationalen Begriffen.

Von besonderer Bedeutung für die Strukturierung ihrer sozialen Umwelt in Begriffen von Eigen- und Fremdgruppe (bzw. Verbündete in ihrem nationalen Anliegen vs. Gegner) durch die Befragten ist die von ihnen wahrgenommene, von vielen selbst erlebte gesellschaftliche

Ächtung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Kap. 6.1.3). Dass die Befragten selbst zu deren Ziel werden, ist in ihren Augen unverständlich und ungerechtfertigt, denn schließlich verfolgen sie ja aus ihrer Warte ehrenwerte, nahezu ‚natürliche‘ Absichten. Die gesellschaftliche Ächtung wird somit an sich zum erlebten Misstand, sie zu bewältigen ein vordringliches Anliegen der Befragten.

Zum Abschluss dieses Kapitels sei – nach der Wahrnehmung gesellschaftlicher Missstände und entsprechenden Verantwortungszuschreibungen – noch die dritte Stufe der Politisierung nationaler Identität angesprochen: die Einbeziehung der Gesellschaft in die Auseinandersetzung um gesellschaftlichen Einfluss („triangulation: involving society at large“; Simon/Klandermans 2001).

6.3. Die Einbeziehung der Öffentlichkeit

Nach Simon und Klandermans (2001) ist der Prozess der Politisierung kollektiver Identitäten erst mit der „triangulation“ abgeschlossen: Zur Bewältigung wahrgenommener gesellschaftlicher Missstände wird in der Auseinandersetzung mit dem durch Verantwortungszuschreibungen bestimmten Gegner versucht, einen einflussreichen Dritten – im Idealfall eine breite Öffentlichkeit („society at large“) oder aber Repräsentanten gesellschaftlicher Institutionen – für den eigenen Standpunkt zu gewinnen (vgl. Kap. 2.3.1.1). In den vorangegangenen Ausführungen wurde deutlich, dass diese Einbeziehung der Gesellschaft angesichts gesellschaftlicher Ächtung und vor allem des Medienboykotts für die Befragten sowohl von großer Bedeutung ist als auch mit besonderen Problemen verknüpft ist. In den Überlegungen zur Institutionalisierung politisierter kollektiver Identität (vgl. Kap. 2.3.1.2) wurde allerdings darauf hingewiesen, dass Organisationsformen wie Parteien und Medien grundsätzlich in politischen Auseinandersetzungen auf eine Professionalisierung der Einbeziehung der Gesellschaft abzielen. Im vorliegenden Fall der REP werden wahrgenommene Missstände im Parteiprogramm manifest, im Wahlkampf wird um gesellschaftlichen Rückhalt gerungen. Im Fall der JF werden die Einflussnahme auf die öffentliche Meinung sowie die Justierung eines Gegengewichts zur vermeintlich links-liberal dominierten Medienlandschaft zum erklärten Organisationsziel.

Aus Sicht der REP erscheinen ‚Regierende‘, ‚Medien‘ und weitere gesellschaftliche Repräsentanten (z.B. Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber etc.; s.o.) als Gegner, die sich im Wettbewerb um öffentliche Unterstützung ‚unfairer, undemokratischer Methoden‘ bedienen. Dies

führt bei Florian (REP, 59) beispielsweise dazu, in Bezug auf Deutschland von einer „*Diktatur*“ zu sprechen. Vor diesem Hintergrund werden die Bedingungen einer letztlich ‚national gerahmten‘ ‚triangulation‘ zwischen Eigengruppe (bzw. Verbündeten), Gegnern und Öffentlichkeit selbst zum ‚nationalen Missstand‘. In der gemäßigteren Variante werden die REP somit in ihrer Selbstbetrachtung zum Inbegriff der ‚letzten wahren Deutschen‘, die nicht so recht verstehen können, warum ihre Ziele so wenig öffentliche Aufmerksamkeit erringen. So sagt etwa August (REP, 40):

„Also ich bin davon überzeugt, dass fünfundneunzig Prozent der Bürger in Deutschland kein umfassendes Bild bezogen auf die wirkliche und vorhandene Demokratie in unserem Land haben. (...) Denn wir sind ja keine Rechtsradikalen. Wir sind ‘ne demokratische Partei im politisch rechten Spektrum, aber wir haben mit den Rechtsradikalen überhaupt nichts zu tun. Und - äh - das Skandalöse ist, dass im Grunde genommen auch diese Autonomen das wissen müssten und sich trotzdem entsprechend undemokratisch verhalten. Und das find’ ich äußerst skandalös. Das ist total schlimm. Mit das erste Ziel muss sein, dass wir die Bevölkerung, die Bürger darüber informieren, wo wir politisch stehen, was wir wollen, welche Ziele wir haben. (...) Und dass wir dann auch keine Möglichkeit auslassen, die wirklichen Gefahren für die Demokratie unseren Bürgern darzustellen.“

Beate (REP, 58) hofft angesichts der Mühen, die sie in die Partei investiert:

„Aber andererseits sage ich mir, also irgendwann kommt vielleicht mal die Rechnung dafür, dass die Leute doch aufwachen und sagen: ‚Na ja, also wenn ihr nicht gewesen wäret und unermüdlich für uns gekämpft hättet, dann wäre es jetzt noch schlimmer‘.“

An anderer Stelle wirkt sie nahezu beschwörend, wenn sie feststellt:

„Ich bin der Meinung, außer den Republikanern gibt es keine vernünftige demokratische Rechtspartei, für deren Ziele es sich zu kämpfen lohnen würde. Ich bin der Meinung, wenn es tatsächlich gelingt, was ja Bestrebungen aller regierenden und sich demokratisch nennenden Gruppierungen ist, die Republikaner kaputt zu machen, dann wird es für Deutschland einen sehr, sehr großen Schaden geben. Weil es doch sehr, sehr viele Menschen gibt, die sehr viel Hoffnung in uns setzten. Und wenn das also zerschlagen wird, dann, fürchte ich fast, wird es einen Extremismus in Deutschland geben, den keiner wollte. Weil die Jugend heute nicht mehr so geduldig ist und doch in gewisser Weise dann auch gegebenenfalls radikale Reformen und Änderungen herbeiführen wird. Und das kann eigentlich, wenn man inzwischen schon was zu verlieren hat, nicht in unserem Sinne sein. Also ich nehme an, das große Erwachen in der Bevölkerung wird erst kommen, wenn der Euro tatsächlich eingeführt ist.“

Momentan ist das alles für die Leute noch so weit weg, die begreifen noch gar nicht, was dahinter steht. Aber wenn es dann kommt und sie merken auf einmal alle, dass sie nur noch die Hälfte in der Tasche haben.“

Das ‚Aufrütteln‘ einer angesichts der Probleme, mit denen die Nation konfrontiert ist, ‚schlafenden Bevölkerung‘ wird also zum vordringlichen Ziel der Parteiarbeit. Albert (REP, 28) beschreibt dies wie folgt und ist zum Zeitpunkt des Interviews noch optimistisch:

„Diese Vorschusslorbeeren, die wir damals mit den Wahlerfolgen hatten, die werden wir nicht mehr bekommen in der Form. Das ist vorbei. Jetzt muss jede Stimme hart erarbeitet werden. Und das geht nur durch das persönliche Gespräche eigentlich, es geht nur durch das persönliche Gespräch. Eigentlich müssten wir mit 80 Millionen sprechen, ja?“

Und später ergänzt er:

„Der Zeitgeist ist gegen uns, die Zeit ist für uns. Ich glaube, dass das anvisierte Potential immer(...) so bis zu 15, 20% so rechte Wähler (umfasst), wird gesagt. (...) Das halte ich absolut für machbar, das halte ich auch für möglich, wenn man uns die Möglichkeit, halt zu sprechen im Fernsehen, wenn man uns Minuten einräumt. Ich gehe davon aus, dass wenn von uns einer – sagen wir mal der Bundesvorsitzende, Herr Dr. Schlierer – sprechen könnte, eine halbe Stunde zur besten Sendezeit auf allen Kanälen, da haben Sie eine veränderte Republik danach, also davon können Sie ausgehen.“

Die Frage, ob sich diese Zuversicht bis heute gehalten hat, wäre sicherlich eine Folgestudie wert.

7 Ergebnisse 3: Eine Topographie rechtsextremer Identität

Das vorangegangene Kapitel hat verdeutlicht, dass sich die politisierte kollektive Identität der Befragten auf einer nationalen Kategorisierungsebene verorten lässt. Eine politisierte nationale Identität ist demzufolge der Dreh- und Angelpunkt, an dem sich sowohl Ideologie als auch politische Praxis der Befragten ausrichtet.

In Anlehnung an die Selbst-Kategorisierungs-Theorie (Turner et al. 1987; vgl. Kap. 2.2 – 2.2.5) lassen sich nunmehr die von den Befragten vorgenommenen Differenzierungen in ‚Eigen-‘ und ‚Fremdgruppen‘ veranschaulichend in einer ‚Topographie rechtsextremer Identität‘ zusammenfassen. Eine solche ‚Landkarte‘ ist nicht nur in Anbetracht der von Simon (1999) eingeführten Metapher des „place in the world“ naheliegend. Von einer solchen ‚Ortsbeschreibung‘ rechtsextremer Identität werden auch Hinweise auf Eigenheiten rechtsextremer Standpunkte erwartet. Mit anderen Worten: Diese Topographie soll genauer veranschaulichen, wie eine politisierte nationale Identität Ideologie und Praxis der Befragten anleitet.

Vorweg sei an zwei Grundannahmen der Selbst-Kategorisierungs-Theorie (Turner et al. 1987) erinnert: Zum Einen kann Identität auf verschiedenen Abstraktionsebenen hergestellt werden, die durch ein unterschiedliches Ausmaß an Inklusivität in Beziehung zueinander stehen. Zum Anderen wird postuliert, dass Eigen- und Fremdgruppe in Begriffen der nächst höheren, inklusiveren sozialen Kategorie verglichen und bewertet werden, die beide umfasst. Die Beziehungen zwischen zwei (oder mehreren) Gruppen sind demnach in den Kontext inklusiverer und von ihnen geteilter Gruppenzugehörigkeiten eingebettet (vgl. auch Simon/Klandermans 2001; s. Kap. 2.2.3).

Hervorgehoben sei an dieser Stelle auch nochmals, dass hinter dem Modell unterschiedlich inklusiver Ebenen der Selbst-Kategorisierung keinesfalls ein normatives Konzept steht: So könnte etwa mit Blick auf die Ebene, auf der ‚menschliche Identität‘ hergestellt wird, vermutet werden, dass ‚Menschenrechte‘ gleichsam ‚naturegegebene‘ Eigenheiten dieser Ebene sind. Dass dies nicht der Fall ist, wurde bereits veranschaulicht (s. Kap. 2.2.5). Stattdessen sind Normen und Werte, die mit übergeordneten Gruppenzugehörigkeiten assoziiert werden, das Resultat von kognitiven Prozessen der Kategorisierung aus der Warte untergeordneter Gruppenzugehörigkeiten.

Eine abschließende Anmerkung: Wenn Turner et al. (1987) zur Veranschaulichung unterschiedlicher Ebenen der Selbst-Kategorisierung auch die Ebene heranziehen (s. Kap. 2.2.3), auf der sich individuelle Identität konstituiert (vgl. Kap. 2.2.3), so ist diese aufgrund der Fragestellung vorliegender Studie, die eine politisierte kollektive Identität der Befragten fokussiert, zu vernachlässigen.

Wie bereits angedeutet (vgl. Kap. 4.2) erbrachten die Interviews wenige selbstreflexive Thematisierungen kollektiver Identität. Einige Befragte sperrten sich stattdessen gegen Explizierungen einer solchen sozialpsychologischen Perspektive. Nichtsdestoweniger ist sich beispielsweise Franz (REP, 41) den Zusammenhängen gewahr, die der Entwicklung des sozialen Selbst, also auch kollektiver Identitäten, zugrunde liegen. Hierauf begründet er sogar sein politisches Anliegen:

„Ich weiß nicht, warum das so ist, aber der Mensch ist soziologisch so verfasst, dass er immer irgendwo in sozialen Gruppen denkt und lebt auch. Er ist ja kein Einzeltier. (...) Mensch ist nun mal so strukturiert, dass er in Gruppen lebt und für Gruppen kämpft: ein mal für sich, ein mal für seine Familie, für seine Gemeinde, für den Staat. Und deswegen, die Grundidee dieser ganzen politischen Richtung ist eben, dass man, also dass die etablierten Parteien oder die Linken den Nationalstaat völlig negieren und sagen: Das ist eine Auflösungssache, das spielt keine Rolle mehr, wir müssen jetzt global denken und so weiter. Und ich sage, das ist eine verhängnisvolle Entwicklung.“

Eine Analyse der qualitativen Daten ergibt nunmehr zusammenfassend zumindest folgende vier, über die Stichprobe generalisierbare Ebenen einer rechtsextremen (kollektiven) Identität. Zur Vereinfachung der Darstellung bezieht sich diese Topographie auf die 20 befragten REP. Besonderheiten hinsichtlich der vier JF-Redakteure finden am Rande der anschließenden Erörterungen Erwähnung.

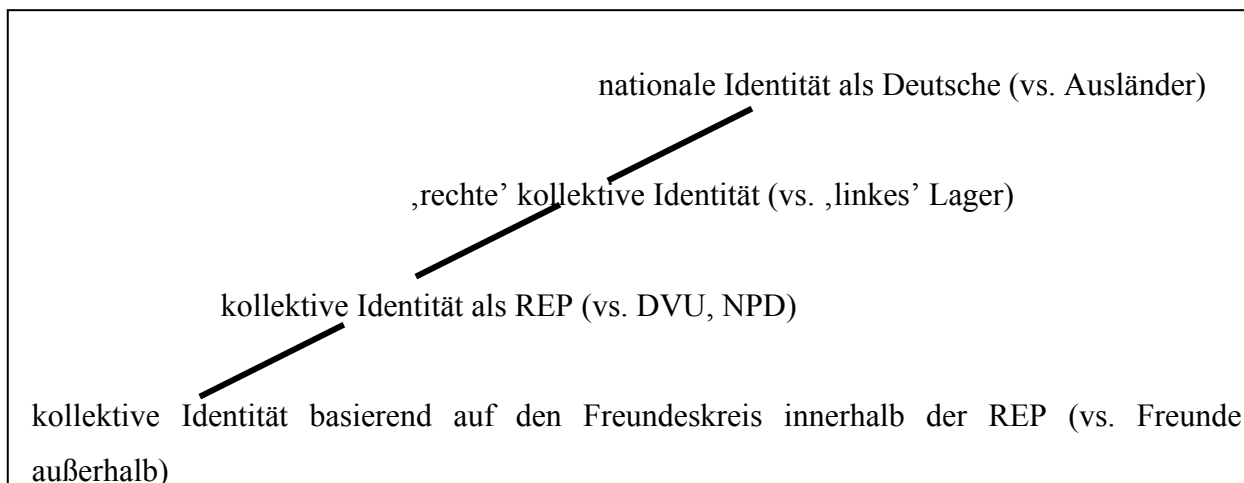


Abb. 7: Eine Topographie rechtsextremer Identität

Hinsichtlich von Freunden (und Familien) der Befragten lässt sich zunächst aufzeigen, dass eine übergeordnete Identität als REP (bzw. als JF-Redakteur) diese untergeordnete Ebene der Gruppenzugehörigkeit nicht vollständig umfasst: So stieß bei sieben Befragten – bei Klaus (REP, 48), Franz (REP, 41), Jakob (REP, 63), Britta (REP, 44), Heinrich (REP, 78), Eduard (REP, 50) sowie bei Josef (JF, 38) – die Offenlegung ihres jeweiligen Engagements bereits auf kritische, bisweilen ablehnende Resonanz im Freundes- und Familienkreis. Bei Gero (JF, 29) lichteteten sich die Reihen der Freunde nach den Anschlägen in „Mölln“ und „Solingen“ (vgl. Kap. 6.1.3).

Für die hiervon betroffenen Befragten galt es, die hieraus resultierenden Spannungen zu beseitigen. So beschreibt etwa Klaus (REP, 48), wie sich zunächst sein Freundeskreis in Anbetracht seines Parteiengagements ausdünnte, dies letztlich aber auch zu einer Neuformulierung seines Begriffes von ‚Freundschaft‘ führte:

„Also erst mal muss man sagen, die erste Zeit war das ganz schlimm, weil mir einige Leute doch die Freundschaft gekündigt haben aufgrund der Parteizugehörigkeit. Aber auf der anderen Seite sage ich mir, wenn die Freundschaft wirklich was wert gewesen wäre, wären die anders da rangegangen. Dann hätten die gefragt: ‚Sag mal, ich hab‘ so schreckliche Sachen gehört über die Republikaner. Die zünden da Häuser an und wollen da‘ - was weiß ich – ‚die Türken rausschmeißen und wollen hier das Vierte Reich errichten. Jetzt sag‘ doch mal was dazu. Kann ich mir bei dir gar nicht vorstellen‘. Aber diese Frage ist eigentlich relativ selten aufgetreten. Es hat also viele Freunde gegeben, die entweder gesagt haben: ‚Gut, wir können also weiter Freunde bleiben, aber wir lassen das Thema Politik raus.‘ Das ist bei mir natürlich insofern schwer, weil das bei mir schon ein Kardinalthema auch in meinen privaten Gesprächen ist. Und dann hat's eben welche gegeben, die gesagt haben: ‚Nee, also dann

überhaupt nicht mehr.' Ja, und dann hat's welche gegeben, die das aufgenommen haben, wo wir auch recht kontrovers diskutieren. Also (...) mein Begriff ‚Freund‘ ist eigentlich ziemlich eng.“

Claudia (REP, 51) berichtet zum Beispiel davon, dass zu Beginn ihrer REP-Aktivitäten Freunde von ihr abrückten und sie „für verrückt“ erklärten. Im Laufe der Zeit seien aber viele dieser Freunde zu REP-Anhängern bzw. REP-Wählern geworden und besuchen nunmehr mit ihr Parteiveranstaltungen.

Die beiden Beispiele zeigen unterschiedliche Wege zur Ausräumung derartiger ‚Dissonanzen‘ (Festinger 1957): Entweder wird die Kategorie ‚Freunde‘ neu definiert, wenn vermeintliche Mitglieder dieser Gruppe von den definierenden Kriterien abweichen, oder die Freundschaft und eigene Überzeugungsbemühungen tragen dazu bei, anfängliche Skepsis in gemeinsame Sympathie für das politische Anliegen zu verwandeln. Beide Fälle zielen allerdings gleichermaßen auf die Wiederherstellung von Stimmigkeiten im Inklusionsverhältnis zwischen der übergeordneten politischen Organisationszugehörigkeit (REP, JF) und dem Freundeskreis ab.

Britta (REP, 44) erläutert diesen, aus ihrer Warte selbstregulativen Prozess wie folgt:

„Nur, eins ist doch auch klar: (...) Sie sind ja immer automatisch irgendwo doch mit Leuten zusammen, die irgendwo eine gewisse gleiche Anschauungshaltung haben, ähnliche Anschauungshaltung haben. Das sind ja auch Leute, mit denen Sie dann gerne zusammen sind. Das ist ja schon automatisch so.“

Auf jeden Fall fördert ein Engagement bei den REP bzw. eine Tätigkeit bei der JF mittel- bzw. langfristig die Stimmigkeit zwischen beiden Ebenen der Kategorisierung einer rechtsextrremen Identität: Hier treffen die Befragten nicht nur auf Gleichgesinnte, sondern treiben die auf die geteilte Weltanschauung basierenden politischen Ziele zudem in gemeinsamen Aktivitäten voran. Infolgedessen übersteigt das erlebte Zusammenwirken innerhalb der Partei sowie in der JF bloße Kollegialität. So prophezeit etwa Neueinsteiger August (REP, 40):

„Parteikollegen sind es, Freunde werden es. Das ist die Voraussetzung, dass ich da eine erfolgreiche Arbeit machen kann. (...) Und je besser die Beziehung der Republikaner untereinander ist, um so erfolgreicher können wir arbeiten und je höher ist die Motivation.“

Wenngleich sich Florian (REP, 59) mit dem „Menschenmaterial“ innerhalb der Partei oftmals unzufrieden zeigt, ist der Freundeskreis von ihm und seiner Ehefrau Ute (REP, 63) eben dort zu verorten.

Franz (REP, 41) skizziert, wie sich das Verhältnis von Freunden außerhalb der Partei zu Freunden innerhalb der Partei mit der Zeit umkehrt:

„Sagen wir mal so: Früher hatte ich jetzt in dem Sinne gar keine Freunde in der Partei. Ich hatte vielleicht Parteifreunde, aber keine Freunde, und hatte nur Freunde außerhalb der Partei. Und jetzt würde ich sagen, habe ich vielleicht, was man als Freunde bezeichnet, ein Viertel außerhalb der Partei an Freunden und fast mittlerweile drei Viertel von Freunden in der Partei. Das kommt automatisch, wenn man halt mit denen so viel macht.“

Freundschaft (bzw. Kameradschaft) innerhalb der Partei (und ebenso innerhalb der JF) fördert nicht nur den Gruppenzusammenhalt, sondern wappnet die Befragten ebenso gegen Anfechtungen von außen. Allerdings wird in dem letztgenannten Beispiel von Franz (REP, 41) bereits angedeutet, dass eine perfekte Einbettung des Freundeskreises in einer übergeordneten Parteizugehörigkeit gar nicht unbedingt erwünscht sein muss; dies impliziert etwa die Unterscheidung von „Parteifreunden“ und „Freunden“ sowie der Anteil von Freunden außerhalb der Partei. Noch deutlicher macht diesen Aspekt Eduard (REP, 50), wenn er darauf hinweist, dass es unvorteilhaft sein kann, *„immer im selben Sud (zu) baden“*. So legen einige Befragte ausdrückliche Wert darauf, freundschaftliche Kontakte auch außerhalb der Partei zu pflegen. Josef (JF, 38) berichtet etwa:

„Ich habe ja nach wie vor (...) meine Freunde aus der damaligen Zeit. Und wir kommen prima aus, solange eben niemand mir vorschreiben will, was ich zu denken habe. Ich lasse mich gerne von anderen Argumenten umstimmen, und (...) ich bin also auch oft genug so, dass ich sage: ‚Gut, da hast du eigentlich recht, da habe ich unrecht gehabt‘.“

Die *„freundschaftliche Atmosphäre“* in der JF lobt Hans (JF, 36), hat aber, wie Gero (JF, 29), ebenso Freunde mit differierenden Anschauungen. Auch Horst (JF, 34) hat einige Freunde in der Redaktion, die Mehrzahl ist allerdings – außerhalb der JF – politisch einer *„diffusen Mitte“* (vorwiegend Anhänger der Unions-Parteien) zuzurechnen. Dieser Hinweis von Horst lässt allerdings Raum für die Spekulation, dass es im letztgenannten Kreis durchaus Konsistenzen hinsichtlich einer inklusiveren Ebene der Selbst-Kategorisierung, nämlich einem national-konservativen rechten Lager bzw. einer nationalen Identität gibt.

Silke (REP, 56) trennt ‚Freunde‘ und ‚Parteikollegen‘, wie auch ‚Privatleben‘ und ‚Parteienengagement‘ klar voneinander, ihr Freundeskreis ist außerhalb der Partei zu finden:

„Seine Freunde hat man aus Studienzeiten, aus Berufszeiten und so. Und das lässt sich nicht unbedingt verbinden in Bezug auf die Republikaner. Das sind mitunter auch ganz andere Welten.“

Interviewer: *„Inwiefern andere Welten? Also auch von wegen Akademiker und Nicht-Akademiker...?“*

Silke: *„Ja, auch. Also der Kreis der Akademiker hier bei uns, der ist sehr eng, sagen wir mal, nicht? Und wir, ich würde sagen, wir verstehen uns auch gut und schätzen uns auch, aber im privaten Bereich haben wir nichts miteinander..., machen wir keine gemeinsamen Sachen.“*

Zum Freundeskreis kann mit Blick auf eine rechtsextreme Identität also festgehalten werden, dass es offenbar ein Mindestmaß an Einbettung in übergeordnete Gruppenzugehörigkeiten geben muss, eine perfekte Verschachtelung der unterschiedlich inklusiven Ebenen allerdings nicht unbedingt notwendig, in einigen Fällen sogar unerwünscht ist.

Im Vergleich mit anderen ‚Rechtsparteien‘ findet eine klare Abgrenzung vor allem zu den beiden vermeintlich stärksten Konkurrenten in diesem Spektrum statt: DVU und NPD gelten bei den Befragten gemeinhin als ‚fremdenfeindlich‘, ‚ewig Gestrige‘ in Bezug auf ihren programmatischen Revisionismus, als ‚unseriös‘ hinsichtlich ihrer Parteienstruktur und – gerade mit Blick auf den DVU-Vorsitzenden Frey – ihrer finanziellen Ressourcen, während die ‚Republikaner‘ als einzige ‚demokratische Rechtspartei‘ im ‚wahrhaften‘ Bemühen um ‚sozialpatriotische‘ Anliegen verstanden werden. Unter Bezugnahme auf die übergeordnete Unterscheidung zwischen ‚rechtem‘ und ‚linkem Lager‘ teilen die Befragten – bis auf wenige, genaugenommen vier Ausnahmen (s.o. Kap. 5.2) – daher die Auffassung, dass eine Zusammenarbeit im Dienste eines möglicherweise geteilten ‚nationalen Anliegens‘ mit diesen Parteien nicht in Frage käme. Denn letztlich – so der Grundtenor der befragten REP – vertrete keine andere demokratische Partei in Deutschland in dieser Weise zuvorderst deutsche Interessen, fände sich nirgendwo sonst soviel patriotischer Idealismus in den Reihen der Mitglieder. Mit Blick auf die vier ‚Abweichler‘ sowie auf mögliche Effekte sozialer Erwünschtheit angesichts gesellschaftlicher Ächtung lassen sich nun zwar Zweifel erheben, wie strikt diese Abgrenzungen gemeint sind. Zudem lässt das Verhältnis zwischen den REP auf der einen, DVU und NPD auf der anderen Seite vermuten, dass derartige Abgrenzungen eher durch die Konkurrenz (Vergleichsdimension ‚Partei‘) als durch Normen und Werte einer internalisierten ‚rechten‘ kollektiven Identität (Vergleichsdimension ‚rechts‘) bestimmt werden.

Zusammenfassend verweist auch ein Blick auf diese Ebene darauf, dass die hierarchische Struktur kognitiver Repräsentationen insgesamt nicht perfekt inklusiv ist, sondern nur eine partielle, wenngleich weit reichende Verschachtelung von über- und untergeordneten Kategorien gegeben ist.

Zu den JF-Redakteuren ist in diesem Zusammenhang einerseits auf die Abgrenzung zum Parteiensystem insgesamt, andererseits jedoch auf eine gewisse Affinität zur ‚Neuen Rechten‘ sowie – zumindest nach dem dortigem Führungswechsel von Schönhuber zu Schlierer – zu den REP hinzuweisen. Eine durchweg abschätzig Abgrenzung gegenüber DVU und NPD teilen die Redakteure mit den meisten befragten REP.

Auf der nächst höheren Ebene kommen – neben der Konkurrenz um politische Positionen – grundlegendere ideologische Differenzierungskriterien zum Tragen, die die politische Gegnerschaft definieren: Dem ‚rechten Lager‘, das sich aus der Warte der Befragten als ‚wertkonservativ‘ und um die Wahrung nationaler (deutscher) Interessen bemüht sieht, verleiht der Kontrast zu einem vielgestaltigen ‚linken Lager‘ seine Konturen.

Gerade für die Befragten, die unmittelbar von der deutschen Teilung und dem ‚Unrechtsregime DDR‘ betroffen waren, stellen Sozialisten und Kommunisten in doppelter Bedeutung des Begriffs ein ‚rotes Tuch‘ dar. Der Rekurs auf antikommunistische Positionen zur eigenen Standortbestimmung scheint zumindest in einigen Fällen offensichtlich. So ist die PDS bspw. die Partei, die von den Befragten am häufigsten genannt wird, wenn sie Auskunft darüber geben sollen, welche Partei sie niemals wählen würden (zu Ausnahmen vgl. Kap. 5.2).

Für die Aushöhlung traditioneller und nationaler Werte werden vor allem die ‚liberal-anarchistischen 68er‘ verantwortlich gemacht, die ihren Einfluss heute noch in der gesamten Gesellschaft, vor allem aber in Medien sowie im Bildungssystem geltend machten. Im gegenwärtigen Parteienspektrum fänden sich diese Kräfte in den Befürwortern einer multikulturellen Gesellschaft – besonders in den Kreisen von Bündnis 90/Die Grünen – wieder, die einer ungezügelter Zuwanderung Tür und Tor öffneten. In diesem Zusammenhang werden allerdings auch den ‚Regierenden‘, den ‚etablierten‘ bzw. ‚Alt-Parteien‘ dem ‚Wohle des deutschen Volkes‘ zuwiderlaufende Verfehlungen und ein ‚Ausverkauf deutscher Interessen‘ zugeschrieben: Während der SPD hierbei eine mit der nationalistischen Lesart deutscher Geschichte konsistente Rolle zukommt (beispielsweise dem Etikett der ‚vaterlandslosen Gesellen‘ entsprechend), ist auch eine entsprechende Enttäuschung durch die von vielen

Befragten einstmals geschätzten Unions-Parteien augenfällig (vgl. Abkehr von den etablierten Parteien, Kap. 6.2.1).

Selbstverortungen der JF-Redakteure decken sich im Wesentlichen hiermit. Hier findet sich jedoch eine interessante Besonderheit, die sich vermutlich auf Überlappungen dieser Selbstverortungen im politischen Spektrum mit solchen einer professionellen Identität als ‚Redakteure‘ gründet: In nahezu respektvoller Weise wird Bezug auf die ‚taz‘ genommen. Denn schließlich beanspruchen beide Zeitungen, vor allem auch solche Informationen zu veröffentlichen, die im ‚Mainstream‘ der übrigen medialen Berichterstattung unberücksichtigt bleiben. In Abgrenzung zu einer vorherrschenden, eher als indifferent wahrgenommenen Einheitsmeinung wird daher das einstmals von der ‚taz‘ als Frage aufgebrachte Label einer „rechten taz“ von der JF gerne angenommen.

Der nationalen Identität als Deutsche kommt schließlich eine Schlüsselposition in der Selbstverortung und Selbstausrichtung aller Befragten zu: Für REP und JF-Redakteure gleichermaßen konstituiert sich auf dieser inklusivsten Ebene rechtsextremer Identität das „*einigende Band*“ (Josef, JF, 38), der „*gemeinsame Nenner*“. So führt etwa Hans (JF, 36) aus:

„Der gemeinsame Nenner ist vielleicht schon wieder gleichzeitig das Trennende [amüsiert]. Dass wir irgendwo national in dem Sinne sind, (...) zumindest nehme ich die Meisten davon. Bei den Meisten würde ich das eben unterstellen, dass sie eben das Beste für ihr Land wollen. Was das Beste eben ist, da gehen dann schon wieder die Ansichten auseinander. Aber eben (...) die Überzeugung, dass das für das eigene Land eben gut ist, und diese, diese sozusagen auf das eigene Volk oder, oder Nation... Das, würde ich vielleicht sagen, das ist so irgendwo ein gemeinsamer Nenner. Dass (...) das dann unterschiedliche Ausformungen hat, das ist wieder ein anderer Aspekt.“

Wie aufgezeigt (vgl. Kap. 6) liefert diese politisierte nationale Identität den ideologischen Überbau, der für alle Befragten relevant ist, und definiert Bedeutung und Sinn aller untergeordneten Ebenen rechtsextremer Identität.

Kulturelle Eigenheiten, etwa in Form national gerahmter traditioneller Werte, werden als durch die Zuwanderung von Ausländern bedroht angesehen. Besonders deutlich werden derartige Ab- bzw. Ausgrenzungen gegenüber ausländischer Kultur in den Äußerungen der Befragten zum ‚Islam-Photo‘ (vgl. Kap. 4.1, Kap. 6.1.2). Auch die Sorge des Wohlfahrtsstaates habe, so die aus wahrgenommenen strukturellen Missständen resultierende Forderung

(vgl. Kap. 6.1.1), zunächst ‚den eigenen Leuten‘, den Deutschen zu gelten. Dabei wird die Zugehörigkeit zur Nation, die als Kriterium für die Vergabe bzw. die Vorenthaltung wohlfahrtsstaatlicher Zuwendungen herangezogen wird, über eine bloße Staatsangehörigkeit hinaus von einem ‚Bekenntnis zur Nation‘ abhängig gemacht. Von aus dem Ausland stammenden Deutschen sowie von ausländischen Mitbürgern wird demzufolge erwartet, sich den hiesigen kulturellen Gepflogenheiten nicht nur anzupassen, sondern sie zu bejahen. Zugespitzt formuliert sieht die Kehrseite dieser Position so aus, dass Ausländer hier nichts verloren hätten, solange sie sich weder an einer deutschen ‚Leitkultur‘ orientierten noch dem Wohle der nationalen Gemeinschaft dienlich seien.

Von wesentlicher Bedeutung für die Ideologie der Befragten ist der Umstand, dass es aus ihrer Warte zur Strukturierung ihrer sozialen Umwelt in der Vertikalen einer rechtsextremen Identität (vgl. Abb.7) keiner abstrakteren, inklusiveren Kategorie als der ‚nationalen‘ bedarf. Allerdings implizieren die Forderungen nach einem ‚unbeschwerten Ausleben‘ von ‚Nationalstolz‘ und ‚Nationalempfinden‘ den Rückgriff auf eine übergeordnete Ebene, die eine Art ‚Nationenrecht‘ legitimiert. Solche Vorstellungen gehen jedoch in ihrer Inklusivität über die Ideen eines ‚Völkerbundes‘ im Geiste Woodrow Wilsons (1856-1942, US-Präsident von 1913-1921; vgl. Fenske 1991: 672f., 686ff.) nicht hinaus. Der ‚Völkerbund‘ sollte angesichts des Ersten Weltkriegs zur Gewährleistung des internationalen Friedens sowie zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen beitragen. Nun ist es den Befragten nicht abzuspüren, dass sie auch solche Werte auf ihrer politischen Agenda haben. Nicht zu übersehen ist allerdings, dass sie aus einer vermeintlich inklusiveren Ebene kollektiver Identität einerseits zwar eigene Ansprüche auf Rechtsgleichheit bezüglich nationaler Souveränität sowie der Wahrung nationaler Eigenheiten ableiten, andererseits jedoch ebenso hierauf als gleichsam naturgegeben und legitim wahrgenommene Unterschiede zwischen den Völkern bzw. den souveränen Nationen begründen. Demzufolge wird auch anderen Nationen mitnichten abgesprochen, sich für die eigenen Interessen einzusetzen. Aus deutscher Perspektive sind diese ‚ausländischen Interessen‘ zunächst jedoch irrelevant oder, wie es Armin (REP, 32) in dem bereits zu Beginn von Kap. 6 angeführten Zitat ausdrückt: *„Sie sind mir in dem Augenblick egal.“*

Auch in den Bemerkungen zum ‚Islam-Photo‘ wird deutlich, dass Vergleiche zwischen Deutschen und Ausländern ebenfalls auf abstraktere, inklusivere Ebenen rekurren: Hier werden Unterschiede zwischen Orient und Okzident, also aus einem übergeordneten Verständnis von (menschlicher) Kultur (bzw. Religion) abgeleitet, das sich jedoch offenbar aus der eigenen

nationalen Perspektive definiert. Infolgedessen resultieren hieraus Differenzierungen zwischen den christlichen, jedoch säkularisierten und den islamischen, aus der Warte der Befragten oftmals mutmaßlich ‚fundamentalistischen‘ oder ‚radikal-islamischen‘ Nationen. Auch hierbei geht es den Befragten nicht um Inklusion, sondern vielmehr um die Hervorhebung kultureller Differenzen und Inkompatibilitäten.

Wie in Kap. 6 aufgezeigt wurde, erfährt ‚Nation‘ etwa bei Jakob (REP, 63) und Albert (REP, 24) (vgl. die Überleitung von Kap. 6.1.1 zu Kap. 6.1.2) eine nahezu religiöse, spirituelle Ausprägung: Hier ist *„jedes Volk ein Gottesgedanke“* (Jakob), die *„Hinwendung“* zur Nation wird mit *„Liebe“* gleichgesetzt und zur Nation als *„Raum für Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung“* gebe es ebenso wenig eine Alternative *„wie (...) zum Menschsein“* (Albert; vgl. auch Kap. 2.2.3). Klingt bereits hier eine primordiale, essentialistische Grundlegung von ‚Nation‘ an, so wird diese in weiteren Beispielen deutlich:

Beate (REP, 58; vgl. Kap. 6.1.2) schreibt es rückblickend ihrem *„natürlichen Nationalempfinden“* zu, dass sie in ihrer Jugend Tanzpartner, die sie auf Französisch oder Englisch ansprachen, dazu aufforderte, Deutsch mit ihr zu reden.

Für Franz (REP, 41) wird der politische Kopf der Nation – hier der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl – zum *„Familienvater“*, was sein Unverständnis angesichts der Vernachlässigung deutscher Interessen schürt:

„Ich weiß es auch nicht, warum der Kohl diese Politik verfolgt, (...) anstatt (...) sozusagen als pater familiae, als Familienvater oder so, (...) für das eigene Wohlergehen und das eigene Volk zu sorgen und auch im Ausland die Interessen zu vertreten (...), aus welchen Gründen auch immer, ich kann's nicht nachvollziehen, deutsche Interessen fast völlig aufgegeben hat, ja?“.

Vor dem konservativen, traditionellen Wertehorizont der Befragten impliziert diese Gleichsetzung von Familie und Nation ebenso ein nahezu biologisch, etwa über Verwandtschaft begründetes Verständnis von Nation, als handele es sich bei beiden Gemeinschaftsformen um seit Menschengedenken naturgegebene. Bei distanzierter Betrachtung der Menschheitsgeschichte ist diese Auffassung freilich anzuzweifeln.

Eine ‚biologistische‘ Perspektive bringt Silke (REP, 56) in ihren Ausführungen zu nationalen Konflikten zum Ausdruck, die ihrer Auffassung nach im Wesen des Menschen ihre Ursachen haben:

„Sie [die ‚Linken‘] sagen ja immer, wir sehen die Sache zu biologisch. Das ist richtig, wir sehen sie biologisch. Man muss es naturwissenschaftlich betrachten. Wozu die ganze

Wissenschaft? Der Mensch ist auch nur ein Teil der Natur. Aber das glauben die eben nicht, sie glauben eben, man kann ihn erziehen, man kann ihn ändern. Nur zwischendurch ein bisschen an der Oberfläche, im Grunde genommen bleibt er gleich. Es ist ja auch gut so. Es hat ja immer jedes zwei Seiten. Es ist ja letztendlich von der Natur mit Sinn gemacht. Es kommt nur darauf an, welcher Teil sich eben stärker durchsetzt.”

In Kap. 6.1.2.1 wurde skizziert, dass die Nation (,Deutschland’) selbst von den Befragten programmatisch zum höchsten Gut erhoben wird. Hieraus – sowie aus der damit einhergehenden essentialistischen Grundlegung von Nation – ergeben sich vor allem für die Inhalte und Wertigkeiten der Selbst-Kategorisierung Folgen: Auf inklusivere Ebenen der Selbst-Kategorisierung wird von den Befragten vorrangig zur Begründung von Differenzen Bezug genommen, vorwiegend Unterschiede werden explizit, wenngleich aus sozialpsychologischer Perspektive (Turner et al. 1987) implizite Ähnlichkeitsdimensionen jeglicher Vergleichbarkeit von Gruppen zugrunde liegen. Eher aus einem übergeordneten ,Nebeneinander der Völker’ hergeleitete Soll-Ähnlichkeiten werden nur im Vergleich mit anderen Nationen artikuliert, wenn es um die Legitimierung des eigenen ,Patriotismus’ geht, der den ,Deutschen’ angesichts ihrer jüngeren Geschichte verwehrt bliebe. Interessanterweise wird hierbei allerdings ausschließlich auf einen übergeordneten westlichen Kulturkreis (vs. Orient) der nördlichen Hemisphäre rekurriert (z.B. Frankreich, die USA). Integraler Bestandteil einer rechtsextremen Ideologie bleibt auch dabei der Wert nationaler (*deutscher*) Eigenheiten.

Wenngleich sich also zum Beispiel Franz (REP, 41) der hierarchischen Verschachtelung unterschiedlicher kollektiver Identitäten bewusst ist, werden sozialkonstruktivistische Aspekte der Entstehung von Nationen durch ihre essentialistische Grundlegung beiseite geschoben. Auf diese Weise führt die Überhöhung der Nation in der Topographie rechtsextremer Identität zur Ausblendung weltanschaulich inklusiverer Optionen und – wie aufgezeigt – zur Ausgrenzung von bzw. zur Ignoranz gegenüber Nicht-Deutschen. Veranschaulichend soll hierzu Franz nochmals zu Wort kommen:

„[A]lso Deutschland ist für mich ein gewisser kultureller Kreis, und der muss auch seine Interessen vertreten, wie eine Familie, wie eine Gemeinde und so weiter. Das ist eben die nächst höhere Ebene. Und danach kommt dann vielleicht mal Europa, wo man hier also in Europa in einem gemeinsamen Boot sitzt, und dann wieder irgendwo die gesamte Welt, wenn man vielleicht vom Weltraum irgendwo eine Bedrohung hätte, würde dann die Welt zusam-

menhalten. Aber solange keine Bedrohung vom Weltraum her kommt, wird die Welt nie zusammenhalten., ja?.“

Aus dieser Warte wird eine ‚europäische Identität‘ – wohlgernekt im Rahmen eines ‚Europas der Vaterländer‘ – bestenfalls zur faktischen Notwendigkeit, während die Relevanz ‚menschlicher Identität‘ in den Bereich der Zukunftsfiktion rückt.

Zusammenfassend ist aus sozialpsychologischer Perspektive das ausgrenzende, fremdenfeindliche Moment des Rechtsextremismus – zumindest in Deutschland (vgl. Kap.9) – in der Politisierung nationaler Identität begründet.

Abschließend zu diesem Kapitel stellt sich nun die Frage, warum sich die Befragten in einem solchen Ausmaß mit der Nation identifizieren. Mit anderen Worten: Wie lässt sich erklären, dass aus Sicht der Befragten nationale Identität zum Leitmotiv der Konstruktion ihrer sozialen Wirklichkeit wird und sowohl ihr politisches Programm als auch ihr soziales Handeln dominiert? Dieser Frage wird mit Hilfe des Konzepts der ‚Zugänglichkeit‘ (Turner et al. 1987: 54ff.; vgl. Kap. 2.2.4) sozialer Kategorien nachgegangen.

7.1 Zur Zugänglichkeit nationaler Rahmungen

Wie in Kap. 2.2.4. ausgeführt, definiert sich die Wirksamkeit (Salienz) einer sozialen Kategorie als Wechselwirkung zwischen ihrer relativen Zugänglichkeit („accessibility“) und ihrer Passung („fit“). Während die Passung – als Grad der Übereinstimmung von wahrgenommener Situation mit den eine Kategorie definierenden Kriterien – eher als Situationsvariable verstanden werden kann, ist die Zugänglichkeit – also die Bereitschaft, eine Kategorie zur Interpretation realer Situationen heranzuziehen – eher als Personenvariable zu begreifen (Oakes/Haslam/Turner 1994; Simon/Klandermans 2001).

Die Internalisierung und die Änderungen von Selbst-Interpretationen (vor allem also der normativen Inhalte der kollektiven Selbst-Kategorisierung) folgen laut Turner et al. (1987) den selben Bedingungen, wie sie aus Meinungs- und Einstellungsforschung bekannt sind: So resultieren Prinzipien aus überzeugender Kommunikation mit glaubwürdigen, angesehenen und/oder attraktiven Anderen. Schließlich sind dies Personen, mit denen jemand sich identifizieren kann (vgl. auch Kap. 2.2.5). Aus dieser Perspektive sind auch die Hinweise zur politischen Sozialisation der Befragten (Kap. 5.2.2) zu bewerten: Vertraute Bezugspersonen – ob in

der Familie, im Freundeskreis, in der Schule etc. – trugen, nach eigenem Bekunden einiger Befragter, zu konservativen, traditionsorientierten und nationalen Einstellungen bei. Obschon hiermit notwendige Bausteine einer nationalen Identität und – im Sinne der bisherigen Ausführungen – einer rechtsextremen Ideologie bereitgestellt scheinen, wäre es unlauter, diese bereits als hinreichend zu beschreiben.

Die biographischen Daten geben allerdings näheren Aufschluss darüber, welche Faktoren die hohe Zugänglichkeit nationaler Identität fördern. So kommt zum Beispiel historischen Ereignissen als kritischen Ereignisse in den jeweiligen Lebensgeschichten eine besondere Bedeutung zu. Zu unterscheiden wären hier

- der Zweite Weltkrieg (Nationalsozialismus),
- Vertriebenenschicksale,
- der Wiederaufbau Deutschlands sowie
- die deutsche Teilung und das ‚DDR-Unrecht‘.

Zweiter Weltkrieg (Nationalsozialismus): Wenngleich nur Heinrich (REP, 78) innerhalb der Stichprobe aktiver Kriegsteilnehmer (im Sanitätsdienst) sowie HJ-Mitglied war, haben weitere zehn Befragte familiengeschichtlich vermittelte Erfahrungen oder/und Kindheitserfahrungen mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg. Entscheidend ist in der retrospektiven Bewertung von Weltkrieg wie auch Nationalsozialismus, dass sich die Befragten bzw. ihre Angehörigen eher als unschuldige Opfer der damaligen Ereignisse sehen. Die Gräueltaten des Nationalsozialismus werden nicht mit dem Kriegseinsatz von Vätern oder Großvätern in Verbindung gebracht, von denen einige – aus der Perspektive der betroffenen Befragten offenbar in Erfüllung ihrer Pflicht am Vaterland, nicht aber im Dienste der Nazis – ihr Leben ließen. Entsprechend groß ist beispielsweise auch die Empörung gegen die ‚Wehrmachtsausstellung‘ oder gegen die Kampagne ‚Soldaten sind Mörder‘. Keinesfalls, so die oftmals geteilte Auffassung, dürfe deutsche Geschichte auf diesen Zeitraum beschränkt werden (hierzu sowie zur nachträglichen Korrektur bzw. Ausblendung deutscher Geschichte in diesem Zeitraum s. Kap. 6.1.2).

Vertriebenenschicksale: Unmittelbar betroffen von der Vertreibung aus seiner ehemaligen Heimat ist alleine Florian (REP, 59). Hierauf begründet er auch seine generelle Affinität zu den Positionen rechtsextremer Parteien und letztlich sein Engagement bei den REP. Sechs weitere Befragte, inklusive Florians Ehefrau Ute (REP, 63), thematisieren jedoch ebenfalls Vertriebenenschicksale im engeren Familienkreis (vorwiegend der Eltern, aber ebenso der

Großeltern). So ist Fritz (REP, 32) bereits vor seinem Kontakt zu den REP in der nationalistisch ausgerichteten Landsmannschaft der Sudetendeutschen, dem Witiko-Bund, engagiert.

Wiederaufbau Deutschlands: Auch hinsichtlich des Wiederaufbaus von Deutschland rekurrieren explizit Eduard (REP, 50) sowie Claudia (REP, 51) auf die Generation der Großeltern bzw. Eltern, sind zudem selbst in dieser Zeit groß geworden. Angesichts der Bürden dieser Zeit wäre es aus ihrer Warte inakzeptabel, sich durch die Zuwanderung daran nicht beteiligter Ausländer der Früchte dieser Mühen beraubt zu sehen. Ebenso wenig stünde es – so Eduard – türkischen Gemeinden heutzutage zu, sich mit den Lorbeeren dieser Aufbauphase zu schmücken. In einigen anderen Interviews wird auch das ‚Wirtschaftswunder‘ als Maßstab für den gegenwärtigen Niedergang Deutschlands herangezogen.

Deutsche Teilung und ‚DDR-Unrecht‘: Die deutsche Teilung und das SED-Unrechtregime spielen im Großteil (19) der Interviews eine Rolle, wenngleich in unterschiedlicher Deutlichkeit. Das Erleben reicht auch hier von der unmittelbaren Betroffenheit durch die Trennung von näheren und entfernteren Verwandten oder Freunden – etwa bei Klaus (REP, 48), Jakob (REP, 63) und Eduard (REP, 50) – bis hin zu Erfahrungen mit Bekannten, die ‚drüben‘ unter dem Unrecht eines totalitären Staates zu leiden hatten. So wurde sich Angela (REP, 35) beispielsweise der Missstände im anderen deutschen Staat bewusst, als ihre Tochter die Familie der Brieffreundin besuchte und Angela sie begleitete. Silkes (REP, 56) und Beates (REP, 58) Ehemänner, beide ebenfalls aktive REP, sind DDR-Flüchtlinge. Hans (JF, 36) machte zeitweise als Zollbeamter an der deutsch-deutschen Grenze unmittelbare Erfahrungen, unterstützte eine Initiative zur Freilassung eines Fluchthelfers und berichtet, dass die deutsche Einheit bis zur ‚Wiedervereinigung‘ ein Kernanliegen seines Engagements war.

Für alle hier aufgelisteten Ereignisse aus der jüngeren deutschen Geschichte gilt, dass sie nicht ausdrücklich abgefragt wurden. Entsprechend sind unausgesprochene Bezugnahmen – zum Beispiel bei den im einstmaligen geteilten Berlin als ‚Insulaner‘ lebenden Befragten solche auf die Teilung – möglich. Allerdings soll nicht unterschlagen werden, dass in fünf von 24 Interviews keine der aufgeführten historischen Markierungen ausdrücklich Erwähnung findet.

Unübersehbar ist jedenfalls ein Zusammenhang zwischen Facetten einer rechtsextremen Ideologie und der Bezugnahme auf die jüngere deutsche Geschichte: So machte die ‚nationale Frage‘ bis zur deutschen Einheit ein Kernthema rechtsextremer Agitation aus. Aus dieser

deutschen Misere leitet sich bei einigen Befragten ein offenkundiger Anti-Kommunismus/Anti-Sozialismus ab. Und schließlich ist die deutsche Geschichte mit denen in ihrem Zuge erlangten Errungenschaften (Traditionen, Kulturgütern etc.) elementarer Bestandteil einer politisierten nationalen Identität (s. Kap. 6.1.2).

Den Zusammenhang zwischen Geschichtsverbundenheit und nationaler Identität (vgl. Kap. 5.1) verdeutlicht Gero (JF, 29) angesichts des ‚Friedhofs-Photos‘ (vgl. Kap. 4.1) zum Beispiel folgendermaßen:

„Ein Land wird eben nicht nur von seiner papierenen Verfassung zusammengehalten, sondern das, was sich dahinter eben geschichtlich verbirgt, wie hinter dem Bild, ja? [nimmt sich das Friedhofsbild nochmals zur Hand] Wer fühlt sich davon angesprochen, wenn er über diesen Friedhof geht? Jemand, dessen Familie in diesem Land gelebt hat, und - äh - dessen Familie als Oper, Täter, wie auch immer unter dieser Geschichte gelitten hat“.

Nun drängt sich allerdings die kritische Frage auf, warum denn nicht jede(r) Deutsche, die/der auf Kriegsoffer, Vertriebenenschicksale, die Mühen im Zuge des Wiederaufbaus oder Opfer des DDR-Regimes in den Reihen des eigenen Familien- oder Freundeskreises zurückblicken kann, rechtsextremen Weltanschauungen anhängt. Das Datenmaterial liefert demnach keineswegs generalisierbare kausale Zusammenhänge zwischen dem subjektiven Erleben von deutscher Geschichte einerseits und durch eine politisierte nationale Identität angeleitete Selbstverortung andererseits. Die oben genannten historischen Ereignisse sind infolgedessen illustrativ zu verstehen: Vor allem in Form von lebensweltlichen bzw. als ‚Familienerbe‘ tradierten Erfahrungen tragen sie dazu bei, die nationale Rahmung zu aktivieren und ein ‚nationales Potential‘ herzustellen, welches sich unter gewissen Bedingungen in einem nationalistischen Wertesystem bzw. in einer politisierten nationalen Identität manifestieren *kann*.

Einige solcher Bedingungen finden sich – neben entsprechender Erziehung bzw. Sozialisation durch Familie, Freunde, Lehrer etc. – in Netzwerken, in denen ein auf die Nation ausgerichtetes, traditionell-konservatives bis reaktionäres Gedankengut fortbesteht (vgl. hierzu auch das Konzept der „abeyance structures“; Taylor 1989). Neben den bereits erwähnten **Vertriebenenverbänden** (bzw. ‚Landsmannschaften‘, s.o.) finden sich solche Verstärker nationalistischer Tendenzen zum Beispiel in **Burschenschaften**, die überkommenen Vorstellungen von „Nationalismus und Liberalismus“ (Michael, REP, 41) treu geblieben sind. Neben Michael ist beispielsweise Fritz (REP, 32) Mitglied in der selben Burschenschaft wie der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer. Franz (REP, 41) berichtet nicht ohne Stolz davon, wie er einst auf die

frischen Spuren einer Mensur angesprochen wurde. Und wenn Josef (JF, 38) der selben Korporation angehört, in der bereits sein Großvater und sein Vater Mitglied waren, verweist dies auf ein weiteres Umfeld, in dem eine politisierte nationale Identität Verstärkung und Ausprägung erfahren kann: **Kultur- oder Diskussionszirkel**, zu deren Etikette die mit dem **Preubentum** einhergehenden Tugenden –zum Beispiel Treue, Redlichkeit, Disziplin, Fleiß, Ordnung (vgl. Kap. 6.1.2.1) – gehören, spielen bei Josef, Franz (REP, 41), dessen Vater sich als „preußischer Offizier“ versteht, sowie bei Heinrich (REP, 78) eine zentrale Rolle.

Wohlgermerkt werden an dieser Stelle nicht alle Organisationen von Heimatvertrieben, jede studentische Verbindung oder jegliche Gruppe, die – zum Beispiel nostalgisch – dem altherwürdigen Preußen anhängt, mit rechtsextremen Ideen und Zielen gleichgesetzt. Die vorliegenden Daten geben allerdings Hinweise darauf, dass die Weltanschauungen von einigen Befragten in entsprechenden Zusammenhängen verwurzelt sind.

Tab. 7.1 Ursprünge und Verstärker der Zugänglichkeit nationaler Rahmungen

Grunderfahrungen, die zur Generierung eines ‚nationalen Potentials‘ beitragen	Verstärker, die zur Festigung einer ‚nationalen Identität‘ beitragen
Zweiter Weltkrieg (Nationalsozialismus)	Vertriebenenverbände
Vertriebenenschicksale	Burschenschaften
Wiederaufbau (,Wirtschaftswunder‘)	dem Preubentum anhängende Kulturzirkel
Deutsche Teilung (,DDR-Unrecht‘)	

Zum Abschluss der Datenanalyse soll vor dem Hintergrund der kollektiven Identität der Befragten der Frage nachgegangen werden, warum sie sich trotz offensichtlicher Kosten dazu entschlossen haben, vor allem die Barriere gesellschaftlicher Ächtung (vgl. Kap. 6.1.3) zu überwinden und sich als REP bzw. JF-Redakteure zu betätigen. Eine besondere Bedeutung wird hierbei Identitätsgewinnen zugeschrieben.

8 Ergebnisse 4: Die Inkaufnahme von Kosten und Risiken des Engagements

Sich öffentlich zu den REP zu bekennen ist oftmals mit erheblichen Risiken verbunden. Ähnlich verhält es sich mit einer Tätigkeit für die JF. Die Folgen gesellschaftlicher Ächtung (Kap. 6.1.3) von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit haben nur einige Befragte unmittelbar zu spüren bekommen, die meisten Befragten haben sie jedoch zumindest mittelbar wahrgenommen. Es drängt sich also die Frage auf, warum die Befragten dennoch als REP oder JF-Redakteure aktiv wurden bzw. – zum Zeitpunkt der Interviews – immer noch aktiv sind.

Um die von den Befragten erwähnten Vor- und Nachteile ihres politischen Engagements zu systematisieren, sei zunächst auf ein der Bewegungsforschung entliehenes Konzept zur Motivation der Teilnahme an sozialen Bewegungen⁶⁹ verwiesen. Bert Klandermans (1984, 1997; vgl. Simon et al. 1998, Stürmer/Simon 2000) konzipiert Teilnahmemotivation in einer Kombination von ‚Erwartungs-Wert-Theorie‘ (Feather/Norman 1982) mit der ‚Collective Action Theorie‘ (Olson 1968): Demzufolge wird die Motivation zur (aktiven) politischen Partizipation als eine Funktion zu erwartender Kosten und Nutzen der Teilnahme verstanden. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Unterscheidung zwischen *kollektiven* und *selektiven Anreizen*: *Kollektive Anreize* beziehen sich auf das Ziel, für das sich ein kollektiver Akteur einsetzt. Arbeitnehmer beteiligen sich zum Beispiel in der Erwartung an einem Streik, um damit Lohnerhöhung oder verbesserte Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Vor allem für die Befragten REP wäre das kollektive Anliegen zunächst die Wahrung vorrangig deutscher Interessen, im Einzelnen also etwa die strikte Regulierung (wenn nicht gar Beendigung) der Zuwanderung, Rückführungsquoten von Ausländern, die Ausweisung ‚krimineller Ausländer‘ etc. (vgl. hierzu ausführlicher Kap. 6.1). Der Zusammenhang zwischen Anliegen und Forderungen – sowie das raus resultierende ‚kollektive Gut‘ (s.u.) – mag der/dem distanzierten Leser(in) nicht unmittelbar einsichtig sein: Der Logik der Befragten folgend ginge damit jedoch eine Zunahme von Arbeitsplätzen, mehr soziale Absicherung etc. *für Deutsche* einher.

Von der Erreichung eines kollektiven Anliegens profitieren letztlich alle, die damit sympathisieren. Dieser Umstand ist insofern von Bedeutung, als dass ein entsprechender kollektiver Anreiz zur Teilnahmemotivation nicht ausreicht: Schließlich kommt dieses *kollektive Gut*

⁶⁹ Was die Unterscheidung zwischen Parteien (REP) bzw. Zeitungen mit einschlägig politischer Ausrichtung (JF) von sozialen Bewegungen sowie die Relevanz der Bewegungsforschung auch für politische Partizipation im institutionalisierten Rahmen betrifft, so sei auf Kap. 2.3.1 bis 2.3.1.2 verwiesen.

auch Trittbrettfahrern („free riders“; vgl. Klandermans 1997: 28) zugute, die an dessen aktiver Herbeiführung gar nicht beteiligt waren. Es bedarf also zusätzlicher *selektiver* Anreize, um Sympathisanten zum aktiven Engagement zu bewegen. Infolgedessen unterscheidet Klandermans (1984, 1997) drei Typen von Anreizen:

Neben den kollektiven Anreizen beziehen sich (selektive) *soziale Anreize* auf die erwarteten Reaktionen *signifikanter Anderer*, „z.B. die Anerkennung von oder Ablehnung durch Freunde und Familie“ (Stürmer/Simon 2000: 42). (Selektive) *nicht-soziale Anreize*, auf die sich das „reward motive“ (vgl. Simon et al. 1998) gründet, bestehen etwa in finanziellen Gewinnen bzw. Verlusten, Zeitaufwand, Gesundheitsrisiken oder einer interessanten, abwechslungsreichen Tätigkeit etc.

Alle drei Typen erwarteter Kosten und Nutzen, so die Annahme von Klandermans (1984, 1997), hemmen bzw. fördern die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme.

Die folgende Zusammenfassung orientiert sich zunächst an diesem Modell, um sich dann eingehender mit *Identitätsgewinnen* – im Sinne der im Konzept, politisierter kollektiver Identität' (Simon/Klandermans 2001) beschriebenen Identitäts-Funktionen (vgl. Kap. 2.3.1.1) – zu befassen. Vor diesem Hintergrund werden (sozusagen aus ‚dramaturgischen Gründen‘) Kosten und Nutzen zunächst mit Blick auf die selektiven, also nicht-soziale und soziale Anreize und schließlich auf kollektive Anreize sortiert.

Zunächst sollen Kosten und Risiken dieses Engagements aus der Perspektive der Befragten eingehender beleuchtet werden.

Klarzustellen ist, dass den folgenden Ausführungen vorrangig aktuelle Kosten-Nutzen-Bilanzen der Befragten zugrundegelegt werden (zum Interviewleitfaden vgl. Kap. 4.1, Abb. 4.1): Im Mittelpunkt des Interesses stand hier die Frage, warum sich die Befragten fortgesetzt in ihrer jeweiligen Eigengruppe (REP, JF) engagieren. Dennoch lassen sich aus den Interviews auch Rückschlüsse darauf ziehen, warum sie sich vormals hierzu entschlossen hatten.

8.1 Kosten und Risiken

Was *nicht-soziale Kosten* angeht, so darf nicht übersehen werden, dass es sich beim Großteil der befragten REP um nebenberuflich tätige Parteimitglieder handelt. Infolgedessen gibt es zwar Aufwandsentschädigungen in bescheidenem Umfang, aber finanziell keine Verdienste. Wie Beate (REP, 58) beschreibt, investieren einige befragte REP sogar eigenes Geld in das Engagement (vgl. Kap. 8.3.1: Distinktheit):

„Es gibt glaube ich bei keiner Partei so viele Idealisten, wie bei den Republikanern. Ich habe neulich gerade in einer Rede gesagt: Also ich habe meinen Beruf, in dem ich mein Geld verdiene, und ich habe meine Parteiämter, für die ich das Geld dann wieder ausbebe; weil bei uns alles aus eigener Tasche finanziert wird und die Partei uns eigentlich in ganz, ganz seltenen Fällen mal irgendwelche Kosten erstattet. Meistens verzichten wir darauf und bringen das als Spende ein. Und das suchen sie mal in anderen Parteien.“

Anders verhält es sich bei Michael (REP, 41) und Fritz (REP, 32), die zum Zeitpunkt des Interviews als Angestellte des Stuttgarter Landtages für die REP-Fraktion arbeiten. Und auch die vier JF-Redakteure bestreiten mit ihrer Tätigkeit ihren Lebensunterhalt (s.u. Nutzen). Von dieser Seite werden auch keine Klagen über den Zeitaufwand laut. Allerdings wird bei zwei Befragten der JF auch die im Vergleich zur übrigen Branche recht magere Bezahlung bzw. der Geldmangel der Zeitung angesprochen.

Nach Kosten ihres Engagements befragt, spielt der Zeitaufwand eine zentrale Rolle bei den Befragten, wird aber von den ihnen in unterschiedlichem Ausmaß beklagt. Diesbezüglich führt Klaus (REP, 48) zum Parteialltag aus:

"Wir müssen ja extra erst mal sehen, dass wir uns irgendwie treffen, und zwar eben auch außerhalb der eigentlichen offiziellen Sitzungen. Und, ja, da läuft natürlich dann sehr vieles telefonisch und muss dann irgendwann koordiniert werden. Da ist natürlich Zeitverzug da. Also wenn andere Parteien innerhalb von vierundzwanzig Stunden reagieren können, dann sind wir schon stolz, wenn wir das innerhalb einer Woche geschafft haben. (...) Aber gut, wir sind halt Amateure."

Was zusätzlichen Arbeitsaufwand – und deswegen ‚vergeudete Zeit‘ – mit sich brächte, sei der *„Dilettantismus“* in den eigenen Reihen. Daraus schließt er, dass sich eine so kleine Partei keine Mitläufer leisten könne. Diese Schlussfolgerung bezüglich Trittbrettfahrern (*„free riders“*; s.o.) lässt vermeintliche Ursachen kollektiver Kosten in der eignen Partei ahnen: Wer möchte sich schon einer Partei von Dilettanten und Amateuren anschließen, wenn diese absehbar die Aussicht auf das Erreichen des gemeinsamen Zieles mindern? Sehr viel naheliegender ist in diesem Zusammenhang (vgl. u. kollektive Kosten) allerdings die Deutung, dass Dilettanten, *„Seiteneinsteiger“* und *„Glücksritter“* (Florian, REP, 59), die Ärger machten und schwer wieder loszuwerden seien, zu ‚zeitraubenden und lästigen‘ Auseinandersetzungen beitragen. Mangelnde Professionalität thematisiert – neben Klaus und Florian – auch Silke (REP, 56).

Grundsätzlich nimmt der Zeitaufwand einerseits mit höherer Position in der Partei, andererseits ‚saisonal‘ in Abhängigkeit von anstehenden Wahlkämpfen zu. Während Jakob (REP, 63) etwa berichtet, er investiere in Wahlkampfzeiten etwa 75% seiner Zeit in die Parteiarbeit, was er sich auch nur aufgrund einer Flaute im Berufsleben leisten kann, so räumt Richard (REP, 49) mit seinem eingeschränkteren Wirkungskreis beispielsweise in Bezug auf die Phasen zwischen den Wahlen ein:

„Aber (...) warum soll ich jetzt da zwischen den Zeiten viel aktiv werden? Das machen die alle nicht. So bierernst nehmen wird die Sache nicht.“

Schließlich betreiben seine Ehefrau und er den gemeinsamen Kiosk sieben Tage die Woche.

Von Beeinträchtigungen seiner Gesundheit weiß Klaus (REP, 48) rückblickend und Albert (REP, 28) aktuell zu berichten: Im Wahlkampfstress wird Albert krank. Einen Autounfall mit leichtem Blechschaden – wenige Wochen vor dem Interview – führt er auf seine daraus resultierende Unkonzentriertheit zurück. Unter dem Aspekt ‚Gesundheit‘ lassen sich auch einige Auswirkungen gesellschaftlicher Ächtung (Kap. 6.1.3) subsumieren: Illustrierend sei daran erinnert, dass Jakob (REP, 63) und Familie nur knapp einem Brandanschlag – wie Jakob vermutet durch die militante Antifa – entgangen waren. Horst (JF, 34) wurde bei einem Attentat ernsthaft verletzt. Klaus (REP, 48) wurde beim Plakatieren niedergeschlagen.

Darüber hinaus sind auch – teilweise erhebliche – Sachschäden zu verzeichnen: Die Druckerei der JF wurde etwa zum Ziel eines Brandanschlages und Jakobs (REP, 63) Auto fiel den Flammen zum Opfer. Zu ergänzen sind Antifa-Parolen an Häuserwänden und ein Anschlag mit Buttersäure auf Richards (REP, 49) Kiosk.

Als nicht-soziale Kosten im Rahmen gesellschaftlicher Ächtung sind ferner telefonische Drohanrufe sowie Beschimpfungen durch Passanten an Info-Ständen oder anderenorts einzuordnen. Während August (REP, 40; s. Kap. 6.1.3) eine solche Begebenheit zum Anlass nimmt, sich Tag, Uhrzeit und Zeugen zu notieren, verdeutlicht Eduard (REP, 50), wie wenig relevant solche Anderen (in Abgrenzung zu sozialen selektiven Kosten durch ‚signifikante Andere‘; s.u.) für ihn sind:

„Ich meine, abgesehen von so albernem Bemerkungen, wenn man am Stand steht, wenn man so hört, ‚euch müsste man in die Gaskammern schicken‘ (...). Aber die nehme ich also gar nicht so ernst. Dann, wenn es wirklich dazu kommt, dass jemand anfängt wirklich aggressiv

auf einen zuzugehen, dann ist es mir bisher immer gelungen, mit verbalen Methoden diesen Streit zu beseitigen.“

Anhand des qualitativen Datenmaterials ist es meistens schwierig zu bestimmen, ob Kosten im Zusammenhang mit Anderen nicht-sozialer oder sozialer Art sind. Wenn etwa aus dem Engagement Folgen für das Berufsleben resultieren (vgl. Kap. 6.1.3), so ist ein „*inquisitorisches Tribunal*“, dem sich Horst (JF, 34) einst gegenübergestellt sah, aus seiner retrospektiven Warte vermutlich eher mit ‚nicht-signifikanten Anderen‘ Kollegen/Vorgesetzten besetzt. Gleiches wäre aus dem eher lapidarem Erzählstil von Jakob (REP, 63) zu schließen, mit dem er davon berichtet, wie er Vertretern der Kirche Rede und Antwort in Bezug auf seine Parteizugehörigkeit stehen muss. Demgegenüber ist Alberts (REP, 28) Bericht zu der Reaktion seines ÖTV-Vorgesetzten auf Alberts öffentliche Wahlkampfpräsenz ein Fingerzeig auf eine engere Beziehung zwischen beiden, wenn er ihn wie folgt zitiert: „*Wenn ich nicht wüsste, dass du es bist, dich würde ich nicht mehr mit dem Arsch anschauen.*“

Hier offenbart sich demnach ein methodisches Problem der Unterscheidung zwischen sozialen und nicht-sozialen Kosten: Die Signifikanz Anderer für die Befragten ist oftmals nicht einzuschätzen.

Was die Auswirkungen gesellschaftlicher Ächtung angeht, so ist vorwegzunehmen, dass sie in jeglicher Gestalt von Kosten – also als nicht-soziale, soziale und kollektive Kosten – zutage treten.

Dass aus der Warte der Befragten nicht-soziale Kosten im Zusammenhang mit **sozialen Kosten** stehen können, wird gerade mit Blick auf den Kostenfaktor Zeit deutlich: Besonders im Falle höher positionierter REP wirkt dieser sich aufgrund administrativer und repräsentativer Aufgaben negativ auf das Privatleben aus. Bei Ehepartnern und Familie ist auch angesichts qualitativer Datenbasis plausibel, dass es sich um ‚signifikante Andere‘ handelt.

So deutet Franz (REP, 41) etwa Belastungen seiner Ehe durch sein Engagement an: Seine Frau war vormals auch an den REP interessiert, rückte mittlerweile jedoch von der Partei ab und widmet sich anderen Interessen. Auch Klaus (REP, 48) weiß von den Kosten seines Engagements für Ehe und Familie zu berichten. Das anfängliche Engagement seiner Gattin für die REP hielt er zunächst durch ihre Überzeugung motiviert: „*Aber das war, wie sich*

doch jetzt herausgestellt hat, eigentlich nur Solidarität mit mir." Auch wenn sie immer noch REP-Mitglied ist, möchte sie jetzt keine Aufgaben mehr übernehmen:

"Na ja, sie hat sich immer sehr tapfer gezeigt. So in letzter Zeit haben wir uns dann doch so einige Male sehr ernsthaft da über dieses Thema unterhalten müssen. Ich glaube, dass ich sie ein bisschen überfordert habe. Weil das ist jetzt sehr akut. Wir wollen also wirklich gucken, dass wir da dran arbeiten."

Angelas (REP, 35) Feststellung verweist darauf, welche Prioritäten sie in diesem Kontext setzt: Für sie würde es einen Austrittsgrund darstellen, sähe sie das Familienleben durch ihre Parteiarbeit beeinträchtigt.

Wenn Silke (REP, 56) zum Beispiel bedauert, dass das Engagement beider Ehepartner für die REP kaum Zeit an den Wochenenden füreinander lässt, ist allerdings fraglich, ob ein wechselseitiges Bedauern nicht zum Ritual einer Aktivisten-Ehe gehört. Diese Einschätzung wird dadurch bekräftigt, dass Silke grundsätzlich eher keine aus ihren Parteiaktivitäten resultierenden Nachteile veranschlagt und diese Aussage erst auf eine explizite Nachfrage zum Kostenfaktor Zeit erfolgte.

Hinsichtlich sozialer Kosten spielen die Auswirkungen gesellschaftlicher Ächtung ebenso eine Rolle wie im Bereich nicht-sozialer Kosten: Aus der Warte einiger Befragter unterzogen sich Freundschaften mit Offenlegung des eigenen Engagements einer Nagelprobe (vgl. Kap. 7). Ebenso wurde das Engagement einiger Befragter im Familienkreis zumindest anfangs missbilligt (vgl. Kap. 5.2.2). Allerdings wurde in diesem Zusammenhang bereits nachgezeichnet, wie sich der Großteil der Befragten inzwischen mit dem unmittelbaren sozialen Umfeld, also in Freundeskreis und Familie, arrangiert hat.

Ursachen für **kollektive Kosten**, also eine verringerte Aussicht auf das Erreichen des gemeinsamen Ziels, können – wie oben unter nicht-sozialen Kosten angedeutet – durchaus auch in den eigenen Reihen auszumachen sein. So mokiert sich Florian (REP, 59) sowohl über die „*Unfähigkeit*“ der Kollegen in Nordrhein-Westfalen als auch über die „*Negativschlagzeilen*“, die dieser Landesverband der Partei beschere.

Letztgenannter Aspekt deutet wiederum auf die aus der Warte der Befragten eigentlichen Verursacher kollektiver Kosten: Die vermeintlich verzerrte Darstellung der REP in den Medien sowie der Medienboykott schaden der Umsetzung des gemeinsamen Anliegens. Auch

andere Akteure gesellschaftlicher Ächtung (vgl. Kap. 6.1.3) schmälern die Erfolgsaussichten: Andere Parteien verweigern sich weitestgehend der Kommunikation und Kooperation, weitere gesellschaftliche Institutionen (z.B. Kirchen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) blockieren durch Kampagnen gegen die REP eine Einbeziehung der Öffentlichkeit (vgl. Kap. 6.3). Entsprechend lassen sich – auch eingedenk der abflauenden Wahlergebnisse zum Zeitpunkt der Interviews – bei einigen wenigen befragten REP erste Ermüdungserscheinungen hinsichtlich ihres Engagements sowie Anzeichen von Frustration vermerken.

Zu den Kosten des Engagements lässt sich zusammenfassend folgendes feststellen: Wie bereits aufgezeigt wurde (Kap. 6.1.3), sind sich alle Befragten der Auswirkungen gesellschaftlicher Ächtung (als nicht-soziale, soziale und kollektive Kosten) bewusst. Relativierend muss allerdings festgehalten werden, dass sich ihr nicht alle, sondern nur 13 Befragte im Laufe ihrer Lebensgeschichte persönlich ausgesetzt sehen. Die übrigen Befragten wissen darüber aus Berichten von Kollegen und Bekannten. Drei sehen ausdrücklich keine persönlichen Nachteile, die aus ihrem Engagement resultieren; so zum Beispiel auch Angela (REP, 35), obwohl sie um die beruflichen Folgen für ihren Mann weiß und selbst Ziel von Drohanrufen wurde.

Zudem erscheinen die Risiken kalkulierbar, persönliche Folgen gesellschaftlicher Ächtung weitgehend bewältigt. Dennoch lässt sich mit zwei Zitaten zusammenfassen, welche Hürde vor ein Engagement in einer rechtsextremen Partei gestellt ist.

So beschließt Jakob (REP, 63) seinen Kommentar zu aus seiner Warte vermeintlichen Freunden, die von ihm abrückten:

„Welcher Mensch, der Entscheidungen trifft, muss nicht auch ein schlechtes Gewissen haben? Das könnte ja falsch sein. Also ohne Risikobereitschaft braucht keiner in die Politik gehen. Dann kann er auch nicht leben. Weil das ist doch existentiell, wenn sie heiraten oder wenn sonst was ist. (...) Das sind schicksalhafte Dinge und schwerwiegende Dinge, und trotzdem ist niemand sicher, ob er sie richtig entscheidet. Also ein gewisser Minimalzweifel darf überall sein. Und wenn jemand nur irgendwo hingehet, wo kein Zweifel ist, geht er in ein Wolkenkuckucksheim.“

Und Armin (REP, 32) konstatiert:

„Die Risiken sind durchaus da. Und ich warne auch alle Mitglieder, die sich neu bei uns einbringen und profilieren wollen, besonders die mit Familie, sich nicht so offensiv zu verhalten. In ihrem eigenen Interesse, weil diese Partei keine Märtyrer braucht. Davon haben wir in der Zwischenzeit genug. Das mache ich schon. Das Risiko ist da, ich halte es aber für kalkulierbar.“

Aufschluss darüber, weshalb sich die Befragten dennoch für die REP bzw. die JF engagieren und dieses Engagement fortsetzen, sollen die folgenden Ausführungen zu Vorteilen und Nutzen ihrer Tätigkeit geben.

8.2 Vorteile und Nutzen

Zunächst sei nochmals daran erinnert, dass der Großteil der Befragten anstelle von **nicht-sozialen Vorteilen** finanziell eher Kosten zu verbuchen hat. Ausnahmen hierzu stellen ausschließlich die vier im Lohn der JF stehenden Redakteure sowie die beiden Landtagsangestellten im Dienste der REP-Fraktion in Stuttgart dar. Aus der jeweiligen Tätigkeit in Partei bzw. Zeitung resultieren allerdings nicht-soziale Zugewinne anderer Art.

Zu nennen wären beispielsweise Kompetenzgewinne. Beate (REP, 58) meint zum Beispiel, einen *„besseren Umgang mit Menschen“* und das Akzeptieren anderer Meinungen gelernt zu haben, was ihr auch beruflich zugute komme. Weniger soziale Kompetenz als vielmehr ein gesteigertes politisches Wissen, Hintergrundinformationen sowie die Schulung rhetorischer Fertigkeiten veranschlagt Bernhard (REP, 22) in einem Atemzug mit *„mehr Selbstvertrauen“* auf Nutzen-Seite seiner Bilanz. Karl (REP, 26) würdigt neben einer gesteigerten Befähigung zur *„freien Rede“* die gewonnenen Erfahrungen bezüglich seines Zeitmanagements und der Arbeit im Team. Auch Michael (REP, 41) stellt fest:

„Dass ich hier im Landtag arbeite, das bedeutet für mich ja auch persönlich einen ständigen Fortschritt, ein ständiges Lernen, mit anderen Leuten zusammen zu kommen. Ich hab' mich hier also schon sehr, sehr stark weiterentwickelt. Das fängt damit an, dass man vor gewissen Dingen ganz einfach die Scheu verlieren muss, dass man andere Menschen kennen lernt, dass man auf einer ganz anderen Ebene agieren muss, dass man Dinge organisiert, die dann auch funktionieren oder klappen – oder auch nicht.“

Erinnert sein in diesem Kontext auch an Albert (REP, 28) – dem Einzelgänger mit seinem ‚wunderbar falschem Deutsch‘: Er kann als Repräsentant der Partei auf einer Wahlveranstaltung nicht nur seine rhetorischen Fertigkeiten erproben, sondern sich schließlich auch im Applaus des Publikums sonnen.

Auf Albert wurde bereits hingewiesen (ausführlicher s. Kap. 4.3), um aufzuzeigen, dass in einigen Fällen die subjektive Bedeutung bestimmter Nutzen nur aus dem biographischen Gesamtkontext der Interviews zu erschließen ist. In Alberts Fall ist ein gewisses ‚Minderwertigkeitsgefühl‘ zu vermuten, das diese Erfahrung zu einer ‚Sternstunde positiver Selbstbestätigung‘ erhebt. Im Zusammenhang mit einem lebensgeschichtlichen Aspekt anderer Art sei auch noch mal an Ute (REP, 63) und Florian (REP, 59) erinnert: Beide sind aufgrund von Behinderung bzw. Krankheit frühzeitig in den Ruhestand gegangen. In beiden Fällen entledigt sie ihr Engagement in der Partei des Gefühls, zum ‚alten Eisen‘ zu gehören, in der Partei finden sie eine neue Aufgabe und Anerkennung (vgl. Kap. 8.3.1: Respekt).

Josef (JF, 38) würdigt den Spielraum, den ihm seine Arbeit dazu lässt *„privat historisch“* zu arbeiten, *„dass ich mir die Bücher durchlesen kann noch nebenher (...), dass ich geistig fit bin“*. Die Arbeit mache ihm zudem Spaß. Solche eher unspezifisch emotionalen Anreize finden auch bei Gero (JF, 29) ihren Niederschlag: *„Vorteile? Das ist wahnsinnig aufregend und spannend.“*

Wenn unter nicht-sozialen Kosten zu verbuchen war, dass aus der relativ geringen Mitgliederzahl⁷⁰ der Partei zusätzlicher Arbeits- und damit Zeitaufwand resultiert, so begründen sich hierauf andererseits auch ungeahnte Aufstiegschancen: Die REP können jeden gebrauchen, der willens ist, sich zu engagieren. So braucht es nur stetes Bemühen, um aus dem überschaubaren Pool potentieller Funktionsträger in der Parteihierarchie aufzusteigen. Wie bereits aufgezeigt (Abb. 4.2) sind 19 der 20 befragten REP in mittlerer bis höherer Funktion tätig. Nur August (REP, 40) ist zum Zeitpunkt des Interviews einfaches Mitglied der Partei. Ihn sehe ich allerdings wenige Monate später auf dem Bundesparteitag der Republikaner 1997 in Dietmannsried (Allgäu) wieder. Das lässt darauf schließen, dass er zumindest als Delegierter seines Kreisverbandes zugegen war.

⁷⁰ Die Mitgliederzahlen der REP beliefen sich 1990 auf 23.000, zum Zeitpunkt des Interviews mit Eduard (REP, 50; s. nachfolgendes Zitat) (1998) auf maximal 16.000 und werden inzwischen mit 11.500 veranschlagt (vgl. Kap. 3.1.4).

Geht die überschaubare Größe der Partei auch mit einer höheren Belastung für die unentgeltlich tätigen Mitglieder einher, hat sie andererseits ebenso positive Auswirkungen auf Gestaltungsspielräume und Möglichkeiten der Einflussnahme innerhalb der Partei. Damit einhergehende, nicht-soziale Vorteile schildert Eduard (REP, 50) wie folgt:

„Wenn eine Partei erst, was weiß ich, eine Größe von 300.000 überschritten hat, dann ist vielleicht das Individuum nicht mehr ganz so interessant als wie bei 25.000 oder 30.000. Der Wert des Individuums sinkt wahrscheinlich in der Menge fürchterlich ab. Also eigentlich bin ich zufrieden. Ich kann meine Gedanken äußern, ich kann Kritik äußern, man fährt mir nicht über den Mund, man bügelt mich nicht ab, wie man das so schön sagt. Habe keine Probleme hier.“

Hier ein konkreteres Beispiel⁷¹ dafür, welchen (nicht-sozialen) Nutzen die Interviewpartner aus dem Gestaltungsspielraum innerhalb ihrer Partei ziehen können:

„Also ich sag' mal, Vorteile finanzieller Art hat man nicht. Im Gegenteil: Man steckt was rein. Und ich sag' mal, ansonsten Vorteile, dass man eben halt mit vielen Menschen zusammenkommt und dass man eben das, was man vielleicht so bewirken möchte und was man so verändern möchte, das kann man einbringen. Also (...) das jetzige Parteiprogramm, da hab' ich mich schon eingebracht. Das sind so die Sachen, wo man sich so verwirklicht innerhalb der Partei. Und Nachteile: Ich hab' eigentlich persönlich keine Nachteile.“

Ein anderer Bericht verdeutlicht die Euphorie, die sich mit Erfolgen innerhalb der Partei einstellen kann. Dabei geht es um die erfolgreiche Ablösung von Franz Schönhuber auf dem Bundesparteitag 1994 in Augsburg:

„Und diese Freude, die man erlebt hat in dem Augenblick, wo also das Ziel erreicht war. Ja, mit vollkommen wildfremden Parteimitgliedern, mit Delegierten, die da im Saal waren, sind wir uns in die Arme gefallen. Dann: ‚Gott sei Dank, dass wir das geschafft haben.‘ Also es hat schon was, Sachen, die sonst im Berufsleben oder so... Vielleicht irgendwo Fußballweltmeisterschaft (...), da mag' so was mal sein. Aber es war eine vergleichbare Stimmung da“.

Dass aus ‚Parteikollegen‘ ‚Freunde‘ werden, wurde bereits skizziert (vgl. Kap.7); eine Entwicklung, die gerade angesichts gesellschaftlicher Ächtung im privaten Umfeld gefördert wird. Die geringe Mitgliederzahl der Partei trägt ebenfalls dazu bei, da die Befragten häufig

⁷¹ Auf die Nennung des Alias wird im Zuge der Anonymisierung hier wie auch im folgenden Zitat verzichtet, da sowohl das ‚Parteiprogramm‘ als auch der ‚Sturz Schönhubers‘ 1994 im Zusammenhang mit den anderen Angaben zur Identifizierung der Befragten beitragen könnten.

miteinander zu tun haben und sich einander kennen. Aus dieser Warte werden oftmals auch Parteifreunde (in Differenzierung von Parteikollegen) zu signifikanten Anderen, durch sie erfahrene Anerkennung oder freundschaftliche bzw. kameradschaftliche Verbindungen zu ihnen zu sozialem Nutzen.

Auch in Beates (REP, 58) Fall ist der *soziale Nutzen*, den sie aus ihrem Engagement für die REP zieht, in seiner Tragweite erst vor dem Hintergrund ihrer Lebensgeschichte zu begreifen (s.o. nicht-sozialer Nutzen; vgl. Kap. 4.3): Ihr Ehemann verstarb etwa 8 Monate vor dem Interview. Der ehemalige REP-Kandidat hatte seinerzeit maßgeblich den Weg für den Parteibitritt des Ehepaars geebnet. Während des Interviews erhärtet sich der Eindruck, dass Beate im Rahmen der Bewältigung dieses Verlusts das politische Testament ihres Ehemanns lebt: Durch den Gebrauch von ‚wir‘ und ‚uns‘ in der Darstellung zurückliegender wie gegenwärtiger Begebenheiten sowie in der Formulierung aktueller Stellungnahmen bezieht sie ihren verstorbenen Ehemann nach wie vor ein. Außerdem sieht sich Beate damit konfrontiert, sich ein eigenes soziales Umfeld aufbauen zu müssen. Dabei spielt die Partei eine große Rolle (vgl. auch Kap. 8.3.1: Zugehörigkeit):

„Na ja, interessante Gespräche mit Leuten, die eben sich ein bisschen Gedanken machen um unsere Zukunft, um unser Land. Und ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl. Ja, das sind eigentlich die Schwerpunkte, würde ich sagen. Und auch dadurch Hilfsmaßnahmen, also es ist wirklich mehr so eine gewisse Kameradschaft untereinander. Denn jetzt beispielsweise am Wochenende werden die mir die Garage hoch heben. Dann habe ich jetzt neulich ein paar Parteifreunde angesprochen, habe gesagt: Also ich brauche Hilfe. Kommt jemand, mir die Garage ausbessern? Da haben sie sich gleich bereit gefunden: Selbstverständlich, und wir kommen her, weil sie ja nun wissen, dass mein Mann nicht mehr da ist, der das machen kann. Und, gut, sicherlich kann man sagen, das findet man sicherlich im Verein oder so auch. In gewisser Weise kann man das schon als einen Verein betrachten. Da wird ja auch die Kameradschaft und der Umgang untereinander sehr gepflegt. Also letztendlich unterscheidet es sich nicht allzu viel. Es ist ein gewisses Miteinander.“

Erwähnte nicht-soziale Anreize – etwa die Hilfe beim Renovieren – scheinen sich mit Blick auf ihre Biographie um Beates soziales Motiv zu zentrieren.

Einen vergleichbaren Nutzen sieht Eduard (REP, 50) im Zusammenhang mit seiner Arbeitslosigkeit:

„Ja, der soziale Faktor spielt dabei einfach eine größere Rolle. Ich meine, wer arbeitslos ist, braucht halt soziale Bindungen. Und die sozialen Bindungen finde ich nun mal halt außerhalb der Familie dann in der Partei.“

Hinweise auf sozialen Nutzen außerhalb der Partei (übrigens ebenso außerhalb der JF) gibt es wenige. Im Zusammenhang mit der ‚Topographie rechtsextremer Identität‘ (Kap. 7) sowie im Kontext der Bedeutung signifikanter Anderer in der Schaffung des Zugangs zur Partei (Kap. 5.3) wurde allerdings darauf verwiesen, dass sowohl im Freundes- als auch im Familienkreis das eigene Engagement der Befragten in einigen Fällen letztlich dazu beitrug, Freunde und/oder Familienmitglieder als Anhänger (Wähler) oder sogar ‚Mitstreiter‘ zu gewinnen. Dies verweist letztlich auf positive Resonanz, möglicherweise Anerkennung im privaten Umfeld. Erinnerung sei außerdem daran, dass alle sechs Befragten REP-Frauen mit Männern verheiratet sind, die ebenfalls in der Partei aktiv sind (Kap. 5.3.1). Besondere Erwähnung soll hier Claudia (REP, 51) finden, deren Tochter ebenfalls REP-Mitglied ist. Nicht zuletzt aufgrund der gesellschaftliche Ächtung wird das private Umfeld außerhalb der Partei ‚bereinigt‘ und verlagert sich dementsprechend zunehmend in das nähere Umfeld der Partei (vgl. 8.3.1 Konformität).

Was den **kollektiven Nutzen** angeht, so sei hier zunächst auf den ‚Sonderfall‘ JF eingegangen: Bei der JF handelt es sich weniger um einen politischen Akteur im eigentlichen Sinne, sondern um ein Medium, das zur Meinungsbildung im rechts-konservativen bis rechtsextremen Spektrum beiträgt. Den ‚kollektiven Nutzen‘ der JF-Redakteure kann jeder Interessent nahezu in ganz Deutschland wöchentlich am Kiosk (wohlgemerkt aufgrund der gesellschaftlichen Ächtung nicht an jedem) und „weltweit“ – so die Selbstpräsentation der JF im Internet – im Abo erwerben.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass gesellschaftliche Ächtung – Gero (JF, 29) spricht von „*political correctness*“ – einen Einfluss auf das kollektive Anliegen der JF hat, nämlich ein Gegengewicht zu den ‚gängigen Medien‘ zu justieren und damit Parteien wie den REP eine mediale Nische zu schaffen (vgl. Kap. 8.3.1 Handlungsorientierung, Distinktheit). Gero legt das folgendermaßen dar:

„Also worum es geht ist, dass es ein Defizit im Medienspektrum gibt, dass es einfach, die Erfahrung habe ich gemacht, bei diesen parteipolitischen Projekten, dass man machen konnte, was man wollte: Veranstaltungen, da wird ‘ne Partei gegründet, es werden im Bundestag Reden gehalten, da wird ausgetreten. (...); dass es dann keine Medien gab, die darüber berichten. Dann dieses blöde Lamento: Ja, wir werden tot geschwiegen und so. Und dann war mir halt klar, also, was ist die Folge daraus?: Man braucht Medien, die eben sich nicht an solche Verbote halten. Also was heißt Verbote? Es gibt halt unausgesprochene Absprachen oder was weiß ich, was man eben unter dem Begriff ‚political correctness‘ vielleicht jetzt auch neuerdings zusammenfassen kann. Dass es einfach Usus ist, bestimmte Phänomene erst mal zu ignorieren. Das heißt also, wenn in dem Fall damals eine rechte Partei gegründet wurde, wie die Republikaner, dass einfach hartnäckig nicht darüber berichtet worden ist. Einfach einmal, weil die Journalisten sehr träge sind. Das habe ich ja auch gemerkt, bis das erste Mal über die JF berichtet wurde, wie lange das dauert, weil es einfach immer den Effekt gibt: Bevor nicht irgend jemand den Anpfiff gegeben hat, fängt keiner an zu schreiben. Also es muss irgend jemand ‘ne Vorlage liefern. Das war damals ‘92 die taz, die als erste überregionale Zeitung so ‘nen ganzseitigen Bericht über uns gebracht hat unter der Überschrift ‚Eine rechte taz?‘. Und prompt nach dem Artikel ging’s dann wie im Dominoprinzip, kam ein Artikel nach dem anderen, weil dann immer so ‘n Artikel in der Vorlagemappe landet“.

Bezüglich des kollektiven Nutzens, der für die REP aus ihrem Engagement resultiert, erscheinen nach den vorangegangenen, ausführlichen Erörterungen weitere Erläuterungen nahezu müßig: Bis hierhin sollte deutlich geworden sein, dass alle befragten REP das Anliegen umtreibt, etwas für Deutschland, für ihre ‚Heimat‘ (in synonyme Verwendung) zu tun (vgl. Kap. 6). Das kollektive Motiv scheint – nach inhaltlicher Interpretation der Interviews – das fortgesetzte Engagement der Befragten am besten zu erklären.

Nun stellt sich mit Blick auf diesen Aspekt des kollektiven Nutzen die Frage, welche Rolle für die befragten REP dabei eine ‚kollektive (rechtsextreme) Identität‘ spielt. Denn schließlich haben die vorangegangenen Ausführungen zu rechtsextremer Identität gezeigt, dass eine politisierte nationale (deutsche) Identität – in ihrer hohen Zugänglichkeit und Internalisierung – die politische Ideologie und das politische Handeln der Befragten anleitet (s. Kap. 7). Zugespielt ist das kollektive Ziel der befragten Gruppen an sich *identitätspolitisch*: Der Erhalt einer aus Sicht der Befragten bedrohten ‚deutschen Identität‘ – also ihres ‚Deutsch-Seins‘ – wird explizit zum elementaren Bestandteil ihrer Programmatik (s. Kap. 6.1.2) und schlägt sich letztlich in ausgrenzenden bis fremdenfeindlichen Forderungen nieder.

Somit ist – zumindest für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand – anzunehmen, dass es einen Zusammenhang zwischen kollektivem Nutzen (Klandermans 1984, 1997) und kollektiven Identifikationen (Simon et al. 1998, Stürmer/Simon 2000) in Bezug auf die Teilnahmemotivation der Befragten gibt. Im Folgenden soll versucht werden, diesen Zusammenhang zu spezifizieren.

8.3 Identitätsgewinne

Das hinter dem Kosten-Nutzen-Modell (Klandermans 1984, 1997) stehende Verständnis von vorrangig rational kalkulierenden potentiellen Teilnehmern ist „nicht ohne Widerspruch geblieben und wiederholt als atomistisch und individualistisch kritisiert worden“: Insbesondere vernachlässigt es den „sozialen bzw. kollektiven Ursprung der Werte (...), auf denen die Kosten-Nutzen-Analysen der potentiellen Teilnehmer beruhen“ (Stürmer/Simon 2000: 42; vgl. Simon 1998). Mit Blick auf die Entwicklung von Teilnahmemotivation sei daher Gruppenprozessen, vor allem Prozessen der kollektiven Identifikation größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Infolgedessen entwickelten Simon und Mitarbeiter (1998; Stürmer/Simon 2000) ein „Zwei-Wege-Modell“ der Teilnahmemotivation, das sowohl Kosten-Nutzen-Kalkulationen als auch kollektive Identifikationen (vgl. Kap. 2.2; Tajfel 1978, 1982a, 1982; Tajfel/Turner 1979, 1986; Turner et al. 1987) berücksichtigt. Tatsächlich wird in Studien (Simon et al. 1998; Stürmer/Simon 2000) zu sozialen Bewegungen bzw. Bewegungsorganisationen belegt, dass sowohl Kosten-Nutzen-Kalkulationen als auch kollektive Identifikationen unabhängig voneinander zur Vorhersage der Teilnahmebereitschaft beitragen.

Die Ergebnisse aus vorliegendem qualitativen Datenmaterial legen nun die Frage nahe, in welchem Zusammenhang Kosten-Nutzen-Kalkulationen mit Identität, genauer genommen mit kollektiver Identität steht. An zwei Zitaten der Befragten sei zunächst verdeutlicht, inwiefern sich diese Frage stellt.

Bei Bernhard (REP, 22) und Karl (REP, 26) lässt sich aufzeigen, wie einige Befragte in bestimmten Lebensphasen mit grundlegenden Sinn-Fragen konfrontiert sind. So schildert Karl ausführlicher, was bei Bernhard eher zwischen den Zeilen zu finden ist (vgl. Kap. 8.3.1: Verstehen, Handlungsorientierung, Distinktheit):

„Also das kann man ja in drei Phasen ein bisschen einteilen. Ich sag‘ mal, die Zeit bis zu dem Zeitpunkt, wo ich mich entschlossen hatte, die Allgemeine Hochschulreife nachzuholen. Ich hatte eine Berufsausbildung gemacht, Mittlere Reife gehabt vorher, und war dort glaube ich schon ziemlich materialistisch eingestellt gewesen. Also Ausbildung gemacht, auch so gut wie es geht, aber trotzdem am Wochenende halt am liebsten soviel Spaß gehabt wie es geht; so richtig Klamotten gekauft und viel Auto gefahren und sonst was, was halt so dazugehört, so in der ersten Euphorie, wenn man mal Geld hat. Dann kam glaube ich eine größere Phase, also wo ich ein bisschen nach einer Orientierung gesucht habe. Als ich dann beschlossen hatte, die Allgemeine Hochschulreife nachzuholen, war ich mir auch nicht ganz sicher, was ich dann studiere. Also da jetzt einen Weg zu finden, hat mich schon relativ nachdenklich gemacht. Und da habe ich relativ viel gegrübelt über den Sinn des Lebens und was weiß ich. Also habe mich zugleich für soziologische, psychologische und theologische, also alles so geisteswissenschaftliche Dinge, für die ich mich da interessiert habe in diesen zwei Jahren“

Interviewer: *„Hat denn das was Sinnstiftendes? (...) Hat politisches Engagement etwas Sinnstiftendes?“*

Karl: *„Für mich hat es irgendwie etwas mit Idealismus zu tun, also irgendwas Ideales im Gegensatz zu einem, der nur sein Geld verdient, das ausgibt, rauf geht, Fernsehen guckt und sich sonst nicht irgendwie bildet; im Gegensatz zu einem, der gerne Verantwortung übernimmt, der sich bildet, der sich engagiert, auch ehrenamtlich, der halt ein bisschen was bewegen will.“*

Wenn Karl rückblickend – und der Interviewer nachfragend – auszuloten versucht, was ihn letztlich zum Beitritt zur Partei bewegte, ist das aus der Perspektive der Kosten-Nutzen-Kalkulation als zu erwartender (selektiver) nicht-sozialer Nutzen zu beschreiben. Dass dieser Nutzen allerdings erst seinen Wert in der Suche Karls nach einem Sinn (bzw. Erklärungen) für sein Dasein, in seinem Bedürfnis nach entsprechend sinnvollem Handeln erhält, bleibt dabei unberücksichtigt. Ebenso zu vernachlässigen ist aus dieser Perspektive, dass Karl entsprechendes Handeln auf von ihm ausgemachte Ideale zu begründen beabsichtigte.

Ähnlich differenziert reflektiert auch Franz (REP, 41) sein fortgesetztes Engagement auf die Frage, was er bei einem Austritt aus der Partei gewinnen oder verlieren würde:

„Also gewinnen würde ich eine Menge Zeit, eine Menge Freizeit. Verlieren – (...) was würde ich verlieren? Ja, ich würde sicherlich (...) ein gewisses Stück Lebenssinn auch verlieren. Ein Lebenssinn ist ja nicht nur, der besteht ja nicht nur darin, Geld zu verdienen und immer mehr zu haben, und sich zu vergnügen und in den Urlaub zu fliegen, sondern ein Lebenssinn

besteht ja auch für mich darin, irgend etwas zu machen, wo man sich persönlich gut fühlt, was nicht immer gleich in Mark und Pfennig sich umsetzt. Und das wäre, also wenn ich jetzt austreten würde, wäre ein ganz erheblicher Teil von Lebenssinn, der mir verloren ginge. Also ich müsste mich völlig neu orientieren, ich müsste mir irgendwas anderes suchen, wo ich meinen Sinn wieder finden könnte.“

Diese Aussage von Franz, der hier auch über den (selektiven) nicht-sozialen Nutzen seines Engagements sinniert, impliziert – im Vergleich zu Karl (s.o.) – einen weiteren Aspekt, der seiner Kosten-Nutzen-Kalkulation Wertigkeit verleiht: Offensichtlich würde ein Parteiaustritt zu Orientierungslosigkeit führen. Übersetzt in die Metaphorik der Identitätsforschung (vgl. Simon 1999), ginge er seines ‚Platzes in der Welt‘ verlustig (vgl. Kap. 8.3.1: Zugehörigkeit).

Explizit hebt Horst (JF, 34) Identität als Motivationsgrundlage seines politischen Handelns hervor, wenn er – vor dem Hintergrund der Vielzahl der Etappen seines zurückliegenden politischen Engagements – folgendes äußert:

„Für mich hat das was zu tun mit persönlicher Identität. Also ich lebe sehr stark in, für und mit meinem Beruf. Ich hab’ das früher schon getan, (...) bei anderen Sachen, die ich gemacht habe, und tue das jetzt wieder. Für mich ist das eben nicht Job, das was man tut, sondern eben Beruf im Sinne tatsächlich von - hochtrabendes Wort, aber ich sag’s trotzdem - von Berufung.“

Michaels (REP, 41) Erklärung für seine Tätigkeit in der Partei geht in die gleiche Richtung:

„Ich bin halt, wenn man so will, ein Zoon politikon und denke politisch. Und das, was ich hier mache... Ja, ich kann’s nicht trennen.“

In beiden vorangegangenen Zitaten wird ‚Sein‘ (Identität) nicht nur mit ‚Handeln‘ (hier: politischem Handeln) in Verbindung gebracht, sondern beides ist – so Michael – untrennbar miteinander verwoben: ‚Sein ist Handeln‘.

Zugegebenermaßen sträubten sich einige Interviewpartner gegen direkte Fragen zur Identität und unterstrichen stattdessen die Instrumentalität ihrer Mitgliedschaft/Zugehörigkeit zur Durchsetzung ihrer Ziele. Dennoch sind gerade diese beiden Stellungnahmen von Interesse, wenn es um politisierte kollektive Identität geht. So sagt Josef (JF, 38):

„Ich brauche die Zeitung nicht für mein Selbstwertgefühl. Das habe ich vorher gehabt, und das ist mir, möchte ich mal sagen, durch meine Eltern, durch meine Familie in die Wiege gelegt wurde. Ich bin so aufgewachsen, dass ich immer stolz gewesen bin auf meine Familie

natürlich, auf das, was sie im Laufe der Jahrhunderte geleistet hat. Das hat natürlich sehr viel mit Dingen zu tun, wie ich mich selber sehe. (...) Dazu trägt naturgemäß die Zeitung relativ wenig bei. (...) Sagen wir mal, das ist eher umgekehrt, so dass ich aufgrund meines Selbstgefühls mir ausgesucht habe, an dieser Zeitung teilzunehmen. Ich möchte mal sagen, (...) ich bin ein Vehikel für die Zeitung, indem ich ihr helfe und dort mitmache. Und umgekehrt ist die Zeitung ein Vehikel für mich, indem ich sozusagen jeden Tag interessante Leute kennen lerne, von ihren Lebenserfahrungen etwas mitbekomme.“

Offensichtlich ist Josefs Identität in seiner Sichtweise ein ‚fertiges‘ Produkt früherer Sozialisationsphasen, bevor er zur JF kommt: das ‚indentitäre Rüstzeug‘ hat er sich im Familienkreis zugelegt. Nichtsdestoweniger ist seine Arbeitsplatzwahl von seinem „Selbstgefühl“ geleitet, was auf Herstellung von Konsistenz zwischen individueller und kollektiver Identität deutet. Zudem stellt er sich als „Vehikel“ in den Dienst der Zeitung, also eines kollektiven Anliegens. Dies verweist zusammengefasst auf *Prozesse* (s.u. Kap. 8.1.3), die zur Erhaltung bzw. Bestätigung der eigenen Identität dienen.

Ähnlich instrumentell argumentiert Silke (REP, 56), die Fragen nach der Bedeutung ihres Engagements für ihr Selbst partout nicht verstehen will:

„Das [die Partei] ist für mich wirklich ein Werkzeug (...) für irgendwas. Weil (...), anders kann man ja überhaupt nichts machen, steht man ja völlig hilflos da. Man kann es ja nur über eine Partei in einem demokratischen System machen. Die Partei ist für mich wie ein Handwerkzeug, um eben etwas zu formen und Einfluss zu nehmen.“

Hier ist nicht Silke Werkzeug der Partei, sondern die Partei dient der Umsetzung *ihrer* Ziele (Überzeugungen). Zum Ausdruck kommt dabei ein anderer Aspekt von Identität: Offensichtlich hat Silke das *Bedürfnis*, ihre eignen Ziele zu verwirklichen (vgl. die obige Gleichsetzung von ‚Sein und Handeln‘) und entsprechend ‚Einfluss zu nehmen‘. Auf sich alleine gestellt wäre dies ein vergebliches Unterfangen, während das „Handwerkzeug“ Partei (also die politisch engagierte Gruppe) Aussicht auf Erfolg verspricht (Kap. 8.3.1: Handlungsorientierung). Dieses Zitat verweist zusammengefasst auf *Funktionen* (Kap. 8.1.3) von Identität, die ein Engagement bei den REP motivieren und letztlich auch den Beitritt Silkes bewirkt haben.

Nun ist noch immer nicht geklärt, welcher Zusammenhang zwischen Kosten-Nutzen-Kalkulationen (Klandermans 1984, 1997) und (kollektiver) Identität bzw. kollektiven Identifikationen besteht. Ohne diese Frage abschließend zu beantworten, kann – im Einklang mit dem

‚Zwei-Wege-Modell‘ (Simon et al. 1998; Stürmer/Simon 2000) – immerhin zweierlei festgestellt werden:

- 1) die vorangegangenen Ausführungen verweisen darauf, dass es ‚Identitätsgewinne‘ gibt, deren eigene Motivations- und Bindekraft mit einem Konzept rationaler Kosten-Nutzen-Kalkulationen zumindest nicht zufriedenstellend zu erfassen ist.
- 2) Der Gegenstand (z.B. ‚Deutschland‘, ‚Deutsch sein‘) einer Kosten-Nutzen-Kalkulation erhält seine Wertigkeit nicht nur im sozialen Kontext, sondern genaugenommen auf der Grundlage von kollektiven Identifikationen. Insofern ist jedes Urteil (jede Wertung) an (kollektiven) Selbstverortungen verankert, setzt diese also voraus, zeigt sie an und bestärkt sie. Mit anderen Worten: Identifikationen mit der Eigengruppe (in Abgrenzung zur Fremdgruppe) schlagen sich nicht nur in der Akzentuierung von ‚wer wir sind‘ vs. ‚wer wir nicht sind‘ (‚wir‘ vs. ‚ihr‘) nieder, sondern kommen ebenso darin zum Ausdruck, ‚was wir wollen‘ vs. ‚was wir nicht wollen‘. Dies deutet auf weiterreichende Zusammenhänge zwischen ‚kollektivem Nutzen‘ und ‚kollektiver Identität‘.

Schließlich kann infolge dieser Diskussion – und aus pragmatischen Erwägungen – eine leicht variierte Lesart des Konzeptes ‚politisierter kollektiver Identität‘ oben skizzierten, vermuteten Zusammenhang zwischen ‚kollektivem Nutzen‘ und ‚kollektiver Identität‘ verdeutlichen: Nach Simon und Klandermans (2001; vgl. Kap. 2.3.1.1) wird die geteilte Wahrnehmung eines gesellschaftlichen Missstandes zum Ausgangspunkt der Politisierung. Hierum schart sich nun eine Gruppe mit dem Anliegen, diesen Missstand zu beseitigen. Der Erhalt, die Erlangung bzw. Wiederherstellung *dieses ‚kollektiven Gutes‘ wird somit zum Gegenstand/Inhalt politisierter kollektiver Identitäten*, begründet sie (‚Wir Deutschen sind durch Zuwanderung bedroht‘). Simon und Klandermans (2001: 321) nehmen ferner an, dass eine politisierte kollektive Identität, ob gleichsam als Nebeneffekt oder in direkterem Zusammenhang mit einer politisierten kollektiven Identität kann an diese Stelle auf der Grundlage vorangegangener Erörterungen zunächst nur dahingestellt bleiben, mit der Befriedigung von Identitäts-Funktionen einhergeht, die auf psychologische Bedürfnisse aufbauen. Vor diesem Hintergrund ist eine Systematisierung von Identitätsgewinnen mit Hilfe des Konzeptes ‚politisierter kollektiver Identität‘ (Simon/Klandermans 2001) Gegenstand der abschließenden Ausführungen.

8.3.1 Funktionen und Prozesse rechtsextremer Identität

In ihrem Konzept ‚politisierter kollektiver Identität‘ (vgl. Kap. 2.3.1.1) unterscheiden Simon und Klandermans (2001: 321) fünf Identitäts-Funktionen, die mit psychologischen Bedürfnissen in Beziehung stehen und somit zur Attraktivität kollektiver Identität beitragen: Zugehörigkeit („belongingness“), Distinktheit („distinctiveness“), Respekt („respect“), Verstehen („understanding/meaning“) und Handlungsorientierung („agency“).

Wie eine rechtsextreme Identität diesen Identitäts-Funktionen gerecht wird, soll in folgenden Skizzen beleuchtet werden.

Zugehörigkeit:

Aus psychologischer Sicht geht Zugehörigkeit über eine bloße, etwa formale Mitgliedschaft hinaus. Kollektive Identität weist einem Individuum seinen Platz in der sozialen Welt zu, den es darüber hinaus mit Anderen teilt. Zugehörigkeit impliziert demnach auch Zusammengehörigkeit. Wie die Topographie rechtsextremer Identität (s. Abb. 7) nahe legt, wird das Bedürfnis nach Zugehörigkeit auf verschiedenen Ebenen kollektiver Identität bedient, die auf der vertikalen Dimension der Inklusivität von unten nach oben zumindest teilweise ineinander eingebettet sind: Zugehörigkeit bezieht sich daher bereits auf der untergeordneten, exklusivsten Ebene auf andere Mitglieder der jeweiligen Organisationen (REP und JF, 38), unter denen sich in den meisten Fällen auch Freunde (bzw. ‚Kameraden‘; s.u.) finden. Ein Mindestmaß an Vertrautheit fußt auf den geteilten Überzeugungen, oder wie Josef (JF, 38) feststellt:

„Bei uns weiß eigentlich jeder, was er von dem jeweils anderen zu halten hat. Jeder ist bei uns auf 'ne andere Weise rechts, möchte ich mal sagen.“

Eine Steigerung auf einer Werteskala sozialer Beziehungen von Kollegialität über Freundschaft hin zu Kameradschaft sowie ein Hinweis auf die Bedeutung gemeinsamen Handelns findet sich bei Heinrich (REP, 78):

„Aber hier auf Kreisebene in meinem Verband, da merkt man, das ist kameradschaftlich, weil da hilft Einer dem Anderen. Das ist natürlich auch etwas, die Kameradschaft, die kennen ja die jungen Leute gar nicht, dass Kameradschaft eben eines der höchsten Güter ist, die es auf dieser Welt gibt, Kameradschaft. Hinter der Mutterliebe, würde ich sagen, kommt gleich schon die Kameradschaft. (...) Das ist noch ein Gut, was man so ein bisschen hier merkt. Wenn man hier auf der Straße steht und Zettel verteilt oder die Plakate an die Masten hängt, dass Einer für den Anderen einsteht und hilft, und ein bisschen Kameradschaftlichkeit geübt wird und tatsächlich praktiziert wird.“

Kollektive Identitäten als ‚REP‘ bzw. ‚JF-Redakteure‘ spiegeln die Zugehörigkeit zu einer rechtsextremen Partei bzw. zu einem Meinungsbildner einschlägiger politischer Couleur wider. In dem Ausmaß, in dem sich REP- bzw. JF-Redakteure als prototypische, wenn nicht ideale Deutsche verstehen, erstreckt sich ihre Zugehörigkeit ferner nicht nur auf das politisch rechtsextreme Lager, sondern gleichfalls auf die deutsche Nation. Hier kommt sie – wie bereits in Kap. 6.1.2 dargestellt – beispielsweise als „*Heimatverbundenheit*“ (Bernhard, REP, 22) zum Ausdruck.

Auch die Fortdauer kollektiver Identität kann dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit dienen. So wird von einigen Befragten die Abkehr von den etablierten Parteien gerade mit der Treue zur Nation begründet (vgl. Kap. 6.2.1). In diesem Zusammenhang ist auch die oftmals zutage tretende Bezugnahme auf deutsche Geschichte und ihr ‚Zurechtrücken‘ zur Aufrechterhaltung des positiven Wertes (s.u.: Respekt), der Deutschland beigemessen wird, zu deuten.

Distinktheit:

Kollektive Identität definiert nicht nur, wo ein Individuum hingehört, sondern gleichzeitig, wozu es nicht gehört. So erlangt das soziale Selbst der Befragten seine Einzigartigkeit (Distinktheit) wiederum auf den unterschiedlichen Ebenen rechtsextremer Identität in Abgrenzung zu relevanten Fremdgruppen – also im Falle der REP zu anderen rechtsextremen Parteien (DVU, NPD), über beide Untersuchungsgruppen (REP und JF) zum linken politischen Spektrum sowie zum Ausland und/oder fremden Kulturkreisen. Besonders für die REP lässt sich aufzeigen, dass sie sich im Vergleich zu anderen Parteien als wahre Verfechter deutscher Interessen, also als ideale Repräsentanten Deutschlands verstehen. Die Distinktheit der Partei kommt demzufolge auf einer abstrakteren Dimension als ‚Idealismus‘ und ‚Patriotismus‘ zum Ausdruck.

Karl (REP, 26) erläutert:

„Ich weiß nicht, ob die anderen Parteien so viel Idealismus in sich haben oder ob die das auch so sehen. Ich glaube fast, das ist weniger.“

Ähnliches beschreibt Klaus (REP, 48):

„Also bei der SPD hat es etwas gegeben, das nannte man den ‚Stallgeruch‘. Also ich würde es mal patriotischen Idealismus nennen, was es bei den Republikanern gibt, über den man gar nicht lange reden muss, aber der einfach selbstverständlich da ist. (...) Das hab' ich woanders so noch nicht erlebt“.

Albert (REP, 28) setzt den Akzent ebenfalls auf die Bejahung der Nation:

„Die Partei unterscheidet sich – das macht schon was aus – sie unterscheidet sich gegenüber den anderen Parteien darin, dass sie die Nation bejaht; die Nation als geschichtliche Realität.“

Und auch auf der übergeordneten, nationalen Ebene kollektiver Identität wird die Einzigartigkeit Deutschlands im Vergleich zum Ausland hervorgehoben. Darüber hinaus wird der Erhalt nationaler Eigenheiten – insbesondere kultureller und wirtschaftlicher Errungenschaften, die laut Bernhard (REP, 22) *„andere Nation (...) einfach nicht geschafft“* haben – sogar elementarer Bestandteil einer identitätspolitischen Programmatik (s.o., vgl. Kap. 6).

Respekt:

Indem kollektive Identität Zugehörigkeit bekräftigt, verheißt sie auch Respekt von denjenigen, mit denen man diesen Platz in der sozialen Welt teilt, da sie Ähnlichkeiten mit zumindest einigen der Eigengruppenmitglieder impliziert. Diese Ähnlichkeiten definieren sich in der Partei der REP wie auch in der JF durch das kollektive Handeln Gleichgesinnter zur Erreichung gemeinsamer Ziele. Freilich schließt dies keineswegs Konflikte und vereinzelte Respektlosigkeiten innerhalb der Eigengruppe aus. Mitglieder der REP sowie Mitarbeiter der JF können jedoch zumindest von ‚Ihresgleichen‘ Respekt und Anerkennung erwarten, was für den Selbstwert förderlich ist.

Bereits in den einleitenden Darstellungen zum Nutzen des Engagements wurde auf den Fall von Florian (REP, 58) und Ute (REP, 63) hingewiesen, die als Frührentner in der Partei Anerkennung finden. Ergänzend sei hier auch Utes Kommentar dazu aufgeführt:

„Das (...) baut mich auf, ja? Dass ich das tue und dass ich das auch kann, weil ich ja behindert bin. Das ist auch noch ein Aspekt dabei, dass ich das noch zuwege bringe. Aber auch so, glaube ich, würde mir das schon was bringen. Man ist ja doch einigermaßen respektiert so in der Gesellschaft da, wenn man eben diese Sache da macht, wird man schon ganz gut behandelt... (lacht) (...) von den übrigen Mitgliedern.“

Die Wertschätzung der eigenen Aktivitäten sowohl durch die Partei- als auch die Zeitungskollegen spielt gerade für ein fortgesetztes Engagement angesichts gesellschaftlicher Ächtung eine wichtige Rolle. Einen gewissen Unterhaltungswert hat folgendes Zitat von einer Proban-

din⁷², die sich selbst für die Öffentlichkeitsarbeit prädestiniert hält und offensichtlich als eine Art ‚Cover-Girl‘ der Partei sieht. Zugegeben handelt es sich hierbei um eine ansonsten weniger gängige Weise, in der Partearbeit Bestätigung zu finden und zugleich der gesellschaftlichen Ächtung entgegenzuwirken:

„Ich hab‘ ja nun das Plakat bei der Landtagswahl gehabt, weil das ist ja, das hat ja eingeschlagen wie eine Bombe, weil ich ja auf dem Plakat sehr photogen aussehe. Obwohl ich will ja jetzt nicht sagen, dass ich ein photogener... (lacht) Aber es ist sehr gut gelungen. Und ich habe mich von den Anderen sehr positiv abgehoben. Und ich habe immer gesagt, wir müssen dahin kommen, dass wir positive Plakate haben. (...) Man müsste hingehen und müsste ein humorvolles Plakat nehmen, dass die Leute unterbewusst schmunzeln müssen bei der Sache und die Republikanern mit vertreten werden. Dann ist denen nämlich aller Wind aus den Segeln genommen. Und ich meine ich war dafür da zum Beispiel, oder bin noch dafür da, als Frau auf diesem Plakat konnte man mir kein Hitlerbärtchen anmalen, weil das war also witzlos. Und man konnte das auch nicht verunstalten“.

Eine interessante Randnotiz in diesem Zusammenhang: Als Reaktion auf gesellschaftliche Ächtung werden in der Selbstbetrachtung der Befragten Selbstachtung, Selbstwert oder Selbstvertrauen sogar gefestigt. Beate (REP, 58) bilanziert einen Gewinn an „Selbstvertrauen, schon allein dadurch, dass sie eben immer im Kampf stehen. Das stärkt ja auch irgendwo.“

Entsprechende Identitätsgewinne werden auch in Silkes (REP,56) Rückschau auf ihre einmalige Tätigkeit als Stadträtin deutlich:

„Und das war natürlich eine sehr große Herausforderung, weil es eben ein ganz fremdes Metier war. Und das hat sehr viel Spaß gemacht, ja? War anstrengend, aber war mit Sicherheit für mein persönliches Leben eine Bereicherung; sich so durchzusetzen, allen Anfeindungen zum Trotz, und die gesamte Legislaturperiode durchzuhalten und... Das war für mich schon Spaß, also – nicht? – der mich natürlich auch eine ganze Menge Nerven kostete, aber: bestanden. (lacht). Das hat mir Spaß gemacht.“

Wiederholt verleihen sich Interviewpartner den ‚Ritterschlag‘ als „Einzelkämpfer“ oder sehen sich in der Tradition christlicher Märtyrer, wie Richard (REP, 49) andeutet:

„Ich vergleiche das fast - es ist Blasphemie - mit den ersten Christen [ironisch], die sich durchkämpfen mussten. Wir bleiben dabei, ich bleib‘ dabei“.

⁷² Im Zuge der Anonymisierung wird auch hier auf eine Nennung des ‚Alias‘ verzichtet, da, in Kombination mit weiteren Informationen zur Stichprobe, eine Identifizierung möglich sein könnte.

Heiland und Lüdemann (1996) fassen solche unbeabsichtigten Nebenwirkungen der Ausgrenzungen von Rechtsextremisten als „sekundäre Devianzgewinne“, zum Beispiel in Form „einer starken medialen Beachtung, der Einstufung des Verhaltens als Protest, der Zuschreibung von Stärke, Geschlossenheit und Drohpotential sowie in Status- und Identitätsgewinnen“ zusammen.

Die Folgen der Ächtung lassen sich aus der Warte der Befragten auch auf der Ebene nationaler Identität nachzeichnen, da Deutschland im Ausland nach wie vor mit dem Makel des Nationalsozialismus behaftet sei. So haben die ausführlichen Darstellungen zur Bedrohung nationaler Identität (Kap. 6.1.2) im Zusammenhang mit deutscher Geschichte gezeigt, dass sowohl REP als auch JF-Redakteure sich als Quell der Wiederherstellung nationaler Selbstachtung, gleichsam als Therapeuten am kränkeldenden Nationalempfinden im Dienste aller Deutschen betrachten.

Verstehen:

Aus kollektiven Selbstverortungen resultiert nicht nur ein Standpunkt in der sozialen Welt, von dem aus diese Welt verständlich wird. Da diese Perspektive mit anderen Mitgliedern der Eigengruppe geteilt wird, liefert kollektive Identität eine sozial erprobte und sinnvolle Orientierungshilfe. Dieser Identitäts-Funktion kommt in der politischen Arena besondere Bedeutung zu, drehen sich doch die Auseinandersetzungen vor allem um gesellschaftliche Fragen. Hier werden solche Standpunkte etwa in Parteiprogrammen manifest, sind aber ebenso informeller Bestandteil politischer Weltanschauungen der Akteure. In Bezug auf die Programmatik der REP fasst Albert (REP, 24) treffend zusammen:

„Aber ansonsten, das ist das, was die Partei wirklich unterscheidet, wirklich elementar unterscheidet, dass sie ohne diesen aufgekochten Brei, Frauen hinterher, wirklich auch den Zusammenhang zwischen Familie, Frau, Kinder bekommen und Staat, dass das alles in einer gewissen Verbindung steht, formuliert und daraus ein politisches Programm gestaltet. Das ist ganz wichtig, das ist ganz wichtig.“

Fritz (REP, 32) sieht sich aufgrund seines Zugangs zu exklusiven Informationsquellen durch die Parteiarbeit im Vergleich zu anderen Menschen in einer privilegierten Position:

„Ja, ein Vorteil ist unstreitig ein größerer und genauerer Einblick in das politische und parlamentarische Leben, und zwar auch gerade die Schattenseiten, von denen ja in der Zeitung wenig zu lesen ist. Also die Wahrnehmung, die man so als normaler Konsument hat, ist ja,

dass die Republikaner faktisch nicht stattfinden. Und diese Mechanismen des Verschweigens und des Blockierens und des Ausklinkens, (...) dass zum Beispiel von CDU-Seite Positionen der Republikaner erst verteufelt, ein halbes Jahr später übernommen werden. Das ist natürlich schon ganz aufschlussreich.“

Und später ergänzt er:

"Man ist natürlich in einer Position, in der sich nicht allzu viele Menschen im Lande befinden. Deshalb könnte man sich als etwas Herausgehobenes begreifen. Na ja, herausgehoben ist das falsche Wort. Man sitzt an einer besonderen Stelle, wo man Dinge mitbekommt, die andere Leute nicht erfahren. Man hat einen gewissen Informationsvorsprung gegenüber den anderen. Gegenüber den normalen Zeitungleser-Typen wird man hier besser informiert."

In Einklang mit Simon und Klandermans (2001: 327f.) lässt sich zusammenfassen, dass gerade eine politisierte kollektive Identität Bestimmungen von Missständen, sozial geteilte Erklärungen, Verantwortlichkeitszuschreibungen sowie Problemlösungen bereitstellt. Entsprechend überrascht es nicht, wenn sich die REP dazu berufen fühlen, der aus ihrer Warte vergleichsweise uninformierten deutschen Bevölkerung vor Augen zu führen, welche Bedrohungen auf sie zukommen, und sie ‚wach zu rütteln‘ (vgl. Kap. 6.3).

Aus der Warte der JF-Redakteure ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass sich ihr politisches Handeln auf Meinungsbildung ausrichtet, also eben die Einflussnahme auf das gesellschaftliche Verständnis der sozialen Welt zum Ziel hat. Josefs (JF, 38) Rückblick auf seine Erwägungen dazu, ob er bei der JF anfangen solle, sehen folgendermaßen aus:

„Gut, (...) du verdienst zwar nicht viel, aber das könntest du doch zumindest für eine gewisse Zeit versuchen. Du bist sozusagen dort an der Quelle und kannst sozusagen über das, was dich ärgert, was dich freut, etwas schreiben; und kannst (...) auch sozusagen an der Quelle Einfluss nehmen auf das, was Dich ärgert.“

Handlungsorientierung:

Kollektive Identität sichert ihren Trägern Unterstützung durch die Eigengruppe und die Solidarität anderer Gruppenmitglieder bei der Verwirklichung ihrer Anliegen zu. Das Kollektiv ist ein sehr viel effizienterer und einflussreicher Akteur als das Individuum. Dass sich einige Befragte bewusst sind, sozialen Wandel effektiv nur in der Gruppe herbeiführen bzw. verhindern zu können, wurde bereits belegt (s.o. die Instrumentalität der Parteizugehörigkeit).

Wie die Identitäts-Funktion ‚Verstehen‘ ist Handlungsorientierung in der Politik von besonderer Relevanz (vgl. Simon/Klandermans 2001: 327f.), geht es doch hier in Machtkämpfen um die Umsetzung der eigenen Ziele. Entsprechend können bei allen Befragten Hinweise darauf ausgemacht werden, dass ihre kollektive Identität mit der Absicht verknüpft ist, zur Bewältigung wahrgenommener gesellschaftlicher Missstände beizutragen. Dabei wird gerade von den REP angesichts politischer Realitäten und eingedenk des Umstandes, selbst ins Fadenkreuz gegnerischer Handlungsorientierung zu geraten, mitnichten erwartet, dass die von der Partei angebotenen Problemlösungen in Kürze auf positive gesellschaftliche Resonanz stoßen. Immerhin besteht aber die Hoffnung, dass ein ‚unermüdliches‘ Handeln im Sinne kollektiver Identität auf Dauer gesellschaftlich wirksam wird.

Hierzu Franz (REP, 41):

„Vielleicht kann unsere Partei insgesamt irgendwann mal noch was bewegen. Das weiß man noch nicht, das ist ja noch nicht raus. Aber ich fühle mich nicht so ohnmächtig. (...) Ich fühle mich natürlich dadurch besser jetzt, sonst würde ich mich hier nicht engagieren.“

Auf die Frage, was er bei einem Parteaustritt verlieren würde, antwortet Richard (REP, 49):

„Ja, einfach den Glauben, dass man irgendwas ändern kann.“

Und selbst wenn die Erfolgsaussichten des eigenen Bemühens, das Zeitgeschehen zu beeinflussen, gering eingeschätzt werden, verleiht das Engagement zumindest noch die Selbstachtung des sozialen Akteurs, der es wenigstens versucht hat. Beate (REP, 58) zieht in diesem Zusammenhang folgende Parallele:

„Weil ich nicht möchte, dass es mir später so geht wie meinen Eltern; dass ich meinen Eltern seinerzeit die Frage gestellt habe: ‚Warum habt ihr nichts unternommen?‘ Und ich möchte nicht die gleiche Frage gestellt bekommen. Ich möchte im Rahmen meiner Möglichkeiten verhindern, dass es in Deutschland den Bach runter geht, kann dann später aber wenigstens in den Spiegel gucken und sagen können, ich habe es versucht. Ich habe Enkelchen, die ich sehr gerne mag und denen ich eigentlich eine Zukunft bieten möchte.“

In nahezu deckungsgleichem Wortlaut erklärt Ute (REP, 63), dass sie mit ihrem Einsatz möglichen Vorwürfen ihres Sohnes vorbeugen will. Von welcher Bindekraft gemeinsame Anstrengungen zur Umsetzung geteilter Überzeugungen sind, wird deutlich, wenn sie sich stets freut – auch auf Bundesparteitagen – darüber, Leute zu treffen *„mit denen man Schlachten geschlagen hat (lacht), also Wahlschlachten“*.

Den oben diskutierten Funktionen rechtsextremer Identität dienen vier Prozesse (Simon/Klandermans 2001). Diese Prozesse, von der kollektiven Identifikation angespornt, unterstützen kollektive Identität dabei, ihre Funktionen zu erfüllen: (Selbst)-Stereotypisierung („(self-)stereotyping“), Konformität („conformity“), Vorurteil („prejudice“) und Diskriminierung („discrimination“).

(Selbst-)Stereotypisierung:

Ein hervorstechendes Ergebnis kollektiver Identifikation sind Selbst-Stereotypisierungen: Personen schreiben den Mitgliedern der Eigengruppe wie auch den Mitgliedern von Fremdgruppen Merkmale zu, die für das jeweilige Kollektiv als typisch betrachtet werden. Außerdem akzentuieren sie Ähnlichkeiten innerhalb der Gruppen und Unterschiede zwischen den Gruppen, so dass sowohl Eigen- als auch Fremdgruppe im selben Zug homogenisiert und voneinander differenziert werden. Hieraus resultiert die einzigartige Selbstverortung der Eigengruppe, Zugehörigkeit und Distinktheit werden gefördert. Darüber hinaus reflektiert und bestärkt der Inhalt der zugrundegelegten Stereotypen die Interpretationen der sozialen Wirklichkeit, wie sie von den Gruppenmitgliedern wahrgenommen und verstanden wird, sie dienen also ebenso der Funktion ‚Verstehen‘. Die Inhalte der Stereotype in vorliegender Studie (bspw. ‚patriotisch‘, ‚national‘, ‚national-konservativ‘, ‚wertkonservativ‘) stehen im Einklang mit der beschriebenen Verflechtung von Partei- bzw. Zeitungs-Identität mit nationaler Identität und verweist darauf, dass sich vor allem die kollektive Identität als REP auf ihr Selbstverständnis als einzig wahre Vertreter deutscher Interessen gründet.

Mithilfe von Stereotypen wie ‚unseriös‘, ‚ultra-rechts‘ oder ‚fremdenfeindlich‘ in Bezug auf relevante Fremdgruppen im rechtsextremen Spektrum (DVU/NPD) grenzen sich die Befragten von erstgenannten ab. ‚Was wir nicht sind‘ definiert demzufolge die eigene Seriosität und die Selbsteinschätzung als ‚demokratische Rechtspartei‘; das eigene Verhältnis zu Fremden wird in den Bereich der ‚Normalität‘ gerückt.

Solche Abgrenzungen werden ebenso auf der nächst höheren Ebene der Selbst-Kategorisierung hinsichtlich des ‚linken Spektrums‘ vollzogen: Dieses wird etwa als ‚liberal‘, ‚anarchistisch‘ oder ‚versponnen‘ in Bezug auf als ‚irreal‘ bewertete Vorstellungen von Weltgemeinschaft und multikultureller Gesellschaft charakterisiert. Demzufolge können Stereotype als Bestandteil des nationalen Weltbildes der Befragten aufgefasst werden, welches ihr Verständnis der politischen Arena anleitet und ihnen darin die eigene Position zuweist.

Konformität:

Konformität bezieht sich darauf, dass sich Personen im Einklang mit den Normen, Regeln und Erwartungen verhalten, die mit der kollektiven Identität der Eigengruppe verknüpft sind. Ist eine bestimmte kollektive erst einmal angenommen, wird ein solches Verhalten im Sinne der kollektiven Identität ganz ‚natürlich‘: Maler malen eben, Schriftsteller schreiben halt und ‚Republikaner‘ ‚verfechten deutsche Interessen‘. Ferner bestätigt konformes Verhalten kollektive Identität, indem es die Zugehörigkeit zu einem distinkten Platz in der sozialen Welt demonstriert. Eine Person riskiert durch nicht-konformes Verhalten, ihren Anspruch auf diese einzigartige kollektive Identität zu verlieren. Demzufolge machen Gruppenmitglieder, was sie von ihresgleichen erwarten würden, und unterlassen, was sich für ihresgleichen nicht schickt. Wie (Selbst-)Stereotypisierung, die ihr für gewöhnlich vorausgeht, bedient Konformität sowohl Zugehörigkeit als auch Distinktheit. Außerdem unterstützt sie Handlungsorientierung, indem sie koordiniertes Handeln erleichtert. Belege zur Verhaltenskonformität innerhalb der vorliegenden Stichprobe sind eher dürftig, da sich die Befragung in erster Linie auf Selbstinterpretationen der Befragten konzentrierte. Allerdings wurde auch das Repertoire von Parteiaktivitäten abgefragt. In diesem Zusammenhang wurde von einigen REP der Idealismus innerhalb der Partei angesichts der begrenzten Ressourcen damit illustriert, dass sich niemand zu schade sei, für die Partei zu plakatierten. Auch der Parteivorsitzenden Schlierer habe dies auf einem Bundesparteitag von sich behauptet. Entsprechend berichtet ein Proband in gehobener Position:

„Also ich hab‘ bei den letzten Wahlen immer plakatiert. Da war ich noch nicht so in dieser Ebene. Und ich werde jetzt natürlich bei uns im Kreisverband, wenn jetzt also im September Wahlen sind, mir auch die Finger wieder schmutzig machen. (...) Und das ist ja mein Kreisverband. Das kann ich denen gar nicht vermitteln. Da sagen die natürlich jetzt: Plötzlich ist der jetzt im Amt, da macht der sich die Finger nicht mehr schmutzig. Also das käme für mich nicht in die Tüte. Natürlich klebe ich dann auch, ja?“

Hinzu kommt der offensichtlich zutage tretende Konsens in Bezug darauf, im Sinne einer nationalen Identität zu handeln. Entsprechend konstatiert Albert (REP, 28): *„[I]ch habe Leute, die mit mir in diese Richtung gehen.“* Und die, so zeigt diese Studie, sind vor allem der nahezu einhelligen Meinung, man habe sich zuerst um deutsche Interessen und die Deutschen zu kümmern.

Vorurteile:

Vorurteile sind eine wichtige affektive Folge kollektiver Identität und als Abneigung gegenüber der Fremdgruppe (bzw. ihrer Mitglieder) oder als stärkere Zuneigung zur Eigengruppe im Vergleich zu erstgenannter definiert. Vorurteile unterstützen den Respekt innerhalb der Eigengruppe insofern, als dass eine gesteigerte Zuneigung unter den Mitgliedern wechselseitigen Respekt erleichtert und dieser durch den Vergleich mit vermeintlich weniger liebenswerten Fremdgruppen verstärkt wird. Die affektive Aufwertung der eigenen Nation durch die Befragten sollte nach den vorangegangenen Darlegungen offenkundig sein. Allerdings wird die direkte oder offene Formulierung von Vorurteilen durch die Befragten vermieden. Auffallend ist aber die mit der Gleichsetzung von Nation und Kultur einhergehende Wahrnehmung von einer Bedrohung deutscher Kultur durch fremde, ausländische Kulturen (vgl. Kap. 6.1.2). Vor diesem Hintergrund werden Vorurteile in eher subtiler Weise geäußert (vgl. Kap. 6.1.1), kommen am deutlichsten im Zusammenhang mit der Darreichung des Islam-Photos – also induziert – zum Ausdruck (ebd.). Sie richten sich vornehmlich gegen nationale, religiöse, ethnische oder kulturelle Fremdgruppen. Nicht zu vernachlässigen ist hierbei die im Rahmen der Topographie aufgezeigte essentialistische Grundlegung von Unterschieden zwischen Deutschen und diesen Fremdgruppen, die nicht nur auf Inkompatibilitäten hinweist, sondern ebenso eine Überlegenheit der Eigengruppe einerseits sowie eine Unterlegenheit o.g. Fremdgruppen impliziert.

Diskriminierung:

Diskriminierung ist die ungleiche oder unfaire Behandlung von Individuen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit. Vereinfacht dargestellt ist Diskriminierung aus sozialpsychologischer Perspektive das Gegenstück des Vorurteils auf der Verhaltensebene. Entsprechend dient sie auch der Respekt-Funktion kollektiver Identität, stellt sozusagen deren Schattenseite dar: Im Vergleich zu dem im Verhalten zum Ausdruck gebrachten Respekt gegenüber der Eigengruppe ist Diskriminierung die ungeschminkte Verachtung gegenüber Fremdgruppen. Damit legt Diskriminierung nicht nur die Überlegenheit der Eigengruppe nahe, sondern ebenso deren Macht und Kontrolle über die Fremdgruppe. In diesem Sinne erfüllt sie auch das Bedürfnis nach Handlungsorientierung.

Wie die in der Stichprobe auszumachenden Vorurteile, richten sich Diskriminierungen durch die Befragten gegen nationale, ethnische, religiöse oder kulturelle Gruppen, vornehmlich gegen eben solche Minoritäten in Deutschland. Wie in Kap. 6.1.1 aufgezeigt, werden Zuwanderer in direkten, kausalen Zusammenhang mit der Kriminalitätsrate gebracht (Richard, REP,

49, Beate, REP, 85 sowie Heinrich, REP, 78): Der Islam diene oftmals als „*Kriminalitätsalibi*“ (Britta, REP, 44). „*Scheinasylanten*“ (Richard, REP, 49) bzw. „*illegale Ausländer*“ (Bernhard, REP, 22) würden das deutsche Sozialwesen durch „*Erschwindelung von Sozialhilfe*“ (Ute, REP, 63) strapazieren und die Familien ausländischer Arbeitnehmer in *deren* Heimatland auf Kosten „*unserer*“ Krankenkassen medizinisch versorgt (Angela, REP, 35 sowie Eduard, REP, 50). Diese, vor allem Ausländer diskreditierende Argumente stellen für die Befragten hinlängliche Begründungen dar, Deutschland vor allem als Heimat der Deutschen zu bewahren und infolgedessen generell eine Regulierung der Zuwanderung oder einen Zuwanderungsstopp, Rückführungsquoten oder, wie der Parteislogan „Kriminelle Ausländer raus!“ fordert, eine Ausweisung derselben zu erwirken. Nun lassen sich – wie bereits erwähnt – aus den Interviews nicht unmittelbar Rückschlüsse auf das Verhalten der Befragten ziehen. Nimmt man die politischen Forderungen der Befragten allerdings ernst, so sind sie zumindest als Diskriminierungsabsicht, wenn nicht als Diskriminierungsversuche zu bewerten.

Die Erörterungen von Kosten und Nutzen, die den Befragten aus ihrem jeweiligen Engagement bei den REP bzw. ihrer Tätigkeit bei den REP erwachsen, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Grundsätzlich fallen die Kosten-Nutzen-Bilanzen der Befragten eher positiv aus. Nur drei REP ziehen eine Aufgabe des Engagements in Erwägung, sollte sich nicht in absehbarer Zeit ein gesteigerter Erfolg – gemessen an Wahlergebnissen – einstellen (kollektive Kosten). Gründe hierfür sind vor allem in der Kombination einer gewissen Resignation in Bezug auf die Auswirkungen gesellschaftliche Ächtung mit (vermutlich davon nicht ganz unabhängigen) gesundheitlichen und familiären Beeinträchtigungen zu sehen. Da die meisten Interviews mit REP in Berlin kurz vor den Wahlen (1998) durchgeführt wurden und die REP wiederum an der 5%-Hürde scheiterten, könnte eine Folgestudie zu anderen Ergebnissen führen.

Hinsichtlich der JF führte ein Blick ins Internet (www.jungefreiheit.de) zu der Erkenntnis, dass inzwischen zwei Befragte nicht mehr zur Redaktion zählen. Ursachen hierfür bleiben verborgen, da gerade die JF-Redakteure beispielsweise von abnehmenden Bedrohungen durch die Antifa berichteten und ihre Kosten-Nutzen-Bilanzen durchweg positiv ausfielen.

Allgemein werden die Kosten von den meisten Befragten relativiert, vermeintliche Nachteile wandeln sich in Vorteile: Gemessen an dem eigenen Bedürfnis, Einfluss auf gesellschaftlichen Wandel (bzw. Erhalt) zu nehmen (Handlungsorientierung), wird zum Beispiel der Zeitaufwand eher zur Bekräftigung und bestätigt das eigene idealistische Bemühen (Distinktheit).

Die geringe Mitgliederzahl eröffnet Gestaltungsspielräume und Aufstiegschancen (Respekt) innerhalb der Partei.

Mit Ächtungsauswirkungen im privaten Umfeld haben sich davon Betroffene mittlerweile arrangiert, das ‚Ausdünnen‘ des Freundeskreises wird aus ihrer Warte vielmehr zum ‚Gesund-schrumpfen‘ und trägt zu höherer Konformität auf der untergeordneten Selbst-Kategorisierungs-Ebene rechtsextremer Identität bei. Überhaupt wandeln sich gegen REP gerichtete Maßnahmen in Devianz- und Identitätsgewinne und verstärken die wechselseitige Anerkennung untereinander.

Hier wird wiederum deutlich, dass eine Veranschlagung von Kosten und Nutzen ausschließlich unter Zuhilfenahme des Modells von Kosten-Nutzen-Kalkulationen (Klandermans 1984, 1997) nicht offen legt, worin die Motive zum fortgesetzten Engagement letztlich bestehen. Die Bindekraft einer rechtsextremen Identität – als politisierte nationale Identität – sowie damit einhergehende Identitätsgewinne sind demgegenüber aufschlussreicher.

9 Fazit und Ausblick

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Annahme, dass rechtsextreme Akteure nicht als Individuen, sondern auf der Grundlage von und in Bezugnahme auf ihre jeweilige Gruppenzugehörigkeit handeln. Ursprünge von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind demnach im kollektiven Bezugsrahmen der Akteure, also im Verhältnis ihrer Eigengruppe zu anderen Gruppen, verankert. Diese Gruppen verorten sich wiederum nicht nur in Bezug zueinander, sondern in einem umfassenderen, durch Gruppen strukturierten sozialen Kontext. Das Anliegen dieser Studie ist infolgedessen, Eigenheiten, Ursachen und Folgen eines solchen Bezugsrahmens – einer kollektiven rechtsextremen Identität – nachzuzeichnen. Vor diesem Hintergrund erscheint das theoretische Instrumentarium der sozialpsychologischen Identitätsforschung (Turner et al. 1987; vgl. Kap. 2.2), besonders in seinem Transfer auf kollektives politisches Engagement (Simon/Klandermans 2001; vgl. Kap. 2.3), geeignet, einen Beitrag zu einer interdisziplinären Rechtsextremismusforschung zu leisten.

9.1 Darstellung der Ergebnisse

Einer Zusammenfassung der Ergebnisse seien einige Vorbemerkungen zur Methode der Studie vorangestellt: Ziel war es, einer kollektiven Identität (Tajfel/Turner 1986; Turner et al. 1987) und ihrer Bedeutung für das (rechtsextreme) politische Handeln und Denken von Mitgliedern der REP und Redakteuren der JF nachzugehen. Aus denen zu diesem Zweck mit 20 Mitgliedern der Partei ‚Die Republikaner‘ (REP) und 4 Redakteuren der ‚Jungen Freiheit‘ (JF) geführten explorativen, lebensgeschichtlichen Interviews resultieren qualitative Daten, auf denen diese Studie aufbaut. Die Methode folgt demnach einer Konfirmierungsstrategie, nicht etwa einer Falsifizierungsstrategie. Der dialektische Prozess im iterativen Vorgehen (Rubin/Rubin 1995:46f.; vgl. Kap. 4) der Datenanalyse soll unter dieser Perspektive noch einmal umrissen werden: Einem Archäologen ähnlich ging es um die Suche nach Fragmenten einer ‚rechtsextremen Identität‘. Dabei lieferte beispielsweise die politikwissenschaftliche Literatur Hinweise darauf, wo zu graben sei und wie die Fundstücke aussehen könnten. Dass es sich um eine ausgrenzende, zumindest im weitesten Sinne fremdenfeindliche kollektive Identität handeln musste, legte die sozialwissenschaftliche Literatur zum Phänomen Rechtsextremismus nahe. Worauf sie sich gründete, war eingangs keineswegs klar. In der ersten Phase der Analyse – und die setzte bereits nach den ersten Interviews ein – wurde jedes Bruchstück mit entsprechenden konzeptionellen Vorstellungen verglichen. Wenn es nicht

passte, mussten die Vorstellungen spezifiziert, gegebenenfalls verändert werden. Als immer deutlicher wurde, dass die Substanz einer rechtsextremen Identität ‚nationaler Art‘ war, wurde in einer zweiten Phase nach vergleichbaren Fragmenten gesucht. Und tatsächlich fand sich in allen Interviews vergleichbares: Das nationale Element – eine politisierte nationale Identität (s.u.) – ist das Einzige, das alle Befragten teilen.

9.1.1 Politischer Werdegang und Lebensgeschichte

Nach einer politischen und gesellschaftlichen Verortung der Befragten folgt die Zusammenfassung der Ergebnisse – abweichend vom Verlauf der vorangegangenen Darstellungen – zunächst einer lebensgeschichtlichen Entwicklungslinie, um zu verdeutlichen, wie und warum die Befragten Mitglied bei den REP bzw. Redakteure der JF geworden sind.

Was die politische Verortung der Stichprobe angeht, so lassen Hinweise vor allem aus der politikwissenschaftlichen Literatur zum rechtsextremen Spektrum in Deutschland sowie die Selbstverortungen der Befragten auf einer 7-stufigen Links-Rechts-Skala die Bezeichnung ‚rechtsextrem‘ angemessen erscheinen (Kap. 3). Anzumerken ist, dass der ‚äußerste Rand‘ des organisierten Rechtsextremismus beispielsweise der Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vorbehalten ist.

Eine Analyse sozialstruktureller und lebensweltlicher Verortungen der Befragten (Beruf, Bildungsabschluss, Wohnumgebung, Hinweise auf Freizeitaktivitäten etc.; Kap. 5.1) führt zu dem Schluss, dass es sich bei den befragten REP und JF-Redakteuren vorwiegend um relativ gutsituierte, (teilweise hoch) gebildete und im Alltagsleben wohl integrierte Mitbürger aus der Mittel- bis oberen Mittelschicht handelt.

Die Angaben der Befragten zur politischen Herkunft und ihrem politischen Werdegang (Kap. 5.2) bekräftigen den Eindruck, dass sie einen ‚Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft‘ repräsentieren. Ein Blick auf die politische Sozialisation der Befragten – vor allem in der Familie, im Elternhaus – bringt keine besonderen Auffälligkeiten bezüglich ‚rechtsextremer Affinitäten‘ zutage: 10 Befragte sind sich eines politischen Einflusses durch die Eltern oder durch Lehrer (etwa in Form des Anstoßes zum politischen Interesse) bewusst. Dabei überwiegt eine eher konservative Grundhaltung sowie eine (‚patriotische‘) Orientierung auf die ‚deutsche Frage‘ (Kap. 5.2.2.). Selbst die aktuellen politischen Vorbilder der Befragten ma-

chen sich – gemessen an der Zahl ihrer Nennungen – nicht sonderlich verdächtig: Neben drei Nennungen des Parteivorsitzenden Schlierer werden in drei weiteren Fällen der extremen Rechten bzw. nationalistischen Ausrichtung zuzurechnende Vorbilder aus dem Ausland angegeben (Le Pen, Haider, General Lebed). Auffallend ist hier die Bezugnahme eines Großteils der Befragten auf ‚große deutsche Politiker‘, die für Patriotismus und wirtschaftliche Prosperität stehen (z.B. Kurt Schumacher, Ludwig Erhard). Die Vielzahl der Nennungen von verstorbenen deutschen Politikern kann wiederum mit einer gleichsam nostalgischen Rückbesinnung auf Zeiten erklärt werden, in denen es ein ‚besseres Deutschland‘ gab. (Kap. 5.2.1).

Von besonderer Bedeutung scheint insgesamt die schicksalhafte Verknüpfung von eigener Biographie und jüngerer deutscher Geschichte zu sein: Ereignisse wie der zweite Weltkrieg, Vertriebenenschicksale, die schwere Zeit des Wiederaufbaus, die deutsche Teilung und das Unrechtsregime DDR stellen für 19 von 24 Befragten Krisen der deutschen Geschichte dar, die sie entweder unmittelbar oder mittelbar (vor allem über Familienmitglieder, Eltern- und Großeltern) erlebten. Eine auf diese Weise entstandene, offenbar affektiv hoch besetzte *Geschichtsverbundenheit* scheint die Grundlage nationaler Identitätsbezüge bereitzustellen. Dieses ‚nationale Potential‘ wird im Laufe der jeweiligen Lebensgeschichten von fünf Befragten durch preußische Familientraditionen, die Zugehörigkeit zu Burschenschaften oder auch durch die Mitgliedschaft in Vertriebenenverbänden bestärkt. Solche biographischen Entwicklungslinien fördern die Zugänglichkeit („accessibility“; Turner et al. 1987; Oakes/Haslam/Turner 1994; Simon/Klandermans 2001) nationaler Rahmungen (Gruppenzugehörigkeiten), können jedoch keinesfalls als hinreichende Vorbedingungen eines rechtsextremen Engagements auf der Grundlage einer ‚politisierten nationalen Identität‘ (s.u.) verstanden werden (Kap. 7.2).

Von einem ‚nationalen Potential‘ ist jedenfalls bei allen Befragten bereits vor ihrer Mitgliedschaft bei den REP bzw. ihrer Tätigkeit bei der JF auszugehen. Bis auf wenige Ausnahmen sahen sie jedoch zeitweise ihre konservativen, traditionsorientierten und nationalen/patriotischen Wertvorstellungen politisch durch die etablierten Parteien – insbesondere durch die Unionsparteien – ausreichend vertreten. Mit einem wahrgenommenen ‚Ausverkauf deutscher Interessen‘ durch diese Parteien (z.B. der von Franz-Josef Strauß gewährte Milliardenkredit an die DDR, aber ebenso vermeintliche Versäumnisse in der Zuwanderungspolitik; s.u.) änderte sich dies jedoch: Es erfolgte eine Abkehr von den etablierten Parteien (Kap. 6.2.1). Als Folge davon machten sich die Befragten auf die *aktive Suche* nach einem neuen

politischen Betätigungsfeld, einer neuen ‚politischen Heimat‘. Für den Zugang der befragten REP zur Partei spielte nicht nur die Medienpräsenz der Partei nach ihren Wahlerfolgen Ende der 1980er-Jahre bzw. Anfang der 1990er-Jahre eine Rolle. Eine besondere Bedeutung ist dabei persönlichen Kontakten zu REP-Mitgliedern und Repräsentanten der Partei zuzumessen, die eine Überwindung der Hürde gesellschaftlicher Ächtung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (s.u.) erleichterten. Zudem fand die ausländerfeindliche Wahlpropaganda Anklang, die sich um das nationale (das deutsche) Anliegen zentrierte: Ein polternder Franz Schönhuber sprach einigen Befragten ‚aus dem Herzen‘ und war demzufolge auch Anlass, der Partei beizutreten (Kap. 5.3).

Die befragten Redakteure müssen hiervon gesondert betrachtet werden, da sie schließlich im bezahlten Dienst der Zeitung stehen. Ihren Biographien ist jedoch zu entnehmen, dass sie aus politischen („rechten“) Netzwerken heraus ihren Weg in die Zeitung fanden. Das Leitmotiv hierbei war eine grundlegende Parteienverdrossenheit, die zu dem Bestreben führte, dem geteilten politischen Anliegen („Deutschland“) nunmehr als Meinungsbildner zu dienen (Kap. 5.4).

9.1.2 Rechtsextreme Identität als politisierte nationale Identität

Die Suche nach Ursprüngen, Eigenheiten und Implikationen einer ‚rechtsextremen Identität‘ auf politische Ideologie und Praxis der Befragten wurde durch das Konzept ‚politisierter kollektiver Identität‘ (Simon/Klandermans 2001) angeleitet. Dieses geht davon aus, dass sich die Politisierung kollektiver Identität in drei Schritten vollzieht: Sie begründet sich in der von mehreren Individuen geteilten *Wahrnehmung eines gesellschaftlichen Missstandes* sowie in deren Einsicht, dass dieser Missstand nur in kollektiven Bemühungen zu beheben ist. In einem zweiten Schritt versuchen die Betroffenen, die Verursacher dieses Missstandes auszumachen, durch entsprechende *Verantwortungszuschreibungen* wird der Gegner definiert. Schließlich versuchen die Kontrahenten, in einem ‚Machtkampf‘ um gesellschaftliche Einflussnahme, eine dritte, starke gesellschaftliche Kraft, im Idealfall eine breite Öffentlichkeit, für ihr jeweiliges Anliegen zu gewinnen, um dieses durchzusetzen (*Einbeziehung der Öffentlichkeit*). Zugrundegelegt werden hierbei zwei Annahmen der Selbst-Kategorisierungstheorie (Turner et al. 1987):

1) Kognitive kollektive Repräsentationen unserer sozialen Umwelt (Gruppenzugehörigkeiten) sind hierarchisch strukturiert.

2) Infolgedessen sind Auseinandersetzungen (allgemeiner: Vergleiche) zwischen zwei Gruppen stets im Bezugsrahmen der nächst höheren, übergeordneten Gruppe eingebettet, die beide Gruppen umfasst.

Entlang dieser drei Schritte der Politisierung kollektiver Identität (Simon/Klandermans 2001) werden nun die weiteren Ergebnisse der Interviewstudie zusammengefasst.

Von den Befragten *wahrgenommene gesellschaftliche Missstände* (Kap. 6) beziehen sich zum Einen auf den im Niedergang befindlichen Wohlfahrts- und Sozialstaat Deutschland (strukturelle Missstände: Kap. 6.1.1). So seien bspw. Arbeitslosigkeit (der Deutschen), Defizite im Sozialsystem oder wachsende Kriminalitätsraten vor allem Folgen einer ‚ungezügelter Zuwanderung‘. Also wird gefordert, ‚man müsse sich zuerst um die eigenen Leute kümmern‘. ‚Kriminelle Ausländer‘ wie auch ‚Scheinasylanten‘ seien auszuweisen, was das Land bräuhete, seien Rückführungs- statt Zuwanderungsquoten.

Zum Anderen beklagen die Befragten eine ebenso durch Zuwanderung bedrohte ‚deutsche Kultur‘ bzw. ‚deutsche Identität‘ (kulturelle Missstände: Kap. 6.1.2). Gleichsetzungen von ‚Heimat‘ und ‚Deutschland‘ sowie explizite Sorgen um ‚deutsche Kultur und Identität‘ im Zusammenhang mit einem wahrgenommenen Werteverfall unterstreichen besonders in diesem Kontext die Identitätsbezüge zu ihrem eigenen Land. Ihren Niederschlag finden diese wiederum im Bezug auf nationale Geschichtsverbundenheit (s. oben): Deutsche Geschichte beschränke sich nicht nur auf die Zeit des Nationalsozialismus. ‚Wir Deutschen‘ hätten lange genug unter dessen Folgen gelitten und wären mittlerweile – ebenso wie andere Nationen (genannt werden bspw. die USA und Frankreich) – berechtigt, unser ‚natürliches Nationalempfinden‘ auszuleben. Im Zuge dieser Aussagen treten auch revisionistische Forderungen zutage.

In ihrer Ausgrenzung gegenüber Ausländern kommen solche Identitätsbezüge vor allem nach Vorlage eines Photos einer mit betenden Moslems gefüllten Straße (s. Anhang 2) zum Ausdruck: Unter Bezugnahme auf eine übergeordnete Ebene kollektiver Selbstverortungen werden inkompatible kulturelle Unterschiede zwischen Okzident und Orient ausgemacht. Der Tenor der Ausführungen lautet zusammenfassend: ‚Nicht bei uns in Deutschland!‘. Nach Vorlage des Photos ‚Europaflagge‘ (s. Anhang 2) wird eine grundlegende ‚Euro-Skepsis‘ – sowohl in Bezug auf die Währung als auch auf die Europäische Union – offenbar. In diesem Zusammenhang gilt die Sorge der Befragten dem Erhalt deutscher Eigenheiten und nationaler Souveränität (Kap. 6.1.2).

Im Zentrum eines ‚Deutschlandideals‘ der Befragten steht ein gleichsam national-kommunitaristisches Konzept: Der Ellenbogen- und Spaßgesellschaft stellen sie eine ‚sozialpatriotisch‘ geprägte ‚deutsche Gemeinschaft‘ gegenüber, deren Mitgliedschaft sie vom Bekenntnis zur Nation abhängig machen. Entsprechend hätten sich ausländische Mitbürger wie auch Zuwanderer/Asylbewerber den kulturellen Gepflogenheiten anzupassen. Die nationale Gemeinschaft gründet sich in der Vorstellung der Befragten auf ‚traditionelle deutsche‘ Werte (etwa: Ordnung, Fleiß, Disziplin), die in einigen Fällen die Prägung preußischer Tugenden tragen, in wenigen Fällen auch konservativ-christliche Ursprünge aufweisen. Hervorzuheben ist, dass die Nation selbst (genau genommen Deutschland) von den Befragten zum ‚höchsten Gut‘ erhoben wird und als sozialer Bezugsrahmen eine primordiale, gleichsam essentialistische Grundlegung erfährt (Kap. 6.1.2.1).

Nun wäre nahe liegend, dass die Verantwortlichen für die von den Befragten wahrgenommenen Missstände in Zuwanderern bzw. Ausländern ausgemacht werden. Allerdings wird Zuwanderung sowie die daraus resultierende ‚Verwässerung‘ deutscher Kultur an sich als Missstand wahrgenommen. *Verantwortungszuschreibungen*, die im Prozess der Politisierung kollektiver Identität den Gegner im Machtkampf um gesellschaftliche Einfluss definieren (Simon/Klandermans 2001; Kap. 6.2), richten sich zunächst auf die etablierten Parteien: Schließlich seien diese für die ‚ungebremste Zuwanderung‘ verantwortlich und verrieten deutsche Interessen; etwa auch im Rahmen der EU, in der Deutschland den ‚Zahlmeister‘ abgebe.

Der von den Befragten diagnostizierte Werteverfall sei wiederum durch die Tabubrüche der 68er angestoßen, welche sich heute im politischen System vorrangig bei den Grünen/B 90, in den Medien sowie im Bildungssystem der Republik wieder fänden. In Bezug hierauf kann das Bestreben der Befragten auch als „silent counter-revolution“ (Ignazi 1992) begriffen werden.

Der Kreis politischer Gegnerschaft erweitert sich aus Sicht der Befragten angesichts eines wahrgenommenen Misstandes besonderer Art: der gesellschaftliche Ächtung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Kap. 6.1.3). Zu spüren bekamen diese einige Befragte bei Offenlegung ihres Engagements im privaten Umfeld. So wissen Befragte von Missbilligung durch Familienmitglieder und Freunde oder dem Verlust letzterer zu berichteten. Ebenso ergaben sich für Einige aufgrund ihrer Tätigkeit Konsequenzen im Berufsleben. Abgesehen hiervon und den nicht unerheblichen Folgen, die einige Befragte durch Anschläge der militanten Antifa zu tragen hatten, wird von ihnen einhellig folgendes beklagt: Die etablierten Parteien verweigerten sich jeglicher Kommunikation und Kooperation mit den REP, die Me-

dien ignorierten Aktivitäten der Partei und stellten sie verzerrt dar und letztlich sorgten auch Kampagnen durch andere gesellschaftliche Institutionen (z.B. Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Kirchen) für eine vermeintliche Fehleinschätzung der Partei in der Öffentlichkeit.

Hiervon ist aus Sicht der Befragten auch der Prozess der *Einbeziehung der Öffentlichkeit* (Kap. 6.3) in den Machtkampf um gesellschaftliche Einflussnahme geprägt. Zwar stellt sowohl eine Partei (REP) als auch eine Zeitung (JF) eine hierzu nahezu prädestinierte Organisationsform dar. Gerade Mitglieder der REP mokieren sich jedoch über die ‚unfairen‘ und ‚undemokratischen‘ Methoden, denen sie sich in diesem Prozess ausgesetzt sehen. So wird das ‚Wachrütteln‘ der Bevölkerung zum zentralen Bestreben der REP.

Bei den Redakteuren der JF sieht dies freilich anders aus: Eben vor dem Hintergrund einer ‚medialen Ignoranz‘ hinsichtlich national-konservativer Themen besteht das Anliegen der Zeitung darin, entsprechenden Ideen und Organisationen – etwa Parteien wie den REP – eine Nische und ein öffentliches Forum zu schaffen.

Zusammenfassend ist eine rechtsextremen Identität als *politisierte nationale Identität* zu charakterisieren, welche sich in einer ‚Topographie rechtsextremer Identität‘ (Kap. 7) veranschaulichen lässt.

9.1.3 Eine Topographie rechtsextremer Identität

Der Entwurf einer Topographie rechtsextremer Identität geht von oben genannten Grundannahmen der Selbst-Kategorisierungs-Theorie (Turner et al. 1987) aus, denen zufolge die Beziehungen zwischen zwei (oder mehreren) Gruppen in den Kontext inklusiverer und von ihnen geteilter Gruppenzugehörigkeiten eingebettet sind. Eine ‚Landkarte rechtsextremer Identität‘ spiegelt demnach auf vier ineinander verschachtelten Ebenen das hierarchisch strukturierte Weltbild der Befragten in Begriffen ihrer Gruppenzugehörigkeiten wider.

Die unterste, exklusivste Ebene kollektiver Selbstverortung bezieht sich darauf, wie das aus sozialen Vergleichen der Befragten resultierende Verhältnis zwischen dem Freundeskreis innerhalb der jeweiligen Organisation (REP, JF) und dem Freundeskreis außerhalb der jeweiligen Organisation aussieht. Erläuternd sei nochmals darauf verwiesen, dass diese Vergleiche beider Gruppen (Freunde inner- und außerhalb) aus der Warte der Befragten die Bezugnahme auf Merkmalsähnlichkeiten bzw. –unterschiede auf der nächst inklusiveren Ebene (Organisa-

tionszugehörigkeit) voraussetzen. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass – auch angesichts der Auswirkungen gesellschaftlicher Ächtung – durchaus Freunde der Befragten außerhalb der Partei zu finden sind. Auf dieser Ebene ist eine ‚kollektive Identität‘ der Befragten demnach nicht perfekt in eine nächst höhere Ebene ‚rechtsextremer Identität‘ eingebettet. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass Freunde außerhalb der jeweiligen Organisation mittlerweile (also als Folge gesellschaftlicher Ächtung) zumindest einem politisch konservativen Lager zuzurechnen sind. Ein Mindestmaß an Einbettung des Freundeskreises in übergeordnete Gruppenzugehörigkeiten (vor allem REP) muss augenscheinlich gegeben sein. Eine perfekte Verschachtelung der unterschiedlich inklusiven Ebenen ist allerdings nicht unbedingt notwendig, von einigen Befragten explizit unerwünscht.

Auf der nächst höheren Ebene kollektiver Selbstverortung (REP, JF) gestaltet sich die Unvollkommenheit der Einbettung in ein übergeordnetes ‚rechtes Lager‘ auf den ersten Blick sogar noch deutlicher: Was die REP betrifft, so grenzen sie sich klar von anderen rechtsextremen Parteien – vorrangig von der NPD und der Deutschen Volksunion (DVU) – ab: Diese seien schließlich ‚rechtsextremistisch‘, ‚fremdenfeindlich‘ und ‚unseriös‘, während es sich bei der eigenen Partei um die ‚einzig wahre demokratische Rechtspartei‘ in Deutschland handele. Bei näherer Betrachtung scheint hierin aber auch die auf Konkurrenz im rechten Parteienspektrum begründete Zerstrittenheit zum Ausdruck zu kommen.

Seitens der JF verweist ein Befragter despektierlich auf die ‚Blätter‘ (vor allem Parteiorgane) der ‚extremere‘ Konkurrenz. Die Abgrenzung von DVU und NPD teilen die JF-Redakteure mit den anderen Befragten, bekunden zudem gewisse Affinitäten zu den REP. Ins Gedächtnis gerufen sei jedoch auch nochmals die generelle Distanzierung der JF-Befragten zum Parteiensystems.

Kollektive Selbstverortungen der Befragten in Begriffen ihrer Zugehörigkeit zum ‚rechten Lager‘ erfolgen in Differenzierungen zum ‚linken Lager‘. Hier sind – unter Bezugnahme auf eine übergeordnete ‚nationale Identität‘ – die Inklusionsverhältnisse wiederum eindeutiger, wenngleich nicht perfekt: ‚Links‘ wird im Zuge eigener Geschichtsverbundenheit (‚Unrechts-Regime DDR‘) von vielen Befragten in negativer Besetzung mit ‚Kommunismus‘ gleichgesetzt. Politisch Gegnerschaft konturiert sich zuvorderst in Abgrenzung zu den ‚Alt-68ern‘, deren ‚anarchistisch-liberale‘ Grundlegungen maßgeblich zum Werteverfall in Deutschland (übergeordnete Ebene) beigetragen hätten. Ihren Einfluss machten diese heute noch in Medien, im Bildungssystem und im Parteiensystem in Gestalt der Grünen/Bündnis 90 geltend.

Die ‚versponnenen‘ Ideen der Linken von ‚multikultureller Gesellschaft‘ und ‚Weltverbrüderung‘ trügen besonders zu ‚ungehemmter Zuwanderung‘ bei. Wie bereits angedeutet werden aber ebenso den etablierten Parteien eine ‚Preisgabe deutscher Interessen‘ sowie Verfehlungen hinsichtlich ‚dem Wohlergehen des deutschen Volkes‘ zugeschrieben. Der SPD kommt hierbei eine mit der nationalistischen Lesart deutscher Geschichte konsistente Rolle zu (gleichsam als ‚vaterlandslose Gesellen‘).

Interessant sind innerhalb der JF die Respektsbekundungen in Richtung der taz, die an ein ritterliches Lanzenstechen zwischen Kontrahenten aus gegensätzlichen politischen Lagern erinnern.

Die nationale Identität der Befragten ist, so die Kernaussage dieser Studie, der Dreh- und Angelpunkt ihrer Selbstverortung sowie ihrer Ausrichtung des eigenen Wirkens: Angesichts der primordialen Grundlegung von Nation (Deutschland) durch die Befragten erscheint die Ebene nationaler Identität als „superordinate level“ (Turner et al. 1987) ihrer hierarchisch strukturierten Selbstrepräsentation (z.B. die ‚Hingabe zur Nation‘ als Inbegriff des ‚Menschseins‘). Der Selbst-Kategorisierungs-Theorie (Turner et al. 1987) zufolge implizieren zwar auch die Vergleiche mit ausländischen Nationen Bezugnahmen auf Ähnlichkeits- bzw. Unterschiedsdimension auf einer übergeordneten, inklusiveren Ebene kollektiver Selbstverortung. Die Befragten rekurren auf solche jedoch ausschließlich zur Bekräftigung gleichsam ‚naturgegebener‘ Unterschiede, also zur Bestätigung eigener nationaler Identität und Eigenheiten: Eher auf ein implizites ‚Nebeneinander der Völker‘ (z.B. im Sinne eines ‚Völkerbundes‘; vgl. Kap. 7) nehmen sie zum Beispiel Bezug, wenn es um die eigenen, als legitim empfundenen Ansprüche auf das freie Ausleben ihres ‚Deutsch-Seins‘ erheben. Schließlich müsse die Schuld der nationalsozialistischen Vergangenheit inzwischen entgolten sein, andere Länder müssten sich ihres ‚Patriotismus‘ auch nicht schämen. Dieses ‚Nebeneinander der Nationen‘ wird auch ausschließlich im westlichen Kulturkreis ausgemacht, die ‚anderen Länder‘ sind etwa Frankreich oder die USA. Entsprechend resultieren aus den induzierten (Photo ‚betende Moslems‘; s. Anhang 2) Vergleichen zwischen Orient und Okzident vorwiegend Untermauerungen von Unterschieden, die in Aussagen zur Unvereinbarkeit beider Kulturkreise zum Ausdruck kommen.

Und auch Europa wird von den Befragten vor Darreichung der Photos (Photo ‚Europaflage‘; s. Anhang 2) im Rahmen struktureller (‚Deutschland als Zahlmeister‘) und kultureller Missstände (s.o.) wahrgenommen. Dieser Eindruck wird in den Reaktionen auf das Photo bekräft-

tigt. Europa wird aus dieser Perspektive eher zur faktischen Notwendigkeit, weniger zur Inklusionsoption („Europa der Vaterländer“).

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass ‚nationale Identität‘ den Befragten als Passepartout – in beiderlei Bedeutung des Wortes – zur Strukturierung der sozialen Umwelt dient: Nation ist sowohl der Wechselrahmen, der auf jede soziale Situation zu passen (vgl. „fit“; Turner et al. 1987; Oakes/Haslam/Turner 1994) scheint, als auch der Generalschlüssel, der ihnen zur Erschließung ihrer sozialen Welt jederzeit (sozusagen in ihrer Jackentasche) verfügbar (vgl. „accessibility“; Turner et al. 1987; Oakes/Haslam/Turner 1994) ist. Aus Sicht dieser sozialpsychologischen Studie ist es eine politisierte nationale Identität, die eine ausgrenzende bis fremdenfeindliche Ideologie sowie eine ebensolche politische Praxis der Befragten anleitet.

9.1.4 Kosten-Nutzen Bilanzen

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse lassen sich auch die Kosten-Nutzen-Bilanzen der Befragten (Kap. 8) klarer einordnen: Denn selbst angesichts der Folgen von gesellschaftlicher Ächtung fallen diese weitgehend positiv aus. So sind längst nicht alle Befragten unmittelbar von den Folgen gesellschaftlicher Ächtung betroffen und/oder haben sich mit ihnen zumindest im privaten Umfeld arrangiert. Was die Nutzen angeht, so sind in nahezu allen Bilanzen ein „kollektiver Nutzen“ (vgl. Klandermans 1984, 1997) zu verbuchen: Das Erreichen des gemeinsamen nationalen Anliegens steht an erster Stelle.

Allerdings erscheint ein Modell rationaler Kosten-Nutzen-Kalkulationen (Klandermans ebd.) nicht ausreichend, um die in den Interviews ausgemachten positiven Anreize des jeweiligen Engagements zu ergründen. So finden sich beispielsweise in den Interviews einige Aussagen, die den Beitritt zur Partei in den Zusammenhang einer Phase der ‚Sinnsuche‘ stellen oder das gegenwärtige eigene ‚politische Handeln‘ mit dem eigenen ‚Sein‘ gleichsetzen. Von weitaus größerer Bedeutung für das fortgesetzte Engagement der Befragten sind daher offensichtlich Identitätsgewinne, die in Anlehnung an die von Simon und Klandermans (2001) konzipierten Identitäts-Funktionen (Zugehörigkeit, Distinktheit, Respekt, Verstehen und Handlungsorientierung) definiert werden: Diese stehen mit psychologischen Bedürfnissen in Beziehung und fördern somit die Attraktivität kollektiver Identität.

Vier Identitäts-Prozesse ([Selbst-]Stereotypisierung, Konformität, Vorurteil und Diskriminierung) tragen, angetrieben von der kollektiven Selbstverortung, dazu bei, dass kollektive Identität ihre Funktionen erfüllt. In Einklang mit Simon und Klandermans (ebd.) lässt sich fest-

stellen, dass für die Befragten –gerade im Rahmen ihrer politisierten kollektiven Identität – ‚Handlungsorientierung‘ ein zentrales Motiv darstellt, weiterhin aktiv zu bleiben. In Anbetracht einer solchen ‚Aktivisten-Identität‘ relativieren sich auch die Klagen der Befragten über ihren Einsatz an Zeit und Geld („nicht-soziale Kosten“; Klandermans 1984, 1997): Denn hiermit bestätigen sie sich letztlich selbst, wie ‚idealistisch‘ und ‚patriotisch‘ sie sind (Distinktheit).

Zu erwähnen sind in diesem Kontext auch ‚unerwünschte‘ Nebenfolgen gesellschaftlicher Ächtung, etwa „sekundäre Devianzgewinne“ (Heiland/Lüdemann 1996): Infolge der Ächtung sehen sich zum Beispiel einige Befragte als „Märtyrer“ oder „Einzelkämpfer“. Ebenfalls ein Nebenprodukt gesellschaftlicher Ächtung ist die mit der sinkenden Mitgliederzahl zunehmende Konformität innerhalb der Eigengruppe.

Nichtsdestoweniger sind bei wenigen Befragten erste Anzeichen von Resignation, zumeist in Verknüpfung mit gesundheitlichen oder sozialen Kosten auszumachen.

Um tatsächlich festzustellen, was die REP und die JF-Redakteure zum fortgesetzten Engagement bewegt und um zu belegen, worin die Bindekraft ihrer Organisationen bestehen, müsste tatsächlich eine zweite Studie durchgeführt werden, die Fluktuationsbewegungen unter den Mitgliedern der REP bzw. den Mitarbeitern der JF berücksichtigt. Vorliegende Studie ist eher eine Momentaufnahme, die nur Vermutungen betreffs der Gewichtung von Identitätsgewinnen in diesem Zusammenhang anstellen kann. So wurde das letzte Interview im August 1998 geführt, kurz vor einer Bundestagswahl, die aus der Sicht der REP nicht von Erfolg gekrönt war. Tatsächlich könnten entsprechende Frustrationserlebnisse auch bei einigen Befragten zum Austritt aus der Partei geführt haben, da mit dieser Wahl große Erwartungen und Hoffnungen verbunden waren, welche die Kosten des Engagements in persönlichen Bilanzen überdeckten. Auch zwei bezahlte Mitarbeiter der REP-Fraktion im Stuttgarter Landtag sind inzwischen dieser Anstellung entledigt.

Eine aktuelle Recherche (Januar 2003) im Internet zeigt ebenso für die JF, dass zwei der Befragten inzwischen nicht mehr im Impressum geführt werden.

9.2 Ausblick

Im Mittelpunkt des abschließenden Ausblicks stehen die gesellschaftlichen Implikationen der oben dargestellten Ergebnisse zu einer politisierten nationalen Identität. Wie virulent eine solche nationale Rahmung für die politische Praxis auch jenseits rechtsextremer Agitation ist, sei anhand von zwei sozialwissenschaftlichen Studien skizziert.

In sozialpsychologischer Lesart argumentiert Andreas Wimmer (2002), mit der Nation habe sich eine Kategorisierungsebene historisch etabliert und damit primordiale Züge angenommen. Demzufolge sei auch in modernen Nationalstaaten ein exklusives Moment integraler Bestandteil: Die Zuwendungen, die der Wohlfahrtsstaat zu vergeben habe, würden in Abhängigkeit von nationaler Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit verteilt, d.h. Ausländer blieben in der Regel außen vor, Konflikte seien vorprogrammiert.

Entsprechend zeigt Michael Billig (1995) auf, wie der „banale Nationalismus“ – im Gegensatz zur gängigen Auffassung von Nationalismus als übersteigerte, extreme Ausdrucksform – auch in modernen Demokratien alltäglich reproduziert wird: Die nationale Flagge werde zum Beispiel, ob verdeckt oder offen, in den Medien geschwenkt (nicht zuletzt im Sportteil der Zeitungen), nationale Identität durch Routinen allgegenwärtiger Symbole (bspw. auf entsprechender Währung, durch die in den USA den Schulalltag einleitende Nationalhymne etc.) sowie durch Sprachgewohnheiten aufrecht erhalten.

Nachdem vorliegende Studie die potentielle Sprengkraft nationaler Identität hervorgehoben hat, gibt ihre derart weitgehende Verwurzelung in der gesellschaftlichen Mitte zumindest zu denken. Dessen gewahr sind die „BrandSätze“ (Jäger 1992) von Medien wie Politikern alarmierend, die gesellschaftliche Ausgrenzungsdiskurse etablieren und vorantreiben. Einige Beispiele von politischen Repräsentanten:

Erinnert sei an die von Roland Koch (CDU) initiierte Unterschriftensammlung zur Zuwanderung, mit der er in der Hessenwahl (Februar 1998) seinen Kontrahenten Hans Eichel (SPD) im Ringen um das Amt des Ministerpräsidenten ausstach. Ein solcher Beitrag zur sozialen Polarisierung ist vor dem Hintergrund vorliegender Erkenntnisse nicht mehr leichtfertig, sondern unverantwortlich zu nennen.

Wenn Friedrich Merz (CDU) die Diskussionen um eine ‚deutsche Leitkultur‘ anfacht, liegen Mutmaßungen darüber, welche Kulturen sich dieser hierzulande anzugleichen oder unterzuordnen haben, nahe. Und CDU-Präsidiumsmitglied Jörg Schönbohm mahnt seine Partei im Zuge der programmatischen Neuorientierung: „Wir dürfen das konservative Tafelsilber nicht

verscheuern. (...) Wir müssen uns wieder stärker zur Nation bekennen und sollten nicht nur auf die deutsche Fußballerlf stolz sein, sondern auf alle Leistungen unseres Volkes“ (Der Spiegel, Nr. 41/7.10.02: 19).

Wie kann nun aber nationaler Identität ihre Brisanz genommen werden?

Wie die Interviewstudie auch gezeigt hat, tragen repressive Maßnahmen im Zuge gesellschaftlicher Ächtung eher dazu bei, eine von der übergeordneten nationalen Rahmung geprägte Identität (als REP-Mitglied oder JF-Redakteur) zu verfestigen und Konformität sowie Zusammenhalt in der jeweiligen Gruppe zu fördern. Angesichts entsprechender Erfahrungen beispielsweise mit Medien, gesellschaftlichen Kampagnen oder der Antifa sehen sich einige Befragte im Vergleich mit der ‚urchristlichen Gemeinde‘ in ihrem Einsatz für ihr hehres, als legitim erachtetes kollektives Anliegen ‚Deutschland‘ und vergleichen sich sogar mit den von den Nazis verfolgten Juden..

Aus der Perspektive der Identitätsforschung stellt sich mit Blick auf die national begründete Ausgrenzungsdynamik demnach eher die Frage, wie inklusivere, integrative Rahmungen mit Raum für Vielfalt und Unterschiede gestaltet werden können.

So anspruchsvoll es auch erscheint, Identitätsbezüge im Zuge des europäischen Einigungsprozesses herzustellen, so unvermeidlich stellt sich diese Herausforderung: Die demokratische Verfasstheit eines Gemeinwesens jenseits des Nationalen, die Stärkung europäischer Zivilgesellschaft und der Ausbau europäischer Öffentlichkeit (Klein et al. 2003) sind Grundvoraussetzungen für ein Bewusstsein supranationaler Zusammengehörigkeit.

Es gilt jedoch vor allem im Rahmen des Nationalstaates, dem ausgrenzenden Moment jeglicher Identität entgegenzuwirken. Die in der Vorurteilsforschung geläufige, von Gordon W. Allport (1954) eingeführte Kontakthypothese verweist darauf, dass negative Stereotypisierung, Vorurteile und Diskriminierung zwischen zwei Gruppen reduziert und die Beziehungen zwischen diesen Gruppen verbessert werden können, wenn sich ihre Mitglieder unter vier Bedingungen begegnen können. Diese vier Bedingungen sind (1) Begegnung auf gleicher Augenhöhe, (2) Ausrichtung auf ein gemeinsames Ziel, (3) Kooperation jenseits von Gruppengrenzen und Wettbewerb sowie (4) die Unterstützung des Kontaktes beider Gruppen durch Autoritäten (Simon 2004: 135-155). Integration gibt es demnach nicht kostenlos: Deren Voraussetzungen zu schaffen erfordert vielmehr politische Anstrengungen und strukturelle Re-

formen. Hier gilt es, im Rahmen einer Ermöglichungspolitik sowohl Rechte und Partizipationsmöglichkeiten von Migranten zu stärken als auch bürgerschaftliche Kooperationen (etwa in Vereinen) im Brückenschlag zwischen ethnischen Minderheiten und ‚Deutschen‘ zu fördern. Grundlegendere Veränderungen der politischen Kultur, mehr Toleranz und Demokratie markieren hierbei das gemeinsame Ziel. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erfordern schließlich gemeinsamer Anstrengungen aller institutioneller und kollektiver Akteure in der Zivilgesellschaft (zum Wertehorizont der Zivilgesellschaft und zum Konzept des ‚Verfassungspatriotismus‘ vgl. auch Klein 2001: 166, 320, 400; Habermas 1992). Eine zivilgesellschaftliche Orientierung teilen zum Beispiel die derzeit laufenden Aktionsprogramme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ‚Civitas‘, ‚Entimon‘ und ‚Xenos‘ (Roth 2003). Diese bundesweiten Programme erscheinen daher auch vor dem Hintergrund dieser Studie vielversprechend.

Ein besseres Verständnis der zugrunde liegenden sozialpsychologischen Prozesse exklusiv-nationaler Identitätsbildung erscheint insgesamt hilfreich, um Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit besser gestalten zu können. Dieser Zugang verweist auf die Unzulänglichkeiten bloßer Symbolbekämpfung und auf die Risiken repressiver Maßnahmen. Letztlich impliziert dies die Herausforderung, insofern präventiv zu handeln, als dass Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, die einer potentiellen politischen Instrumentalisierung kollektiver Identitäten vor allem mit Blick auf ihre ausgrenzenden Folgen abträglich sind.

Literatur

- Adorno, T. W./Frenkel-Brunswick, E./Levinson, D. J./Sanford, R. N.* 1950: The authoritarian personality. New York.: Harper.
- Adorno, T.W.* 1973: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/M.: Campus.
- Allport, F. H.* 1962: A structuronomic conception of behaviour: individual and collective. In: Journal of Abnormal and Social Psychology, 64, 3-30.
- Allport, G. W.* 1951: Treibjagd auf Sündenböcke. Berlin/Bad Nauheim.
- Allport, G. W.* 1954: The nature of prejudice. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Allport, G. W.* 1970: Gestalt und Wachstum in der Persönlichkeit. Hain (Original 1961: Pattern of growth in personality. New York: Holt, Rinehard & Winston).
- Altemeyer, B.* 1988: Enemies of freedom: Understanding right-wing authoritarianism. San Francisco, CA: Jossey-Bass Publishers.
- Altemeyer, B.* 1996: The authoritarian specter. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Arndt, I.* 1984: Zur Chronologie des Rechtsradikalismus. Daten und Zahlen 1946-1983. In: Benz, W. (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 255-294.
- Beck, Ullrich* 1983: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, 35-74.
- Berger, P./Luckmann, H.* 1969: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Billig, M.* 1995: Banal nationalism. London: Sage.
- Bingen, D.* 1992: Ostverträge. 4. Der Warschauer Vertrag. In: Weidenfeld, W./Korte, K.-R. (Hg.): Handwörterbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt/M.: Campus, 539-547.
- Birsl, U.* 1996: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Reagieren Frauen anders? Zur theoretischen Verortung der Kategorie Geschlecht in der feministischen Rechtsextremismus-Forschung. In: Falter, J. W./Jaschke, H.-G./Winkler, J. W. (Hg.): Rechtsextremismus - Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS, Sonderheft 27. Opladen: Westdeutscher Verlag, 49-65.
- Bourdieu, P.* 1984: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft (3. Auflage). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Breuer, F.* (Hg.) 1996: Qualitative Psychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brown, R. J./Turner, J.C.* 1981: Interpersonal and intergroup behaviour. In: Turner, J. C./Gilles, H. (Hg.): Intergroup behaviour. Oxford: Blackwell.
- Bruner, J. S.* 1957: On perceptual readiness. In: Psychological Review, 64, 123-152.
- Bubik, R.* (Hg.) 1996: Wir '89er. Wer wir sind und was wir wollen (2. Auflage). Frankfurt/M.-Berlin: Ullstein.
- Calhoun, C.* 1994: Social theory and the politics of identity. In: Calhoun, C. (Hg.): Social theory and the politics of identity. Cambridge-Oxford: Blackwell, 9-36.

Cremer, W./Klein, A. (Hg.) 1991: Heimat. Band 1: Analysen, Themen, Perspektiven. Band 2: Lehrpläne, Literatur, Filme. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 294/I und 294/II. Bonn.

De Witte, Hans 1996: On the 'two faces' of right-wing extremism in Belgium: Confronting the ideology of extreme right-wing parties in Belgium with the attitudes and motives of their voters. In: *Res Publica: Belgian Journal of Political Science*, Vol. 38, No. 2, 397-411.

Dollard, J./Doob, L. W./Miller, N. E./Mowrer, O. H./Sears, R. R. 1939: Frustration and aggression. New Haven: Yale University Press.

Eckes, T./Six, B. 1984: Prototypenforschung. Ein integrativer Ansatz zur Analyse der alltags-sprachlichen Kategorisierung von Objekten, Personen und Situationen. In: *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 15, 237-262.

Falter, J.W. 1994: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München.

Farin, Klaus 1996: Skinhead – A Way Of Life. Eine Jugendbewegung stellt sich selbst dar (2. Aufl. 1999). Bad Tölz: Tilsner.

Farin, Klaus 1997: Die Skins. Mythos und Realität (2. Aufl. 2000). Berlin: Ch. Links.

Feather, N.T./Norman, T. 1982: Expectations and action. Expectancy-value models in psychology. Hillsdale, N.J.: Erlbaum.

Fenske, H. 1991: Politisches Denken im 20. Jahrhundert. In: Lieber, H.-J. (Hg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 299. Bonn, 657-880.

Festinger, L. 1954: A theory of social comparison processes. In: *Human Relations*, 7, 117-140.

Festinger, L. 1957: A theory of cognitive dissonance. Stanford, CA: University Press.

Flügel, J.C. 1945: Man, morals and society. A psycho-analytical study. Chp. XVIII: 'Left' and 'right' as social attitudes. Edinburgh: The Riverside Press, 281-301.

Forschungsjournal NSB 1990: Thema: Strukturwandel und neue soziale Milieus, Jg. 3, Heft 3.

Forschungsjournal NSB 1994: Bewegungen von Rechts? Analyse und Kritik, Jg. 7, Heft 4.

Forschungsjournal NSB 1995: Soziale Bewegungen und kollektive Identität, Jg. 8, Heft 1.

Forschungsjournal NSB 1995a: Kommunitarismus und praktische Politik, Jg. 8, Heft 3.

Gabriel, O. W. 1996: Rechtsextreme Einstellungen in Europa: Struktur, Entwicklung und Verhaltensimplikationen. In: Falter, J. W./Jaschke, H.-G./Winkler, J. W. (Hg.): Rechtsextremismus - Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS, Sonderheft 27. Opladen: Westdeutscher Verlag, 344-60.

Gamson, W. 1992: Talking politics. Cambridge: Cambridge University Press.

Geiling, H./Vester, M. 1991: Die Spitze eines gesellschaftlichen Eisbergs: Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus. In: Roth, R./Rucht, D. (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland (2. überarbeitete und erweiterte Auflage). Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 252. Bonn, 237-260.

Glaser, B./Strauss, A. 1967: The discovery of grounded theory. Chicago: Aldine.

- Göhler, G./Klein, A.* 1991: Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. In: Lieber, H.-J. (Hg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 299. Bonn, 259-656.
- Graumann, C.F.* 1997: Die Erfahrung des Fremden: Lockung und Bedrohung. In: Mummen-
dey, A./Simon, B. (Hg.): Identität und Verschiedenheit. Zur Sozialpsychologie der Identität in
komplexen Gemeinschaften. Bern – Göttingen – Toronto – Seattle: Huber, 39-62.
- Gurr, T.R.* 1979: Why men rebel. Princeton: Princeton University Press.
- Habermas, J.* 1976: Moralentwicklung und Ich-Identität. In: Habermas, J: Zur Rekonstruktion
des historischen Materialismus (2. Auflage). Frankfurt/M.: Suhrkamp, 63-91.
- Habermas, J.* 1976a: Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?
In: Habermas, J: Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus (2. Auflage). Frank-
furt/M.: Suhrkamp, 92-126.
- Habermas, J.* 1992: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des
demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heider, F.* 1958: The psychology of interpersonal relations. New York: Wiley.
- Heiland, H.-G./Lüdemann, C.* 1996: Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus
(Einleitung). In: Heiland, H.-G./Lüdemann, C. (Hg.): Soziologische Dimensionen des Rechts-
extremismus. Opladen: Westdeutscher Verlag, 9-25.
- Heitmeyer, Wilhelm* 1987: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische
Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Wein-
heim-München: Juventa.
- Hofstadter, R.* 1964: The pseudo-conservative revolt. In: Daniel Bell (Hg.): The radical right.
Garden City, 75-95.
- Ignazi, Piero* 1992: The silent counter-revolution. Hypotheses on the emergence of extreme-
right wing parties in Europe. In: European Journal of Political Research, 22, 3-34.
- Institut für Sozialforschung (IfS)* (Hg.) 1994: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.
Studien zur aktuellen Entwicklung. Frankfurt/M.: Campus.
- Ivaldi, G.* 2001: L'analyse comparée des soutiens électoraux du national-populisme en Europe
occidentale. Apports et limites des grands programmes d'enquêtes transnationales. In : Perri-
neau, P. (Hg.): Les croisés de la société fermée. L'Europe des extrême droites. La Tour
d'Aigues: Edition de l'Aube, 147-162.
- Jäger, S.* 1992: Brandsätze. Rassismus im Alltag. Duisburg: DISS-Studien.
- Jaschke, H.-G.* 1992: Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? In: Blätter für
deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 12, 1437-1447.
- Jaschke, H.-G.* 1994: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe - Positionen -
Praxisfelder. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jaschke, H.-G.* 2000: Rechtsstaat und Rechtsextremismus. In: Schubarth, W./Stöss, R. (Hg.):
Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bundeszentrale für poli-
tische Bildung, Schriftenreihe Band 368. Bonn, 314-332.
- Katz, D.* 1965: Nationalismus als sozialpsychologisches Problem. In: Winkler, H.A. (Hg.)
1985: Nationalismus (2. Auflage). Königstein/Ts.: Athenäum, 67-84.
- Kelley, H. H.* 1967: Attribution theory in social psychology. In: Levine, D. (Hg.): Nebraska
symposium on motivation, Bd. 15. Lincoln: University of Nebraska Press.

- Klandermans, B.* 1984: Mobilization and participation. Social psychological expansions of resource mobilization theory. In: *American Sociological Review*, 49, 583-600.
- Klandermans, B.* 1997: *The social psychology of protest*. Cambridge-Oxford: Blackwell.
- Klandermans, B.* 1997a: Identität und Protest. Ein sozialpsychologischer Ansatz. In: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 10, Heft 3, 41-51.
- Klein, A./Leif, Th.* 1995: Editorial zum Themenheft des Forschungsjournals NSB: Kommunitarismus und praktische Politik, Jg. 8, Heft 3, 3-11.
- Klein, A.* 2001: *Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Klein, A./Koopmans, R./Trenz, H.-J./Klein, L./Lahusen, Ch./Rucht, D.* (Hg.) 2003: *Bürger-schaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich.
- Klönne, A.* 1996: *Kein Spuk von gestern oder: Rechtsextremismus und ‚Konservative Revolution‘*. Münster: LIT.
- Koopmans, R./Rucht, D.* 1996: Rechtsextremismus als soziale Bewegung? In: Falter, J. W./Jaschke, H.-G./Winkler, J. W. (Hg.): *Rechtsextremismus - Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*. PVS, Sonderheft 27. Opladen: Westdeutscher Verlag, 265- 287
- Koopmans, R./Kriesi, H.* 1997: *Citizenship, national identity and the mobilization of the extreme right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland*. Veröffentlichungsreihe der ‚Abteilung Öffentlichkeit und soziale Bewegung‘ des Forschungsschwerpunkts ‚Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse‘ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), FS III 97-101.
- Koopmans, R.* 2001: *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland: Probleme von heute – Diagnosen von gestern*. In: *Leviathan*, Jg. 29, Heft 4, 469-483.
- Langer, E. J.* 1975: The illusion of control. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 32, 311-328.
- Lenk, K./Meuter, G./Otten, H. R.* 1997: *Vordenker der Neuen Rechten*. Frankfurt/M.: Campus.
- Linville, P.W.* 1985 : Self-complexity and affective extremity : Don't put all your eggs in one cognitive basket. In: *Social Cognition*, 3, 94-120.
- Linville, P.W.* 1987 : Self-complexity as a cognitive buffer against stress-related illness and depression. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 52, 663-676.
- Lipset, S. M.* 1964: The sources of radical right. coughlinities, McCarthyites and birchers. In: Daniel Bell (Hrsg.): *The radical right*. Garden City, 373-446.
- Loos, Peter* 1996: *Lebenslange und politische Einstellung. Hintergründe rechter Orientierungsmuster*. In: Heiland, H.-G./Lüdemann, C. (Hg.): *Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 85-100.
- Lynen von Berg, H./Stender, W./Roth, R.* 2002: *Zivilgesellschaftliches Engagement und lokale Demokratieentwicklung als Rezepte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Konzeption und Erfahrungsbericht von Miteinander e.V.* In: Demirovic, A./Bojadzjew, M. (Hg.): *Konjunkturen des Rassismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 312-329.
- Merten, R./Otto, H.-U.* 1993: *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland: Jugend im Kontext von Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus*. In: Otto, H.-U./ Merten, R. (Hg.): *Rechtsradikale Gewalt in Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch*. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 319. Bonn, 13-33.

- Mudde, Cas* 1996: The war of words defining the extreme right party family. In: West European Politics, Vol. 19, No. 2, 225-248.
- Mummendey, A./Simon, B.* 1997: Nationale Identifikation und die Abwertung von Fremdgruppen. In: Mummendey, A./Simon, B. (Hg.): Identität und Verschiedenheit. Zur Sozialpsychologie der Identität in komplexen Gesellschaften. Bern – Göttingen – Toronto – Seattle: Huber, 175-193.
- Neidhardt, F./Rucht, D.* 1993: Auf dem Weg in die ‚Bewegungsgesellschaft‘? Über die Stabilität sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, 44, 305-326.
- Neugebauer, G.* 2000: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Schubarth, W./Stöss, R. (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 368. Bonn, 13-37.
- Noack, P.* 1992: Hallstein-Doktrin. In: Weidenfeld, W./Korte, K.-R. (Hg.): Handwörterbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt/M.: Campus, 369-376.
- Oakes, P. J.* 1983: Factors determining the salience of group membership in social perception. Unveröffentlichte Doktorarbeit, Universität Bristol.
- Oakes, P.J./Haslam, S.A., Turner, J. C.* 1994: Stereotyping and social reality. Oxford: Blackwell.
- Olson, M.* 1968: The logic of collective action. Public goods and the theory of groups. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Pfahl-Traughber, A.* 1998: ‚Konservative Revolution‘ und ‚Neue Rechte‘. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen: Leske + Budrich.
- Pfahl-Traughber, A.* 2000: Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern ‚Aktion‘ – ‚Gewalt‘ – ‚Kultur‘ – ‚Politik‘. In: Schubarth, W./Stöss, R. (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 368. Bonn, 71-100.
- Pfeiffer, Thomas* 2000: Eine rechte Bewegungspartei macht mobil. Zur NPD-Kundgebung am 1. Mai 1998. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 13, Heft 2, 111-117.
- Raschke, J.* 1985: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt/M.: Campus.
- Reynolds, J. R./Turner, J. C./Haslam, S. A./Ryan, M. K.* 2001: The role of personality and group factors in explaining prejudice. In: Journal of Experimental Social Psychology, 37, 427-434.
- Rokeach, M.* 1960: The open and closed mind. New York..
- Rommelspacher, B.* 2000: Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus. In: Schubarth, W./Stöss, R. (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 368. Bonn, 199-219.
- Rosch, E.* 1973: On the internal structure of perceptual and semantic categories. In: Moore, T. E. (Hg.): Cognitive development and the acquisition of language. New York: Academic Press.
- Rosch, E.* 1975: Cognitive reference points. In: Cognitive psychology, 7, 532-547.

- Rosch, E.* 1978: Principles of categorization. In: Rosch, E./Lloyd, B. B. (Hg.): Cognition and categorization. Hillsdale, N.J.: Erlbaum, 27-48.
- Roth, R.* 2003: Gegenfeuer oder Strohfeuer? Die Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 16, Heft 4, 20-30.
- Rubin, H. J./Rubin, I. S.* 1995: Qualitative interviewing. The art of hearing data. Thousand Oakes, CA: Sage.
- Rüb, F.* 1999: Die Beschleunigung ethnischer Konflikte. Zur Politisierung von Ethnizität im ehemaligen Jugoslawien. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 12, Heft 2, 8-22.
- Schäfer, B./Six, B.* 1978: Sozialpsychologie des Vorurteils. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schiffman, R./Wicklund, R.A.* 1988: Eine Kritik der ‚Social Identity Theory‘ von Tajfel & Turner. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 19, 159-174.
- Seligman, M. E. P.* 1975: Helplessness. San Francisco: Freeman.
- Sherman, J.S./Judd, C. M./Park, B.* 1989: Social cognition. In: Annual Review of Psychology, 40, 281-326.
- Sidanius, J./Pratto, F.* 1999: Social Dominance. An intergroup theory of social hierarchy and oppression. Cambridge: Cambridge University Press.
- Simon, B.* 1994: Vorurteil, Stereotyp und Diskriminierung: Erklärungsansätze aus sozialpsychologischer Sicht. In: Schüpp, D./Kopperschmidt, J./Pöttgens, H. (Hg.): Rechtsradikalismus und Gewalt: Phänomene - Analysen - Antworten. Mönchengladbach: Schriftenreihe des Fachbereichs Sozialwesen, Fachhochschule Niederrhein, Band 11.
- Simon, B.* 1995: Individuelles und kollektives Selbst. Sozialpsychologische Grundlagen sozialer Bewegungen am Beispiel schwuler Männer. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 8, Heft 1, 46-55.
- Simon, B.* 1997: Self and group in modern society. Ten thesis on the individual self and the collective self. In: Spears, R./Oakes, P. J./Ellemers, N./Haslam, S. A. (Hg.): The social psychology of stereotyping and group life. Oxford: Blackwell, 318-335.
- Simon, B.* 1998: Individuals, groups and social change: On the relationship between individual and collective self-interpretations and collective action. In: Sedikides, C./Schopler, J./Insko, C.A. (Hg.): Intergroup cognition and intergroup behavior. Hillsdale, N.J.: Erlbaum, 257-282.
- Simon, B./Loewy, M./Stürmer, S./Weber, U./Freytag, P./Habig, C./Kampmeier, C./Spahlinger, P.* 1998: Collective identification and social movement participation. In: Journal of Personality and Social Psychology, Vol. 74, No. 3, 646-658.
- Simon, B.* 1999: A place in the world. Self and social categorization. In: Tyler, T. R./Kramer, R. M./John, O. P. (Hg.): The psychology of the social self. Mahwah, N.J.: Erlbaum, 47-69.
- Simon, B./Klandermans B.* 2001: Politicized collective identity. A social psychological analysis. In: American Psychologist, Vol. 56, No. 4, 319-331.
- Simon, B.* 2004: Identity in modern society. A social psychological perspective. Oxford: Blackwell.
- Stallberg, F.W.* 1996: Stigma und Ächtung. Zur soziologischen Interpretation des Rechtsextremismus. In: Heiland, H.-G./Lüdemann, C. (Hg.): Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus. Opladen: Westdeutscher Verlag, 101-113.
- Stöss, Richard* 2000: Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland (3., aktualisierte Auflage). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Dialog Ostdeutschland.

Strauss, A./Corbin, J. 1996: Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Beitz/PVU.

Strauss, A.L. 1991: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München: Fink.

Stürmer, S./Simon, B. 2000: Mobilisierung schwuler Männer. Teilnahmemotivation im Kontext der deutschen Schwulenbewegung. In: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 13, Heft 4, 40-51.

Süllwold, Fritz 2002: Deutsche Normalbürger. Erfahrungen, Einstellungen, Reaktionen. Eine geschichtspsychologische Untersuchung. München: Herbig.

Tajfel, H. 1978: Differentiation between social groups. Studies in the social psychology of intergroup relations. London-New York-San Francisco: Academic Press.

Tajfel, H. 1982: Social identity and intergroup relations. Cambridge: Cambridge University Press.

Tajfel, H. 1982a: Gruppenkonflikt und Vorurteil: Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen. Bern-Stuttgart-Wien: Verlag Hans Huber.

Tajfel, H./Turner, J. C. 1979: An integrative theory of intergroup conflict. In: Austin, W.G./Worchel, S. (Hg.): The social psychology of intergroup relations. Monterey, CA: Brooks/Cole, 33-47.

Tajfel, H./Turner, J.C. 1986: The social identity theory of intergroup behavior. In: Worchel, S./Austin, W.G. (Hg.): Psychology of intergroup relations (2nd ed.). Chicago: Nelson Hall, 7-24.

Taylor, V. 1989: Social movement continuity: The women's movement in abeyance. In: *American Sociological Review*, 54: 761-775.

Turner, J. C./Hogg, M. A./Oakes, P. J./Reicher, S. D./Wetherell, M. S. 1987: Rediscovering the social group. A self-categorization theory. Oxford: Blackwell, 42-67.

Willems, H. 1996: Kollektive Gewalt gegen Fremde. Entwickelt sich eine soziale Bewegung von Rechts? In: Heiland, H.-G./Lüdemann, C. (Hg.): Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus. Opladen: Westdeutscher Verlag, 27-56.

Wimmer, A. 2002: Nationalist exclusion and ethnic conflict – Shadow of modernity. Cambridge: Cambridge University Press.

Winkler, J. W. 1996: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. In: Falter, J. W./Jaschke, H.-G./Winkler, J. W. (Hg.): a.a.O., 25-48.

Winkler, J. W./Schumann, S. 1998. Radical right-wing parties in contemporary Germany. In: Betz, H.-G./Immerfall, S. (Hg.): The new politics of the right. Neo-populist parties and movements in established democracies. London: MacMillan, 95-110.

Wittgenstein, L. 1957: Philosophical investigations. Oxford: Blackwell.

Anhang 1:

Der Interviewleitfaden

Legende des Interviewleitfadens:

EF = Einführende Frage

ZF = Zusätzliche Frage

OF = Optionale Frage

MITGLIED WERDEN

EF: Sie sind Mitglied bei den ‚Republikanern‘?: Können Sie mir erzählen, wie Sie Mitglied in dieser Partei geworden sind?

ZF: Wann wurden Sie Ihrer Einschätzung nach politisch interessiert (bewusst, aktiv) und wie geschah dies?

Anmerkung: Für eine lebensgeschichtliche Perspektive ist es wichtig zu erfragen, wie und wo jemand aufgewachsen ist. Die folgenden Stichworte ('probes') können demnach hilfreich sein, den Lebensweg des Probanden zu rekonstruieren.

Stichworte:

1 persönliche Kontakte und/oder Einflüsse (Familie, Freunde, 'peer groups' - z.B. Schulkameraden, Arbeitskollegen -, Eltern, Milieu etc.)

2 situativer Zusammenhang (Schule, Arbeit, Freizeitaktivitäten)

3 kritische Lebensereignisse

4 kritische politische Ereignisse

5 Leseerfahrungen (Hinweise aus anderen Medien)

Anmerkung: Wir interessieren uns für drei Fragen: Wann? Wo? Mit wem?

Zwei optionale Fragen gestellt werden:

OF 1: Können Sie mir erzählen, wann Sie erstmals anfangen, sich für die Partei zu interessieren und zu engagieren?

OF 2: Können Sie mir etwas mehr über den ersten Kontakt zur Partei erzählen? Wurden Sie von jemandem aufgefordert, sich der Partei anzuschließen?

Stichworte:

1 erste Kontaktpersonen (politische(r) Aktivist(in), deren Rolle, Position, Funktion)

2 Medien

3 Bedingungen/Umstände des ersten Kontaktes

ZF: Können sie sich daran erinnern, was Sie empfunden haben, als Sie sich dieser Partei anschlossen?

MITGLIED SEIN

EF: Können Sie mir genauer beschreiben, welche Tätigkeiten Sie in dieser Partei ausüben?

Stichworte:

- 1 'Repertoire' der Aktivitäten: Vorträge, Versammlungen, Verkauf/Verteilung von Informationsblättern/Broschüren, Artikel schreiben, Demonstrationen, Besetzungen etc.)
- 2 Rolle in der Organisation: Position (auch durch Wahlen), Verantwortlichkeiten
- 3 Grad der Involviertheit: Zeitaufwand für die Organisation/Partei; Zeit außerhalb der Partei

ZF: Wie zufrieden sind Sie in der Partei?

ZF: Können sie mir etwas über die Leute erzählen, mit denen Sie innerhalb der Partei die Zeit verbringen?

Stichworte:

- 1 Die Rolle dieser Leute in der Partei
- 2 Freunde und Beziehungen in der Bewegung (Wer sind sie?)
- 3 War/ist der Proband auch mit der Rekrutierung neuer Mitglieder betraut?

ZF: Können Sie mir etwas über Ihre Freunde erzählen?

Stichworte:

- 1 Sind diese eher innerhalb oder eher außerhalb der Partei zu verorten? (Wer außerhalb der Partei weiß von der Mitgliedschaft?)
- 2 Zeit, die mit Freunden verbracht wird
- 3 Art der Aktivitäten mit Freunden

MITGLIED BLEIBEN

EF: Können Sie mir aus Ihrer gegenwärtigen Perspektive aufzählen, welche Vorteile und Nachteile Ihre Mitgliedschaft in der Partei mit sich bringt? Was schätzen Sie an der Partei am meisten, was am wenigsten?

Stichworte „Konsequenzen“:

- 1 persönliche (affektive und evaluative) Ebene

2 berufliche Konsequenzen

3 soziale Konsequenzen (Was denken Ehepartner, Eltern, Freunde u.a. über die Mitgliedschaft des Probanden?)

4 andere Konsequenzen

ZF: Wenn Sie die Vor- und Nachteile Ihrer Mitgliedschaft gegeneinander abwägen, wie sähe dann die Bilanz aus?

ZF (Bedeutung): Haben Sie das Gefühl, das Ihre Mitgliedschaft irgendetwas in Ihrem Leben zum Besseren oder Schlechteren verändert hat?

Stichworte „Wandel“:

1 personelle Ebene (affektiv/ evaluativ)

2 beruflich

3 sozial

4 Einstellungen/ Ideen/ Ideologie

ZF (Bedeutung): Können Sie mir sagen, ob sie jemals in Betracht gezogen haben, die Partei zu verlassen? Wenn Sie sie verlassen würden, was würden Sie verlieren und was würden Sie gewinnen?

ZF: Gibt es Konflikte in der Partei und wenn ja, warum?

IDEEN und ZIELE

EF: Welche Ideen und Ziele Ihrer Partei sind für Sie persönlich die wichtigsten?

ZF: Wie kam es dazu, dass Sie diese Ideen und Ziele angenommen haben und teilen?

Untersuchungsgegenstand:

bedeutende Personen in der Partei

ZF: Haben Sie immer in dieser Weise gedacht?

Wenn Nein:

Warum haben Sie Ihre Meinung geändert? (lebensgeschichtliche Perspektive)

Welche Ansichten haben Sie in welcher Richtung geändert?

Haben Sie jemals an einer Schulung unter Mitwirkung der Partei teilgenommen?

ZF: Wenn zukünftig in dieser Gesellschaft etwas geändert werden könnte, was würden Sie am liebsten geändert wissen? (Oder: Welche Art der Gesellschaft würden Sie sich wünschen?)

ZF: Was denken Sie über die politische Situation in Deutschland?

Untersuchungsgegenstand:

Ideologie und politische Situation

ZF: Was würden Sie sagen: Wer ist in Deutschland auf Ihrer Seite und wer ist gegen Sie?

Untersuchungsgegenstand: Identifizierung

1 wahrgenommene Bedrohungen (Denken Sie, Mitglieder Ihrer Partei oder Sie selbst werden in dieser Gesellschaft unfair behandelt?)

2 Identifizierung/ Personen/ Gruppen (Welche Person(en) oder Gruppe(n) sind am meisten verantwortlich für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme?)

3 Berechtigung ('entitlement') (Was steht Ihnen Ihrer Meinung nach in dieser Gesellschaft zu?)

ABRUNDUNG: IDENTITÄT

EF: Jetzt haben wir bereits eine ganze Weile vorrangig über die äußeren Aspekte Ihrer Mitgliedschaft gesprochen. Mit den folgenden Fragen wollen wir uns nun eher Ihrem inneren Erleben und ihren Gefühlen im Zusammenhang mit Ihrer Mitgliedschaft bei den Republikanern zuwenden.

Könnten Sie nun zusammenfassend schildern, was die Mitgliedschaft in dieser Partei für Sie ganz persönlich bedeutet?

1) Wie fühlen Sie sich als Mitglied der Republikaner?

2) Wie wichtig ist diese Mitgliedschaft für Ihr Selbstbild? (ZF: Selbstwertgefühl)

ZF: (Wenn der Interviewpartner mit dieser Fragestellung nichts anfangen kann, so sollte man es mit folgender Erläuterung versuchen:)

Jeder Mensch definiert sich doch auch aus den sozialen Zusammenhängen heraus, in denen er seinen Alltag bestreitet: Da gibt es die Familie, die Ehe oder andere Lebensgemeinschaften, den Kreis der Arbeitskollegen, den Freundeskreis die Einfluss darauf haben, wie man sich selbst sieht und versteht. Welchen Einfluss hat Ihrer Auffassung nach Ihre Mitgliedschaft bei den Republikanern darauf, wie Sie sich selbst sehen? Könnten Sie das näher erläutern?

(Fällt es dem Interviewpartner auch nach dieser Erläuterung schwer zu antworten, so kann man ihn auffordern, in Form eines ‚Kuchendiagrammes‘ darzustellen, welchen Anteil seine/ihre Mitgliedschaft neben o.g. Gruppen am eigenen Selbstbild hat.)

PROJEKTIVER TEST

Hier sind ein paar Photos zu aktuellen Fragen der Gegenwart, wie sie zur Zeit in der Presse diskutiert werden. Können Sie mir sagen, was Ihnen beim Betrachten der Bilder in den Sinn kommt?

- 1 EU-Fahne
- 2 Militär oder Polizeitruppen
- 3 Friedhof
- 4 betende Leute (Islam)

Stichworte:

politische Situation in Deutschland bezüglich politischer Parteien, der Wirtschaftspolitik sowie ethnischer, religiöser und kultureller Gruppen

ZF: Können Sie mir etwas über die wichtigsten Symbole Ihrer Partei erzählen?

POLITISCHE VARIABLEN

- Welcher Partei gaben Sie bei der letzten Bundestagswahl Ihre Stimme?
- Selbstverortung auf siebenstufiger Links-Rechts-Skala (s. Anlage)
- Welche Partei(en) würden Sie niemals wählen?
- aktive Mitgliedschaft in anderen Organisationen (politisch, religiös, Gewerkschaft, gemeinnützige Organisationen)
- Welche politische Persönlichkeit der Gegenwart bewundern Sie am meisten, welche am wenigsten?

SOZIOÖKONOMISCHE VARIABLEN:

- Geschlecht
- Geburtsdatum
- Geburtsort

- Datum des Beginns politischer Aktivitäten/ Parteieintritt

Beruf

- gegenwärtig ausgeübter Beruf
- Wie lange sind Sie berufstätig?
- Waren Sie jemals arbeitslos? Wenn ja, wann und wie lange waren Sie arbeitslos?
- (falls arbeitslos oder in Ruhestand bzw. Rente: letzttausgeübter Beruf)
- öffentlicher Dienst oder Privatwirtschaft
- selbständig oder angestellt
- Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung

Erziehung/Bildung

- höchster erreichter Schul- bzw. Hochschulabschluss
- Alter zum Zeitpunkt des letzten Ausbildungsabschlusses
(- private oder öffentliche Schule)

Eltern

- Beruf der Eltern
 - Vater:
 - Mutter:
- Schul- bzw. Hochschulabschluss der Eltern
 - Vater:
 - Mutter:
- Nationalität der Eltern
 - Vater:
 - Mutter:
- politische Orientierung (ggf. Parteimitgliedschaft) der Eltern: Waren Ihre Eltern in irgendeiner Partei oder politischen Bewegung aktiv?

Geschwister

- Anzahl und Geschlecht der Geschwister
- Beruf der Geschwister
- Sind Ihre Geschwister Mitglieder in irgendwelchen politischen Organisationen/Parteien?

Lebensgemeinschaft

- Familienstand: Leben Sie mit jemandem zusammen? (Ehepartner, Freunde, Mutter u.a.)
- Beruf des Partners
- politische Aktivität des Partners
- Anzahl, Geschlecht, Alter von Kindern

- Religion (praktizierend?)

- Sport (Kampfsport)

- Wohnumgebung (Stadtbezirk o.ä.)/ Nachbarschaft der Wohnung

- Seit wann leben Sie hier?

ABSCHLUSSFRAGEN

Haben Sie das Gefühl, wir haben etwas vergessen, etwas worüber Sie mir gerne noch erzählen möchten?

Würden Sie mir demnächst auch für weitere Nachfragen zur Verfügung stehen, falls mir irgendetwas unklar ist?

Vielen Dank für Ihre Teilnahme an diesem Interview. Sollten Sie Ihrerseits irgendwelche Nachfragen haben, so können Sie mich oder Herrn Priv.-Doz. Dr. Bernd Simon über die Universität Münster jederzeit gerne erreichen.

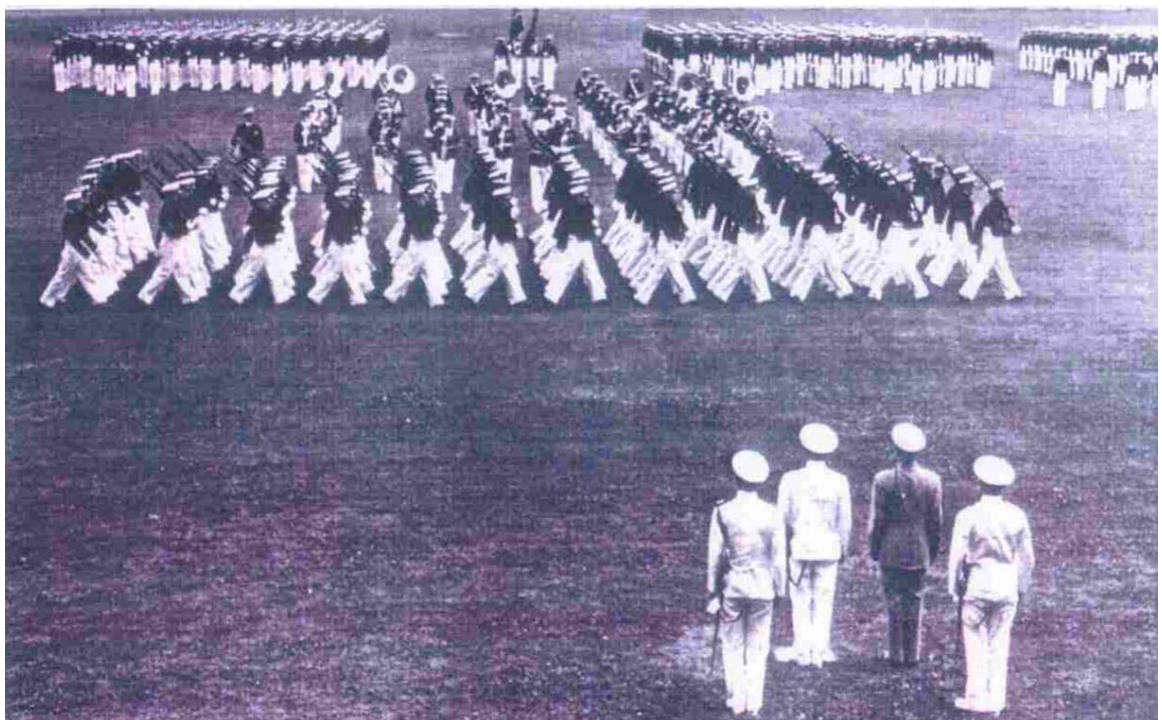
Anhang 2

„Projektiver Test“: Photos

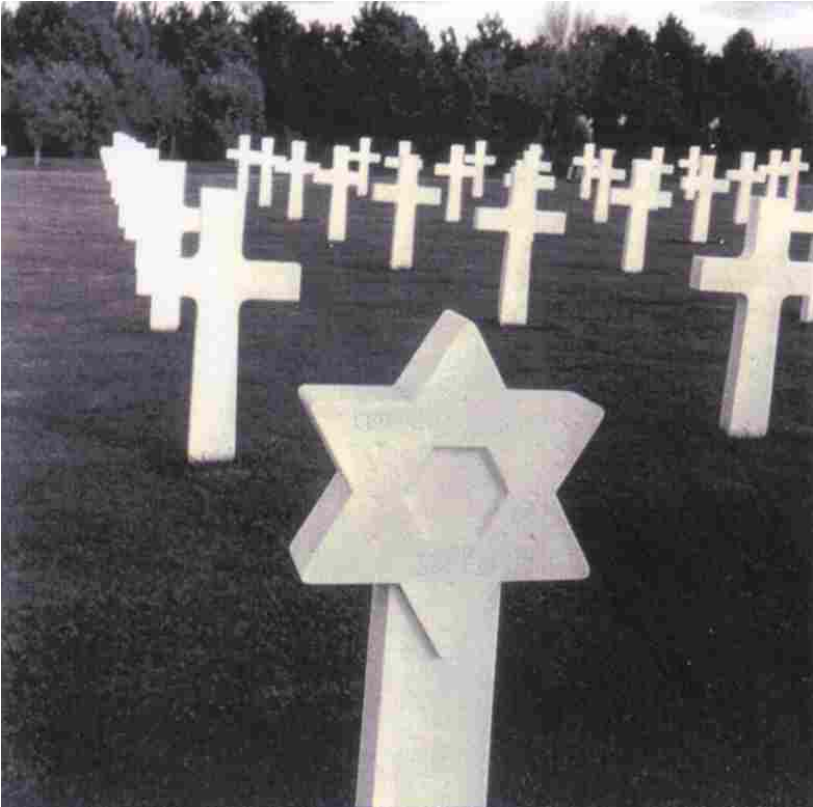
1 EU-Flagge



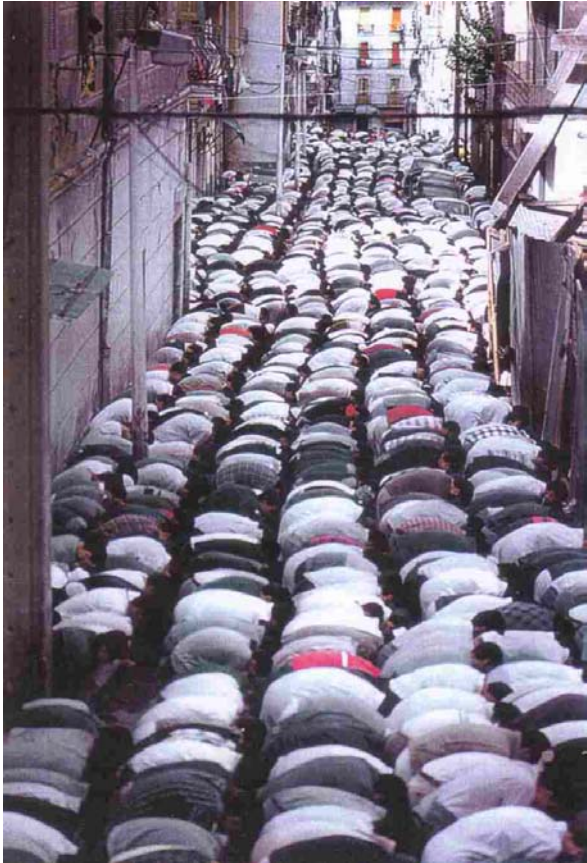
2 Aufmarsch



3 Friedhof



4 betende Moslems



Anhang 3:

Die ‚Codes‘ und einige praktische Hinweise

Folgende ‚Coding-Liste‘ war zunächst Vorlage, ist in dieser Form Resultat des Co-Ratings mit einer Psychologie-Studentin der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

0) Eckdaten (Sozialisation, politischer Werdegang)

mem: *Mitgliedschaft (membership)*, Beitritt; vor allem rückblickend; schwächer als **bel** (s.u.: Zugehörigkeit), formal definiert

~: *Wandel von Mitgliedschaft, Anhängerschaft* (z.B. CDU ~ REP: Wechsel von CDU zu REP)

Sch: *Schule*

Leh: *Lehrer*

Uni: *Universität*

bursch: *Burschenschaften*

vertr: *Vertriebenenverbände, Landsmannschaften*

1) Topographie (verschiedene Akteure auf unterschiedlichen Ebenen; vgl. Turner et al. 1987: Ebenen der Selbst-Kategorisierung)

D: *Deutschland/Deutsche*

H: ‚*Heimat*‘ (z.B. D/H = Deutschland/Heimat, oder **reg/H** für regionale Heimatbezüge, z.B. Schwaben, Rheinland, Städte etc.)

Nat: *Nation*, auch *national*

V: *Vaterland*

Vo: ‚*Volk*‘

Teil/Wv: *Teilung/Wiedervereinigung*

DDR: *DDR*

MD: *Mitteldeutschland*

Aus: *Ausland* (mit Spezifikationen, z.B. Türk: Türkei)

EU: *Europa/ Europäische Union*

Ch: *Christenheit/Okzident* (Kultur)

Isl: *Islam/Orient* (Kultur; s.u.)

Kir: *Kirchen* (falls Konfessionsunterschiede relevant erscheinen mit ‚ev‘ bzw. ‚kath‘ kennzeichnen; s.u. Ideen und Werte)

RL: *Rechtes Lager* (Partei-, Organisationskürzel immer explizit; **REP** und **JF** für die jeweilige Aktivisten-Eigengruppe, **DVU**, **NPD** etc. für andere Akteure)

rex: *rechtsextrem* (meistens korrespondierend mit *Ächtung*, da die Befragten sich selbst weniger als ‚rex‘, sondern eher als rechts-demokratisch sehen)

LL: *Linkes Lager* (Partei-, Organisationskürzel wie oben)

eP: *etablierte Parteien*, ‚*Altparteien*‘/ regierende Parteien, ‚*politische Mitte*‘ (konkrete Partei-, Organisationskürzel wie oben)

Med: *Medien*

Öf: *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung*

Me: *Ich/Selbst* (selbstbeschreibend, selbstreflexiv; s.u.)

Fa: *Familie*

Fk: *Freundeskreis*

Kol: *Kollegen*

All: *Allianzen*; (potentielle) Bündnispartner; stehen für die selbe Sache (e.g.: DVU/D/All)

Geg: *Gegner* (z.B. 68er/Geg (-)); (entspricht auch den *adversarial attributions* in Simon & Klandermans 2001; s.u.)

Konk: *Konkurrenten* (e.g.: DVU/All/Konk = ‚Die DVU vertritt zwar teilweise unsere Position(REP), ist aber letztlich ein Konkurrent für uns‘)

Hist: *Geschichtsbezüge* (history); vor allem interessant für Ereignisse deutscher Geschichte

2) Inhalte der Identität (Werte/Ideale)

idea: *idealistisch/Idealismus, Ideale*

pol: *politisch*; aber ebenso ‚*Politization*‘ (Politisierung); z.B.: ‚Meine Familie war schon immer politisch interessiert‘ = Fa/pol; ‚Ich bin ein politisches Wesen‘ = Me/pol; ‚Ich habe eher meine Freunde politisiert‘ = Me -> pol/Fk

Kult: *Kultur* als Wert (z.B. D/Kult für Deutschland als Wert)

Trad: *Tradition*

Mkult: *Multikulturelle Gesellschaft, Multikulturalität* (i.d.R. negativ bewertet)

Id: Identität selbst als Wert, als Gegenstand der Ausführungen

kons: *konservativ* (auch wertkonservativ)

pat: *patriotisch*

dem: *demokratisch/Demokratie*

lib: *liberal* (oft als Beschreibung des Elternhauses, aber auch in negativer Abgrenzung)

rel: *religiös*; gläubig

ch: *christlich* (s.o. Ch)

kath: *katholisch* (auch in der Topographie – s.o. – für ‚katholische Kirche‘)

ev: *evangelisch* (auch in der Topographie – s.o. – für ‚evangelische Kirche‘)

Isl: *islamisch* (s.o.; meist mit negativer, zumindest mit ambivalenter Wertigkeit; meist (i) durch Photos)

fund: *fundamentalistisch*

athe: *atheistisch*

ankom: *antikommunistisch* (oft verbunden mit Kritik an der DDR)

anse: *Antisemitismus, antisemitisch*

anka: *antikapitalistisch/* gegen die *Leistungs- und Ellbogengesellschaft*

sol: *solidarisch* (Gemeinschaft/Solidarität)

soz: *sozial* (z.B. auch soziale Sicherheit in der Gesellschaft)

rev: *revisionistisch*

öko: *ökologisch* (Natur-, Tierschutz etc.)

ord: Ordnung, Disziplin

3.1) PCI (Politisierung kollektiver Identität; Simon/Kaldermans 2001)

grie: *grievances, gesellschaftliche Missstände allgemein*; wahrgenommene Notwendigkeit gesellschaftlichen Wandels

Spezifikationen:

Im: *Zuwanderung/Zuwanderer (Immigration)* (zuzüglich nationaler/ethnischer Spezifikationen, z.B. **Türk**)

Acht: *Erfahrungen gesellschaftlicher Ächtung von Rechtsextremismus* (s.u. 4); z.B.: Med/Acht -> REP für ‚Informationssperre‘ bzw. verzerrte Darstellungen der Partei durch die Medien, Kir/Acht -> REP für Kampagnen der Kirchen gegen REP etc.

Alos: *arbeitslos/ Arbeitslosigkeit* (sowohl als Missstand als auch als ME/Alos)

krim: *Kriminalität, kriminell*

korr: *Korruption, korrupt*

pows: *power struggle* (s. Simon & Klandermans, p.8f.); *Machtkampf politischer Gegner*

tri: *triangulation* (s. Simon & Klandermans); *im Machtkampf die Öffentlichkeit ‚wahrütteln‘, politisieren*

Für weitere Missstände, sollte das Inventar ausreichen: Wenn wohlfahrtsstaatliche Defizite zu kennzeichnen sind, wäre das, je nach Kontext, durch **grie/soz (-)** bzw. mit **grie/sol (-)** denkbar.

3.2) Verantwortungszuschreibungen

Geg: *Gegner (Verursacher von Missständen; unspezifisch) und ->*

->: *Auswirkungen auf* codiert; spezifischer z.B.: **eP -> Im (-)** = ‚die Regierenden/etablierten Parteien sind für die ungezügelte Einwanderung (und ihre negativen Folgen) verantwortlich; denkbar auch konkretere Varianten, wie etwa **CDU/FDP -> Im (-)**.

3.3.1) Identitätsfunktionen

mean: *Bedeutung (meaning)/ Sinnfragen; Verstehen der sozialen Welt*

bel: *Zugehörigkeit zur Eigengruppe (belongingness; mehr als mem/Mitgliedschaft!; s.u.); z.B.: REP/bel, JF/bel, RL/bel etc.*

dist: *Distinktheit (distinctiveness)*

res: *Respekt, Anerkennung*

agen: *handlungsrelevante Ebene (agency), Handlungsorientierung*

3.3.2) Identitätsprozesse

Stereotypisierung (eher kognitiver als Vorurteil; s.u.) wird codiert durch ‘Kürzel soziale Gruppe/Kürzel Inhalte/Werte’, zum Beispiel **eP/^nat (-)** für die Aussage, ‘die etablierten Parteien vernachlässigen/verraten deutsche Interessen’; oder: **Isl/Kult (+)** für ‘ich respektiere/schätze die islamische Kultur

conf: *Konformität/ (conformity)*; dient Distinktheit

prej: *Vorurteil (prejudice)*; emotionaler als Stereotypisierung; i.d.R. negativ

discr: *Diskriminierung (discrimination)*; handlungsrelevant!; z.B.: ‘Warum bekommen türkische Familien deutsche Krankenkassenbezüge in der Türkei, wenn der Vater hier arbeitet?’ , oder: ‘(kriminelle) Ausländer raus!’ etc.

ME: Ich/mich; selbstreflexiv, *self-stereotyping* (e.g.: Me/pat/nat = ‘Ich bin patriotisch und Sorge mich um unsere Nation’)

vs.: versus; Differenzierungen zwischen sozialen Gruppen (z.B. oftmals in Verbindung mit **dist**); z.B.: ‘Wir Republikaner sind Idealisten und im Gegensatz zu den Altparteien nicht korrupt’ = REP/idea/^ korr vs. eP/korr.

4) Bewertungen (besonders im Kontext der Kosten-Nutzen-Bilanzen)

Kost: *Kosten (auch Unzufriedenheit)*

Nutz: *Nutzen (auch Zufriedenheit)*

‘(+)/(-)’: *positive/negative Bewertung* (Coding nur in eindeutigen Fällen)

Acht: Ächtung (s.o.)

5) Für **induzierte** (wenn nicht gar suggerierte) **Stellungnahmen** der Befragten ein **(i)**

6) ^ für **,non‘/Negation**: eröffnet die Möglichkeit, alle o.g. Codes auch in ihrer Verneinung zu verwenden

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Ludger Klein
Geburtsdatum: 10.02.1963
Geburtsort: Bonn
Wohnort: Sankt Augustin

Ausbildung:

1973 - 1979 Erzbischöfliches Gymnasium Bonn-Beuel
1979 - 1982 Albert-Einstein-Gymnasium Sankt Augustin
Abschluss: Abitur
1982 - 1984 Arbeiter-Samariter-Bund, Ortsverband Bonn:
Zivildienst in der Schwerstbehindertenbetreuung
1984 - 1991 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:
Studium der Psychologie und Soziologie
22. August 1991 Abschluss: Psychologie-Diplom
Titel der Abschlussarbeit:
*'Soziale Identität vor dem Hintergrund der Vereinigung
der ehemaligen DDR und der BR Deutschland'*

Berufliche Tätigkeiten:

Februar/März 1990 Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn:
Mitarbeit an der Publikation 'Heimat' (Auswahlbibliographie)
Juli 1990 - April 1992 Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn:
Regelmäßige freie Mitarbeit in der Arbeitsgruppe
'*Schulische politische Bildung*'
Dezember 1991 - März 1992 Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn:
Forschungsauftrag '*Bildungszentren und Verbände der
politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland*'
September 1992 - Dezember 1993 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn,
Institut für Informatik: Mitarbeit im Projekt '*Entwicklung von
Gestaltungsanforderungen bei vernetzten Systemen*'
seit Juni 1993 Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen:
Redakt. Mitarbeit/ ab 1994 Redakteur (ehrenamtlich)
Juli 1994 - Oktober 1994 Hessische Landeszentrale für politische Bildung,
Wiesbaden: Mitarbeit am Buchprojekt '*Hilflos gegen
Rechtsextremismus?*'; Studie und Veröffentlichung zu
'*Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*'
Oktober 1994 bis September 1996 Gesellschaft für Psychologische Morphologie e.V., Köln:
Assistent des Vorstandes
seit 1995 Mitarbeit im europäischen Projektverbund '*Right Wing Extremists*'
unter Leitung von Prof. Bert Klandermans, Freie Universität
Amsterdam
Sommersemester 1999 Lehrauftrag am Institut für Psychologie an der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel: '*Rechtsextremismus aus sozialpsychologischer
Sicht*'
Juli 2001 Workshopleitung im Rahmen des Wissenschaftskongresses
'*Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*' am
Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)
Sommersemester 2002 Lehrauftrag am Institut für Psychologie an der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel: '*Eine Sozialpsychologie sozialer Bewegungen*'

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit Vorbedingungen und Implikationen einer rechtsextremen Identität. Ausgehend davon, dass rechtsextreme Akteure nicht als Individuen, sondern als Gruppenmitglieder handeln und diese Gruppen wiederum in einem durch Identifikations- und Abgrenzungsprozesse strukturierten sozialen Umfeld eingebettet sind, wird einer solchen rechtsextremen Identität nachgegangen.

Dies geschieht unter Zuhilfenahme der sozialpsychologischen ‚Selbst-Kategorisierungstheorie‘ (Turner et al. 1987). Deren Grundannahme ist, dass sich Individuen in Begriffen hierarchisch strukturierter Gruppenzugehörigkeiten selbst verorten. Simon und Klandermans (2001) entwickeln auf dieser Grundlage das Konzept ‚politisierter kollektiver Identität‘. Beide Ansätze dienen als Schablone zur Ergründung kollektiver Identität von ‚Republikanern‘ (N = 20) und Redakteuren der ‚Jungen Freiheit‘ (N = 4).

Mit diesen Gesprächspartnern wurden explorative lebensgeschichtliche Interviews geführt, welche sich mit dem jeweiligen politischen Werdegang, dem gegenwärtigen Engagement, diesbezüglichen Kosten-Nutzen-Bilanzen, Ideen und Zielen sowie Identitätsbezügen beschäftigen.

Diese qualitativen Daten dienen als Ausgangspunkt zur Eruiierung einer von allen Befragten geteilten rechtsextremen Identität: Wo liegen ihre Ursprünge? Wie sieht sie aus? Welche Auswirkungen hat sie auf das Weltbild der Befragten? Welche Implikationen hat sie für deren soziales Verhalten? Welche Schlüsse lassen sich hieraus in Bezug auf Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ziehen?

Zentrales Ergebnis der Studie ist, dass für alle Befragten eine ‚politisierte nationale Identität‘ Dreh- und Angelpunkt der geteilten Repräsentationen ihrer sozialen Umwelt darstellt. Die so begründete rechtsextreme Identität leitet nicht nur politische Ideologie und politisches Handeln der Befragten an, sondern stellt auch die Ursache für deren ausgrenzenden bis fremdenfeindlichen Charakter dar.

Vor diesem Hintergrund werden nationale Identitätsbezüge problematisiert, die in der Mitte der Gesellschaft in Form von banalen Alltagsroutinen (Billig 1995) zum Ausdruck kommen.